Stéphane Courtois
Alexander Jakowlew
Martin Malia
Mart Laar
Diniu Charlanow
Liubomir Ognianow
Plamen Zwetkow
Romulus Rusan
Ilios Yannakakis
Philippe Baillet

Das Schwarzbuch des Kommunismus 2

Das schwere Erbe der Ideologie

PIPER

Der lang erwartete zweite Band des »Schwarzbuch des Kommunismus«. Er behandelt Länder, zu denen bei Erscheinen des ersten Bandes noch keine Studien vorlagen, wie etwa Rumänien und Bulgarien oder auch baltische Staaten, die heute der EU angehören. Die Autoren analysieren das Phänomen kommunistischer Bewegungen im Westen, die stark waren, aber nicht zur Regierung gelangten, wie etwa in Italien oder Griechenland. Auch die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit im modernen Rußland wird ausführlich behandelt. In einer fulminanten Einleitung zeichnet der Herausgeber Stéphane Courtois die Debatte um die Verbrechen des Kommunismus nach. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die Idee von der klassenlosen Gesellschaft so schrecklich pervertiert wurde, so viel Terror, Gewalt und Leid über die Menschheit brachte, wird uns noch lange beschäftigen.

Stephane Courtois, Alexander Jakowlew,
Martin Malia, Mart Laar, Diniu Charlanow,
Liubomir Ognianow, Plamen Zwetkow,
Romulus Rusan, Ilios Yannakakis,
Philippe Baillet

DAS SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS 2

Das schwere Erbe der Ideologie

Aus dem Französischen von
Bertold Galli

Aus dem Russischen von
Bernd Rullkötter



Piper
München Zürich

scan & corr by rz 11/2008

Die französische Originalausgabe erschien 2002 in Paris bei Laffont unter dem Titel »Du passe faisons table rase!«

Die deutsche Ausgabe wurde leicht gekürzt; Kap. 2 ist aus dem Russischen übersetzt, alle übrigen Kapitel aus dem Französischen.

ISBN 3-492-04552-9
© Editions Laffont, Paris 2002
Deutsche Ausgabe:
© Piper Verlag GmbH, München 2004
Satz: Kösel, Krugzell
Druck und Bindung: Claussen & Bosse, Leck
Printed in Germany
scan & corr by rz 11/2008
www.piper.de

scan & corr by rz 11/2008

Inhalt

Vorwort 7

TEIL I 13

Kapitel 1
von Stephane Courtois
»Macht reinen Tisch mit dem Bedränger!« 15

Kapitel 2
von Alexander Jakowlew
Der Bolschewismus, die Gesellschaftskrankheit
des 20. Jahrhunderts 176

Kapitel 3
von Martin Malta
Der Einsatz des Terrors in der Politik 237

TEIL II 259

Kapitel 4
von Mart Laar
Estland und der Kommunismus 261

scan & corr by rz 11/2008

Kapitel 5
von Diniu Charlanow, Liubomir Ognianow, Planten Zwetkow
Bulgarien unter dem kommunistischen Joch - Verbrechen, Unterdrückung und Widerstand 324

Kapitel 6
von Romulus Rusan u. a.
Das repressive kommunistische System in Rumänien .. 377

Kapitel 7
von Mos Yannakakis
Die griechischen Opfer des Kommunismus 447

Kapitel 8
von Philippe Baillet
Togliatti und das schwere Erbe des italienischen Kommunismus 469

Anhang 501

Anmerkungen 503

Zu den Autoren 527

Personenregister 531

scan & corr by rz 11/2008

Vorwort

Dieses Buch ist nicht nur das Ergebnis praktischer Umstände, es dient auch einer historischen Verpflichtung. Das Schwarzbuch des Kommunismus mußte sich aus Platzgründen auf die eklatantesten Vorfälle der kommunistischen Kriminalität - UdSSR, China, Kambodscha - beschränken. Osteuropa, die Komintern, Afrika, Lateinamerika und Afghanistan konnten nur gestreift werden. Nach historischem Verständnis ist die Untersuchung erst abgeschlossen, wenn auch die bisher nur oberflächlich behandelten oder gar sträflich vernachlässigten Vorfälle näher betrachtet worden sind.

Aber auch praktische Gründe führten zu der Entscheidung, sich noch einmal mit diesem Thema zu befassen: Im Frühjahr 1998 - keine sechs Monate nach dem Erscheinen der französischen Originalausgabe - kamen in Deutschland und Rumänien bereits die ersten Übersetzungen heraus. Beide Ausgaben enthielten ein wertvolles Zusatzkapitel, das der kommunistischen Repression des jeweiligen Landes gewidmet ist. Sowohl der deutsche als auch der rumänische Herausgeber hielt es für unverzichtbar, seine Leserschaft auch mit der eigenen kommunistischen Vergangenheit zu konfrontieren. Die Verfasser dieser Zusatzkapitel hatten den großen Vorteil, daß sie nicht nur Historiker, sondern auch direkte Zeitzeugen waren.

Der Zusatz der deutschen Ausgabe stammte aus der Feder von Ehrhart Neubert. Er hat als evangelischer Pastor in der DDR gelebt und kennt sich deshalb hervorragend in

scan & corr by rz 11/2008

der Repressionspolitik des ostdeutschen Regimes aus.* Für den rumänischen Zusatz konnte Romulus Rusan, einer der führenden Köpfe der demokratisch ausgerichteten *Bürgerlichen Allianz* und Initiator des in Sighet errichteten Mahnmals für die Opfer des Kommunismus und des Widerstands, eine ganze Gruppe von Spezialisten gewinnen: Zu ihr gehören neben den rumänischen Historikern Stelina Tanase, Gheorghe Onisoru und Stefan Maritiu auch der Brite Dennis Deletant: Er lehrt an der London University und hat in mehreren Veröffentlichungen seine hervorragenden Kenntnisse über das Rumänien des 20. Jahrhunderts bewiesen. Marius Oprea vervollständigt die Expertengruppe: Er hat sich in jüngster Zeit als Spezialist der *Securitate,* jener berühmt-berüchtigten Politpolizei des rumänischen Regimes, einen Namen gemacht.

Bald darauf bescherte uns die estnische Ausgabe vom *Schwarzbuch* ein beachtenswertes, ausführliches Zusatzkapitel über das Leben in Estland während der sowjetischen Diktatur. Es stammt von dem Historiker Mart Laar, der damals Premierminister von Estland war.

Die US-amerikanische und die russische Ausgabe erschienen zur gleichen Zeit, beide mit einem langen Vorwort: Verfasser des ersten ist Martin Malia, einer der anerkanntesten Experten in Sachen UdSSR und Sowjetkommunismus, das zweite stammt aus der Feder von Alexander Jakovlev, einem ehemaligen Mitglied des sowjetischen Politbüros. Als Kopf des reformfreudigen Parteiflügels gab er den Anstoß zur *Perestroika,* die nolens volens innerhalb kurzer Zeit das gesamte Sowjetsystem zum Einsturz brachte.

Die deutsche Ausgabe schloß mit einem Nachwort von Joachim Gauck. Auch er hat als evangelischer Pastor in der DDR gelebt und wurde nach der Wende zum Leiter der mit der Verwaltung der Stasi-Akten betrauten Behörde ernannt.* Die Herausgeber der griechischen Ausgabe schließlich baten

scan & corr by rz 11/2008

unseren Kollegen Ilios Yannakakis um ein Zusatzkapitel über »Die griechischen Opfer des Kommunismus«.

Da ein historisches Werk nur selten einen solchen »Schneeballeffekt« auslöst, wäre es schade gewesen, wenn man die Originalbeiträge dieser außerordentlich kompetenten Historiker dem Leser vorenthalten hätte. So kam mir die Idee, diese Texte in einem Sammelband zu veröffentlichen. Übergeordnetes Thema: Die Verbrechen des Kommunismus in jenem Europa (Ost und West), wo Marx und Engels 1848 mit ihrem berühmten *Manifest der kommunistischen Partei* den Grundstein zu dieser Ideologie legten, auf jenem Kontinent also, wo der Kommunismus zwischen 1917 und 1991 ein entscheidender politischer Faktor war.

Ich trug die Idee Charles Ronsac vor, der sicherlich ein außergewöhnlicher Herausgeber war: Zusammen mit Francois Füret, Vladimir Boukovski, Jean-Luc Domenach und Jean-Louis Panne hat er viele maßgebende Arbeiten über den Kommunismus veröffentlicht und erwies sich im Alter von 90 Jahren als der *deus ex machina,* ohne den das *Schwarzbuch des Kommunismus* nie erschienen wäre. Nur seiner unendlichen Aufmerksamkeit, seiner manchmal recht unangenehmen Beharrlichkeit, seiner Liebenswürdigkeit und seinem Humor ist es zu verdanken, daß selbst die verzwicktesten Situationen und heftigsten Konflikte aufgelöst und das elf Autoren zählende Projekt glücklich zu Ende geführt werden konnte. Er war der Hauptverantwortliche für diesen unerwarteten Welterfolg: 21 Übersetzungen und eine Million verkaufte Exemplare.

Bei Charles stieß mein Vorschlag, die nächste Ausgabe um zwei Kapitel - eins über Bulgarien und eins über Italien - zu ergänzen, sofort auf ein positives Echo. Nach dem Erscheinen der italienischen *Schwarzbuchmsgabe* war nämlich heftig kritisiert worden, daß wir den italienischen Kommunismus nicht mit einer einzigen Zeile erwähnt hatten. Dem wird nun

scan & corr by rz 11/2008

Rechnung getragen, und zwar mit einem von Philippe Baillet verfaßten Artikel über den »besten Stalinisten« Italiens, um mit Palmiro Togliattis eigenen Worten zu sprechen.

Der bulgarische Beitrag ist Freddi Foscolo, einem ehemaligen Opfer des Jivkov-Regimes, und seiner Tochter Mona zu verdanken. Sie beauftragten die drei bewährten bulgarischen Historiker Diniou Charlanov, Lioubomir Ognianov und Planten Tzvetkov mit der Erarbeitung des bulgarischen Beitrags.

Die Struktur des Sammelbandes stand bereits fest und zahlreiche Einzeltexte lagen bereits vor, als ich Charles vorschlug, dem Ganzen ein einleitendes Kapitel aus meiner Feder voranzustellen. Ich dachte an einen Bericht von meinen europaweiten Reisen, mit denen ich das Erscheinen des *Schwarzbuches* in den jeweiligen Ländern begleitete, und wollte dabei auf die zahlreichen Debatten und Polemiken, die im Zusammenhang mit dem Buch aufgekommen waren, eingehen. Ich wollte dem Leser nahelegen, den Kommunismus, so wie er in Europa - in Ost und in West - in Erscheinung trat, von einer allgemeingültigeren Warte aus zu betrachten. Ich war in der Tat betroffen, mit was für unterschiedlichen Situationen ich auf meinen Reisen als Verleger konfrontiert wurde: In Osteuropa betrachtete man die Geschichte des Kommunismus als eine immense Tragödie, die die betroffenen Länder in jeder Beziehung in den Ruin führte. Nicht so im Westen, und schon gar nicht in Frankreich, wo die kulturelle Sonderrolle, die man dort für sich in Anspruch nimmt, stets mit einer gewissen Unbekümmertheit und Oberflächlichkeit einhergeht: Die Erinnerung an den Kommunismus ist im Westen meist positiv besetzt und wird oft verherrlicht.

Ein schöner Plan, der unverzüglich umgesetzt worden wäre, wenn uns nicht plötzlich der entscheidende Mann verlassen hätte. Am 27. März starb Charles Ronsac ganz unerwartet. Wir mußten das Werk ohne ihn zu Ende bringen. Dies schafften wir nur mit erheblichem Verzug und mit der

scan & corr by rz 11/2008

Hilfe des treuen und umfassend bewanderten Jean-Louis Panne.

Es scheint mir nach wie vor wichtig, auf die fatalen Folgen hinzuweisen, an denen das durch die kommunistischen Machthaber dreifach amputierte Europa (1917, 1939-1941 und 1944-1948) immer noch leidet. Die Stunde der Wiedervereinigung ist endlich gekommen. Ich hoffe, daß das vorliegende Buch seinen - wenn auch noch so bescheidenen - Beitrag dazu leistet.

* Die erwähnten Beiträge zur deutschen Ausgabe des Schwarzbuches wurden in den zweiten Band nicht nochmals aufgenommen. (A. d. Verlags)

scan & corr by rz 11/2008

TEILI

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 1

Macht reinen Tisch mit dem Bedränger!

von Stephane Courtois

> Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
> Heer der Sklaven, wache auf!
> Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
> alles zu sein, strömt zuhauf.
>
> (aus der Internationale)

Am 23. August 1991 erlebten die vor Verblüffung sprachlosen sowjetischen Fernsehzuschauer eine bis dahin unvorstellbare Szene: Dem soeben aus den Händen der Putschisten befreiten Michail Gorbatschow, dem allmächtigen Generalsekretär der allmächtigen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, wird vor aller Öffentlichkeit das Wort abgeschnitten. Sein Widersacher Boris Jelzin ist der Held des Tages. Das ehemalige Mitglied des Politbüros war ein Jahr zuvor aus der Partei ausgetreten - auch das eine bis dahin unvorstellbare Tatsache - und errang bei den Präsidentschaftswahlen der russischen Republik einen triumphalen Erfolg. Der gedemütigte und politisch geschlagene Gorbatschow muß einen Tag später sein Ausscheiden aus der Parteiführung bekanntgeben. Er teilt auch mit, daß die Korn-

scan & corr by rz 11/2008

munistische Partei ab sofort in der Armee und den staatlichen Organisationen verboten ist. Am 25. Dezember um 19.30 Uhr wird die rote Fahne mit dem Hammer-und-Sichel-Emblem, die seit 1917 über dem Kreml wehte, durch die russische Trikolore ersetzt. Nach 74 Jahren uneingeschränkter Macht wird das älteste kommunistische Regime zu Grabe getragen und mit ihm das, was Annie Kriegel das »kommunistische Weltsystem[1]« nannte.

Der Wandel des geistigen Klimas

Innerhalb eines knappen Jahrzehnts hat sich die politische Landschaft für den europäischen und globalen Kommunismus grundlegend verändert, und zwar mit einer Geschwindigkeit, die jeden Beobachter in Staunen versetzte. Wenn heute Andropow und Tschemenko, Gorbatschows Vorgänger an der Spitze der KPdSU, zurückkämen, würden sie sich nicht mehr zurechtfinden und wären beim Anblick des politischen Erdbebens, das die Bedingungen für den Kommunismus in den Augen der Fachleute und der öffentlichen Meinung radikal verändert hat, völlig schockiert.

Zwei bedeutende Historiker auf dem Gebiet des Sowjetkommunismus haben diese grundlegende Klimaveränderung schon recht früh erkannt. Bereits im Dezember 1994 veröffentlichten Martin Malia und Francois Füret - der eine in den USA, der andere in Frankreich - unabhängig voneinander zwei Bücher, in denen sie eine erstaunliche Intuition bewiesen: *Vollstrecker Wahnsinn* und *Das Ende der Illusion.* Die beiden Titel stehen für die Geisteshaltung der ersten, unmittelbar auf den Zusammenbruch folgenden Phase des Postkommunismus. Wahrscheinlich waren beide Arbeiten ausschließlich der Intuition zu verdanken, denn wenige Tage vor dem Erscheinen seines Buches gab Francois Füret mir

scan & corr by rz 11/2008

gegenüber völlig niedergeschlagen seiner Befürchtung Ausdruck, daß er mehrere Jahre einer Arbeit gewidmet habe, die wahrscheinlich nur eine Auflage von wenigen tausend Exemplaren erreichen würde. Doch schon recht bald erzielte *Das Ende der Illusion* sowohl in Frankreich als auch im Ausland einen unerwarteten Erfolg. Die Intuition erwies sich also als richtig und wurde von einer breiten, gebildeten Leserschaft, die sich mit dem Zeitgeist von Grund auf verändert hatte, bestätigt.

Bei den Intellektuellen machte sich diese Veränderung in erster Linie durch das Nachlassen des kommunistischen Drucks bemerkbar. Vielerorts hat man bereits vergessen, unter welchen Bedingungen die sich mit dem Kommunismus beschäftigenden Forscher gearbeitet hatten. In zahlreichen Ländern des europäischen Westens, insbesondere in Frankreich, lebten die Journalisten, die unabhängigen Wissenschaftler und Forscher in einem Klima, in dem die angebliche moralische Überlegenheit des Kommunismus, dessen angebliche historische Überlegenheit gegenüber dem Faschismus und den »kolonialistischen und imperialistischen Demokratien« und dessen angebliche wirtschaftliche und soziale Überlegenheit gegenüber der freien Marktwirtschaft als unbestrittene Tatsachen hingenommen wurden. In vielen Einrichtungen der intellektuellen Welt - auf der Universität, in der Forschung, in der Verlags- und Medienwelt - waren die Kommunisten sehr einflußreich. Dies galt vor allem für Frankreich und Italien, aber auch für Griechenland nach dem Sturz des Militärs und für Portugal nach der »Nelkenrevolution«. Mit der Studentenbewegung von 1968 bekam der antikapitalistische, antiimperialistische und antifaschistische Revolutionsgeist starken Auftrieb. Davon profitierten die Kommunisten erheblich.

Die meisten Forscher hatten sich persönlich für den Kommunismus engagiert, besonders in Frankreich: A. Kriegel, F. Füret, A. Besancon sowie die gesamte 68er-Generation und

scan & corr by rz 11/2008

deren Erben. Aber auch in Italien - R Spriano, A. Agosti und S. Pons -, in Portugal - J. Pacheco Pereira - und in Spanien - F. Claudin und A. Elorza. Viele von ihnen haben zwar in der Zwischenzeit politisch definitiv mit dem Kommunismus gebrochen. Um jedoch auch auf der ideologischen und kulturellen Ebene Abstand gewinnen zu können, bedurfte es eines längeren Zeitraums, denn die Erinnerung an die militanten Jahre war immer noch emotional stark belegt.

Sobald sie historisch oder soziologisch »inkorrekte« Problempunkte ins Feld führten, waren sie - mitunter sogar schweren - Repressalien ausgesetzt. 20 Jahre lang hatten die kommunistischen Kollegen, welche die Forschungsarbeiten über die Französische Revolution schwer unter ihrer Kontrolle hatten, Francois Füret mit dem Bann belegt: Seine Analyse von der - demokratischen und totalitären - Doppelnatur dieser Revolution war für die Priester, die unaufhörlich den Mythos einer die Menschen- und Bürgerrechte entwickelnden Revolution predigten, untragbar. Auch Annie Kriegel wurde ununterbrochen bekämpft, weil sie bereits 1964 in ihrer Promotionsarbeit über die Entstehung der Kommunistischen Partei Frankreichs mutig den häretischen Gedanken formuliert hatte, daß der russische Bolschewismus sich aus dem französischen Sozialismus heraus entwickelt habe. Die offizielle kommunistische Lehrmeinung möchte die Entstehung der PCF als ein völlig eigenständiges Phänomen verstanden wissen.

Der Druck war jedoch nicht nur auf intellektueller Ebene zu spüren: Die Kommunisten und ihre Freunde ließen es sich nicht nehmen, auch auf administrativer Ebene zu intervenieren und bei Entscheidungen über Beförderungen und Berufungen ihren Einfluß geltend zu machen. Im Frankreich der 70er und 80er Jahre stand die Forschung über den Kommunismus unter dem Druck des politischen Bündnisses, welches Francois Mitterrand mit der PCF eingegangen war. Die Partei

scan & corr by rz 11/2008

Mitterrands erlebte damals einen massiven Ansturm ehemaliger Linker. Diese Linken duldeten keine ikonoklastischen Kompromittierungen des Regierungsbündnisses. Und wenn sie ausnahmsweise dennoch die Arbeit eines Forschers unterstützten, dann nur im Hinblick darauf, den kommunistischen Bündnispartner besser manipulieren zu können. In Italien ging der »politische Kompromiß« in der Mitte der 70er Jahre mit einem außergewöhnlichen Machtzuwachs der PCI einher. Folglich besaßen die kommunistischen Historiker sozusagen das Forschungsmonopol für Arbeiten über den Kommunismus Italiens oder der UdSSR.

Parallel zu diesem Tropismus entwickelte sich in den 60er und 70er Jahren eine regelrechte »Mao-Manie«, die nicht nur die extreme Linke, sondern auch die extreme Rechte erfasste. Das maoistische China faszinierte den Gaullisten Alain Peyrefitte genauso wie den Maoisten Philippe Sollers oder die italienische Kommunistin Maria Antonietta Macchiocci, auch wenn die ab 1972 erscheinenden Bücher von Simon Leys oder Lucien Bianco den Eifer dieser Anhänger dämpften. Unterstützt durch Figuren wie Ernesto Che Guevara, Fidel Castro und Ho Chi Minh entwickelte sich auch eine breite Bewegung für die Dritte Welt. In ganz Westeuropa stießen diese neuen Töne aus Frankreich und Italien auf offene Ohren und fanden selbst bei zahlreichen Studenten der Dritten Welt beachtlichen Widerhall. Zur gleichen Zeit entstand in den USA eine sich mit der UdSSR beschäftigende »Revisionisten-Schule, die sich auf die Sozialwissenschaften stützte und das Phänomen des Kommunismus als beschleunigten Modernisierungsprozeß traditioneller Gesellschaften interpretierte. Sie stand am Beginn eines triumphalen Siegeszugs durch die Universitäten. Wer sich also mit dem nationalen, sowjetischen oder internationalen Kommunismus beschäftigte, kam sehr schnell einer vieles dominierenden Bewegung ins Gehege, denn den Kommunisten war es gelungen, die Intellek-

scan & corr by rz 11/2008

tuellen in ein für sie günstiges Kräftefeld einzubinden. Nach 1991 änderte sich dieses Klima: Diejenigen, die einen dem Kommunismus gegenüber kritischen Gedanken entwickelt hatten, spürten plötzlich ein Nachlassen des Drucks und eine größere Bewegungsfreiheit für ihre Forschungen und Analysen.

Der zweite Faktor dieser Klimaveränderung war die völlig veränderte Perspektive, aus der heraus man nun den Kommunismus zu betrachten begann: Bis 1991 ging es den Fachleuten in der Diskussion um die UdSSR und den Kommunismus vor allem um die Frage, ob das Sowjetsystem sich langsam aber sicher zu einem »Sozialismus mit menschlichem Gesicht« entwickelt und die technokratischen Systeme des Ostens und Westens sich folglich auf lange Sicht einander angleichen oder ob das System - bereits seit 1917, seit Chruschtschows »Geheimbericht« von 1956 oder spätestens seit der Zerschlagung der Prager Frühlings von 1968 - als absurd, unbeweglich und unumkehrbar zu betrachten ist, als ein System, das weder zu reformieren noch zu stürzen ist. Doch weder die Befürworter der einen noch die der anderen These hatten die plötzliche Wende vorausgesehen. Alle waren überrascht. Die Tatsache, daß ein so bedeutendes Phänomen wie der Kommunismus des 20. Jahrhunderts (die UdSSR war bis zu den frühen 80er Jahren voller Macht, Aktivität und Expansionsdrang) plötzlich verschwand, veränderte den Blickwinkel grundlegend. Solange ein System lebendig und mächtig ist, schaut man in den entsprechenden Analysen über die Fehler, Ungereimtheiten und Tragödien hinweg und hält sich daran fest, daß das System funktioniert und kräftig gedeiht. Ist es aber tot, hält man sich vor allem an dessen Inkohärenz und den Zerfallserscheinungen auf, vor allem aber an dem, was man bisher für ein völlig normales Funktionselement gehalten hatte: die Politpolizei, die Zensur, der Terror und die Verbrechen an ganzen Bevölkerungsgruppen. Seit 1918 ha-

scan & corr by rz 11/2008

ben zahlreiche Beobachter immer wieder auf das grundlegend Absurde des kommunistischen Systems hingewiesen. Doch die Existenz des Systems und sein trotz schwerer Krisen (Fünfjahresplan, Zwangskollektivierung, der große Terror, der Krieg, die Entstalinisierung unter Chruschtschow, die Perestroika) stetiges Wachstum dementierten die Kassandrarufe. Folglich konnten die Forscher, ganz gleich ob sie nun an eine Entwicklung des Kommunismus glaubten oder nicht, dieses System nicht unabhängig von seiner Existenz betrachten.

Füret[2] und Malia[3] waren die ersten, die nach dem Zerfall des Kommunismus die Gelegenheit zu einer Post-Mortem-Analyse dieses Systems nutzten.

Die revolutionäre Dokumenten-Lawine

Der Zusammenbruch des Kommunismus löste unverzüglich eine revolutionäre Dokumenten-Lawine aus. Dies war nicht nur eine Folge der Öffnung der Archive, sondern auch der Entbindung aller Zeugen, die sich bisher zur Wahrung des »Parteigeheimnisses« verpflichtet glaubten.

Wie Paul Ricoeur in seiner Arbeit *La Memoire, Vhistoire, Voubli* betont, ist die Suche nach Dokumenten, d.h. nach dokumentarischen Beweisen der erste Arbeitsschritt eines Historikers[4]. Mehr als 70 Jahre lang besaßen die Beobachter des kommunistischen Weltsystems an Dokumenten nur das, was der Kommunismus offiziell veröffentlichte: Zeitungen, amtliche Stellungnahmen, Reden der Parteiführer, zensierte Literatur und Filme. Hinzu kamen Berichte von Dissidenten und Flüchtlingen und - soweit sie verfügbar waren - auch Dokumente der Polizei oder bestimmter Informationsdienste. Die für alle kommunistischen Parteien und Regimes typische Geheimniskrämerei war eine weitere Erschwernis. Wer den

scan & corr by rz 11/2008

Kommunismus analysieren wollte, mußte wie ein Paläontologe arbeiten, der an Hand der Fossilien eines Oberschenkelknochens oder eines Kiefers das Bild eines Dinosauriers rekonstruiert. Doch jetzt steht ihm das gesamte Skelett zur Verfügung.

Zuvor versuchte jeder Historiker, aus der mangelhaften Quellenlage das Beste zu machen. Diese Versuche waren natürlich ständiger Kritik ausgesetzt, von der scheinheiligen Ironie von Seiten der kommunistischen Kollegen oder den arroganten Dementis von Seiten der Apparatschiks ganz zu schweigen: Die sowjetische Verantwortung für das Massaker von Katyn? Nazipropaganda! Die Millionen von Toten während der großen Hungersnot von 1932/33 in der Ukraine? Kapitalistenhetze! Die Verhandlungen zwischen Otto Abetz als Vertreter der deutschen Besatzungsmacht und den französischen Kommunisten im Sommer 1940 in Paris? Pure Einbildung! Die Erschießung von Hunderttausenden während des großen Terrors von 1937/39? Antikommunistische Verleumdung! Die Überwachung aller DDR-Bürger durch die Stasi? Revanchistengeschwätz aus Bonn! Man könnte diese Liste endlos fortsetzen. Seit 1991/92 sind diese Stimmen jedoch verstummt. Jeden Tag kamen aus den Archiven des Ostens, vor allem aus der UdSSR, bisher unveröffentlichte Dokumente zum Vorschein, die ein neues Licht auf die kommunistische Tragödie werfen.

Dank dieser revolutionären Dokumentenlawine werden seit 1991 selbst die bestgehüteten Geheimnisse gelüftet, beispielsweise das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939, dessen Existenz ein halbes Jahrhundert lang hartnäckig bestritten wurde. Sogar die Karte, auf der die Nazis und die Sowjets Osteuropa unter sich aufgeteilt hatten, kam zum Vorschein. Auf der Osthälfte glänzte der Namenszug Stalins. Der am 5. März 1940 von allen Mitgliedern des sowjetischen Politbüros unterzeichnete Befehl

scan & corr by rz 11/2008

zur Tötung von 25 700 polnischen Offizieren und Führungskräften wurde 1992 aus seinem versiegelten Umschlag geholt und von Boris Jelzin an Lech Walesa überreicht. Die von Moskau angelegten Akten über alle Funktionsträger der kommunistischen Parteien der ganzen Welt - allein für die französische PCF existieren mehrere tausend Akten - werden nach und nach für die Öffentlichkeit zugänglich. Sie veranschaulichen hervorragend, in welchem Ausmaß Stalin die gesamte Komintern kontrollierte. Auch die jahrzehntelang unter Verschluß gehaltenen, weil mit viel Blut getränkten Schriften Lenins kamen ans Tageslicht.

Ab 1994 nahm die Zahl der Veröffentlichungen, die sich auf Dokumente aus den Archiven Moskaus, Prags oder anderer ehemals kommunistischer Regierungssitze stützen, deutlich zu. Die Arbeiten über die UdSSR haben sich vervielfacht: Dimitri Volkogonov beschreibt in seiner Lenin-Studie[5] den Bolschewistenführer als einen fanatisch-grausamen und schließlich körperlich und psychisch erschöpften Menschen. Robert Conquest, ein Pionier in der Forschung über die kriminelle Dimension des Stalinismus, hat eine Stalin-Biographie[6] veröffentlicht, und Oleg Khlevniouk, ein Vertreter der jungen Historikergeneration Rußlands, beschreibt in seiner Arbeit über den Kreml[7], wie Stalin an der Spitze seines Clans die Macht an sich riß und schließlich zu einem absoluten Despoten wurde. Nicolas Werth und Gael Moullec wiederum machen deutlich, wie vehement sich sowohl die Arbeiter als auch die Bauern der politischen Macht widersetzten, bevor sie Opfer unbeschreiblicher Terrormaßnahmen wurden[8]. Nicht zu vergessen sind die Arbeiten von Alla Kirilina über den Mord an Kirow[9] und von Amy Knight über Berija[10]. Ich beschränke mich hier auf die in französischer Sprache erschienenen Titel. Auch die Russen, Amerikaner und Deutschen haben zahlreiche Dokumentensammlungen und Einzelstudien veröffentlicht.

Die Komintern und die internationale Dimension des kom-

scan & corr by rz 11/2008

munistischen Systems wurden ebenfalls neu untersucht. Mit dieser Frage beschäftigt sich eine ganze Reihe von Publikationen, vor allem die von Antonio Elorza und Marta Bizcarrondo über die Rolle der Komintern in Spanien[11]. Die noch nicht übersetzten russischen Veröffentlichungen der letzten Jahre behandeln besonders die Komintern während des Krieges und deren Rolle in Lateinamerika und China. Auch das Tagebuch von Georgi Dimitrow aus den Jahren 1933 bis 1949, eine wertvolle Quelle für die stalinistische Periode der Komintern und die kommunistische Machtübernahme in Bulgarien, ist Gegenstand vieler Arbeiten[12]. Karel Bartosek hingegen geht der Rolle Prags nach 1945 nach[13]. Die Stadt an der Moldau war in der Nachkriegszeit eine Drehscheibe der internationalen Kommunistenbewegung. Bartosek zeichnet in seiner Arbeit den Lebensweg von Arthur London und seiner Frau in allen Einzelheiten nach. Mit der Öffnung der Moskauer Archive war es auch Annie Kriegel und mir möglich geworden, eine Biographie von Eugen Fried zu schreiben[14]. Fried fungierte in Frankreich als offizieller Komintern-Vertreter und war von 1930 bis 1939 der eigentliche Parteichef der französischen Kommunisten. Die Zeitschrift *Communisme* hat auf der Grundlage wichtiger, in den besagten Archiven entdeckten Dokumente zahlreiche Artikel veröffentlicht. Dazu zählen auch die stenographischen Notizen von den Begegnungen zwischen Maurice Thorez und Stalin im November 1944 und November 1947, wo Stalin der Kommunistischen Partei Frankreichs die politischen Richtlinien diktierte[15], oder die Protokolle von den Verhandlungen zwischen Otto Abetz als Vertreter der deutschen Besatzungsmacht und dem Parteivorstand der französischen Kommunisten während des Sommers 1940[16]. Mit der Öffnung der Archive erscheint auch das Leben in den nichtkommunistischen Ländern in einem neuen Licht: Sophie Coeure geht der Frage nach, welche Folgen die Bolschewistenrevolution im Frankreich der

scan & corr by rz 11/2008

20er und 30er Jahre auf die Gesellschaft und die politische Klasse hatte[17].

Da man den Kalten Krieg für beendet hielt, öffneten auch die westlichen Länder ihre Archive. Die Vereinigten Staaten veröffentlichten die »Venona«-Dokumente: Es handelt sich um entschlüsselte Funkmeldungen des sowjetischen Geheimdienstes während des Krieges. Manch undurchsichtige Angelegenheit ist seitdem deutlich leichter zu begreifen, angefangen bei der Rosenberg-Affäre bis hin zum Werdegang des französischen Politikers Pierre Cot. In Frankreich haben die Forscher nun auch Zugang zu den Staatsakten, die die Kommunistische Partei betreffen. Letztere mußte selbst ihre Akten aus der Zeit des Kalten Krieges offenlegen, zumindest diejenigen, die seinerzeit nicht auf Geheiß von Gaston Plissonnier, einem der »Männer aus Moskau«, vernichtet worden waren. Auch die Akten aus den Jahren 1920 bis 1940, die die PCF aus Sicherheitsgründen in Moskau deponiert hatte, sind seit 1992 offen zugänglich!

In Anbetracht dieser je nach Aktenkategorie, Land und Jahr mehr oder weniger großzügigen Öffnung der Archive nutzte auch mancher Akteur, mancher Zeuge, manches Opfer und mancher Henker die neue Redefreiheit. Viele von denen, die bisher wegen Strafandrohung das Parteigeheimnis wahren und schweigen mußten, begannen nun sich zu erinnern: Auguste Lecceur, während der deutschen Besatzung Chef der PCF-Untergrundorganisation und bis zu seiner Amtsenthebung im Jahre 1954 einer der führenden Köpfe innerhalb der Partei, brach kurz vor seinem Tod das Schweigen[18]. Von großem Wert sind die veröffentlichten Memoiren von Pavel Soudoplatov[19]: Er zählte zum engeren Kreis um Berija, hat den Mordanschlag auf Trotzki organisiert und war in den 40er Jahren einer der Hauptverantwortlichen für das sowjetische Atomprogramm. Der KGB-Offlzier Youri Modine erzählt die Affäre um die »Fünf von Cambridge«, eine der spektakulär-

scan & corr by rz 11/2008

sten Spionagegeschichten des 20. Jahrhunderts, aus seiner Sicht[20]. Erwähnt seien auch die von Francoise Thom zusammengestellten Memoiren des Berija-Sohnes[21] und die überaus aufschlußreichen Aufzeichungen von Gesprächen, die Felix Tchouev mit Molotow geführt hat[22]. Jacques Rossi, der wichtigste französische Gulag-Zeuge - er verbrachte 21 Jahre im sowjetischen Straflager und war weitere sechs Jahre nach Samarkand verbannt - und gleichzeitig Verfasser einer beachtlichen Gulag-Analyse[23], mußte 93 Jahre alt werden, bevor er seine Erinnerungen niederschrieb[24].

Für all diese Themen hatte es bisher nur wenige Indizien gegeben, die in jahrelanger Kleinarbeit sorgfältig bearbeitet worden waren. Nun aber kommt eine Schwemme von Berichten, von schriftlichen Anweisungen und verschlüsselten Funkmeldungen ans Tageslicht. Die Funktionsweise des kommunistischen Systems in der UdSSR, in der Komintern und innerhalb der Parteien und die präzise Rolle bestimmter Akteure werden nun offengelegt. All das, was jahrzehntelang als »Parteigeheimnis« gehütet wurde, kurz: der unter der Wasseroberfläche liegende Teil des Eisbergs oder - wie andere sagen - die abgewandte Seite des Mondes kommt nun zum Vorschein. Die Orte der Entscheidungen, die entsprechenden Modalitäten und Informationskanäle … jene Grundelemente, die in anderen politischen Systemen allgemein bekannt sind, aber bisher im Kommunismus geheimgehalten worden waren, wurden nun teilweise aufgedeckt und zeichneten ein wesentlich exakteres, widerspruchsfreieres Bild dieses Systems.

Bei manchen gehörte der Spott zum guten Ton: Sie sprachen von gefälschten Akten und anderen Ungereimtheiten. Die wenigsten von ihnen haben die Akten wirklich sorgfältig untersucht, und wenn sie es getan haben, dann nur, um auf unbedeutende Nebensächlichkeiten hinzuweisen. Daß bei der Öffnung der Archive auch Fehler unterlaufen sind, sei unbestritten: In Rußland haben einige Archive ihre Tore wieder

scan & corr by rz 11/2008

dicht gemacht, und die wichtigsten Aktensammlungen werden der Öffentlichkeit nach wie vor vorenthalten. In Bulgarien und Rumänien ist der Zugang zu den Archiven auch 10 Jahre nach der Wende immer noch schwierig. In Belgrad wurden die Archive des titoistischen Regimes erst vor kurzem geöffnet. Anderswo - beispielsweise in Nordkorea, Vietnam, Kuba und China - bleiben sie weiterhin hermetisch verschlossen, von wenigen »undichten Stellen« einmal abgesehen: Von der Debatte, die nach den Ereignissen auf dem Tian-an-men-Platz innerhalb der chinesischen Führung geführt wurde, konnten Auszüge veröffentlicht werden. Doch trotz dieser Schwierigkeiten kann die Geschichte des Kommunismus neu geschrieben werden.

Das Ende eines Tabus

Der intensivste und unerwartetste Moment der durch die bei den Intellektuellen einsetzende Klimaveränderung und die Dokumentenlawine ausgelösten Neubewertung des Kommunismus war wahrscheinlich der 7. November 1997, als auf den Tag genau 90 Jahre nach der Oktoberrevolution in Frankreich das *Livre noir du communisme* (dt: *Schwarzbuch des Kommunismus)* herauskam. Eine sich überwiegend aus Franzosen zusammensetzende Forschergemeinschaft beabsichtigte mit diesem Werk eine historische Synthese, d.h. einen Bericht über die kriminelle Dimension des Kommunismus. Von den vielfältigen Repressionserscheinungen berücksichtigten die Autoren lediglich den Mord an Personen. Dabei sind drei verschiedene Arten zu unterscheiden.

Erstens: Der unmittelbare Mord. Bereits Orlando Figes hat in seiner hervorragenden Beschreibung[25] des vorrevolutionären Rußlands und der bis zum Tod Lenins reichenden kommunistischen Frühphase die besagte kriminelle Di-

scan & corr by rz 11/2008

mension behandelt. Schon in den ersten Tagen und Wochen nach dem bolschewistischen Staatsstreich folgten viele Menschen - aus dem Gefängnis befreite Ganoven, desertierte Soldaten und der allgemeine Pöbel - dem Aufruf Lenins »Raubt die Räuber aus!« und gingen mit roher Gewalt gegen die »Bürgerlichen« vor. Sie plünderten, vergewaltigten und töteten hemmungslos. In den folgenden fünf Jahren organisierten die Bolschewisten im Namen ihrer Ideologie, im Glauben an die angeblich gerechte Sache ihrer historischen Vision oder einfach nur, um für jeden Preis an der Macht zu bleiben, einen systematischen Massenterror gegen ihre tatsächlichen und vermeintlichen Feinde. Im *Schwarzbuch des Kommunismus* geht Nicolas Werth in allen Einzelheiten auf die Massaker an den »Weißen« ein. Diese mörderischen Gewaltexzesse der Roten Armee und der Tscheka waren zwischen 1918 und 1921 ganz allgemein gegen die Bürgerlichen, die Geschäftsleute, die Intelligenzija, die Offiziere, die Priester, ja selbst die Arbeiter und Bauern (die sogenannten »Grünen« und die »Kulaken«) gerichtet. Hinzukommen die ersten Genozidversuche gegen ganze Klassen: In den Jahren 1919 und 1920 ging man gezielt gegen die Donkosaken vor. Später kommt Nicolas Werth ausführlich auf die 690000 Opfer des großen Stalin-Terrors der Jahre 1937/38 zu sprechen. Es gibt einen russischen Verband, der sich im Augenblick bemüht, eine umfassende Liste dieser Opfer zu erstellen.

Jean-Louis Margolin[26] ging dem Schicksal der 20000 Menschen nach, die zwischen 1975 und 1979 in das Zentralgefängnis von Phnom Penh gebracht worden waren: Nicht einer von ihnen hat die schweren Foltermethoden überlebt. Er führt auch die »Eigentümer von Grund und Boden« an, die während der chinesischen Kampagnen anläßlich der Machtübernahme Maos systematisch niedergemetzelt wurden. Und so weiter und so fort. Auch die grausamsten Bluttaten sollte man nicht aussparen, beispielsweise den Fall von Pite§ti[27], ein rumäni-

scan & corr by rz 11/2008

sches Gefängnis, in dem die inhaftierten nationalistischen Studenten zwischen 1949 und 1952 gezwungen wurden, sich gegenseitig zu foltern: Manche von ihnen starben unter den Schlägen ihrer Kameraden oder ließen sich zu einem Geständnis schlimmster Schandtaten hinreißen. Völlig entmenschlicht wurden sie als Aufpasser in den rumänischen Konzentrationslagern eingesetzt. Nicht zu vergessen sind auch alle politischen Feinde und »Parteiverräter«, die von den Kommunisten im - teilweise auch erfolglosen - Kampf um die Macht umgebracht worden sind[28].

Die zweite Mordart, die von den Schwarzbuchautoren berücksichtigt wird, bezieht sich auf die ab Sommer 1918 von Lenin und Trotzki errichteten Konzentrationslager. Sie lieferten zunächst den notwendigen Bestand an Geiseln und dienten als Vernichtungslager für die politischen Gegner. Ab 1928/29 entwickelten sich die Lager zu einem regelrechten Ausbeutungssystem der Zwangsarbeiter, dem sogenannten Gulag, und wurden mit der Zeit in allen kommunistischen Ländern errichtet. Gigantische Massendeportationen sorgten für einen ausreichenden Bestand an Häftlingen, insgesamt waren es mehrere Dutzend Millionen Männer, Frauen und Kinder: Durch die sowjetischen Kollektivierungsmaßnahmen enteignete Kulaken, zahlreiche Angehörige der von Stalin zwangsannektierten Völker (Polen, Esten, Litauer, Letten, Bessarabier), zivile und militärische Kriegsgefangene von 1944/45 (Deutsche, Polen, Ungarn, Rumänen, Koreaner und Japaner), am rumänischen Donaukanal eingesetzte Zwangsarbeiter, Opfer der chinesischen Gehirnwäsche (Laogai), Häftlinge nordvietnamesischer Arbeitslager oder einfach nur kambodschanische Dorfbewohner, denn die Roten Khmer verwandelten ganze Dörfer in Konzentrationslager. Ganz gleich, wer die Lagerinsassen waren, das Prinzip war immer das gleiche: Alles (Arbeitsbedingungen, Ernährung, Unterbringung, Hygiene) war nur darauf ausgerichtet, die Arbeits-

scan & corr by rz 11/2008

kraft der Häftlinge bis zu deren völliger Erschöpfung bestmöglichst zu verwerten. Wem es nicht gelang, mit den Henkern irgendwelche Kompromisse auszuhandeln, konnte nur mit einer ausgezeichneten physischen und psychischen Verfassung und mit viel Glück überleben.

Es gibt auch jüngere Veröffentlichungen, die sich mit dieser kriminellen Dimension beschäftigen: Alexandra Viatteau untersuchte das Schicksal von mehreren hunderttausend Polen, die zwischen 1939 und 1947 vom NKWD-KGB verschleppt oder ermordet worden waren[29]. Die Arbeit wird durch einen außergewöhnlich drastischen Zeugenbericht[30] bestätigt: Barbara Skarga, polnische Widerstandskämpferin während der deutschen Besatzung, wurde von den Sowjets verhaftet, verhört und gefoltert. Schließlich wurde sie in ein Gulag-Lager gebracht und anschließend in die Verbannung geschickt. Erst 1955 konnte sie wieder nach Polen zurückkehren. Das kleine, aber bemerkenswerte Buch[31] von Victor Zaslavsky enthält viel Neues zu den polnischen Offizieren und Führungskräften, die in den Jahren 1940 und 1941 in Katyn und anderswo umgebracht worden sind. Es betont vor allem den Aspekt der »Klassensäuberung«. Ebenfalls zu erwähnen sind die Veröffentlichungen von Ben Kiernan über den Genozid in Kambodscha und von Henri Locard über die Gefängnisse der Roten Khmer, aus denen niemand lebend herausgekommen ist[32]. Die beiden Historiker Joel Kotek und Pierre Rigoulot haben übrigens eine umfangreiche Arbeit über die weltweite Geschichte der Konzentrations- und Vernichtungslager publiziert. Die kommunistischen Lager nehmen darin einen breiten Raum ein[33].

Die dritte Mordart, die für die Schwarzbuchautoren von Belang war, ist die Hungersnot. In manchen Fällen wurde sie aus ideologischen Gründen bewußt herbeigeführt, andere wiederum waren die Folge von politischer Inkompetenz. Beispielsweise die Hungersnot von 1921/23, der in der Sowjet-

scan & corr by rz 11/2008

union rund fünf Millionen Menschen zum Opfer fielen, war hauptsächlich durch eine Entscheidung des Politbüros ausgelöst worden. Man setzte sich absichtlich über sämtliche statistischen Angaben hinweg, veranschlagte die für die staatlichen Beschlagnahmungen entscheidenden Erntezahlen bewußt um ein Drittel höher und lieferte so die Bauern dem Tod aus[34]. Bei den seit dem 18. Jahrhundert in Rußland lebenden Wolgadeutschen führten die für die Rote Armee beschlagnahmten Getreidemengen - zumal die Bauern schon am Hungertuch nagten - zum Tod von mindestens 100000 Menschen (die Gesamtzahl der Wolgadeutschen lag bei 450000). Der Kannibalismus war eine der grauenhaften Begleiterscheinungen. Zum Teil sahen sich die halbverhungerten Bauern gezwungen, ihre Kinder als Sklaven nach Persien zu verkaufen; auch hierbei hatte die Tscheka ihre Hand im Spiel[35]. Die chinesische Hungersnot von 1959-1961 ist auf den Widersinn des »Großen Sprungs nach vorn« zurückzuführen und deshalb von gleicher Natur[36].

Es gibt noch andere Hungersnöte, die von der kommunistischen Macht bewußt ausgelöst wurden: Pol Pot beispielsweise hat den Tod von rund 800000 Kambodschanern auf dem Gewissen, und 1932/33 organisierte Stalin in der Ukraine eine Hungersnot. Ziel: die Vernichtung einer sozialen Elite, die Bekämpfung rebellischer Bauern und die Unterwerfung einer ganzen Nation. In diesem Zusammenhang ist der von Georges Sokoloff herausgegebene Titel hochinteressant[37], ein drastischer Bericht über einen der schlimmsten Massenmorde des 20. Jahrhunderts. Erst Ende der 80er Jahre wurden in der UdSSR Texte über die Ermordung der als feindliche Nation und feindliche Klasse bekämpften ukrainischen Bauern veröffentlicht. Stalin organisierte diesen Genozid ganz im Sinne seines Wahlspruchs »Liquidiert die Klasse der Kulaken«. Die dafür notwendige Hilfe kam von Molotow und Kaganowitsch, seinen Komplizen vor Ort. Lidija Kowa-

scan & corr by rz 11/2008

lenko und Wolodimir Manjak, ein ukrainisches Journalistenpaar, wollte ein Buch über diese Hungersnot veröffentlichen und hatte deshalb einen Aufruf an die letzten Überlebenden gestartet, ihre Erinnerungen mitzuteilen. Sie erhielten über 6000 Antwortschreiben. Die 450 aufschlußreichsten Beiträge wurden in einem Sammelband zusammengetragen, der in einer gekürzten Fassung auch in Frankreich erschienen ist. Maniak kam am 15. Juni 1992 bei einem mysteriösen Autounfall ums Leben. Kovalenko starb wenige Monate später an den Folgen einer rätselhaften Krankheit. Die veröffentlichten Berichte stammen zum großen Teil von Leuten, die damals noch Kinder und oft die einzigen Überlebenden ihrer Familien waren. Es ist das apokalyptische Gemälde eines grausamen Vernichtungskrieges, der gegen jene Gruppe von Bauern gerichtet war, bei der Dynamik und Unabhängigkeitswillen am stärksten ausgeprägt waren. Die Berichte legitimieren den von mir in diesem Zusammenhang im *Schwarzbuch des Kommunismus* gebrauchten Ausdruck »Klassengenozid«[38], auch wenn viele davor oder danach erschienene Arbeiten nach wie vor den nationalen Aspekt dieses Vernichtungskampfes hervorheben[39]. »Die Entscheidung, die Bauern über den Hungertod auszurotten, war nicht gegen eine soziale Gruppe innerhalb der ukrainischen Nation gerichtet, denn die ukrainische Nation bestand ja zum großen Teil nur aus Bauern«, so jedenfalls schreibt Laurence Woisard[40]. Tatsächlich waren 80% der Ukrainer damals Bauern. Sowohl Laurence Woisard als auch Franchise Thom belegen klar, daß die Hungersnot in der Ukraine mit einem bis in die Kommunistische Partei hineinreichenden Denationalisierungsprozeß einherging. Mit der Hungersnot wollte Stalin der ukrainischen Nation den Todesstoß versetzen.

Die Tatsache, daß der Hunger von den kommunistischen Machthabern systematisch als Waffe benutzt wurde, ruft Lenins Vision von der kommunistischen Gesellschaft in Erinne-

scan & corr by rz 11/2008

rung: Die gesamte Produktion und Verteilung sollte in den Händen der Macht liegen, sie allein sollte in der Lage sein, die Nahrungsmittel, die Wohnungen, das Heizmaterial und die Medikamente an die »Genossen« und den als »politisch korrekt« geltenden Teil der Bevölkerung weiterzuleiten. Dies wird auch durch den eindeutigen Widerspruch bestätigt, daß mit den Bauern diejenigen den Hungertod starben, die die Nahrung produzierten.

Natürlich taten die Kommunisten alles, um diese Genozid-Praktiken abzustreiten oder zu vertuschen. Sophie Cceure zeigt in ihrer Arbeit deutlich, wie die an den Westen weitergeleitete sowjetische Propaganda die Informationen über die Hungersnot in der Ukraine entweder ganz verschwieg oder als antikommunistisches Lügenmärchen hinstellte[41]. Auch Edouard Herriot, damals einer der wichtigsten französischen Politiker, hat diese Propaganda übernommen. Der langjährige Bürgermeister von Lyon und Vorsitzender der in der 3. Französischen Republik starken *Parti radical* hat in seiner Eigenschaft als Präsident der außenpolitischen Kommission des Abgeordnetenhauses im November 1932 einen zwischen Frankreich und der UdSSR ausgehandelten Nicht-Angriffspakt unterzeichnet. Im Sommer 1933 folgte er einer Einladung in die Sowjetunion und wurde mit allen Ehren empfangen. Ende August hielt er sich im Rahmen dieser Reise auch für fünf Tage in der Ukraine auf. Dank der ausführlichen Berichte des sowjetischen Diplomatenkorps, die sämtliche Vorbereitungen und den genauen Ablauf der Reise wiedergeben, kann man sich ein genaues Bild darüber machen, wie man einen Gast aus dem Westen zu empfangen pflegte: Die Kolchosen, die auf dem Besuchsprogramm standen, waren sorgfältig ausgewählt und die Kolchosebauern hatten genaue Anweisungen bekommen. Selbst die üppigen Festessen waren minutiös durchorganisiert. Herriot hatte übrigens auch nicht die Absicht, seinen ehrenvollen Empfang

scan & corr by rz 11/2008

kritisch zu hinterfragen. Nach Frankreich zurückgekehrt, dementierte er offiziell sämtliche Meldungen über die ukrainische Hungersnot und veröffentlichte wenige Monate später ein Buch mit dem Titel *Orient:* Dort zitierte er die Worte des UdSSR-Präsidenten Kalinin, der die Geschichte der Hungertoten als »lächerliche Legende«[42] abtat, und bezeichnete die Hungersnot in der Ukraine selbst als »Fabel«[43]. Bei der Kommunistischen Partei Frankreichs waren vergleichbare Töne zu hören: Leon Moussinac nahm ebenfalls im Sommer 1933 an einer organisierten Reise in die Ukraine teil. Auch er tat nach seiner Rückkehr die Nachrichten über die ukrainische Hungersnot als sozialdemokratische Propaganda ab, die bei den Kolchosebauern nur »Gelächter« ausgelöst hätte, und erzählte von den Triumphen der Kollektivierung und den reichen Ernten der sozialistischen Landwirtschaft[44]. Dies ist ein indirekter Beweis dafür, daß die Hungersnot künstlich erzeugt wurde. Wenn die Ernten nämlich wirklich so reich waren, ist der Hungertod von sechs Millionen Menschen nicht zu erklären. Es sei denn, es steckt eine Absicht dahinter.

Das Schwarzbuch des Kommunismus hat auch eine neue Debatte über den Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus ausgelöst, obwohl dieser Vergleich lediglich auf zwei Seiten im Einleitungskapitel abgehandelt wird. Zwei Seiten genügten, um ein solches Geschrei auszulösen. Dieses Problem kam jedoch bereits bei Francois Füret in *Das Ende der Illusion* zur Sprache. Seitdem haben mehrere französische Autoren diese Problematik immer wieder angesprochen. Auch Alain Besancon kam in seiner kurzen, aber sehr kompakten Arbeit über das Elend des 20. Jahrhunderts darauf zurück[45]. Die ersten sorgfältigen Wort-für-Wort-Vergleiche lieferten allerdings erst das französisch-schweizerische Historiker-Duo Nicolas Werth und Philippe Burin[46]. Kurz darauf erläuterte auch Ernst Nolte den entscheidenden

scan & corr by rz 11/2008

Einfluß der Oktoberrevolution - mitsamt ihrer Verbrechen - auf Hitlers Bild vom »jüdischen Bolschewismus«[47].

All diese Arbeiten über die kriminelle Dimension und die dahinterstehenden Utopien sowie die entsprechenden Vergleichsstudien haben eine allgemeine Debatte über den Totalitarismus entfacht. Alain de Benoist[48] und Bernard Bruneteau[49] sorgten 1998 mit ihren Veröffentlichungen für eine Fortsetzung dieser Debatte. Zur gleichen Zeit kam es bei einigen grundlegenden Arbeiten über den Totalitarismus zu aktualisierten Neuauflagen. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die drei - endlich gemeinsam veröffentlichten - Teile von Hannah Arendts Hauptwerk: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft - der Antisemitismus, der Imperialismus, der Totalitarismus*[50]. In der gleichen Ausgabe sind auch ihre Artikel über den Eichmann-Prozeß in Jerusalem abgedruckt; es sind tiefgründige Überlegungen über das Böse im 20. Jahrhundert. Arthur Koestlers autobiographische Schriften sind dagegen weniger theoretischer Natur als vielmehr das Ergebnis eigener Erlebnisse und Beobachtungen. In *Le Zero et l'Infini* (dt: »Die Null und das Unendliche«) - geschrieben zwischen 1938 und 1949 - untersucht er das psychologische Rätsel[51]: Wie können eine Doktrin und ein politisches System intelligente und aktive Menschen dazu bringen, ihre eigene Zerstörung zu rechtfertigen und in die Tat umzusetzen? Die großen Moskauer Prozesse haben jedenfalls als paradigmatische Vorfälle für den Kommunismus des 20. Jahrhunderts deutlich gezeigt, daß dies möglich ist. Die Arbeitsbeiträge des Kolloquiums der Annie-Kriegel-Stiftung über die großen politischen Prozesse der Weltgeschichte stellen diese Überlegung in einen größeren Zusammenhang[52]: Sie untersuchen die Wechselwirkung zwischen der Religion, der Ideologie und der Manipulation des Justizapparates, und zwar an Hand zahlreicher Beispiele, ausgehend von der Inquisition bis hin zu den Moskauer Prozessen oder den inter-

scan & corr by rz 11/2008

nen Prozessen innerhalb der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Enzo Traverso hat rund 60 Abhandlungen über den Begriff des Totalitarismus zusammengestellt[53]. Die Texte stammen aus der Zeit von 1930 bis heute und sind entweder neutral oder von unterschiedlichster politischer Couleur: liberal, sozialdemokratisch, christdemokratisch. Damit schuf Traverso eine für die Allgemeinheit unverzichtbare Textsammlung, auch wenn er in seiner ausführlichen Einleitung am Märchen von den guten Absichten der Kommunisten, den angeblichen Erben der Aufklärung, festhält. Ich meinerseits veröffentlichte unter dem Titel *Quand la nuit tombe* (dt: »Wenn die Nacht hereinbricht«) die schriftlichen Zeugnisse eines internationalen Kolloquiums, das sich mit den Gründen für die Entstehung totalitärer Systeme in Europa beschäftigte[54]. Bernard Bruneteau zeigte bei dieser Gelegenheit, daß die Idee des Vergleichs zwischen dem kommunistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Regime schon zwischen den beiden Weltkriegen in Europa und den USA keineswegs neu war. Schon damals war der Begriff »totalitär« weit verbreitet und verdankt seine Prägung also nicht - wie die Gegner dieses Vergleichs glauben machen wollen - dem Kalten Krieg[55].

Vor kurzem startete Enzo Traverso einen neuen Angriff: In einem polemischen Artikel unterstellte er Füret, Nolte und mir einen »militanten Antikommunismus«, den wir als »historisches Paradigma« festschreiben wollten[56]. Bekommt eine Forschungsarbeit, wenn sie systematisch vertieft wird, automatisch einen militanten Charakter? Seit wann muß sich der Forscher eine kritische Vorgehensweise versagen? Machen sich Historiker, die am Nationalsozialismus und dem Völkermord an den Juden arbeiten, eines »militanten Antinationalsozialismus« schuldig? Hinter dieser karikaturesken Darstellung unserer Kommunismus-Studien - die übrigens alles andere als übereinstimmend sind, wie der Briefwechsel zwischen Füret

scan & corr by rz 11/2008

und Nolte deutlich zeigt[57] - offenbart sich bei Traverso eine neo-antifaschistische Haltung, bei der »die Wurzeln des Kommunismus auf das Erbe der Aufklärung und des humanistischen Rationalismus des 18. Jahrhunderts« zurückgehen und »zwischen Kommunismus und Faschismus trotz der in gewisser Hinsicht analogen kriminellen Endstufen und dem formellen Hang ihrer Systeme zu Dominanz ein radikaler Unterschied« besteht. Es ist das alte Märchen von der guten Absicht, kein »militantes« Märchen natürlich, trotz der Artikel, die Enzo Traverso regelmäßig in der Zeitschrift der revolutionären kommunistischen Liga veröffentlicht.

In *Das Ende der Illusion* schreibt Füret: »Stalin bringt im Namen des Kampfes gegen das Bürgertum Millionen von Menschen um, Hitler rottet im Namen der Reinheit der arischen Rasse Millionen von Juden aus. In der Dynamik der politischen Ideen des 20. Jahrhunderts liegt ein Mysterium des Bösen«[58]. Tzvetan Todorov befindet sich an der Schwelle zu diesem Mysterium, wenn er in *Memoire du mal, tentation du bien* (dt. Erinnerung an das Böse, Versuchung des Guten) diese Problematik bei fünf Figuren des 20. Jahrhunderts aufgreift: Wassili Grossman, Margarete Buber-Neumann, David Rousset, Primo Levi und Romain Gary. Er stellt der Wissenschaftsgläubigkeit und dem Totalitarismus den Humanismus und die Demokratie gegenüber[59]. Der Philosoph Paul Ricoeur wiederum stellt in *La Memoire, Vhistoire, l'oubli* (dt: Die Erinnerung, die Geschichte und das Vergessen) tiefgründige Überlegungen über den Gedächtnisschwund bei kommunistischen Verbrechen und das pathologisch-übersteigerte Erinnerungsvermögen bei Nazi-Verbrechen an. Es sind Gedanken zum Thema Vergessen und Verzeihen, die sich teilweise mit denen von Alain Besancon decken und für eine »unparteiische Erinnerungspolitik« eintreten[60].

Die Zahl der Texte und Arbeiten, die sich mehr oder weniger intensiv mit der kriminellen Dimension des Kommunis-

scan & corr by rz 11/2008

mus beschäftigen, ist beeindruckend. Es zeigt, daß dieses Thema nicht nur in Fachkreisen, sondern auch in der Öffentlichkeit inzwischen einen größeren Raum einnimmt. Der Standpunkt, daß der Terror, die Massaker und der Mord an ganzen Klassen und/oder Nationen in den Mittelpunkt der Kommunismus-Analyse zu stellen sind, wird von manchen Forschern ja schon seit Jahrzehnten vertreten. Doch mit dem *Schwarzbuch des Kommunismus* wird die lange Zeit tabuisierte kriminelle Dimension von den - allesamt an Hochschulen unterrichtenden - Autoren zum ersten Mal direkt angegangen und als eigenständiges historisches Thema behandelt, und zwar in ihrem gesamten globalen Ausmaß. Dies war eine Zäsur, die für eine nicht wieder rückgängig zu machende Veränderung des Bewußtseins steht. Im Oktober 2000 war auch eine Ausgabe der hauptsächlich von Geschichtslehrern der gymnasialen Oberstufe gelesenen Zeitschrift *LHistoire* dieser Thematik gewidmet. Auch dies sorgte wieder für Aufregung, machte aber letztendlich deutlich, daß die wissenschaftliche Annäherung an den Kommunismus eingeleitet ist[61].

Mit inzwischen 26 Übersetzungen und rund einer Million verkauften Exemplaren wurde das *Schwarzbuch des Kommunismus* zu einem Welterfolg, zur völligen Überraschung seiner Autoren und des Herausgebers. Offensichtlich entsprach das Buch einem allgemeinen Bedürfnis. Uns Autoren war allerdings während der gemeinschaftlichen Arbeit an diesem Buch noch nicht bewußt, welche Zäsur sich mit diesem Werk abzeichnen würde. Zum Teil staunten wir selbst über das, was wir entdeckten, vor allem über die Tatsache, daß der Hunger immer wieder als Kontroll-, Repressions- oder gar Tötungsmittel gegen aufständische Bevölkerungsgruppen eingesetzt worden war. Uns erging es wie Anne Appelbaum, die sich im Osten eingehend mit der Erinnerung an den Kommunismus beschäftigt hat.

scan & corr by rz 11/2008

»Ich glaubte wie viele andere, daß mit dem Sturz der kommunistischen Regierungen in Osteuropa die Zeit der moralischen Verwirrung und des Leugnens unbequemer Wahrheiten ein für allemal vorbei wäre. Ich dachte, unsere Art, die Sowjetunion zu betrachten und zu beurteilen, würde genau so schnell verschwinden wie die Berliner Mauer. Der »Antikommunismus« - so glaubte ich - würde die Auflösung des Warschauer Paktes nicht lange überleben. Frei von ideologischen Zwängen, von den Folgeerscheinungen der antikommunistischen McCarthy-Kampagne und den Erinnerungen an die Militärallianz mit einem moribunden Staat hielten wir die Zeit für gekommen, uns endlich auf die Archive und Zeugenberichte der Überlebenden zu konzentrieren und das, was in Osteuropa vorgefallen war, mit einer gewissen Objektivität zu beschreiben. Wir wollten die Erfahrung des Kommunismus mit der menschlichen Natur in ihrem vollen Ausmaß begreifen, ebenso die Greueltaten, die der Mensch in diesem Zusammenhang begangen hatte. Doch ich habe mich geirrt«[62].

Auch wir haben uns geirrt. Wir hatten das Aufsehen, welches das *Schwarzbuch* bei einem unerwartet interessierten Publikum erregt hat, nicht vorhergesehen, ebensowenig die Polemik und den Widerspruch, die auf die Enttabuisierung der kommunistischen Verbrechen folgten. Die Klimaveränderung betraf nicht nur die Fachleute, sondern auch ein breites Publikum, das die neugeschriebene Geschichte des Kommunismus bereitwillig aufnahm. Trotz der unterschiedlichsten Vorgehensweisen akzeptieren alle zitierte Autoren - es wurden, wie bereits erwähnt, nur die französischsprachigen Publikationen berücksichtigt - das tragische Erbe des Kommunismus. Und diejenigen unter ihnen, die diese Bewegung auf die eine oder andere Weise mitgetragen haben, übernehmen ihren Teil der Verantwortung. Bei so manchem Teilnehmer an dieser De-

scan & corr by rz 11/2008

batte stoßen die zahlreichen Denker, die begreifen wollen, warum der Mensch im 20. Jahrhundert einen solchen Grad an Unmenschlichkeit erreichen konnte, allerdings auf eine mehr oder weniger strikte Ablehnung. Diese Weigerung, sich auf neuen Wegen dem kommunistischen Phänomen zu nähern, hängt meines Erachtens mit der Art und Weise zusammen, wie diese Ideologie ihren Niedergang erfahren hat. In Osteuropa gilt es nämlich, postume kommunistische Interessen zu verteidigen, und in Westeuropa ist es die nach wie vor positiv besetzte Erinnerung an den Kommunismus, die einer vorurteilsfreien Aufarbeitung im Wege steht.

»Macht reinen Tisch mit dem - kommunistischen - Bedränger!«

Schon im Oktober 1990, noch vor dem eigentlichen Zusammenbruch der UdSSR, bezeichnete Francois Füret »die Geschwindigkeit und die Plötzlichkeit als die hervorstechendsten Merkmale des kommunistischen Zerfalls. Bei einem langsameren Tempo wäre uns dieser Zerfall nicht so spektakulär vorgekommen. Und hätte er nicht so unvermittelt eingesetzt, wären unsere Analyse-Gewohnheiten und politischen Denkschemata keiner so starken Zäsur unterworfen«[63]. Aus der Geschwindigkeit und Plötzlichkeit ergaben sich für die Historiker jedoch beachtliche Vorteile, denn dadurch fielen die Dokumente und Archive keinen größeren Zerstörungsmaßnahmen zum Opfer. Außerdem kam es so zu dem für die geistige Klimaveränderung notwendigen heilsamen Schock. Bei anderen wiederum entwickelte sich durch diese beiden Komponenten ein nostalgisches Kommunismusbild, an das sie sich beharrlich klammern - ähnlich wie in Pompeji, wo die Menschen auch vom Tod fasziniert sind. Nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der Archive hätte man das

scan & corr by rz 11/2008

lange Zeit glühende und nun plötzlich erkaltete Geschichtsobjekt gelassener betrachten können. Doch der Abkühlungsprozeß ist keine Sache des Augenblicks, er braucht Zeit. Die Berliner Mauer ist zwar im November 1989 gefallen, doch in vielen Köpfen ist sie immer noch vorhanden. Im Osten und erst recht im Westen ist der Glaube an den Kommunismus immer noch lebendig, die Trauer um ihn wird noch viele Jahre anhalten und die Arbeit des Historikers deutlich erschweren.

Der Trauereffekt ist auf die Besonderheit des kommunistischen Zerfalls zurückzuführen. Noch nie ist in der Neuzeit ein so mächtiges Regime, ein so großes Reich und weltbeherrschendes System ohne Revolution oder militärische Niederlage innerhalb weniger Tage zusammengebrochen. Das Ende der UdSSR ist mit dem der beiden anderen totalitären Staaten nicht zu vergleichen: Das faschistische Italien und Nazi-Deutschland sind nach einer schweren militärischen Niederlage über Nacht zugrunde gegangen. Die UdSSR ist auch nicht - wie Frankreichs Ancien regime - an den Folgen einer Revolution zusammengebrochen. Die klassischen Faktoren - militärische Niederlage, Angriff von außen oder interne Explosion sozialer und politischer Kräfte - waren beim Sturz der Sowjetunion nicht auszumachen. Der Zusammenbruch ist in erster Linie auf die Widersprüche innerhalb des kommunistischen Regimes zurückzuführen. Mit der Aufgabe seiner drei Grundprinzipien - dem Politterror, der ideologischen Lüge und der Einheitspartei - verlor dieses Regime die Legitimität vor sich selbst. Der Politterror und die ideologische Lüge erfuhren ihre erste Schwächung bereits unter Chruschtschow, der - wie Füret es so schön formulierte - »die Wahrheit in die sowjetische Mythologie eindringen ließ und den Terror zum ersten Mal in Mißkredit brachte«[64]. Mit seiner Glasnost- und Perestroika-Politik hat Gorbatschow diese Entwicklung, ohne es zu wollen, zu Ende geführt, zumal die Völker Osteuropas inzwischen begriffen hatten, daß die

scan & corr by rz 11/2008

UdSSR zur Unterdrückung von Revolten keine Panzer mehr schicken würde. Mit der Ausschreibung der ersten freien Wahlen seit der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung im Herbst 1917 hat Gorbatschow 1989 auch das dritte Grundprinzip untergraben. Auch wenn diese Wahlen nur dem Namen nach frei waren (zwei Drittel der Kandidaten waren immer noch von den offiziellen Institutionen designiert), ließen sie der Meinungsfreiheit bereits einen kleinen, aber entscheidenden Spielraum, um auf der Grundlage der öffentlichen Debatte, des Mehrparteiensystems, der allgemeinen Wahl und der direkten Demokratie eine neue Legitimität zu schaffen.

Hinter der endgültigen Niederlage des marxistisch-leninistischen Regimes und seiner entsprechenden Ideologie stand jedoch weniger die Macht der USA, der Einfluß der katholischen Kirche oder die Kraft einer sozialen Revolution, sondern der Bankrott eines Systems, das der demokratischen und wirtschaftlichen Herausforderung nicht gewachsen war. Solcher Art Niederlagen haben eine überraschende Konsequenz: Der Kommunismus als System ist zwar tot, doch die Menschen, die in seinem Dienst standen, sind immer noch quicklebendig und sitzen zum großen Teil nach wie vor auf ihrem Platz. Wladimir Putin ist das beste Beispiel dafür. Zwischen den einzelnen Phasen der Macht kam es zu keinem radikalen Wechsel des politischen Personals. Unter die kommunistische Vergangenheit wurde nie ein offizieller Schlußstrich gezogen. Für die historische Aufarbeitung hat dies schwere, sich in Ost und West jedoch unterschiedlich auswirkende Folgen.

In Osteuropa lassen sich vier unterschiedliche politische Muster beobachten: Die Revolution, die Bekehrung, die Umorientierung und die Restauration.

Die Revolution steht für den Sturz der alten Regierung und einen vollständigen Wertewechsel. Diesen Fall haben wir in Deutschland, auch wenn die ehemalige Sozialistische Einheitspartei in den neuen deutschen Bundesländern unter dem

scan & corr by rz 11/2008

neuen Namen PDS nach wie vor sehr aktiv und in Berlin sogar offiziell auf die politische Bühne zurückgekehrt ist. Auch in Tschechien, in der Slowakei, in Estland, Litauen und Lettland, wo die Kommunisten fast vollständig von der Bildfläche verschwunden sind, kann man von einer Revolution sprechen.

Eine Bekehrung fand dort statt, wo die Kommunisten eingesehen haben, daß ihr katastrophales System nicht mehr zu retten ist, und sich trotz gelegentlicher alter Reflexe zu den Werten der Demokratie und der Marktwirtschaft »bekehrten«. Das beste Beispiel dafür ist das von dem Ex-Kommunisten Kwasniewski regierte Polen, aber auch die Länder Ungarn und Kroatien kann man zu dieser Kategorie zählen.

Eine Umorientierung findet bei den Kommunisten statt, die begriffen haben, daß sie - wenn sie die politische und wirtschaftliche Macht behalten wollen - zumindest nach außen hin die Werte des demokratischen und kapitalistischen Feindes übernehmen müssen. Mit einer geschickten Taktik gelingt es ihnen, ihre maßgebliche Beteiligung an der ehemaligen Regierungspolitik unter den Teppich zu kehren. Dies ist in Slowenien und in Bulgarien der Fall. Das eklatanteste Beispiel für eine Umorientierung ist jedoch Rumänien, wo eine Gruppe von Kommunisten zunächst einmal das Ehepaar Ceau§escu aus dem Weg geräumt hatte und sich dann mit Hilfe einer Scheinrevolution bis 1996 an der Macht halten konnte. Inzwischen ist es dieser Gruppe gelungen, die Demokraten an die Wand zu spielen und auf die politische Bühne zurückzukehren[65]. Die beiden Kandidaten, die bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2000 gegeneinander antraten, sind als würdige Nachfolger Ceau§escus zu betrachten: Vadim Tutor, der unter dem kommunistischen Regime das offizielle Aushängeschild der rumänischen Literaten war, ging mit einem ultranationalistischen Parteibuch ins Rennen, sein Rivale Ion Iliescu, der Deus ex machina während der Ereignisse von 1989, mit einem sozialdemokratischen Parteibuch.

scan & corr by rz 11/2008

Iliescus demokratische Grundhaltung wird an den von den Rumänen als *Mineriaden* bezeichneten Vorfällen besonders deutlich: Es handelt sich um wiederholte, gewalttätige Überfälle auf Studenten und Vertreter des Bukarester Intellektuellenmilieus. Dahinter steckten vom Regime aufgehetzte Jugendbanden, die Iliescu - nachdem sie die »Drecksarbeit« geleistet hatten - einfach dem Schicksal überließ.

Eine Restauration liegt dann vor, wenn Politiker kommunistischer Orientierung, nachdem sie sich vorübergehend im Hintergrund gehalten haben, nun wieder triumphierend an die Macht zurückkehren und auf kommunistische Methoden zurückgreifen. Dieser Fall trifft auf das von Putin gelenkte Rußland zu, ebenso auf die Ukraine, auf Weißrußland und Moldawien. Vor der Ausschaltung von Milosevic konnte man auch in Serbien von einer Restauration sprechen.

In all diesen Ländern stellte sich eine entscheidende Frage, die je nachdem, ob eine Revolution, eine Bekehrung, eine Umorientierung oder eine Restauration vorlag, unterschiedlich intensiv erörtert wurde: Soll man über die kommunistischen Verbrechen hinwegsehen und die Henker amnestieren? Es ist das klassische Problem aller Länder, die einen Bürgerkrieg, eine Diktatur oder eine Epoche des allgemeinen Terrors hinter sich haben. Schon 1990 schrieb Füret in diesem Zusammenhang: »Bei der Überwindung des Kommunismus war mit schweren Auseinandersetzungen zu rechnen, die jedoch in Zeiten des zivilen Friedens nicht mit persönlichen Abrechnungen und politischen Säuberungen einhergingen. Mit der unblutigen Revolution in Prag oder dem demokratischen Übergang in Budapest eröffnen sich neue Wege für einen radikalen Regimewechsel«[66]. Erfreulicherweise hat sich dies trotz beunruhigender Nachrichten aus der Ukraine, aus Weißrußland, Moldawien und vor allem Tschetschenien in den darauffolgenden Jahren bestätigt. Es wäre allerdings verhängnisvoll, wenn dieser sanfte Ausstieg aus dem Kommu-

scan & corr by rz 11/2008

nismus die Erinnerung an die Tragödie einfach auslöschen würde, wenn die unzähligen Opfer der Vergessenheit anheimfallen und ihre ebenfalls zahlreichen Henker, die über Jahrzehnte hinweg diese totalitären Systeme aufrechthielten, untertauchen würden. Das organisierte Vergessen und die damit verbundene schleichende Amnestie sind das strategische Ziel ganzer Gruppen, die auf diese Weise sowohl ihre Straffreiheit zu sichern als auch ihre im wirtschaftlichen und politischen Bereich erreichten Positionen zu verteidigen versuchen. In den Ländern der »Restauration« oder der »Umorientierung« will die politische Macht, aus der die Kommunisten ja nicht ausgeschlossen wurden, anscheinend »mit der - kommunistischen - Vergangengheit reinen Tisch machen«. Die Archive werden nicht geöffnet oder sogar wieder für die Öffentlichkeit geschlossen. Wer die Erinnerung an die Tragödie wachhalten will, muß mit Einschüchterungsmaßnahmen rechnen, und die ehemaligen Henker beziehen bei völliger Straffreiheit eine ansehnliche Rente.

Der berüchtigte Oberst Nicolski - sein wahrer Name ist Boris Grünberg - ist eines von zahlreichen Beispielen: 1948 avancierte der KGB-Agent zum stellvertretenden Leiter der *Securitate,* der unheilvollen rumänischen Politpolizei, und trug als solcher die persönliche Verantwortung für mehrere tausend Mordfälle. Er ist der Erfinder der grauenhaften »Umerziehungsmethoden« des Pite§ti-Gefängnisses. Am 16. April 1992 starb Nicolski völlig unbehelligt in seiner mondänen Bukarester Villa. Warum kannte ihn niemand in der europäischen Öffentlichkeit, insbesondere in der linken und extremlinken Szene, die sich doch sonst immer für die Verteidigung der Menschenrechte stark macht? Haben die von Nicolski ausgerotteten »Volksfeinde« kein Recht auf Verteidigung? Waren es keine Menschen? Es erinnert an den menschenverachtenden Ausspruch Maos, für den manche Tote »leichter wiegen als eine Feder« und andere »schwerer als ein Berg«.

scan & corr by rz 11/2008

Man kann es sicherlich verstehen, ja sogar akzeptieren, wenn viele Menschen in Osteuropa und Rußland nach der ein halbes Jahrhundert währenden Tragödie das Blatt vorerst lieber wenden und die Wunden verheilen lassen wollen anstatt ihrer Vergangenheit mit dem Kommunismus mutig ins Auge zu schauen. Für Überraschung sorgt jedoch, wenn in Westeuropa und vor allem in Frankreich der Kommunismus rückblickend - und zwar laut und ungeniert - als »im allgemeinen positiv« bewertet wird. Dieser Rückblick stützt sich vor allem auf das Gedächtnis militanter Kommunisten unterschiedlichster Prägung: Stalinisten, Ex-Stalinisten, NeoStalinisten, Trotzkisten, Maoisten, Guevaristen und schließlich Leninisten. Er bezieht sich aber auch auf das Kommunismusbild militanter Sozialisten oder Progressisten, die in Erinnerungen an die große Zeit der *Front populaire* [Anmerkung des Übersetzers: linke frz. Regierungskoalition unter Leon Blum von 1936-1938], des Antikolonialismus-Kampfes und der Friedensbewegung schwelgen. Er stützt sich aber auch auf die Erinnerungen rechter - beispielsweise gaullistischer - Parteigänger, die an den gemeinsamen Widerstand gegen die deutsche Besatzung oder an das Bündnis zwischen General de Gaulle und Moskau (aber auch mit Peking) während der Auseinandersetzungen mit den USA zurückdenken. Oft ist dieser Rückblick von persönlichen Erinnerungen oder von politisch verbrämten »historischen« Bildern geprägt.

Mit ihrem außergewöhnlich reichen Erfahrungsschatz in Sachen Propaganda nutzten die Kommunisten das, was Paul Ricoeur die drei größten Hindernisse für die Erinnerungsarbeit nannte: Verbot, Manipulation und Zwang. Sowohl die sowjetischen als auch die französischen Kommunisten bedienten sich schon seit Jahrzehnten des Erinnerungsverbotes und verschleierten auf diese Weise ganz bewußt Episoden, die ihrem Image als Demokraten und Antifaschisten hätten abträglich sein können - beispielsweise den deutsch-sowjeti-

scan & corr by rz 11/2008

sehen Nicht-Angriffspakt von 1939 oder die ukrainische Hungersnot von 1932/33, die bis Ende der 80er Jahre in der UdSSR nicht erwähnt werden durfte. Zahlreiche von der Kommunistischen Partei Frankreichs veröffentlichte Berichte und Zeugenaussagen - zum Beispiel über die Jahre 1939 bis 1945 - zählen zur manipulierten Erinnerung. Und schließlich die zwangsverordnete Erinnerung: In den kommunistischen Ländern waren Millionen von Menschen verpflichtet - in Nordkorea und Kuba sind sie es immer noch -, den 1. Mai als Tag der Arbeit zu feiern, obwohl gerade die Arbeiter an diesem Tag gar nicht feierten. Man »durfte« auch den 7. November feiern, jenen Tag, an dem im Jahre 1917 diejenigen die Macht übernahmen, von denen sämtliche Repressionen ausgingen. Ganz zu schweigen von den Gekenkfeierlichkeiten zu Ehren des Parteivorsitzenden, ganz gleich ob er nun Lenin, Stalin, Mao oder Kim II Sung hieß. Durch diese von der kommunistischen Apparatur geformte kollektive Erinnerungsarbeit entstand schon sehr früh ein totalitäres Konzept der Erinnerungspflicht, ergänzt um eine stark einschüchternde Macht. So konnte sich die Kommunistische Partei Frankreichs jahrzehntelang als »Großpartei der Arbeiterklasse« bezeichnen, auch wenn die große Mehrheit der Arbeiter gar nicht daran dachte, sie zu wählen. Sie nannte sich auch die »Partei der 75000 Füsilierten«, obwohl es rund 22000 Menschen waren, die in Frankreich füsiliert worden waren, und auch von diesen zählten längst nicht alle zu den Kommunisten.

Im Laufe der Jahre verschmolzen die drei Aspekte - revolutionär, arbeiterspezifisch und antifaschistisch - zu einem einzigen, den französischen Kommunisten prägenden Erinnerungsbild. Es entsprach weniger der Rückbesinnung auf persönliche Erlebnisse als vielmehr einem historischen Rückblick, der im Hinblick auf ideologische Zwänge und politische oder propagandistische Notwendigkeiten ausgiebig bearbeitet und geformt wurde und durch die Reden und Ver-

scan & corr by rz 11/2008

öffentlichungen der Partei seine offizielle Note bekam. Diese Erinnerung stützt sich einerseits auf die pathologische Überbewertung bestimmter Episoden und mythologisierter Figuren - beispielsweise der Sturm auf die Bastille oder die Einnahme des Winterpalastes bzw. Robespierre, Lenin oder Stalin - und lebt andererseits von der Verdrängung der für die kommunistische Geschichte unbequemen Episoden und Figuren. Eine Verdrängung, die sehr oft der Verneinung gleichkommt. Das von der Kommunistischen Partei Frankreichs aufgestellte Erinnerungsmodell wurde von sämtlichen Gruppen der extremen Linken mit bestimmten Abwandlungen immer wieder kopiert, denn die meisten Führungskräfte waren in früheren Zeiten selbst militante Kommunisten.

Der wunde Punkt liegt offen vor uns: Unter Berufung auf diese »glorreiche« Erinnerung und auf die ebenfalls »glorreiche« französische Sozial- und Nationalgeschichte, an der sie durchaus Anteil haben, leugnen die Kommunisten die Existenz eines anderen Erinnerungsbildes und einer anderen - nämlich »schändlichen« - Geschichte, an der sie ebenfalls Anteil haben. Es ist die Geschichte der Gulag-Lager, der Erschießungen und Hungersnöte. Die Pflege der Erinnerung an die sozialen und politischen Kämpfe, die die Geschichte und Identität Frankreichs im 20. Jahrhundert entscheidend mitgeprägt haben, ist legitim. Diese Erinnerung jedoch der Kontrolle und dem Monopol einer Partei überlassen zu wollen ist nicht legitim. Es darf nicht angehen, daß die Kommunisten mit dem Hinweis auf in Frankreich geführte Kämpfe die Realität des Kommunismus, so wie er in den Ländern, in denen sie an der Macht waren, und innerhalb der Partei erlebt wurde, zu verschleiern suchen. Es darf auch nicht angehen, daß sie unter Berufung auf die kommunistische Erinnerung die historische Aufarbeitung des Kommunismus zu verhindern trachten.

Die Geschichtswissenschaft und die Erinnerung sind zwei

scan & corr by rz 11/2008

Methoden, sich der Vergangenheit zu nähern. Die beiden Methoden können sich decken, sie können sich aber auch widersprechen, denn schließlich sind sie verschiedener Natur. Die Geschichtswissenschaft setzt - wie der Name bereits sagt - eine wissenschaftliche Vorgehensweise voraus und folgt dem Prinzip der Erarbeitung und Weitergabe von Wissen. Die Wissenserarbeitung geschieht nach den Regeln eines Berufsstandes. Die Erinnerung hingegen - ganz gleich ob sie persönlicher oder kollektiver Art ist, ob sie persönlich Erlebtes oder historische Begebenheiten betrifft - folgt einem identitätsstiftendem Prinzip. Sie prägt das Leben eines einzelnen oder einer sozial bzw. politisch definierten Gruppe und verteidigt die entsprechenden Werte und Interessen. Die Historiker sind - um mit Paul Ricoeur zu sprechen - der Wahrheit verpflichtet, die Erinnerung hingegen folgt dem »Gelübde der Treue«[67]. Während die Geschichtswissenschaft aus Gründen der Objektivität für einen historischen Bericht sämtliche Tatsachen (einschließlich Zeugenberichte) in Betracht ziehen muß, kann sich die Erinnerung die Hervorhebung starker Momente erlauben und darf im Gegenzug all das verschleiern, was dem Wohlbefinden oder der Identität schaden könnte. Der Gedächtnisschwund variablen Ausmaßes ist ein typischer Wesenszug der Erinnerung: Erhebende Momente werden festgehalten, und dunkle Kapitel fallen der Vergessenheit anheim. Die Geschichtswissenschaft muß sich solchen individuellen bzw. gruppenspezifischen Arrangements jedoch verschließen. Ihr Ziel ist es, alle Tatsachen ausfindig zu machen und zu prüfen; sie darf nicht ein einziges Faktum ignorieren. Die Erinnerung hingegen hat keine »historische Verpflichtung«, ihre Daten sollten zwar von den Historikern berücksichtigt werden, einer »Erinnerungspflicht« darf sich die Geschichtswissenschaft allerdings nicht unterwerfen. Für Paul Ricceur hat die Geschichtswissenschaft in Sachen Vergangenheitserarbeitung gegenüber der Erinnerung einen Vorteil,

scan & corr by rz 11/2008

denn sie unterstützt »in überdurchschnittlichem Maße das Prinzip ausgleichender Gerechtigkeit, wenn es bei der verletzten und manchmal für das Leid anderer blinden Erinnerung um konkurrierende Forderungen geht«[68]. Die Kunst, die eigene Opfererinnerung in den Mittelpunkt zu stellen, beherrschen die Kommunisten schon lange mit meisterhafter Perfektion. Zu dieser Kunstfertigkeit gehört auch das Verdrängen der unglücklichen Erinnerungen anderer und das Verschleiern der eigenen Henkererinnerung.

Die Schwierigkeit - aber auch der interessante Vorteil - der sich mit der Gegenwart beschäftigenden Geschichtswissenschaft liegt in dem Zwang, inmitten der lebendigen Erinnerung und in der direkten Konfrontation mit den Akteuren und Zeitzeugen arbeiten zu müssen. In einer solchen Situation können die Geschichtswissenschaft und die Erinnerung in einem guten Einvernehmen zueinander stehen und sich sogar gegenseitig unterstützen. Wenn die Entdeckungen der Geschichtswissenschaft jedoch der Erinnerung widersprechen, ist der Konflikt unausweichlich. Und wenn diese Erinnerung - wie im Falle des Kommunismus - für die Identität einer starken politischen Kraft steht, kann sie einer mehr oder weniger intensiven Verneinung unbequemer historischer Wahrheiten Vorschub leisten. Jahrzehntelang hat die Kommunistische Partei Frankreichs die lebendige Erinnerung ihrer Anhänger mit der »historischen« Erinnerung ihrer offiziellen Geschichte und Propaganda vermischt und die unbequemen Wahrheiten zu überdecken versucht. Die Existenz der Gulag-Lager, der Folter, der ethnischen oder sozialen Säuberungen, der unkorrekten Prozesse und Hungersnöte wurde energisch bestritten. Die Erinnerung der Opfer des Kommunismus und die Arbeitsergebnisse der Historiker wiesen die französischen Kommunisten - ganz gleich ob als Journalisten, als Hochschullehrer oder als hochrangige Politiker - immer brüsk zurück und präsentierten »ihre« Erinnerung, die lange Zeit im

scan & corr by rz 11/2008

ganzen Land - sowohl in der linken als auch in der rechten Szene - als unbestritten galt. Mit dem frisch erschienenen *Schwarzbuch des Kommunismus* reiste ich fast durch ganz Westeuropa: Nirgendwo war bei den Reaktionen auf das Buch die kommunistische Erinnerung stärker zu spüren als in Frankreich. Sie tritt dort nämlich nicht nur als »aktive Widerstandskraft« in Erscheinung, sondern auch als »reaktionäre Kraft«, welche die extrem linke und teilweise auch die linke Szene daran hindert, der Geschichte des Kommunismus ins Auge zu schauen, und oft sogar zu einer antihistorischen Verneinung unbequemer Wahrheiten verleitet.

Die kommunistische Verneinung unbequemer Wahrheiten

Es ist die kommunistische Erinnerung, die durch das *Schwarzbuch des Kommunismus* empfindlich getrübt wurde. Das Ausmaß der Trübung zeigte sich an dem hohen Fieber, das die politische Welt, die Medien und die Hochschulen im November und Dezember 1997 packte. Zu den heftigsten Reaktionen kam es bei den Wächtern des kommunistischen - Tempels, wo sich eine strikt ablehnende Haltung breitmachte. Am 7. November 1997 beschimpfte Arlette Laguillier auf einer Gedenkveranstaltung für die Oktoberrevolution die Autoren des Schwarzbuches als »Pseudohistoriker« und »Geschichtsfälscher«. Als militantes Mitglied einer bekannten französischen Trotzkisten-Gruppe hätte sie sich eigentlich freuen müssen, wenn die Verbrechen Stalins und seiner osteuropäischen und asiatischen Nacheiferer endlich in Erinnerung gebracht werden, denn zu deren Opfern zählen ja auch die Trotzkisten. Doch das *Schwarzbuch* machte unmißverständlich klar, daß der Initiator dieses ganzen Systems - und somit auch des Terrors - Lenin war. Dies ist für eine treue Anhänge-

scan & corr by rz 11/2008

rin des Bolschewismus nicht akzeptabel. Am 14. November ging die Parteizeitung *Lutte ouvriere* zur Drohung über und veröffentlichte die wohlbekannte bolschewistische Propaganda-Zeichnung von dem fest auf der Erdkugel stehenden Lenin, der mit dem eisernen Revolutionsbesen die Kapitalisten, Popen und Monarchen in den leeren Weltraum hinausfegt. Darunter stand folgender Text: »Lenin sorgte für Ordnung auf dem Planeten. Zu den kleinen Figuren, die hier mit dem Besen beseitigt werden, gehören sicherlich auch die geschichtsfälschenden Pseudohistoriker.« Bei den französischen Präsidentschaftswahlen von 2002 konnte die Kandidatin Laguillier über 1630000 Stimmen auf sich vereinigen. Dies zeigt, wie wenig die Wähler über die wahren Absichten von Madame Laguillier und ihren Freunden Bescheid wissen, oder der Einfluß dieses revolutionären - nämlich bolschewistisch-trotzkistisch orientierten - Erinnerungsschatzes ist doch stärker als gemeinhin angenommen.

Eine strikt ablehnende Haltung zeigte auch Jeannette Vermeersch, die Witwe des langjährigen Generalsekretärs Maurice Thorez, die rund 40 Jahre lang eng mit dem Vorstand der Kommunistischen Partei Frankreichs verbunden war. Am 6. Januar 1998 erklärte sie gegenüber der französischen Tageszeitung *Le Figaro* mit Nachdruck, daß das *Schwarzbuch des Kommunismus* »eine furchtbare Lüge« sei. Sie hätte Stalin persönlich gekannt und wüßte, daß er sicherlich »Fehler gehabt und und Irrtümer begangen« habe, doch sei er »ein vernünftiger Mensch« gewesen. In ihren 1998 veröffentlichten Memoiren spricht sie auch Chruschtschows »Geheimbericht« an, den sie ja - ähnlich wie ihr Mann - lange Zeit geleugnet hat: »Dann kam der Text von Chruschtschow und wurde ausgewertet [...] Dann war von Millionen von Toten die Rede. Ellenstein kam auf rund 10 Millionen, Solschenizyn auf über 100 Millionen … Dies legte den Vergleich zwischen Stalin und Hitler nahe. Ich denke jedenfalls nicht, daß

scan & corr by rz 11/2008

das wahr ist. Ich glaube nicht an Millionen von Toten und politischen Gefangenen. Bedauerlicherweise hat es vermutlich viele Opfer gegeben, und wahrscheinlich auch Folterungen. Verbrechen? Die hat es höchstwahrscheinlich auch gegeben[69]«. Ein gutes Beispiel für den Euphemismus derer, die unbequeme Wahrheiten verneinen.

Auch bei den Maoisten reagierte man ungehalten: Im September 1997 konnte man auf dem Fest der Zeitung *LHumanite* das 1993 erschienene Buch *Un autre regard sur Statine*[70] des belgischen Maoisten Ludo Martens erwerben. Darin werden alle »Medienlügen« über die Gulag-Lager, über die Hungersnot von 1932/33 und andere unzählige Verbrechen angeblich klar widerlegt.

Ein außergewöhnliches Zeugnis dieser verneinenden Haltung liefern die Memoiren von Jacques Jurquet, dem langjährigen Vorsitzenden der Marxistisch-Leninistischen Kommunistenpartei Frankreichs (PCMLF), einer Partei, die 1964 von maoistischen Dissidenten der Kommunistischen Partei Frankreichs gegründet worden war. Jurquet erzählt von seinen elf »offiziellen« Reisen in das maoistische China, denn die PCMLF wurde politisch - und finanziell - von Peking unterstützt. Das Buch erinnert stark an die Reiseberichte zahlreicher kommunistischer und nicht-kommunistischer Politiker, die in den 20er und 30er Jahren die UdSSR besucht haben, und ist wie diese mit Vorsicht zu genießen. Kein Wort zu den »Volksfeinden«, die in Massen massakriert wurden, oder zur Hungersnot von 1959/61, der mehrere Dutzend Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren. Auch die Tragödie der Kulturrevolution, die sich vor allem gegen die intellektuelle und technische Elite richtete, und der schleichende Völkermord im Tibet werden mit keiner Silbe erwähnt. Das vom »Zeugen« Ludo Martens beschriebene Arbeitslager ist voller begeisterter Freiwilliger, obwohl der Autor von vielen Intellektuellen und Parteifunktionären zu berichten weiß, die dort »über die Arbeit eine Um-

scan & corr by rz 11/2008

erziehung erfahren« und »dank der physischen und moralischen Prüfungen, die ihnen auferlegt werden, wieder zu wahren Revolutionären werden«[71]. Jurquet hat sich wahrscheinlich nicht die Mühe gemacht, die umfangreiche Arbeit von Jean-Luc Domenach über das chinesische Laogai-Lager oder - als kürzere Zusammenfassung - das entsprechende Kapitel von Jean-Louis Margolin im *Schwarzbuch des Kommunismus* zu lesen.

Jurquet berichtet, daß er zweimal - 1967 und 1970, also mitten in der Kulturrevolution - von einem chinesischen Politbüromitglied namens Kang Sheng empfangen worden ist. Wenn er sich die klassische Kang-Sheng-Biographie von Remi Kauffer und Roger Faligot zu Gemüte geführt hätte[72], wüßte er, daß Kang Sheng seit den 30er Jahren die rechte Hand Maos war und als Chef der Politpolizei die persönliche Verantwortung für das gesamte chinesische Repressions- und Terrorsystem trägt.

Besonders erstaunlich ist jedoch die bedingungslose Unterstützung der Roten Khmer durch die PCMLF: Am 9. September 1978, wenige Monate vor dem Sturz dieses Regimes, flog eine von Jurquet angeführte Delegation der PCMLF zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Phnom Penh. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Greueltaten dieser maoistischen Guerillabewegung auch im Ausland durchzusickern. Was den Augenzeugen Jurquet jedoch berührte, war der »sagen wir surrealistische« [sie!] Aspekt der kambodschanischen Hauptstadt, denn alle drei Millionen Einwohner mußten nach der Machtübernahme durch die Roten Khmer die Stadt räumen. Jurquet gab zu, daß es sich hier um »einen in der bisherigen Weltgeschichte - einschließlich des Zweiten Weltkriegs - einmaligen Vorfall« handelt[73]. Weitere Überlegungen kamen nicht von ihm, obwohl bereits dieser einzigartige Vorfall die überspannte totalitäre Ideologie der Roten Khmer deutlich zeigte und die ersten im großen Stil organisierten und gegen

scan & corr by rz 11/2008

ganze Volksmassen gerichteten Massaker dieses Regimes einleitete.

Doch die PCMLF-Delegation besuchte den Bau eines Staudamms, an dem viele »lachende und gutgelaunte«[74] junge Menschen arbeiteten. Handelte es sich - wie in den 30er Jahren in der UdSSR - um als Arbeiter verkleidete Agenten der Politpolizei? Anschließend stand der Besuch einer Krokodilfarm auf dem Programm. Die Reptilien wurden »von den Wächtern mit riesigen Fleischstücken gefüttert«[75]. Die 800000 Kambodschaner, die zwischen 1975 und 1979 den Hungertod gestorben sind, hätten ihr Dasein wahrscheinlich gerne gegen das der Krokodile getauscht. Der Clou des Reiseberichts ist jedoch der Besuch bei Pol Pot persönlich. Eine Aufnahme von diesem Treffen zeigt den Chef der PCMLF-Delegation und den Diktator der Roten Khmer Seite an Seite, beide herzlich lächelnd. Jurquet publiziert dieses Photo ungeniert und ohne Kommentar. Als Jurquet nach 1979 mit Informationen über die von Pol Pot und seiner Bande begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit überschüttet wurde, gab er Opferzahlen zwischen 400000 und 600000 zu - die tatsächliche Zahl der Opfer liegt zwischen 1,5 und 2 Millionen. Zum Vergleich: Die Gesamtbevölkerung Kambodschas zählt weniger als acht Millionen. Außerdem erklärt Jurquet: »Die Schuld der kommunistischen Regierung des Khmer-Volkes ist zwar groß, hat aber historisch gesehen nur eine sekundäre Bedeutung, denn sie war eine Folge der wiederholten Aggressionen durch die beiden imperialistischen Supermächte«[76].

In seiner Verneinung unbequemer Wahrheiten geht Jurquet jedoch noch weiter: Er stellt sich hinter eine Erklärung Pol Pots, die am 23. Oktober 1998 in der französischen Tageszeitung *Le Monde* veröffentlicht wurde. Darin behauptet der Diktator, daß »das Folterzentrum von Tuol Sleng eine reine Erfindung der Vietnamesen« sei. Zu diesem Zeitpunkt

scan & corr by rz 11/2008

war jedoch bereits dokumentiert, daß von den 20000 »Volksfeinden«, die in das Zentralgefängnis von Phnom Penh verschleppt worden waren, nicht ein einziger lebend herausgekommen ist. Alle - auch die Kinder - waren nach grauenhaften Foltersitzungen hingerichtet worden. Tuol Sleng war - wie die nationalsozialistischen Vernichtungslager - ein Tötungszentrum. Jean-Louis Margolin hat diesem Ort des Grauens im *Schwarzbuch des Kommunismus* mehrere dokumentierte Seiten gewidmet. Dazu gehört auch eine Auswahl von Photos, die die Henker von ihren Opfern anfertigen ließen, bevor sie zur Tat schritten. In der Zwischenzeit wurde Douch, der Leiter von Tuol Sleng, verhaftet und muß sich in seinem Land gegen den Vorwurf des Verbrechens gegen die Menschlichkeit verteidigen. Doch auf die ideologische Verdauung von Jurquet hat dies offensichtlich keinen störenden Einfluß: Er hat sich noch zu keinem Zeitpunkt von den Lügen Pol Pots distanziert.

Nicht weniger aufschlußreich ist auch das Vorwort dieser Memoiren. Der Verfasser Jean-Luc Einaudi stellt sich vorbehaltlos hinter Jurquet, den man »zu den Gerechten des 20. Jahrhunderts zählen« dürfe, und ist »stolz darauf, der Freund dieses Mannes zu sein«[77]. Einaudi, von 1967 bis 1982 ebenfalls ein militanter Anhänger der PCMLF, war Chefredakteur der Zeitung *UHumanite rouge,* die nicht nur über die Roten Khmer, sondern auch über Mao, Kim II Sung (Nordkorea) und Enver Hoxha (Albanien) regelmäßig Loblieder sang. Schon seit Jahren führt Einaudi eine Kampagne zur Ehrenrettung mehrerer Dutzend Algerier, die am 31. Oktober 1961 bei der von der Polizei mit äußerster Gewalt bekämpften Pariser FLN-Kundgebung ihr Leben verloren haben [Anmerkung des Übersetzers: FLN = Front de liberation nationale - algerische Unabhängigkeitsbewegung]. Eine geschichtswissenschaftliche Debatte über diesen Vorfall ist an dieser Stelle nicht angebracht. Es wäre jedoch an der Zeit, die Kundgebung in ihrem

scan & corr by rz 11/2008

historischen Kontext zu betrachten und nach den wahren Absichten der internationalen FLN-Führung zu fragen. Außerdem stellt sich die Frage, inwieweit es für Charles de Gaulle möglich gewesen wäre, in der französischen Hauptstadt eine Kundgebung zu dulden, hinter der hauptsächlich eine Organisation stand, gegen die Frankreich zum damaligen Zeitpunkt Krieg führte. Doch mit welcher moralischen und historischen Berechtigung kann Jean-Luc Einaudi die Verbrechen vom Oktober 1961 anprangern? Hat er nicht jahrelang die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eines Pol Pot und eines Mao Tsetung gebilligt? Er bekennt sich ja heute noch zu seinem Engagement für den großen chinesischen Parteivorsitzenden und den kambodschanischen Diktator.

Doch die seit 1991 zu beobachtende Klimaveränderung zwang die Verneiner unbequemer Wahrheiten zu Ausweichmanövern. In ihrer Wut über das *Schwarzbuch des Kommunismus* suchten sie nach einer Antwort: Sie veröffentlichten jedoch nicht etwa ein *Weißbuch des Kommunismus,* sondern ein *Schwarzbuch des Kapitalismus*[78]. Ein unglaubliches geschichtswissenschaftliches Wirrwarr, das weltweit alle Menschenleben zusammenfaßt, die seit dem 16. Jahrhundert den Kriegen, Aufständen und Hungersnöten zum Opfer gefallen sind. Auch die Opfer der großen sowjetischen Hungersnot von 1921-23 werden mitgerechnet, obwohl die USA damals den russischen Behörden massiv zu Hilfe kamen, ebenso der Zweite Weltkrieg, der ja eigentlich unmittelbar nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes zum Ausbruch kam. Die Feststellung, daß zu den Autoren ehemalige Stalinisten wie Jean Suret-Canal und Pierre Durand, der unverbesserliche Maoist Jacques Jurquet und andere Linke unterschiedlicher Couleur zählen, ist wohl nicht weiter verwunderlich. Als ob es eines Beweises für ihre gemeinsame ideologische Nähe zum Leninismus bedurft hätte. Der Verlag *Temps des cerises* scheint sich überhaupt auf diese Art Literatur spezialisiert zu haben.

scan & corr by rz 11/2008

Ist der Verlagsgründer nicht Henri Alleg, dessen Sohn der Thorez-Witwe Jeannette Vermeersch beim Redigieren ihrer Memoiren so hilfreich unter die Arme griff? Auf diese Weise schließt sich der Kreis der leninistischen Großfamilie.

Die Mitglieder dieser Familie haben es jedenfalls nicht unterlassen, das *Schwarzbuch des Kommunismus* und seine Autoren zu brandmarken: Von einer vulgären kommerziellen Angelegenheit war beispielsweise die Rede. Einer nannte mich auch einen »Besessenen«, was noch nicht einnmal das Schlimmste war, was ich von dieser Seite hören durfte. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß am 7. November 1936, auf den Tag genau 61 Jahre vor dem Erscheinen des *Schwarzbuchs des Kommunismus,* Andre Gide seinen Bericht *Retour de l'URSS* (dt: Rückkehr aus der UdSSR) veröffentlicht hat. Dem von einer triumphalen, aber bis ins kleinste Detail organisierten Sowjetunion-Reise nach Frankreich Heimkehrenden war bereits unterwegs aufgefallen, daß »der kleinste Protest und die leiseste Kritik schon im Keime erstickt wird und die schlimmsten Strafen zur Folge hat«. Seine Schlußfolgerung lautete: »Ich bezweifle, ob es - von Hitlerdeutschland einmal abgesehen - ein Land gibt, in dem der Geist einer größeren Unfreiheit, einem stärkeren Terror und einer härteren Knechtschaft unterworfen ist«[79]. Die kommunistischen Intellektuellen hatten Gide wiederholt vehement unter Druck gesetzt: Er sollte die Veröffentlichung verschieben, wenn nicht gar ganz aufgeben. Zu guter Letzt fühlte er sich bemüßigt, in einem handschriftlichen Zusatz auf die Unterstützung der spanischen Republik durch die UdSSR hinzuweisen. Er wurde trotzdem mit allen Namen bedacht. Der »arme Teufel« war noch eine der gelindesten Beschimpfungen. Gides UdSSR-Bericht schlug im kommunistenfreundlichen Umfeld der *Front populaire* [Anmerkung des Übersetzers: linke französische Regierungskoalition von 1936 bis 1938] wie eine Bombe ein und wurde zu einem Riesenerfolg - 150000 Exemplare und 15 Überset-

scan & corr by rz 11/2008

zungen innerhalb eines Jahres. Nicht einer von den kommunistischen Gesinnungsgenossen unterließ es, das Buch offiziell als kommerzielle Angelegenheit hinzustellen. »Armer Teufel«, »Besessener«, »kommerzielle Angelegenheit«: Der Wortschatz derer, die freiwillig ihre Augen verschließen, hat sich nicht sonderlich erweitert, er ist nach wie vor armselig.

Die Unmöglichkeit der »allgemein negativen Bilanz«

Natürlich reagierte nicht die ganze Linke in dieser Art auf das *Schwarzbuch des Kommunismus.* Die Antwort der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) war allerdings nicht so eindeutig, wie man es von einer Partei im »Wandlungsprozeß« hätte erwarten können. Zwei Fernsehdiskussionen zeigten dies überdeutlich. Die erste fand am 9. November 1997 im Rahmen des Kulturmagazins »Bouillon de culture« statt, das Bernard Pivot an diesem Abend dem *Schwarzbuch des Kommunismus* und dem Buch *Estoucha* von Georges Waysand widmete. Es war eine seltsame Sendung, denn Nicolas Werth und ich wurden mit zwei kommunistischen Apparatschiks konfrontiert: Roger Martelli, ein Historiker, der sich ebenfalls mit dem Kommunismus beschäftigt und als Vertreter der »Erneuerungsbewegung« seine Partei aus dem stalinistischen Trott herausreißen will, und das langjährige Politbüromitglied Roland Leroy, ein im Dienst ergrauter Stalinist der alten Riege, der sich in den 60er Jahren bei mehreren Säuberungsaktionen - im Zusammenhang mit der Servin-Casanova-Affäre oder gegenüber dem kommunistischen Studentenbund - hervorgetan hatte.

Die vernünftigsten Äußerungen kamen vom ehemaligen Stalinisten: Roland Leroy räumte ein, daß er inzwischen begriffen hätte, daß »der Standpunkt, es gäbe keinen anderen

scan & corr by rz 11/2008

Weg als den Bürgerkrieg, den Terror heraufbeschworen hat«. Doch anstatt diese Gelegenheit zu nutzen, um seine Partei zur Annahme der Vergangenheit - der ganzen Vergangenheit - aufzufordern, eine eindeutige Bilanz zu ziehen und eine neue Grundlage zu schaffen, versteifte sich der intellektuelle Leroy auf seine Rolle als Politkommissar. Martelli hingegen schlug sofort einen aggressiven Ton an und versuchte es zunächst mit einem Teilungsmanöver: Er stellte die »wissenschaftlichen« Kapitel von Werth den »ideologischen« Kapiteln von Courtois gegenüber; eine Unterscheidung, die - wenn sie aus dem Mund eines langjährigen Mitglieds des Zentralkomitees der PCF kommt - schon etwas Bemerkenswertes an sich hat. Anschließend ging er zur Provokation über und warf den Autoren des *Schwarzbuches* vor, wie die rechtsradikale *Front national* den Kommunisten einen Nürnberger Prozeß liefern zu wollen. Dieser Vorwurf entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Dann sah sich Martelli gezwungen, der Sache auf den Grund zu gehen: »Die Greueltaten des Nationalsozialismus geschahen im Namen einer völlig inhumanen Vorstellung vom Menschen. Der Völkermord und die Vernichtung sind grundlegende Bestandteile des Nationalsozialismus. Sie sind das wahre Gesicht des Nationalsozialismus und nicht seine Pervertierung. Die Ausweitung des Nürnberger Prozeßverfahrens auf jede Form von Kollektivverbrechen halte ich für ein gefährliches Verfahren, auch wenn ganze Menschenmassen diesen Verbrechen zum Opfer gefallen sind. Für den Kommunismus lehne ich ein solches Prozeßverfahren ab. Natürlich ist jede Tragödie eine Tragödie. Jedes Lager ein Lager. Jeder Schuß in den Nacken eine Barbarei. Doch die Ähnlichkeit der Methoden bedeutet keine Ähnlichkeit der Systeme, keine Angleichung der Systeme und schon gar keine Angleichung der Doktrinen«. Dann fügte er hinzu: »Ich widerspreche der Behauptung, daß der Stalinismus das wahre Gesicht des Kommunismus ist und Zwangsarbeitslager in der

scan & corr by rz 11/2008

Natur des Kommunismus liegen. Zum Kommunismus gehören nicht nur Stalin und die Henker, sondern auch dessen kommunistische Gegner und die kommunistischen Opfer der Henker. Es gab kommunistische Stalingegner, aber es gab keine nationalsozialistischen Hitlergegner«.

Auf meine inständige Frage, ob man bestimmte kommunistische Verbrechen nicht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definieren könne, antwortete er stur: »Nein, Verbrechen, Verbrechen.«

Es war eine Verteidigung auf die klassische Chruschtschow-Art: Lenin und Stalin werden getrennt, und die gesamte Tragödie wird Stalin untergeschoben, der ja - darauf wird deutlich hingewiesen - den Leninismus in seiner pervertierten Form praktiziert habe. Was die Opfer angeht, werden nur die Kommunisten berücksichtigt und mit ihren Henkern auf eine Stufe gestellt (in Wirklichkeit machen die kommunistischen Opfer nur einen Bruchteil der Opferzahlen aus). Ansonsten betont man einmal mehr den haushohen Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus.

Im Gegensatz zur Kommunistischen Partei Italiens hat die PCF ein weiteres Mal die Gelegenheit zu einer - zumindest verbalen - Erneuerung verpaßt. Weder Martelli noch Leroy beantworteten Pivots Grundsatzfrage: »Warum führt die Liebe zu den Menschen zum Verbrechen?« Wahrscheinlich weil der Grund für das Engagement von Lenin, Stalin, Trotzki, Mao und all den anderen führenden Köpfen des Kommunismus nicht die Liebe zu den Menschen war, sondern der Stolz des marxistischen Utopisten und der leninistische Machtwille, verbunden mit ideologischen Wahnvorstellungen und einem hohen Realitätsverlust.

Was diese Sendung interessant machte, war vielmehr die Anwesenheit von Georges Waysand, der die Zerrissenheit der kommunistischen Erinnerung wie kein anderer symbolisiert. Im besten Fall ist es eine Zerrissenheit zwischen der Treue

scan & corr by rz 11/2008

zum Engagement, zu den Kampfgefährten und Märtyrern einerseits und dem Respekt vor den unserem Gesellschaftsleben zugrundeliegenden Regeln der christlich-jüdischen Moral: »Du sollst nicht töten« und »Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren«.

In *Estoucha* beschreibt Waysand mit Emotion und Scham das Leben seiner Mutter und die komplexen Beziehungen, die er zu ihr unterhielt[80]. Estouchas wahrer Name ist Esther Zylberberg. Sie war die jüngste Tochter eine armen, kinderreichen Judenfamilie im polnischen Kaiisch. Als junge Frau emigrierte sie nach Belgien und begann dort ein Medizinstudium. Zu ihrem Freundeskreis zählten auch kommunistische Genossen. Am 8. August 1936 erfuhr ihr Leben eine einschneidende Veränderung: Sie folgte einem jungen Mann, in den sie sich verliebt hatte, nach Spanien, wo gerade die Rebellion Francos ausgebrochen war. Im Baskenland verlor der junge Mann in einem Gefecht sein Leben, und Estoucha fand sich in der Kommunistischen Partei Spaniens wieder. Kurze Zeit später arbeitete sie als Übersetzerin für einen Fliegerverband der sowjetischen Armee. 1939 kehrte sie nach Frankreich zurück und trat der PCF bei. 1942 beteiligte sie sich mit ihrem Mann - Georges' Vater - am bewaffneten Kampf gegen die deutsche Besatzung. Sie wurden beide verhaftet. Während man ihn sofort erschoß, wurde sie mit Foltermethoden verhört und anschließend nach Deutschland deportiert, zunächst nach Ravensbrück, später nach Mauthausen. Wie durch ein Wunder überlebte sie die Lagerhaft und war mehr denn je von der kommunistischen Ideologie überzeugt. Sie kämpfte für die Organisation, die den in Frankreich arbeitenden polnischen Emigranten für den »Aufbau des Sozialismus« die Rückkehr ermöglichte. Eine Stellung, die man ihr in Polen angeboten hatte, schlug sie aus. Ihre ganze Familie war von den Nazis umgebracht worden. Sie nahm ihre Medizinstudien wieder auf und eröffnete in Malakoff, einer kommunistischen Gemeinde

scan & corr by rz 11/2008

in der Pariser Banlieue, ein medizinisches Versorgungszentrum. Bis zu ihrem Tode im Jahre 1994 gehörte sie der PCF an.

Es ist der mustergültige Lebenslauf einer kämpferischen Frau. Sie war mutig, dynamisch, selbstlos und großzügig. Und trotzdem spüre ich bei der Lektüre mancher Seiten ein Unbehagen: Estouchas beste Freundin in Spanien, im Lager von Ravensbrück und auch nach der Rückkehr aus der Lagerhaft war Charlie. Ihr wahrer Name ist Carlotta Garcia. Sie war die Frau von Kim, alias Joaquim Olaso Piera, der in Barcelona in den Jahren 1938/39 bis zum Zusammenbruch der Republik Chef der seit 1937 direkt dem NKWD unterstellten Politpolizei war. Im Moskauer Kominternarchiv existieren Akten über ihn, darunter auch der am 1. September 1935 verfaßte, eigenhändig geschriebene Lebenslauf und vor allem ein Telegramm an Jacques Duclos, der während der deutschen Besatzung Chef der im Untergrund arbeitenden PCF war[81]: Er wurde aufgefordert, sofort Kontakt mit Olaso Piera aufzunehmen. Das vom Kominternchef Dimitroff unterzeichnete Telegramm war von Pawel Fitin veranlaßt worden. Fitin war die rechte Hand des NKWD-Chefs Berija und stand ab Anfang 1939 der NKWD-Auslandsabteilung vor. Er gehörte zu der neuen Offiziersgeneration, die nach dem Großen Terror von Iejow die liquidierten Leute ersetzte. Sein Vorgänger war Wladimir Dekanozow, der Berija im Kaukasus zur Hand gegangen war und seit den frühen 20er Jahren der »Schlächter von Baku« genannt wurde. 1940 war Dekanozow als Botschafter nach Berlin berufen worden, eine mehr als verantwortungsvolle Aufgabe. Trotzki, der sich in diesem Bereich hervorragend auskannte, schrieb am 17. August 1940: »Die Organisation der GPU (ehemalige Bezeichnung für den NKWD) und der Komintern sind zwar nicht identisch, aber untrennbar miteinander verbunden. Die Komintern kann der GPU jedoch keine Weisungen erteilen, im Gegenteil: Die Komintern wird vollständig von der GPU beherrscht«[82].

scan & corr by rz 11/2008

Es geht um eine zentrale Frage: Die meisten Führungskräfte des Sowjetregimes waren in die Terrorpolitik verwickelt. Wer mit diesen Männern Kontakt hatte und von ihnen Weisungen erhielt, machte sich zum Komplizen von Verbrechern, die an der Spitze eines Systems standen, in dem das Verbrechen an der Masse eine Regierungsmethode war. Die Komplizenschaft - nicht im juristischen, aber im moralischen und politischen Sinne - steht außer Frage. Das im gleichen Band abgedruckte Kapitel von Philippe Baillet über Palmiro Togliatti zeigt dies deutlich. Aus parteilichen, ideologischen oder familiären Gründen - manchmal treffen auch alle drei Gründe gleichzeitig zu - fällt vielen Menschen, auch den am Kommunismus arbeitenden Historikern, die Einsicht schwer, daß die Komintern nicht oder nicht in erster Linie eine legendär-revolutionäre Organisation militanter Idealisten war, sondern die europa- und weltweit wichtigste Anlauf Station der totalitären Sowjetmacht. Über die Komintern wurden die Anhänger ausgewählt und für die Ausweitung dieses Systems ausgebildet. Dies ist kein Widerspruch, denn die totalitären Regimes haben es immer verstanden, für die Durchsetzung ihrer Ideologien Menschen, die in ihrem Glauben an das Absolute zu allem - auch zum Töten - bereit waren, an sich zu binden.

Selbstverständlich gibt es schwerwiegende Umstände und Gründe, die einen engagierten Kampf für den Kommunismus rechtfertigen: Die Bedrohung durch den Nationalsozialismus, besonders für die Juden, die von Hitler zu den schlimmsten Feinden erklärt worden waren, oder die Wut angesichts der Franco-Rebellion oder einfach nur der Haß auf die Besatzungsmacht während des Krieges. So legitim diese Gründe auch sein mochten, eine bedingungslose Unterstützung des totalitären Sowjetregimes konnten sie auf lange Sicht nicht rechtfertigen. Georges Waysand beschreibt die zwischen ihm und seiner Mutter aufkommende Spannung: Während sie

scan & corr by rz 11/2008

nach wie vor nur den bedingungslosen Einsatz kannte, kamen ihm beim Kommunistischen Studentenbund und vor allem unter dem häretischen Einfluß der Kommunistischen Partei Italiens erste Zweifel. Nach dem Tode Estouchas begann für den Sohn eine Zeit der doppelten Trauerarbeit: die Trauer um die Mutter einerseits und die Trauer um die Genossin andererseits. Vielleicht war es die Treue gegenüber der Genossin, die Waysand dazu brachte, mir Nachsicht gegenüber den Nazi-Verbrechen zu unterstellen. Es sind die typischen Schlußfolgerungen des Antifaschismus: Wer den Kommunismus kritisiert, hilft dem Faschismus. Für diese wenig ehrenhafte Haltung verlieh ihm die Zeitung *L'Humanite* jedoch den Paul-Vaillant-Couturier-Preis.

Auch in dem am 13. November 1997 im Rahmen der Sendung *L Evenement du jeudi* ausgestrahlten Interview mit Robert Hue [Anmerkung des Übersetzers: 1994-2002 Parteisekretär, ab 2002 Parteivorsitzender] verpaßte die PCF die Gelegenheit einer aufrichtigen VergangenheitsVerarbeitung: »Unter der Verantwortung von sich auf den Kommunismus berufenden Regierungschefs wurden systematisch und in großem Ausmaß grauenhafte Verbrechen begangen. Eine Tragödie für die betreffenden Völker und für die Kommunisten fatal, denn ihr Ideal wurde grausam mit Füßen getreten. Wie alle französischen Kommunisten empfinde ich deswegen Wut und Schmerz. Der Stalinismus hat mit unserem Ideal nichts zu tun. Er ist eine abscheuliche Realität, für deren Verurteilung kein Wort hart genug ist. Ganz gleich welcher Art die Verbindungen zwischen der Kommunistischen Partei Frankreichs und der UdSSR waren, die Wurzeln unserer Partei liegen in Frankreich, in der französischen Gesellschaft, in der französischen Geschichte und im französischen Gedankengut und reichen mehrere Jahrhunderte weiter zurück als die russische Revolution von 1917.« Als ob die Geschichte der PCF, die ja in Frankreich nie Regierungsgewalt besessen

scan & corr by rz 11/2008

hatte, von dem in anderen Ländern über die Regierungsgewalt verfügenden Kommunismus zu trennen wäre! Die Dokumente belegen eindeutig, daß schon in den 20er Jahren und mit Sicherheit bis in die 50er Jahre hinein die Doktrin, die Organisation und die Politik der Partei, ja selbst die Auswahl der Führungskräfte der strengen Kontrolle Moskaus unterlagen.

Auf die Frage der Journalisten, ob die PCF - dem Beispiel der wegen ihrer Haltung während der deutschen Besatzung schwer unter Beschuß geratenen französischen Bischöfe folgend - an eine vergleichbare Reueerklärung denke, antwortete Robert Hue voller Entrüstung: »Das Verhalten der Kollaborateure während der Besetzung Frankreichs durch die Nazis dem Verhalten der französischen Kommunisten gegenüber dem Stalinismus in der UdSSR gleichsetzen zu wollen wäre niederträchtig«. Und trotzdem: Die kommunistische Presse in Frankreich reagierte von den 20er bis zu den 80er Jahren mit lauter Zustimmung und Beifall auf die Repressionen und den Terror in der UdSSR, angefangen bei der Zwangskollektivierung und der damit einhergehenden ukrainischen Hungersnot von 1932/33 über die großen Moskauer Prozesse von 1936/38 bis hin zum Einmarsch in Afghanistan im Jahre 1979. Bis 1976 war die »Diktatur des Proletariats« das offizielle Ideal der PCR Damit wurden alle Verbrechen entschuldigt. Was wiegt schon der - verdiente und sich eigentlich nur vorteilhaft auswirkende - Schmerz über den Verlust der Illusionen in Anbetracht des Leidens jener Opfer, die für diese Illusion gefoltert und umgebracht worden sind?

Robert Hue zeigte noch einmal deutlich, daß die PCF zu keiner Wandlung fähig ist: Als ihn Jean-Marie Cavada am 3. Dezember 1997 im Rahmen der France 3-Sendung »La Marche du siecle« fragte, wie er das Handeln Lenins beurteile, bestand seine ganze Antwort in der Feststellung, daß der hohe »Gewaltanteil« der Oktoberrevolution »nicht akzeptabel« und »die Bilanz nicht allgemein positiv« sei. Offensicht-

scan & corr by rz 11/2008

lieh aber auch nicht allgemein negativ … Von einer Annahme des tragischen Teils dieses kommunistischen Erbes keine Spur. Auch eine Namensänderung - dem Beispiel der ehemaligen Kommunistischen Partei Italiens folgend - hält die PCF nicht für angebracht. Man gibt zwar halbherzig zu, von Blindheit geschlagen gewesen zu sein, doch am »schönen Ideal« des Kommunismus hält man nach wie vor fest.

Die Reaktionen auf das Schwarzbuch in der Politik

Nach den Beiträgen im Fernsehen griff das Fieber auf die Welt der Politik über. Am 12. November 1997 kamen in der Nationalversammlung aktuelle Themen zur Sprache. Ein Abgeordneter aus den Reihen der Opposition verwies auf die vielen Millionen Opfer des Kommunismus und fragte den Premierminister, »was er zu tun gedenkt, um diejenigen, die diese Greueltaten unterstützt haben, zur Rechenschaft zu ziehen«. Die Vitalität, mit der Lionel Jospin antwortete, sprach für seine Ehrlichkeit. Gleichzeitig verriet seine Emotionalität, wie sehr er in diese Angelegenheit verwickelt war. Zunächst betonte er »den entscheidenden Einfluß, den die 1917 mit einer Revolution einsetzende Bewegung auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts gehabt hat. Sie nimmt in unseren Schulbüchern einen umfangreichen Platz ein und mobilisierte Millionen von Menschen, darunter viele Intellektuelle und Gestalter unseres Landes. Sie war auch ein wichtiger Bezugspunkt unserer Geschichte, denn als das Hitlerdeutschland gegen uns kämpfte, war die Sowjetunion - man mag über sein Regime denken, wie man will - unser Bündnispartner«, und er erinnerte an die kommunistische Beteiligung an der 1945 »aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus hervorgegangenen und von Charles de Gaulle geleiteten« Regierung, zu einer Zeit also, »als die Verbrechen Stalins wohlbekannt waren«[83].

scan & corr by rz 11/2008

Dann kam er auf den Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus zu sprechen: »Noch nie habe ich zwischen den Nationalsozialismus, Kommunismus und Marxismus ein >Gleichheitszeichen< gesetzt. Der Nationalsozialismus ist eine von vornherein perverse Doktrin, die ihre antisemitische Ideologie und ihre Theorie vom berechtigten Herrschaftsanspruch einer Elite nie verhehlt hat. [...] Francois Füret zieht eine fatale Verbindungslinie zwischen dem Marxismus, Kommunismus, Leninismus und Stalinismus [...] Andere Historiker, beispielsweise Madeleine Reberioux, unterscheiden streng zwischen den Abweichungen des Stalinismus und dem Ideal des Kommunismus«. Mit Nachdruck weist Lionel Jospin darauf hin, daß er als »junger Student angesichts der Zerschlagung der demokratischen Revolution in Ungarn diesen Versuchungen ein für allemal widerstanden« habe und sich »der demokratischen Tradition des französischen Sozialismus zugehörig« fühlte.

Zum Abschluß kamen pathetische Töne auf: »Der Gulag und der Stalinismus sind von Grund auf zu verurteilen. Ob die Kommunistische Partei Frankreichs sich schon zu einem früheren Zeitpunkt vom Stalinismus hätte lossagen sollen, darüber läßt sich streiten. Immerhin hat sie es getan. [...] Bereits in den Jahren 1924-26, 1936-38 und 1945 waren die Kommunisten fester Bestandteil linker Regierungskoalitionen und haben die demokratischen Freiheiten nie mit Füßen getreten. Von den Widerstandskämpfen gegen den Nationalsozialismus ganz zu schweigen. [...] Der Kommunismus hat aus seiner Geschichte gelernt, und ich bin stolz darauf, daß er in meiner Regierung vertreten ist«[84].

Nach dieser provokanten Rede verließ ein Teil der Opposition umgehend den Plenarsaal. Die Abgeordneten der sich auf Charles de Gaulle berufenden Partei blieben wie festgenagelt auf ihren Stühlen sitzen, und die gesamte Linke brachte ihrem Helden stehende Ovationen dar. Allein schon dieser

scan & corr by rz 11/2008

vom französischen Fernsehen direkt übertragene parlamentarische Zwischenfall zeigt die politische Brisanz, die mit der kommunistischen Erinnerung einhergeht. Der Premierminister hätte in seiner Rede den Kommunismus auch als tragisches, aber seit 1991 abgeschlossenes Kapitel der Geschichte des 20. Jahrhunderts darstellen und der Opfer gedenken können. Er hätte offiziell verkünden können, daß die französischen Kommunisten endgültig einen Schlußstrich unter ihre Vergangenheit gezogen und einen neuen Weg eingeschlagen haben. Statt dessen schlägt er in seiner Rede emotionale Töne an, die zum Widerspruch herausfordern.

Mit der historischen Wahrheit ging Lionel Jospin recht großzügig um: Die Behauptung, daß die Verbrechen Stalins 1945 »wohlbekannt« gewesen seien, ist stark übertrieben. Absolut unwahr ist die Beteiligung der PCF an der linken Regierungskoalition von 1924. Damals arbeitete die PCF auf eine gewaltsame Revolution und einen Bürgerkrieg hin, ganz wie in Rußland im Jahre 1917. Daß der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Frankreichs die PCF immer noch für eine dem demokratischen Sozialismus verpflichtete Partei hält, ist wirklich erstaunlich. Bereits 1920 hatte Leon Blum, der damals ebenfalls an der Spitze der Sozialistischen Partei stand, den grundlegend antidemokratischen Charakter des Leninismus und folglich auch der PCF deutlich unterstrichen.

Noch weniger trifft zu, daß die PCF die demokratischen Freiheiten nie mit Füßen getreten habe: Bevor sie sich im Sommer 1934 auf die *Frontpopulaire,* die damalige linke Regierungskoalition, einließ, war ihr Streben nur auf die Zerstörung der »Freiheiten und der bürgerlichen Demokratie« gerichtet gewesen. Im September 1939 mußte die gegen das Dritte Reich Krieg führende Regierung der Republik Frankreich die mit Stalin solidarische PCF verbieten, denn der russische Parteiführer war zu diesem Zeitpunkt ein Verbündeter und Komplize Hitlers. Während der Befreiung von der deut-

scan & corr by rz 11/2008

sehen Besatzung zwischen Juni und Dezember 1944 hielten nur die Präsenz der amerikanischen Armee und das entschlossene Handeln von Charles de Gaulle die französischen Kommunisten von dem Versuch ab, die Macht an sich zu reißen und einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen, der - ähnlich wie in Osteuropa - unseren Freiheiten ein schnelles Ende bereitet hätte. Wenn Charles de Gaulle 1945 kommunistische Minister in sein Regierungskabinett aufnahm, dann geschah dies aus Anerkennung für deren Verdienste im Widerstand und in der Absicht, die Moskau hörige Partei zu neutralisieren und aus unmittelbarer Nähe besser kontrollieren zu können.

Suggerieren zu wollen, daß nach 1945 die öffentlichen Freiheiten von den kommunistischen Gemeindeverwaltungen respektiert worden wären und die Gewerkschaften in den Betrieben, wo hauptsächlich militante Kommunisten das Sagen hatten, freien Handlungsspielraum gehabt hätten, läßt viele Sozialisten und Gewerkschafter, ja selbst die Trotzkisten, die sich meist vergeblich um eine Beteiligung an der Arbeiterbewegung bemüht hatten, hell auflachen. Und warum sollte man vergessen, daß in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember 1947 im Rahmen der vom Kominform gesteuerten schweren Streikrevolten militante Kommunisten bei Arras den Schnellzug Paris-Lille zur Entgleisung brachten und dabei den Tod von 16 Reisenden verursachten? Der Verantwortliche für diese Aktion ist vor kurzem gestorben, ohne sich schuldig bekannt zu haben. Er war schon seit Jahrzehnten kein Parteimitglied mehr.

In einem Land wie Frankreich mit seiner fest verankerten demokratischen Kultur und seinen stabilen politischen Institutionen konnte die PCF auf der Staats- und Regierungsebene nicht die totalitären Kräfte entfalten, die ihr durch ihre Doktrin und durch ihre Zugehörigkeit zur internationlen Kommunistenbewegung eigentlich vorgegeben waren. Doch innerhalb der Partei hat sie Strukturen und Verfahren entwickelt, die sich

scan & corr by rz 11/2008

streng an die von Lenin und Stalin in der UdSSR entworfenen Vorbilder halten[85]. In ihrer Doktrin, Ideologie und Propaganda orientierte sie sich am Sowjetregime. Doch zurück zur Frage, mit der am 12. November 1997 Lionel Jospin konfrontiert wurde: Auf politischer und moralischer Ebene machte sich die PCF zur Komplizin für alle von den kommunistischen Regimes begangenen Verbrechen. Mit Ausnahme einer schnell wieder zurückgenommenen Unmutsäußerung während der Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahre 1968 hat die PCF das Sowjetregime von 1920 bis 1991 ununterbrochen unterstützt. War es nicht Georges Marchais, der am 11. Januar 1980 von Moskau aus den kommunistischen Staatsstreich in Afghanistan und den Einmarsch der Roten Armee lautstark begrüßte? Jeder weiß, in was für eine Katastrophe diese Intervention das Land gestürzt hat. Bis zum Schluß stand die PCF hinter ihren »Bruderparteien« in den Volksrepubliken. Auch hier ging Georges Marchais beispielgebend voran und verbrachte seine Ferien in Rumänien oder Bulgarien. Wie kriminell die Regimes von Ceau§escu bzw. Schiwkow wirklich waren, kann man im vorliegenden Buch nachlesen.

Noch bedeutsamer ist die Tatsache, daß die PCF ein Organ des kommunistischen Weltsystems war. Über die Komintern wurde sie von 1920 bis 1943 direkt von Moskau aus gesteuert, und zwar von Männern, die zur gleichen Zeit unzählige Menschen umbringen ließen: Beispielsweise von Lenin, Sinowjew und Trotzki, die im März 1921 die rebellischen Marinesoldaten von Kronstadt erschießen und die aufständischen Bauern der Region Tambow mit Kampfgas ausrotten ließen, oder von Manuilski, der nicht nur von 1928 bis 1943 Stalins Wille in der Komintern ausführte, sondern auch in der Spezialkommission des Zentralkomitees der KPdSU saß, die am 27. Februar 1937 für den Tod Bucharins stimmte. Auch von Molotow wurde die PCF gesteuert. Er war von 1929 bis 1934 Leiter der Komintern und von 1929 bis 1941 der Kopf der So-

scan & corr by rz 11/2008

wjetregierung. In dieser Eigenschaft organisierte er 1932 die ukrainische Hungersnot und unterzeichnete die Befehle und Erschießungslisten, die während des großen Terrors für Hunderttausende von Menschen den Tod bedeuteten. Maurice Thorez führte im Kreml wiederholt ausführliche Gespräche mit Stalin, etwa am 19. November 1944 und am 18. November 1947. Die jetzt zugänglichen Archive decken zahlreiche historische Fakten auf, über die die PCF nur ungern spricht.

Auch auf den Vergleich mit dem Nationalsozialismus ist Lionel Jospin eingegangen: Es ist interessant, daß er Francois Füret den Namen Madeleine Reberioux entgegenhält. Die langjährige Kommunistin führte damals den Vorsitz der Menschenrechtsliga und gilt bei den Linken als eine über alle Zweifel erhabene Persönlichkeit. Am 2. November 1997 preist sie in der Sonntagszeitung *Le Journal du dimanche* die Verdienste der Oktoberrevolution für die Geschichte des 20. Jahrhunderts und beschreibt ihre Faszination für die Zerstörung des Privateigentums und die Stärkung des Gleichheitsprinzips. Rußlands Zustand 70 Jahre nach der Abschaffung des Privateigentums ist allgemein bekannt. Und in Sachen Gleichheit gab es wohl kaum ein ungerechteres Regime als das sowjetische, wo - wie jeder weiß - die Parteimitglieder »gleicher waren als andere«.

Auf die Frage »Was halten Sie von der Idee, den Nationalsozialismus mit dem Kommunismus vergleichen zu wollen?« antwortete Madeleine Reberioux: »Das ist widersinnig. [...] Wer den Kommunismus dem Nationalsozialismus gleichsetzt, vergißt, daß die UdSSR - trotz aller Mißgeschicke, Fehler und Tragödien - nie den Ausschluß einer Gruppe von Menschen vom Gemeinschaftsrecht organisiert hat.« Verwunderlich. Offensichtlich hat Madeleine Reberioux noch nie etwas von der »Liquidierung der Bourgeoisie als Klasse« (Lenin), von der »Liquidierung der Kulaken als Klasse« (Stalin), von der Ausrottung der Eliten in den eroberten Ländern -

scan & corr by rz 11/2008

Polen, Estland, Litauen, Lettland usw. - und von den Deportationen nationaler Minderheiten - Wolgadeutsche, Tataren, Inguschen, Tschetschenen, Karatschaier, Griechen usw. - gehört. Alles Menschengruppen, die ausgeschlossen und zum Teil auch ausgerottet wurden.

Mit der Anprangerung derer, die zwischen den Nationalsozialismus und den Kommunismus ein »Gleichheitszeichen« setzen, werden den Autoren des *Schwarzbuchs* von Madeleine Reberioux - aber auch von Lionel Jospin - Absichten unterstellt, die in keiner Weise zutreffen. Das Gleichheitszeichen ist nämlich ein mathematisches Zeichen, das aus naheliegenden Gründen in der Geschichtswissenschaft keine Verwendung findet. Denn in der Geschichte ist jeder Akteur, jedes Ereignis, ja selbst jedes politische Regime eine singulare Erscheinung und kann deshalb nicht mit anderen Erscheinungen gleichgesetzt werden. Der Vergleich hingegen ist nicht nur bei den Historikern, sondern auch bei den Politologen und den auf politische Zusammenhänge spezialisierten Soziologen eine allgemein übliche Praxis, um Phänomene definieren und klassifizieren zu können.

Am meisten erstaunt waren die Autoren des *Schwarzbuchs* über den an sie gerichteten, langen, offiziellen Brief des Premierministers Lionel Jospin. Er beglückwünschte sie zu dieser »Monumentalstudie«, zu dieser »bedeutenden historiographischen Arbeit über das 20. Jahrhundert« und fügte eigenhändig hinzu: »Die Zerschlagung von Budapest im Jahre 1956 hat mir, dem jungen Studenten, damals die Augen geöffnet. Ich begriff die furchtbare Lüge des Stalinismus und bin seitdem nicht mehr vom Kurs abgewichen.« Soviel zum Stalinismus. Doch wie steht es um den Leninismus? Und wie um die Oktoberrevolution? Der häufige Gebrauch des Wortes »Stalinismus« - sowohl in der Nationalversammlung als auch im Brief - weist auf etwas hin, was heute sowieso jeder weiß: Über zwei Jahrzehnte lang war Lionel Jospin Mitglied der zur

scan & corr by rz 11/2008

Internationalistischen Kommunistenorganisaton gehörenden Trotzkistengruppe. Zu den wichtigsten Merkmalen des trotzkistischen Sprachgebrauchs gehört die strenge Unterscheidung zwischen dem auf Lenin und Trotzki zurückgehenden »Kommunismus« und dem als Abweichung und bürokratisch-konterrevolutionäre Degenerierung interpretierten »Stalinismus«. Eine wirksame - aber künstliche - Art, die Idee der Proletariatsdiktatur, der Partei der Berufsrevolutionäre und des Klassenkriegs abzuspalten von den zahlreichen Verbrechen, die durch all das heraufbeschworen wurden und eigentlich die endgültige Verurteilung dieser Ideen zur Folge gehabt hätten. Vielleicht hat Lionel Jospin dieses leninistische Gedankengut ja schon seit langem aufgegeben? Der häufige Gebrauch des Begriffes »Stalinismus« weckt jedoch Zweifel: Ist es lediglich eine alte Sprachgewohnheit? Steht dahinter die eigene Analyse des kommunistischen Phänomens? Oder ist es ein Zeichen des treuen Festhaltens an Werten aus der Jugendzeit? Jedenfalls schaffte es der ehemalige Premierminister nicht, in den Interviews, die er vor seiner Kandidatur bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 veröffentlichen ließ, sein früheres trotzkistisches Engagement und seinen Standpunkt gegenüber den bolschewistischen Revolutionsexperimenten näher zu erläutern[86]. Offensichtlich fehlte ihm dazu der Mut und die notwendige Offenheit. Damals lautete seine Antwort: »Das bin nicht ich, das ist nicht mein Stil.« Man versucht es also mit Heimlichtuerei, mehrdeutiger Ausdrucksweise und einer gezielten Infiltration des Gegners, und so kommt der Wahrheitssinn schließlich vollends abhanden.

Die kommunistische Erinnerung ist also bei den linksradikalen Kommunisten und teilweise auch bei den Linken nach wie vor stark präsent. Dementsprechend groß ist die Bereitschaft, die Erkenntnisse der Historiker zu verdrängen. Die Veröffentlichung des *Schwarzbuchs des Kommunismus* zeigte

scan & corr by rz 11/2008

deutlich, wie sehr selbst angesehene Zeitungen der französischen Presselandschaft offensichtlich an die Stelle dieser Erinnerung treten wollen.

Zwischen historischer Forschung über den Kommunismus und kommunistischer Erinnerung: Die französische Tageszeitung *Le Monde*

Die anerkannte französische Tageszeitung *Le Monde* verhielt sich für ein Informationsorgan recht eigenartig gegenüber dem *Schwarzbuch des Kommunismus.* Entgegen aller Gewohnheit berichtete die Zeitung bereits vor dem Erscheinen des Buches über Differenzen, die in den letzten Wochen vor der Veröffentlichung zwischen zwei Koautoren einerseits und dem Herausgeber und dem Rest des Autorenteams andererseits aufgetreten waren. Die unsere Arbeit begleitenden vertraulichen Diskussionen wurden plötzlich an die Öffentlichkeit gezerrt. Die Absicht war klar: Das Werk sollte von vornherein in Grund und Boden verdammt werden.

Dieser Eindruck bestätigte sich drei Tage nach dem Erscheinungstermin: Unter der Rubrik >Innnenpolitik< widmete die *Le Monde* zwei ganze Seiten dem neuerschienenen *Schwarzbuch.* Der Chefredakteur startete einen polemischen Großangriff, der allen Lesern - bevor sie überhaupt über den Inhalt des Buches informiert wurden - bereits unmißverständlich klarmachen sollte, was sie davon zu halten hatten. Die eigentliche Rezension beschränkte sich auf den von Nicolas Werth verfaßten Teil über die UdSSR. Es war schon eine eigenartige Methode, eine Debatte anzuheizen: Mehr als zwei Drittel des besprochenen Buches blieben unberücksichtigt.

Der Angriff dieser Zeitung zog sich über mehrere Wochen hm, immer geschichtswissenschaftliche Debatten und politi-

scan & corr by rz 11/2008

sehe Aktualitäten mischend. Am 14. November 1997 erschien ein Bericht über eine Versammlung des PCF-Nationalkomitees. Der Titel lautete: »Robert Hue ist bereit, mit den kommunistischen Dogmen aufzuräumen.« Sogar von einem Kongreß, der die Wiedervereinigung der französischen Linken vorbereiten soll, war die Rede. Am 16. November nahm die *Le Monde* den Tod von Georges Marchais zum Anlaß, um in einem langen Artikel über die »kulturelle Wandlung« der Kommunisten zu berichten. Offensichtlich ging die Redaktion davon aus, daß mit dem Ableben Marchais' die Vergangenheit der PCF über Nacht vom Tisch ist und sich eine eingehende Prüfung der Parteigeschichte erübrigt.

Am 20. November veröffentlichte Nicolas Weill endlich eine Rezension, die das gesamte *Schwarzbuch* berücksichtigt. In seinem sachlich-ausgeglichenen Artikel geht er ohne Vorurteile auf den Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus ein und gibt zu, »viele Beiträge nicht berücksichtigt« zu haben, »auch diejenigen, die diesen Vergleich als zu vereinfachend abtaten«. Doch am 26. November bläst die Kritik zu einem neuen Generalangriff, diesmal mit einem Text von Annette Wieviorka, die das *Schwarzbuch* für eine »politisch-polemische Instrumentalisierung der Erinnerungen« und für einen »politisch motivierten Akt mit wissenschaftlichem Deckmantel« hält. Denn Stephane Courtois würde schlicht und einfach die im Gedächtnis der Völker bewahrten nationalsozialistischen Verbrechen durch kommunistische Verbrechen ersetzen. Dieser Artikel wirft zumindest zwei Grundsatzfragen auf: Die des Vergleichs zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus und die des Konflikts zwischen Erinnerungspflicht und historischer Aufarbeitung.

Wer sich mit der von den Kommunisten ausgelösten Tragödie beschäftigt, muß deshalb andere Tragödien weder verheimlichen noch leugnen. Wer die Verbrechen eines totalitären Regimes aufzählt, wird diejenigen eines anderen tota-

scan & corr by rz 11/2008

litären Regimes deshalb noch lange nicht verschweigen. Im Gegenteil: Er wird sie nebeneinanderstellen, um die Gemeinsamkeiten besser erkennen zu können. Bernard-Henri Levy veröffentlichte in der *Le Point*-Ausgabe vom 13. Dezember 1997 eine klare Erwiderung auf diese Kritik:

> »Sind der Faschismus und der Kommunismus miteinander vergleichbar? Wenn damit >identisch< gemeint ist oder wenn dies bedeuten soll, die beiden Systeme mit irgendeiner Nacht, in der alle Verbrechen grau sind, zu vermischen, dann ist diese Frage selbstverständlich zu verneinen. Wenn der Vergleich jedoch im Sinne einer Zusammenschau zu verstehen ist, wenn es darum geht, eine Gattung (»Totalitarismus«) und zwei verschiedene Unterarten (»Nationalsozialismus« und »Kommunismus«) aufzustellen, wenn es mit anderen Worten darauf hinausläuft, ein Programm zu entwickeln, das für zwei eigenständige und doch miteinander verwandte totalitäre Systeme den Ausgangspunkt bildet, so ist die Vorgehensweise nicht nur legitim, sondern sogar von elementarer Bedeutung, denn ohne sie ist eine Analyse des rätselhaften 20. Jahrhunderts selbst in Ansätzen kaum vorstellbar. Vergleichen heißt denken. Vergleichen heißt historisch betrachten. Die Geste des Vergleichens - d.h. der Annäherung und Unterscheidung, der Konfrontation und Gegenüberstellung - ist die eigentliche Geste des Erkennens.«

Der Grund für die Unmöglichkeit eines solchen Vergleichs liegt für Annette Wieviorka in der Besonderheit des Völkermords an den Juden. Dieser definiere sich nämlich »nicht durch die Zahl der Opfer, die Natur der Organisationen und Menschen, die ihn ausgeführt haben, oder durch den Entmenschlichungsprozeß, den die Überlebenden durchgemacht haben«, sondern durch »die Identität des Volkes, das ihm zum

scan & corr by rz 11/2008

Opfer fiel und dessen Geschichte eng mit der Europas verbunden ist. Ein Volk, das von Europa abgetrennt wurde und heute diesem Europa fehlt wie ein amputiertes Körperglied«[87]. Auch Stalin hat Europa amputiert: Ab Juni 1940 gingen dem alten Kontinent Litauen, Estland, Lettland, Bessarabien und die Bukowina verloren. Ein langsamer Klassen- und Nationenmord wurde in diesen Provinzen in die Wege geleitet: Die Eliten wurden exterminiert und die übrige Bevölkerung russifiziert. Die Chinesen gehen nach dem gleichen Modell des langsamen Mordens schon seit Jahrzehnten gegen die Tibeter vor. Kulturen und Völker, die schon seit Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden vor allem über die christliche Kultur eng mit Europa verbunden sind, wären zugrunde gegangen, wenn die Nachfolger Stalins dessen Politik mit der gleichen kriminellen Energie fortgesetzt hätten. Erst mit dem Zerfall des kommunistischen Systems im Jahre 1991 haben diese Länder wieder einen Weg zur gesellschaftlichen und kulturellen Eigenständigkeit gefunden.

Die Erinnerung an den gegen die Juden gerichteten Völkermord ist für Annette Wieviorka das ausschließliche - und ausschließende - Kriterium. Damit stellt sie sich mit dem jüdischen Gedächtnis gegen die historische Aufarbeitung des Kommunismus, eine Vorgehens weise, die bei Paul Ricceur auf Kritik stößt: »Mit der Beschwörung der Erinnerungspflicht versucht man heute gerne die kritisch-historische Aufarbeitung zu umgehen. Damit läuft man jedoch Gefahr, sich auf die Erinnerung an das beispiellose Unglück einer bestimmten historischen Gemeinschaft zu beschränken, diese Gemeinschaft auf eine Opferrolle festzulegen und ihr jeden Sinn für Gerechtigkeit und Gleichheit zu nehmen«[88]. Auch bei den Erinnerungen an die Opfer des Kommunismus ist man der Gerechtigkeit und der Gleichheit verpflichtet.

Der Text von Annette Wieviorka ist übrigens ein klassisches Beispiel für die Vermischung zweier unterschiedlicher

scan & corr by rz 11/2008

historischer Erinnerungsstränge, mit denen eine ganze Reihe von Staaten und militanten Gruppen schon seit langem versuchen, die Arbeit der Historiker zu zerstören. Mancher Intellektuelle pocht auf seine jüdischen Wurzeln, weil er sich dadurch historisch legitimiert und moralisch verpflichtet glaubt, mit aller Deutlichkeit auf die Besonderheit und das Unerklärliche des Völkermords an den Juden hinzuweisen. Und so gelingt es diesen Autoren, jeden, der in diesem Punkt nicht mit ihnen übereinstimmt, moralisch einzuschüchtern. Die angebliche Besonderheit dieses Verbrechens und das Monopol auf die Opferrolle stoßen heute allerdings auf Widerspruch, und zwar nicht nur wegen der für jeden Philosophen inakzeptablen Theorie, sondern auch weil politische, ja sogar juristisch-finanzielle Manipulationen und andere unangebrachte Folgen bekannt wurden. Peter Novick zeigt in seiner mutigen und ausgesprochen ehrlichen Arbeit, in welchem Ausmaß die Sakralisierung der Judenvernichtung die historische Sichtweise auf das Europa des 20. Jahrhunderts entstellen kann[89].

Natürlich kann es den Kommunisten nur recht sein, wenn die jüdische Tragödie des 20. Jahrhundert als Verbrechen der ganz besonderen Art hingestellt wird. Solange der Nationalsozialismus als das absolute Böse charakterisiert wird, werden die kommunistischen Untaten automatisch relativiert. Die Kommunisten gelten als das kleinere Übel und haben sich - da sie am Sieg über Hitler wesentlich beteiligt waren - von den eigenen Verbrechen reingewaschen.

Es ist schon eine seltsame Vörgehensweise, wenn man den Völkermord an den Juden benutzt, um in der Kategorie Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine Hierarchie aufzubauen. Damit kehrt man sowohl der historischen Wahrheit als auch den allgemeingültigen Regeln der Moral den Rücken. Eine Vorgehensweise, die sich der Historiker nicht zu eigen machen kann, denn er muß die Fakten - und zwar alle Fakten - ermitteln. Beispielsweise folgendes Faktum: Zehn Jahre

scan & corr by rz 11/2008

bevor Hitler die Gaskammern einführte, hatte Stalin bereits durch eine bewußt herbeigeführte Hungersnot innerhalb von neun Monaten mehr als sechs Millionen Bauern - darunter zahlreiche Kinder - umgebracht. So legitim die hohe Sensibilität gegenüber der Shoah-Tragödie auch ist, einen einseitig geprägten Erinnerungssinn, der dem Andenken *aller* Opfer des 20. Jahrhunderts im Wege steht, gilt es zu vermeiden.

Offensichtlich löste der Blitzkrieg der *Le Monde* gegen das *Schwarzbuch* bei der Redaktion ein gewisses Unbehagen aus: Nachdem fünf Wochen lang ausschließlich heftige Angriffe veröffentlicht worden waren, sollte endlich auch die Verteidigung zu Wort kommen. Ich wurde gebeten, an dieser »Debatte« teilzunehmen, und verfaßte deshalb in Zusammenarbeit mit der Mehrheit der Coautoren eine lange Erwiderung, die in der *Le Monde*-Ausgabe vom 20. Dezember erschien[90]. Am 4. Dezember hatte Jean-Marie Colombani, der Herausgeber der Zeitung, bereits eine ganze Seite dem Thema »Der Kommunismus und wir« gewidmet. Thematischer Schwerpunkt: Der Vergleich zwischen dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Ersterer sei Opfer »des SpannungsVerhältnisses zwischen dem erklärten Ideal - Brüderlichkeit und Gleichheit - und der Realität der Macht« geworden. Letzterer hätte in Übereinstimmung mit seiner Ideologie gehandelt. Die Argumentation ist falsch, denn sie stellt ein von kommunistischen Parteigängern formuliertes und deshalb verherrlichendes Kommunismus-Ideal einer von den Gegnern des Nationalsozialismus definierten, also kritisch betrachteten Nazi-Ideologie gegenüber. Wenn man ihren Reden und Ansprachen Glauben schenken darf, so wollte Lenin das Glück des Proletariats und Hitler das Glück des deutschen Volkes. Aber beide zerstörten bereitwillig alles, was sich ihnen in den Weg stellte. Lenin rief unaufhörlich zum Bürgerkrieg auf, und zwar nicht nur die Proletarier Rußlands, sondern die der ganzen Welt. Er war Auftraggeber und ständiger Befürwor-

scan & corr by rz 11/2008

ter millionenfacher Verbrechen und Terrormaßnahmen. Sein Name wird jedoch seltsamerweise im Artikel von Jean-Marie Colombani nicht ein einziges Mal erwähnt. Angenommen, es existiert tatsächlich ein positives kommunistisches Ideal, so bliebe doch die Frage von Jacques Juillard: »Weshalb sind Verbrecher, die sich auf das Gute berufen, weniger verdammenswürdig als Verbrecher, die sich auf das Böse berufen?«[91]

Der *Le* Mtfftde-Herausgeber führt ein zweites Argument für die grundsätzliche Verschiedenheit zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus an: Es gäbe ehemalige Kommunisten, die die im Namen des Kommunismus begangenen Verbrechen eingestanden hätten, von den ehemaligen Nazis hätte jedoch keiner die Verbrechen des Dritten Reichs eingestanden. Daß der Bolschewismus, sobald er an die Macht gekommen war, manchen enttäuscht hat, steht außer Frage. Dies beweist jedoch nur, daß diejenigen, bei denen sich die Enttäuschung breitmachte, sich in der Natur ihrer Partei geirrt hatten. Den Verfechtern humanistischer Ideale beispielsweise wurde zu spät bewußt, daß sie sich in der Partei geirrt hatten. Wer jedoch behauptet, es hätte keine vom Nationalsozialismus enttäuschte Menschen gegeben, muß sich angesichts zahlreicher Gegenbeispiele eines Besseren belehren lassen: Angefangen bei den versteckten oder offenen Krisen, mit denen das Naziregime seit der »Nacht der langen Messer« zu kämpfen hatte, bis hin zum Hitlerattentat vom 20. Juli 1944. Außerdem kennen wir von Lenin oder Stalin kein Zeugnis und keine Äußerung, die denen des »reuigen Nationalsozialisten« Hermann Rauschning vergleichbar wären. Der ehemalige Senatspräsident von Danzig hatte sich bereits 1934 vom Nationalsozialismus abgewandt und schrieb noch vor dem Krieg zwei warnende Bücher[92]. Trotzki hingegen hatte sich in seinen Schriften über die Oktoberrevolution und die stalinistische UdSSR nicht vom Bolschewis-

scan & corr by rz 11/2008

mus distanziert. Auch Suwarin glaubte immer noch fest an den Lenin-Mythos, als er 1935 seinen *Stalin* verfaßte.

Von den Nazigrößen hat allerdings keiner seine Verbrechen eingestanden, auch nicht auf der Anklagebank in Nürnberg. Der Selbstmord der drei führenden Köpfe (Hitler, Goebbels und Himmler) steht eher für ein Eingeständnis ihres Scheiterns als für ein Schuldbekenntnis, auch wenn Himmler in seiner Geheimrede vom 6. Oktober 1943 sich des grauenvollen Charakters dieser Judenvernichtung durchaus bewußt war. Aber auch die führenden Köpfe kommunistischer Regierungen haben die Verbrechen ihres Regimes nie verurteilt. Molotow, der 35 Jahre lang Stalins rechte Hand war, starb 1986 im Alter von 96 Jahren in seinem eigenen Bett. Er gab eine ganze Reihe von Interviews, in denen er bis zum Schluß den Terror rechtfertigte. Am 18. Dezember 1970 erklärte er: »Stalin hat behauptet, wir hätten 10 Millionen Kulaken deportiert. In Wirklichkeit haben wir 20 Millionen deportiert. Ich glaube, die Kollektivierung [...] war ein großer Erfolg«. Am 29. April 1982 wird er noch deutlicher: »Natürlich, für die Leute war es ungeheuer traurig und schade, aber ich glaube, der in den späten 30er Jahren praktizierte Terror war unvermeidlich«[93]. Auch der sterbende Pol Pot brachte kein Wort des Bedauerns über seine Lippen, und diejenigen von seinen Komplizen, die noch leben, leiden anscheinend an Gedächtnisschwund, oder sie verteidigen die in ihrem Namen begangenen Greueltaten. Ähnlich Li Peng: Er hat sich bis heute nicht für die Toten auf dem Tian-an-men-Platz entschuldigt, geschweige denn für seine Politik im Tibet. Auch Kom Jong II hält beharrlich an dem von seinem illustren Vater Kim II Sung vorgezeichneten Weg fest.

Chruschtschow erwähnte in seinem berühmt-berüchtigten Geheimbericht lediglich die Verbrechen gegen den kommunistischen Parteikader. Auf ihn fällt allerdings nur einen Bruchteil der 690000 Opfer, die während der Terrorjahre von 1937

scan & corr by rz 11/2008

und 1938 erschossen worden waren. Seine Mitschuld tarnte er ganz bewußt. Am 10. Juli 1937 schickte er als Moskauer Parteichef ein Telegramm an Stalin und bat um die Genehmigung für die Erschießung von 8500 »sozial schädlichen Individuen« und für die Deportierung von weiteren 32805 politisch mißliebigen Personen[94]. Von 1938 bis 1947 war Chruschtschow Parteichef der ukrainischen Kommunisten. In dieser Eigenschaft bekam er nach einem gemeinsam mit Berija unterzeichneten Gesuch am 2.März 1940 - d.h. 3 Tage vor der Grundsatzentscheidung des Politbüros, die 22000 bis 25 000 polnischen Offiziere und Führungskräfte in Katyn und anderswo hinrichten zu lassen - von Stalin den Auftrag, deren Frauen und Kinder, insgesamt über 60000, zu deportieren[95].

Nicolas Werth stieß kürzlich auf ein Dokument, das entscheidend zum Verständnis des Chruschtschow'sehen Geheimberichts beiträgt: Ein 70-seitiger Bericht, der von einer Spezialkommission in den Wochen vor dem 20. KPdSU-Parteitag erstellt wurde, um die Repressionsmaßnahmen gegen die auf dem 17. Parteitag ernannten Mitglieder des Zentralkomitees näher zu begründen[96]. Die vom Parteisekretär Pawel Pospelow geleitete Kommission sammelte in allen Ministerien Daten aus der Zeit von 1900 bis 1953 und erstellte auf dieser Grundlage eine beeindruckende Bilanz der allgemeinen Repressionspolitik. Werth konnte die zunehmende Kriminalisierung der gesellschaftlichen Aktivitäten deutlich machen: In der Zeit von 1900 bis 1913 verkündeten die russischen Strafgerichte 1985422 Urteile. In den Jahren 1937 bis 1954 kam es zu 33374906 Urteilssprüchen, darunter 13033 Todesurteilen. Bei den Haftstrafen liegt das Zahlenverhältnis zwischen der Periode von 1900 bis 1913 und der Periode von 1940 bis 1953 bei 1:20.

Damit steht fest, daß die sowjetischen Führungskräfte zumindest seit dem Pospelow-Bericht Bescheid wußten: Sie besaßen genaue Zahlenangaben über den von ihrem Regime

scan & corr by rz 11/2008

ausgeübten Terror. Das KPdSU-Präsidium trat am 9. Februar 1956 zusammen, um den Bericht zu prüfen und die Frage zu erörtern, wie man mit ihm weiter vorgehen soll. Man riet zur äußersten Vorsicht. Obwohl Molotow den Terror verteidigte, war man sich mit Woroschilow einig: »Die kleinste Unvorsichtigkeit hat Folgen«. Kaganowitsch, der die organisierte Hungersnot von 1932/33 am Kuban und im Nordkaukasus überwacht hatte, wollte jedoch »die Sache gelassen angehen«. Die Entscheidung fällte Chruschtschow, der in seinem »Geheimbericht« große Teile der von der Pospelow-Kommission zusammengestellten Informationen unterschlug: »Wir haben alle mit Stalin zusammengearbeitet, doch das verpflichtet uns zu nichts. [...] Wir schämen uns nicht.«

Viele Kommunisten, die manche Verbrechen des Regimes öffentlich anzusprechen wagten, hatten damit ihren Anteil an der Macht verspielt, wurden selbst zu Opfern von Verfolgungen und spürten so die Folgen des Systems, an dessen Aufbau sie mitgewirkt hatten, am eigenen Leibe. Doch selbst vor dem Richterstuhl und in Erwartung der Todesstrafe rechtfertigten viele von ihnen diese Verbrechen nach wie vor. Bucharin, der Held der »selbstkritischen« Kommunisten, schrieb am 10. Dezember 1937 aus seiner Todeszelle einen letzten Brief an Stalin und beglückwünschte ihn zu seiner »großen und mutigen Idee« der allgemeinen Säuberung[97]. Auch Nikolai Jejow, der einst den großen Terror organisiert hatte, wurde zum Tode verurteilt. In einem am 3. Februar 1940 verfaßten Schreiben an den obersten Gerichtshof der UdSSR erklärte er voller Stolz, daß er während seiner 25-jährigen Parteiarbeit »die Feinde heftig bekämpft und ausgerottet« habe, und beschloß seine Ausführungen mit: »Sagt Stalin, daß ich mit seinem Namen auf den Lippen sterben werde«[98]. Und diejenigen, die dem Kommunismus den Rücken kehrten, weil sie feststellten, daß sie sich für eine falsche Sache engagiert hatten, und folglich auch die Verbrechen anprangerten - die Beispiele reichen

scan & corr by rz 11/2008

von Boris Suwarin bis Arthur Koestler, von Pierre Pascal bis Jacques Rossi, von Wiktor Krawtschenko bis Pierre Daix und von Walter Krivitzky bis Wassili Grossman -, gaben auch recht bald den ideologischen Hintergrund auf, denn ihnen war klar geworden, daß er in einem engen Zusammenhang mit dem Terror steht.

Der Herausgeber der *Le Monde* beginnt seinen Artikel in einem entschiedenen Ton: »Weil diese Debatte über die Vergangenheit auch unsere Gegenwart berührt, dürfen wir sie nicht ausschließlich den Historikern überlassen«. Jean-Marie Colombani duldet es nicht, daß die Verbrechen des Kommunismus denen willkommene Argumente liefern, die »uns glauben machen wollen, daß - weil ein Verbrechen ein anderes aufwiegt - die letzten Schranken, die die Legitimierung der radikalen Rechte verhindern sollten, gefallen sind«. Hier greift Colombani auf eine Taktik zurück, die Stalin bereits 1934 verfolgte: Angesichts der faschistischen Bedrohung war jede Kritik an der UdSSR und am Kommunismus verboten. Genau dieses Tabu hat Andre Gide mit seinem Reisebericht *Retour de V URSS* mutig gebrochen. Nicht einen einzigen Augenblick scheint man zu bedenken, daß derjenige, der dem Kommunismus die Legitimität abspricht, nicht automatisch die radikale Rechte legitimiert. Der Artikel von Jean-Marie Colombani ist äußerst aufschlußreich: Wenn er wirklich der Meinung ist, daß »unsere gemeinsame Erinnerung bei dieser Debatte auf dem Spiel steht«, so sorgt sich Colombani offensichtlich mehr um die - für ein ideologisches oder politisches Engagement kämpfende - Erinnerung als um die der Wahrheit verpflichtete Geschichtsforschung. Zumal es hier weniger um die Erinnerung unserer Nation als vielmehr um die Erinnerung der antistalinistischen, aber kommunistenfreundlichen Linken geht. Diese decken sich teilweise mit der Erinnerung der Opfer des Kommunismus, aber eben nur zu einem kleinen Teil, außerdem geht es dabei ausschließlich um Op-

scan & corr by rz 11/2008

fer, die zunächst einmal - in Worten oder in Taten - auf der Seite der Henker gestanden hatten.

Wer nach der Lektüre des Artikels von Jean-Marie Colombani noch Fragen hat, findet die Antwort vielleicht bei Edwy Plenel, dem Chefredakteur der *Le Monde.* Sein im September 2001 veröffentlichtes Buch" bietet viel: Jugendromantik, systemkritische Träumerei, unechtes Heldentum und eine Vorliebe für nicht selbst erlebte Abenteuer, ganz im Stil der Studentenrevolte vom Mai 1968. Aus dem Buch spricht die Nostalgie zahlreicher Ex-Revolutionäre. Ein Manifest der trotzkistischen Erinnerung, die ja einen nicht unbedeutenden Teil der kommunistischen Erinnerung ausmacht und sich in erster Linie auf die Vergötterung dieses »großen Mannes« konzentriert. Manchmal ist der mystische Eifer der Verehrer so groß, daß dem Helden Tugenden zugeschrieben werden, die er in Wahrheit nie besessen hat.

Trotzki hat die sowjetischen Konzentrationslager aufgebaut und stand mit seiner Autorität hinter den zahlreichen Metzeleien »seiner« Armee, einschließlich der Massaker an den Juden[100]. Er war der verantwortliche General im Kampf gegen die Marinesoldaten, Arbeiter und Bauern der Insel Kronstadt, die im März 1921 gegen die »bolschewistische Autokratie« revoltiert hatten. Nach schweren Kämpfen wurden die Aufständischen am 18. März - auf den Tag genau 50 Jahre nach der Errichtung der Pariser Kommune - in einem grausamen Blutbad endgültig geschlagen: Tausend Gefangene und Verwundete wurden auf der Stelle erschossen, weitere 2103 Rebellen wurden ebenfalls zum Tode verurteilt. Die übrigen 6459 Überlebenden wurden in ein Gefängnis oder in ein Lager eingewiesen (ein Jahr später waren nur noch 1500 von ihnen am Leben)[101]. Einen Tag nach dem Sieg besichtigte »Feldmarschall« Trotzki - so sein Übername bei den Rebellen - seine Truppen und hielt eine Kampfrede: »Mit beispiellosem Heldenmut haben die Kadetten und Einheiten unserer Roten Ar-

scan & corr by rz 11/2008

mee eine der stärksten Marinefestungen eingenommen. Die Kampfhandlung ist einmalig in der Geschichte dieses Krieges. Ohne selber einen Schuß abzugeben, sind sie über die zugefrorenen Wasserflächen vorgerückt und umgekommen. Jene russischen Arbeiter- und Bauernkinder, die der Revolution gleichgültig gegenüberstanden, sind besiegt. Das Arbeitervolk Rußlands und der Welt wird sie nicht vergessen«[102].

Trotzki war es auch, der im Sommer 1923 die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes in Deutschland massiv unterstützte. Dadurch wuchs die Gefahr eines Bürgerkriegs in der Weimarer Republik. Eine zunehmende Instabilität und der Aufstieg der Rechtsradikalen waren die Folgen. Im September 1923 starteten die Nationalsozialisten in München einen - letztlich gescheiterten - Putschversuch. Am 4. Juni 1918 hatte Trotzki öffentlich erklärt: »Unsere Partei ist für den Bürgerkrieg. Wer das Korn haben will, muß einen Bürgerkrieg führen. [...] Ja, ein langes Leben für den Bürgerkrieg.« An anderer Stelle äußerte er: »Mit dem Märchen der Papisten und Quäker von der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens müssen wir ein für allemal Schluß machen«[103]. Edwy Plenel vergißt, daß Trotzki sich mit seinen Taten nicht zufriedengab: In seinem 1920 veröffentlichten Buch *Terrorismus und Kommunismus* werden seine Taten - selbst die kriminellsten - ausführlich gerechtfertigt[104]. Bei einem informierten Journalisten und überzeugten Trotzkisten kann der Gedächtnisschwund erstaunliche Ausmaße annehmen. Offensichtlich ist ein allzu großes Maß an Erinnerung der Tod für die Geschichtswissenschaft.

Die politische Niederlage und das Exil haben Trotzki offensichtlich nicht verändert. Voller Rührung zitiert Edwy Plenel einen Brief Trotzkis an seine Frau vom 19. Juli 1937, in dem der Held von seinem »armen Schwanz« schreibt, »der nicht ein einziges Mal steif geworden« sei. Den Brief vom 14. Februar 1938 hingegen vergißt Plenel: In ihm schätzt sich

scan & corr by rz 11/2008

der gleiche Held glücklich, »mit Elan und Erfolg« einen Text über die Moral verfaßt zu haben[105]: Trotzki verurteilt »die ewige, nicht ohne Gott auskommende Moral«, ebenso die »konterrevolutionäre Idealistenmoral«[106]. Für ihn ist die Moral »nur eine von den ideologischen Funktionen des Klassenkampfes«, »ein funktionales, vorübergehendes Produkt des Klassenkampfes«[107]. Dann fügt er hinzu: »Der Bürgerkrieg als ausgeprägteste Form des Klassenkampfes zerstört alle moralischen Bindungen zwischen den feindlichen Klassen«[108]. Aus diesem Grund rechtfertigt Trotzki auch »Lenins >Amoral<, d.h. seine Weigerung, den Klassen eine höhere Moral zuzugestehen«[109]. Bei Trotzki ist die Trennung zwischen Moral und Politik aufgehoben: »Die Fragen der revolutionären Moral decken sich mit denen der Strategie und der revolutionären Taktik. [...] Das moralische Urteil ist wie das politische Urteil den inneren Zwängen des Kampfes unterworfen«[110]. Seine moralische Haltung definiert Trotzki so: »Beim marxistischen Revolutionär kann es keinen Widerspruch zwischen der persönlichen Moral und den Parteiinteressen geben, denn die Partei verkörpert die wichtigsten Aufgaben und Ziele der Menschheit. [...] Die Partei ist für die Bolschewisten alles«[111]. Die logische Folge: »Der marxistische Revolutionär kann seine historische Aufgabe nur angehen, wenn er zuvor moralisch mit der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie gebrochen hat. [...] Ein endgültiger, wohlüberlegter und nicht rückgängig zu machender Bruch der Bolschewisten mit der konservativen Moral nicht nur des Großbürgertums, sondern auch des Kleinbürgertums«[112].

Die Zitate zeigen, daß Trotzki - ein Jahr bevor er in Namen »seiner« Moral von den Schergen Stalins ermordet wurde - sich immer noch zu den umfangreichen Massakern, die er zwischen 1918 und 1922 angeordnet hatte, bekannte und diese nach wie vor rechtfertigte. Mit Hilfe starker Gedächtnisausfälle und einseitiger Geschichtsmethoden präsentiert

scan & corr by rz 11/2008

Edwy Plenel einen imaginären Trotzki, dessen antidemokratische und oft auch menschen verachtende Auffassungen er nicht sehen kann oder nicht sehen will. Plenel zeichnet das Bild eines heroischen Opfers und versucht so die moralische Überlegenheit Trotzkis - sowie des Trotzkismus und der Trotzkisten - zu begründen.

Plenel macht sich keine Gedanken über den für das 20. Jahrhundert fundamentalen Konflikt zwischen Totalitarismus und Demokratie. Eingeschlossen in seiner trotzkistischen Welt scheint er nicht in der Lage zu sein, die Demokratie in seine Überlegungen mit einzubeziehen. Seine Definition des Trotzkismus als »Übergang zu freiheitlichem Denken, zu einer libertären Idee der Demokratie« ist sicherlich ein Versuch, darüber hinwegzutäuschen[113]. Doch wie kann man ein vom Klassenkampf, vom Bürgerkrieg und von den marxistisch-leninistischen Geschichtsregeln bestimmtes Handeln als »freiheitliches Denken« bezeichnen? Wie kann man den Gedanken, daß »die Partei alles ist«, als libertär hinstellen? Wie kann eine libertäre Demokratie das Prinzip der allgemeinen Wahlen ablehnen? Sind Gedanken, die sich kritisch mit dem Stalinismus auseinandersetzen, automatisch antitotalitär? Einen Hinweis auf Arendt, Aron, Camus oder Tocqueville sucht man bei Plenel vergebens. Und wie ist es zu deuten, daß weder im Text noch in der Bibliographie der Name des Mannes auftaucht, der über zehn Jahre lang für Plenel die Totemfigur schlechthin war - Lenin? Ist dies ein *Lapsus ideologicae,* oder verbirgt sich dahinter die Absicht, das, was nach Verbrechen riecht, nicht mehr namentlich zu nennen?

Plenels Text dient ausschließlich der Selbstbestätigung: »Unsere Jugend war sicherlich nicht ideal, aber sie war auch nicht ohne Würde«[114]. Dies erinnert an einen weisen polnischen Spruch: »Ein reines Gewissen zeugt oft von einem schlechten Gedächtnis «. Daß ein erfolgreicher Mann reiferen

scan & corr by rz 11/2008

Alters sich nostalgisch gibt und sich nicht gerade danach sehnt, die zehn Jahre seines Lebens, die er als militanter Kämpfer für die radikale Linke verbracht hat, einer strengen Bilanz zu unterziehen, ist für einen Historiker, der so manchen Zeugen mit Nachsicht beobachtet, nicht weiter verwunderlich. Doch wenn dieser Zeuge, der inzwischen Chefredakteur einer großen Tageszeitung geworden ist, deutlich zeigt, daß er aus seinem früheren Engagement - welches genauso dumm und gefährlich war wie jenes, für das ich in meinem Fall als Zeuge aussagen muß - nichts gelernt hat, muß man sich schon fragen, auf welche Weise ein Profi des Informationswesens die Öffentlichkeit aufklärt bzw. nicht aufklärt.

Selbstverständlich waren die Reaktionen der französischen Presse auf das *Schwarzbuch des Kommunismus* nicht alle von der Art, wie wir sie soeben ausführlich beschrieben und kommentiert haben. Die Zeitungen *Liberation, Quest-France, L Express* und *La Croix* beispielsweise äußerten sich äußerst wohlwollend[115]. Wenn jedoch ausgerechnet die *Le Monde,* die seit über 50 Jahren führende französische Tageszeitung, sich in ihrer Haltung an einer gewissen kommunistischen Erinnerung orientiert, wird deutlich, wie sehr diese Erinnerung trotz des rapiden Kräfteschwunds jener Partei, die sie lange unterstützt hat, und trotz des Klimawechsels bei den Intellektuellen nach wie vor präsent ist. Denn die dahinsiechende Partei mobilisiert ihre ganzen Kräfte, um den notwendigen Einfluß geltend zu machen und mit allem Nachdruck auf die berühmte französische Sonderrolle hinweisen zu können. Auch posthum hat die kommunistische Erinnerung immer noch einen großen Einfluß auf das intellektuelle Milieu. An der - mit alten Lumpen neu eingekleideten - jüngeren kommunistischen Geschichtsschreibung wird dies besonders deutlich.

scan & corr by rz 11/2008

Das nicht sonderlich neue Erscheinungsbild der kommunistischen Geschichtsschreibung

Lange Zeit war den Kommunisten an der allgemeinen Akzeptanz ihrer historischen Sichtweise des 20. Jahrhunderts und des Kommunismus sehr viel gelegen. Jahrzehntelang hatten sich ihre Historiker an den sowjetischen Thesen orientiert. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Öffnung der Archive war jedoch ein Richtungswechsel angesagt. Plötzlich standen die kommunistischen Parteien nicht mehr unter dem Zwang, eine eigene Geschichtsauslegung entwickeln zu müssen. Trotzdem tauchten nach kurzfristigen Schwankungen die alten Reflexe wieder auf, was sich an den konservativen Reaktionen in bestimmten französischen, US-amerikanischen und britischen Hochschulkreisen deutlich zeigte. Vier Bücher sind dafür besonders symbolträchtig: *The Age of Extremes* von Eric Hobsbawm, *The Road to Terror* von J. Arch Getty und Oleg Naoumov, *Le Siede des communismes,* verfaßt von einer französischen Forschergruppe, und *Les Furies* von Arno Mayer. Mit diesen vier Büchern sind drei kommunistenfreundliche Forschergenerationen abgedeckt: Die alten Kommunisten und Marxisten des Westens - Hobsbawm ist 1917 geboren -, die von den amerikanischen Revisionisten getragene Wissenschaftlergeneration der 70er Jahre und schließlich die linke, kommunistische 68er-Generation.

Bei Hobsbawms umfangreicher Arbeit[116] mit dem Titel *L'Age des extremes* konzentrieren wir uns ausschließlich auf die für den Kommunismus relevanten Punkte: Der Autor nimmt die Bolschewistenrevolution wortwörtlich, auch wenn er sie mit der demokratischen Revolution vom Februar 1917 verwechselt. Die »große proletarische Weltrevolution« (ein von Lenin erfundener Mythos!) sei ein unbestreitbarer Erfolg gewesen, auch wenn die führenden Leute mit der Zeit den Kontakt mit der Wirklichkeit verloren hätten. Von einigen

scan & corr by rz 11/2008

wenigen Industrieländern einmal abgesehen, wäre das Proletariat nämlich damals nicht sonderlich entwickelt und deshalb auch nicht unbedingt revolutionär eingestellt gewesen.

Für Hobsbawm war der Antifaschismus ein zentrales Anliegen der Bolschewisten. Am 22. Juni 1941 hätte mit dem deutschen Angriff auf die UdSSR die Stunde der Wahrheit geschlagen: Die Erben der Aufklärungsideale des 18. Jahrhunderts in einer geschlossenen Front gegen das Lager der Reaktion und des Obskurantismus. Dementsprechend zeichnet Hobsbawm die politische Karte Europas: Auf der einen Seite der Kommunismus, auf der anderen der Faschismus, zwischen Nationalsozialismus, Faschismus und autoritären Regimes unterscheidet er nicht wirklich. Die liberale Rechte betrachtet er nur als einen möglichen Bündnispartner der Faschisten, nicht als eigenständige demokratische Kraft.

Hobsbawm hält nichts von einem differenzierenden Blick auf das Erbe der Aufklärung. Die Unterscheidung zwischen einer liberalen, pluralistischen und demokratischen Bewegung - sie steht für die Menschenrechte und die Gleichheit der Bürger, für die freie Meinungsäußerung, die repräsentativen Institutionen und die allgemeine Wahl - und einer sich durch den Terror und die Guillotine auszeichnenden absolutistischen Bewegung scheint ihm fremd. Er tut so, als ob er nicht wüßte, daß Lenin schon 1903 von Trotzki als der neue Robespierre bezeichnet worden ist und daß die Bolschewisten - später die Kommunisten - die repräsentative Demokratie beharrlich bekämpft haben, und zwar von Anfang an: Das bolschewistische Verbot der verfassungsgebenden Versammlung am 18. Januar 1918 und die schweren Repressionen gegen deren Befürworter sind nur erste, aber äußerst symbolträchtige Gesten. Kurz: Hobsbawm will nicht zugeben, daß die bolschewistische Revolution die erste antidemokratische Revolution des modernen Zeitalters ist.

Über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von

scan & corr by rz 11/2008

1939, die Teilung Polens (kein Wort zu Katyn!) und die Annektion der baltischen Staaten und Bessarabiens geht er diskret hinweg. Nicht einmal den von den Kommunisten 1946 in Griechenland vom Zaun gebrochenen Bürgerkrieg, den »Coup von Prag« 1948 oder die Berlin-Blockade 1948/1949 erwähnt er, und natürlich führt er den Kalten Krieg auf antikommunistische Strömungen in den USA zurück.

Der »real existierende Sozialismus« war für Hobsbawm ein wunderbares Projekt zur beschleunigten Modernisierung Rußlands, ein Projekt, das - trotz seines hohen Preises - ihm zum Teil gerechtfertigt erscheint. Jedenfall kommt ihm wegen der Opfer kein Wort des Bedauerns über die Lippen. Die Existenz der UdSSR war für ihn schon allein deshalb gerechtfertigt, weil ohne die bolschewistische Revolution auch kein liberaler Kapitalismus entstanden wäre: Denn die UdSSR sei es gewesen, die dem Westen im Zweiten Weltkrieg den Sieg ermöglicht habe. Sie habe den Kapitalismus zu Reformen angeregt und ihm paradoxerweise - angesichts der offensichtlichen Immunität der Sowjetunion gegenüber Wirtschaftskrisen - geholfen, von allzu orthodoxen Marktformen Abstand zu nehmen. Es ist schon sonderbar, daß ausgerechnet ein Brite offenbar nicht weiß, daß während der deutsch-sowjetischen Flitterwochen im Sommer 1940 nur Großbritannien gegen Hitler Widerstand geleistet hat, mit amerikanischer Hilfe allerdings. Im übrigen war der Kapitalismus in Sachen Reformen weder auf Lenin noch auf Stalin angewiesen. Er schaffte es auch ohne fremde Hilfe, die für den Sozialbereich negativen Folgen zu begrenzen und sich den Kontrollmechanismen des Staates zu unterwerfen, und erlebte schließlich - was selbst Hobsbawm zugeben muß - in den Jahren 1950 bis 1973 ein »Goldenes Zeitalter«. Dieser Boom betraf jedoch nur den nicht-kommunistischen Teil der Welt, vor allem die großen Demokratien. Die Bevölkerung der kommunistischen Staaten litt in den gleichen Jahren unter dem Terror

scan & corr by rz 11/2008

Stalins, Maos, Ceau§escus und später auch von Pol Pot. Sie lebte in einer Misere, die das Resultat einer auf die kommunistische Ideologie ausgerichteten Wirtschaftspolitik war. Für Hobsbawm ist die Zeit nach 1973 eine Periode des Niedergangs, in der sich neue Katastrophen ankündigten. In Wirklichkeit sind die Jahre 1989-1991 für die Völker Osteuropas und der ehemaligen UdSSR ein Meilenstein auf dem nach wie vor schwierigen Weg zur Freiheit, zur Demokratie und zum Wohlstand.

Doch für Hobsbawm ist »die Geschichtsschreibung aus der Perspektive des Besiegten eine Herausforderung für den Historiker«[117]. Es ist schon sonderbar, wenn jemand, der die Geschichte jahrzehntelang »im Lichte des siegreichen Marxismus« und unter dem Aspekt der »glänzenden sowjetischen Zukunft« beschrieben hat, sich nun als Opfer darstellt. Mit dem gleichen Argument ging man auch gegen das *Schwarzbuch des Kommunismus* vor, das ja nach dem Zusammenbruch des Kommunismus nur die historische Sichtweise der Sieger widerspiegeln könne. In Wirklichkeit geht es im *Schwarzbuch* jedoch um die Geschichte der vom Kommunismus Besiegten. Im Mittelpunkt stehen die erfrorenen Gulag-Häftlinge, die millionenfach dem Hungertod überlassenen Kulaken, die mit einem Nackenschuß in den Kellern des Lubjanka-Gefängnisses hingerichteten »Konterrevolutionäre« und die auf den kambodschanischen Reisfeldern mit einem Spaten erschlagenen »Volksfeinde«. Käme etwa jemand auf die Idee, die seit über 50 Jahren in Frankreich, Großbritannien und den USA betriebenen Forschungsarbeiten über die Vernichtung der europäischen Juden auf Grund der Tatsache, daß diese drei Länder 1945 Hitlerdeutschland besiegt haben, als »Geschichte der Sieger« hinzustellen?

Im Grunde genommen liefert Eric Hobsbawm selbst die Antwort auf die Frage nach dem Zweck seines Buches: » [...] Offensichtlich geht es in meiner Arbeit darum, die Positionen

scan & corr by rz 11/2008

eines ganzen Lebens zu überdenken«[118]. Doch die Arbeit des Historikers besteht ja eigentlich nicht darin, sein eigenes Seelenleben zur Schau zu stellen, sondern die Vergangenheit mit Hilfe von Quellen begreifbar zu machen. Es ist zweifelsohne für den Leser nicht uninteressant zu erfahren, daß die meisten Autoren des *Schwarzbuchs des Kommunismus* in ihrer Jugend mehr oder weniger militante Kommunisten und/oder Revolutionäre waren. Sie haben jedoch das Buch nicht geschrieben, weil sie die Positionen ihrer militanten Jugendzeit überdenken wollten, sondern weil sie ein bis dahin recht unbekanntes, oft auch schlecht dokumentiertes und lange Zeit tabuisiertes Teilstück der Geschichte der Allgemeinheit zugänglich machen wollten. Daß diese historische Aufarbeitung wahrscheinlich bei jedem der *Schwarzbuch-* Autoren auch eine Neubewertung des eigenen Lebenswegs zur Folge hatte, steht zwar nicht im Gegensatz zum wissenschaftlichen Charakter unserer Forschungsarbeit, ist jedoch in erster Linie für die Autoren und weniger für die Leser von Belang. Wenn Hobsbawm in *The Age of Extremes* mit sich selbst abrechnet, ist das für zukünftige Historiker, die sich mit dem kommunistischen Engagement und der Blindheit der westlichen Intellektuellen auseinandersetzen wollen, sicherlich eine wertvolle Quelle, doch über das wahre Gesicht der kommunistischen Regimes und deren Einfluß auf das 20. Jahrhundert erfahren wir auf diese Weise nichts.

Auch *The Road to Terror* von J. Arch Getty und Oleg Naoumov ist typisch für die nostalgischen Reaktionen, die der Zusammenbruch des Kommunismus ausgelöst hat. Das Buch spiegelt die eingangs erwähnte revolutionäre Dokumenten-Lawine wider, und zwar im Hinblick auf die Säuberungsaktionen innerhalb der bolschewistischen Partei, die ja bekanntlich 1932 einsetzten und im Terrorjahr 1939 zum Abschluß kamen.

scan & corr by rz 11/2008

Es ist ein ermutigendes Zeichen, wenn einer der führenden Köpfe des amerikanischen Revisionismus, der ja der Terrorfrage bis jetzt nur eine tertiäre Bedeutung beimaß, diesem Thema ein ganzes Buch widmet. Man freut sich über die »Revision des Revisionismus«: Arch Getty nimmt Abstand von seinen Behauptungen aus dem Jahre 1985. Damals nämlich war er der Meinung, daß der Große Terror der Jahre 1937/1938 nur »einige tausend Tote« zur Folge gehabt habe. Heute akzeptiert er die weniger schöne, aber inzwischen besser belegte Wirklichkeit: 690000 Mordopfer innerhalb von 14 Monaten. Im Gegensatz zu manchen Kritikern des *Schwarzbuchs des Kommunismus* zählen wir genaue Opferzahlen zu den wichtigen Grundlagen einer historischen Bewertung. Ob dem großen Terror einige tausend oder 690000 Menschen zum Opfer gefallen sind, hat einen entscheidenden Einfluß auf die historische Auslegung.

Doch damit sind wir am Ende unserer Zustimmung gegenüber Gettys Kommentaren und Analysen. Denn vom Eingeständnis bestimmter Augenfälligkeiten einmal abgesehen, ist Gettys Gesamtvision trotz der Tatsache, daß die inzwischen zugänglichen Dokumente seine früheren Auslegungen weitgehend widerlegt haben, nach wie vor der Denkweise Chruschtschows verpflichtet. Er beschränkt seine Forschung über den Großen Terror weiterhin auf den Parteivorsitzenden und übergeht das Wesentliche: Die Verfolgung und Vernichtung der Nicht-Kommunisten. Gettys Analyse spannt nicht den Bogen zum Terror von 1918, der - wie Nicolas Werth deutlich betont[119] - in dem Großen Terror ja nur seine logische Fortsetzung fand, und schon gar nicht zu den auf Lenin zurückgehenden ideologischen Wurzeln. Es ist allgemein bekannt, worauf Chruschtschows »Geheimbericht« abzielte: Es war der Bericht eines Henkers, der zur Rettung des Systems und zur Entlastung der Henker und der Gründerfigur Lenin die Hauptschuld Stalin zuwies.

scan & corr by rz 11/2008

Die Säuberung war keineswegs - wie Getty behauptet und im Untertitel »Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks« andeutet - ein mysteriöser Vorfall, der schließlich eine Gruppe von Usurpatoren zum Selbstmord zwang. Die Dokumente beweisen vielmehr, daß Stalin und seine Schergen den Terror benutzten, um mißliebige Leute auszuschalten: und zwar nicht nur potentielle Rivalen, sondern auch Mitglieder des Staatsapparates, die sich mehr an den Sachzwängen der Regierungspolitik als an der Ideologie und dem utopischen Projekt orientiert oder die in ihrer Sensibilität keine unerbittliche Grausamkeit, sondern Reste menschlicher Gefühlsregungen gezeigt hatten. Außerdem wollte sich Stalin mit den Terrormaßnahmen den absoluten Gehorsam der innerhalb der Partei und der Gesellschaft Überlebenden sichern. Jede Kritik galt als Zeichen von Opposition, und jede Opposition bedeutete eine Verschwörung bzw. einen Verrat und verdiente den Tod. In dieser kritischen Phase wurde die unkontrollierbare Dynamik des totalitären Regimes entscheidend gefördert.

Getty ist überzeugt, daß die Mentalität vieler Bolschewisten dem glich, was die Russen die *Konspirazija* nannten: Ein konspiratives System, das auf Treue und Vertrauen, aber auch auf Verdacht und Verrat beruht. Diese konspirative Taktik läßt sich jedoch bis zu Lenin, dem Erfinder und Kopf dieser *Konspirazija,* zurück verfolgen. Bei dem kühl rechnenden Begründer dieses ideokratischen Ein-Parteien-Staates liegen die Anfänge dieser konspirativen Praxis, auch wenn die mit ihr einhergehende Paranoia bei Stalin ihren Höhepunkt erreichte. Von der kriminellen Dimension einmal abgesehen, war Stalin nicht - wie die Trotzkisten behaupten - ein mittelmäßiger Apparatschik, sondern der erfolgreichste Machtmensch des 20. Jahrhunderts. Fast 35 Jahre lang leitete er die bolschewistischen Angelegenheiten mit meisterhaftem Geschick und fand mit sicherem Instinkt immer das richtige Mittel für seine politischen Ziele. Der Mann, der hinter der »ro-

scan & corr by rz 11/2008

ten« Legende vom »Väterchen der Völker« und hinter der »schwarzen« Legende vom »trunksüchtigen« Bürokraten zum Vorschein kommt, zeichnete sich aus durch einen eisernen Willen, einen außergewöhnlichen politischen Instinkt und eine Professionalität, an der gemessen Hitler ein Dilettant war[120].

Zu Recht bezeichnet Getty den Großen Terror »als eine der größten Tragödien des modernen Zeitalters«[121]. Er vergißt allerdings, darauf hinzuweisen, daß die elitären Kreise der Machthaber nur am Rande von dieser Tragödie betroffen waren. Die Millionen von Opfern aus dem einfachen Volk erwähnt er mit keinem Wort. Seltsamerweise verteidigt Getty das Andenken an privilegierte Parteipolitiker, die ihre steile Politkarriere mit Hilfe einer grausamen Repressionspolitik gemacht hatten. Sinowjew, Bucharin, Jagoda, Jejow, Tuchatschewski und alle anderen prominenten Opfer von Stalins Repressionspolitik waren seit 1918 den Völkern der UdSSR wohlbekannte Henker. Ebenso Chruschtschow, der sich 30 Jahre später mit der Anklage des Mannes, dem er zuvor treu gedient hatte, reinzuwaschen suchte.

Getty geht es um die Aufrechterhaltung seiner Vision der 80er Jahre: Danach hätte eine dem Chaos ausgelieferte und von Feinden umgebene UdSSR, deren Zentralgewalt keine Kontrollmöglichkeiten mehr hatte, aus purer Angst gehandelt. Es ist sicherlich richtig, daß die Machthaber nach dem Bürgerkrieg sich nur schwer durchsetzen konnten und deshalb wahrscheinlich chaotische Verhältnisse vorherrschten. Doch dieses »Chaos« war weitgehend eine unmittelbare Folge der bolschewistischen Politik und bot den Oppositionellen - ganz gleich ob sie nun Bolschewisten waren oder nicht - keine Gelegenheit, Stalin zu stürzen. Denn dieser arbeitete mit beachtlicher Konsequenz und Brutalität an der Errichtung eines ultrazentralistischen Systems, in dem nur durch allgemeinen Terror der Machtzusammenhalt und die

scan & corr by rz 11/2008

Unterdrückung der Gesellschaft garantiert waren. Im Handumdrehen hatte Stalin alle davon überzeugt, daß er zu einer solchen Terrorpolitik nicht nur imstande, sondern auch fest entschlossen war.

Getty hält also an dieser Chaos-These fest. Er ist außerdem der Ansicht, daß Stalin bei dieser Säuberung nicht nach einem vorgefertigten Plan vorgegangen sei; dem widerspräche nämlich der politische Zickzack-Kurs des sowjetischen Diktators. Jeder Segler weiß, daß der Zickzack-Kurs oft die einzige Möglichkeit ist, das Boot in einen sicheren Hafen zu bringen. Stalin ging es zunächst um die absolute Macht über den gesamten Sowjetapparat, d.h. sowohl über die Partei als auch über den Staat. Sie war eine unverzichtbare Voraussetzung für Stalins eigentliches Ziel: Die Kontrolle über die Gesamtbevölkerung. Um dies zu errreichen, arbeitete Stalin mit Zuckerbrot - Beförderung und Erteilung von Privilegien - und Peitsche - dem Terror, manchmal abwechselnd, manchmal gleichzeitig. Mit meisterhaftem Geschick wechselte er zwischen Phasen extremer Spannung und Phasen der Lockerung, während deren die Partei und die Bevölkerung sich wieder erholen konnten. Mit dem Zickzack-Kurs reagierte der allmächtige Parteivorsitzende auf die jeweiligen Umstände, d.h. auf die aktuellen strategischen Ziele und die entsprechenden taktischen Notwendigkeiten, denn seine wirklichen Pläne gab Stalin nicht bekannt. Als Beweis für den angeblich improvisierten und chaotischen Charakter der Säuberung führt Getty die Tatsache an, daß einige der Opfer wahren Wechselbädern ausgesetzt gewesen waren: Stalin nahm sie abwechselnd entweder in Schutz oder aufs Korn. Diese Unsicherheit war beabsichtigt; sie war eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit des Terrors, denn jeder hatte das Gefühl, permanent im Visier zu sein, und war deshalb ganz besonders gefügig.

Getty beschränkt sich jedoch nicht nur auf akademische

scan & corr by rz 11/2008

Diskussionen in der Art von *The Road to Terror.* In einem Artikel jüngeren Datums geht er gleichzeitig auf *Das Ende der Illusion* und auf *Das Schwarzbuch des Kommunismus* ein - beide Werke waren kurz zuvor auch in den USA herausgekommen - und schlägt bei dieser Gelegenheit einen direkteren Ton an: Er widerspricht Füret, für den der Kommunismus eine Episode des 20. Jahrhunderts war, die keine Spuren, geschweige denn positive Erbschaften hinterlassen habe, und sieht den Kommunismus in der Rolle des notwendigen Übels, ohne das sich das westliche Sozialsystem nicht grundlegend gewandelt hätte: »Der Kommunismus hat der etablierten Macht des Westens das Leben schwergemacht, und es ist zu bezweifeln, ob die westlichen Reformen auch dann durchgeführt worden wären, wenn es die UdSSR nicht gegeben hätte.«[122] Mit anderen Worten: Der Triumph der Demokratie und der Marktwirtschaft ist dem kommunistischen System zu verdanken. Dies erinnert an die Argumentation von Eric Hobsbawm.

Spätestens bei der Aufzählung der »sozialistischen Errungenschaften« in der UdSSR kommt Gettys ideologische Voreingenommenheit deutlich zum Vorschein: »Allgemeine Alphabetisierung«, »eines der besten technologischen Erziehungssysteine«, »der erste Mensch im Weltraum« und schließlich »das kostenlose Erziehungs- und Gesundheitswesen und die beispielhafte Altersvorsorge«. Die neueren Untersuchungen beweisen, daß die Alphabetisierung bereits 1917 in starkem Maße zugenommen hatte. Außerdem wurde nachgewiesen, daß die technologischen Fortschritte der Sowjets - beispielsweise im Atombereich - zumindest teilweise auf den Diebstahl westlicher Technologien zurückzuführen waren. Das System war offensichtlich nicht in der Lage, sich auf die Informatikrevolution einzustellen. Chruschtschows Propagandamanöver mit Gagarin hat ebenfalls - wie sich letzten Endes herausgestellt hat - nicht funk-

scan & corr by rz 11/2008

tioniert. Auch der katastrophale Zustand des Gesundheits- und Rentenwesens war nach dem Zusammenbruch der UdSSR nicht mehr geheimzuhalten. An all dem wird deutlich, in welchem Maße bestimmte Akademikerkreise nach wie vor von den banalsten Bildern der kommunistischen Propaganda geprägt sind.

Am Schluß bestätigt Getty, daß es sich »bei einem Großteil der Opfer, die den kommunistischen Regimes zur Last gelegt werden, um vorzeitige Sterbefälle handelt«, die deutlich über der regulären Sterblichkeitsrate der Bevölkerung lagen. »Dazu könnte man auch die Hingerichteten, die nach Sibirien Ausgewanderten und die in die Gulag-Lager Verschleppten rechnen, denn dort waren die Ernährungs- und Lebensbedingungen nicht sonderlich gut.« In Anspielung an die Judenvernichtung der Nationalsozialisten betont er, daß »diese vorzeitigen Sterbefälle nicht den planmäßig Getöteten gleichzusetzen« seien[123]. Wie kann man es wagen zu behaupten, daß ein Teil der Opfer des Kommunismus nicht planmäßig getötet worden ist? Und was ist mit den Erschießungsquoten? Und mit der Deportierung ganzer Völker? Oder der Beschlagnahmung der Nahrungsmittel, die ganze Massen dem Hungertod auslieferten? War das nicht planmäßig? Der Begriff »vorzeitiger Sterbefall« ist ein für die Verdränger unbequemer Wahrheiten typischer Euphemismus. Welcher Historiker würde es wagen, die in den Ghettos verhungerten, erfrorenen oder einer Krankheit erlegenen Juden als nicht planmäßige »vorzeitige Sterbefälle« zu bezeichnen? Welcher Forscher würde es wagen, »die Ernährungs- und Lebensbedingungen« in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern als »nicht sonderlich gut« zu beschreiben? All dies sagt sehr viel über die ideologischen Blockaden, die es dem Betreffenden unmöglich machen, die Tragödie der unter den kommunistischen Regimes lebenden Völker in ihrem ganzen Ausmaß zu begreifen.

scan & corr by rz 11/2008

Auch in Frankreich kann man solche Blockaden beobachten: Im September 2000 veröffentlichte ein Autorenkollektiv den Sammelband *Le Siecle des communismes*[124]. Auf dem Werbeeinband stand in großen Buchstaben: »Falls das *Schwarzbuch* doch nicht alles gesagt hat…« Die Beiträge der rund 20 Autoren lassen sich in zwei Gruppen einteilen: Es handelt sich einmal um Texte aus der Feder von Fachleuten. Sie haben einen klassisch-akademischen Charakter, auch wenn eine gegenüber kommunistischen und revolutionären Ideen wohlwollende Grundtendenz vorherrschend ist. Die anderen Texte stammen aus der Feder jener sieben Autoren, die auch auf dem Einband des Buches namentlich aufgeführt werden, und verfolgen eine doppelte Absicht: die nicht apologetische Geschichtswissenschaft als »Kriminalwissenschaft« zu verteufeln und eine Interpretation des Kommunismus nahezulegen, die die kriminelle Dimension des Phänomens vollständig beiseite schiebt.

Diese Autoren unterscheiden zwischen einer auf Sozialstudien basierenden »wissenschaftlichen« Geschichtsschreibung und einer sich auf die Archive der kommunistischen Bewegung stützenden, »kriminalistischen« und medienwirksamen Geschichtsschreibung, zwischen der Geschichte des »integren kommunistischen Arbeitervolkes« und der ganz offensichtlich aufgebauschten, märchenhaften Geschichte eines von Moskau gesteuerten geheimen Apparates.

Wer sich jedoch mit der Geschichte eines Systems auseinandersetzt, das prinzipiell auf der Allmacht seiner Polizei und Armee ruht, darf diese grundlegende soziopolitische Dimension nicht außer acht lassen. Autoren, die eine solche Geschichtsforschung jedoch als »kriminalistisch« abtun, behandeln die kriminelle Dimension des Kommunismus logischerweise mit äußerster Diskretion. Da sie diese inzwischen ja nicht mehr leugnen können - was sie ja lange Zeit getan haben -, wird sie von ihnen jetzt an den Rand gedrängt. Der

scan & corr by rz 11/2008

Völkermord der Roten Khmer war ihnen ganze acht Zeilen wert! Doch selbst in diesem Umfeld scheint in einigen Beiträgen die Wahrheit durch. In dem kurzen Kapitel (8 von 542 Seiten!) über die Bauern der UdSSR beispielsweise schreibt Lynne Viola zum Thema Zwangskollektivierung: »Im Namen der Götter des Kommunismus, aber auch im Hinblick auf utopische Projekte und die von Stalin überarbeitete Modernisierung wollte der sowjetische Staat ein für allemal mit den Bauern Schluß machen. Die Versuche dieses kulturellen Genozids richteten sich gegen eine die russische Realität verkörpernde Bauernschaft, denn das Land war nach wie vor agrarisch geprägt, und die Gesellschaft lehnte die kommunistischen Experimente ab«[125]. Zuvor definierte Lynne Viola die Bauernkultur im »eigentlichen Sinne des Wortes« als »eine Klasse, die ihre Familienstrukturen, ihre religiösen Überzeugungen, ihre Gemeinschaften und Existenzmittel zu verteidigen gewillt war«. Damit ist der »kulturelle Genozid« ein für allemal entschlüsselt und dem »Klassengenozid« gleichzusetzen.

Der zweite Aspekt dieser späten Verteidigung des Kommunismus ist bedeutungsvoller: Das Autorenkollektiv betrachtet den Kommunismus des 20. Jahrhunderts als ein Phänomen, dem die unterschiedlichsten historischen Umfelder, Motivationsgründe und kommunistischen Wesensarten zugrunde liegen und deshalb nur bei starker ideologischer Vorbelastung als Einheit betrachtet werden kann. Der teleologischen Dimension des Kommunismus - seiner Doktrin, seinem Organisations- und Machtmodell und seiner politischen Strategie - messen diese Autoren folglich wenig Bedeutung bei. Dafür betonen sie die gesellschaftliche Dimension, die all das berücksichtigt, was in den unterschiedlichen Gesellschaftsformen die Entwicklung des Kommunismus begünstigt hat. Diese Vorgehensweise ist einerseits extrem banal, denn sie macht aus der Binsenweisheit, daß jede Situation ihre spezifischen Eigenheiten hat, eine bedeutungsschwere Theorie. Sie

scan & corr by rz 11/2008

ist andererseits aber auch absurd, denn wer würde dem Katholizismus seine einheitliche Natur absprechen wollen, nur weil der französische Katholik andere Glaubensriten hat als der philippinische oder mexikanische? Wer würde die einheitliche Natur der Demokratie in Abrede stellen, weil diese in der republikanischen Demokratie, in der konstitutionellen Monarchie und im Präsidentschaftssystem ihre unterschiedlichen Ausprägungen hat?

Die Absicht einer solchen Vorgehensweise liegt klar auf der Hand: Wenn der Kommunismus so »vielgestaltig« ist, daß man nicht mehr von einem einheitlichen Phänomen sprechen kann, stellt sich auch die Frage des Totalitarismus und des Vergleichs mit dem Faschismus nicht mehr. Die einheitliche Natur des Faschismus hingegen wird von den gleichen Autoren mit Nachdruck betont. Das kommunistische Phänomen soll jedoch hinter seiner gesellschaftlichen Dimension verschwinden, denn damit wäre auch das Studienobjekt, das für diese Autoren mit schwerwiegenden persönlichen Problemen verbunden ist, vom Tisch. Die meisten von ihnen haben nämlich die seit dem Zusammenbruch des Kommunismus im Jahre 1991 anstehende Trauerarbeit und die Auseinandersetzung mit der eigenen revolutionären Vergangenheit noch vor sich.

Im Gegensatz zu J. Arch Getty, der unter dem Vorwand, auf komplexe Fragen keine einfache Antworten geben zu wollen, schlicht und einfach den Schwierigkeiten ausgewichen ist, geht Arno Mayer mit Mut die Probleme direkt an. Er hat vor kurzem sowohl in den USA als auch in Frankreich eine umfangreiche Arbeit mit dem Titel *Les Furies, 1789,1917* veröffentlicht, die die Problematik des *Schwarzbuchs des Kommunismus* zentral berührt[126]: Es ist eine Studie, die Vorfälle der Gewalt, der Rache und des Terrors während der Französischen Revolution vergleicht mit gleichartigen Vorfällen der

scan & corr by rz 11/2008

bolschewistischen Revolution - nicht zu verwechseln mit der russischen Revolution der Monate März bis November 1917. Wir wollen hier die Frage, inwieweit die beiden Revolutionen von gleicher Natur sind, nicht noch einmal aufrollen. Niemand wird bestreiten, daß zwischen beiden Volkserhebungen zahlreiche Analogien bestehen. Daß die zweite oft mit der ersten - besonders mit ihrer jakobinischen und terroristischen Phase - verglichen wird, ist jedem bekannt. Doch damit hat sich der Vergleich erschöpft. Die ab November 1917 ausbrechenden »roten«, »weißen« und »grünen« Terrorwellen bestätigen zwar den Grundsatz von Carl Schmitt, der die ganze Politik als Freund-Feind-Konfrontation definiert. Doch trotz der totalitären Phase in den Jahren 1793/94 gilt dieser Grundsatz nicht für die Französische Revolution, die mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte und der Wahl einer Nationalversammlung die moderne Demokratie begründet hat.

Gleich zu Beginn erklärt Arno Mayer: »Mein Ausgangspunkt ist der Grundsatz, daß es keine Revolution ohne Gewalt und Terror gibt, ohne Krieg und Bürgerkrieg, ohne Bildersturm und religiösen Konflikt, ohne Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land«[127]. Im Bereich der abstrakten Begriffe scheint dies zuzutreffen, doch nicht in der konkreten Realität. Die Französische Revolution kennt solche gewaltsamen Vorfälle nur in der Form von zeitlich und örtlich begrenzten Episoden, denen die gewählte Nationalversammlung ein Ende bereitet hat. Das Ergebnis: Die Befreiung sozialer - bürgerlicher und bäuerlicher - Kräfte und die Errichtung juristischer und administrativer Strukturen, an Hand derer die demokratische Republik sich entfalten konnte. Mit dem Ausbruch der sowjetischen Revolution hingegen war es mit der seit März 1917 schwelenden demokratischen Revolution vorbei. Eine kleine Minderheit riß kurzerhand die Macht an sich und war fest entschlossen, sie mit allen Mitteln zu verteidigen. Die

scan & corr by rz 11/2008

Ideologie der bolschewistischen Partei war eine Mischung aus radikalem Marxismus und russischem Nihilismus und ging mit Bürgerkrieg, sozialen und politischen Racheakten und dem Terror durch die Masse einher. Lenin hatte sich diesen Zustand schon lange vor 1917 herbeigewünscht. Dies ist durch zahlreiche Texte belegt[128]. Im Gegensatz zur Französischen Revolution führte die Revolution der Bolschewisten zur Zerstörung der sozialen Kräfte des Bürgertums, der Bauernschaft, der Intelligenzija, ja selbst des Proletariats und schließlich zur Auflösung der gesamten zivilen Gesellschaft. An ihre Stelle trat die totalitäre Macht einer Gruppe, die mangels einer Legitimationsgrundlage den Terror durch die Masse - und ab 1953 die Erinnerung an diesen Terror - zum Regierungsprinzip erheben mußte. Robespierre tat sich während der Ereignisse von 1789 hervor und kämpfte eine kurze Zeit lang für die Radikalisierung bestimmter Revolutionsgrundsätze. Lenin hingegen wartete 20 Jahre lang sehnsüchtig auf den Ausbruch der Revolution. Am 7. November 1917 war es soweit. Gewalt, Terror und Rache sind genau die Handlungsgrundsätze, die die Demokratie verurteilt und in unseren Gesellschaften jeden Tag erneut zu begrenzen versucht. Die Bolschewisten dagegen haben diese Grundsätze zu ihrer »Regierungskunst« erhoben. Diesen fundamentalen Unterschied will Arno Mayer nicht zur Kenntnis nehmen. Er macht für den bolschewistischen Terror lieber die Begleitumstände verantwortlich. Obwohl Martin Malia deutlich gezeigt hat, daß dieser Terror weitgehend auf die bolschewistische Ideologie und deren Utopien zurückzuführen ist.

Mit diesen Vorbehalten wenden wir uns nun den Kapiteln über die UdSSR zu. Der erste Punkt, den wir schwer kritisieren, sind die Quellen, auf die Arno Mayer sich stützt. Er bezieht sich zum großen Teil auf Werke, die lange vor dem Zusammenbruch des Kommunismus und der damit einhergehenden Dokumenten — Lawine veröffentlicht worden waren,

scan & corr by rz 11/2008

und zeichnet deshalb - weil ihm praktisch alle neueren Arbeiten unbekannt sind - von vielen zentralen Vorfällen ein Bild, das durch die Quellen eindeutig widerlegt ist.

Wenn Arno Mayer den Großen Terror von 1937/1938 aus seiner Sicht beschreibt, wird dies besonders offensichtlich. Die Zahl der Opfer gibt er recht ungenau mit »mehreren hunderttausend« an. Schon daran ist deutlich zu erkennen, daß er die zahlreichen Arbeiten zu dieser Frage nicht gelesen hat. Folglich glaubt er auch immer noch an die Legende, daß der Große Terror hauptsächlich die »hohen und höchsten Schichten der politischen Klasse«, d.h. »die Spitze und nicht die Basis der Pyramide« traf[129]. Nicolas Werth hat jedoch vor kurzem in einem meisterhaften Artikel nachgewiesen, daß die politischen, militärischen und polizeilichen Führungskräfte mit 39000 Toten nicht einmal 5% der Opfer ausmachen, denn zu den insgesamt 690000 standrechtlich Erschossenen kommen wahrscheinlich noch einmal rund 100000 »Verschollene« hinzu[130].

Mayer hat die Grenzen der Aufrichtigkeit überschritten, wenn er schreibt: »Der Große Terror der 30er Jahre gibt jedem, der ihn erklären oder gar verstehen will, immer wieder neue Rätsel auf. Die unterschiedlichen Interpretationen jüngeren und älteren Datums werden bis zum Ende aller Tage Stoff für kritische Debatten liefern«[131]. Hat er nicht gemerkt, daß mit der Öffnung der sowjetischen Archive das »Ende aller Tage« schon lange da ist? Jedenfalls hat es ihn nicht an der Ausarbeitung »seiner« Version gehindert: »Die *Stalintschina* hatte weder eine systematische Logik noch ein eindeutiges Ziel: Sowohl ihre Entwicklung als auch ihre Entartung geschahen in einer >Atmosphäre der Panik< […], die an die europäische Hexenverfolgung, an die Lynchjustiz der amerikanischen Südstaaten oder an die Kommunistenjagd der McCarthy-Ära denken läßt«[132]. Ganz abgesehen davon, daß der Vergleich zwischen Stalin und McCarthy ohnehin absurd ist, muß man

scan & corr by rz 11/2008

angesichts dieses Zitats annehmen, daß Arno Mayer noch nie etwas vom NKWD-Operationsbefehl Nr. 00447 gehört hat: Mit ihm fiel am 30. Juli 1937 der Startschuß für die - um mit Nicolas Werth zu sprechen - »geheimen terroristischen Großoperationen, die auf höchster Ebene, nämlich von Stalin und Jejow, geplant und ausgearbeitet worden waren«[133]. Auch den Geheimbeschluß vom 17. November 1938, mit dem das Politbüro den Säuberungsaktionen ein Ende setzte, scheint Arno Mayer nicht zu kennen. Der Befehl Nr. 00447 richtete sich hauptsächlich gegen zwei »feindliche« Kategorien und kannte folglich auch zwei Bestrafungsmethoden: Die »Kulaken-Methode« und die »nationale Methode«. Wie viele »Feinde« nach Methode I - der Todesstrafe - und wie viele nach Methode II - der Deportation - bestraft werden sollten, war durch Quoten bereits von vornherein festgelegt. Wie Jejow in der Präambel des Befehls 00447 mit Nachdruck betonte, war die Zeit reif, »um die sozial schädlichen Elemente, die die Basis des Sowjetstaates untergraben, ein für allemal auszurotten«. Diese Elemente wurden allgemein nur als »die Leute von gestern«[134] bezeichnet. Die meisten Hinrichtungen geschahen auf strikten Befehl Stalins, Jejows und der anderen Mitglieder des Politbüros.

Arno Mayer bevorzugt die Arbeiten aus der Zeit vor der Öffnung der Archive und stützt sich dabei auf eine weitgehend sowjetfreundliche Geschichtschreibung - Carr, Deutscher, Lewin und sogar Trotzki - und auf die amerikanischen Revisionisten. Deshalb geht es nicht nur um einige schwer entstellte Hauptepisoden, sondern um eine falsch aufgerollte Gesamtproblematik, die entschieden von den inzwischen bekanntgewordenen Fakten abweicht. Arno Mayer läßt sich nolens volens von der bolschewistischen Geschichtsversion vereinnahmen. Ihr Grundgedanke ist ziemlich einfach: Wenn die von der »Ausrottung« durch die Bolschewisten bedrohten politischen Gruppen und sozialen Klassen sich deren Politik nicht

scan & corr by rz 11/2008

widersetzt hätten, hätte es keinen Bürgerkrieg gegeben, und Lenin wäre nicht »gezwungen« gewesen, den Terror durch die Massen auf die Beine zu stellen. Die Konterrevolutionäre hätten sich also alles selbst zuzuschreiben. Dieser Gedanke kam schon bei Marx und Engels im *Manifest der Kommunistischen Partei* zum Ausdruck, dort allerdings richtete er sich nur gegen eine Gruppe von widerspenstigen Großkapitalisten. In Rußland hat sich diese Gruppe jedoch in einen regelrechten Ozean von Widerstandskämpfern verwandelt. Lenin wollte die neue Größenordnung und die veränderte Situation allerdings nicht zur Kenntnis nehmen. Doktrin ist Doktrin. Arno Mayers Arbeit ist nicht nur historiographisch überholt, sie hält sich auch an eine völlig einseitige Geschichtsinterpretation. Mit einer oft konfusen und widersprüchlichen Darstellung und einem weitgehend erzwungenen Vergleich startet der Autor einen letzten Versuch, den bolschewistischen Terror zu rechtfertigen.

Die auf die kommunistische Historiographie zurückgehende und von den 30er bis zu den 90er Jahren dominierende Geschichtsinterpretation beschreibt das 20. Jahrhundert vor allem als eine Periode, die von der Auseinandersetzung zwischen dem fortschrittlichen Sozialismus und dem reaktionären Kapitalismus beherrscht war. Diese Interpretation wurde am 21. August 1991 endgültig ad absurdum geführt. Es wurde deutlich, daß die zentrale, sich hauptsächlich in Europa abspielende Auseinandersetzung zwischen totalitären, durch revolutionäre Passion und ideologische Radikalität bestimmten Bewegungen und Regierungen einerseits und demokratischen, die Meinungsvielfalt akzeptierenden Bewegungen und Regierungen andererseits stattfand. Letztere waren »von dem für die Ideologien typischen Anspruch auf grundsätzliche Bevormundung und Umgestaltung des Lebens weit entfernt«[135].

scan & corr by rz 11/2008

Die Diskrepanz zwischen dem Ideal und der Realität des Kommunismus

Auch unter den Historikern gibt es viele, die die Verbrechen der kommunistischen Regimes durchaus zur Kenntnis nehmen, allerdings mit der Erklärung, daß der Kommunismus grundsätzlich von einem edlen, humanistischen Ideal getragen gewesen sei und sich nur durch widrige Umstände eine Diskrepanz zwischen Idee, Doktrin und Realität entwickelt habe. Was für eine Diskrepanz ist denn möglich zwischen demjenigen, der die Doktrin entwickelt hat, und demjenigen, der die Partei, das Regime und den Terror begründet hat, wenn es sich dabei um ein und denselben Mann - nämlich Lenin - handelt? Hätte er seinen Traum vom »guten Ideal« denn tatsächlich in einer solch entarteten Form verwirklicht? Nicolas Werth hat ein Dokument veröffentlicht, das die Frage nach dem Mißverhältnis zwischen humanistischem Ideal und krimineller Realität von einer neuen Seite beleuchtet: Es handelt sich um den letzten Brief Bucharins an Stalin vom 10. Dezember 1937[136], also kurz vor Beginn der dritten Runde der berühmten Moskauer Prozesse, die am 2. März 1938 eröffnet wurde und mit 19 Todesurteilen, darunter auch dem von Bucharin, endete. Dieser Brief hat als hochinteressantes Dokument eine eingehendere Betrachtung verdient. Er stammt aus der Feder eines führenden Bolschewisten, der lange Zeit als die Personifizierung des kommunistischen Idealismus galt und der stalinistischen Entartung als positive Gegenfigur gegenübergestellt wurde[137]. Unter Gorbatschow kam er selbst in der UdSSR wieder zu neuen Ehren, was in der Veröffentlichung seiner *Ausgewählten Werke* sichtbaren Niederschlag fand[138].

Zu Beginn des Briefes bemüht sich Bucharin, Stalin zu beruhigen und über seine wahren Absichten aufzuklären.

scan & corr by rz 11/2008

»Um Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen, möchte ich Dir mitteilen, daß ich gegenüber der Außenwelt (der Gesellschaft)

1. nichts - offiziell - widerrufe, was ich während des Ermittlungsverfahrens geschrieben habe;
2. deswegen und wegen allem, was sich daraus ergibt, keine Bitten an Dich richten werde. Ich werde Dich um nichts ersuchen, was den Fall von seinem bisherigen Kurs abbringen könnte. Ich schreibe Dir lediglich zu Deiner *persönlichen* Information: Ich kann nicht aus dem Leben scheiden, ohne Dir diese wenigen Zeilen geschrieben zu haben. Wie Du ja sicherlich weißt, sind es mehrere Dinge, die mich bedrücken:

1). Am Rande des Abgrunds, von dem es kein Zurück mehr gibt, gebe ich Dir mein Ehrenwort, daß ich mich nicht der Verbrechen, die ich im Laufe des Ermittlungsverfahrens gestanden habe, schuldig gemacht habe. [...]

2). Ich hatte keine andere >Wahl<: Ich mußte die Anschuldigungen und Zeugenaussagen der anderen auf mich nehmen und weiterentwickeln. Andernfalls hätte es den Eindruck erweckt, ich würde >die Waffen nicht strecken<.[139]«

Bucharin bekennt sich also zum Grundsatz der doppelten Wahrheit: Die eine Wahrheit gilt innerhalb der revolutionären Gruppe, d.h. innerhalb der Partei, die ja das einzige ist, was wirklich zählt. Die andere Wahrheit ist für die profane und bedeutungslose Außenwelt gedacht, d. h. für die nationale und internationale Gesellschaft, die nur im Bezug auf das äußere Erscheinungsbild der Partei, die Propaganda, von Interesse ist. Bucharin geht aber noch weiter: Er akzeptiert und billigt das Prinzip der Säuberung und unterstreicht deren sinnvolle Rolle im Hinblick auf die äußeren Umstände und die Ziele der Partei.

scan & corr by rz 11/2008

»Die allgemeine Säuberung ist eine große und mutige Idee a) in bezug auf den drohenden Krieg, b) in bezug auf den Übergang zur Demokratie. Sie trifft a) die Schuldigen, b) die zweifelhaften Elemente, c) die potentiell zweifelhafen. [...] Auf diese Weise geht die Partei kein Risiko ein und sichert sich eine Totalgarantie.

Habe bitte nicht den Eindruck, daß ich Dir - wenn ich mir so meine Gedanken zurechtlege - irgendwelche Vorwürfe mache. Ich bin reifer geworden und begreife, daß die großen Pläne, die großen Ideen und die großen Interessen das Allerwichtigste sind. Es wäre unrühmlich, meine elende Person auf die gleiche Stufe zu stellen mit Belangen, die für die Welt und die Geschichte von großer Tragweite sind und in erster Linie auf Deinen Schultern ruhen[140].«

Die Billigung der Säuberung als Kampfmittel für die Interessen der Partei und der Revolution paßt zu dem starken Schuldgefühl, das die Partei allen ihren Mitgliedern einzuflößen verstand.

»Ich glaube für jene Jahre büßen zu müssen, in denen ich tatsächlich einen Oppositionskampf gegen die Parteilinie geführt habe. Was mich im Augenblick am meisten bedrückt, ist die Erinnerung an einen Vorfall, den Du vielleicht schon längst vergessen hast. Eines Tages [...] war ich bei Dir, und Du sagtest zu mir: >Weißt Du, warum ich Dein Freund bin? Weil Du nicht in der Lage bist, gegen wen auch immer zu intrigieren.< Ich stimmte Dir zu. Und kurz darauf lief ich zu Kamenew [...] Dieser Vorfall bedrückt mich. Es ist die Erbsünde, der Judas-Verrat. [...] Und nun büße ich für all das mit meiner Ehre und meinem Leben. Verzeihe mir, Koba[141]. [...] Ich kann nicht schweigen, ohne Dich ein letztes Mal um Vergebung gebeten zu haben. Deshalb bin ich auch auf niemanden wütend, weder

scan & corr by rz 11/2008

auf die Parteileitung noch auf die Untersuchungsrichter. Ich bitte Dich noch einmal um Vergebung, auch wenn ich so bestraft werde, daß alles nur noch Finsternis ist[142]...«

Dieses Schuldgefühl ging bei Bucharin mit dem Wunsch einher, sich mit Dienstleistungen gegenüber der Partei die Vergebung zu erkaufen.

»Falls man mir das Leben läßt, würde ich gerne [...] für beliebig viele Jahre nach Amerika gehen. Was dafür spricht: Ich würde mich für die *Prozesse* einsetzen und einen Kampf auf Leben und Tod gegen Trotzki führen. Ich würde weite Teile der Intelligenzija für uns gewinnen, wäre sozusagen der Anti-Trotzki und würde die ganze Angelegenheit mit ungeheurem Enthusiasmus durchführen. Ihr könntet mir einen erfahrenen Tschekisten zur Seite stellen und - als zusätzliche Sicherheit - meine Frau sechs Monate lang als Geisel in der UdSSR behalten, für mich Zeit genug, um zu zeigen, wie man Trotzki und seinen Leuten das Mundwerk stopft, usw. [...]

... falls Du auch nur den leisesten Zweifel an diesem Vorschlag hast, dann verbanne mich für 25 Jahre in ein Lager an der Petschora oder an der Kolyma. Dort organisiere ich eine Universität, ein Museum, eine technische Station, verschiedene Institute, eine Kunstgalerie, ein Völkerkundemuseum, ein Naturkundemuseum, eine Lagerzeitung. Kurz: Ich würde dort als Pionier an der Basis arbeiten, bis an das Ende meiner Tage, gemeinsam mit meiner Familie«[143].

Das eigenartige Dokument zeigt Bucharin als Gefangenen seiner utopischen Vision und seines ideologischen Fanatismus. Sein politischer Kampf ist nach wie vor von mörderischen Parolen geprägt: Sein »Kampf auf Leben und Tod ge-

scan & corr by rz 11/2008

gen Trotzki« ist ja bekanntlich nicht ohne Folgen geblieben, wie der Mord an Trotzki durch einen »erfahrenen Tschekisten« beweist. Er glaubt immer noch, daß die Lager ihren Zweck als Umerziehungsanstalten erfüllen, so wie es die Propaganda des Regimes unermüdlich behauptet. Mit seinem Bekenntnis zur Liebe zu Stalin war Bucharin kurz vor dem Ende seines Lebens noch einen Schritt weitergegangen. Denn im Frühjahr 1936 hatte er sich bei seiner letzten Begegnung mit Fjodor Dan, dem im Pariser Exil lebenden Menschewistenführer, noch anders über Stalin geäußert: »[…] unser Vertrauen gilt nicht seiner Person, sondern dem Mann, dem die Partei vertraut. Ich weiß nicht, wie es dazu kam, aber es ist so. Er ist zum Symbol für die Partei geworden.« In ähnlicher Weise hatte sich auch Trotzki 1924 auf dem 13. Bolschewistischen Parteikongreß geäußert: »Keiner von uns steht mit seiner Meinung über der Partei. Die Partei ist die oberste Instanz und hat als solche immer recht. [...] Mag sie nun im Recht sein oder nicht, es ist meine Partei.« Für Menschen, die ihre Grundsätze aus dem Lenin-Text *Was tun?* übernommen haben, ist und bleibt die Partei der einzige Orientierungspunkt. Genaugenommen besteht die Aufgabe der Partei darin, die Diskrepanz zwischen dem Ideal und der Realität aufzuheben. Sobald die Partei an der Macht ist, schafft sie eine Realität, die sie als Ideal ausgibt und an die sich jeder Kommunist fortwährend zu halten hat.

Bucharin beteuert gegenüber Stalin seinen Respekt und seine Liebe; klarer könnte die kommunistische Mentalität nicht zum Ausdruck kommen:

> »Während der ganzen letzten Jahre habe ich mich treu und brav an die Parteilinie gehalten, und mit Hilfe meines Geistes habe ich gelernt, Dich zu respektieren und zu lieben. […] Wenn ich an die Stunden denke, die wir im Gespräch miteinander verbracht haben … Mein Gott, warum gibt es

scan & corr by rz 11/2008

keinen Apparat, mit dem Du meine zerrissene, von Vögeln mit ihren Schnäbeln zerhackte Seele sehen könntest! Wenn Du nur sehen könntest, wie ich Dir innerlich verbunden bin [...] Doch Schluß jetzt! Verzeih mir diese ganze >Psychologie<. Es gibt keinen Engel, der das Schwert Abrahams abwenden könnte. Mag das Schicksal sich also erfüllen!«[144]

Dann leitet Bucharin zum Ende über:

»Iossif Wissarionowitsch! In mir verlierst Du einen Deiner fähigsten und willigsten Diener [...] Ich bereite mich innerlich auf das Sterben vor und empfinde gegenüber Euch, gegenüber der Partei und gegenüber unserer Sache nichts weiter als ein Gefühl von tiefer, grenzenloser Liebe. [...] Mein Gewissen in bezug auf Dich ist rein, Koba. Ich bitte Dich ein letztes Mal um Verzeihung (eine spirituelle Verzeihung!). In Gedanken schließe ich Dich in meine Arme. Adieu für alle Zeiten und hege keinen Groll gegen den Unglücklichen, der ich bin«[145].

Der Brief beweist, daß einer der führenden Köpfe der Bolschewisten - laut Lenin »der wertvollste und stärkste Theoretiker der Partei« - auch 20 Jahre nach der Novemberrevolution von 1917 nicht in der Lage war, die Unmenschlichkeit dieses System zu begreifen. Und dies, obwohl er in der Zwischenzeit selbst diesem System, an dessen Aufbau er mitgewirkt hatte, zum Opfer gefallen ist. Schlimmer noch: Er identifiziert sich mit diesem System, seinem Plan (»unsere Sache«) und seiner Logik (»die allgemeine Säuberung, eine große und mutige Idee«) selbst um den Preis seines Lebens - und dem seiner Frau, die er als Geisel zur Verfügung stellt! Bucharin ist für viele die hinter den stalinistischen Verirrungen zum Vorschein kommende Reinfigur der kommunistischen Idee. Dies beweist jedoch nur, daß diese Idee und die

scan & corr by rz 11/2008

stalinistische Praxis zwei Seiten derselben Medaille sind. Arthur Koestler beschreibt Bucharin in *Le Zero et Ylnfini* als den Prototyp des bolschewistischen Intellektuellen: eine gebrochene Tragikfigur voller Reue, die mit ihrer Lüge, ihrer Schande und ihrem Tod der Partei einen letzten Dienst erweist und sich ein letztes Mal deren Anspruch auf Unfehlbarkeit beugt.

Westeuropas glorifizierende Erinnerung an den Kommunismus

Die neokommunistische Geschichtsschreibung und die sich hartnäckig haltende Fabel vom »guten kommunistischen Ideal« sind keine ausschließlich französischen Phänomene, auch wenn Frankreich für die Erinnerung an den sich auflösenden Kommunismus eine letzte sichere Bastion ist. Wie die Reaktionen auf das *Schwarzbuch des Kommunismus* zeigen, sind diese Phänomene auch in anderen westeuropäischen Ländern bekannt.

Italien war das erste Land, in dem Anfang 1998 eine Übersetzung des *Schwarzbuchs* veröffentlicht wurde. Der Erfolg für den Verlag war - ähnlich wie in Frankreich - außerordentlich groß. Der Kontext beider Länder ist ebenfalls vergleichbar: Auch in Italien war die kommunistische Partei zwischen den 40er und 80er Jahren eine starke Partei, die auf das intellektuelle Milieu, das Verlagswesen und die Kulturszene einen großen Einfluß hatte. Es gibt allerdings einen entscheidenden Unterschied: 1991 verwandelte sich die PCI in eine demokratische Linkspartei, sagte sich von der kommunistischen Ideologie los, änderte konsequenterweise den Parteinamen und verurteilte die historischen Erfahrungen des Bolschewismus vorbehaltlos.

Im Vorfeld des Erscheinens der italienischen Schwarzbuch-

scan & corr by rz 11/2008

ausgäbe veröffentlichte Massimo D'Alema, der Vorsitzende der damals an der Regierung beteiligten ehemaligen PCI, am 18. Januar 1998 einen ausführlichen Artikel in der *Unitä:* Zunächst wurde ausdrücklich betont, wie zwingend notwendig der Weg in eine moderne europäische Demokratie und die stärkere Öffnung des Marktes für Italien sind. (Solche Äußerungen wären bei der PCF undenkbar!) Dann stellte D'Alema klar, daß das Ende der PCI »keinen kulturellen Rückzug der Linken« bedeute, sondern vielmehr »deren Begegnung mit anderen Kulturen und Werten« und »eine echte Wertschätzung der anderen« zur Folge habe. Er nutzte diese Gelegenheit, um sich nach links gegen die Partei der Altkommunisten, eine kommunistisch-leninistische Neugründung, die die damalige Linksregierung unterstützte, und gegen eine zum Teil auf die Roten Brigaden zurückgehende Linksbewegung abzugrenzen. Dann kam er auf das bevorstehende Erscheinen des *Schwarzbuchs* zu sprechen und nutzte den zweiten Teil des Artikels für »Unsere Abrechnung mit dem Kommunismus«.

> »Es ist zweifellos eine Tragödie, die unser Leben und unser Bewußtsein zutiefst berührt. Das ursprüngliche Ziel der kommunistischen Bewegung war die Befreiung des Menschen. Doch da, wo die Bewegung an die Macht kam, verwandelte sie sich schnell in eine repressive Kraft, die einen mit zahlreichen Verbrechen belasteten Totalitarismus zu verantworten hat. Dazu gehörte auch die PCI. Das Verhältnis zwischen der PCI und dem aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen Sowjetkommunismus ist eine lange, dramatische und komplexe Geschichte [...] Viele Jahre lang sahen wir in dieser Verbindung eine Garantie unserer Position, die sich ja als Alternative zu den beherrschenden Kräften dieses Landes verstand. Diese Ambivalenz hielten wir lange Zeit für gerechtfertigt, denn wir hofften auf eine demokratische Reform des Kommunismus von innen her-

scan & corr by rz 11/2008

> aus [...] Diese Haltung hatte eine fehlerhafte, unentschlossene Politik zur Folge. Denn die Geschichte verlief anders als erwartet: Mit dem Fall der Berliner Mauer war es mit der Illusion vom demokratischen Kommunismus und dem ursprünglichen Erfahrungsschatz der PCI vorbei.«

Diese Erklärung war von einer bewundernswerten Klarheit, zeigte jedoch leider wenig Wirkung: Seit 1991 hat die ehemalige PCI offensichtlich kein Interesse mehr daran, ihre Verbindungen zum - wie D'Alema selbst sagt - verbrecherischen Totalitarismus aufzuarbeiten. Dies ist um so erstaunlicher, wenn man weiß, welchen Wert diese Partei in früheren Jahren auf eine - zugegeben hervorragende - apologetische Geschichtswissenschaft gelegt hat. Jedenfalls wurde die Debatte um das *Schwarzbuch* in Italien mit der gleichen Polemik und ähnlich heftigen Auseinandersetzungen geführt wie in Frankreich, auch wenn die Erinnerungen, die in diesen Diskussionen vorherrschten, andere Bezugspunkte hatten: In Italien zehrt die - von den Kommunisten beherrschte - Erinnerung der Linken vom Kampf gegen den mussolinischen Faschismus und die savoyische Monarchie, die zwar als Garant für die Einheit Italiens aufgetreten war, aber gleichzeitig den Weg für Mussolini geebnet hatte. Man führte diesen Kampf im Namen der Republik, die 1946 von der Democrazia Cristiana und der PCI gemeinsam gegründet worden war.

Obwohl sich mein Aufenthalt in Rom auf einen Tag beschränkte, bekam ich die hitzige Atmosphäre der in Italien um das *Schwarzbuch* geführten Diskussionen deutlich zu spüren. Das geistige Klima des Landes war durch heftige Debatten über eine geplante Reform des Geschichtsunterrichts sowieso schon gespannt: Das Vorhaben, den Begriff »Kommunismus« in Zukunft aus den Lehrplänen zu streichen, führte zu heftigen Kontroversen. Im Laufe des Tages kam es zu zahlreichen Zwischenfällen, und zwar von verschiedenen Seiten. Zu-

scan & corr by rz 11/2008

nächst nahm ich an einer morgendlichen Radiosendung teil, bei der die Zuhörer zu telefonischen Beiträgen aufgefordert wurden. Maria Antonietta Macciocchi, langjähriges PCI-Mitglied und in den 70er Jahren überzeugte Maoistin, rief gleich zweimal an. Sie war wütend, weil das *Schwarzbuch* einen Titel, den sie 1974 zum Ruhme des maoistischen Chinas veröffentlich hatte, erwähnt. Später bezeichnete sie das *Schwarzbuch* als »dicken Wälzer, so lesbar wie ein Telefonbuch«. Dachte sie dabei an die Namensliste der Hunderttausende, die dem Großen Terror unter Stalin zum Opfer gefallen sind? Der Moskauer Memorial-Verband arbeitet schon seit Jahren an der Aufstellung dieser Liste.

Am Nachmittag dann die Kritik von der anderen Seite: Wir hätten in unserem Buch Italien vergessen und nicht einmal den Stalinisten Palmiro Togliatti erwähnt, der von den 20er bis zu den 50er Jahren die PCI geleitet hatte. Auch die bewaffneten Kommunistengruppen, die in den Jahren 1944/46 bestimmte Gegenden mit Mordanschlägen, Schutzgelderpressungen und Überfällen schwer terrorisiert hatten, hätten wir stillschweigend übergangen, ebenso die mehreren tausend italienischen Zivilisten der Region Triest, die 1945 von Titos Truppen niedergemetzelt worden waren. Diese Verbrechen sind bestimmt nicht mit jenen vergleichbar, die von den an der Macht sitzenden kommunistischen Parteien begangen worden sind. Trotzdem ist die Kritik berechtigt, und ich habe mich deshalb verpflichtet, der Vollständigkeit wegen diese Informationen nachzuliefern. Der Leser stößt also in diesem Buch auf ein Kapitel, das sich ausschließlich mit Italien beschäftigt, und wird in diesem Zusammenhang auch darauf aufmerksam gemacht, daß die PCI sich in den 70er und 80er Jahren deutlich in Richtung Demokratie bewegt hat. Bis dahin war sie unter dem strammen Regiment Togliattis eine strikt leninistisch-stalinistische und manchmal auch verbrecherische Partei gewesen.

scan & corr by rz 11/2008

Die Polemik nahm im Laufe des Jahres 1998 zu, denn sie wurde durch zahlreiche Artikel der linksradikalen Zeitung 77 *Manifesto* und der kommunistischen Parteipresse immer wieder neu angefacht. Es waren leidenschaftliche Beiträge, die oft auf Silvio Berlusconi reagierten, der seinerseits das *Schwarzbuch* im Kampf gegen seine politischen Gegner, die in der Regierung sitzenden Ex-Kommunisten, ausschlachtete und damit auch beachtlichen Erfolg hatte. Denn der Antikommunismus war in Italien schon seit Jahrzehnten eine den politischen Kampf bestimmende Kraft. Auch die Wahlen von 2001 hat Berlusconi mit stark antikommunistischen Kampfparolen gewonnen. Deshalb auch der absurde Vorwurf, wir hätten mit unserem Buch zu diesem Wahlsieg beigetragen. Der sich mit der Zeitgeschichte beschäftigende Historiker ist schlecht beraten, wenn er sich bei seinen Studien und Veröffentlichungen an der politischen Wetterkarte orientiert. Ebensowenig kann man es ihm zur Last legen, wenn seine Forschungsergebnisse - sei es nun richtig oder falsch - verwertet werden. Für ihn ist lediglich wichtig, daß die Forschungergebnisse in puncto Herleitung unanfechtbar und in puncto Interpretation objektiv sind. Diese Debatte hielt ein ganzes Jahr lang an und führte sogar zur Publikation zweier Arbeiten, die in den *Cahiers d'histoire sociale* ausgezeichnet zusammengefaßt sind[146].

Auch in Portugal kam es zu schweren Debatten. Die Kommunistische Partei dieses Landes ist vermutlich die stalinistischste von ganz Europa. Seit 60 Jahren wird sie von Alvaro Cunhal mit eiserner Hand geführt. Das Land litt allerdings auch unter dem autoritär-reaktionären Regime Salazars und konnte sich davon nur durch eine Militärrebellion befreien. Im Laufe dieses Umsturzes hätte die PCP beinahe die Regierungsgewalt übernommen. Was die Debatte in Portugal zusätzlich anheizte, war die Tatsache, daß die portugiesische Ausgabe des Schwarzbuchs von Zita Seabra herausgegeben wird. Der Name ist in Portugal ein Begriff. Die dynamische,

scan & corr by rz 11/2008

warmherzige Frau war bereits mit 16 Jahren eine überzeugte Kommunistin. Sie hatte jahrelang im Untergrund gearbeitet, bevor sie 1974 zu einer tragenden Figur der Revolution wurde und in die Führungsriege der Kommunistischen Partei aufstieg. Eines Tages eröffnete man in Lissabon jedoch einen »Moskauer Prozeß« gegen sie. Sie wurde sämtlicher Parteifunktionen enthoben und von den Kommunisten mit dem Bann belegt. Wie viele andere in der gleichen Situation, hätte sie der Depression verfallen oder sich im politischen Hinterland in sinnlose Kämpfe verstricken können. Sie entschied sich jedoch, das Blatt zu wenden, und gründete einen kleinen, auf Poesie und Kunstbücher spezialisierten Verlag, der unter anderem auch Pascal Quignards wunderbare Arbeit über den Frontera-Palast herausbrachte. Das Architekturensemble zählt zu den schönsten und geheimnisvollsten der portugiesischen Metropole[147].

Als Zita Seabra vom *Schwarzbuch des Kommunismus* erfuhr, gab sie erst Ruhe, nachdem sie die Rechte für eine portugiesische Ausgabe erworben und die Vorbereitungen für die Publikation getroffen hatte, obwohl ihr völlig klar war, daß eine wirtschaftliche Fehlentscheidung das Ende ihres Verlagshauses bedeuten würde. Mit dem Vorwort beauftragte sie Jose Pacheco Pereira, der 1974 eine maoistische Untergrundorganisation geleitet hatte und seitdem eine Doppellaufbahn verfolgt: eine wissenschaftliche als Politologie-Professor an der Universität Lissabon - er veröffentlichte eine auf Moskauer Archivalien und Salazar-Polizeiakten basierende Monumental-Biographie von Alvaro Cunhal[148] - und eine politische als Vorsitzender einer Mitte-Rechts-Partei und Abgeordneter im Europäischen Parlament. Als die portugiesische Ausgabe erschien, fuhr ich nach Lissabon. Der Besuch fand in gespannter Atmosphäre statt. Die Kommunisten waren wütend. Als wir im Zentrum von Lissabon zu Fuß unterwegs waren, erlebte ich, wie Zita Seabra völlig unerwartet

scan & corr by rz 11/2008

von einem wenig galanten, militanten Kommunisten heftig beschimpft wurde. Die Angegriffene reagierte in der gleichen Tonlage. Das *Schwarzbuch* sorgte nicht nur bei den Portugiesen für Aufsehen. Viele in Lissabon lebende Exil-Angolaner fühlten sich durch das Buch an die Nito-Alves-Affäre erinnert. Als Rivale von Agostinho Neto, dem Vorsitzenden der in Angola regierenden Kommunistischen Partei MPLA, versuchte Alves einen Staatsstreich und wurde - nach dessen Scheitern - umgebracht. Auch seine hochschwangere Frau, die die Revolution von 1974 entscheidend beeinflußt hatte, wurde erschossen.

Die portugiesische Ausgabe des Schwarzbuchs wurde ein Riesenerfolg und erlebte mehrere Neuauflagen.

Nach zahlreichen Schwierigkeiten kam das *Schwarzbuch* im Herbst 2001 auch in Griechenland heraus, und zwar beim renommierten Hestia-Verlag. Das 1885 gegründete Unternehmen lag von Anfang an in den Händen der Familie Karaitidi. Inzwischen hat die Mutter Marina die Betriebsleitung an die Tochter Eva übergeben. Die beiden Frauen bewiesen Mut, denn sie veröffentlichten das Buch in einem Land, das während und nach der deutschen Besetzung durch einen Bürgerkrieg zerrissen war, hinter dem in großen Teilen die unter dem Einfluß Titos agierenden griechischen Kommunisten standen. Dieses Kapitel der griechischen Geschichte ist bis heute ein Tabuthema, rückt aber mehr und mehr ins Blickfeld, nicht zuletzt dank des *Schwarzbuchs,* das die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Haltung der Kommunistischen Partei Griechenlands lenkt. Auch wenn diese Partei in politischer Hinsicht deutlich an Macht verloren hat, ist ihr Einfluß auf den Hochschulbereich und auf die Medien nach wie vor groß. Der griechischen *Schwarzbuch*-Ausgabe wollte sie einen heißen Empfang bereiten. Die linke Tageszeitung *Elefterotipia* (dt: Die freie Presse) scheute sich nicht, ihre Kritik am

scan & corr by rz 11/2008

Schwarzbuch mit Nazi-Plakaten zu untermalen. Trotzdem mußten die Kommunisten auf einer im Französischen Kulturzentrum von Athen organisierten und von mehr als 400 Menschen besuchten Podiumsdiskussion angesichts unserer stichhaltigen Argumente die Segel streichen. Der griechische Abgeordnete und Kommunist Kostas Kappos sorgte jedoch auch bei dieser Veranstaltung mit seinen Äußerungen über »die angeblichen Verbrechen des Kommunismus« für Überraschung. Die unverhohlene Leugnung der unbequemen Wahrheit stieß jedoch auf eine entsprechend starke Kritik.

Auch in Schweden, wo seit Jahrzehnten die Sozialdemokratie den Ton angibt, erregte das *Schwarzbuch* starkes Aufsehen. Dies ist um so erstaunlicher, weil der Kommunismus in diesem Land nur eine untergeordnete Rolle spielt. Allerdings reichen die Beziehungen der Schweden zu Rußland weit zurück. Besonders in den Jahren 1940/41 und 1944/45 nahm das skandinavische Land zahlreiche Balten auf, die angesichts der Sowjetisierung ihres Heimatlandes die Flucht vorzogen. Bereits vor dem Erscheinen des *Schwarzbuchs* hatte in Stockholm ein Kolloquium über den Kommunismus in den baltischen Staaten stattgefunden, an dem seinerzeit auch der estnische Präsident Lennart Meri teilgenommen hatte[149]. Auch ich war eingeladen, vor dem schwedischen Parlament eine Rede zu halten, und zwar in Gegenwart von zwei ehemaligen Premierministern und Lennart Meri, der den aufmerksam zuhörenden Parlamentariern berichtete, wie sein Vater, als er vom NKWD verhaftet wurde, ihm den Befehl gab, sich durch einen Sprung durchs Fenster zu retten. Lennart Meri mußte im Exil weiterleben und hat seinen Vater nie wiedergesehen.

Vor allem in Deutschland löste *Das Schwarzbuch des Kommunismus* nicht nur eine heftige Polemik, sondern eine regelrechte Debatte aus. Meine Kenntnisse über unseren wieder-

scan & corr by rz 11/2008

vereinigten Nachbarn waren schlecht, als ich gebeten wurde, jenseits des Rheins eine Reihe von Konferenzen abzuhalten. Abgesehen von den wenigen Wochen, die ich 1973 im Rahmen meines Militärdienstes in Deutschland verbracht hatte, war ich noch nie bei unserem östlichen Nachbarn gewesen. Was die Erinnerung an den Kommunismus angeht, unterscheidet sich das durch den Nationalsozialismus in eine nationale Katastrophe getriebene Land grundlegend von Frankreich oder auch Italien: Zerstört, ruiniert, geteilt und durch den Verlust seiner Werte völlig desorientiert, mußte sich Deutschland während des Kalten Kriegs eine neue Identität schaffen. Im Westen geschah dies im Namen eines starken Antikommunismus, der für zwei Jahrzehnte von der nationalsozialistischen Vergangenheit ablenkte und die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und des Völkermordes an den Juden und Zigeunern deutlich in den Hintergund drängte.

Nach 1968 kam es bei einem Teil der jungen Generation auf politischer und moralischer Ebene zu einem radikalen Wandel: Es entstand eine radikale Linke, die - mit den Waffen in der Hand - der Macht der »Väter« den Kampf ansagte. Das Schuldgefühl, das sich bei den Intellektuellen einstellte, war so stark, daß selbst ein so herausragender Historiker wie Hans Mommsen die Teilung des Landes als den Preis betrachtete, den Deutschland für seine nationalsozialistische Vergangenheit zu zahlen hätte. Der schlechte Ruf des DDR-Regimes verhinderte jedoch in der BRD das Aufkommen einer bedeutsamen kommunistenfreundlichen Bewegung. Dafür entwickelte sich allerdings eine starke »anti-antikommunistische« Bewegung, die vom Pazifismus, Antiamerikanismus und manchmal auch vom Antikapitalismus getragen war. Der Historikerstreit von 1986/87 markiert vermutlich den Höhepunkt dieser Entwicklung: Der Philosoph Jürgen Habermas und mit ihm die gesamte Linke bezog damals Front gegen den bekannten Historiker Ernst Nolte, der das Aufkommen des

scan & corr by rz 11/2008

Nationalsozialismus mit der deutschen Niederlage von 1918 und den in Deutschland in den Jahren 1918 bis 1924 besonders starken revolutionären, bolschewistischen Strömungen in Verbindung brachte[150]. Nolte schloß daraus, daß der Antimarxismus und der Antibolschewismus bei Hitler genauso stark ausgeprägt waren wie der Antisemitismus[151]. Diese These war für die deutsche Linke inakzeptabel: Für sie war der Nationalsozialismus die Inkarnation des Bösen, das mit dem Völkermord an den Juden sein wahres Gesicht zeigte. Mit dem Fall der Berliner Mauer, dem Ende der DDR und der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl veranlaßten Wiedervereinigung wurde diese Debatte empfindlich gestört. Die Erinnerung an den kommunistischen Totalitarismus und seine während der Niederlage von 1944/45 und später in der DDR zu beklagenden Opfer torpediert seitdem die »anti-antikommunistische« Erinnerung. Sie ergänzt die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und steht für die Neo-Antifaschisten in einer unerträglichen »Konkurrenz« zu ihr.

Im Mai 1998 erschien *Das Schwarzbuch des Kommunismus* in seiner deutschen Ausgabe, eine sichere Insel im sumpfigen Gelände. Da die französische Originalausgabe die DDR nicht berücksichtigt hatte, fügte der deutsche Herausgeber mit unserer Zustimmung zwei Zusatzkapitel über Ostdeutschland hinzu. Der erste Beitrag stammt aus der Feder von Ehrhart Neubert, der als Pastor in der DDR gelebt hatte, und beschäftigt sich in chronologischer Reihenfolge mit den verschiedenen Repressionsformen des ostdeutschen Regimes. Der zweite Beitrag stammt von Joachim Gauck, der ebenfalls als Pastor in Ostdeutschland gewirkt hatte und heute die Kontrollkommission über das Aktenmaterial - insbesondere die Stasi-Akten - der DDR leitet. Gaucks Text trägt den Titel »Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung«. Er beschäftigt sich vor allem mit den Bedingungen, unter denen die Bürger der DDR in diesem totalitären Staat gelebt hatten,

scan & corr by rz 11/2008

und den langfristigen Folgen ihrer Mittäterschaft. Mit diesen beiden Zusatzkapiteln berührte das Schwarzbuch des Kommunismus zentrale Fragen der Wiedervereinigungsdebatte.

Die Eindrücke während meines Deutschlandaufenthalts waren sehr kontrastreich. Insgesamt war ich beeindruckt vom akademischen und zivilisierten Charakter der öffentlichen Debatte, an der namhafte Historiker des 20. Jahrhunderts - Hans Mommsen, Heinrich August Winkler, Jürgen Kocka, Horst Möller, Hans Maier - teilnahmen, ganz gleich, ob sie nun mit dem *Schwarzbuch* einverstanden waren oder nicht. Während sich in Frankreich der überwiegende Teil der Hochschullehrer in Schweigen hüllte, nahmen die deutschen Universitätsdozenten regen Anteil an der Diskussion, was dem Niveau der Debatte nur zugute kam. Schon bei meinem ersten Kontakt in Hamburg bekam ich den Eindruck, daß die Diskussion zwar heftig, aber auf geschichtswissenschaftlich hohem Niveau geführt wurde. Und als einer der Teilnehmer einwarf, daß die französischen Historiker in Sachen Kommunismus und Totalitarismus in ihrem Wissensstand und Beurteilungsvermögen 40 Jahre zurück seien, brauchte ich überraschenderweise gar nicht zu antworten: Ein zweiter Diskussionsteilnehmer fragte sich nämlich, warum unter diesen Bedingungen das »Schwarzbuch des Kommunismus« nicht schon vor 40 Jahren von deutschen Historikern geschrieben worden ist, und bekam einstimmigen Beifall.

In Berlin kam es anschließend zu einem radikalen Klimawechsel. Trotz der Warnungen vor den »Radikalen«, den überzeugtesten Linken, mit deren Störmanövern man fest rechnete, übertrafen die Ereignisse alle Befürchtungen. Die Diskussionsveranstaltung fand in einem bekannten Versammlungslokal der neuen Hauptstadt statt. Der Saal war brechend voll, auch die Medien zeigten starke Präsenz. Auf der Bühne saßen drei Hochschullehrer - Kocka, Winkler und Wippermann - sowie Joachim Gauck und ich. Mehrere Dutzend

scan & corr by rz 11/2008

Radikale waren gekommen, alle mit dem festen Entschluß, sowohl die Ansprachen als auch die Diskussion schon im Ansatz zu stören. Zwei Stunden lang pfiffen und grölten sie und skandierten irgendwelche Slogans. Bei dieser Gelegenheit bewunderte ich die tief verankerte demokratische Grundhaltung dieses Landes, das von den Franzosen immer noch bei zahlreichen Gelegenheiten des Neonazismus verdächtigt wird. Obwohl es für den Veranstalter kein Problem gewesen wäre, die rund 30 Störenfriede mit polizeilicher Gewalt aus dem Saal zu werfen, kam es zu keinen Handgreiflichkeiten. Die herbeigerufene Polizei komplimentierte die Randalierer in kleinen Gruppen überaus freundlich nach draußen. Es war der 18. Juni. Einen Tag zuvor gedachte man der Arbeiterunruhen von 1953. Damals hatten die Maschinengewehre der sowjetischen Panzer in Ost-Berlin und in der DDR über 50 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt. Doch die Randalierer skandierten: »Nieder mit Deutschland, es lebe der Kommunismus!« Joachim Gauck war der einzige, der sich zu einer energischeren Reaktion hinreißen ließ: »Ihr seid ohne Ausnahme die Kinder reicher Westberliner Bürger und habt keine Ahnung von dem, was der Kommunismus wirklich war.« Die Bemerkung saß. Ein neues Gröl- und Pfeifkonzert setzte ein. Die Veranstaltung endete in einem allgemeinen Chaos, und ich wurde von den Leibwächtern in Sicherheit gebracht. Dieser taktische Erfolg der Radikalen war jedoch ein großer strategischer Fehler, denn der Skandal erregte enormes Aufsehen, und die gesamte Medienwelt stürzte sich auf das Buch: Der Herausgeber war glücklich. Als ich ihn jedoch fragte, wieviel er für die linken Unruhestifter bezahlt hat, stellte sich bei ihm vermutlich ein Gefühl der Entrüstung ein.

Von Berlin ging es nach Dresden, wo erneut ein radikaler Klimawechsel auf uns wartete: Wieder ein überfüllter Saal, wieder eine starke Medienpräsenz und auf dem Podium wieder eine Mannschaft mit namhaften Wissenschaftlern, unter-

scan & corr by rz 11/2008

stützt durch Joachim Gauck und Herrn Berghof er, dem letzten kommunistischen Bürgermeister der Stadt. Die vierstündige Debatte vor dem gebannten Publikum war die beste Diskussionsveranstaltung, die ich im Zusammenhang mit dem *Schwarzbuch* erlebt habe. Am intensivsten war der Moment, als Berghof er das Wort ergriff. Es war das erste Mal seit dem Sturz des DDR-Regimes, daß er zu seinen Mitbürgern sprach. In den Wochen, die dem Fall der Mauer vorausgegangen waren, hatte er tatsächlich alles getan, um die repressiven Befehle der Zentralmacht zu neutralisieren und ein Blutvergießen in seiner Stadt zu verhindern. Danach war er in der Anonymität eines Handelsbetriebs untergetaucht.

Wir erlebten ein öffentliches selbstkritisches Geständnis, allerdings nicht in der traditionell erzwungenen und demütigenden Art der kommunistischen Regimes, sondern mit Aufrichtigkeit und Würde. Berghof er berichtete, wie er aus Idealismus den kommunistischen Jugendverbänden beigetreten war. Er glaubte an den Sozialismus und dessen vom Regime proklamierten gesellschaftlichen Auftrag. Voller Enthusiasmus und Disziplin stieg er in der Parteihierarchie nach oben und galt schließlich als linientreu genug, um an die Spitze seiner Stadt berufen zu werden. Dann gab er zu, daß auf sein idealistisches Engagement eine herbe Desillusionierung folgte: Das starre System, die Unmöglichkeit, die Lage seiner Mitbürger zu verbessern, und vor allem der Zwang für jeden, der eine verantwortungsvolle Führungsposition besaß, mit der Stasi zusammenarbeiten zu müssen. Die Worte lösten weder ein Geschrei noch Beschimpfungen aus. In der anschließenden Debatte wurde mir bewußt, daß die Deutschen den Kommunismus nicht nur über die DDR kennengelernt hatten, sondern auch über die UdSSR, und zwar in seiner kriminellsten Form, nämlich als Kriegsgefangene oder deportierte Zivilisten in den Gulag-Lagern. Eine solch persönliche und über alle Zweifel erhabene Erinnerung

scan & corr by rz 11/2008

an den Kommunismus wird man in Frankreich nicht zu hören bekommen. Der Ton der Debatte hatte sich dadurch grundlegend verändert.

Endstation meiner Tournee war München. Auch dort war das Podium mit hochkarätigen Wissenschaftlern besetzt, u. a. mit Hans Maier, dem anerkannten Spezialisten auf dem Gebiet des Totalitarismus und der politischen Religionen[152]. Die Leitung der Podiumsdiskussion lag in den Händen von Horst Möller, dem Direktor des angesehenen Instituts für Zeitgeschichte, wo man unter der früheren Leitung von Martin Broszat jahrzehntelang intensiv über den Nationalsozialismus geforscht hatte. 1999 veröffentlichte Möller eine Textsammlung mit dem Titel *Der rote Holocaust und die Deutschen.* Darin hat Möller mehr als 30 Pressebeiträge über das *Schwarzbuch des Kommunismus* zusammengetragen[153].

Für eine so massive Historiker-Präsenz in der öffentlichen Debatte gibt es zwei Interpretationsmöglichkeiten: Zum einen wird deutlich, wie sehr sich die Deutschen, die zwischen 1918 und 1989 zunächst vom braunen und dann vom roten Eisen gebrandmarkt worden waren, von der Frage nach dem Kommunismus und Totalitarismus angesprochen fühlen. Die sich mit der Zeitgeschichte beschäftigenden deutschen Historiker sind um ein Vielfaches lebendiger und selbstsicherer als ihre französischen Kollegen. Wenn sich die Historiker in solch starkem Maße in die öffentliche Diskussion einschalten, zeigt dies allerdings auch, daß die deutsche Identität immer noch auf schwachen Füßen steht; in Westdeutschland gilt nach wie vor Ulrike Ackermanns deutliche Formulierung: »Für eine auf der Singularität nationalsozialistischer Verbrechen mühsam aufgebaute, negative deutsche Identität hat das >absolute Böse< nur einen Ort: Auschwitz«[154]. In Ostdeutschland ging die Auflösung der DDR mit dem Zusammenbruch eines Produktionssystems einher, das von mangelndem Verantwortungsbewußtsein geprägt gewesen war. Dies stürzte

scan & corr by rz 11/2008

die Bevölkerung in einen Prozeß des Wertewandels, der nur mit großem Vorbehalt angenommen wurde.

Die Debatte brachte einige Protagonisten des Historikerstreits von 1986/87 dazu, ihre ursprünglichen Positionen zu überdenken. Heinrich August Winkler, der Noltes Standpunkt bisher entschieden abgelehnt hatte, schrieb sogar: »Der französische Historikerstreit von 1997 ruft den Deutschen nun etwas anderes ins Bewußtsein: Die Absurdität von Noltes wesentlichen Thesen hat allzu lang den Blick dafür verstellt, daß seine Ausgangsfrage legitim war und nach wie vor eine Jahrhundertfrage ist. Es ist die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den *beiden* Typen der totalitären Diktatur, die das Novum des 20. Jahrhunderts bilden. Zugespitzt formuliert: Hätte es ohne die Machtergreifung der russischen Bolschewiki im Oktober 1917 die Machtergreifung der italienischen Faschisten im Oktober 1922 und der deutschen Nationalsozialisten im Januar 1933 gegeben?«[155]

Mit diesem Schnellrundgang durch die westeuropäische Erinnerung an den Kommunismus, die das *Schwarzbuch des Kommunismus* mit seinem Erscheinen hilfreich aufgedeckt hat, wird deutlich, daß jedes Land im Bezug auf den Kommunismus seine eigene Geschichte hat. Dementsprechend ist der Blick auf dieses zentrale Phänomen des 20. Jahrhunderts auch von Land zu Land verschieden, denn er fällt durch das Prisma der jeweiligen Kultur und der spezifischen historischen Erfahrung. Es macht einen Unterschied, ob das Land protestantisch oder katholisch ist, ob es seinerzeit vom jakobinischen Revolutionsgedanken erfaßt worden war oder nicht, ob es eine mächtige oder eher unbedeutende kommunistische Partei besitzt, ob es viel oder wenig Erfahrung mit der Demokratie gemacht hat, ob es mit einem reaktionären Regime oder einer faschistischen Diktatur zu tun gehabt hat, ob die Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Besatzung

scan & corr by rz 11/2008

auch nach dem Krieg eine entscheidende Rolle beim politischen Wiederaufbau gespielt hat und ob die UdSSR und das »sozialistische Lager« in allernächster Nähe oder eher weiter entfernt waren. Jedes Land betrachtet den Kommunismus mit seinen eigenen Augen. Zieht man bei diesem Ländervergleich jedoch auch das Bewußtsein für die kriminelle Dimension dieses Systems in Betracht, so ist Frankreich unbestritten das Land, in dem dieses Bewußtsein am schwächsten ausgeprägt ist.

Im Westen erinnert man sich an einen Kommunismus, dessen - auf seine organische Zugehörigkeit zum kommunistischen Weltsystem zurückzuführende - totalitäre Dimension auf Grund der demokratischen Zwänge unserer Gesellschaften nicht zum Tragen kommen konnte und durch seine Beteiligung an den sozialen Kämpfen und Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus auch ausgeglichen, wenn nicht gar kaschiert wurde. In Osteuropa sieht dies ganz anders aus: Dort konnte der Kommunismus über die sowjetische Besetzung und die Machtergreifung sein kriminelles Potential entfalten. Dies hat die Erinnerung an den Kommunismus entscheidend verändert.

Das am Kommunismus leidende Osteuropa

Eine der größten Überraschungen im Zusammenhang mit dem *Schwarzbuch des Kommunismus,* dessen Editionsgeschichte ja nun wirklich an Überraschungen nicht gerade arm ist, war seine Veröffentlichung in fast allen osteuropäischen Ländern. Nur in Serbien, Kroatien und Lettland ist das Buch nicht erschienen. Selbst so schwierige Länder wie Albanien oder Bosnien haben »ihr« Schwarzbuch. In Bosnien, Bulgarien, Ungarn und der Slowakei waren es Frauen, die die Aufgabe der Publikation übernahmen. Vielleicht sind Frauen

scan & corr by rz 11/2008

grundsätzlich sensibilisierter und mutiger als Männer. In Bosnien entschied sich eine junge Frau aus Sarajewo, die Französisch auf der Schule gelernt hatte und vor einigen Jahren nach Frankreich geflüchtet war, das gesamte *Schwarzbuch* alleine zu übersetzen - ein Einzelfall innerhalb der 26 fremdsprachigen Ausgaben. Anschließend überredete sie einen Verleger, dessen Bruder unter Milosevic mehrere Jahre im Gefängnis saß, und organisierte die Herausgabe des Buches mit verblüffender Entschlossenheit und Begeisterung. Aniko Faszi, die Verlegerin der ungarischen Ausgabe, leitet ein kleines Verlagshaus. Sie wußte, warum sie das *Schwarzbuch* um jeden Preis herausbringen wollte: In der Kleinstadt, in der sie zur Schule ging, hatte die Miliz 1956 rund ein Dutzend Menschen umgebracht.

Es fehlte nicht an unvermeidbaren Zwischenfällen, die den politischen und wirtschaftlichen Umbruch, in dem sich diese Länder befinden, deutlich zum Ausdruck bringen. In Ungarn beispielsweise waren wir gerade dabei, in einer der großen Buchhandlungen Budapests unsere ersten Schwarzbuch-Exemplare zu signieren, als mein Co-Autor Karel Bartosek plötzlich merkte, daß das Buch, das er in seinen Händen hielt, keine Ähnlichkeit hatte mit dem, das uns die Verlegerin ausgehändigt hatte. Diese war sprachlos, als wir uns hilfesuchend an sie wandten: Dieses *Schwarzbuch* war nicht »ihr« *Schwarzbuch.* Die sofort herbeizitierte Leiterin der Buchhandlung erklärte seelenruhig, daß sie aus Angst vor Nachschubschwierigkeiten einem Unbekannten mehrere hundert Exemplare abgekauft habe. Wir gingen der Sache nach und deckten eine interessante Vorgeschichte auf: Unsere Verlegerin hatte bei einer Druckerei zu einem bestimmten Preis den Druck der für die Budapester Buchmesse benötigten Bücher in Auftrag gegeben. Als der Messetermin näherrückte, startete der Druckereibesitzer einen Erpressungsversuch: Mehr Geld oder keine Bücher. Angesichts des schwachen ungari-

scan & corr by rz 11/2008

sehen Handelsrechtes und der ständigen Drohungen von Mitgliedern der ehemaligen kommunistischen Polit-Polizei hatte unsere Verlegerin keine Wahl: Sie beauftragte diskret einen zweiten Druckereibetrieb mit dem Druck der endgültigen Auflage. Daraufhin entschloß sich der skrupellose Drucker zu einem »illegalen« Druck und verkaufte die erste »Raub«-Ausgabe des Schwarzbuchs auf dem Schwarzmarkt. Ist dies als Zeichen des Erfolgs zu werten, oder beweist es nur, daß die ungarische Ausgabe auf dem Schwarzmarkt gehandelt wird?

Der Riesenerfolg unseres Buches zieht sich jedenfalls wie ein roter Faden durch die osteuropäischen Länder. Oft löste eine Auflage die andere ab. Dazu eine weitere für das Klima in diesen Ländern aufschlußreiche Anekdote: Der Herausgeber der tschechischen Version unseres Buches brachte eine schmucke zweibändige Ausgabe auf den Markt, die für die Tschechen allerdings sündhaft teuer war. Die Vermarktung hatte ein alter, in der Prager Innenstadt wohlbekannter Buchhändler übernommen. Sein Schaufenster hatte er originell geschmückt: Es war die Zeit der Schlachtungen, und so thronte in der Mitte der großen Vitrine ein herrlicher Ferkelkopf, eingerahmt von den Porträts Lenins, Stalins und Gottwalds, drumherum das *Schwarzbuch* in hundertfacher Ausführung. Die ganze Stadt kam vorbei und brach in ein lautes Gelächter aus. Doch ganz offensichtlich hat dies nicht allen gefallen: Eines Morgens war die Schaufensterscheibe mit Exkrementen verschmiert, was die Leute jedoch nicht daran hinderte, weiterhin Schlange zu stehen, um sich ein Exemplar dieses skandalträchtigen Buches zu beschaffen. Nach drei Tagen war nicht ein einziges Exemplar mehr zu bekommen. Die Buchhändler aus der Provinz sprachen direkt beim Verleger vor und baten um weitere Lieferungen. Da wir nichts mehr zu verkaufen hatten, feierten wir mit dem Verleger und dem Buchhändler diesen unerwarteten Erfolg in einer Prager Brauereigaststätte.

scan & corr by rz 11/2008

In Bulgarien ist der Vertrieb von Büchern geradezu eine Meisterleistung. Die Buchläden waren usprünglich staatseigene Betriebe in den besten Lagen der Stadt, von wo aus das Gedankengut von »Präsident Schiwkow« leichter unter das Volk zu bringen war. Doch nach dem Sturz des Regimes haben sich vor allem in Sofia die Apparatschiks der Buchhandlungen bemächtigt und einer völlig anderen Nutzung zugeführt. Folglich werden die Bücher an kleinen Verkaufsständen unter freiem Himmel, auf den Straßen und Plätzen, feilgeboten. Und es funktioniert: Innerhalb von zwei Tagen war das *Schwarzbuch* vergriffen. Unsere Verlegerin Ioana Tomowa, eine bewundernswerte junge Frau, die gerade völlig unerwartet ihren Mann verloren hatte, wollte der Druckerei sofort den Auftrag für eine Neuauflage erteilen. Wir waren über die Antwort verblüfft: Eine Neuauflage sei wegen einer defekten Maschine nicht möglich. Kann man sie nicht reparieren? Nein, ein Maschinenteil sei gebrochen. Kann man es nicht ersetzen? Nein, völlig unmöglich, man müsse das Ersatzteil in Deutschland besorgen. Kann man es nicht dringend anfordern? Nein, unmöglich, zumindest … nicht vor den Wahlen, die in zwei Wochen stattfinden sollen! Wir brachen beide in ein schallendes Gelächter aus, als sie mir die Geschichte erzählte. Offensichtlich eignen sich nicht nur Krankheiten für Ausreden, sondern auch technische Pannen.

In zahlreichen osteuropäischen Ländern habe ich die Veröffentlichung unseres Buches begleitet: in Tschechien, in der Slowakei, in Polen, in Ungarn, in Bulgarien, in Bosnien, in Slowenien und in Estland. Überall löste das *Schwarzbuch* eine Riesendebatte aus, die allerdings nie - wie im Westen - in eine polemische Auseinandersetzung ausartete. Oft wurde schon an der Art, wie das Schwarzbuch auf dem jeweiligen Markt eingeführt wurde, deutlich, daß die Vergangenheit immer noch nachwirkte. In Preßburg wurde das *Schwarzbuch* auf einer großen Pressekonferenz im Vortragssaal des Justiz-

scan & corr by rz 11/2008

ministeriums vorgestellt. Auch Jan Carnogursky, der Begründer der christlich-demokratischen Partei und führender Kopf der slowakischen Unabhängigkeitsbewegung, war anwesend. 1989 hatte er noch im Gefängnis gesessen. In Polen bat man Jean-Louis Panne und mich, an der altehrwürdigen Krakauer Universität - der sogenannten Jagiellonischen Universität - eine Rede zu halten, und zwar im gleichen Saal, in dem 1940 die gesamte Professorenschaft von den Nationalsozialisten verhaftet worden war.

In Sofia fand der offizielle Verkaufs Start in Gegenwart von Todor Kawaldschiew, dem Vizepräsidenten der Republik, statt. Er hatte unter dem kommunistischen Regime zehn Jahre im Lager verbracht und erhob nun offiziell Klage, weil er keinen Zugang zu seinen Akten als politischer Gefangener bekam. Ein Beweis für den nach wie vor großen Einfluß der Apparatschiks, insbesondere im Bereich der Strafakten. In der bulgarischen Hauptstadt kam das Buch in einem symbolischen Augenblick auf den Markt, denn nur wenige Tage zuvor hatte man das Mausoleum abgerissen, in dem bis in die frühen 90er Jahre die einbalsamierten Überreste von Georgi Dimitrow ausgestellt gewesen waren. Dimitrow war sowjetischer Staatsbürger und leitete von 1934 bis 1943 die Komintern. 1946 überwachte er die Stalinisierung »seines« Landes und nahm die fernmündlichen Befehle Stalins und Molotows entgegen, wie man in seinem inzwischen veröffentlichten Tagebuch nachlesen kann. Mit etwas ungläubigen Augen verfolgte ich das Volksfest, das an der Stelle, wo noch vor wenigen Tagen das Mausoleum gestanden hatte, veranstaltet wurde. Ein Komiker sorgte für Unterhaltung, und die fröhliche Menge bog sich vor Lachen. Am folgenden Tag wurde ich Zeuge einer ganz anderen Zeremonie: Gegenüber dem unter Schiwkow erbauten »Kulturpalast«, einem gigantischen, extrem häßlichen Gebäudekomplex, eröffnete die Stadtverwaltung in einer kleinen orthodoxen Kapelle ein Mahnmal für die

scan & corr by rz 11/2008

Opfer des Kommunismus. Vor einer andächtig knienden Menschenmasse enthüllten zivile, religiöse und militärische Würdenträger eine Mauer, auf der bereits die Namen von Tausenden von Opfern eingraviert waren.

In Budapest wurde das *Schwarzbuch* im Rahmen eines offiziellen Festaktes im Festsaal der Juristischen Fakultät, einem wunderbaren Gebäude des 18. Jahrhunderts, in Gegenwart des Justizministers feierlich vorgestellt. In Estland fand diese Zeremonie im historischen Saal des Rathauses statt. Staatspräsident Lennart Meri, der auch das Vorwort für die estnische Ausgabe verfaßt hat, und der französische Botschafter hielten eine Ansprache. In Sarajewo organisierte man eine mehrstündige Konferenz, an der auch Staatspräsident Alija Izetbegovic und Vertreter der vier wichtigsten Konfessionen der Stadt - Muslime, Orthodoxe, Katholiken und Juden - teilnahmen. Unter den Gästen auf dem Podium befanden sich auch Männer und Frauen, die vor allem als »muslimische Nationalisten« viele Jahre in Titos Lagern verbracht hatten. Einer von ihnen war 17 Jahre lang festgehalten worden. Bei dieser Gelegenheit wurde mir ein weiteres Mal bewußt, wie verheerend sich die Erinnerung - und sei sie auch noch so legitim - auf die historische Aufarbeitung auswirken kann: In meiner Begleitung befand sich Karel Bartosek, der das Kapitel über Osteuropa verfaßt hatte. Als Antwort auf den schweren Vorwurf, daß wir die Verbrechen des titoistischen Regimes nicht erwähnt hätten, gab er seine eigene Lebensgeschichte als Erklärung ab. 1982 war er als Dissident aus der Tschechoslowakei ausgebürgert worden. Ab diesem Zeitpunkt war ihm die Rückkehr in seine Heimat verwehrt gewesen. Er konnte seine Eltern weder besuchen noch deren Besuch empfangen, denn das kommunistische Regime ließ sie nicht nach Frankreich ausreisen. Karel Bartoseks einzige Möglichkeit, seine Eltern zu treffen, war Jugoslawien, das für ihn deshalb in wunderbarer Erinnerung geblieben ist.

scan & corr by rz 11/2008

Eine Erinnerung, die sich durch nichts bestreiten läßt, die sich aber in keiner Weise mit denen der ehemaligen Lagerhäftlinge des Tito-Regimes deckt. Selbst ein Historiker wie Bartosek, der den komplexen Zusammenhang zwischen Zeitzeuge und Historiker durchschaut hat, läßt sich vom Charme der persönlichen Erinnerungen beeinflussen.

In all diesen Ländern trug das *Schwarzbuch des Kommunismus* dazu bei, die Frage nach der Bilanz des Kommunismus, nach dem Andenken an die Opfer und nach der Verurteilung der Henker in den Mittelpunkt zu stellen. In der Intensität dieser Frage und in der Eindeutigkeit der offiziellen Stellungnahmen unterscheiden sich die einzelnen Länder allerdings sehr. Entscheidend ist die politische Situation: In Estland beispielsweise fand eine nationale, demokratische Revolution statt, in Polen überwand man den Kommunismus über einen Kompromiß, und in Rumänien kam es nur zu einer halbherzigen Revolution, die die Kommunisten in ihren Machtpositionen beließ. Ein eigenartiges Phänomen macht dies besonders deutlich: Mehrere osteuropäische Herausgeber hielten es für notwendig, unserem Buch ein zusätzliches Kapitel über ihr Land hinzuzufügen. Diese Kapitel wurden von Historikern des jeweiligen Landes verfaßt und werden im vorliegenden Band gemeinsam veröffentlicht. Wie bereits angedeutet, erschienen in der deutschen Ausgabe sogar zwei Zusatzkapitel über die DDR. Das Vorwort zur estnischen Ausgabe schrieb der Staatspräsident. Das Zusatzkapitel über den Terror im von den Sowjets besetzten Estland stammt hingegen aus der Feder des Premierministers, der eigentlich Historiker von Beruf ist. Es zeigt, wie sehr den staatlichen Autoritäten an einer historischen Aufarbeitung und politisch-moralischen Verurteilung des Kommunismus gelegen ist. Im Gegensatz dazu werden die demokratisch gesinnten Verfasser des rumänischen Zusatzkapitels von der nach wie vor kommunistisch angehauchten Regierung argwöhnisch beobach-

scan & corr by rz 11/2008

tet. Dem Druck dieser Regierung ist es auch zuzuschreiben, daß der Herausgeber sich bis jetzt nicht zu einer Neuauflage der seit 1998 vergriffenen rumänischen Ausgabe entschließen konnte. Eine Sammlung von kritischen Texten über den Kommunismus von Conquest, Orwell und Suwarin konnte er allerdings veröffentlichen.

In Polen erschien das *Schwarzbuch des Kommunismus* - ohne mich und die Ko-Autoren davon in Kenntnis zu setzen - mit einem ganz und gar nicht wohlwollenden Vorwort. Wir konnten nie klären, wie es dazu kommen konnte. Zahlreiche polnische Leser wiesen jedoch mit Entrüstung daraufhin. Bezeichnend ist es auch, daß die wichtigste polnische Tageszeitung, die von dem Ex-Dissidenten Adam Michnik geleitete *Gazeta Wyborcza,* nur wenig über das *Schwarzbuch* berichtete. Seit 1981 ist in der Tat sehr viel Wasser die Weichsel heruntergeflossen, und Adam Michnik, der 1981 von General Jaruzelski ins Gefängnis geschickt worden ist, unterhält heute beste Beziehungen zu ihm. Zum zehnjährigen Jubiläum der Zeitung veranstaltete man ein Kolloquium mit zahlreichen Gästen, darunter auch dem General mit der dunklen Brille. Der Gastgeber Michnik wartete am Eingang auf seinen Ehrengast Lech Wal^sa. Er wartete vergeblich, denn Walesa kam nicht. Ehemalige Mitstreiter der Solidamosc nannten uns den Grund: Wat^sa war mit der Einladung Jaruzelskis nicht einverstanden gewesen. Man kann dies sicherlich verstehen. Es wirft jedenfalls die Frage auf, welchen Wert und welches Ausmaß eine Vergebung hat, wenn sie einer Persönlichkeit gilt, von der Molotow 1983 sagte, daß sie für die Sowjets eine »angenehme Überraschung« gewesen sei und ihnen in »der mißlichen Lage geholfen« habe[156].

In den achtziger Jahren zählte Adam Michnik noch zu den entschiedensten Gegnern des von Jaruzelski angeführten kommunistischen Regimes und lehnte es damals sogar ab, sich mit einem Treuebekenntnis gegenüber der Regierung seine Ent-

scan & corr by rz 11/2008

lassung aus dem Gefängnis zu erkaufen. 1989 bekam die ursprünglich von Jaruzelski verbotene Solidarnosc wieder einen legalen Status. Darauf einigte man sich bei den unter der Leitung der Kirche geführten Verhandlungen am runden Tisch, an denen Vertreter der Opposition und der Staatspartei teilgenommen hatten. Ab diesem Zeitpunkt zeigte sich Michnik mehr und mehr im Einklang mit seinen ehemaligen politischen Gegnern. Er bezog eindeutig Position gegen jede Form von Säuberung, d.h. gegen die Entfernung kommunistischer Elemente aus den staatlichen Behörden und politischen Bereichen. Mit einer solchen Haltung ist die mit dem Kommunismus einhergehende Korrumpierung der Gesellschaft- die Denunzierung, Manipulierung und der Verrat - allerdings nicht zu bekämpfen, und die Atmosphäre bleibt weiterhin vergiftet. Am Vorabend der polnischen Präsidentschafts wählen des Jahres 2001 standen Lech Wal^sa und der scheidende Präsident Aleksander Kwasniewski - der führende Kopf der sozial-demokratischen (ehemals kommunistischen) Regierungspartei - gemeinsam vor Gericht und mußten sich gegen den Vorwurf verteidigen, früher als Geheimagenten für die kommunistische Polit-Polizei gearbeitet zu haben. Sie wurden zwar beide freigesprochen, doch späte Anklagen dieser Art hinterlassen immer einen bitteren Nachgeschmack.

Offensichtlich sind Adam Michniks Freunde heute bei den ehemaligen Kommunisten zu suchen, die inzwischen mit dem Segen der sozialistischen Internationale ohne größere Probleme als Sozialdemokraten an der Macht sitzen. Michnik sprach sich sogar für General Kiszczak aus, der damals massiv gegen die Solidarnosc -Gewerkschafter vorgegangen war. In jüngerer Vergangenheit hat er in seiner Zeitung ein langes Interview mit diesem General veröffentlicht und ihn bei dieser Gelegenheit als »Mann von Ehre« bezeichnet. Aber er ging noch weiter und behauptete im Zusammenhang mit den Hafenaufständen von 1970, deren Niederschlagung - wie

scan & corr by rz 11/2008

so mancher Historiker berichtet - mehrere hundert Menschenleben gekostet hat, daß jede demokratische Regierung Europas genauso gehandelt hätte. Als ob man in Frankreich beispielsweise der Armee den Befehl geben würde, von Hubschraubern oder Panzern aus mit Maschinengewehren auf Demonstranten zu schießen, was im Dezember 1970 in Polen ja tatsächlich der Fall war!

Adam Michnik hofft mit seiner Autorität, die er dank seiner außergewöhnlichen Position als Pressechef hat, zum wichtigsten Ratgeber von Staatspräsident Kwasniewski avancieren zu können, und amnestiert deshalb die ehemaligen kommunistischen Spitzenpolitiker. Die Zukunft wird zeigen, ob die Politik des Ex-Dissidenten für sein Land gut ist. Sein Standpunkt ist jedenfalls nur schwer zu begreifen: Denn einerseits liegt ihm sehr viel daran, Licht in die dunklen Kapitel der polnischen Geschichte zu bringen, etwa wenn es um das Judenpogrom vom Juli 1941 in der Kleinstadt Jedwabne geht. Es ist jedoch ein Widerspruch in sich, wenn man sich in Anbetracht der Kollaboration bestimmter Polen mit dem Nationalsozialismus für eine schonungslose Aufdeckung stark macht, im Zusammenhang mit dem Kommunismus und seiner Verbrechen aber die Wahrheitsfindung ablehnt.

In Rußland ist die Situation noch komplexer. Während der Perestroika zeigten die Russen ein leidenschaftliches Interesse an allen Enthüllungen über Lenin und die stalinistische Ära der UdSSR. Zehntausende von ihnen traten dem Memorial-Verband bei, der sich für die Rehabilitierung der zahlreichen Opfer und für die Ehrung ihres Andenkens einsetzte. Doch seit den frühen neunziger Jahren wenden sie sich von dieser Vergangenheit ab. Sie ist uninteressant geworden. Der Memorial-Verband führt heute ein isoliertes Dasein und zählt nur noch wenige hundert Mitglieder. Die von Nicolas Werth begleitete Veröffentlichung der russischen Ausgabe unseres Buches wurde von verschiedenen demokratischen Gruppen innerhalb der

scan & corr by rz 11/2008

Duma mit gezielten Initiativen unterstützt. Sie fiel jedoch mit dem Ausbruch des zweiten Tschetschenienkrieges zusammen und ging deshalb in der von Wladimir Putin gesteuerten Nationalismuswelle unter. Im Herbst 2001 beschlossen die Soros-Stiftung und eine demokratische Partei einen Neustart und ließen das *Schwarzbuch des Kommunismus* in 120000 Exemplaren für die Schul- und Stadtbibliotheken drucken. Diese Initiative sorgte in der Duma, wo die Kommunisten nach wie vor sehr einflußreich sind, für einen Riesenskandal. Das Bildungsministerium der Region Swerdlowsk forderte auf Grund des an Schulen geltenden Verbots von Büchern ideologischen Inhalts ein »psycho-pädagogisches Gutachten« über das *Schwarzbuch des Kommunismus*[151].

Das denkwürdigste Erlebnis im Zusammenhang mit der Herausgabe des Buches hatte ich allerdings im slowenischen Ljubljana. Ich hatte gerade in einem vollbesetzten Saal, der den unabhängigen Autoren der Zeitschrift *Nova Revija* zur Verfügung stand, eine Rede gehalten, als in der vordersten Reihe ein Mann aufstand und mir ein dickes Buch in die Hand drückte. *Die abgewandte Seite des Mondes,* so der Titel, eine Art »Slowenisches Schwarzbuch des Kommunismus«[158]. Der slowenische Poet und Intellektuelle Drago Jancar ist der Initiator dieses ikonoklastischen Werkes, das bereits seine eigene Geschichte hat: Im Jahre 1997 erarbeiteten einige von den unter dem alten Regime ausgebildeten Historikern eine offizielle, die kommunistische Periode recht wohlwollend darstellende Ausstellung mit dem Titel »Die Slowenen des 20. Jahrhunderts«. Dies war nicht weiter verwunderlich, denn sowohl der damalige Staatspräsident als auch der damalige Ministerpräsident waren aus der Tito-Nomenklatura hervorgegangen. Doch Jancar und seine Freunde waren der Meinung, daß man nun die Elektrifizierung, die Rundfunksender und den Straßenbau - kurz: die strahlende Fassade - genug gewürdigt habe und daß es nun endlich an der Zeit sei, die ab-

scan & corr by rz 11/2008

gewandte Seite zu beleuchten: Im Dezember 1998 organisierten sie eine Ausstellung, die nicht nur in Ljubljana, sondern in ganz Slowenien auf großes Interesse stieß. Zum ersten Mal hatten die Slowenen eine wahrheitsgetreue Version ihrer jüngeren Zeitgeschichte vor Augen und konnten sich im Spiegel ihrer Vergangenheit betrachten.

Auf diese Ausstellung geht auch das Buch zurück. Es berichtet, wie das kleine, dem österreichisch-ungarischen Kulturkreis angehörende Volk mit seinen rund zwei Millionen Menschen, die schon seit langem ideologischen Pluralismus und Toleranz praktizierten und ein starkes nationales Identitätsgefühl besaßen, von Tito und seiner kommunistischen Organisation unterdrückt und »normalisiert« wurden. Im Zentrum steht die Anfangsphase, die des Krieges und der »Befreiung«; es war die schlimmste und später vom Regime auch am meisten kaschierte Zeit. Denn in den ersten Wochen, die auf die Ankunft seiner »Partisanen« in Slowenien folgten, forderte Tito von den britischen Streitkräften, die das österreichische Kärnten besetzt hatten, die Herausgabe aller »Jugoslawen«, die sich in deren Besatzungszone geflüchtet hatten. Die Briten konnten ihrem Freund Tito diesen Dienst nicht abschlagen. Rund 12000 bis 15000 Slowenen, 7000 Serben und 150000 bis 200000 Kroaten - darunter rund 40000 Ustascha-Anhänger - mußten wieder über die Grenze zurück. In den Panzergräben auf der Strecke von Maribor nach Pliberk wurden vom 12. bis 16. Mai 1945 rund 120000 Menschen umgebracht. Dabei handelte es sich in erster Linie um Kroaten. 30000 bis 40000 weitere Opfer wurden die Steilhänge des Hornwalds hinuntergestürzt. Im ersten Jahr nach seiner Machtübernahme ging Tito in Jugoslawien alles in allem gegen rund 775000 Menschen vor, 260000 von ihnen wurden getötet - bei einer Gesamteinwohnerzahl von unter 14 Millionen.

Im Sommer 1999 stieß man bei Straßenbauarbeiten auf

scan & corr by rz 11/2008

riesige Massengräber mit Tausenden von menschlichen Skeletten, wahrscheinlich die Überreste jener Männer, Frauen und Kinder, die während des tragischen Sommers von 1945 verschwunden sind[159]. *Die abgewandte Seite des Mondes* berichtet auch vom Lager auf der Adria-Insel Goli Otok, wo Tito zwischen 1948 und 1963 exakt 55663 Stalin-Anhänger, UdSSR-Sympathisanten oder andere Oppositionelle unter grauenhaften Bedingungen festhalten ließ. Man praktizierte hier die gleichen Methoden wie im rumänischen Pite^ti: Die Inhaftierten wurden gezwungen, sich gegenseitig zu foltern und zu töten. Je mehr Mitgefangene ein Häftling folterte oder tötete, desto größer waren seine Aussichten auf Freilassung.

Von diesen mörderischen Hauptphasen abgesehen, betrieb das titoistische Regime in Slowenien die gewöhnliche Repressionspolitik eines totalitären Systems: Kampf gegen die katholische Kirche - sie war mächtig und aktiv und spielte bei der Formung des slowenischen Nationalbewußtseins eine wichtige Rolle -, Verfolgung der Intellektuellen - auch Edvard Kocbek (1904-1981), einer der wichtigsten slowenischen Schriftsteller, durfte, obwohl er auf den ersten Blick regimefreundlich eingestellt war, ab 1952 keine Texte mehr veröffentlichen -, ständige Überwachung aller Medien und Auswanderer, große Schauprozesse - der skandalöseste fand 1949 gegen die ehemals im KZ Dachau inhaftierten Widerstandskämpfer statt und endete mit Todes- und schweren Freiheitsstrafen. Das im Westen kursierende Triumphbild des guten Marschalls Tito - Stalingegner, Wortführer der blockfreien Staaten und Erfinder der Selbstverwaltung - bedarf einer grundlegenden Überarbeitung und Korrektur. Bis 1948 gehörte Tito zu den besten Elementen der stalinistischen Liga. Dann kam der Tag, an dem der Meister seinen Schülern mit dem Sturz Titos seine Allmacht beweisen wollte. Doch der Kroate hatte Stalins Lektionen sehr gut gelernt und widersetzte sich dem Lehrer mit Methoden, die er bei ihm gelernt

scan & corr by rz 11/2008

hatte und noch lange nach dessen Verschwinden im Jahre 1953 erfolgreich praktizierte.

Die Auflösung des jugoslawischen Staates brachte für Slowenien keine deutliche Zäsur zwischem dem kommunistisch-titoistischen Regime und der neuen Regierung. Nach der Konferenz spazierten wir übrigens mit Drago Jancar durch einen Park im Zentrum Ljublanas, wo immer noch die Monumental-Statuen bekannter slowenischer Kommunisten stehen, beispielsweise die des titoistischen Leutnants Edvard Kardelj oder die von Boris Kidric, der im Sommer 1945 der führende Kopf der slowenischen Kommunisten war. Sagen wir es mit Jancars Worten: »Nur wenn wir wissen, was die Demokratie nicht ist, können wir begreifen, was sie ist oder was sie sein sollte.«

Der Tod des Kommunismus oder die Wiedergeburt der europäischen Kultur

Auch wenn der Kommunismus als politisches Weltsystem tot ist, haben wir es immer noch mit ihm zu tun. Er endet in einer Bewegung, die sich inzwischen in zahlreiche Grüppchen, Sekten und Organisationen aufgespalten hat. Im Westen versuchen diese durch die Beschwörung einer glorifizierenden Erinnerung oder im Kampf gegen die »Globalisierung« zu überleben, im Osten versuchen sie »mit der - kommunistischen - Vergangenheit reinen Tisch« zu machen, behaupten sich aber gleichzeitig in allernächster Nähe der politischen und wirtschaftlichen Macht. Die alten Demokratien Westeuropas sind durch diese Erschütterungen nicht sonderlich gefährdet. In Osteuropa hingegen stellt der Kommunismus ein weitaus ernsteres Problem dar, denn dort hinterließ er ein immenses Ruinenfeld voller klaffender Wunden.

Im Laufe seiner langen Geschichte hat unser Kontinent

scan & corr by rz 11/2008

schreckliche Tragödien erlebt. In einem tausendjährigen Kampf gegen den Islam und dessen religiösen Bekehrungseifer kämpfte Europa gegen äußere Kräfte. Aber auch interne Konflikte haben den Kontinent häufig gespalten: Es waren klassische Kriege, um Territorien und Einflußbereiche abzustecken oder eine bestimmte Kirche aufzuzwingen. Doch die Grundlagen unserer Kultur wurden dadurch nicht in Frage gestellt, auch nicht die kulturellen, juristischen und philosophischen Grobstrukturen und schon gar nicht die Achtung vor dem Menschen und der damit unweigerlich einhergehende Respekt vor dem Privateigentum. Dank eines tausendjährigen, immer enger zusammenwachsenden Geflechts von Feldern, Weide- und Heckenlandschaften, Kapellen, Klöstern und Kathedralen, Burgen, Städten, Palästen und Universitäten entwickelte sich Europa zu einem außerordentlichen Zivilisationsraum. Trotz seiner zerfleischenden Konflikte, seiner nationalen Kriege, die zuweilen - beispielsweise 1914 - den ganzen Kontinent zum Glühen brachten, ist Europa im Laufe der letzten 500 Jahre zum wichtigsten Kulturträger geworden. Ganz gleich ob im spirituellen, künstlerisch-philosophischen, wissenschaftlich-technischen oder wirtschaftlich-politischen Bereich, Europa sendete seine Strahlen aus Metropolen wie Paris, Berlin oder London. 1914 erfaßten diese Strahlen sämtliche Punkte des europäischen Kontinents und reichten im Osten bis nach Sankt Petersburg, Bukarest und Athen und im Westen bis nach Bergen, Dublin und Lissabon.

Doch plötzlich merkte dieses Europa, wie an seiner Flanke eine neue, noch nicht identifizierte Kraft entstand, die alle seine Werte und seine in mühsamer Kleinarbeit Schritt für Schritt errichtete Kultur ablehnte. Lenin entzündete mit seinen Leuten einen revolutionären Brandherd. Durch den Krieg war der Boden in Rußland sicherlich vorbereitet, doch das Feuer kam von weiter her, nämlich von einem in der Moderne geborenen, durch Wissenschaftsgläubigkeit, Ultrarationa-

scan & corr by rz 11/2008

lismus und Pseudomessianismus geweckten sturen Verlangen, und verleitete die Menschen zum Angriff auf den Himmel.

Schnell war diesem Europa ganz Rußland entrissen. Die Bolschewisten zerstörten unzählige historische, intellektuelle und wirtschaftliche Beziehungen, über die das alte europäische Rußland und die Ukraine mit dem byzantinischen Reich und dem schwedischen Königtum und schließlich mit Deutschland und Frankreich verbunden gewesen waren. Sie trieben das ehemalige Zarenreich in eine Isolation, die den ganzen Kontinent seiner wunderbaren Ressourcen an jugendlicher Dynamik und russischer Intelligenz beraubten, und stürzten das Land in eine spektakuläre kulturelle Regression. Nach dem 23. August 1939 nahm Stalin weitere Amputationen vor und entriß dem europäischen Kontinent Glieder, die seit Jahrhunderten mit ihm zusammengewachsen waren: Ostpolen, Estland, Litauen, Lettland, ja selbst Bessarabien, das die christlichen Fürsten der Bukowina und Moldawiens ein halbes Jahrtausend lang gegen den Ansturm der Türken und des Islams verteidigt hatten. Zu guter Letzt überließen Churchill und Roosevelt, die sich weniger um die Zukunft des Kontinents als um ihre nationalen Interessen sorgten, dem Moloch in Anbetracht des ungünstigen militärischen Kräfteverhältnisses die Hälfte eines von fünf Kriegsjahren und totalitären Besatzungsmächten gezeichneten Europas. Dieses Mal war die Amputation kein plötzlicher Eingriff, sondern zog sich über mehrere Jahre hin, doch das Endergebnis war das gleiche, auch wenn die amputierten Glieder nicht mehr ganz so gewaltsam dem Körper dieses Molochs eingepflanzt wurden.

Die Historiker werden sich noch lange mit den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam auseinandersetzen müssen, denn dort wurde dies alles genehmigt. Manche werden es schon für einen glücklichen Umstand halten, daß »nur« Ost-

scan & corr by rz 11/2008

europa im Stich gelassen wurde, denn Stalin hatte ja durchaus die Absicht, mit seiner Roten Armee bis nach Paris zu marschieren. Sojedenfalls äußerte er sich am 18. November 1947 in einem vertraulichen Gespräch gegenüber dem Kremlbesucher Maurice Thorez und bedauerte es außerordentlich, daß dieser grandiose Plan mit der Landung der alliierten Truppen an der Normandieküste ausgeträumt war[160]. Er hätte Stalin dem Zaren Alexander I. gleichgestellt, dessen Kosaken 1815 ihre Pferde in der Seine getränkt haben. Andere sind eher froh darüber, daß die entschiedene amerikanische Haltung und der Tod des Tyrannen die UdSSR daran gehindert haben, die »Volksdemokratien« in Sowjetrepubliken umzuwandeln. Doch die Fakten sehen anders aus: Obwohl die demokratischen Staaten in den Krieg gezogen waren, um die territoriale Integrität des polnischen Bündnispartners und die europäischen Kulturwerte zu verteidigen, mußten sie fünf Jahre später mit ansehen, wie man Polen zerstückelte und die Männer und Frauen, die für diese Werte standen, unterdrückte. Sie mußten sogar hinnehmen, daß Stalin sich zahlreiche weitere Völker, die nicht aktiv am Krieg beteiligt waren, unterwarf, und waren sogar - was im moralischen Sinne die schlimmste Katastrophe war - gezwungen, dies alles im Namen der großen Koalition gegen den Nationalsozialismus gutzuheißen. So war die Einheit der europäischen Kultur für ein halbes Jahrhundert zerstört. Während man unsere osteuropäischen Brüder dem tragischen Elend und der Verzweiflung überließ, konnten wir im Westen dank des amerikanischen Schutzes wieder Hoffnung schöpfen, erfuhren zivilen Frieden und internationale Ruhe und genossen einen ungeheuren Wohlstand und einen bisher nicht gekannten sozialen Fortschritt.

Die Osteuropäer hatten nur die Wahl zwischen Rebellion, Flucht und Unterwerfung. Doch auch die in diesem Band veröffentlichten Texte über Estland, Bulgarien und Rumänien

scan & corr by rz 11/2008

lassen keinen Zweifel aufkommen: Jede Form von Rebellion wurde gewaltsam unterdrückt. Millionen von Ukrainern, Balten, Jugoslawen, Rumänen, Polen, Deutschen und Ungarn zogen das Exil dem Terror und Elend vor. Entscheidend war jedoch vor allem der Wunsch, mit der europäischen Kultur, in der sie großgeworden waren, in Verbindung zu bleiben. Die Zahl der Flüchtlinge war so hoch, daß die Errichtung eines »eisernen Vorhangs« notwendig wurde. 1961 mußte selbst um Berlin eine 164 km lange Mauer gezogen werden. Sie kostete über 900 Flüchtlinge das Leben, von den Verletzten ganz zu schweigen. Die anderen mußten 40 Jahre lang den Terror, das Gefangenendasein und die Knechtschaft ertragen. Zunächst bäumten sie sich auf, doch mit der Zeit wurden sie des Kampfes müde und zeigten sich immer konsensbereiter, was Joachim Gauck mutig und offenherzig zugibt. Auch wenn sie beim kleinsten Hoffnungsschimmer wieder den Weg der Revolte beschritten - etwa in Berlin 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und in Polen 1980 -, hat man diese Menschen doch in ihrem eigenen Land aus ihrem Leben herausgerissen.

Was uns der Kommunismus hinterläßt, ist der Schock in Anbetracht dieser Amputationen und klaffenden Wunden, an denen nicht nur das Zentrum Europas, sondern jedes Volk leidet. Die Aufgabe des 21. Jahrhunderts wird die geduldige Wiederherstellung dieses dreifach zerrissenen Kulturgeflechts sein. Wenn uns dies nicht gelingt, werden der Westen vor Egoismus und der Osten vor Frustration zugrunde gehen. Robert Schuman, einer der Väter Europas, hat dies schon sehr früh vorausgeahnt. Im November 1963 schrieb er:

> »Wir müssen ein Europa schaffen, und zwar nicht nur im Interesse der freien Völker, sondern auch um die Völker des Ostens aufnehmen zu können, die - wenn sie von ihrer jetzigen Abhängigkeit befreit sind - den Anschluß

scan & corr by rz 11/2008

suchen und unsere moralische Unterstützung fordern werden. Schon seit vielen Jahren leiden wir stark an der ideologischen Trennungslinie, die Europa in zwei Teile teilt. Sie wurde uns mit Gewalt aufgezwungen. Möge sie der Freiheit weichen! Alle diejenigen, die den Wunsch haben, sich uns in einer neu gegründeten Gemeinschaft anzuschließen, betrachten wir als festen Bestandteil dieses lebendigen Europas. Wir würdigen ihren Mut und ihre Treue, ihr Leid und ihre Opfer. Wir müssen als Beispiel für ein vereintes, brüderliches Europa vorangehen. Mit jedem Schritt, den wir in diese Richtung gehen, wird sich ihnen eine neue Chance eröffnen. Sie werden uns brauchen, wenn sie eines Tages vor der ungeheuren Aufgabe der Wiedereingliederung stehen. [,..] Wir müssen uns bereithalten«[161].

Die Befreiung und der Moment der »ungeheuren Aufgabe der Wiedereingliederung« sind endlich gekommen, und die Europäische Gemeinschaft zeigte sich schon in den Jahren 1989-1991 bereit. Sie traf die Vorbereitungen für das Jahrhundertereignis, ganz Osteuropa in die Gemeinschaft zu integrieren. Im Augenblick konzentriert man sich in diesem Zusammenhang vor allem auf die Normalisierung aller bilateralen Beziehungen, auf den wirtschaftlichen Austausch und auf die Vermittlung der gemeinschaftlichen Regeln und Verpflichtungen. Doch diese beachtlichen und überaus lobenswerten Leistungen haben nur dann Erfolg, wenn man parallel dazu ebensoviel für die Zusammenführung der Menschen tut.

Vor allem bei den jahrzehntelang vom Kommunismus traumatisierten Menschen müssen die Wunden geschlossen werden. Dies ist ein komplexer, auf kurz- und langfristige Zwänge reagierender Prozeß, der seine Zeit braucht. Das »andere Europa«, dem der Kommunismus zuerst einen heißen und anschließend einen kalten Krieg aufgezwungen hat und

scan & corr by rz 11/2008

das jahrzehntelang von einer zunächst mehr, dann weniger totalitären Macht traumatisiert wurde, sehnt sich nach dem zivilen Frieden, der »für demokratische und nach Demokratie strebende Gesellschaften ein Wert von entscheidender Bedeutung«[162] ist. Der vorläufige Gedächtnisschwund und die schleichende Amnestie bieten für den Augenblick sicherlich einen bequemen Ausweg, doch eine langfristige Befriedung der Menschen und eine dauerhafte Vergebung und Versöhnung erzielt man damit nicht. Auch die nach der kommunistischen Tragödie notwendige Trauerarbeit und der über den Wiederaufbau nationalhistorischer Erinnerungen erstrebte Wiederanschluß an die europäische Geschichte stellt sich auf diese Weise nicht ein. Diese entscheidenden Ziele erreicht man nur unter bestimmten Bedingungen. Die erste wäre, daß man das Andenken an die Opfer in Ehren hält und ihnen Gerechtigkeit widerfahren läßt. Daraus ergibt sich die Frage nach dem, was Krzysztof Pomian »den unmöglichen Prozeß gegen den Kommunismus« nannte.

Sofort kommt einem als historischer Präzedenzfall der Prozeß von Nürnberg in den Sinn. Der Gedanke ist nicht neu: Schon nach Chruschtschows »Geheimbericht« vertrat die Schriftstellerin Lidija Tschukowskaja am 26. März 1958 gegenüber ihrer Freundin, der Schriftstellerin Anna Achmatowa, folgenden Standpunkt: »Oxman ist der Meinung, daß ein Nürnberger Prozeß unausweichlich sei und eine notwendige Reinigungsfunktion habe. Andernfalls ist ein Fortschritt nicht möglich. Die Illegalität und die Willkür würden bleiben, wenn auch unter Umständen in kleinerem Ausmaß«.[163] Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Moskau haben selbst so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Pierre Daix und Wladimir Bukowski den Gedanken an einen solchen Prozeß wieder aufgegriffen und wollten damit vor der Weltöffentlichkeit über alle Verbrechen des Kommunismus richten[164].

scan & corr by rz 11/2008

Die Autoren vom *Schwarzbuch des Kommunismus* haben ihrerseits noch nie einen »Nürnberger Prozeß gegen den Kommunismus« vorgeschlagen, denn sie halten ihn für nicht realisierbar. Im Gegensatz zu Hitlerdeutschland oder zum japanischen Staat des Jahres 1945 gab es weder eine militärische Kraft noch eine von den kommunistischen Regimes unabhängige richterliche Instanz, die zu dieser Justizarbeit in der Lage gewesen wäre. Die Nazigrößen wurden im Anschluß an ihre Verbrechen verhaftet und verurteilt, kurz nachdem die überlebenden Opfer die Konzentrationslager verlassen hatten. Die meisten kommunistischen Verbrechen ereigneten sich jedoch bereits vor Jahrzehnten, und ein Großteil der Verantwortlichen ist bereits tot. Im Gegensatz zu den angeklagten Nazis, die einer einheitlichen staatlichen Instanz unterstellt waren, ist der Fall bei den angeklagten Kommunisten ungleich komplizierter, denn zum kommunistischen Weltsystem gehörte eine Vielzahl von Regimes, von denen manche immer noch existieren. Außerdem wurden die kommunistischen Verbrechen in unterschiedlichen Perioden begangen, auf Befehl zahlreicher Führungskräfte, nicht wie bei den Nazis auf Veranlassung eines einzigen Diktators. Wenn also schon ein Prozeß, dann nur innerhalb eines Volkes, denn jedes Volk hatte unter »seinem« kommunistischen Regime zu leiden.

Außerdem richtet sich ein Strafprozeß immer gegen einen Angeklagten aus Fleisch und Blut, dem das Gericht auf Grund einer eindeutigen Beweislage präzise Verbrechen zur Last legen kann. Hinzu kommt, daß in den 70er und 80er Jahren die Regimes der »Volksdemokratien« und der ehemaligen UdSSR im Vergleich zur Periode 1918-1953 stark abgemilderte Repressionsformen anwandten, auch wenn die Gewalt an der Masse auch in der jüngeren Vergangenheit in bestimmten Momenten wieder zunahm oder neuere, ausgeklügeltere Repressionsmaßnahmen zum Einsatz kamen, beispielsweise in der UdSSR in Form von psychiatrischen Kliniken oder in

scan & corr by rz 11/2008

der DDR in Gestalt einer effizienten Allgemeinüberwachung. Wenn ein einzelner einer Organisation angehörte, deren Führungskräfte zu diesem oder jenem Zeitpunkt Verbrechen gegen ganze Bevölkerungsgruppen angeordnet hatten, reicht dies nicht aus, diesen Einzelnen schuldig zu sprechen.

Trotz all dieser Schwierigkeiten wurden einige kommunistische Politiker in ihren Ländern vor Gericht gestellt: In Deutschland, in Polen und neuerdings auch in der Tschechischen Republik, wo im Dezember 2001 mehrere Führungskräfte der ehemaligen tschechoslowakischen Partei des Hochverrats angeklagt wurden, weil sie - um Alexander Dubcek zu stürzen - mit den Sowjets einen Komplott eingegangen waren. Es handelt sich um Milos Jakes, dem letzten Generalsekretär der tschechoslowakischen kommunistischen Partei, und um Lubomir Strougal, der von 1970 bis 1988 Premierminister war. Natürlich halten beide ehemaligen Apparatschiks diese Anklage für »verrückt« und beteuern, »die sozialistische Gesetzgebung respektiert« zu haben. Der übliche Verteidigungsspruch von Henkern, die seit 1989 in ihren Landhäusern ungestört einen angenehmen Ruhestand verbringen, während ihre Opfer weiterhin die Wunden pflegen.

Auch wenn es in juristischer Hinsicht äußerst schwierig und in der Praxis sogar unmöglich ist, einen Nürnberger Prozeß gegen den Kommunismus zu führen, bedeutet dies noch lange nicht, daß ein solcher Prozeß in Anbetracht der Natur und des Ausmaßes dieser Verbrechen nicht legitim wäre. Wenn ein Nürnberger Prozeß auszuschließen ist, ist deswegen der Prozeß an sich nicht unmöglich. Auch die Tatsache, daß auf nationaler Ebene bereits Prozesse geführt wurden, spricht nicht gegen einen allgemeinen, supranationalen Prozeß. Trotzdem ist in dieser Hinsicht der Standpunkt von Henry Rousso recht symptomatisch: Angeblich versuche das Eingangskapitel vom *Schwarzbuch des Kommunismus,* »auf künstliche Weise einen juristischen Rahmen zu schaffen, der eigentlich nur die Funk-

scan & corr by rz 11/2008

tion hat, einen Urteilsspruch zu formulieren, der zumindest dem Anschein nach allen Anforderungen gerecht wird, und zwar nicht nur denen der Moral, sondern auch denen des Rechts. Es entspricht dem Bedürfnis unserer Zeit, die historische Berichterstattung in einfache Kategorien zu fassen, damit man problemlos Opfer und Henker, Unschuldige und Schuldige ausmachen kann«[165].

Stehen denn die geschichtswissenschafliche, die richterliche und die zivile Logik ständig im Widerspruch zueinander? Erinnern wir uns doch mit Paul Ricceur daran, daß die ersten beiden Arbeits schritte der Geschichtsschreibung identisch sind mit denen der Rechtsprechung: Die Suche nach Beweismaterial und die Ermittlung der Tatsachen. Erst danach gehen die Arbeitsmethoden auseinander: Vom Historiker erwartet man nämlich einen wissenschaftlichen Bericht, der nach Bekanntwerden weiterer Fakten abgeändert werden kann. Der Richer hingegen muß einen im juristischen Sinne definitiven Urteilsspruch fällen. Wenn aber der Historiker die Verbrechen des Kommunismus über juristische Kategorien - in unserem Fall über Kategorien des Nürnberger Prozesses - definiert, soll damit kein Urteilsspruch gefällt werden. Es geht lediglich darum, den verbrecherischen Akt möglichst genau zu beschreiben. Warum sollte es denn dem Historiker untersagt sein, von den Juristen aufgestellte Verbrechensdefinitionen zu verwenden?

Bei den allgemeinen Betrachtungen über die Verbrechen des Kommunismus darf eine klare Definition von Opfer und Täter nicht fehlen. Nach der allgemeinen, vom kommunistischen Weltsystem geprägten Auffassung galten lange Zeit die Opfer (des Kommunismus) als (konterrevolutionäre) Täter und die (kommunistischen) Täter als Opfer (der Konterrevolution). Der 14 Jahre alte Pawel Morosow, der von seiner Familie umgebracht wurde, weil er seine Eltern als »Kulaken« denunziert hatte, war in der UdSSR jahrzehntelang als Opfer

scan & corr by rz 11/2008

und Revolutionsheld gefeiert und der sowjetischen und kommunistischen Jugend als Vorbild präsentiert worden. An dieser Sicht der Dinge änderte auch Chruschtschows vor dem XX. Parteitag vorgetragener »Geheimbericht« nichts, denn er betraf nur die Opfer Stalins, und niemandem wäre es in den Sinn gekommen, daß diese Opfer - bevor sie bei Stalin in Ungnade fielen - auch Täter gewesen waren. Dies geht sogar so weit, daß die Familien Berijas und Abakumows - die beiden standen an der Spitze des NKWD-KGB und zählen zu den größten Verbrechern der Weltgeschichte - inzwischen mit Erfolg für deren Rehabilitierung gekämpft haben: Stalin hatte seinerzeit die beiden auf Grund falscher Anklagepunkte verurteilen und hinrichten lassen. Da man die Verbrechensbeurteilung also nicht allein den Juristen und die Geschichtswissenschaft nicht allein den Historikern überlasssen sollte, kann der Historiker auch nicht so tun, als ob die Frage des Urteils für ihn überhaupt nicht existiere oder auf Grund der Umstände bereits überholt sei oder - anders formuliert - als ob seine Arbeit keinen Beitrag zur Aufklärung der Öffentlichkeit leisten dürfe. Auch der Historiker ist ein Staatsbürger.

Es sind jedoch nicht nur die juristischen Umstände, die einen Prozeß gegen den Kommunismus nach dem Nürnberger Modell oder selbst einen Prozeß gegen die wichtigsten kommunistischen Führungskräfte innerhalb eines Landes schwierig machen. Mit dem Nürnberger Prozeß wollte man damals einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg ziehen. Dies war nur möglich, weil die Nazis militärisch völlig besiegt waren. Der Prozeß fand nach der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation statt, d.h. zu einem Zeitpunkt, als auch im historisch-symbolischen Sinne die moralische Niederlage und die kriminelle Verantwortung der Achsenmächte feststanden. Der Kommunismus hingegen ist militärisch nicht besiegt worden. Für Krzysztof Pomian ist er »an Altersschwäche gestorben«. Ich finde diesen Ausdruck

scan & corr by rz 11/2008

inadäquat, denn er vermittelt den Eindruck, als sei der Kommunismus nach Erfüllung seiner historischen Aufgabe einen schönen Tod gestorben. In Wirklichkeit starb der Kommunismus jedoch an der Unfähigkeit, sein utopisches Projekt den Realitäten anzupassen und den Widerstand der ihm unterworfenen Menschen zu brechen. Auch den Widerstand der vor allem auf die Gefahr seiner militärischen Expansion reagierenden demokratischen Welt konnte er nicht brechen. Im Hinblick auf die Ambitionen und Ziele, zu denen sich die kommunistischen Regimes und Parteien bekannt hatten, hat der Kommunismus tatsächlich eine Niederlage erfahren. Nachdem rund 15 Länder über 70 Jahre lang als Experimentierfeld gedient hatten, zeigt der kommunistische Zerfall, daß dieses System weder ein neues Regierungs- und Gesellschaftsmodell noch eine neue Kultur oder einen neuen Menschen schaffen kann.

Und hierin besteht der große Widerspruch: Nach einem jahrzehntelangen, teils heißen, teils kalten Krieg ist der Kommunismus völlig unvermittelt im Kampf gegen den Kapitalismus und die Demokratie zusammengebrochen. Wer diese entscheidende Wahrheit jedoch laut verkündet, macht sich schrecklich unbeliebt und gilt als »Antikommunist«. Tatsächlich verhalten sich die meisten Kommunisten in Osteuropa, in der ehemaligen UdSSR, aber auch in Frankreich so, als ob es für sie keine historische Niederlage gegeben habe. Viele von ihnen geben wohl zu, daß sie eine Schlacht verloren haben, doch niemals den Klassenkampf. Zahlreiche osteuropäische Apparatschiks haben sich - als das Desaster abzusehen war - behutsam zurückgezogen, ihre Finanzmittel in Sicherheit gebracht und ihre Machtpositionen gerettet. Die französischen Kommunisten wollen nun sogar glauben machen, daß sie nur ganz vage und unverbindliche Kontakte zur Sowjetmacht gehabt hätten. Kurz: Nur wenige Kommunisten sind bereit, ihre historische Niederlage zuzugeben und ihre Verantwortung

scan & corr by rz 11/2008

dafür zu übernehmen. Unter diesen Bedingungen haben der Gedächtnisschwund und die Amnestie eine entscheidende Bedeutung für das Andenken an die Opfer und die Verurteilung der Täter. Man läßt die Menschen in Osteuropa mit dieser Tragödie allein und hilft ihnen nicht, Kraft zu schöpfen, um diese anzunehmen.

Trotz der schwierigen Annäherung über juristische Begriffe hat sich in Osteuropa ein starkes Bewußtsein für das Leid der Opfer des Kommunismus entwickelt. Eine entsprechende historische Aufarbeitung kam in Gang. Sie wurde durch das *Schwarzbuch des Kommunismus* ermutigt, wenn nicht gar legitimiert. Auf meinen Reisen - allein oder in Begleitung von Karel Bartosek oder Jean-Louis Panne - legten wir großen Wert auf Begegnungen mit ortsansässigen Historikern. Der Austausch mit ihnen war zwar weniger spektakulär als die öffentlichen Veranstaltungen, aber deshalb nicht weniger nutzbringend. In der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Polen, Bulgarien und Rumänien trafen wir auf eine neue Historiker-Generation, die die jahrzehntelang vorgeschriebene offizielle Version über Bord geworfen hat und sich ohne Umschweife an die Forschungsarbeit macht. Es gilt, ihre Jahrhunderthälfte - die Jahrhunderthälfte des Kommunismus - zu untersuchen.

Zwei Jahre nachdem das *Schwarzbuch des Kommunismus* erschienen war, veröffentlichte in der Slowakei eine Gruppe slowakischer Historiker ein bedeutendes Sammelwerk über die Verbrechen des Kommunismus in ihrem Land[166]. In Polen mußte man zuerst das Inkrafttreten eines Gesetzes abwarten. 1998 war es soweit: Man gründete ein *Institut des Nationalen Gedächtnisses* (IPN), das im Jahre 2000 seine Arbeit aufnahm. Ihm untersteht auch eine Kommission, die die Klageverfahren im Falle von Verbrechen gegen die polnische Nation vorbereitet und durchführt. Folglich befaßt sich diese Kommission sowohl mit antisemitischen Pogromen als auch

scan & corr by rz 11/2008

mit Verfolgungen und Morden unter dem kommunistischen Regime.

Selbst in Rußland, wo das intellektuelle Klima im Augenblick offenbar weniger förderlich ist, haben die sich mit der Gegenwart beschäftigenden Historiker ihre Arbeit aufgenommen. Vergessen wir nicht, daß den Russen auch nach 1991 an Geschichtswerken über ihre kommunistische Periode nur Arbeiten aus der sowjetischen Feder zu Verfügung standen. Auf Bitten russischer Hochschullehrer hat Nicolas Werth ihnen die Rechte an seinem 1990 in Frankreich veröffentlichten Buch über die Geschichte der Sowjetunion abgetreten[167]. Die ins Russische übersetzte und in mehreren hunderttausend Exemplaren erschienene Arbeit gilt seitdem an den russischen Gymnasien als das historische Nachschlagewerk schlechthin. Trotz dieser schwierigen Bedingungen faßte eine beachtenswerte, sich mit der Gegenwartsgeschichte beschäftigende Forschergeneration Fuß. Dabei handelt es sich um so junge Historiker wie Oleg Chlewnjuk, Jelena Subkowa, Nikita Petrow, Nikita Ochotin, Scherbakowa oder Andrei Roginski. Wir veröffentlichen in diesem Band auch das lange Vorwort, das Alexander Jakowlew der russischen Ausgabe vom *Schwarzbuch des Kommunismus* vorangestellt hat. Jakowlew hat als ehemaliges Politbüromitglied der KPdSU die Perestroika entwickelt und war Wortführer der Reformbefürworter innerhalb des Zentralkomitees. Sein Text ist zwar keine historische Arbeit im eigentlichen Sinne, er steht jedoch für die radikale Entwicklung, die einer der wichtigsten sowjetischen Parteifunktionäre innerhalb von zehn Jahren erfahren hat. Auch der Memorialverband leistet außerordentliche Arbeit. Er veröffentlichte vor kurzem ein Nachschlagewerk über sämtliche Direktionsinstanzen des NKWD, der sowjetischen Politpolizei der Jahre 1934 bis 1941, die später in den KGB umgewandelt wurde. Jeder, der eine leitende Funktion hatte, ist mit Foto und Lebenslauf erfaßt. Auf diese Weise erfährt man beispielsweise, daß

scan & corr by rz 11/2008

Iwan Serow, der berühmte NKWD-General und von 1954 bis 1958 sogar KGB-Chef, der alle großen Deportationen der Jahre 1940 bis 1944 und die sowjetischen Repressionen von 1956 in Budapest vor Ort überwachte und eigentlich genauso bekannt sein müßte wie Himmler oder Eichmann, am 1. Juli 1990 im Alter von 85 Jahren völlig ruhig in seinem Bett gestorben ist.

In Rußland wird die historische Arbeit durch den Kurs der Regierung behindert. Am 16. und 17. Januar 2002 legte Wladimir Putin während eines offiziellen Staatsbesuchs in Polen bereitwillig einen kleinen Blumenstrauß am Denkmal für den polnischen Widerstand nieder. Eine Verbeugung vor dem Denkmal zu Ehren der Warschauer Aufständischen vom Sommer 1944 lehnte er jedoch ab. Sie war den bei der Befreiung Warschaus gefallenen Sowjetsoldaten vorbehalten, ungeachtet der Tatsache, daß die Rote Armee sechs Monate zuvor die Einwohner Warschaus ihrem Schicksal überlassen und so den Nazis die Möglichkeit gegeben hatte, die polnische Hauptstadt zu zerstören und 200000 Warschauer umzubringen. Er verneigte sich auch nicht vor dem Monument, das an die von den Sowjets 1939 bis 1941 und 1944 bis 1945 durchgeführten Deportationen erinnert. Statt dessen gab er eine Erklärung ab, daß er die Frage nach eventuellen russischen Reparationszahlungen an die damals in die Gulag-Lager verschleppten Polen grundsätzlich ablehne. Auch eine offizielle Entschuldigung für die Massaker von Katyn lehnte Wladimir Putin ab: »Weder heute noch morgen wollen wir die Verbrechen der Nazis mit den stalinistischen Repressionen auf eine Stufe stellen«. Er fügte allerdings hinzu, daß Rußland »vor den negativen Aspekten des Stalinregimes die Augen nicht verschließen werde«. Und zu guter Letzt gab er noch zu verstehen, daß es besser sei, »an die Zukunft« zu denken als »die alten Probleme von gestern« wieder aufzuwärmen. Die Statue des Tscheka-Gründers Felix Dserschinski steht in der Tat im-

scan & corr by rz 11/2008

mer noch in der Nähe der Sankt Petersburger KGB-Niederlassung, und das 4-Sterne-Hotel Sovietsky am Leningradski-Prospekt scheut sich nicht, die ausländischen Touristen mit Stalin, dessen Porträts im gesamten Hotelkomplex zu finden sind, und einer gigantischen roten Außenbeleuchtung in Form von Hammer und Sichel anzulocken.

Auch in Ungarn hat man mit der historischen Aufarbeitung des Kommunismus und seiner Verbrechen begonnen. Schon 1990 wurde ein *Institut 56* gegründet. Es ist politisch links ausgerichtet und steht unter der Leitung von Pierre Kende, der mehrere Jahrzehnte im französischen Exil verbracht hat. *Das Institut des 20 Jahrhunderts* verdankt seine Existenz einer rechten Regierung und ist wesentlich jüngeren Datums. Am 4. und 5. Mai 2000 - nur wenige Wochen vor dem Erscheinen der ungarischen Ausgabe vom *Schwarzbuch des Kommunismus* - fand in Budapest unter der Leitung dieses Instituts ein großes Kolloquium über die Verbrechen des Kommunismus statt. Mehrere Schwarzbuchautoren sowie Alain Besancon waren um Beiträge gebeten worden, und zahlreiche ungarische Historiker und Zeitzeugen beteiligten sich an der Diskussion über die »Befreiung« Ungarns durch die Rote Armee. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man von der Verschleppung mehrerer hunderttausend Ungarn in die sowjetischen Arbeitslager. Auch über den Terror durch die kommunistischen Machthaber und die brutale Unterdrückung der Revolution von 1956 wurde debattiert.

Am 24. Februar 2002, neuerdings ein Gedenktag für die Opfer des Kommunismus, wurde auf der Budapester Prachtstraße Andrässy üt das *Haus des Terrors* eingeweiht. Beabsichtigt ist ein Museum, das sowohl den ungarischen Opfern des Faschismus als auch denen des Kommunismus gewidmet ist. Das Gebäude hat einen höchst symbolischen Wert. Von 1937 bis 1945 war es die Parteizentrale der ungarischen Faschisten, die ja nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen

scan & corr by rz 11/2008

am 15. Oktober 1944 von den Nazis als Regierung eingesetzt worden waren. Im März 1945 marschierte die Rote Armee in Budapest ein. Die Kommunisten übernahmen das Innenministerium und gründeten die AVO, die Abteilung für Staatssicherheit, die sich ebenfalls in diesem Gebäude niederließ. Zwischen 1945 und 1956 hat die AVO - ab 1948 die AVH - mit ihren rund 60 000 Agenten den Terror organisiert: Von rund 1,1 Millionen Menschen wurden Akten angelegt (die Gesamtbevölkerungszahl lag bei knapp 10 Millionen), weitere Zehntausende wurden interniert. Es kam zu 620000 Prozeßverfahren. Folterverhöre und Hinrichtungen waren insbesondere in jenem Gebäude an der Andrässy üt an der Tagesordnung. Da der Unmut während der Revolte von 1956 sich hauptsächlich gegen die AVH richtete, wurde sie noch im Revolutionsjahr aufgelöst. Doch die mit der politischen Repression beauftragten Abteilungen verschwanden erst 1990.

Da beim Sturz des kommunistischen Regimes politische Säuberungsmaßnahmen unterblieben waren, ergaben sich in der Folge riskante Situationen: Am 19. Juni 2002 gab der neuernannte Premierminister Peter Medgyessy zu, daß er von 1977 bis 1982 als Agent des kommunistischen Geheimdienstes beim Finanzministerium gearbeitet hatte. Daraufhin sah sich die linke Regierung gezwungen, die Veröffentlichung der Liste der ehemaligen Geheimagenten, die mit der Abteilung 3/3 des kommunistischen Innenministeriums, d.h. der geheimen Politpolizei, zusammengearbeitet hatten, in Aussicht zu stellen.

Deutschland ist einen entschieden klareren Weg gegangen. Nach dem Fall der Mauer im November 1989 begann die Stasi mit der Vernichtung ihrer Aktenbestände. Durch den Druck aus der Bevölkerung und schließlich durch die Besetzung der Stasizentrale am 15. Januar 1990 wurde der Versuch, wenigstens die kompromittierendsten Spuren zu beseitigen,

scan & corr by rz 11/2008

jedoch vorzeitig beendet. Im Dezember 1991 trat ein Gesetz in Kraft, das die Kontrolle über die Stasi-Akten regelt und die sogenannte Gauck-Kommission mit deren Archivierung und Verwaltung beauftragt[168]. Diese Kommission hat an die 3000 Leute sowohl aus Ost- als auch aus Westdeutschland eingestellt und arbeitet nicht nur in Berlin, sondern auch in den neuen Bundesländern. Der zu betreuende Dokumentenbestand ist 168735 Meter lang und umfaßt 38659000 Akten und 15250 Säcke mit zerrissenem Aktenmaterial, außerdem zahlreiche andere Arten von Dokumenten (Filme, Fotos, Tonbänder usw.). Zwischen 1992 und 1999 gingen bei der Gauck-Kommission über 1600000 Anträge ein, gestellt von ehemaligen DDR-Bürgern, die in die von der Stasi zu ihrer Person, aber ohne ihr Wissen angelegte Akten Einsicht nehmen wollten. Viele waren tief betroffen, als sich herausstellte, in welchem Ausmaß sie selbst in ihrer Intimsphäre ständig überwacht worden waren. Auch die öffentlichen Behörden des wiedervereinigten Deutschlands können sich an die Gauck-Kommission wenden, wenn sie wissen wollen, ob einer ihrer Angestellten oder ein potentieller Bewerber vor 1989 für die Stasi gearbeitet hat. Zwischen 1991 und 1999 gab es 1540000 Anfragen dieser Art. Selbstverständlich ist dies alles über Gesetze und Verordnungen streng reglementiert, damit die betreffenden Personen nicht Opfer illegaler Säuberungsmaßnahmen oder persönlicher Racheakte werden.

Bestimmte Orte der Erinnerung an den kriminellen Kommunismus wurden beibehalten. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen beispielsweise. Die von der *Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt* (NSV) errichtete Großküche wurde im Mai 1945 von den sowjetischen Besatzungsbehörden zu einem Gefängnis umfunktioniert. Später wurde es der Stasi überlassen, die daraus ein Internierungs- und Folterzentrum machte. Heute ist es ein Museum für die kommunistische Repression.

scan & corr by rz 11/2008

Trotzdem wird in Deutschland die Auseinandersetzung zwischen Erinnerung und Geschichtswissenschaft nach wie vor sehr heftig geführt. Das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen ist dafür ein repräsentatives Beispiel. Das Lager wurde von den Nazis errichtet, die dort 204000 Gefangene festhielten. 56000 von ihnen haben das Lager nicht mehr lebend verlassen, sie wurden entweder umgebracht oder starben an den Folgen der Haftbedingungen. Als die Rote Armee 1945 die Region besetzte, übernahm der NKWD die Lageranlage und nannte sie »Station Z«. Sie war die größte der zehn »Speziallager«, die in der sowjetischen Besatzungszone errichtet worden waren. Zwischen 1945 und 1950 waren dort rund 60000 Menschen interniert. 12000 von ihnen haben die grausamen Lebensbedingungen innerhalb des Lagers - vor allem den Hunger - nicht überlebt. Insgesamt wurden 6500 ehemalige Offiziere der Wehrmacht und 7500 Ausländer im Lager festgehalten, außerdem zahlreiche kleine Beamte des Dritten Reiches, Mitglieder der Hitlerjugend, im deutschen Exil lebende Russen, Deserteure der Roten Armee oder einfach nur Leute, die zufällig in eine Razzia geraten waren. Einige von ihnen wurden in die sowjetischen Arbeitslager deportiert, wo sie trotz der Zwangsarbeit im allgemeinen besser behandelt wurden als in diesen zehn »Speziallagern«. Das Lager diente einerseits zur Durchführung der von den Alliierten beschlossenen Entnazifizierung und Entmilitarisierung, andererseits aber auch zur Umsetzung des stalinistischen Terrorsystems, denn nur die Hälfte der Lagerhäftlinge entsprach den von den Alliierten festgelegten Internierungskriterien.

Selbstverständlich war eine Erwähnung dieser »Speziallager« zu DDR-Zeiten verboten. Nicht zuletzt, weil man nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 in Sachsenhausen Massengräber entdeckte, entschied sich Günther Morsch, der Direktor des brandenburgischen Landesdenkmalamtes, für die Einrichtung eines Lagermuseums. Am 9. September

scan & corr by rz 11/2008

2001 wurde das Museum im ehemaligen »sowjetischen Speziallager Nr. 7/Nr. 1« eröffnet. Günther Morsch hat über 700 Exponate zusammengetragen, die alle vom Leben - und Tod - innerhalb dieses Lagers erzählen. Sie wurden ihm zum Teil von den überlebenden ehemaligen Häftlingen anvertraut, zum Teil hat er sie sogar aus Rußland herbeigeholt. Es war ihm gelungen, den Sohn von Alexei Kostjuschin ausfindig zu machen: Sein Vater hatte von 1945 bis 1950 den Oberbefehl über das Lager Sachsenhausen, nachdem er bereits in den dreißiger Jahren als Leiter sibirischer Arbeitslager entsprechende Erfahrungen gesammelt hatte. Als Wiedergutmachung stellte der Sohn dem Museum die Wohnzimmereinrichtung seines Vaters zu Verfügung. Dabei handelt es sich um Möbel, Bilder und Zeichnungen, die von den Lagerinsassen angefertigt worden waren. Morsch konnte sich in den russischen Archiven sogar eine Liste der im Lager umgekommenen Gefangenen beschaffen.

Ein solches Vorgehen stieß natürlich auch auf Widerspruch: Die russischen Behörden protestierten gegen die Unterstützung, die Morsch bei den russischen Archivaren gefunden hatte, und das russische Innenministerium bedauerte, daß dieses Museum »die Verbrechen der Nazis reinwäscht [...] Diese kann man nämlich nicht mit den Aktivitäten der sowjetischen Besatzungsmacht auf eine Stufe stellen«. Bei der Museumseröffnung war die russische Seite nicht vertreten. Auch der ehemalige DDR-Verband der verfolgten Kommunisten brachte seine Empörung deutlich zum Ausdruck und beschimpfte die überlebenden Opfer als »Nazis«[169].

Die Erfahrungen, die Jorge Semprun im Zusammenhang mit dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald gemacht hat, sind damit vergleichbar. Er beschreibt sie in *L'Ecriture ou la Vie,* ein schreckliches und wunderbares Buch zugleich[170]. Auch dieses Lager, von dem ja jeder schon einmal gehört hat, war anschließend vom KGB übernommen

scan & corr by rz 11/2008

worden, was allerdings zu DDR-Zeiten nicht erwähnt werden durfte. Semprun, der als kommunistischer Widerstandskämpfer und engagierter Francogegner in Buchenwald interniert gewesen war, erfuhr, als er vor kurzem zum ersten Mal seit 1945 an die Stätte des Grauens zurückkehrte, von der Doppelgeschichte dieses Lagers: »Auf der einen Seite, am Vorderhang des Hügels, sollte ein bombastisches Marmordenkmal das gutgläubige Volk an den verlogenen, weil rein vordergründigen Kampf des kommunistischen Regimes auf der Seite der europäischen Antifaschisten erinnern. Auf der Rückseite hat sich ein junger Wald über den Massengräbern des Kommunismus ausgebreitet und verwischt die Spuren im ehrfurchtsvollen, aber hartnäckigen Gedächtnis dieser Landschaft, wenn nicht auch im Gedächtnis der Menschen«[171].

Semprun träumt von einem neuen Europa:

> »Die Besonderheit Deutschlands in der Geschichte dieses Jahrhunderts liegt auf der Hand: Es ist das einzige Land Europas, das beide totalitäre Unternehmungen des 20. Jahrhunderts in deren verheerendem Ausmaß erfahren, erleiden und kritisch hinterfragen mußte. Den Nationalsozialismus und den Bolschewismus. Ich überlasse es den promovierten Politologen, die unbestreitbaren Unterschiede zwischen diesen beiden Unternehmungen mehr oder weniger deutlich herauszuarbeiten. [...] Mir liegt vielmehr daran, mit Nachdruck daraufhinzuweisen, daß ebendiese politischen Erfahrungen, die aus der deutschen Geschichte eine tragische Geschichte machen, es diesem Land auch erlauben, sich zum Vorreiter eines demokratischen und universalistischen Europa-Gedankens zu machen. In diesem Sinne könnte die Stätte Weimar-Buchenwald zu einem sowohl für die Erinnerung als auch für die Zukunft symbolträchtigen Ort werden«[172].

scan & corr by rz 11/2008

Für mich ist jedoch das Mahnmal im rumänischen Sighet das beste Beispiel für einen Neuanfang im Bereich der historischen Aufarbeitung[173]. Nach 1989 hat eine Gruppe von Demokraten der Bürgerlichen Allianz unter der Federführung der Schriftstellerin Ana Blandiana und deren Mann Romulus Rusan in der Kleinstadt Sighet an der ukrainischen Grenze, dem Heimatort des Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel, das ehemalige Gefängnis übernommen. In diesem Gebäude war zwischen 1948 und 1955 ein Teil der politischen, religiösen und intellektuellen Elite festgehalten und umgebracht worden. Auch Gheorghe Brätianu, einer der wichtigsten Historiker des modernen Rumäniens und Freund von Marc Bloch, ist im April 1953 in Sighet gestorben[174]. Mit wenigen Finanzmitteln, aber um so größerem Eifer haben diese Demokraten das Gebäude wiederhergestellt und daraus ein der kommunistischen Repression in Rumänien gewidmetes Museum mit professionellem museumspädagogischem Konzept gemacht. Das jeden Sommer von ihnen in Sighet organisierte internationale Kolloquium über die kommunistische Repression bezieht sich vor allem auf Rumänien. Trotzdem nehmen Historiker aus ganz Europa, aus Rußland, der Ukraine und den USA daran teil. Die Ergebnisse werden regelmäßig veröffentlicht. Vor drei Jahren wurde in Sighet auch eine Schule ins Leben gerufen, die jungen Rumänen und Moldawiern im Alter von 15 bis 18 Jahren politische Bildung vermitteln will. Die Arbeiten der über einen nationalen Wettbewerb ausgewählten Schüler werden ebenfalls regelmäßig veröffentlicht. Im Juli 2001 und 2002 hatte ich die Ehre, diese Schule leiten zu dürfen, und konnte mich so tagelang mit vielen dieser jungen Menschen unterhalten. Wir sprachen über ihre Hoffnungen und Ängste, vor allem aber über ihre Sorge, in Rumänien und Moldawien leben zu müssen, in Ländern, die vom Kommunismus weitgehend zerstört sind und deshalb wenig Zukunftsaussichten zu bieten scheinen. Viele von ihnen träumen

scan & corr by rz 11/2008

nur davon, ihr Land verlassen und sich im Ausland eine Existenz aufbauen zu können.

Zehn Jahre nach seiner Eröffnung wird das Mahnmal von Sighet nach wie vor von einer Privatinitiative getragen. Finanzielle Unterstützung bekommt es von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung, zwei deutschen Institutionen. Außerdem ist es ein anerkanntes Pilotprojekt des Europarates zum Thema »Erinnerung an das 20. Jahrhundert«. Romulus Rusan schrieb das in der rumänischen Ausgabe vom *Schwarzbuch* veröffentlichte Zusatzkapitel über die kommunistische Repression in Rumänien. Es wurde auch in den vorliegenden Band aufgenommen. Seit zwei Jahren wird einmal im Monat eine Sendung mit dem Titel »Die Erinnerung an den Schmerz« ausgestrahlt. Sie ist den Opfern des Kommunismus gewidmet und wird ebenfalls von einer Privatinitiative getragen. Das gleiche gilt für die Zeitschrift *Memoria,* die 1990 von einem ehemaligen politischen Häftling gegründet wurde. Der rumänische Staat beschränkte sich darauf, das Mahnmal von Sighet als »Denkmal von nationaler Bedeutung« einzustufen. Auch die mit der Verwaltung der Archive der früheren Politpolizei betraute staatliche Kommission zeigt trotz der Beschwerden des Verbandes der ehemaligen politischen Häftlinge wenig Tatendrang. Geleitet wird dieser Verband von Constantin Ticu Dumitrescu, der von 1949 bis 1953 und von 1958 bis 1964 aus politischen Gründen inhaftiert war und heute für die christdemokratisch-nationale Bauernpartei im rumänischen Senat sitzt. Jahrzehntelang kämpfte er für ein Säuberungsgesetz nach dem deutschen Modell von 1991, das die Veröffentlichung der Namen der ehemaligen Securitate-Mitarbeiter und den Zugang zu den Personalakten und Dokumenten dieser Politpolizei ermöglichen sollte. Am 14. September 1999 wurde Senator Dumitrescu in einen geplanten Autounfall verwickelt - eine altbewährte Methode der kommunistischen Securitate. Auch

scan & corr by rz 11/2008

wenn er mit einigen Rippenbrüchen davonkam, die Warnung war eindeutig. Im Dezember 1999 wurde das Gesetz schließlich verabschiedet, allerdings in einer so stark veränderten Form, daß Dumitrescu sich nicht mehr als dessen geistiger Urheber betrachtete. Auch die zögerliche Anwendung des Gesetzes bei den Wahlen der Jahre 2000 und 2001, als die Kandidaten auf eine potentielle ehemalige Securitate-Mitarbeit hin überprüft werden sollten, zeigte deutlich, wie wenig den politischen Führungskräften an dem Gesetz liegt.

Auch wenn dank der historischen Aufarbeitung im Osten die Wunden allmählich verheilen und die nationalen Identitäten wieder Gestalt annehmen, hat sich die riesige Narbe, die den Osten und den Westen Europas voneinander trennt, noch lange nicht in Luft aufgelöst. Die Spuren der mehrfachen Amputationen, die der europäische Kontinent durch den Kommunismus erlitten hat, sind immer noch deutlich zu erkennen. In den ehemaligen »Volksdemokratien« macht sich eine Enttäuschung breit, die in zahlreichen an die Adresse der Westeuropäer gerichteten Vorwürfen zum Ausdruck kommt. Auf den öffentlichen Versammlungen war eine Frage immer wieder zu hören: »Warum habt ihr uns 1945 im Stich gelassen?« Nach dem Krieg ging man tatsächlich sehr schnell zur Realpolitik über. Die Sowjets hielten sich nicht an die in Jalta getroffenen Vereinbarungen. Vor allem der Verpflichtung, in den befreiten Ländern von den Alliierten kontrollierte freie Wahlen zu organisieren, kamen sie nicht nach. In Bulgarien, Estland und Rumänien - um bei den in diesem Band behandelten Ländern zu bleiben - fanden die Wahlen, wenn überhaupt, in einer Atmosphäre des Terrors statt, und die Ergebnisse wurden gefälscht. Niemand in Westeuropa war zu einem dritten Weltkrieg bereit, um Osteuropa aus den Klauen Stalins zu befreien. Dies erkannte der russische Diktator und wußte es geschickt zu nutzen, auch wenn er 1948 im Falle

scan & corr by rz 11/2008

von Griechenland und Berlin nachgeben mußte. Deshalb ist die Tatsache, daß die sowjetische Propaganda so tat, als ob die »Befreiung« des Ostens durch die Rote Armee derjenigen des Westens durch die anglo-amerikanisch-kanadischen Armeen vergleichbar gewesen wäre, durch nichts gerechtfertigt. Darauf hat der wohlbekannte polnische Historiker und ehemalige Solidarnosc-Führer Bronislaw Geremek mit Recht hingewiesen: »Der Schatten von Jalta lag über der >Befreiung< Polens«. Sie kam »erst 1989 zum Abschluß, als der Schatten von Jalta verschwand«[175].

Selbst bei Universitätskolloquien wird der Begriff »Befreiung« ohne Unterschied sowohl für den Osten als auch für den Westen verwendet. Dahinter stehen jedoch völlig verschiedene Realitäten: Auf der einen Seite ist der Begriff gleichbedeutend mit der Rückkehr zu Demokratie und Freiheit, auf der anderen Seite steht er ausschließlich für einen Wechsel der Gewaltherrscher - beispielsweise für die Polen, Tschechen, Albaner oder Jugoslawen - oder für die Errichtung einer Gewaltherrschaft, denn Länder wie Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Rumänien oder Bulgarien hatten sich bis dahin ein Minimum an Unabhängigkeit bewahren können. Auch wenn die sowjetische und kommunistische Propaganda diese Länder jahrzehntelang als Hochburgen des Faschismus hingestellt hat, ist das noch lange kein Grund, dies zu glauben. Richtig ist jedoch, daß die zentral- und osteuropäischen Gesellschaftsstrukturen zwischen den Kriegen noch überwiegend ländlich-traditionell geprägt waren und größtenteils autoritäre Machtverhältnisse kannten, durch die die noch junge Demokratie permanent bedroht war, sei es nun durch kommunistische Extremismen wie in Ungarn 1919, Polen 1920, Bulgarien 1923 oder Estland 1924 oder durch faschistische, nämlich ultranationalistische und antisemitische Extremismen. Durch den Krieg hat sich diese Situation noch verschärft: Die Länder wurden zu Spielbällen für Hitler und Stalin. Die bei-

scan & corr by rz 11/2008

den Diktatoren mischten sich mehr und mehr in die inneren Angelegenheiten ihrer Nachbarn.

Wenn man bedenkt, daß Frankreich, eine der weltweit stärksten Mächte, im Frühjahr 1940 innerhalb von vier Wochen militärisch besiegt war, kann man sich den engen Spielraum dieser kleinen osteuropäischen Länder gut vorstellen. Er war gleich Null. Stalin und Molotow sprachen mit der gleichen Brutalität wie Hitler zu den Regierungen dieser Länder. Zwischen dem sowjetischen Hammer und dem nationalsozialistischen Amboß ging es vor allem um eines: Die Bewahrung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit. Ganz gleich, ob es sich nun um den ungarischen Reichsverweser Horthy, den rumänischen General Antonescu oder den bulgarischen Zaren Boris III. handelt, sie alle galten im Westen als faschistische Komplizen Hitlerdeutschlands. Sie waren in der Tat autoritäre, wenn nicht gar diktatorische Landesherren, doch in erster Linie galt ihre Politik dem Ziel, ihre von zwei totalitären Mächten bedrohten Länder trotz der Kriegswirren in einen sicheren Hafen zu führen und ihre kommunistisch oder faschistisch geprägten fünften Kolonnen ruhigzustellen. Alle Gruppen, die später in Osteuropa die Macht an sich rissen, waren von der Komintern sorgfältig ausgewählt und überwacht worden.

Wir wollen an dieser Stelle nicht noch einmal auf die Tatsache eingehen, daß Stalin zwischen September 1939 und Juni 1941 die vier unabhängigen Länder Polen, Litauen, Lettland und Estland auf hinterlistig-brutale Weise militärisch besetzt, als Nationen zerstört und sowjetisiert hat. Wenden wir uns Bulgarien zu, das 1939 trotz seines gewählten Parlaments eine autoritär geführte Monarchie war. In den Reihen der Opposition saßen auch neun kommunistische oder den Kommunisten nahestehende Abgeordnete. Obwohl Bulgarien ein traditioneller Bündnispartner Deutschlands war, unterhielt es noch 1944 diplomatische Beziehungen zur UdSSR. An der Ostfront stand kein einziger bulgarischer Soldat.

scan & corr by rz 11/2008

Für Rumänien waren die späten dreißiger Jahre eine sehr bewegte Zeit. Die demokratischen Kräfte schwanden, und das Regierungskomitee erwies sich als inkompetent. Dies führte zu einer Stärkung der von General Antonescu geführten Armee und der stark antisemitisch ausgerichteten, faschistisch-ultranationalistischen Eisernen Garde. Im Sommer 1940 machten sich Hitler und Stalin an die Zerstückelung des im Jahre 1919 errichteten rumänischen Staatsgebildes: Stalin bemächtigte sich Bessarabiens und der nördlichen Bukowina. Hitler vergab das nördliche Siebenbürgen an Ungarn und die Dobrudscha an Bulgarien. In dieser für Rumänien brenzligen Lage rissen Antonescu und die Eiserne Garde am 14. September 1940 die Macht an sich. Das Gespann währte nur sechs Monate. Denn als im Januar 1941 ein Putschversuch der Eisernen Garde scheiterte, riß Antonescu das Staatsruder vollends an sich und führte eine auf ihn zugeschnittene Diktatur ein. Vor allem als Reaktion auf Stalins Angriff vom Sommer 1940 trat Rumänien auf deutscher Seite in den Krieg ein.

Auch Ungarn lag im deutschen Einflußbereich und beteiligte sich deshalb auch am Krieg gegen die UdSSR, allerdings erst nach langem Zögern. 1943 zog die ungarische Regierung jedoch ihre 250000 Mann wieder von der Front zurück. Im März 1944 marschierten deutsche Truppen in Ungarn ein und organisierten einen Staatsstreich zugunsten der ungarischen Faschisten.

Ein weiteres Kriterium zur Beurteilung dieser Regimes ist deren Haltung gegenüber den Juden. In allen drei Ländern herrschte ein traditioneller Antisemitismus (nicht zu verwechseln mit dem rassisch begründeten Antisemitismus der Nationalsozialisten). Die Regierungen erließen vor oder während des Krieges mehr oder weniger diskriminierende Gesetze. Maßnahmen zur Ausrottung wurden jedoch nicht in die Wege geleitet. Auch der bulgarische Zar Boris tat alles, um die Verfolgung der Juden einzuschränken[176]. Als die Deutschen im

scan & corr by rz 11/2008

März 1943 verstärkt Druck ausübten, wurden 11363 Juden aus Thrakien und Makedonien nach Auschwitz deportiert und ermordet. Diese beiden Provinzen waren erst im Sommer 1941 Bulgarien angegliedert worden. Die 48400 Juden »Altbulgariens« blieben verschont.

Auch die Gesetzgebung Rumäniens benachteiligte die Juden. Bereits während des Putschversuchs der Eisernen Garde im Januar 1941 war es zu einem ersten Pogrom mit 120 Toten gekommen. Nach dem Angriff auf die UdSSR am 21. Juni 1941 kam es zu weiteren Formen antisemitischer Gewalt: Am 29. und 30. Juni 1941 führten die rumänische und die deutsche Armee einen großangelegten Pogrom gegen die Bevölkerung von Jassy durch (rund 12000 Tote). Im Juli und August des gleichen Jahres rotteten dieselben Armeen die halbe jüdische Bevölkerung Bessarabiens und der Bukowina aus (die beiden Provinzen hatte Rumänien der UdSSR wieder abgenommen). Die Überlebenden wurden in das eigentlich zur Sowjetunion gehörende, aber besetzte Transnistrien verschleppt, und zwar unter Bedingungen, die nochmals viele das Leben kostete (rund 87000 der 180000 Deportierten kamen um). Auch im besetzten Odessa veranstaltete die rumänische Armee ein Massaker, dem 25 000 Juden zum Opfer fielen. Diesem Blutbad war ein Anschlag auf das Generalquartier des rumänischen Militärkommandanten vorausgegangen. Insgesamt sind von den 607 790 Juden, die vor dem Krieg in Rumänien gelebt hatten (die jüdische Bevölkerung des unter ungarischer Verwaltung stehenden Nord-Siebenbürgens nicht mitgerechnet), 264900 Juden im Laufe dieser eben erwähnten Ausschreitungen umgebracht worden. Gerechterweise muß man jedoch hinzufügen, daß Antonescu ab Sommer 1942 diesen Massakern und Deportationen Einhalt gebot und sich bis zum Schluß dagegen sperrte, daß die Juden des »alten rumänischen Königreichs« nach Polen in die Vernichtungslager deportiert wurden. Er genehmigte sogar den Tran-

scan & corr by rz 11/2008

sit von 13000 polnischen, ungarischen, slowakischen und rumänischen Juden nach Palästina. Am Ende des Krieges war Rumänien neben Frankreich das europäische Land mit den meisten überlebenden Juden (355 972)[177].

Ganz gleich, ob es nun um die Innen-, Außen- oder Judenpolitik ging, die drei Länder lebten unter der ständigen - auch militärischen - Bedrohung der Sowjetunion oder Deutschlands, vom politischen Druck der faschistischen oder kommunistischen Anhängerschaft im eigenen Land ganz zu schweigen. Meistens hatten sie keine andere Wahl: Sie mußten Hitlerdeutschland gehorchen oder - vor allem nach dem 22. Juni 1941 - völlige Handlungsfreiheit lassen. Trotzdem bemühten sich Horthy, Antonescu und Boris III. permanent, aber mit mehr oder weniger großem Erfolg um einen eigenen Entscheidungsspielraum. Doch unabhängig davon, ob diese zentral- und osteuropäischen Länder sich eindeutig am Krieg gegen die UdSSR beteiligt oder ob sie sich - wie im Falle Polens, der baltischen Staaten, Bessarabiens, der nördlichen Bukowina oder Bulgariens - außerhalb eines offenen Konfliktes bewegt hatten, wurden sie von der sowjetischen und kommunistischen Propaganda als schändliche Hochburgen des Faschismus hingestellt, die das Los, das ihnen später beschieden war, durchaus verdient hatten. Während der »Befreiung« erlebte der Osten eine gegen die Gesellschaft und deren Eliten gerichtete kommunistische Gewaltwelle sondergleichen. In den Monaten nach dem Einmarsch der Roten Armee und dem kommunistischen Machtantritt wurden Hunderttausende von Menschen ermordet, verhaftet, in die UdSSR deportiert oder von den sowjetischen Soldaten vergewaltigt. Diese erste Gewaltphase entspricht dem russischen »Bürgerkrieg«. Sie wird noch weitgehend tabuisiert, denn ihre historische Aufarbeitung würde der kommunistischen Bewegung die wenige Legitimität, die sie durch ihren Kampf gegen Hitlerdeutschland in Osteuropa noch hat, vollends nehmen.

scan & corr by rz 11/2008

Bei den öffentlichen Veranstaltungen in Osteuropa gab es noch eine weitere Frage, die auch von jungen Menschen immer wieder gestellt wurde: »Warum haben im Westen so viele Intellektuelle den Kommunismus unterstützt?« In diesem Zusammenhang fiel nicht selten der Name von Jean-Paul Sartre. Auch Joachim Gauck erwähnt die Rückendeckung, die der Kommunismus im Westen erfuhr: »Warum habe ich grundlegendes, durch eigene Erfahrung erworbenes Wissen durch fremde, primär >linke< Analysen aus dem Westen ersetzt?«[178] Andere Fragen waren noch viel direkter: »Warum haben sie sich nach dem Mai 1968 für die extreme Linke engagiert?« Bei Menschen, die ein halbes Jahrhundert unter der kommunistischen Repression zu leiden hatten, oder bei jungen Leuten, die in einem vom Kommunismus zerstörten Land keine Zukunftsaussichten vor Augen haben, fällt eine Antwort auf diese Frage nicht leicht. Sie können nicht begreifen, warum andere junge Menschen, die über eine zumindest durchschnittliche Intelligenz und einen freien Entscheidungsspielraum verfügen, sich dermaßen irren konnten.

Die durch diese Fragen zum Ausdruck kommende Enttäuschung des Ostens kann die Westeuropäer nicht unberührt lassen. Im Herbst 1995 versuchte Francois Füret sein Projekt *Das Ende der Illusion* zu erklären: »Ich wollte eine Brücke zwischen Westeuropa und dem >anderen Europa< schlagen. Ersteres glaubte länger an den Kommunismus als letzteres und hat teilweise das Ausmaß der durch die kommunistischen Regimes verursachten historischen Katastrophe immer noch nicht begriffen. Erst mit der allgemeinen Erkenntnis dieser Katastrophe kann sich allerdings ein europäisches Bewußtsein herausbilden«[179]. Dies also werden die wichtigsten Aufgaben der Westeuropäer sein: Sie müssen das wahre Ausmaß dieser unsagbaren Katastrophe begreifen (eine Katastrophe, die für Osteuropa 45 Jahre und für die Völker der UdSSR sogar 74 Jahre währte!) und für die Enttäuschung, die man seit

scan & corr by rz 11/2008

1945 im Osten ihnen gegenüber empfindet, eine Sensibilität entwickeln. Und manche werden auch diese glorifizierenden Erinnerungen an den Kommunismus aufgeben müssen, jene schändlichen Erinnerungen, zu denen sich immer noch viele lautstark bekennen. Es wird sicherlich nicht leicht sein, denn Westeuropa wird sich einer ungewöhnlichen Herausforderung stellen müssen: der Überarbeitung seiner Erinnerung. Viele werden sich - dem Beispiel von Pierre Daix und Gerard Belloin folgend - unter mehr oder weniger starken Schmerzen von dieser glorifizierenden Erinnerung an den Kommunismus lösen müssen, von einer Erinnerung, die den die Revolution auf Kosten anderer realisierenden Revolutionären schon seit geraumer Zeit das gute Gewissen garantierte.

Alle von uns erwähnten Arbeiten, Artikel und Debatten - ja selbst die zuweilen heftigen Polemiken - stehen für die definitive Wiederaufnahme einer umfangreichen historischen Aufarbeitung, die in den vierziger Jahren von Arendt, Aron, Camus, Koestler, Rousset und anderen in die Wege geleitet[180], aber auf kommunistischen Druck hin plötzlich abgebrochen worden war. *Das Schwarzbuch des Kommunismus* ist an diesem Neuanfang nicht ganz unbeteiligt. Dies ist - ohne unbescheiden sein zu wollen - sicherlich nicht sein geringstes Verdienst. Wenn eine gute Geschichtswissenschaft mehr Fragen als Antworten erarbeitet, so hat das *Schwarzbuch des Kommunismus* sicherlich seinen Beitrag zur Erarbeitung jener Fragen geleistet, die bei der Überwindung des schrecklichen, vom Totalitarismus geprägten 20. Jahrhunderts unausweichlich sind. Jeder von uns wird nun darauf seine eigenen Antworten finden müssen, und zwar nicht nur im historischen, sondern auch im ethischen und staatsbürgerlichen Sinne. Obwohl das beim Untergang des Kommunismus vorherrschende Klima sich stark von der Situation am Ende des Nationalsozialismus unterscheidet, setzen auch hier die Pro-

scan & corr by rz 11/2008

zesse des Gerechtigkeitsempfindens, der Erinnerung und der Geschichte ein. Ganz einfach deshalb, weil keine Gesellschaft ohne Gerechtigkeitssinn, Erinnerung und Geschichte leben kann. Auch wenn die erste Zeile des Refrains der Internationale es stolz fordert: Man kann mit der Vergangenheit keinen »reinen Tisch« machen.

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 2

Der Bolschewismus, die Gesellschaftskrankheit des 20. Jahrhunderts

von Alexander Jakowlew

Das dem Leser hier vorgelegte Buch ist bereits in zahlreichen europäischen Ländern erschienen. Seriös und umfassend, ist es voller Fakten, von denen viele - durch ihre Neuheit und manchmal auch durch ihre Unglaublichkeit - einzigartig sind. In diesem Werk wird das Krebsgeschwür des Bolschewismus erforscht, das auf der ganzen Welt, vor allem jedoch in Rußland, gnadenlos eine Generation nach der anderen zerstört hat.

Leider wurde das Buch nicht von russischen, sondern von ausländischen Historikern erarbeitet. Aber es ist erfreulich, daß die Untersuchung auch in einer russischen Ausgabe erscheint.

Was für ein Phänomen ist der Bolschewismus, den Wladimir Uljanow im Jahre 1903 schuf? Erinnern wir uns, lieber Leser, an einige einfache Tatsachen. Im 20. Jahrhundert änderte sich die Bezeichnung unseres Landes auf der Weltkarte mehrere Male: Russisches Reich (bis 1917), Russische Republik (1917), Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik

scan & corr by rz 11/2008

(1918-1922), Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (1922-1991), Russische Föderation (seit 1993). Auch unsere Nationalhymne haben wir mehrere Male gewechselt: von *Gott, rette den Zaren* (vor 1917) über die *Marseillaise* (1917), die *Internationale* (1918-1944) und *Ewiges Bündnis* (1944 - 1991) bis hin zur jetzigen Hymne *Lied ohne Worte* (seit 1993).

Die administrative und territoriale Einteilung des Landes wurde zerschnitten und zerrissen; man benannte zahlreiche Städte um, zuweilen wiederholt und mit absurden Ergebnissen. So wurde St. Petersburg zur Hauptstadt des Leningrader und Jekaterinburg zur Hauptstadt der Swerdlowsker Gebiets usw.

Was hat das alles zu bedeuten?

Am Anfang des Jahrhunderts rief Lenin pathetisch aus: »Gebt uns eine Partei der Revolutionäre, und wir werden Rußland umstülpen!«

Tatsächlich stülpten sie es um. Sie stellten es auf den Kopf. Und was kam dabei heraus? Nichts, doch ein ganzes Jahrhundert ging verloren. Um dieses Jahrhundert blieben wir hinter den zivilisierten Ländern zurück. Abermillionen Menschen wurden ermordet. Das Land ist arm, rückständig, und die Nation schwindet biologisch gesehen dahin. Die Perspektiven einer Genesung des Landes und der Nation sind keineswegs rosig. Warum nicht? Weil unsere Gesellschaft vielleicht noch nicht tödlich, doch jedenfalls in hohem Maße durch die Lüge verseucht ist. Wir sind weiterhin in einer Art Alptraum gefangen. Obwohl wir für die Freiheit kämpfen, leben wir immer noch nach sowjetischer Art.

Eine der schlimmsten Katastrophen ist die Entstellung des Schönen. Das bolschewistische Regime wurde aus revolutionärem Eifer geboren, aus Worten, die sich auf die humanistischen Ideale gründeten. Aber die Leninisten waren überzeugt, daß die Gewalt das universale und einzige Mittel zur Verwirklichung dieser Ideale sei.

scan & corr by rz 11/2008

Bolschewismus und Faschismus sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Medaille des universalen Bösen. Das Ziel des bolschewistischen Terrors war die Schaffung einer angeblich klassenlosen Gesellschaft, die ideologisch so rein wie destilliertes Wasser sein sollte. Der hitlersche Terror dagegen hatte vorhersehbarere Ziele: die Säuberung zunächst Europas und dann der ganzen Welt von »minderwertigen« Völkern, in erste Linie von Slawen und Juden und dann von Gelben und Schwarzen. Das war völlig klar: Nur die »blonde Bestie« hatte das Recht, auf der Erde zu leben.

In Lenins politischem Testament, das 1926 als Grundlage für den Artikel 58 der sowjetischen Strafgesetzgebung diente, wurde jede Tätigkeit oder Untätigkeit, die den Staat schwächte, als Verbrechen erachtet. Damit löste die Schuldvermutung die Unschuldsvermutung ab: »Wer nicht auf unserer Seite steht, ist gegen uns.« Seit dem ersten Tag des von Lenin entfesselten Bürgerkriegs lebten die Menschen in tyrannischer, krimineller Anarchie.

Dem Anschein nach sind die Begriffe Tyrannei und Anarchie nicht miteinander vereinbar, doch hier löste sich der Widerspruch leider auf. Jeder schurkische Tschekist konnte eigenmächtig jede Person, die er einer minderwertigen Klasse zuordnete, zum Tode verurteilen. Stalin »demokratisierte« diesen Prozeß und reglementierte die verbrecherische Anarchie, indem er die Schurken in NKWD-Tribunalen, den »Troikas«, zusammenfaßte. Infolge der Anarchie wurde das kriminelle Regime gewissermaßen unsichtbar, so daß kein Zweifel an seiner Rechtschaffenheit aufkam: Die Behörden sind gut, nur die Menschen sind schlecht.

Damit wurde der Kampf aller gegen alle und um alles zum höchsten Instrument jeglichen Aufbaus. Halten wir uns diese absurde Situation vor Augen. In der UdSSR kämpfte man gegen die bourgeoise Ideologie und Tradition, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Parteilichkeit der Kunst, für

scan & corr by rz 11/2008

den »neuen Menschen« und gegen die Überbleibsel der Vergangenheit … Man führte endlose »Ernteschlachten«, setzte sich für die überplanmäßige Abholzung der Wälder und das Pflügen des Neulands, für die hundertprozentige Kollektivierung und für »den Frieden auf der ganzen Welt« ein.

Damit verglichen war das Projekt des Hitlerismus von beispielloser Klarheit. Die Nationalsozialisten legten Bücher demonstrativ auf Stadt- und Dorfplätzen in Asche, während die Kommunisten hundertmal mehr Bücher heimlich verbrannten, doch nach vorher aufgestellten Verzeichnissen und mit zwanghafter Präzision. Übrigens begann die Bücherverbrennung - in erster Linie der Bibel, des Korans, der Werke Dostojewskis und Hunderter weiterer Autoren - auf Initiative der Frau Lenins, Nadeschda Krupskaja.

Bekanntlich nehmen alle Regime, auch die demokratischen, in Kriegszeiten Zuflucht zu einer »Informationsautarkie«, das heißt, sie schränken die Verbreitung von Nachrichten sowie die Bewegungsfreiheit von Menschen und Ideen ein. Aber der Bolschewismus machte diesen Sachverhalt auch in Friedenszeiten zu einem konstanten Gesellschaftsfaktor. Man störte ausländische Rundfunksendungen, bediente sich einer brutalen, geradezu absurden Zensur, und untersagte Auslandsreisen; die Frauen untreuer Männer beschwerten sich bei den Parteikomitees, die entsprechende »Erziehungsmaßnahmen« ergriffen. Nicht zufällig verbot bereits Lenin sämtliche »bourgeoisen« Zeitungen und ließ nur noch kommunistische erscheinen. Die Partei beschloß, welche Bücher man lesen, welche Lieder man singen, worüber man in welcher Weise und aus welchem Anlaß sprechen durfte.

Die Informationskontrolle und die Schließung der Grenzen, der Gulag und die Gesetzlosigkeit sowie die übrigen Demütigungen sollten bewirken, daß die Menschen die Pseudorealität, in der sie leben mußten, als echt empfanden. Die Umerziehung der Massen wurde so weit getrieben, daß die

scan & corr by rz 11/2008

Menschen aufhörten zu »sein« und begannen »zu scheinen«, weil sie überall und in jeder Hinsicht eine untertänige Rolle spielten. Nach außen hin durfte man nicht zeigen, daß man seinen Augen und Ohren nicht traute, daß man Weiß nicht für Schwarz hielt. Dadurch gingen den Menschen automatisch nur Lügen von den Lippen.

Das Leben mit der Lüge wurde obligatorisch, und deshalb erwies sich Solschenizyns Aufruf, »ohne Lüge zu leben«, als nationales Prinzip im Kampf gegen den Totalitarismus. Der Verfall und die Entartung des Systems wurden zur Zeit der Glasnost deutlich, die vielen so gut in Erinnerung geblieben ist und mir persönlich besonders am Herzen liegt.

Nicht einmal, wenn man alle Schrecken zusammennimmt, welche die Sowjetunion nach dem hitlersehen Überfall heimsuchten, sind sie vergleichbar mit dem, was unserer Heimat nach den sieben ersten Jahren der leninschen Tyrannei widerfuhr. Rußland und sein Volk waren bettelarm. Das Regime hatte Gold, Diamanten und Devisen für die »Weltrevolution«, in erster Linie jedoch für sich selbst gestohlen.

Der Adel war physisch vernichtet worden, ebenso wie die Kaufmannschaft, die Unternehmerschaft, die Intelligenzija und die Blüte der Armee: das Offiziers tum. Man hatte Millionen Bauern zerbrochen und die Arbeiterklasse zermalmt, in deren Namen die leninsche Bande ihre Raubtaten angeblich beging. Das beste Bankensystem der Welt wurde in Staub und Asche gelegt. Man plünderte und zerstörte Tausende der weitbesten Agrarbetriebe, deren Produktivität höher war als die der Landwirtschaft in Westeuropa und Amerika. Ebenso verschwand das beste Erziehungssystem der Welt, das Alexander IL begründet und Stolypin vervollkommnet hatte.

Unter allen Bolschewiki war Stalin der listigste und verschlagenste. Er berechnete seine Aktionen um Jahre voraus, kannte das Leben in Gefängnissen und in der Verbannung,

scan & corr by rz 11/2008

verfügte über ein phantastisches Gedächtnis und lernte, sich Texte fotografisch einzuprägen. Er duldete weder Gegner noch Konkurrenten, worin er Lenin ähnelte. Er konnte virtuos fluchen, führte ein einfaches Leben, war äußerst vorsichtig und hegte einen pathologischen Haß auf Revolutionäre jeglicher Art, darunter auch auf seinen Lehrer Lenin und dessen Frau Krupskaja. Aber als vollendeter Zyniker und Pragmatiker wußte er besser als jeder andere, daß er nur auf dem Rücken Lenins zum unangefochtenen Führer werden konnte. Daher erklärte er sich zu dessen bestem Schüler, dem Fortsetzer seines Werkes, und schärfte den Parteimitgliedern die Parole ein: »Stalin ist der heutige Lenin.«

In der Geschichte gab es keinen größeren Russenhasser als Lenin. Er ließ alles absterben, was er berührte: die Menschen, die Gesellschaft, die Wirtschaft … Alle wurden ausgeplündert - Tote ebenso wie Lebende. Man schändete sogar die Gräber. Alles wurde gestohlen, verleumdet und zerstört. So gelang der große Coup des Oktobers 1917, geplant vom deutschen Generalstab und Marschall Ludendorff persönlich, der später zum Mentor und Idol Hitlers werden sollte.

Da der gesamte Marxismus auf der »Religion« der Klassenzugehörigkeit aufgebaut war, mußte man vor allem die wirkliche Religion beseitigen. Marx und besonders Lenin, der in einem multinationalen und multireligiösen Reich geboren worden war, begriffen, daß die Menschheit nur mit Gewalt ins »Paradies des Kommunismus« getrieben werden konnte. Dazu gehörte auch geistliche Gewalt, nämlich die Schaffung der Monoreligion des Atheismus für alle Bürger.

Lenin war ein pathologischer Reaktionär, was die Religion des Atheismus betraf. Warum haben wir das große Dunkelmännertum des Marxismus-Leninismus vergessen? War der Patriarch Tichon nicht der erste, der die Bolschewiki bereits am 19. Januar 1918 dem Bannfluch unterwarf und die Gläubi-

scan & corr by rz 11/2008

gen leidenschaftlich aufrief, »nicht in Verbindung mit jenen Unholden der menschlichen Rasse zu treten«?

Die Schädlichkeit der gesamten sowjetischen und postsowjetischen »Marxologie«, sei sie nun kritischer oder apologetischer Art, ergibt sich aus ihren äußerst materialistischen und atheistischen Neigungen. Sie läßt sich nicht von den Vorgaben der marxschen Information abbringen und wirft alle - Hegel, Feuerbach, Kant oder Lassalle - in einen Topf.

Das ideologische Monopol garantiert die umfassende Kontrolle über alle und jeden. Geist und Seele werden als rein materielle Objekte eingestuft. Man vernichtet oder isoliert Abweichler. Die Freiheit der Arbeit, die Freiheit des Gedankens und die Freiheit des Wortes werden abgeschafft. Die Suche nach Wahrheit ist verboten. Wissenschaft und Kunst werden bolschewisiert. Damit nicht genug, man überführt sogar Landwirtschaft, Medizin und Elektronik in die ideologische Sphäre.

Im System des Macht- und Eigentumsmonopols gilt negatives Feedback (Scheininformation) als positiv. Daher rühren die monströsen Entstellungen der Wirklichkeit. Die juristischen Normen werden durch Anweisungen und Vorschriften, die Souveränität des Rechts durch die Souveränität der politischen Macht ersetzt. In einem solchen System ist nur das gerecht, was zum Aufbau des Kommunismus beiträgt; die auf Arbeit und Intelligenz gegründete Selektion wird durch eine politisch-ideologische abgelöst, die sich auf Karrierismus gründet.

Die Praxis des Bolschewismus verstärkte die Verderblichkeit des feudalen Atavismus, der eine Arbeitsteilung in Produktive und Unproduktive, in »Reine« und »Unreine«, in Angesehene und Nichtangesehene verordnete. Die Enteignung der Produktionsmittel und die Umverteilung von Fremdvermögen ließen die Werktätigen nicht reicher werden, sondern führten im Gegenteil durch die unerbittliche Logik der Wirt-

scan & corr by rz 11/2008

Schaftsentwicklung und durch die Gesetze der moralischen Vergeltung zu einer erniedrigenden Verlumpung.

Die Enteignung deformierte die Psyche und das Bewußtsein der Menschen. Sie untergrub den Arbeitseifer und schwächte die Verantwortung der Bürger für ihren eigenen Wohlstand.

Der proletarische Internationalismus, mit dem der Marxismus große Hoffnungen verknüpfte, insbesondere was die Lösung der Nationalitätenfrage, die Überwindung des nationalen Egoismus, des Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus betraf, erbrachte die entgegengesetzten Resultate.

Wie sich herausstellte, deformierte der Bolschewismus dadurch, daß er den Menschen von der Verantwortung für seine eigene wirtschaftliche Situation befreite, dessen ökonomisches und soziales Denken und machte ihn empfänglich für eine ultranationalistische Ideologie. Der nationale Extremismus, eine der Erscheinungsformen des heutigen Faschismus, fegt wie ein Wirbelwind alles auf seinem Weg fort und hinterläßt nur Ruinen.

Die Beteiligung am Oktoberumsturz und der dadurch hervorgerufene Bürgerkrieg säuberten die arbeitende Bevölkerung nicht von dem »alten Schmutz«, sondern verbitterten sie und fügten ihr geistigen und moralischen Schaden zu. Die allgemeine Intoleranz nahm den Charakter einer psychischen Massenkrankheit an.

Die Revolution erwies sich nicht als Fest der Gerechtigkeit, sondern als Orgie der Rache, des Neides und der Abrechnung. Durch die Einführung von Intoleranz und Haß in die Staatsideologie tat der Bolschewismus sein möglichstes, um die Menschen in Komplizen des Vandalismus zu verwandeln.

Verbrechen sind zu allen Zeiten begangen worden, ob vorsätzlich oder spontan, doch ein derart kriminelles Regime wie das vom Bolschewismus hervorgebrachte hatte es in der Ge-

scan & corr by rz 11/2008

schichte noch nie gegeben. Und all das unter dem Tarnmantel der Sorge um die gesamte Menschheit.

Der Terror war nichts anders als ein Mittel zur Umwandlung des »Menschenmaterials« im Namen der Zukunft. Es ist äußerst schwierig, den gesellschaftlichen Kannibalismus, den Kainismus, das Herostratentum und die Judassünde in ihrer höchsten Entwicklungsform - vom Verrat des Lehrers bis zum Verrat des Vaters, undenkbar sogar in der Heiligen Schrift - durch einen einzigen Begriff zu kennzeichnen.

Die Verachtung des individuellen Menschen hatten die Bolschewiki vollständig vom Marxismus übernommen, doch sie stützten sich auch auf ihre eigenen russischen Traditionen: auf Nihilismus, Netschajewismus und Anarchismus.

Marx verwarf letzten Endes die Überlegungen über Humanität und Liebe, die in seinen Frühwerken eine prominente Rolle spielte. Er sprach nicht mehr von sozialer Gerechtigkeit, obwohl er unablässig moralisierte, seine Feinde anklagte und heftig tadelte. So entstand die Theorie, daß alles, was den Interessen der Revolution, des Proletariats und des Kommunismus entspreche, ethisch gerechtfertigt sei.

Auf dieser moralischen Grundlage erschoß man dann Geiseln im Bürgerkrieg, vernichtete das Bauerntum, baute Konzentrationslager und verschleppte ganze Völker.

Der Primat einer illusorischen Zukunft über die Humanität bot die unbegrenzte Möglichkeit, beliebige Methoden heranzuziehen und sich jenseits von Gut und Böse anzusiedeln, wenn es um Macht, Gewaltakte, Repressionen und ähnliches ging. Die wahren Werte - Güte, Liebe, Zusammenarbeit, Solidarität, Freiheit, Vorrang der Gesetze usw. - erschienen untauglich und überflüssig, weil sie das Klassenbewußtsein schwächten.

Manche Wunden verheilen nie. Wie konnte es geschehen, daß Millionen völlig unschuldiger Menschen durch die Willkür einer kleinen Gruppe von Verbrechern liquidiert und wei-

scan & corr by rz 11/2008

tere Millionen zu endlosen Leiden verurteilt wurden, weil die Gesellschaft sie ächtete und zu Opfern eines bösen Staatsapparates machte?

Das alles ereignete sich unter schweigender Duldung oder lautstarker Zustimmung weiterer Millionen, die den Verstand verloren hatten und sich keine Rechenschaft darüber zu geben vermochten, daß auch sie jener erschossenen Generation angehörten.

Die Tragödie ereilte nicht nur die dem Tode Geweihten, sondern auch die Überlebenden.

Millionen Menschen arbeiteten ehrlich, erlebten Freude und Befriedigung, zogen Kinder auf und träumten von einer besseren Zukunft. Sie glaubten an diese Zukunft und stießen jene zurück, die das Rennen zur ersehnten Minute des Glücks angeblich behinderten.

Es waren schlimme, doch auch widersprüchliche Zeiten, in denen die Menschen unter gespaltenen Herzen und Seelen sowie einem durch den Lügenglauben verzerrten Gewissen leiden mußten.

Der heutige Bolschewismus ist rotbraun. Er drängt mit wahnsinniger Besessenheit zur absoluten Macht. Das Mittel zur Machtergreifung ist weiterhin die totale Lüge: über das zugrunde gegangene Rußland, über das verlorene Paradies, über die »großen Errungenschaften des Sozialismus«. Wie Lenin seinerzeit log und alles verleumdete, was ihn an der Machtübernahme hinderte, so stellt die Opposition auch heute alles und jedes ausschließlich negativ dar. Das entspricht den leninschen Traditionen. Auch Goebbels wiederholte nur Lenin und dessen Verleumdungen über den »verfluchten« demokratischen Westen.

Wer trägt die Schuld an der allgemeinen Unordnung in Rußland? Wer hat sie geschaffen, entwickelt und konsolidiert? Die totale wirtschaftliche Unfähigkeit der Bolschewiki hat seit 1917 überall - von Kaliningrad bis zur Tschukotka-

scan & corr by rz 11/2008

Halbinsel - Millionen kleiner und großer Tschernobyls hervorgebracht. Dieser Prozeß setzte mit der Machtübernahme durch Lenin und dem Beginn des Kriegskommunismus ein.

Ich weiß, wovon ich rede, denn auch für mich war es nicht leicht, mir einen Standpunkt zu bilden. Ich trat während des Krieges in die Partei ein, zog ins Feld und legte einen langen Weg innerhalb der KPdSU zurück: vom Sekretär einer Parteizelle bis zum Mitglied des Politbüros. Im Jahre 1991, kurz vor dem Putsch, wurde ich aus der Partei ausgeschlossen. In den langen Jahren hatte ich vieles herausgefunden und noch mehr begriffen. Über mich wurde so viel Unsinn geschrieben, daß ich hätte ersticken können. Nun verspürte ich am eigenen Leibe die ganze Ekelhaftigkeit jener Händler aus dem Schattenreich. Ich will nicht behaupten, daß es mir keine Mühe bereitet hätte, solche Dinge zu lesen und zu hören, aber mich rettete der Umstand, daß ich zutiefst an die Zukunft eines freien Rußland glaube. Außerdem war ich überzeugt davon, daß all der Unsinn nichts als Verachtung verdient hatte.

Vom bolschewistischen Scheiterhaufen wieder aufzustehen und gar eine bürgerliche Gesellschaft zu errichten ist unglaublich schwer, denn der Abschied vom leninschen und stalinschen Faschismus zieht sich schon allzulange hin. Der Durchbruch zur Freiheit wird behindert durch Intoleranz, Wut, Menschenverachtung, allgemeines Spitzeltum und allgemeine Verstellung, und auf diese Weise entsteht etwas Feuchtes, Widerliches, Schlüpfriges.

Die offiziellen Dogmen des Bolschewismus diktieren brutal und konsequent, daß die Gewaltpolitik die »Hebamme der Geschichte« und erzwungene Revolutionen die »Lokomotiven der Geschichte« seien. Dazu kommen der Klassenkampf bis zur völligen Vernichtung der einen Klasse durch die andere in Form der Diktatur des Proletariats; die Beseitigung

scan & corr by rz 11/2008

des Privateigentums; die Ablehnung des Rechtsstaats und der bürgerlichen Gesellschaft; die Beschränkung der Rechte der Nationen und der Menschenrechte; das Verbot der Familienerziehung und die Errichtung eines kommunistischen Weltreichs.

Dieses Glaubensbekenntnis existiert ungeachtet seiner von der Geschichte bereits erwiesenen Absurdität und seines praktischen Unvermögens noch heute. Es tarnt sich, paßt sich an, windet sich, wedelt in alle Richtungen mit dem Schwanz. Als eingeschworener Feind der Demokratie nutzt der Bolschewismus deren Prinzipien auf parasitäre Weise, um sie nach der Machtergreifung zu begraben, wie es nach der Konterrevolution vom Oktober 1917 der Fall war. Gestern noch gaben sich die Bolschewiki als »fortschrittliche Internationalisten«, doch heute schon sind sie Nationalpatrioten geworden. Nun ist das Proletariat keine von Gott erwählte, übernationale und einzigartige Sekte mehr, die zur Beherrschung der Welt aufgerufen ist, sondern lediglich eine Versammlung von Werktätigen, die laut dem neuen Mythos der Nationalbolschewiki durch nationalpatriotische Hoffnungen auf die Rettung Rußlands miteinander verbunden sind. So verwandelt sich eine Sekte, die international-bolschewistische, ohne großes Federlesens in eine andere, nämlich eine nationalpatriotische.

Gestern noch zerstörten diese militanten Atheisten Kirchen und erschossen Geistliche, doch heute schon sind sie, ohne mit der Wimper zu zucken, zu Zeremonienmeistern der Religion geworden. Gestern noch war Privateigentum für sie die Verkörperung des gesellschaftlichen Bösen und eine Todsünde, während sie heute gierig nach allem greifen, was sie an sich bringen können. Gestern noch waren sie die Machthaber, die sämtliche Andersdenkenden verschwinden ließen, doch heute präsentieren sie sich als Verteidiger der Freiheit und des konstitutionellen Systems.

scan & corr by rz 11/2008

Und so geht es immer weiter, und kein Ende ist abzusehen.

Aber all diese Winkelzüge und Clownerien sind wie früher von ritueller Lüge und Neid geprägt. Wüßte Lenin von solchen Reinkarnationen, würde er sich im Grab umdrehen, obwohl er selbst den Marxismus zum Gespenst des Kommunismus umgestaltete, das laut Marx in Europa umging.

Hier finden wir wieder eine eigene, bolschewistische Logik, die sich auf die Prinzipien der revolutionären Zweckmäßigkeit und der prostituierten Dialektik stützt. Zu Beginn des Jahrhunderts machte der Bolschewismus im Namen des Phantoms der proletarischen Weltrevolution ganz Rußland zu einer Versuchsstation und die russischen Völker zu einer Herde von ausgewählten Versuchstieren mit dem Ziel, eine besondere menschliche Rasse zu züchten. Das Ergebnis ist bekannt: Rußland besudelte sich mit Blut, blieb in seiner Entwicklung zurück, und sein Volk wurde auf die Knie gezwungen. Infolge des gleichen unstillbaren Hungers nach Macht und Blut ist der Bolschewismus heute bereit, sogar seine früher unberührbare »allmächtige und unbesiegbare marxistisch-leninistische Lehre« zu verkaufen.

Wie seit vielen Jahrzehnten sind der Bolschewismus und seine wichtigsten politischen Statthalter und Fanfarenbläser - RSDAP (B) (Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Bolschewiki), WKP (B) (Allrussische Kommunistische Partei der Bolschewiki), KPdSU und KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation), die sich zur Erbin der KPdSU erklärt hat - im Verein mit anderen, darunter faschistischen, Gruppen das Haupthindernis auf dem Weg zur dauerhaften Freiheit des Menschen und zu einem ausgereiften politischen System in Rußland. Der Bolschewismus ist die Ursache der Spaltung und der politischen Instabilität sowie der nicht nachlassenden Furcht.

Vom Standpunkt seiner »Führer« aus ist die jetzige Regierung ein Regime »des nationalen Verrats«, der »Besät-

scan & corr by rz 11/2008

zung« und der »Kollaboration«. Weiterhin gestützt auf die Aggression, die sie in sieben Jahrzehnten an der Macht pflegten, sowie auf die Verwirrung der Menschen in einer Zeit rascher gesellschaftlicher Umschwünge, steuern die Bolschewiki hartnäckig auf eine neue soziale Explosion und einen Bürgerkrieg zu.

Fragen wir uns, woher unsere Nervosität und unsere Angst heute rühren. Daher, daß Lenin und Stalin weiterhin am Leben sind, daß die Ideologie der Feindseligkeit und des Mißtrauens, der Gleichheit in Armut und des Abhängigkeitsdenkens uns weiterhin unterdrückt und ausbeutet, uns nicht gestattet, den Rücken gerade zu machen, und uns daran hindert, frei zu atmen.

Die Ideologie der Intoleranz wurde von den Bolschewiki bewußt zur staatlichen Ideologie gemacht. Und deshalb kämpfen wir seit Jahrzehnten ohne Barmherzigkeit und Mitgefühl, ohne an Gift und Galle, an Tinte, Etiketten oder Beleidigungen zu sparen, ohne unsere Kinder und Enkel zu schonen und ohne Gott zu fürchten, einzig und allein darum, unseren Nächsten zu zertrampeln, ihn wie Schmutz breitzutreten, wobei wir eine süße Befriedigung empfinden.

Nach geschichtlichen Maßstäben macht Rußland gleichwohl sehr rasche Fortschritte auf der Suche nach der Freiheit, nach jener wahren Ideologie des Menschen und seiner allumfassenden Religion.

Aber der Weg zum Triumph der Freiheit in Rußland kann jederzeit versperrt werden, wenn man die bolschewistische Ideologie des Menschenhasses und des allgemeinen Kampfes nicht verbietet, ebenso wie die Organisationen, die sich zu Gewalt, aggressivem Nationalismus und nationaler Spaltung, Rassismus, Antisemitismus und Chauvinismus bekennen. Nur wenn Rußland völlig vom Bolschewismus genesen ist, kann es heute und in Zukunft wirklich mit Gesundheit und Wohlstand rechnen.

scan & corr by rz 11/2008

Darum habe ich mich wiederholt mit dem Aufruf, die faschistisch-bolschewistische Ideologie und ihre Vertreter vor Gericht zu bringen, an den russischen Präsidenten, die Regierung, die Generalstaatsanwaltschaft, die Bundesversammlung und den Verfassungsgerichtshof gewandt.[1] Niemand bedachte mich mit einer Antwort - außer den Kommunisten, welche die Generalstaatsanwaltschaft aufforderten, mich wegen Verletzung der Redefreiheit zur Rechenschaft zu ziehen. Ist das nicht lächerlich?

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für den gewaltsamen und illegalen Umsturz von 1917 und die sich daran anschließende Politik des »roten Terrors« nicht entgehen.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Entfesselung des brudermordenden Bürgerkriegs nicht entgehen, der das Land verwüstete und durch dessen sinnlose blutige Schlachten mehr als 13 Millionen Menschen getötet wurden, verhungerten oder emigrierten.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Vernichtung des russischen Bauerntums nicht entgehen. Das Ethos des bäuerlichen Rußland, seine Traditionen und Bräuche wurden zertrampelt. Die Produktivität der Landbezirke ist bei uns derart geschwächt, daß der Staat noch heute Nahrungsmittel im Ausland einkaufen muß. Immer noch stellt die Regierung den Bauern keinen Boden zur Verfügung. In unseren Tagen blockieren die Bolschewiki in der Duma unnachgiebig jede Lösung der Agrarfrage, weil sie wissen, daß ohne eine solche Lösung sämtliche Reformen zum Scheitern verurteilt sind.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Zerstörung der christlichen Kirchen, der buddhistischen Klöster, der muslimischen Moscheen, der jüdischen Synagogen und für die Erschießung der Geistlichen, die Verfolgung der Gläubigen und die Verbrechen gegen die Gewissensfreiheit, durch die das Land mit Schande bedeckt wurde, nicht entgehen.

scan & corr by rz 11/2008

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Beseitigung der traditionellen russischen Gesellschaftsschichten nicht entgehen: des Offizierstums, des Adels, der Kaufmannschaft, der Intelligenzija, der Kosaken, der Bankiers und Industriellen.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die beispiellosen Fälschungen, die lügnerischen Anklagen, die außergerichtlichen Urteile, die Hinrichtungen ohne juristisches Verfahren, die Folterungen, den Aufbau der Konzentrationslager, darunter solche für kindliche Geiseln, und den Einsatz von Giftgasen gegen friedliche Bürger nicht entgehen. Im Fleischwolf der leninistisch-stalinistischen Repressionen kamen über 20 Millionen Menschen um.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Zerstörung sämtlicher politischer Parteien, also auch der demokratisch oder sozialistisch orientierten, nicht entgehen.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Unfähigkeit nicht entgehen, mit der er den Krieg gegen den hitlerschen Nationalsozialismus führte, insbesondere im Anfangsstadium, als die reguläre Armee, die sich in den westlichen Landesgebieten befand, in Gefangenschaft geriet oder aufgerieben wurde. Nur eine Mauer aus 30 Millionen Opfern rettete das Land vor der Versklavung durch den Gegner.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Verbrechen an früheren sowjetischen Kriegsgefangenen nicht entgehen, die aus deutschen Konzentrationslagern wie Vieh in sowjetische Gefängnisse und Lager getrieben wurden. Fast alle großen Bauprojekte der UdSSR entstanden auf den Leichen der politischen Gefangenen. Die Häftlinge bauten Chemiewerke, Urangruben, arktische Siedlungen und vieles mehr.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Hetzjagd auf Wissenschaftler, Literaten, Künstler, Ingenieure und Arzte und für die ungeheuren Verluste, die der russi-

scan & corr by rz 11/2008

sehen Wissenschaft und Kultur zugefügt wurden, nicht entgehen. Aus verbrecherischen ideologischen Motiven verbannte man Genetik, Kybernetik sowie alle fortschrittlichen Einflüsse in Wirtschaftswissenschaft, Linguistik, Literatur und Kunst.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für rassistische Gerichtsverfahren (gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee, die »kosmopolitischen Vaterlandsfeinde« und die »Mörderärzte«) nicht entgehen, die das Ziel hatten, ethnischen Haß sowie die niedrigsten Instinkte und Vorurteile zu wecken.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die Organisation krimineller Kampagnen gegen jegliches Dissidententum nicht entgehen. Alle Schriftsteller, die sich, wie die Partei meinte, nicht an ihre Direktiven hielten, wurden zu Gefängnisstrafen, Verbannung, Aufenthalten in Sonderlagern und psychiatrischen Anstalten verurteilt. Sie verloren ihren Arbeitsplatz, wurden ins Ausland gejagt, in der Presse angegriffen und waren anderen raffinierten und demütigenden persönlichen Attacken ausgesetzt.

Der Bolschewismus darf der Verantwortung für die totale Militarisierung des Landes nicht entgehen, die das Volk ganz und gar verelenden ließ und die Gesellschaftsentwicklung auf katastrophale Weise bremste. Noch heute sabotieren die Verfechter der bolschewistischen Militarisierung den Übergang von einer Militär- zu einer Zivilwirtschaft.

Und schließlich darf der Bolschewismus der Verantwortung für die Errichtung einer Diktatur nicht entgehen, die gegen den Menschen, seine Ehre und Würde und seine Freiheit gerichtet war. Infolge der verbrecherischen Handlungen des bolschewistischen Regimes kamen über 60 Millionen Menschen um und wurde Rußland ruiniert. Der Bolschewismus, eine Variante des Faschismus, erwies sich als beispiellos antipatriotische Kraft, denn er vernichtete sein eigenes Volk.

scan & corr by rz 11/2008

Diese durch und durch böse Kraft fügte dem Genfonds sowie der körperlichen und geistigen Gesundheit des Volkes unvorstellbaren Schaden zu.

Zur Rettung des Landes und der ganzen Welt ist es erforderlich, den Staat und die Gesellschaft konsequent zu entbolschewisieren.

Es wäre verhängnisvoll für Rußland, die Fehler zu wiederholen, welche die demokratische Regierung nach den Ereignissen vom August 1991 und Oktober 1993 beging, als die Lenker und Organisatoren der gescheiterten Militärputsche unverständlicherweise amnestiert wurden. Dadurch blieben ihnen die Tore für ihre gegen das Volk gerichtete Tätigkeit und für die Vorbereitung eines schleichenden Umsturzes weiterhin geöffnet.

Ich lehne Hexenjagden ab, zumal die Hauptverbrecher diese Welt bereits verlassen haben. Außerdem möchte ich wiederholen: Wir alle, ob freiwillig oder unfreiwillig, direkt oder indirekt, waren Komplizen oder stumme Zeugen der Übeltaten. Früher oder später werden auch wir Buße tun müssen.

Die Rede ist jedoch von etwas anderem. Ich rufe zu einer entschiedenen Diktatur des Gesetzes - und nur des Gesetzes - auf, in der die Entscheidungen des Verfassungsgerichts hinsichtlich der kommunistischen Partei konsequent auszuführen sind.

Ein neuer Vormarsch des Bolschewismus muß abgewendet werden, damit die kommunistischen Okkupanten für immer auf dem Schutthaufen der Geschichte verharren, genau wie es im Westen im Zusammenhang mit dem Hitlerismus der Fall war.

Das Schicksal wollte es, daß ich die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao und anderen »Klassikern« des Marxismus - den Gründern einer neuen Religion des Hasses, der

scan & corr by rz 11/2008

Rache und des Atheismus - ausgiebig studierte. Das war keine vergebliche Mühe, denn die »Klassiker« machten mich zu einem überzeugten Antikommunisten, zum Feind der reaktionären und durch ihre Einfachheit und Zugänglichkeit heimtückischen Lehre.

Vor sehr langer Zeit, nämlich vor mehr als 40 Jahren, begriff ich, daß der Marximus-Leninismus keine Wissenschaft ist, sondern eine Form der kannibalischen und sich selbst auffressenden Publizistik. Da ich in den höchsten »Sphären« des Regimes arbeitete, sogar in der allerhöchsten, nämlich im Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU unter Gorbatschow, wußte ich sehr gut, daß all die Theorien und Pläne reine Hirngespinste waren und daß sich das Regime in erster Linie auf die Nomenklatura, die Kader und die Funktionäre stützte. Die Funktionäre waren teils vernünftig, teils einfach Dummköpfe. Aber ausnahmslos alle waren Zyniker, darunter auch ich. In der Öffentlichkeit beteten wir zu falschen Götzen, denn das Ritual war heilig, und jeder behielt seine wahren Überzeugungen für sich.

Jegliche Aktion, die man bis zur Absurdität vorantreibt, wird unvermeidlich zur Farce. Stalin, Chruschtschow und Breschnew scheuten weder Geld noch Zeit, um einen in seiner Albernheit unglaublichen Leninkult aufzubauen. Lenin wurde zum Sowjetgott, und seine »Werke«, wie dumm oder banal sie auch sein mochten, durften auf keinen Fall in Zweifel gezogen werden.

Auch im glanzlosesten Arbeitszimmer des kleinsten Sowjetfunktionärs - der Partei, des Staates oder der Armee - standen in einer Vitrine oder neben dem Schreibtisch unweigerlich alle 55 Bände mit den *Gesammelten Werken* der Leninschen Artikel und Broschüren. In ihrer überwältigenden Mehrheit schlugen die Funktionäre diese Bände nie auf, aber sie gehörten - wie die Krawatte - zur unverzichtbaren Ausstattung für die Nomenklatura sämtlicher Spielarten.

scan & corr by rz 11/2008

Nach dem XX. Parteitag erörterten wir im Kreis unserer engsten Freunde und Gesinnungsgenossen häufig die Probleme der Demokratisierung des Landes und der Gesellschaft. Wir entschieden uns dafür, die Methode zur Verbreitung der »Ideen« des späten Lenin, das heißt den Einsatz des Schmiedehammers, zu übernehmen. Es galt, das Phänomen des Bolschewismus klar, präzise und deutlich zu definieren und es vom Marxismus des vorangegangenen Jahrhunderts abzutrennen. Deshalb sprachen wir unermüdlich von der »Genialität« des späten Lenin, von der Notwendigkeit, zum leninschen »Plan des Sozialismusaufbaus« durch Kooperation, durch Staatskapitalismus usw. zurückzukehren.

Eine Gruppe aufrichtiger Reformer entwickelte folgenden Plan (natürlich nur mündlich): Man müsse mit Lenins Autorität auf Stalin und den Stalinismus einschlagen. Danach könne man im Erfolgsfall mit Plechanow und der Sozialdemokratie auf Lenin und schließlich mit dem Liberalismus sowie dem »moralischen Sozialismus« auf die allgemeine revolutionäre Bewegung einwirken.

Eine neue Phase der Entlarvung des »stalinschen Persönlichkeitskults« begann. Aber statt wie Chruschtschow einen emotionalen Appell vorzubringen, ließen wir keinen Zweifel an dem eigentlichen Sachverhalt: Nicht nur Stalin, sondern auch das System selbst sei kriminell.

Im Anschluß daran erschien meine Definition des Bolschewismus. In ihrer endgültigen Form lautet sie folgendermaßen:

Vom historischen Standpunkt aus *ist der Bolschewismus ein System des gesellschaftlichen Wahnsinns. Dieses System hat das Bauerntum, den Adel, die Kaufmannschaft, die gesamte Unternehmerschicht, die Geistlichkeit und die Intelligenzija ausgelöscht; der Bolschewismus ist ein »Maulwurf der Geschichte«, der Gemeinschaftsgräber von Lwow bis Magadan,*

scan & corr by rz 11/2008

von Norilsk bis Kuschka gegraben hat; er gründet sich auf alle denkbaren Formen der Unterjochung und Ausbeutung des Menschen und der Natur; er bringt menschenfeindliche Gebote hervor und hämmert sie den Bürgern mit der Unbarmherzigkeit des ideologischen Fanatismus ein, was ihre geistige Armut verdecken soll; er ist eine Landmine von ungeheurer Kraft, die beinahe die ganze Welt in die Luft gesprengt hätte.

***Vom philosophischen Standpunkt aus** wirkt der Bolschewismus als subjektive Bremse der objektiven Prozesse, da ihm das Verständnis für das Wesen gesellschaftlicher Widersprüche fehlt; sein Denken wird durch die Kategorien des sozialen Narzißmus sowie durch den automatischen Haß auf jeden beliebigen Gegner bestimmt; er enthält ein Übermaß an Dogmatismus, das zwischenzeitliche und endgültige Resultat einer konsumentenhaften und berechnenden Beziehung zur Wahrheit.*

***Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus** gelangt der Bolschewismus zu einem minimalen Endergebnis unter maximalem Kräfteaufwand, weil er die Marktgesetze voluntaristisch zurückweist; erführt zu einer Anarchie der Produktivkräfte und einem bürokratischen Absolutismus der Produktionsverhältnisse; er verfestigt die wissenschaftlich-technische Rückständigkeit; er vervielfältigt die Elemente des Stillstands; seine Gleichmacherei dient als universelles und vielleicht einziges Mittel, die Menschen zu »Schraubehen im Getriebe« zu machen.*

***Im internationalen Rahmen** gehört der Bolschewismus in dieselbe Kategorie wie der deutsche Nationalsozialismus, der italienische Faschismus, der spanische Franquismus, das Pol-Pot-Regime und andere zeitgenössische Diktaturen, die*

scan & corr by rz 11/2008

zwar gewisse Besonderheiten aufweisen, doch im Grunde so gut wie identisch sind.

Das sowjetische totalitäre Regime konnte nur mit Hilfe der Glasnost-Politik und der totalitären Parteidisziplin zerstört werden, wobei man die Interessen der Vervollkommnung des Sozialismus in den Vordergrund schob. Bereits zu Beginn der Perestroika kamen Dutzende von vorher verbotenen Büchern heraus: *Schlief ein goldnes Wölkchen* von Anatoli Pristawkin, *Weiße Gewänder* von Wladimir Dudinzew, *Die Kinder vom Arbat* von Anatoli Rybakow und viele andere. Auch ungefähr 30 bis dahin verbotene Filme, darunter *Die Reue* von Tengis Abuladse, erschienen auf der Leinwand. Eine freie Presse drang an die Oberfläche.

Glänzende Wirtschaftspublizisten - der mittlerweile verstorbene Wassili Seljugin, Nikolai Schmeljow, Gawriil Popow, Larissa Pijaschewa, Nikolai Petrakow, Anatoli Streljany und andere - sprachen zunächst leise und hastig, dann mit lauter Stimme über den Markt, die Beziehungen zwischen Ware und Geld, die Kooperation und dergleichen.

Die Verschwendung, das heißt die pathologische Ineffektivität der sowjetischen Kommandowirtschaft, wurde für jeden vernünftigen Menschen augenscheinlich. Die alptraumhafte, nie befriedigte Nachfrage, die unglaubliche Vergeudung von Rohstoffen, die Korruption, die Defizite, das halb mythische Geld, mit dem man nichts kaufen konnte, die Revolten wegen Wodka- und Tabakmangels - das war die wirtschaftliche Realität.

Sofort erhob sich die gesamte Stalinistenschar, nämlich die Nomenklatura mit den Führern des Bolschewismus an der Spitze, gegen die Reformen, um die »Errungenschaften des Sozialismus« zu verteidigen. So veröffentlichte die Zeitung *Sowetskaja Rossija* (»Sowjetrußland«), die noch heute die meisten Verleumdungen an meine Adresse druckt, im März

scan & corr by rz 11/2008

1988 einen Artikel von Nina Andrejewa unter der Überschrift »Ich kann meine Prinzipien nicht aufgeben«. Dabei handelte es sich um eine Art Manifest der Perestroika-Gegner, einen Schlachtruf der NeoStalinisten.

Daraufhin wurde die antistalinistische Diskussion unter der Parole »Fakten stehen höher als Prinzipien« stark angeheizt. Sehr bald war auch Lenin an der Reihe. Die Entlarvung seiner Tätigkeit erschütterte die Menschen, die nichts von der kaum zu übertreffenden Kriminalität des Revolutionsführers geahnt hatten.

Im Rückblick kann ich voller Stolz sagen, daß die raffinierte, doch äußerst einfache Taktik - der Einsatz der Mechanismen des Totalitarismus gegen das System des Totalitarismus - wirksam war. Eine andere Methode des politischen Kampfes stand uns nicht zur Verfügung, denn der Bolschewismus wies jegliche demokratische Reform und jegliches Dissidententum schroff zurück.

Folglich waren meine Schriften und Reden von 1987 und 1988 und Anfang 1989 mit Zitaten aus Marx' und Lenins Werken gespickt. Zum Glück kann man bei Lenin alle möglichen einander ausschließenden Stellungnahmen finden - und das praktisch zu jeder wichtigen Frage.

Hätten die Reformer in jenen Jahren vielleicht radikaler sein sollen? Keineswegs, denn ein frontaler, als Rammbock wirkender Reformismus wäre sogleich geächtet, niedergeschlagen und in Gefängnissen und Lagern isoliert worden. Damals kam es in erster Linie darauf an, den Menschen die besten Zugangsmöglichkeiten zu objektiver Information zu bieten. Oben habe ich von einer »Informationsautarkie« gesprochen. Das Regime versuchte mit allen Mitteln, diesen Zustand aufrechtzuerhalten, denn es hatte 70 Jahre lang mit allen denkbaren und undenkbaren Methoden einen unablässigen Bürgerkrieg gegen seine Untertanen geführt. Gorbatschow und seinen Mitarbeitern gelang es, diesen

scan & corr by rz 11/2008

schrecklichen Krieg zuerst abzuschwächen und dann zu beenden.

Persönlich meine ich, daß *die Beendigung des 70jährigen Bürgerkriegs in Rußland, der von Lenin entfesselt wurde und Abermillionen meiner Landsleute das Leben kostete, das Hauptverdienst Gorbatschows und seines Teams vor der Geschichte und damit das entscheidende Ergebnis der Perestroika ist.* Auch der Kalte Krieg ging zu Ende, und der Rückzug der Sowjettruppen aus Afghanistan wurde zum Symbol dieser Entwicklung.

Im August 1991 versuchten Putschisten unter der Leitung von prominenten Mitgliedern der KPdSU, des KGB und der Armee, diesen Krieg fortzusetzen, doch sie wurden besiegt.

Wenn heutige Analytiker über die Perestroika schreiben - gleichgültig, ob sie die Bewegung unterstützen oder kritisieren -, lassen sie den Kern des Phänomens zumeist außer acht, nämlich die Tatsache, daß der neue politische Kurs einen historischen Umschwung von der *Revolution zur Evolution* darstellte, das heißt einen Übergang zum Sozialreformismus. Das ganze Land begab sich auf den Weg der sozialdemokratischen Entwicklung. Dies wurde zu Beginn der Perestroika von der Partei hartnäckig bestritten, also auch von mir (anders hätte es nicht sein können), doch letztlich triumphierte die Politik des Reformismus.

Wenn ich von den russischen Besonderheiten der Sozialdemokratie spreche, so denke ich an die konkrete Logik der demokratischen Veränderungen, unter denen die totalitären Grundlagen des Staates und seines Rückgrats, der Partei, beibehalten wurden.

Die Pfeiler eines jeglichen Totalitarismus sind seine durch Gewalt geschützten Dogmen. Genauso war es auch bei uns. Aber die plötzlich aufgekommene Glasnost deutete auf andere mögliche Varianten der Gesellschaftsentwicklung hin.

scan & corr by rz 11/2008

Allerdings waren die politischen Scheuklappen so undurchdringlich, daß die zahlreichen Existenzfragen, die sich angesammelt hatten und das Unternehmertum, die Landwirtschaft, das Privateigentum, das Mehrparteiensystem und vieles andere betrafen, damals noch als Ausdruck eines gefährlichen Revisionismus bzw. als Ketzerei galten. Der zeitliche Kontext war ein ganz anderer.

Aber wie viele »Löwenherzen« sind heute aufgetaucht, die angeblich ihre eigenen Pläne für den »Kampf und neue Taten« hatten, doch durch irgend etwas daran gehindert wurden, von einem Moment zum anderen den lethargischen Schlaf und das Zittern der Furcht abzuschütteln und sich in die Schlacht zu stürzen!

Wie auch immer, man kann sich vor den Merkwürdigkeiten und Launen des individuellen und gesellschaftlichen Bewußtseins nicht verstecken, genausowenig wie vor politischen und moralischen Mutmaßungen. Aus Trägheit messen wir alles Neue weiterhin an den Maßstäben der Vergangenheit und die Vergangenheit an den Kriterien der Gegenwart, um einen möglichst modernen Eindruck zu erwecken: »Wäre ich anderer Meinung gewesen, hätte ich anders gehandelt.« Das ist leider die negative Tapferkeit derjenigen, die sich eine Prügelei aus der Entfernung anschauen und stets bereit sind, sich mit dem Sieger zu verbünden und ihm, wie es ihre Gewohnheit ist, nach dem Munde zu reden.

Wie war es damals, ganz am Anfang?

Im Prinzip hätte die Sowjetgesellschaft, wie sie vor der Perestroika bestand, auf der Grundlage der organisierten staatlichen Kriminalität weiterleben können. Und das über Jahre, Jahrzehnte oder noch längere Zeiträume hinweg, wobei sie sich mit den gewohnten Mythen getarnt hätte. Eine derartige Evolution hatte bei uns längst ihren Anfang genommen. Die Demontage des Stalinismus war nur die äußere Schale einer

scan & corr by rz 11/2008

verfaulenden Zwiebel, darunter lag die massive Fäulnis des Leninismus.

Niemand versuchte, uns, die Reformer des Jahres 1985, vom Gipfel der Macht zu stürzen. Man trug unsere Porträts über den Roten Platz, die Demonstranten sangen Lieder und applaudierten. Wie Juri Andropow hätten wir zur Schaufel greifen und den Stall ausmisten, die politischen Repressionen ein wenig abschwächen, den Weg einer geregelten Demokratie oder einer »aufgeklärten Diktatur« beschreiten können usw. Die Trägheit hätte wohl noch für 15 bis 20 Jahre gereicht.

Die Perestroika wählte jedoch die »weiche Variante«. Entscheidend für die reformerische Umgestaltung war das Bestreben, den Sozialismus zu verfeinern, ihm ein menschliches Antlitz zu verleihen. Den Hebel der Veränderungen hielt weiterhin die KPdSU in der Hand. Betrachtet man die Zusammensetzung des Politbüros jener Zeit, mit dessen Segen die Perestroika begann, so wird deutlich, daß sämtliche Mitglieder bei allen Unterschieden des Alters, des Charakters, der Bildung, der Lebenserfahrung, der persönlichen Neigungen, des Temperaments u. ä. die Notwendigkeit von Reformen in der einen und anderen Weise begriffen, wenn auch im Rahmen des existierenden Systems.

Dabei berücksichtigte - wie schon früher - niemand die Tatsache, daß Lenin und Stalin auf den Ruinen der Leibeigenschaft und der unvollendeten industriellen Revolution ein einzigartiges System der Lüge und der Gewalt geschaffen hatten - einzigartig deshalb, weil es *organisch* sämtliche Anschläge auf sein Fundament abwehrte, und das sogar dann, wenn die »Führer« selbst Versuche unternahmen, den Lauf der Dinge ein wenig zu verändern. Nikita Chruschtschow erhob die Hand gegen Iossif Dschugaschwili und dessen repressive Politik, doch das System kam rasch zu sich und reagierte mit neuer Gewalt: der Verfolgung von Dissidenten, den Ag-

scan & corr by rz 11/2008

gressionen gegen Osteuropa und der Erschießung der Arbeiter während der Hungerdemonstration von Nowotscherkassk im Jahre 1962. Alexei Kossygin bemühte sich, dynamische Elemente in die Wirtschaft einzuführen, aber das System sperrte sich gegen jegliche Neuerung und antwortete, nachdem es an die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeit gestoßen war, mit Stagnation. Michail Gorbatschow beschritt den Weg praktischer Reformen, doch das System widersetzt sich bis heute und klammert sich an jede Möglichkeit der Wiedergeburt. In jüngerer Vergangenheit haben wir erlebt, wie wütend die Bolschewiki gegen den Kurs von Boris Jelzin angingen.

Im Jahre 1985 war das Politbüro, das nicht auf seine revolutionäre Rhetorik verzichten mochte, doch die Unvermeidlichkeit von Reformen einsah, noch nicht in der Lage zu verstehen, daß die totalitäre Regierungsmethode nur Teilreformen verkraften konnte. Es ließ zu, daß schmutzige Wände neu gestrichen, nicht jedoch abgerissen wurden. Die Jahre der Perestroika bestätigten, daß durchaus nicht allen der Sinn nach Demokratie, einem freien Markt, Privateigentum, Militär-, Agrar- und Justizreformen sowie nach wirklicher Selbstverwaltung stand.

Solche Gedanken sind dem alten Partei- und Staatsapparat **fremd,** dessen Position und Macht sich gerade darauf gründeten, daß diese unverzichtbaren Komponenten einer demokratischen Gesellschaft abwesend waren.

Sie sind den höchsten Befehlsstrukturen der Armee, des KGB und des Gesundheitswesens **fremd,** die nicht nur einen Teil dieses Apparats, sondern dessen Zentrum ausmachten und gleichzeitig den Wachturm der allgemeinen Kaserne bildeten.

Sie sind sämtlichen »Lumpenelementen« unserer Gesellschaft **fremd,** die ausnahmslos in allen Schichten vorhanden sind: vom Lumpenproletariat bis hin zu den »Lumpenchefs«.

scan & corr by rz 11/2008

Sie sind auch heute noch jenen scheinbar neuen, doch in Wirklichkeit alten Kräften **fremd,** die den Sinn der Erneuerung lediglich darin sehen können, daß ihre Posten und Funktionen, ihre Vollmachten, ihre Privilegien und Möglichkeiten, die früher andere genossen hatte, gefestigt werden.

Uns, den Reformern von 1985, wirft man häufig Unentschlossenheit und Halbherzigkeit vor, wobei man den Umstand völlig ignoriert, daß die Führung des Landes Personen oblag, die hin und wieder gegensätzliche Standpunkte vertraten und die dem gesamten ideologischen Spektrum angehörten. Ist es etwa ein Zufall, daß die Verschwörung von 1991 vom Vizepräsidenten, vom Ministerpräsidenten, vom Verteidigungs- und vom Innenminister, vom KGB-Vorsitzenden und vom Vorsitzenden des Obersten Sowjets geleitet wurde?

Uns im Politbüro trennte manches, aber wir hatten auch viele Gemeinsamkeiten. Jeder Tag der Reformen brachte Überraschungen mit sich, die konkrete und rationale Maßnahmen erforderten. Hier machte sich jedoch stets die zerstörerische und eindimensionale Ideologie bemerkbar. Sie durchkreuzte vernünftige Absichten und Maßnahmen, während sie irrationale Pläne billigte, da sie selbst irrational war.

Auf ihrem nicht einfachen Lebensweg, auf dem ihnen sowohl Auszeichnungen als auch Erniedrigungen zuteil geworden waren, hatten die Führer des Landes vieles gesehen und allmählich begriffen, daß das Leben hartnäckiger ist als Dogmen. Es war ihnen gelungen, in die höchsten Posten der Partei, des Staates, der Wissenschaft und anderer Gebiete aufzusteigen. Da sie auch im einstigen System Erfolg gehabt hatten, glaubten sie aufrichtig, das System als Ganzes könne sämtliche Krisen überwinden, wenn man es nur säubere, einöle und den Rost entferne.

Das politische Bewußtsein vieler, wenn auch nicht aller, von uns wurde durch die ersten Reformbemühungen Chruschtschows und Kossygins sowie durch den »Prager

scan & corr by rz 11/2008

Frühling« geprägt. At>$_e$r die einen alarmierte, die anderen verwirrte die Tatsache, daß keine einzige dieser ernsthaften Bemühungen den T$$_s$t durch das Leben bestand und eine praktische Rolle im sozialistischen Reformismus spielte. Aus diesen - und nicht ni^ diesen - Gründen litt die Perestroika unter einem zu stark vereinfachten, naiven Blick auf die Dinge, besonders wa^ die Aussichten der Reformen, die Unkenntnis über das Interesse der Massen und ihre Bereitschaft betraf, die Reformen in praktischer Hinsicht zu unterstützen. Wie in der Taiga knirschten die Baumwipfel im Wind, während auf dem BocJen drückende Stille herrschte. Zuweilen führte die Perestroika zu Handlungen, die im Rückblick schwer zu erklären sind, und manchmal versuchte sie, durch Betonwände vorzudringen, ohne zu bemerken, daß die Türen offenstanden.

Nicht selten ist zu hören, daß wir, die Reformer der ersten Welle, zu naiv gewesen seien. In mancher Hinsicht gewiß. Aber unsere Naivität war die der Gesellschaft und der Intelligenzija in ihrer Gesamtheit. Unser Weg zu Erkenntnis und Erleuchtung war der Weg des ganzen Landes, das in seiner großen Mehrheit noch kurz zuvor nicht nur bäuerliche Züge, sondern auch solche der feudalen Leibeigenschaft gehabt hatte. In dem einen oder anderen Maße mußte die gesamte Gesellschaft diesen schwierigen Weg zurücklegen, damit sie ihre Fähigkeit entdeckte, frei zu denken, die Scheuklappen abzuwerfen und die sich rasch ändernde Situation objektiv zu bewerten.

Theoretisch gesehen konnte das überzentralisierte, überbürokratisierte System, das man absichtlich seiner Rückkoppelung beraubt und auf die unbegrenzte Ausbeutung des Menschen eingestellt hatte, die wir so lange als »Sozialismus« bezeichneten, irnmer noch teilweise reformiert werden. Die Voraussetzung w^$_r$ jedoch, daß es sich auf eine ausgewogene, rationale Umgestaltung einließ und daß das gesamte

scan & corr by rz 11/2008

System sowie all seine wichtigsten Untersysteme tatsächlich zum Nutzen des Menschen und der Vernunft wirkten.

Aber genau das geschah nicht, und es konnte auch nicht geschehen. Das System widersetzte sich jeglicher Reform und brach zusammen, weil es der natürlichen Selektion der Geschichte nicht mehr gewachsen war.

Die Illusionen am Anfang der Perestroika waren nicht gering. Wahrscheinlich ist niemand im Leben je frei von Illusionen. In diesem Fall wurden sie gespeist von der Überzeugung, daß man das System reformieren könne, ohne es zerbrechen zu müssen.

Der rationale Lauf der Ereignisse hätte einige der Illusionen zerstören können, doch der erbitterte Widerstand des Partei- und Militärapparats machte ein derartiges Szenario ohnehin zunichte. Denn der Apparat untergrub und entstellte alle konkreten Reformbemühungen. Dies waren die unausweichlichen Kosten, die dem evolutionären Wandel der Gesellschaftsordnung auferlegt wurden.

Die logische Folge der Hast in der Sache und der Verwirrung in den Geistern war ein Nachlassen der Anziehungskraft des politischen Zentrums; gleichzeitig bildete sich eine günstige politische und psychologische Situation für jeglichen Extremismus heraus. Die Prozesse der gesellschaftlichen Polarisierung nahmen ein gefährliches Ausmaß an, und die KP-Führung wollte die Umstände nutzen, weshalb sie den Putsch vom August 1991 anzettelte.

Denken wir an die Ereignisse, die dem Putsch vorausgingen. Zu Beginn des Jahres 1990 konnten die Kräfte der Demokratie sich nicht mehr organisieren und waren unfähig, interne Meinungsverschiedenheiten zu überwinden sowie ein verläßliches Aktionsprogramm auszuarbeiten. Das Mißtrauen dem Präsidenten gegenüber nahm zu.

Nun gingen die reaktionären Kräfte dazu über, den Reformen aggressiv entgegenzuwirken.

scan & corr by rz 11/2008

Ein zusätzliches Signal, war, wie ich meine, die Erstickung des Programms der »500 Tage«. Die Demokratie akzeptierte ihre Niederlage. Das war ein Fehler, der weitreichende Konsequenzen hatte, denn er bereitete den Boden für die bewaffnete Erhebung der Reaktion vom Januar 1991 in Vilnius (Wilna) und danach in Riga sowie für die Generalprobe des Putsches, die bolschewistische Militärdemonstration vom 28. März desselben Jahres in Moskau. Im selben Geist kam es im April 1991 im ZK-Plenum zur Erörterung der Frage, ob man Michail Gorbatschow seines Amtes als Generalsekretär der Partei entheben solle. Das war der offene Bruch zwischen dem »reaktionär erneuerten« Flügel der Parteiführung und jenem der politischen Reformen.

Der Staatsstreichversuch vom August 1991, der die Evolution der Reformbewegung unterbrach, beschleunigte zugleich den Übergang zu den Hauptreformen. Diese könnten, objektiv gesehen, ein wenig verfrüht eingetreten sein, obwohl die Stagnation der sozialen und wirtschaftlichen Prozesse im Zeitraum vor dem August die nicht geringe Gefahr einer Restauration in sich barg.

Die ersten, relativ leichten Siege verdrehten den Demokraten den Kopf. Hochmütig geworden, ließen sie sich zu politischer Schlampigkeit verleiten.

Bei allen nützlichen Veränderungen der letzten Jahre sollte man sich nicht täuschen lassen: Noch besitzen wir keine echte, stabile Demokratie. Zudem wirken sich die Ergebnisse der Parlamentswahlen der letzten Jahre bereits negativ auf die demokratischen Reformen aus.

Die Zeit nach dem Putschversuch vom August 1991 war in vieler Hinsicht eine Periode der verpaßten Möglichkeiten. Das gilt in erster Linie für den politischen Bereich. Es kam zu keinem Referendum, durch das die bolschewistische Ideologie und Politik verurteilt wurden. Die Putschisten gingen straffrei aus. Auch der Staatsapparat wurde nicht radikal reorganisiert.

scan & corr by rz 11/2008

Das Drama unserer Demokratie besteht darin, daß sie nicht in der Lage ist, sich die entscheidende Basis zu schaffen, nämlich die einer funktionsfähigen wirtschaftlichen Freiheit. Die Versuche nach dem August 1991, eine neue Wirtschaftspolitik einzuschlagen, waren gut gemeint, doch übereilt. Die Freigabe der Preise wurde nicht durch eine Agrarreform gestützt. Auf dem Markt fehlte es an Wohnungen, Produktionsmitteln und ausländischen Investitionen. Die Industrie blieb im Besitz extremer Monopole. Man traf keine fundamentalen Entscheidungen, um das kleine und mittlere Unternehmertum zu fördern.

Aus diesem Grund erstickt die Wirtschaft an ihren Schwierigkeiten; sie wird von halb ökonomischen und halb administrativen Entscheidungen geplagt.

Aus diesem Grund werden die Interessen der Menschen mit ihren Nöten, Bedürfnissen und Hoffnungen mißachtet.

Aus diesem Grund faßt die politische Kultur derart langsam Wurzel.

Die Perestroika in ihrer heutigen Form scheint sich leider auf die Konflikte zwischen Exekutive und Legislative, zwischen Privat- und Staatseigentum, zwischen zentralen und regionalen, Partei- und Staatsinteressen zu beschränken.

Wer sich mit einem solchen Gang der Ereignisse zufriedengibt, öffnet einer chaotischen Entwicklung Tür und Tor. Das geschah, strenggenommen, bereits nach der Oktoberrevolution von 1917. Damals kam es zu einer neuen, noch grausameren und reaktionäreren Tyrannei. Die allgemeine Bürokratisierung, die Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes verstärkten sich in einem Maße, das weder auf der Welt noch in unserer Geschichte seinesgleichen hatte.

Ohne effektive wirtschaftliche Freiheit, ohne Souveränität des Eigentums und der Persönlichkeit werden wir nie aus der Gefangenschaft des Regimes ausbrechen können, das objektiv zum Autoritarismus neigt, geschweige denn aus der Ge-

scan & corr by rz 11/2008

fangenschaft des Egoismus und der Korruption. Dabei ist es gleichgültig, welche persönlichen Eigenschaften und welche Parteizugehörigkeit der jeweilige Steuermann des Staatsschiffes hat.

Aus diesen Gründen kommt bei uns nur eine deformierte Demokratisierung zustande, was Zweifel an ihr selbst sowie an der sozialen und wirtschaftlichen Situation insgesamt weckt. Aus diesen Gründen haben sich die realen Umstände des Menschen kaum gewandelt. Aus diesen Gründen ist die neue Bürokratie genauso gleichgültig der Bevölkerung gegenüber wie die alte.

Der Mensch steht weiterhin ohnmächtig vor dem Staat, nicht nur in juristischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch im normalen Alltagsleben. Ohnmächtig in jeder beliebigen Situation. Mensch und Staat sind in ihren Dimensionen nicht miteinander zu vergleichen: so wenig wie ein Sandkorn und ein Berg, wie ein Wassertropfen und das Meer, wie ein Seufzen und ein Orkan. Angesichts der Arroganz, der Inkompetenz, der Nachlässigkeit und der allgemeinen Gewissenlosigkeit des Staates kann der Mensch nur mit den gleichen Mitteln zurückschlagen. Etwas anderes ist nicht zu erwarten.

Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den Gesellschaftsstrukturen Verantwortung vor der Persönlichkeit und vor dem Menschen einzupflanzen. Verantwortung im systemgestaltenden Sinne, das heißt in Form von Demokratie, Recht, Rechenschaftspflicht usw., doch auch im praktischen, ganz und gar wirtschaftlichen Sinne: Jeder Bürger muß für Nachteile, die ihm der Staat zugefügt hat, in vollem Umfang und unverzüglich entschädigt werden. Nur auf dieser Grundlage wird der freie Mensch wirklich Respekt genießen und Selbstachtung erwerben.

Bedauerlicherweise kann man unserer noch schwächlichen Demokratie auf diesem Gebiet durchaus gerechtfertigte Vor-

scan & corr by rz 11/2008

würfe machen. Sehr viele Akteure des demokratischen Theaters treten so auf, als stehe morgen früh die Sintflut bevor, weshalb sie glauben, sich für zwei oder drei Lebenszeiten versorgen zu müssen, falls es ihnen gelingt, auf irgendeiner unbewohnten Insel Quartier zu finden.

Aber natürlich sind hier nicht nur subjektive Faktoren im Spiel. Ein großer Teil der Verwirrung erwächst aus den Eigenheiten der Modernisierung in einem rückständigen Land. Diese Modernisierung bringt unablässig eine Psychologie der Abhängigkeit, der Gleichmacherei, der egoistisch interpretierten sozialen Gerechtigkeit und andere »Freuden« hervor, die an die frühere Lebensweise erinnern.

Die Modernisierung in einem - ich betone noch einmal - rückständigen Land erzeugt zwangsläufig eine emotionale Reaktion doppelter Art. Einerseits sehen alle reaktionären Elemente im Fortschreiten des Neuen eine Bedrohung ihrer eigenen Interessen, einen Affront gegen ihre überkommenen Vorstellungen, ihren Glauben, ihre Vorbilder und Helden. Und je schneller die Modernisierung vonstatten geht, desto tragischer können die Konsequenzen sein.

Mächtige negative Emotionen brodeln jedoch auch an der entgegengesetzten Seite des politischen Spektrums. Es gibt und wird immer Menschen geben, die rascher voranschreiten und energischer handeln möchten. Solche Leute vergleichen den heutigen nicht mit dem gestrigen, sondern mit einem unbestimmten morgigen Tag, den sie sich erträumen und der deshalb besonders attraktiv ist. Ihre Unzufriedenheit mit dem Tempo des Fortschritts und ihre Ungeduld sind fähig, nicht weniger dramatische Folgen für das Gesellschaftsleben auszulösen.

Fügen wir hinzu, daß das Leben normalerweise nicht ohne Schattenseiten und sogar abscheuliche Aspekte ist und daß für jeglichen Fortschritt ein Preis gezahlt werden muß. Zu berücksichtigen sind auch die Rivalitäten der Politiker, der

scan & corr by rz 11/2008

Gruppen und Cliquen sowie die nicht auszurottende Selbstgefälligkeit der herrschenden Klasse.

In jedem Fall rufen die objektiven Prozesse der Modernisierung erheblichen Widerstand hervor. Dessen Formen können sich stark voneinander unterscheiden: Bald kommt es zu einem offenen Aufstand der Reaktion, zum Versuch, die Vergangenheit mit Gewalt zurückzuholen; bald zu einer besonderen Form der Sabotage, durch die jeder bescheidene reformerische Schritt als Leistung von revolutionärem Maßstab gepriesen wird.

Aber die gesellschaftliche Basis ist in beiden Fällen die gleiche: Man stützt sich auf parasitäre Lumpenelemente, auf die am wenigsten arbeitsfähigen und arbeitswilligen Schichten. Deshalb ist auch das Resultat in vielen Punkten identisch und läuft auf eine Rückkehr in die Vergangenheit oder das Abenteuer eines neuen »großen Sprunges« hinaus. Das natürliche Tempo des Fortschritts verringert sich erheblich. Entweder erwachen die reaktionären Strukturen zu neuem Leben, oder alle Makel und Sünden des Gesellschaftssystems, das man vielleicht zu hastig für tot erklärt hat, treten wieder in den Vordergrund. Mit anderen Worten, das rückständige Land verfügt nicht über effektive Mittel und Mechanismen, um für gesellschaftliche Stabilität zu sorgen.

Aus diesem »Lumpenbewußtsein« geht zum Beispiel der psychologische und politische Hader hervor, den man mit den »neuen Russen« assoziiert. Die öffentliche Meinung klammert sich hartnäckig an den Gedanken, daß demokratische Lebensformen nur für die entstehende Bourgeoisie vorteilhaft seien, die es darauf abgesehen habe, unser ganzes Land entweder aufzukaufen oder zu verschleudern.

Unzweifelhaft gibt es unter unseren Neureichen zahlreiche Schwindler, Hochstapler und Diebe, die sich früher oder später vor Gericht werden verantworten müssen. Sie machen sowohl der Demokratie als auch ihrem Land Schande. Es

scan & corr by rz 11/2008

ist beschämend, Ausländer erzählen zu hören, wie gewisse russische »Unternehmer«, wenn sie auf Reisen sind, in Restaurants und Geschäften mit Dollars um sich werfen. Solche Leute sind offensichtlich keine Unternehmer, sondern schlicht Diebe.

Aber ich rede nicht von konkreten Individuen, sondern von den Versuchen, den Weg zur wirtschaftlichen Freiheit und zu einem normalen Markt zu diskreditieren.

Hinter all den Spekulationen über das Thema der »neuen Russen« verbirgt sich der frühere Klassenansatz, den man nur neu aufbereitet hat. Es ist das gleiche Bemühen, die Gesellschaft in böse Reiche und unglückliche Arme zu teilen, wobei die Letzteren das Gute und die Gerechtigkeit verkörpern. Doch diese Methode hat uns schon in der Vergangenheit nichts als Kummer bereitet. Heutzutage kann man solche Mutmaßungen nur als boshaft und provokativ einstufen.

Das Schema »Arm und Reich« wird ständig gefestigt durch die ungelösten Konflikte zwischen Schöpfern und Parasiten, Erzeugern und Drohnen, zwischen moralisch einwandfreien Menschen und kriegerischen Vertretern des Amoralismus. Solche Gegensätze sind in den Ursprüngen einer jeden Gesellschaft angelegt, doch erst im 20. Jahrhundert mit seinen Forderungen nach persönlicher und sozialer Verantwortung haben sie eine erhöhte Schärfe erhalten. Das gilt besonders für unser Land, in dem der bolschewistische Staat von Anfang an die Arbeitenden erstickte und die Nichtstuer emporhob.

Chaos herrscht überall dort, wo das Regime passive, träge und gleichgültige Menschen pflegt. Zivilisation hingegen steht für tägliche Bemühungen, die Qual der schöpferischen Suche, die Last des Zweifels und der Verantwortung, denn nur auf dieser Grundlage kann das Individuum das Glück der Selbstverwirklichung erringen und sich seiner Würde bewußt werden.

Unsere historische Wahl ist folgende: Werden unsere Ge-

scan & corr by rz 11/2008

Seilschaft und unser Land den wirklich Arbeitenden in die Höhe heben und ihn schützen, werden sie jedem Menschen ein unverzichtbares Recht auf Selbstverwirklichung zusprechen? Oder werden wir zur Lumpenverehrung zurückkehren und die Gesellschaft dadurch zum Untergang verurteilen?

Die Vagabunden stecken eine Scheune an, um ein Ferkel zu braten - und nicht einmal ihr eigenes. Die Lumpenschichten sind von Neid, unserer Ursünde, erfüllt. Kain ermordete Abel aus Neid. Solche Menschen haben ein eigenes Wertsystem: Moral, Ethik, Ehre, Gewissen und Anstand sind schädlich. Aber wir wissen, daß Faulheit die Mutter aller Laster ist. Chlestakow in Gogols *Revisor* ist die geniale Darstellung eines Vagabunden in Beamtenuniform. Ein Vagabund befürwortet Gleichmacherei und Diebstahl. Stalin verkörperte die Korruption durch die Macht, Breschnew die Korruption durch den Diebstahl. Die Probleme des Vagabundentums, des Neides auf den erarbeiteten Wohlstand, der »Salieri-Komplex« - das sind die Steine auf unserem Weg, über welche die Demokraten bei jedem Schritt stolpern und vielleicht sogar stürzen werden.

Das »Mozart-Element« ist das hellste, wertvollste Merkmal des Menschen. Alles, was auf der Erde geschaffen wurde - vom ersten eigenhändig aufgeschichteten Lagerfeuer des Höhlenmenschen bis zum Computer, vom Rad bis zur Raumstation -, ist das Werk von begabten und intelligenten Personen, deren Geisteshaltung mit jener Mozarts zu vergleichen war.

Die Avantgarde der Reformen schreitet über ein Minenfeld. Fehler, Verluste und Enttäuschungen. Mit nicht geringer Mühe lernen wir, unter den Bedingungen der Demokratie zu leben und uns die Anfangsgründe der Freiheit anzueignen. Polemische Ignoranz, Respektlosigkeit dem Widersacher und sogar dem Partner gegenüber erklingen in jedem Gespräch. In Diskussionen hört man viel mehr Grobheit und feindliche Ab-

scan & corr by rz 11/2008

lehnung als Wahrheit. Es wird höchste Zeit, zur Vernunft zu kommen, denn sonst ist die Katastrophe unvermeidlich.

Die letzten Jahre haben unsere Vorstellungen vom Gesellschaftsleben allzusehr verändert, als daß wir heute noch nach den gleichen intellektuellen und politischen Maßstäben handeln könnten wie zu Beginn der Reformen. Deshalb sind folgende Dinge unumgänglich:

Erstens: *Eine ernste Reflexion über die sich vollziehenden Prozesse, die intellektuelle Aneignung der neuen Erfahrungen und vor allem ein besseres Selbstverständnis infolge der in diesen Jahren gesammelten Kenntnisse.*

Die Marxisten am Beginn des 20. Jahrhunderts - besonders die russischen und deutschen - hatten eine verzerrte Sicht, was das Verständnis der Gesetze und der Bedingungen der individuellen Sozialisierung sowie des Aufbaus einer geistig gesunden Gesellschaft betraf. Ihre Versuche, eine Theorie des Individuums zu schaffen, waren durch eine unerträgliche politische Demagogie gekennzeichnet.

Wie kann man übrigens eine Lehre vom allseits entwickelten Individuum ausarbeiten, wenn sie von vornherein in das Konzept der Klassenstrukturen gezwängt werden muß? Von der Klassenidee verblendet, verwarf man solche Faktoren der sozialen Integration wie allgemeinmenschliche Moral, Religion und Familie, die für die Bewahrung der Humanität eine vorrangige Rolle spielen.

Im Grunde verdrängte die bei den Saint-Simonisten entlehnte Idee, daß die gesamte Geschichte der menschlichen Gesellschaft eine Geschichte des Klassenkampfes sei, die eigentliche Frage, wes-

scan & corr by rz 11/2008

halb es gelte, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu erhalten. Bis heute kann die marxistisch orientierte Sozialphilosophie diese Frage nur mit Hilfe eines Sophismus beantworten: Die Einheit bleibt infolge des Kampfes und der Widersprüche bestehen, das heißt durch Trennung und Bruch.

Die Wahrscheinlichkeit, daß der reale historische Prozeß von Marx Prognosen abweichen würde, war von Anfang an sehr hoch. Schon vor vielen Jahren ließ sich feststellen, daß jede Krise der Überproduktion, mit der sich Hoffnungen auf den Ausbruch der Revolution verknüpften, auf friedlichem Wege gelöst werden konnte und den Kapitalismus auf eine neue Stufe der erweiterten Produktion hob.

Nicht zufällig räumte Engels am Ende seines Lebens ein, daß seine und Marx Visionen einer künftigen nichtkapitalistischen Gesellschaft keinen theoretischen und praktischen Wert hätten, wenn sie nicht mit den konkreten Fakten und Prozessen der Geschichte verbunden seien.

Zweitens: *Es ist unerläßlich, den Schwerpunkt der praktischen Reformen auf die Festigung des schon Erreichten zu verlagern, um in den Instituten, Mechanismen und Strukturen der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft eine verläßliche Stütze der Demokratie entstehen zu lassen.*

Drittens: *Wir sind dabei, in eine Periode noch größerer Ungewißheit einzutreten, in der es äußerst schwierig sein wird, Resultate und Entwicklungskurven zu prognostizieren. Die Ungewißheit betrifft sowohl das Innenleben der Menschen als auch die Welt-*

scan & corr by rz 11/2008

politik und die Welt in ihrer Gesamtheit. Diese Periode erfordert besondere Vorsicht, wenn natürlich auch keinen Verzicht auf die Reformen, der neue Unsicherheit hervorrufen würde.

Viertens: *Bevor heute irgendeine Reform in Angriff genommen wird - dabei denke ich an begründete, dem Wohl des Menschen dienende Reformen -, ist es notwendig, ein gewaltiges Ausmaß von Recherchen, Prognosen, Untersuchungen und Überprüfungen etlicher Ausgangshypothesen mit Hilfe von Modellen zu bewältigen. Die Unzulänglichkeit solcher Untersuchungen wirkt sich negativ auf die Reformen und ihre Anhänger aus, da sie den Prozeß bremst oder sogar stoppt.*

Fortan muß in die Struktur der politischen und staatlichen Systeme, der Wirtschaft und des Gesellschaftslebens eine umfassende Reforminstitution eingebracht werden, welche die Lebensfähigkeit der Gesellschaft sichert.

Fünftens: *Vermutlich war es Anfang 1985 unvorstellbar, unter unseren Bedingungen an die Möglichkeit einer Erneuerung zu glauben. Gleichwohl kam sie zustande.*

Dadurch wurde wieder einmal, wenn auch auf äußerst dramatische Art, bestätigt, daß sämtliche gesellschaftlichen Prozesse unweigerlich einen zyklischen Charakter haben. Deshalb ist eine konservative Welle der Opposition ebenfalls unvermeidlich. Sie braucht jedoch nicht mit einem Rückzug oder einer Teilrestauration der Vergangenheit (obwohl es dazu kommen könnte) identisch zu sein.

scan & corr by rz 11/2008

Die Reformer sollten schon heute darüber nachdenken, wie sie die nächste Phase des Zyklus fördern können, die nicht von spontanen Restaurationsbemühungen, sondern von dem Streben nach Umgestaltung geprägt sein wird. Hier gibt es viele Möglichkeiten.

Die 1990/91 und 1993 existierende sowie heute erneut aufkommende Phase des Revanchismus, die durch den Faschismus unterstützt wird, sollte nicht nur als Mißerfolg oder unvermeidliches Übel, sondern auch als Signal betrachtet werden, das uns vor den die Demokratie bedrohenden Gefahren warnt.

Sechstens: Wohin führt die Erneuerung? Die vor der Perestroika bestehende Gesellschaft erinnerte stark an die des Feudalismus, was den Aufbau ihrer gegenseitigen Interessen und das System der wirtschaftlichen und sozialen Motivation betraf.

Die völlige Entfremdung aller von allem kam dadurch zustande, daß das System als Ganzes von niemandem - ob er nun den niedrigeren oder den höheren Schichten angehörte - benötigt wurde. Die einzige Motivation leitete sich von den persönlichen, individuellen Umständen her, falls diese gewisse, wenn auch unbedeutende Privilegien mit sich brachten.

Genau deshalb brach »jener Sozialismus« so blitzartig und erstaunlich leicht zusammen, nämlich wie seinerzeit die Sklavenhaltergesellschaft ohne Kämpfe und Revolution.

Mehrere Entwicklungsvarianten sind denkbar. Eine davon beunruhigt mich mehr als alle anderen. Die heutige Gesellschaft ist durch ein hohes

scan & corr by rz 11/2008

Maß an Konfliktmöglichkeiten gekennzeichnet. Konflikte machen es jedoch erforderlich, sich militärisch, ökonomisch und gesellschaftlich zu verteidigen, was wiederum eine gewisse Hierarchie erzeugt.

So entstand der Feudalismus. Noch heute durchleben wir eine sozialisierte Spielart dieses Phänomens. Die Tendenz zu einem eigenartigen regionalen Feudalismus wird meiner Ansicht nach zumindest während des nächsten Jahrzehnts starke Auswirkungen auf die innerrussische Situation haben. Dabei werden die neuen Republiken eine entscheidende Rolle spielen, ebenso wie die noch erhaltenen Ministerien und Behörden sowie die Großkonzerne.

Falls unsere Entwicklung nicht in nächster Zeit auf eine irrationale Bahn gerät, dann wird die Generation, die zur Zeit 17 bis 20 Jahre alt ist, relativ frei sein. Allerdings muß man mindestens 25 Jahre abwarten, bis das neue Gesellschaftssystem des Sozialkapitalismus stark und fortgeschritten genug ist - vorausgesetzt, daß in dieser Zeit keine kräftigen und dauerhaften Faktoren auftreten, die nachdrücklich auf die Richtung der gesellschaftlichen Evolution einwirken können. Was die Erhöhung des Lebensstandards betrifft, so wird sie viel früher beginnen. Hier handelt es sich natürlich nur um ganz allgemeine Überlegungen, die eher durch Assoziation von Ideen als durch konkrete Fakten ausgelöst worden sind.

Die Perspektiven der Erneuerung und deren weitere Entwicklungsmöglichkeiten repräsentieren ein eigenständiges Thema, das separat bearbeitet werden müßte.

scan & corr by rz 11/2008

Die wichtigste Frage lautet heute: Was kann und muß unternommen werden, damit die Reformen wirklich als unerläßliches Prinzip in das Gesellschaftsleben eingehen? Wie kann man den Tendenzen entgegenwirken, die auf eine Rückkehr zum Autoritarismus, zum Feudalismus sowie auf die Festigung der alten Hierarchien und Cliquen abzielen? Was muß man tun, damit das Leben des Landes nach und nach den Kriterien der Rationalität genügt?

Um die gesellschaftliche Existenz fundamental zu ändern, müssen, wie ich meine, sämtliche Energien auf Maßnahmen konzentriert werden, die den Abgang des Kommunismus bekräftigen und der Gesellschaft ein qualitativ neues Antlitz verleihen können. Diese Maßnahmen bezeichne ich symbolisch als die »sieben E«:

Entfernung von Parasiten; Entmilitarisierung; Entstaatlichung; Entkollektivierung; Entmonopolisierung; Entindustrialisierung - im ökologischen Sinne; Entanarchisierung.

Entfernung von Parasiten. Dies ist am schwierigsten. Unser Staat ist der einzige in der Weltgeschichte, der dem Menschen verbot, so viel wie möglich zu verdienen. Die ewig gültige biblische Regel, »sein Brot im Schweiße seines Angesichts zu essen«, bezeichneten die Lumpenelemente als »raffgierig«, »bourgeois«, »entartet«, »selbstsüchtig« usw.

Durch seine Gleichmacherei ließ der Bolschewismus die meisten Sowjetbürger zu Bettlern werden. Diese Gleichmacherei ist die trübe Quelle des Abhängigkeitsdenkens, das sich halb auf Arbeit, halb auf Parasitismus stützt. Sie zwingt sogar den Fleißigsten, sich auf das Niveau der Faulenzer herabsinken zu lassen. Die Anwesenheit am Arbeitsplatz ist nur ein Ritual und hat keinen Bezug zur eigentlichen Arbeit. So kommt die totale »Verlumpung« der Gesellschaft zustande: im Hinblick auf die Lebensqualität und den Lebensstil, auf

scan & corr by rz 11/2008

die Beziehungen der Menschen zueinander, auf die Politik, die geistige und materielle Existenz. Es genügt zu lernen, wie man lügt, stiehlt, kopiert, fremde Leistungen für sich beansprucht, Bilanzen fälscht und andere übervorteilt.

Zu berücksichtigen sind auch die zahlreichen unprofitablen Betriebe, Kolchosen und Sowchosen, deren Mitarbeiter sich nicht selbst ernähren können und folglich auf Kosten anderer leben. Und wir alle, ob wir es wollen oder nicht, leben auf Kosten der Natur. Ein Glück, daß wir wenigstens von den Nachteilen des Reichtums verschont sind.

Die Entfernung der Parasiten aus der Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn wirkliches Privateigentum eingeführt wird. Damit meine ich sämtliche Formen des Eigentums mit Ausnahme des staatlichen. In Rußland hat es nie ein normales Privateigentum gegeben, und deshalb haben hier stets Individuen, nicht Gesetze geherrscht. Legalität sowie Recht und Gesetz sind die Imperative des Privateigentums, sozusagen seine Schöpfungen. Seine Effektivität macht es unbesiegbar. Nur das Privateigentum mit Hilfe des Wertgesetzes und des Wettbewerbs kann die Produktivität unablässig erhöhen und einen materiellen Überschuß hervorbringen. Das Privateigentum ist die wichtigste Grundlage für die Autonomie der Persönlichkeit und ihre geistige und materielle Bereicherung. Ein Mensch ohne Eigentum ist ein Schräubchen, das, wenn es rostig wird, geduldig warten muß, bis man es mit sozialem Öl schmiert. Ein Mensch ohne Eigentum kann nicht frei sein.

Entstaatlichung. Noch heute gehört der größte Teil des nationalen Reichtums dem Staat und seinen Einrichtungen nach Art der Staatsunternehmen sowie der besagten Kolchosen und Sowchosen. Die Entstaatlichung kann sich nur dann vollziehen, wenn sie mit einer Entkollektivierung einhergeht. Hier muß so etwas wie eine stolypinsche Reform vollbracht werden. Deren Urheber, Ministerpräsident Pjotr Stolypin,

scan & corr by rz 11/2008

war zu realitätsnah. Der Zar und der Hof hielten Stolypin für einen Linken, die Intelligenzija sah in ihm einen Rechten. Der unterschiedlich starke, doch in vielen Gruppen verbreitete Haß wurde Stolypin zum Verhängnis, denn er fiel im September 1911 einem Attentat zum Opfer. Dabei hätte er Rußland den Weg in eine lichte Zukunft bereiten können.

Die marxistischen Klassiker schätzten das Bauerntum nicht. Für sie repräsentierte der Bauer Finsternis, Dummheit, Habgier und die endlose Nachahmung der Bourgeoisie. Die Bolschewiki führten sich in einem bäuerlichen Staat wie ausländische Eroberer auf. Ihre Abteilungen, die den Auftrag hatten, Agrarprodukte zu beschlagnahmen, legten eine unvorstellbare Brutalität an den Tag. Im Bürgerkrieg wurde es zur Gewohnheit, Geiseln zu nehmen und zu Geiseln erklärte Dörfer mit Artilleriefeuer vom Erdboden zu fegen. Daneben ereigneten sich der Völkermord an den Kosaken sowie die Vernichtung der durch Stolypins Agrarreformen geschaffenen produktivsten Bauernschicht, nämlich der Kulaken.

Überall in diesem Polizeistaat wurden die Bauern, denen man Inlandspässe vorenthielt, zu Gefangenen der Kolchosen. Die individuelle Hauswirtschaft auf Privatparzellen wurde unter Stalin durch Steuern, unter Chruschtschow durch Landmangel und unter Breschnew durch das Handelsverbot zerstört. Und welche Worte soll man zur Aufgabe der »perspektivlosen« Dörfer finden? Oder zur Ausraubung der Landgebiete durch Agrarorganisationen und »Meliorationsspezialisten«?

Die Landgebiete sind ruiniert. Statt einer ländlichen gibt es heute eine städtische Überbevölkerung. Dieses Ungleichgewicht kann auf Kosten der Städte behoben werden, aber dafür muß man »Seine Majestät, das Eigeninteresse« ins Feld führen. Der Bauer, der Farmer, der Hofbesitzer sollte über ein Realeinkommen verfügen, das sinnvollerweise mindestens dreimal so hoch ist wie das des Stadtbewohners.

scan & corr by rz 11/2008

Wir brauchen den Willen und die Weisheit, um die bolschewistische Gemeinde, das heißt die Kolchose, allmählich abzubauen. Diese hoffnungslos kranke heilige Kuh des Systems gibt schon seit langem keine Milch mehr.

Wie kann man Kolchosen und Sowchosen abschaffen?

Man sollte sie das Ende ihres Lebens erreichen lassen und sie nach und nach durch Farmen, rational organisierte Genossenschaften und Agrarbetriebe ersetzen. Die Entkollektivierung muß unnachsichtig, doch stets im Einklang mit dem Gesetz durchgeführt werden. Auch in diesem Bereich sind allerdings zahlreiche Gesetze, die eine gewisse Logik für sich haben, verabschiedet worden, ohne Wirkung zu zeigen.

Entmonopolisierung. Wir müssen akzeptieren, daß der Wettbewerb ein natürlicher und gesellschaftlich notwendiger Bestandteil des Wirtschaftslebens und der Hauptfaktor für eine gesunde Zukunft ist. Er muß mit allen Mitteln des Gesetzes und der öffentlichen Meinung geschützt werden. Gegen jeden, der die Antimonopolgesetzgebung mißachtet, sind strenge Sanktionen zu verhängen.

Monopole sind nicht nur für diejenigen verderblich, die sie ausüben, sondern sie stoßen auch die Wirtschaft und die Gesellschaft eines Landes in den Abgrund, weil sie technische und sonstige Rückständigkeit begünstigen. Um Monopole herum entstehen Korruption und Bürokratismus. Objektiv betrachtet, stärken und vervielfachen sie die autoritären Tendenzen im Gesellschaftsleben.

Es ist unbedingt nötig, sämtliche Voraussetzungen und Garantien dafür zu schaffen, daß ausländische Firmen unmittelbar auf unserem Markt tätig werden können und daß sie zuverlässig durch unsere eigenen und die allgemein anerkannten internationalen Gesetze geschützt werden. Andernfalls wird es uns nie gelingen, eine normale Wirtschaft und ein normales Leben aufzubauen.

scan & corr by rz 11/2008

Entindustrialisierung - im ökologischen Sinne. Seit Jahrhunderten und sogar Jahrtausenden wird eine Konsumentenhaltung zur Natur gepflegt. Und auch wir, die wir uns in einer Sackgasse des gesellschaftlichen Lebens abmühten, haben in hohem Grade dazu beigetragen, den Atavismus der Steinzeit, als der Mensch tatsächlich schutzlos war, zum Axiom zu erheben.

Der Kapitalismus, besonders in seinem frühen Stadium, rühmte sich laut Francis Bacon dessen, daß er sich ausschließlich auf die Empirie stützte. Er verachtete das Denken und den Humanismus. Die Idee der Mutter Natur wurde von dem Gedanken der Natur als Maschine oder sogar der Natur als Milchkuh abgelöst.

Heutzutage ist überdeutlich, daß die materielle und die geistige Welt eine Einheit sind. Deshalb benötigen wir eine Philosophie der realen Sicherheit, eine Weltanschauung, die sich auf ewige Werte gründet. Der Mensch wird sich durch die Natur, und die Natur wird sich durch sich selbst erkennen. Etwas anderes kommt nicht in Frage.

Jegliche Gesellschaft, die den »Primat des Nutzens« zum Prinzip der allgemeinen Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen macht, läßt die ästhetischen, emotionalen und geistigen Mittel des Austausches zwischen den Menschen sowie zwischen den Menschen und der Natur gnadenlos verdorren.

Wie viele Wüsten haben wir hervorgebracht? Man staunt über die Idiotie, die von den bolschewistischen Dogmen ausgegangen ist. Wir haben es mit einem System zu tun, das fruchtbare Böden einbüßt, Ackerland in Wüsten verwandelt, die Natur ruiniert und sich selbst umbringt. Und kein ideologischer Betrug ist fähig, diese Verluste wettzumachen.

Doch die schrecklichste Wüste befindet sich in unserer Seele, die durch Egoismus ausgetrocknet, durch Doppelmoral zerrissen ist und sich infolge einer gespaltenen Weltanschau-

scan & corr by rz 11/2008

ung nicht mehr unter den humanistischen Werten zu orientieren weiß. Barmherzigkeit, Altruismus, Ehre, Gewissen, Menschen- und Naturliebe - welchen Anteil dieser ewigen Werte findet man noch in der Seele und im Geist unserer Zeitgenossen?

Es wäre ein tödlicher Fehler, die Mechanismen der Vernunft in den Ökosystemen auch weiterhin zu stören. Nicht in ferner Zukunft, sondern sehr bald dürften die Veränderungen irreversibel werden. Zuerst werden wir wegen der Bodenverseuchung, die mit den Folgen von Tschernobyl zu vergleichen ist, »unsere Zähne aufs Regal legen«, dann werden wir infolge von chemischen und anderen Industriegiften im Smog dahinsiechen.

Und danach? Danach folgt der ökologische Tod.

Entmilitarisier ung. Die Zeit definiert sich durch das Tempo der Informationsvermittlung. Sie hat sich infolge der Kettenreaktion umgestaltet, die unschuldigen, »seit Millionen Jahren strahlenden« Uranpartikeln ermöglicht, in einer Mikrosekunde zu verbrennen und uns ans Ende der Welt zu befördern. Und das Ende der Welt ist von Kopf und Hand vorbereitet worden.

Eine Umkehr kann sich jedoch nicht auf die Zerstörung des angesammelten Waffenarsenals und auf die mechanische Verringerung der Armee beschränken. Vielmehr geht es darum, sich von jener Lebensweise zu distanzieren, in der alles Militärische nahezu unantastbar war und die uns in unsere jetzige Situation gebracht hat. Dazu kam es, weil wir uns der Politik und der Trägheit unterordneten und uns einer erprobten Gedankenlosigkeit hingaben.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen, doch wir können immer noch nicht herausfinden, welche und wie viele Gelder damals für militärische Bedürfnisse aufgewandt wurden. Offensichtlich

scan & corr by rz 11/2008

war es eine Unmenge, und offensichtlich hat man die Zahlen versteckt und vertuscht und sich dadurch selbst an der Nase herumgeführt.

Ist eine derartige Geheimhaltung wirklich uneigennützig, und richtet sie sich tatsächlich gegen einen potentiellen Feind? Wenn es unmöglich ist, sämtliche Ausgaben nachzuvollziehen, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß wir es mit einem überaus breiten Feld für beliebige Formen der Mißwirtschaft zu tun haben. Zum Glück versucht man heute, in der Armee ein gewisses Maß an Ordnung einzuführen, und kämpft gegen finanzielle und andere Mißbräuche. Das Problem geht jedoch viel tiefer und umfaßt mehr als rein wirtschaftliche Aspekte. Die Entmilitarisierung muß vor allem das Bewußtsein, die gesellschaftliche Psyche und die allgemeine Lebensweise berühren.

Entanarchisierung. Das Paradoxon der kommunistischen Gesellschaft ist folgendes: Der grausamste Totalitarismus wurde von einer beispiellosen Anarchie begleitet, denn das Regime hielt sich durch einen anarchistischen Terror, der alle Bürger in Furcht und Angst leben ließ, an der Macht. Aber bei einiger Überlegung gibt es hier keinen Widerspruch. Die Möglichkeit des Machtmißbrauchs an der Spitze dient allen anderen Stufen der Hierarchie als Vorbild. Natürlich handelt es sich um andere Dimensionen, um anderes »Material« und andere Richtungen der Willkür, doch der Sachverhalt ist der gleiche.

In einem militärbürokratischen System gibt es keinen Platz für das Gesetz, für den Respekt davor oder für seine strikte Einhaltung. Diejenigen Gesetze, die in einer totalitären Gesellschaft verabschiedet werden, erfüllen zwei politische Funktionen: Erstens sollen sie den Mißbrauch »an der Spitze« irgendwie rechtfertigen, verschleiern oder adeln. Zweitens haben sie die Aufgabe, den Machthabern zusätzliche Mittel

scan & corr by rz 11/2008

zu liefern, mit denen sie Druck auf ihre Untertanen ausüben können.

So erklären sich die starken Aufwallungen des Anarchismus, die ganz unterschiedliche Formen annehmen können: von der völligen Mißachtung jeglicher Normen und Vorschriften bis hin zur Geringschätzung für fremdes Eigentum, für die Arbeit - überhaupt für alles außer der eigenen Person.

Besonders gefährlich ist der Drang zur Anarchie, der auf einer geistigen Ebene innerhalb der politischen und der allgemeinen Kultur entsteht. Hier haben sich bei uns, historisch gesehen, reichhaltige und stabile Traditionen des Anarchismus herausgebildet, und sie nehmen nicht erst bei Pugatschow oder Rasin, bei Bakunin oder Netschajew ihren Anfang. Die nationale Psyche reagiert seit langem unbekümmert auf Gewalt mit, wie man meint, »edlen Zielen«. Genau diesen Umstand nutzten die russischen Kommunisten, um die Macht zu ergreifen.

Nun sollte die Aufmerksamkeit vielleicht auf ein rein russisches Phänomen gelenkt werden: In der Vergangenheit sind sämtliche Befreiungskämpfe in Rußland nicht unter der Parole der »Freiheit«, sondern der »Unabhängigkeit« geführt worden. »Unabhängigkeit« ist Freiheit für mich und dann für den anderen, falls ich darauf Wert lege. »Freiheit« hingegen steht in erster Linie für die Freiheit des anderen und damit der gesamten Bevölkerung.

Die Tradition der »Unabhängigkeit« war in Rußland nicht nur durch die Bauernaufstände, sondern auch durch die Revolutionäre am Ende des 19. Jahrhunderts inspiriert worden. Sie lebt weiter im Geist der heutigen Reformer, was den Weg zur wirklichen Freiheit in hohem Maße blockiert.

Die sieben »E« haben einen gemeinsamen Nenner, nämlich den der Entbolschewisierung. Sie erstreckt sich auf den Menschen, die Wirtschaft, die Kultur und die Bezie-

scan & corr by rz 11/2008

hung zur Natur. Nur wenn wir den Bolschewismus abschütteln, können wir zu einer normalen Lebensweise voranschreiten.

Alles, was uns widerfährt, ist eine Bestrafung für den Bolschewismus.

Damit meine ich nicht nur den institutionalisierten Bolschewismus, der mit Begriffen wie »Stalinismus«, »Marxismus« und »absolute Macht der KPdSU« in Verbindung gebracht wird. Im selben Grade geht es mir um den psychologischen Bolschewismus, den wir mit Intoleranz, Untertanentum, Mythologisierung des Regimes, ständiger Erwartung eines Erlösers sowie geistiger und moralischer Abhängigkeit assoziieren. Durch ihn haben sich in unsere gesellschaftliche Psyche viele sehr negative Eigenschaften eingeschlichen, etwa ein autoritäres Bewußtsein, ein ebensolches Denken und eine autoritäre Persönlichkeit. Der Bolschewismus selbst konnte sich in vieler Hinsicht jedoch nur deshalb behaupten, weil ihm der gesellschaftliche Boden in den vorhergehenden Jahrhunderten bereitet worden war.

Unter den spezifisch russischen Bedingungen verflochten sich im Bolschewismus die jahrhundertealten Traditionen der Gesetzlosigkeit und des Autoritarismus mit dem schwer erklärbaren Hang zur Utopie und mit dem Druck durch die erbärmlichen Lebensbedingungen. Maßgebliche Rollen spielten auch die Vermischung unterschiedlicher Kulturepochen und Wirtschaftssysteme auf einem einzigen Staatsgebiet sowie die unheilvolle Reihe blutrünstiger »Führer«.

Die Geschichte ließ uns eine Ideologie der Intoleranz zuteil werden, die von den Bolschewiki zur Staatsideologie gemacht wurde. Und dieselbe Geschichte, als freue sie sich über ihr Werk, hämmert weiterhin unbarmherzig mit ihren Hufen auf die albernen Schädel ein.

Vermutlich hofft die Geschichte, daß wir klüger werden.

scan & corr by rz 11/2008

Aber vergeblich - die Gewalt ist unser Sauerstoff, die Freiheit unser Kohlendioxid.

Das Land wurde im Grenzbereich der Zivilisation gegründet. Es hat drei Revolutionen, den Ersten Weltkrieg, den Bürgerkrieg, den Zweiten Weltkrieg, die Industrialisierung und Kollektivierung sowie den Massenterror hinter sich. Mehr als 60 Millionen Menschen wurden ausgelöscht, vorwiegend junge, schöne und gesunde, die zur Welt kamen, um schöpferisch zu arbeiten und sich des Lebens zu freuen. Sie sind nicht mehr. Man hat dem Volk die Wurzeln abgeschnitten. Deshalb sterben wir in so jungen Jahren.

Wir hören, die Bolschewiki unserer Tage seien »nicht mehr die von früher«. Welche Unverschämtheit! Wie können sie behaupten, daß sie sich geändert hätten? Vor dem Umsturz des Jahres 1917 sprachen sie ebenfalls von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Und was geschah dann?

Das Schiff des Bolschewismus hat etliche Lecks davongetragen, und er versucht nun, sie zu reparieren: wiederum mit dem Mittel der Lüge. Erneut ist von Demokratie und Gerechtigkeit die Rede. Anscheinend haben die »neuen Führer« bereits vergessen, daß es der Bolschewismus war, der ein von ökologischen und technischen Katastrophen erschöpftes Land, eine durch Inkompetenz und Militarisierung ermattete Wirtschaft, durch Korruption und Machthunger verdorbene ethnische Beziehungen und durch Zynismus ausgebrannte Seelen hinter sich ließ.

Mittlerweile haben wir das durch seinen Zynismus verblüffende vielgestaltige Antlitz des Bolschewismus vor uns. Die Erneuerer und die Orthodoxen, die Nationalsozialisten und die Chauvinisten - sie alle beschwören, manchmal mit einem verräterischen Glanz in den Augen, ihre Treue zur Demokratie, machen sich deren Verfahren zunutze und versprechen gleichzeitig, sie nach ihrer Machtübernahme unverzüglich, beginnend mit der Verfassung, abzuschaffen. Diese Leute

scan & corr by rz 11/2008

werden weiterhin dem Prinzip folgen, daß alles, was dem Land schadet, um so günstiger für sie selbst ist.

Nach Meinung der heutigen Bolschewiki war Stalin nicht drastisch genug. Viele geben sich als »Patrioten« aus und behaupten, nur sie würden das Vaterland lieben, sich um das Volk sorgen sowie Tag und Nacht über sein bitteres Schicksal nachdenken. Aber in Wirklichkeit ist die Ideologie des Bolschewismus zutiefst antipatriotisch. Das war schon immer so und ist unverändert der Fall.

Die Bolschewiki strebten im Ersten Weltkrieg die russische Niederlage an. Sie spionierten für den Feind und trafen - wie Lenin - in plombierten Eisenbahnwaggons in Rußland ein. Die Umwandlung des Weltkriegs in einen Bürgerkrieg war von ihnen geplant worden, damit sie selbst an die Macht gelangen konnten. Die Bolschewiki zerstörten die nationalen Heiligtümer Rußlands. Nicht einmal die mongolischen Eroberer hatten sich erdreistet, Kirchen und Klöster in Schutt und Asche zu legen.

Unser Bewußtsein ist schwer krank, es kann nicht mehr zwischen Lügen und aufrichtigen Fehlern unterscheiden. Unser Schaffen befindet sich in einem Käfig, aus dem es zwar einen Blick auf die Welt werfen, doch nur hin und wieder unterschiedliche Schattierungen wahrnehmen kann. Die Moral hat ihren ursprünglichen Sinn verloren, weil sie dem Egoismus diente. Auch das Leben des Volkes stand im Dienst von Klasseninteressen, die als Kern der gesellschaftlichen Realität ausgegeben wurden. Aber die »Klassenwahrheit« ist von vornherein eine Lüge. Nur allgemeinmenschliche Prinzipien können den Anspruch erheben, wahr zu sein.

Lange Jahre wurden keine Analysen des Zustands der Gesellschaft vorgenommen, und auch heute tragen sie noch den Stempel der bolschewistischen Weltanschauung. Über Jahrzehnte hinweg beseitigte man sämtliche wissenschaftlichen Methoden zugunsten einer mit Gewalt durchgesetzten Ein-

scan & corr by rz 11/2008

heitspolitik. Bereits Lenin schrieb: »Diktatur bedeutet - merken Sie sich das ein für allemal - unbegrenzte, nicht auf das Gesetz, sondern auf Gewalt gestützte Macht.«

Die zerstörerische Mission des Bolschewismus erlebten viele russische Intellektuelle am eigenen Leibe, darunter Wladimir Korolenko, Iwan Bunin, Iwan Pawlow, Wladimir Wernadski und Nikolai Berdjajew.

Iwan Pawlow, Nobelpreisträger und Akademiemitglied, richtete am 21. Dezember 1934 ein Schreiben an den Rat der Volkskommissare der UdSSR:

> Ihr Glaube an die Weltrevolution ist verfehlt. Was Sie in der zivilisierten Welt mit großem Erfolg säen, ist keine Revolution, sondern reiner Faschismus. Vor Ihrer Revolution existierte der Faschismus nicht. Nur die politischen Grünschnäbel der Provisorischen Regierung begriffen nicht, was die beiden Proben des Umsturzes vor Ihrem Triumph im Oktober zu bedeuten hatten. Alle anderen Regierungen, die das, was bei uns geschah und geschieht, unbedingt vermeiden wollen, haben natürlich rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen getroffen. Dazu bedienten sie sich der gleichen Methoden wie Sie: des Terrors und der Gewalt.
>
> Aber was mich am meisten bedrückt, ist nicht die Tatsache, daß der Weltfaschismus den natürlichen menschlichen Fortschritt für eine gewisse Zeit bremsen wird, sondern es ist das, was sich bei uns abspielt und meiner Meinung nach eine ernste Gefahr für mein Vaterland bildet.

Iwan Bunin äußerte sich bereits im Jahre 1924 ähnlich. Hier sind seine schmerzlichen Worte:

> Es gab ein Rußland, ein großes, mit allen möglichen Geräten gefülltes Haus, in dem eine mächtige Familie wohnte.

scan & corr by rz 11/2008

> Es war in segensreicher Arbeit von sehr vielen Generationen aufgebaut worden, erleuchtet durch Gottesanbetung, die Erinnerung an die Vergangenheit und durch all das, was man religiöse Verehrung und Kultur nennt. Was wurde mit ihm angestellt? Die Vertreibung des Hausherrn führte zur Zertrümmerung fast des ganzen Hauses, zu unerhörten Brudermorden und jenem blutigen Alptraum, dessen ungeheure Folgen zahllos sein werden…
>
> Der globale Übeltäter, geschützt durch die Fahne mit dem höhnischen Aufruf zu Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit, drückte schwer auf die Kehle des russischen »Wilden« und verlangte, Gewissen, Charme, Liebe und Barmherzigkeit in den Schmutz zu treten … Lenin, von Geburt an moralisch minderbemittelt, verkündete der Welt auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit etwas Monströses und Schockierendes: Er hatte das größte Land der Erde ruiniert und Millionen Menschen ermordet. Aber trotzdem streitet man sich noch am hellichten Tag darüber, ob er ein Wohltäter der Menschheit gewesen sei oder nicht.

Ich kann die Frage nicht unterdrücken: Sind die heutigen Erben der Sache Uljanows und Dschugaschwilis wirklich klüger, scharfsinniger und verantwortungsbewußter als Bunin und Pawlow, Wernadski und Berdjajew, Korolenko und Gorki, als Hunderte von Offizieren, die im Bürgerkrieg fielen, als Millionen Menschen, die ohne Verfahren oder Urteil erschossen wurden?

Wie kurz und trügerisch ist unser Gedächtnis?

Schon sind wir bereit zu vergessen, daß unmittelbar nach dem Oktoberumsturz sämtliche Oppositionszeitungen verboten und alle nichtkommunistischen Parteien verfolgt wurden. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, an deren Spitze Lenin stand, erhielt rasch den Namen Kommunistische Partei. Ein von Brudermorden geprägter Bürgerkrieg wurde entfes-

scan & corr by rz 11/2008

seit, der Kronstädter Auf stand, die Rebellionen der Bauern an der Wolga, am Don und in Sibirien erstickten in Blut.

Wir geben ungern zu, daß Wladimir Uljanow-Lenin, vor dem wir so lange auf die Knie fallen mußten, ein Mörder des höchsten Kalibers war. Er vernichtete unsere Mutter Rußland und warf sie hin wie ein Bündel Reisig, um den Scheiterhaufen der »Weltrevolution« anzuzünden. Er sanktionierte den »Roten Terror«, den Bau von Konzentrationslagern - auch für als Geiseln genommene Kinder - sowie den Einsatz von Kampfgasen gegen die aufständischen Bauern von Tambow. Er trug die Verantwortung für die sinnlosen Opfer des Bürgerkriegs.

Wir haben begonnen zu vergessen, mit welcher Brutalität Lenin und seine Anhänger das Bauerntum, den Adel, die Kaufmannschaft, das Offizierstum, die künstlerische und wissenschaftliche Intelligenzija auszurotten versuchten. Er war es, der einen pathologischen Haß auf das russische Volk, die Orthodoxie und die Kultur hegte.

Anscheinend haben wir auch vergessen, daß wir ins Gefängnis geworfen wurden, wenn wir Ähren auf schon abgeernteten Feldern sammelten, wenn wir unser Arbeitspensum nicht erfüllten, wenn wir zu spät zur Arbeit kamen, wenn wir das Regime kritisierten und politische Witze erzählten.

Wir möchten vergessen, daß man unsere Väter und Großväter, die durch die Schuld unfähiger Oberbefehlshaber in Gefangenschaft geraten waren, aus deutschen Konzentrationslagern in sowjetische Lager verfrachtete. Viele hunderttausend starben durch Erschöpfung und Hunger.

Und es gibt noch vieles andere, was wir hartnäckig verdrängen. Wir werden unserer Erinnerung untreu und trotten zu Wahlen, um dafür zu stimmen, daß man uns erneut erniedrigt, beleidigt und erschießt.

Denken wir an eine nicht lange zurückliegende Epoche: an den XX. Parteitag, auf dem man uns einige Dinge über Stalin

scan & corr by rz 11/2008

mitteilte. Auch damals landeten drei Romantiker, welche die Intrigen im Machtkampf für den Beginn der Entstalinisierung gehalten hatten, im Gefängnis. Danach verurteilte man das unerlaubte »Tauwetter« und setzte die Verfolgung von Andersdenkenden fort.

Doch es war bereits unmöglich, das Virus des Zweifels völlig auszulöschen. Der Same der Unzufriedenheit wuchs und breitete sich aus. Denken wir an die Dorfprosa mit ihren Beichten. Denken wir an die Verse der Dichter und die Lieder der Barden. Denken wir an die alltäglichen Witze und die nächtlichen Gespräche in den Küchen.

Wie klar trat in alledem einerseits das Wissen um die Kläglichkeit unserer Existenz und andererseits das Gefühl der eigenen Ohnmacht hervor. Das letztere rührt her von unserer klebrigen Furcht vor dem Regime, von unserer körperlichen und geistigen Trägheit, von dem Unvermögen und dem Unwillen, uns selbst zu besiegen, von unserem Mangel an Selbstachtung und Selbstbewußtsein.

»Lenin lehrte uns einmal, daß jedes Parteimitglied ein Tscheka-Agent sein müsse, das heißt, es muß andere beobachten und Meldung über sie machen«, schrieb Lenins Kampfgenosse Iljitsch Gussew. »Wenn wir unter etwas leiden, dann nicht unter Denunziantentum, sondern unter dem Mangel daran… Wir können die besten Freunde der Welt sein, aber wenn unsere politischen Meinungen auseinandergehen, sind wir nicht nur dazu gezwungen, unsere Freundschaft aufzukündigen, sondern auch dazu, den anderen anzuzeigen.«

Bereits am zehnten Jahrestag des Oktoberumsturzes freute sich der Schriftsteller Michail Kolzow, der von den Intelligenzlern der sechziger Jahre so rührend betrauert wurde, über die Wachsamkeit des Sowjetmenschen: »Wenn ein Besucher verdächtig erscheint, entwickelt die Fraktion der Wohngemeinschaft ein lebhaftes Interesse an ihm. Der Klempner, ein Komsomolmitglied, schenkt dem Neuen Aufmerksamkeit,

scan & corr by rz 11/2008

wenn er die Wasserleitung repariert. Die Hausgehilfin betrachtet den seltsam wirkenden Mitbewohner eingehend. Schließlich hört die Tochter der Nachbarin, die Mitglied bei den Pionieren ist, ein zufälliges Gespräch auf dem Flur und kann nachts lange nicht schlafen, denn sie liegt im Bett und denkt aufgeregt nach. Und alle gehen zur GPU, um zu melden, was sie gesehen und gehört haben.«

Als wolle Kolzow dem »verfluchten Westen« mitteilen, wie viele Personen heimlich für die GPU arbeiten, jauchzt er vor Entzücken:

> Nicht 40000, nicht 60000, nicht 100000 Menschen arbeiten für die GPU. Lächerlich! Eine Million 200000 Parteimitglieder, zwei Millionen Komsomolzen, 10 Millionen Gewerkschaftsmitglieder - keinesfalls weniger als 13 Millionen. Wenn man dieses Aktiv genauer untersuchte, würde sich die Zahl zweifellos verdoppeln.

Wenn heutige Analytiker über die Perestroika schreiben, gleichgültig, ob positiv oder negativ, lassen sie den Kern des Phänomens gewöhnlich außer acht, nämlich die Tatsache, daß der neue politische Kurs eine historische Wende von der Revolution zur Evolution, das heißt den Übergang zum Sozialreformismus, mit sich brachte. Das Land hat sich nun praktisch auf den Weg der sozialdemokratischen Entwicklung begeben. Von der Parteiführung, auch von mir selbst (anders kann es nicht sein), wurde dies zu Beginn der Perestroika energisch bestritten, doch im wirklichen Leben triumphierte das Reformkonzept.

Wie auch immer, die Perestroika rettete das Land und das Volk vor einem neuen Bürgerkrieg, den Rußland nicht hätte überleben können. Aus vielen Gründen ist das Leben heute häßlich und abstoßend, aber es wäre noch weit häßlicher, hätte es keine Perestroika gegeben.

scan & corr by rz 11/2008

Gorbatschows Regime war die Rückhut der in den Untergrund gehenden Nomenklatura, Jelzins Regime dagegen die Vorhut der neuen, aus dem Untergrund hervorkommenden Nomenklatura. In dieser Vorhut konnte man eine große Zahl alter Gesichter entdecken, denen es gelungen war, sich um 180 Grad zu drehen. Aber es gab auch etliche neue Gesichter, darunter ein paar ehrenwert-liberale. Ich wünsche mir, daß es ihnen gelingt, das Land auf die Hauptstraße des Fortschritts, also des Liberalismus, zu führen. Es war nicht Gorbatschows und Jelzins Schuld, doch ihr Unglück, daß ihnen keine neokantianische und liberale Erleuchtung zuteil wurde, was übrigens auch für das Land als Ganzes gilt. Gott allein weiß, wann es dazu kommen wird, aber der Ausgangspunkt ist bekannt: die Epoche der Perestroika.

Zum Abschluß möchte ich einige Bemerkungen zum *Schwarzbuch des Kommunismus* machen. Seine Stärke ist das Dokumentarische. Es beschreibt den Kommunismus als weltweites Phänomen und seinen katastrophalen Einfluß auf die Entwicklung der Menschheit. Mir scheint jedoch, daß man in der Politologie die Begriffe verwechselt. Einen realen Kommunismus hat es nirgends gegeben, und er wird nie existieren. Die kommunistische Theorie ist utopisch, eine Träumerei, ein grausamer Betrug, ein Spiel mit den Instinkten, eine Mutmaßung über gesellschaftliche Anomalien und Widersprüche. Marx und Engels paßten die jahrhundertealten kommunistischen Ideen geschickt den in der Epoche der ersten Kapitalansammlung herrschenden Bedingungen an. Dabei erklärten sie den Kommunismus zum Endziel der Gesellschaftsentwicklung und die Arbeiterklasse zum Totengräber des Kapitalismus.

In diesem Schema sahen die russischen Bolschewiki die Möglichkeit, die verelendeten und rechtlosen Massen Rußlands zu mobilisieren und das alte Regime mit Hilfe von Haß- und Rachegefühlen zu stürzen. Der verlockende Traum leitete

scan & corr by rz 11/2008

zu einer widerwärtigen Praxis über, die ich **Bolschewismus** nenne. Man findet ihn in allen Ländern, und er hat in jedem seine Besonderheiten angenommen: Nationalsozialismus in Deutschland, Faschismus in Italien, Franquismus in Spanien, Maoismus in China usw. Seine spezifischen Eigenschaften besitzt er auch in den Ländern, in denen die Kräfte, die sich als kommunistisch bezeichneten, nicht an die Macht gelangen konnten und nur als Träger der Ideale der Pöbelherrschaft fungierten.

Eine weitere meiner Bemerkungen betrifft die ungenaue Bestimmung des Zeitpunkts, an dem der Bolschewismus in Rußland gestürzt wurde. Sowjetische und russische Politologen entschieden sich für den August 1991, also für den militärisch-faschistischen Putsch durch die bolschewistische Führung. Diese Betrachtungsweise ist von den westlichen Politologen übernommen worden, aber ich kann ihr nicht zustimmen.

Erstens ist die Ablösung eines jeden Systems kein kurzfristiger Akt, sondern sie setzt voraus, daß etwas Neues über einen langen Zeitraum hinweg in allen Lebensbereichen, besonders im Bewußtsein, heranreift. Die *Agonie des Kommunismus-Bolschewismus* (wenn wir diesen Begriff verwenden wollen) begann unmittelbar nach Stalins Tod. Noch sind uns die politischen Purzelbäume jener Zeit im Gedächtnis. Eine besonders rege Phase der Agonie setzte im Jahre 1985 mit dem Anfang der Perestroika ein. Noch vor 1991 wurde Artikel sechs[2] aus der Verfassung gestrichen, die Epoche der Glasnost und des Parlamentarismus setzte ein, die politischen Repressionen und die Angriffe auf die Kirche hörten auf, die Rehabilitation der Opfer politischer Unterdrückung wurde fortgesetzt, und der Kalte Krieg endete.

Zweitens war die Niederschlagung des Putsches von 1991 durchaus ein bedeutendes Ereignis. Aber ohne die von der Perestroika geschaffene Situation hätte es weder einen Putsch

scan & corr by rz 11/2008

noch dessen Niederlage gegeben. Die Bolschewiki erhoben sich gegen Gorbatschow und gleichzeitig gegen Jelzin, aber man braucht kein Mitleid mit der kommunistischen Partei zu haben, denn sie hat bis heute die Mehrheit im Parlament, regiert in vielen Regionen und strebt nach dem Präsidentenamt. Von einem Zusammenbruch des Bolschewismus kann also noch keine Rede sein, die demokratischen Reformen werden weiterhin gebremst, und unsere Studenten und Schüler benutzen die (inhaltlich) gleichen Lehrbücher wie in der Vergangenheit.

Zuletzt möchte ich die Bedeutung unterstreichen, die das *Schwarzbuch des Kommunismus* in der heutigen russischen Gesellschaft haben wird. Der Leser wird es unzweifelhaft als fesselnd empfinden, denn es ist wahrheitsgetreu und lehrreich.

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 3

Der Einsatz des Terrors in der Politik

von Martin Malia

Der Kommunismus hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts maßgeblich bestimmt. Er entstand mitten im Trauma des Ersten Weltkrieges, und zwar in einem Winkel Europas, in dem man es am wenigsten vermutet hätte. Nach dem Debakel von 1939-1945 machte er einen Riesensprung in Richtung Westen bis nach Deutschland und einen noch größeren in Richtung Osten und zu den chinesischen Meeren. Es war der Höhepunkt seiner Geschichte, denn er herrschte über ein Drittel der Menschheit, und sein Vormarsch war scheinbar nicht aufzuhalten.

Sieben Jahrzehnte lang prägte er die Weltpolitik und sorgte für eine starke Polarisierung: Auf der einen Seite diejenigen, die ihn als die sozialistische Erfüllung der Geschichte verstanden, auf der anderen Seite diejenigen, die in ihm die schlimmste Tyrannei aller Zeiten sahen. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, daß die Historiker sich in erster Linie mit der Frage beschäftigen, warum die Macht des Kommunismus, der so lange auf dem Vormarsch war, schließlich doch wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach. Seltsamerweise hat die Suche nach Antworten auf die vom Marxismus-Leninismus aufgeworfenen Fragen erst jetzt - d.h. mehr als

scan & corr by rz 11/2008

80 Jahre nach 1917 - angefangen. Wird das *Schwarzbuch des Kommunismus,* das in den letzten Jahren in Frankreich und weiten Teilen Europas für großes Aufsehen sorgte, daran etwas ändern?

Da im sowjetischen Rußland auf Grund ideologischer Zwänge jegliche seriöse Geschichtsschreibung bis vor kurzem ausgeschlossen war, blieb die akademische Forschung über den Kommunismus einzig und allein den Wissenschaftlern des Westens vorbehalten. Diese haben - auch wenn sie sich trotz ihrer externen Sichtweise dem ideologischen Magnetfeld ihres Forschungsgegenstandes nicht ganz entziehen konnten - in dem halben Jahrhundert seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine enorme Arbeit geleistet[1]. Doch ein grundsätzliches Problem blieb: Die eng gefaßten Vorstellungen der westlichen Forscher.

Diese Vorstellungen ergeben sich dadurch, daß der Kommunismus, nüchtern und neutral betrachtet, als pures Produkt der sozialen Entwicklung verstanden werden kann. Folglich hielten die Wissenschaftler beharrlich an der Idee fest, daß die Oktoberrevolution ein Arbeiteraufstand war. In Wirklichkeit war diese Revolution jedoch vor allem ein von Partisanen durchgeführter Staatsstreich. Der eher schwache Rückhalt der Partei in der Arbeiterschaft ist jedoch nicht das zentrale Problem der kommunistischen Geschichte. Problematisch ist vielmehr das, was die aus der Oktoberrevolution siegreich hervorgegangene Intelligenzija im nachhinein aus ihrem permanenten Staatsstreich gemacht hat. Dieser Aspekt wurde bisher kaum untersucht.

Zwei illusorische Alternativen, die beide einen besseren Sozialismus als den real existierenden der Bolschewisten versprachen, haben das Problem noch verschärft: Zum einen die »Alternative Bucharin«, die im Gegensatz zu Stalin einen gewaltfreien Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus Marxscher Prägung - d.h. Abschaffung des Privateigentums,

scan & corr by rz 11/2008

des Profits und des Marktes - propagierte[2]. Die zweite Alternative suchte nach der »Revolution von oben« der Jahre 1929-1933 ihren Impuls in der »Kulturrevolution« von unten. Hinter ihr standen im Gegensatz zu Bucharins »bürgerlichen Spezialisten« die Aktivisten der Partei und die Arbeiter. In diesem Fall war die Revolution mit einem massiven Machtzuwachs der Industriearbeiter verbunden[3].

Da diese Illusionen in der Zwischenzeit - wie Trotzki schon sagte - auf dem Scherbenhaufen der Geschichte gelandet sind, können wir das kommunistische Phänomen wahrscheinlich eher über eine moralische als eine soziale Annäherung begreifen: Die reichlich erforschte sowjetische Sozialentwicklung hat unzählige Opfer gefordert. Die Höhe dieser Opferzahlen hat die Forschung jedoch nie sonderlich interessiert. Das *Schwarzbuch des Kommunismus* ist der erste Versuch, das wirkliche Ausmaß dieser Katastrophe in seinem globalen Umfang zu ermitteln. »Die Unterdrückung, die Verbrechen und der Terror« des Leninismus werden systematisch aufgelistet: von Rußland bis Afghanistan, von 1917 bis 1989.

Diese faktische Annäherung reduziert den Kommunismus auf seine grundlegende menschliche Dimension: Er war wirklich - um mit den Worten aus dem Vorwort der französischen Ausgabe zu sprechen - »eine Tragödie von globaler Dimension«. Die beteiligten Autoren geben unterschiedlich hohe Opferzahlen an. Doch alle Schätzungen bewegen sich zwischen 85 und 100 Millionen Menschen. Dieser kommunistische Rekord steht für das größte politische Blutbad der Geschichte. Als das französische Publikum diesen Tatbestand zu begreifen begann, wurde aus der anscheinend nüchternen wissenschaftlichen Arbeit eine sensationelle Veröffentlichung, die eine heftige politische und intellektuelle Debatte auslöste.

Doch für denjenigen, der sich ernsthaft mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt hat, ist diese erschüt-

scan & corr by rz 11/2008

ternde Tragödie nicht wirklich neu, schon gar nicht, wenn er die verschiedenen leninistischen Systeme unabhängig voneinander betrachtet hat. Das breite Publikum hat die Wahrheit allerdings erst jetzt unter Schock zur Kenntnis genommen. Nur die wichtigsten Episoden dieser Tragödie hatten bereits traurige Berühmtheit erlangt: Stalins Gulagsystem, Mao Tsetungs Kulturrevolution, die Roten Khmer und Pol Pot. Diese Greueltaten gingen jedoch in der Geschichte auf, und niemand kam auf den Gedanken, sie zusammenzuzählen und zu veröffentlichen. Die außerordentliche hohe Gesamtopferzahl erklärt zumindest teilweise den Schock, den dieses Buch ausgelöst hat.

Der eigentliche Schock war jedoch der unvermeidliche Vergleich mit dem Nationalsozialismus, der mit seinen rund 25 Millionen geschätzten Todesopfern entschieden weniger mörderisch gewesen zu sein scheint. Und Stephane Courtois, der Herausgeber der französischen Ausgabe, schafft es nicht, die Zahlen für sich sprechen lassen: Er formuliert den Vergleich explizit und macht so aus dem Werk eine skandalöse Sensation. Courtois stützt sich auf die Tatsache, daß die französischen Gesetze einen Teil der in den Nürnberger Prozessen angewandten Rechtsprechung (für Fälle wie den von Maurice Papon) übernommen haben: Er stellt den kommunistischen »Klassenmord« ganz bewußt auf die gleiche Ebene wie den nationalsozialistischen »Rassenmord« und bezeichnet beides als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Er geht sogar noch weiter: Er stellt nämlich die Frage, inwieweit die zahlreichen westlichen Parteigänger Stalins, Maos, Ho Chi Minhs, Pol Pots und der Roten Khmer an diesen kommunistischen Verbrechen mitschuldig geworden sind, auch wenn sie in der Zwischenzeit »ihre Idole von gestern stillschweigend und mit äußerster Diskretion aufgegeben« haben.

In Frankreich stoßen diese Probleme auf ein besonders großes Echo. Seit den dreißiger Jahren kam die Linke sowohl

scan & corr by rz 11/2008

unter Leon Blum als auch unter Frangois Mitterrand nur im Rahmen von sogenannten Volksfronten (»Front populaire«), bei denen sich die Kommunisten mit den Sozialisten zusammentaten, an die Macht. Der demokratische Partner dieses Tandems war wegen der Moskauhörigkeit seines Bündnispartners fortwährend bloßgestellt. Seit 1940 mußte aber auch die Rechte wegen der Verbindungen des Vichy-Regimes zum Nationalsozialismus Federn lassen. In einem solchen historischen Kontext hatten sich die Wissenschaftler nie sonderlich um »die Wahrheit über die UdSSR« bemüht.

Doch wenden wir uns nun einer Debatte zu, die jedesmal aufflammt, wenn es um die moralische Gleichsetzung der beiden totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts geht, um nicht zu sagen, wenn es um den Begriff »Totalitarismus« an sich geht. Der Nationalsozialismus als »das Böse schlechthin« ist so fest in unseren Köpfen verankert, daß jeder Vergleich mit ihm von vornherein verdächtig erscheint.

Der Hauptgrund für diese Bewertung des Nationalsozialismus liegt wohl darin, daß die westlichen Demokratien während des Zweiten Weltkrieges in einer Art »Volksfront« gegen den »Faschismus« gekämpft haben. Außerdem hatten die Nazis sozusagen ganz Europa besetzt. Die Kommunisten hingegen waren während des Kalten Krieges nur eine ferne Bedrohung. Obwohl der Einsatz für die Demokratie während des Kalten Kriegs genauso hoch war wie im Zweiten Weltkrieg, war die damit einhergehende Spannung nach 1945 deutlich schwächer geworden und kam mit der freundschaftlichen Umarmung zwischen Michail Gorbatschow, dem letzten Generalsekretär des »Reichs des Bösen«, und Ronald Reagan, dem letzten Kämpfer des Kalten Kriegs, endgültig zum Erliegen. Der Zusammenbruch des Kommunismus hatte keinen Nürnberger Prozeß zur Folge und folglich auch keine »Entkommunifizierun 2«, die den Leninismus formell außer-

scan & corr by rz 11/2008

halb jeder Zivilisation gestellt hätte. Und so kann heute noch so manche kommunistische Regierung auf internationaler Ebene ihr Gesicht wahren.

Ein weiterer Grund für diese dualistische Wahrnehmung ist die Tatsache, daß der Nationalsozialismus bereits in der ersten Phase seiner Ungerechtigkeit eine entscheidende Niederlage erlitten hat. Auf diese Weise ist die Erinnerung an ihn ein für allemal mit absoluten Horrorgefühlen belegt. Der Kommunismus hingegen wurde auf dem Gipfel seiner Ungerechtigkeit mit einem spektakulären Sieg belohnt und konnte trotz nachlassender Dynamik noch ein halbes Jahrhundert weiterleben. Nach der Ära Stalin wurden sogar halbherzige Reuegefühle laut, und so mancher unglückliche Parteiführer (1968 beispielsweise der Tschechoslowake Alexander Dubcek) versuchte sogar, diesem System ein »menschliches Gesicht« zu geben. Als Folge dieser gegensätzlichen Entwicklung, die diese beiden totalitären Systeme durchliefen, liegen die Karten des Nationalsozialismus schon seit 50 Jahren offen auf dem Tisch, während die Erforschung der sowjetischen Archive eben erst beginnt. Die Aktenbestände des Fernen Ostens und Kubas stehen sogar weiterhin unter Verschluß.

Die Wirkung dieses ungleichen Informationszugangs wird durch subjektive Betrachtungen noch verstärkt: Die Tatsache, daß der Nationalsozialismus sich im Herzen des zivilisierten Europas - nämlich im Lande von Luther, Kant, Goethe, Beethoven … und Marx - entwickelte, macht ihn für die Westeuropäer noch abscheulicher. Der Kommunismus hingegen hinterläßt einen entschieden harmloseren Eindruck: Er gilt als eine historische Verirrung aus den russischen Randbezirken Europas, die ja eigentlich fast schon zu Asien gehören; eine Gegend, in der die Zivilisation trotz Tolstoi und Dostojewski angeblich nie wirklich Wurzeln geschlagen hat.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal des Nationalsozia-

scan & corr by rz 11/2008

lismus ist natürlich der Holocaust. Er gilt als ein in der Geschichte einmaliges Verbrechen, mit dem ein ganzes Volk ausgelöscht werden sollte. Bei den Nürnberger Prozessen wurde dafür der Begriff »Völkermord« geschaffen, und das jüdische Volk ging die absolute Verpflichtung ein, die Erinnerung an seine Märtyrer im Bewußtsein der Menschheit wachzuhalten. Es hat tatsächlich lange gedauert, bis die »Endlösung« in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen ist, nämlich erst während der siebziger und achtziger Jahre, d. h. zu einer Zeit, in der der Kommunismus bereits verblaßte. Unter diesen Umständen hatte die freie Welt zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Kommunismus 50 Jahre Zeit gehabt, um im Hinblick auf ihre letzten beiden Gegner eine doppelte Kategorisierung zu entwickeln.

Aus diesem Grund sind Hitler und der Nationalsozialismus heute in der Presse und dem westlichen Fernsehen allgegenwärtig. Über Stalin und den Kommunismus wird hingegen nur sporadisch berichtet. Als »ehemaliger Kommunist« ist man keineswegs gebranntmarkt, auch dann nicht, wenn man kein Wort der Reue über seine Lippen bringt. Doch der Kontakt mit dem Nationalsozialismus - und sei er auch noch so oberflächlich und marginal - ist ein unauslöschlicher Schandfleck. So waren auch Martin Heidegger und Paul de Man für alle Zeiten kompromittiert; auch die Essenz ihrer Gedanken hatte darunter zu leiden. Die Texte von Louis Aragon hingegen, der zur Zeit Stalins jahrelang die Literaturzeitschrift der Französischen Kommunistischen Partei herausgegeben hatte, wurden erst kürzlich in der Klassik-Reihe des französischen *Pleiade-Verlags* veröffentlicht. Die Presse feierte Aragons Kunst mit endlosen Lobeshymnen, verlor jedoch kein Wort über deren politische Funktion (das *Schwarzbuch des Kommunismus* veröffentlichte ein Gedicht aus dem Jahre 1931: Aragon hatte es der GPU, dem Vorläufer des KGB, gewidmet). Auch der stalinistische Dichter und Nobelpreisträger

scan & corr by rz 11/2008

Pablo Neruda wurde erst neulich in dem vielgepriesenen Film *Le Facteur* pathetisch gefeiert. Und dies, obwohl er 1939 als chilenischer Diplomat - faktisch aber als Komintern-Agent - in Spanien gearbeitet und den verstorbenen Stalin 1953 in einer herzzerreißenden Ode schwer beweint hatte. Man könnte die Liste mit diesen unterschiedlichen Schicksalen endlos weiterführen.

Im Osten ist die Situation noch verworrener. Keines der Gulag-Lager wurde in Erinnerung an die Häftlinge in ein Museum umgewandelt. Sie wurden alle während der unter Chruschtschow durchgeführten Entstalinisierung dem Erdboden gleichgemacht. Auf dem Moskauer Lubjanka-Platz, wo sich heute noch der historische Sitz des KGB befindet, wurde ein schlichter Stein aus dem in der Arktis gelegenen Solowki-Lager errichtet. Es ist das einzige Mahnmal, das den Opfern Stalins gewidmet ist, und wird - nicht zuletzt wegen des starken Verkehrs Stroms - auch nur selten aufgesucht. Ab und zu ein verwelkter Blumenstrauß, mehr nicht. Die Leninstatuen hingegen beherrschen immer noch das Zentrum zahlreicher Städte. Und der einbalsamierte Leichnam des ersten Generalsekretärs ruht nach wie vor in Ehren im Mausoleum an der Kremlmauer.

Von den verantwortlichen Machthabern der ehemaligen kommunistischen Welt wurde keiner verurteilt oder bestraft. Immer noch beteiligen sich die kommunistischen Parteien in aller Welt am politischen Leben, wenn auch meistens unter einer neuen Bezeichnung. So auch in Polen: Alexander Kwasniewski, der seinerzeit der Regierung von General Jaruzelski angehört hatte, konnte bei den Präsidentschafts wählen von 1996 Lech Wal^sa, das Symbol des Widerstands gegen den Kommunismus, schlagen. Ähnlich in Ungarn, wo Gyula Hörn, Angehöriger der Miliz, die 1956 den Aufstand niederschlug, und Mitglied der letzten kommunistischen Regierung, von 1994 bis 1998 Regierungschef war. Im benachbar-

scan & corr by rz 11/2008

ten Österreich hingegen wurde der Alt-Bundespräsident Kurt Waldheim von der ganzen Welt geächtet, als seine Nazi-Vergangenheit ans Tageslicht kam. Ohne Zweifel: Die links-intellektuellen Parteigänger des Westens und die heutigen Apparatschiks sind nie stalinistische Henker gewesen. Trotzdem stellt sich die Frage, ob das aktuelle Schweigen über deren Vergangenheit ein Zeichen dafür ist, daß der Kommunismus weniger schlimm war als der Nationalsozialismus.

Die durch das *Schwarzbuch* ausgelöste Debatte kann uns bei der Formulierung einer Antwort helfen. Einerseits lehnen es die Kommentatoren der linken Tageszeitung *Le Monde* ab, von einer einzigen von Phnom Penh bis Paris reichenden kommunistischen Bewegung zu sprechen. Sie zählen die Greueltaten der Roten Khmer zu den zwischen den Völkerschaften der Dritten Welt (beispielsweise in Ruanda) üblichen blutigen Auseinandersetzungen. Außerdem machen sie einen Unterschied zwischen dem »ländlichen« Kommunismus Asiens und dem »urbanen« Kommunismus Europas und halten den asiatischen Kommunismus für einen verkappten antikolonialistischen Nationalismus. Hinter dieser europäischen Arroganz steckt der Gedanke, daß die in soziologischer Hinsicht völlig unterschiedlichen Bewegungen nur deshalb unter einen Hut gebracht werden, damit man dem Kommunismus und somit der gesamten Linken höhere Opferzahlen zur Last legen kann. Als Reaktion darauf verwahren sich die Kommentatoren der konservativen Tageszeitung *Le Figaro* gegen eine der Entlastung des Kommunismus dienenden, reduktionistischen Soziologie und behaupten, daß weltweit alle marxistisch-leninistischen Regierungen nach dem gleichen ideologischen und organisatorischen Muster gestrickt seien. Auch hinter diesem Standpunkt steckt eine polemische Absicht: Angeblich könne man den Sozialisten, ganz gleich aus welchem Lager sie kommen, kein Vertrauen schenken, denn sie

scan & corr by rz 11/2008

seien nicht in der Lage, den ewigen Dämonen der extremen Linken zu widerstehen.

Lassen wir jedoch die recht unterschiedlich denkenden Koautoren des Schwarzbuchs diesen Streit unter sich austragen. Was allerdings mit Sicherheit feststeht: Die leninistische Matrix diente allen Schwesterparteien als Modell, auch wenn sie der Kultur des jeweiligen Landes entsprechend unterschiedlich umgesetzt wurde. Wie Jean-Louis Margolin deutlich beschreibt, lag die Repression in Rußland in den Händen der Politpolizei (Tscheka-GPU-NKWD-KGB), in China war sie Aufgabe der Volksbefreiungsfront, und in Kambodscha oblag sie den Jugendlichen vom Lande, denen man einfach eine Waffe in die Hand gedrückt hatte. In Asien war die ideologische Massenmobilisierung entschieden stärker als in Rußland. Doch das Ziel war überall das gleiche: die Unterdrückung der »Volksfeinde«, die - um mit Lenin zu sprechen - »wie schädliche Insekten« zu bekämpfen waren. Im übrigen ist die Erblinie klar: sie lief nicht nur von Stalin bis Mao, sondern bis zu Ho Chi Minh, Kim II Sung und Pol Pot. Jeder neue Machthaber verdankte seinem Vorgänger nicht nur materiellen Beistand, sondern auch die ideologische Inspiration. Um den Kreis zu schließen: 1952 begann Pol Pot in Paris ein Marxismus-Studium (zu einer Zeit, in der Philosophen wie Jean-Paul Sartre oder Maurice Merleau-Ponty sich mit der Frage auseinandersetzten, wie der Terror den »Humanismus« hervorbringen kann[4]). Begrenzt man die Diskussion auf den quantitativen Aspekt des Schreckens, so fällt die zweifache Kategorisierung in sich zusammen, und der Kommunismus steht als der kriminellste Totalitarismus da.

Betrachtet man jedoch den qualitativen Aspekt der Verbrechen, kehrt sich die Bilanz um. Auch hier ist der Holocaust der entscheidende Faktor: Er steht für die ausschließlich diabolische Natur des Nationalsozialismus und ist in der Tat so universell, daß andere verfolgte Gruppen - von den Ar-

scan & corr by rz 11/2008

meniern bis zu den amerikanischen Ureinwohnern - den Begriff »Völkermord« für die Beschreibung ihrer eigenen Erfahrungen übernommen haben. Es ist nicht weiter überraschend, daß der Vergleich mit dem Holocaust nicht selten als illegitim, ja sogar als diffamierend hingestellt wird. Ein bekannter Wissenschaftler veröffentlichte in der *Le Monde* eine hitzige Kolumne, in der er Courtois' Vorwort zum *Schwarzbuch* als antisemitisch anprangert.

Es gibt jedoch noch andere, emotional weniger belastete Kriterien, an Hand derer sich die Besonderheit des Naziterrors festmachen läßt: Alle Strafgesetzbücher unterscheiden beim Mord je nach Motiv, Grausamkeit usw. verschiedene Stufen. Obwohl bereits Raymond Aron und in jüngerer Zeit auch Francois Füret unmißverständlich auf die unheilvolle Natur des Kommunismus hingewiesen haben, unterscheiden beide streng zwischen einer Liquidierung aus politischen Gründen - so pervers sie auch sein mag - und einer Liquidierung um ihrer selbst willen[5]. Unter diesem Blickwinkel scheint der Kommunismus einmal mehr im Vergleich zum Nationalsozialismus das kleinere Übel zu sein.

Diese an sich glaubwürdige Unterscheidung liefert jedoch auch der Gegenseite plausible Argumente: Vor allem die ehemaligen Dissidenten Osteuropas halten die für ein edles Ideal begangenen Massenmorde für wesentlich perverser als die Massenmorde, die im Hinblick auf ein schändliches Ziel verübt wurden[6]. Alles in allem haben sich die Nazis nie als Tugendhelden ausgegeben. Die Kommunisten hingegen haben mit ihren Humanismus-Parolen jahrzehntelang Millionen von Menschen in der ganzen Welt betrogen und konnten so ungestraft möglichst viele Menschen umbringen. Im Gegensatz zu den Nazis, die ihre Opfer ohne ideologische Zeremonie massakrierten, zwangen die Kommunisten die Opfer zu einem Eingeständnis ihrer »Fehler«: Sie mußten entsprechende Erklärungen unterzeichnen, mit denen sie die politische »Ge-

scan & corr by rz 11/2008

rechtigkeit« der offiziellen Parteilinie anerkannten. Außerdem war der Nationalsozialismus ein Einzelfall (Mussolinis Faschismus kann man nicht wirklich mit ihm vergleichen) und besaß keine weltweite Anhängerschaft. Der Kommunismus hingegen konnte auf Grund seiner weltweiten Verbreitung überall Metastasen entwickeln.

Alain Besancon vertritt eine eindeutige Position: Für ihn ist Mord gleich Mord, ganz egal welche ideologische Motivation dahintersteht. Dies gilt ohne Zweifel auch für die Opfer des Nationalsozialismus und Kommunismus[7]. Auch Hannah Arendt spricht sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* für eine absolute Gleichwertigkeit der beiden Systeme aus: Sowohl der Kommunismus als auch der Nationalsozialismus haben ihre Opfer nicht für das liquidiert, was sie getan haben (Widerstand gegen das Regime beispielsweise), sondern für das, was sie waren (Juden, Kulaken usw.). So betrachtet hilft die in manchen Kreisen übliche Unterscheidung zwischen dem »dehnbaren und weniger mörderischen« Begriff des »kleinbürgerlichen Kulaken« und dem Begriff »Jude« nicht weiter, denn sowohl die soziale als auch die rassische Kategorisierung ist pseudowissenschaftlich.

Im Gegensatz zu den empirisch ermittelten Opferzahlen führen die qualitativen Kriterien keine Entscheidung herbei. Deshalb sind manche Forscher in Anbetracht fehlender allgemeingültiger Kategorien für das politische »Böse« auch der Meinung, daß in jeder Wertung nur die ideologische Grundhaltung des jeweiligen Autors zum Ausdruck käme.

Aus diesem Grund sind die Forscher »positivistischer« Sozialwissenschaften auch der Ansicht, daß moralische Fragen nicht zum Verständnis der Vergangenheit beitragen. Die sich mit der politischen Denunzierung im modernen Europa beschäftigenden *Accusatory Practices*[8] sind dafür ein typisches Beispiel. Im Vorwort werden interessante Fakten präsentiert:

scan & corr by rz 11/2008

1939 beschäftigte die Gestapo 7500 Personen. Für den NKWD arbeiteten im gleichen Jahr 366000 Personen (einschließlich des Personals der Gulag-Lager). Für die Mitglieder der kommunistischen Partei war die Denunzierung eine Verpflichtung. Die Mitglieder der NSDAP hingegen unterlagen keiner Denunzierungspflicht. Aus diesem Gegensatz wurden jedoch keine weiteren Schlußfolgerungen gezogen. Statt dessen wird berichtet, daß die Denunzierung unter beiden Regimes zu den Alltagspraktiken der Bevölkerung gehörte, und zwar eher aus Karrieregründen als aus ideologischer Überzeugung. An anderer Stelle wird dem Leser mitgeteilt, daß die Denunziation nicht nur im ländlich geprägten vorrevolutionären Rußland eine Dauererscheinung war, sondern auch im jakobinischen Frankreich, in Großbritannien zur Zeit der Puritaner, unter der spanischen Inquisition und in den USA während der McCarthy-Affäre. Und alle diese im Vorwort aufgeführten »Hexenjagd«-Formen weisen gemeinsame Merkmale auf.

Durch diese Sichtweise wird jedoch sowohl die Politik als auch die Ideologie systematisch auf die Anthropologie reduziert. Und trotzdem versichern uns die Autoren der *Accusatory Practices,* daß - im Gegensatz zu dem, was Hannah Arendt gesagt hat - die »Ähnlichkeiten zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus« nicht ausreichen, um ein »spezifisch >totalitäres< Phänomen« herausarbeiten zu können. Folglich sei der Versuch, den nationalsozialistischen Terror und den kommunistischen Terror auf die gleiche Ebene zu bringen, eine Diffamierung, die dem Kalten Krieg alle Ehre gemacht hätte. Dies war tatsächlich 25 Jahre lang der ideologische Hintergedanke der »revisionistischen« Sowjetologie.

Die Annäherung über einen »Tatsachenvergleich« setzt voraus, daß der kommunistische Terror keine kommunistischen Besonderheiten aufweist. So wie der Naziterror angeblich auch keine nationalsozialistischen Besonderheiten zeigt. Auf diese Weise wird die blutige sowjetische Erfahrung zu

scan & corr by rz 11/2008

einem anthropologischen Einheitsbrei banalisiert. Die Verhältnisse in der Sowjetunion werden schlicht und einfach auf eine andere Zeit und ein anderes Land übertragen, das offenbar nicht besser und schlechter ist als jedes andere reale Regime. Dies ist natürlich mehr als absurd! Wenden wir uns also lieber wieder dem Problem der moralischen Wertung zu. Dieses Problem ist untrennbar mit einer wirklichen Aufarbeitung der Vergangenheit verbunden, aber auch untrennbar mit all dem, was menschlich ist.

Im 20. Jahrhundert ist die Moral weniger eine Frage von ewigen Wahrheiten und transzendenten Imperativen als vielmehr eine Frage der politischen Treue, die eng mit der linken bzw. rechten Opposition zusammenhängt: Für die einen liegt der Schwerpunkt vor allem beim Egalitarismus und dem Mitgefühl für andere, die anderen legen besonderen Wert auf die Einhaltung der Ordnung und die Sicherheit. Da jedoch beide Richtungen ihre Prinzipien nicht rigoros durchsetzen können, ohne dabei die Gesellschaft zu zerstören, lebt die moderne Welt in einer permanenten Spannung: Auf der einen Seite das Streben nach Gleichheit, auf der anderen Seite die funktionelle Notwendigkeit der Hierarchie.

Durch dieses Syndrom ist der Kommunismus dem Nationalsozialismus in qualitativer Hinsicht überlegen, unabhängig von der zahlenmäßigen Aufrechnung der diesen beiden Systemen zuzuordnenden Greueltaten. Am Anfang gab das kommunistische Projekt universalistische und egalitäre Ziele vor. Das nationalsozialistische Projekt hingegen predigte hemmungslos einen nationalen Egoismus. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Praktiken der beiden Systeme durchaus vergleichbar sind: Denn was die beiden politischen Richtungen deutlich voneinander unterscheidet, ist die moralische Aura. Und sie ist es, die in der westlichen Innenpolitik den Ausschlag gibt. Kommen wir zum entscheidenden Punkt der Debatte: Ein Mensch mit moralischen Grundsätzen kann

scan & corr by rz 11/2008

»auf der linken Seite keine Feinde« haben. So gesehen unterstützt derjenige, der allzusehr auf den kommunistischen Verbrechen beharrt, die Sache der Rechten - es sei denn, man hält jede Form von Antikommunismus für eine verkappte Fortschrittsfeindlichkeit.

Aus diesem Grund hielt der Herausgeber der französischen Tageszeitung *Le Monde* das *Schwarzbuch des Kommunismus* für unangebracht: Denn wer den Kommunismus und den Nationalsozialismus auf die gleiche Ebene stellt, beseitigt »die letzten Schranken, die die Legitimierung der radikalen Rechten verhindern sollten«. Die fremdenfeindlichen Bewegungen in Europa sind neu und alarmierend und gehen letzten Endes alle liberalen Demokraten etwas an. Doch deswegen sollte die kriminelle Vergangenheit des Kommunismus keineswegs ignoriert oder verharmlost werden. Dies wäre lediglich eine Abart von Jean-Paul Sartres bekanntem Sophismus, der sich für ein Verschweigen der sowjetischen Lager aussprach, »um Billancourt[9] nicht zur Verzweiflung zu bringen«. Dem entgegnete Albert Camus, daß die Wahrheit die Wahrheit sei und daß derjenige, der sie verleugne, die Menschheit und die Moral verhöhne[10].

Die Hartnäckigkeit, mit der sich eine solche Sophistik halten kann, zeigt vielmehr, daß das *Schwarzbuch des Kommunismus* mehr als angebracht ist. Worin liegt denn die Provokation dieses Buches? Es erstellt - ohne etwas Besonderes sein zu wollen - eine sachliche Bilanz der Menschenleben, die nach unserem aktuellen Wissensstand dem Kommunismus zum Opfer gefallen sind. Diese Bilanz stützt sich so weit als möglich auf das in den Archiven zugängliche Quellenmaterial, ansonsten auf die besten Sekundärquellen, und geht in Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich bei den zahlenmäßigen Schätzungen ergeben, mit der notwendigen Sorgfalt vor. Die nüchterne Sachlichkeit dieser Bestandsaufnahme ist es, die dem Buch seine starke Aussagekraft verleiht. Der von

scan & corr by rz 11/2008

Land zu Land und von Greueltat zu Greueltat geführte Leser reagiert mit Betroffenheit auf diese gesammelten Fakten.

Mehrere wichtige Analysepunkte werden im *Schwarzbuch* so unparteiisch wie möglich abgehandelt. Punkt 1: Die kommunistischen Regimes haben nicht nur kriminelle Taten begangen (alle Staaten begehen sie bei entsprechender Gelegenheit), sondern waren per definitionem kriminelle Unternehmen. Die Politik der kommunistischen Regimes war prinzipiell illegal, geprägt von Gewalt und Menschenverachtung. In seinem Kapitel über die Sowjetunion - »Ein Staat gegen sein Volk« - führt uns Nicolas Werth systematisch durch die einzelnen Terrorzyklen, angefangen bei der Oktoberrevolution von 1917 bis zu Stalins Tod im Jahre 1953. Er stellt folgenden Vergleich an: Unter dem Zaren sind zwischen 1825 und 1917 exakt 6321 politische Häftlinge hingerichtet worden (die meisten von ihnen in den Revolutionsjahren 1905-07). Der Bolschewismus hingegen kam allein im Herbst 1918 während des zwei Monate wütenden roten Terrors auf rund 15 000 Hinrichtungen. Dies dauerte rund 35 Jahre an: Während der durch die Kollektivierung in den Jahren 1932/33 ausgelösten Hungersnot kamen sechs Millionen Menschen ums Leben. Die große Säuberung forderte weitere 720000 Opfer. Von den sieben Millionen Menschen, die zwischen 1934 und 1941 in den Gulag-Lagern interniert waren und zum großen Teil dabei umkamen, ganz zu schweigen. Von 1941 bis zu Stalins Tod im Jahre 1953 saßen noch einmal 2750000 Menschen in Lagerhaft. Nicht alle Lagerinsassen wurden zwangsläufig umgebracht, aber die Zahlen belegen deutlich, daß der Terror für die Sowjetregierung ein gängiges Mittel war.

Jean-Louis Margolin liefert in seinem Kapitel über Chinas langen »Marsch in die Nacht« weniger bekannte und deshalb um so überraschendere Zahlen: mindestens zehn Millionen »unmittelbare Opfer«. Unter den Menschenmassen, die in Chinas verstecktem »Gulag«, dem Laogai-System, interniert

scan & corr by rz 11/2008

waren, befinden sich wahrscheinlich noch einmal 20 Millionen Todesopfer. Weitere 20 Millionen Menschen fielen der »politischen Hungersnot« während des *Großen Sprungs nach vorn* in den Jahren 1959-1961 zum Opfer. Es war die größte Hungersnot aller Zeiten. Auch Pol Pot organisierte einen großen Sprung nach vorn. Dabei kam jeder siebte Kambodschaner ums Leben. Dies ist die höchste Todesrate aller kommunistischen Länder.

Punkt 2: Es hat im Kommunismus nie eine positive Anfangsphase gegeben, die durch eine mythische »Wende zum Schlechten« abrupt beendet worden wäre. Lenin hatte den Bürgerkrieg, der alle »Klassenfeinde« vernichten sollte, von Anfang an bewußt geplant. Dieser Krieg wurde hauptsächlich gegen die Bauern geführt und zog sich mit kurzen Unterbrechungen bis 1953 hin. Soviel zum Märchen vom »guten Lenin« und »bösen Stalin« (und wer wissen will, inwieweit das zu unserem Thema gehört, findet die Antwort im larmoyanten Lenin-Artikel der aktuellen Ausgabe der *Encyclopedia Britannica).* Der nächste Punkt ist »technischer« Natur: Die Hungersnot war für das Regime ein Mittel, um den Widerstand der Bauern gegen die Wirtschaftspläne zu brechen. Diese im Vergleich zur fortschrittlichen Gaskammer-Technologie der Nazis pharaonischen Methoden kamen auch noch nach Solschenizyn zum Einsatz.

Ein weiterer fundamental bedeutsamer Punkt: Der rote Terror läßt sich nicht als die Fortsetzung der vorrevolutionären Politkultur erklären. Die kommunistische Repression geht nicht auf traditionelle autokratische Formen zurück. Sie ist auch nicht als eine Intensivierung der im Volke verankerten Gewaltformen zu verstehen: Die neuen Machthaber konnten sich weder auf die Tradition der russischen Bauernanarchie noch auf die der tausend Jahre alten chinesischen Revolutionszyklen oder des stark ausgeprägten kambodschanischen Nationalismus berufen, auch wenn sie diese Traditionsfor-

scan & corr by rz 11/2008

men gerne für sich in Anspruch nahmen. Die kommunistischen Praktiken sind auch keine Folge der durch die beiden Weltkriege freigesetzten Gewalt, so brutal diese auch gewesen sein mag. Die massiven kommunistischen Gewaltformen gegen die Bevölkerung entsprachen vielmehr einer bewußten politischen Entscheidung der neuen revolutionären Ordnungsmacht. Das Ausmaß und die Grausamkeit dieser Gewalt geht über alles, was sich in der Geschichte dieser Länder ereignet hat, weit hinaus.

Ein letzter von Courtois und seinen Coautoren stark hervorgehobener Punkt: Der von den Kommunisten propagierte »permanente Bürgerkrieg« resultiert aus der marxistischen, »wissenschaftlichen« These, daß der Klassenkampf - um das Bild von Karl Marx zu gebrauchen - der gewalttätige Geburtshelfer der Geschichte sei. Auch die nationalsozialistische Gewalt wurde - so Courtois - wissenschaftlich untermauert, nämlich durch einen Sozialdarwinismus, der über den Rassenkampf eine nationale Regenerierung versprach.

Der Blick auf die ideologischen Grundlagen der kommunistischen Massenmorde findet in den Ausführungen Margolins seine Ergänzung: Je weiter die Revolution nach Osten wanderte, desto radikaler wurde sie. Mit Stalin, der sich als der »Lenin der Gegenwart« bezeichnete und seinen ersten Fünfjahresplan als zweite Oktoberrevolution hinstellte, fing diese Eskalation bereits an. 1953 setzten die Erben Stalins dem Massenterror jedoch ein Ende. Er war dem in der Zwischenzeit zur Großmacht aufgestiegenen Sowjetregime schlicht und einfach zu kostspielig geworden. Die chinesischen Genossen hingegen empfanden Moskaus Mäßigung als einen Verrat an der Weltrevolution, die sich zu dem Zeitpunkt nach Asien verlagerte und Mao dazu trieb, seine sowjetischen Mentoren mit dem *Großen Sprung nach vorn* zu überholen. In den Jahren 1959-1961 wollte China mehr verwirklichen als den einfachen Sozialismus Moskauer Prägung; es wollte den von Marx in seinem

scan & corr by rz 11/2008

Kommunistischen Manifest und in der *Kritik des Gothaer Programms* beschriebenen Kommunismus in die Tat umsetzen. Als Mao sich in den Jahren 1966-1976 mit der Anarchie der Kulturrevolution gegen seine eigene Partei wandte, ging er ein weiteres Mal weit über Stalins große Säuberungsaktion von 1937-1939 hinaus. Doch die absurdeste Folgeerscheinung dieser Tradition stellte sich in den Jahren 1975-1979 bei Pol Pots Roten Khmer ein: Hinter dem Wüten gegen das städtische »Bürgertum« steckte nichts anderes als der Ehrgeiz des Kleinstaates Kambodscha, die Weltrevolution weiter voranbringen zu können als Mao.

Da dieser »Fortschritt« jedoch keine langfristigen Wirkungen zeigte, entschlossen sich die Erben Maos ebenfalls zum »Verrat« am Marxismus-Leninismus: Man machte dem Terror gegen die Bevölkerung ein Ende und wandte sich halbherzig der Marktwirtschaft zu. Mit Deng Xiaoping kam nach 1979 eine Politik zum Tragen, die den perversen Begeisterungssturm vom Oktober 1917 weltweit zum Erliegen brachte. Die kommunistische Entwicklung, die das *Schwarzbuch* von Petersburg bis zum Chinesischen Meer nachzeichnet, zeigt deutlich, daß der kometenhafte Aufstieg dieser Bewegung in der Ideologie begründet war und nicht im Sozialprozeß. Und das praktische Scheitern dieser Ideologie zog auch unverzüglich den politischen Zusammenbruch dieser Bewegung nach sich.

Mit diesem transnationalen Überblick nähern wir uns der Antwort auf eine wichtige Frage der Geschichte des Kommunismus: Warum kam die auf die proletarische Revolution in den industriellen Gesellschaften ausgerichtete Doktrin nur in überwiegend landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften an die Macht, in Gesellschaften, die laut marxistischer Definition am wenigsten auf den Sozialismus vorbereitet waren? Für Karl Marx war die sozialistische Revolution nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung; da nämlich

scan & corr by rz 11/2008

diese gesellschaftliche Umwandlung vor allem denjenigen, die entschieden im Rückstand waren, einen lukrativen Aufholprozeß versprach, ist es nicht weiter verwunderlich, daß der Marxismus sich immer weiter in den politisch und wirtschaftlich unterentwickelten Osten verlagerte. Nur wenn wir diese paradoxe Entwicklung mit ihren immer größeren Sprüngen in Richtung Osten im Auge behalten, können wir die außerordentliche Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert wirklich erfassen.

Dies führt uns wieder zu der kontroversen - und heiklen - Frage, mit der uns Stephane Courtois im *Schwarzbuch* konfrontiert hat: Gibt es eine moralische Äquivalenz zwischen dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus? Nach heftigen Diskussionen, die sich über 50 Jahre hinzogen, wird heute niemand mehr bestreiten wollen, daß die Steigerungsstufen des totalitären Bösen eher an Begriffen aus der aktuellen Politik als an Begriffen aus vergangenen Realitäten festzumachen sind. Solange es eine Rechte und eine Linke gibt (was sicherlich noch eine Zeitlang der Fall sein wird), werden wir mit dieser zweifachen Kategorisierung zu kämpfen haben. Auch wenn man das Scheitern des Kommunismus noch so sorgfältig aufarbeitet (jeden Tag stellt die Forschung den Kommunismus in einem noch schlechteren Licht dar), es wird immer nachsichtige und Verständnis bekundende Reaktionen geben: Wie etwa die des Moskauer Korrespondenten einer großen westlichen Tageszeitung, der nach dem Sturz des Regimes sich folgendermaßen an das russische Volk wandte: »Danke, daß Ihr es versucht habt!« Es wird auch immer Menschen geben, die das *Schwarzbuch* als »antikommunistische Rhetorik der Rechten« abtun. Vielen einfachen Gemütern wird jedoch endlich bewußt werden, daß hinsichtlich der politischen Verbrechen des 20. Jahrhunderts zwischen unserer momentanen Wertung und der tatsächlichen Bilanz eine skandalöse Diskrepanz besteht.

scan & corr by rz 11/2008

Möglicherweise löst es in uns ein Umdenken aus: Noch vor zehn Jahren hätten die Autoren des Schwarzbuchs das, was sie heute wissen, nicht glauben wollen. Mit der Erforschung der sowjetischen - und eventuell auch ostasiatischen - Archive wird die Bilanz immer wieder korrigiert werden. Zumal die historische Forschung sich mehr und mehr verpflichtet fühlt, an alle Unterdrückten der Vergangenheit zu erinnern. Gleichzeitig entschuldigen sich die Regierungen und Kirchen offiziell für ihre begangenen Sünden. Unter diesen Bedingungen kann die Partei der *Humanite* sicherlich auch ein bißchen Mitgefühl für diejenigen entwickeln, die von einem Großteil ihrer eigenen Anhänger lange Zeit viel Inhumanes erdulden mußten.

Trotzdem wird diese Bemühung um eine späte Gerechtigkeit immer wieder vor einem unüberwindbaren Hindernis stehen, denn keine noch so realistische Erfassung der kommunistischen Verbrechen kann den Traum von der Utopie ein für allemal zerstören. Es gibt zu viele gute Menschen, die in dieser ungerechten Welt die Hoffnung auf ein Ende der Ungleichheit nicht aufgeben wollen (und einige weniger gute Menschen werden dafür auch immer »rationale« Wundermittel parat haben). Auf der Suche nach der historischen Wahrheit bleibt den Genossen noch viel zu tun, bevor man dem Kommunismus seinen Anteil am absolutem Bösen zugestehen wird.

scan & corr by rz 11/2008

TEIL II

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 4

Estland und der Kommunismus

von Mart Laar

Die Verbreitung des Marxismus in Estland zur Zeit des Zaren

Das 20. Jahrhundert war weltweit das Jahrhundert des Aufstiegs und Niedergangs des Kommunismus. Von dieser kommunistischen Erfahrung war Estland ganz besonders stark gezeichnet. Die wegbereitenden Ideen dieser Ideologie kamen nämlich schon deutlich früher in dieses Land: An der Universität Tartu begannen die Studenten - vorwiegend deutscher Herkunft[1] - schon in der Frühphase mit der Verteilung marxistischer Texte. Die ersten Werke von Marx und Engels erreichten Estland vermutlich in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Auch die auf Grund des Sozialistengesetzes von 1878 aus Deutschland verbannten Marxisten brachten - soweit sie sich in Tartu oder Tallinn (Anmerkung des Übersetzers: Auf deutsch heißen diese Städte eigentlich Dorpat und Reval) niederließen - sozialistische Ideen ins Land[2]. Mit der Russifizierung der Universität Tartu nahm die Anhängerschaft des Marxismus in den achtziger Jahren deutlich zu. Russische, polnische, lettische und jüdische Studenten kamen zu ersten marxistischen Diskussionsrunden zusammen. Auch

scan & corr by rz 11/2008

estnische Studenten interessierten sich für solche Aktivitäten. Für die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts läßt sich zum ersten Mal die Existenz einer kleinen sozialistischen Geheimgruppe estnischer Studenten belegen[3].

In der ersten Zeit wurden die marxistischen Ideen vor allem von Deutschland aus verbreitet. Dies änderte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die russischen Vorkämpfer des Marxismus die Oberhand gewannen und einen immer stärkeren Einfluß auf die frühe sozialdemokratische Bewegung nahmen. Mit der Zuwanderung russischer Studenten und Arbeiter setzte sich in Estland die russische Auslegung der Sozialdemokratie durch. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden auch in Estland Untergruppen der 1898 gegründeten Sozialdemokratischen Russischen Arbeiterpartei (SDRAP). Die einflußreichste entstand 1902 unter der Leitung von Michail Kalinin in Tallinn[4]. Die ab 1903 erscheinende Zeitung *Uudised* stand dieser Bewegung zwar nahe, galt in Kreisen der SDRAP allerdings als zu nationalistisch und zu zurückhaltend[5].

Während der Revolution von 1905 bekam die SDRAP starken Zulauf. Am Ende des Jahres zählte sie rund tausend Mitglieder. Wie allgemein bekannt, hatte sich die Parteileitung 1903 in Menschewiken (dt: Vertreter der Minderheit) und Bolschewiken (dt: Vertreter der Mehrheit) gespalten. Die Partei trieb das Volk dazu an, sich an der Revolution zu beteiligen und die Schlösser niederzubrennen, und übernahm so eine führende Rolle innerhalb des Aufstands. Die Regierung reagierte mit der Aufstellung von Strafeinheiten, die die Revolution blutig niederwarfen.

Estlands Bolschewiken betrachteten die Nationalbewegung als ihren schlimmsten Feind und bekämpften die nationalistischen Ideen von Anfang an mit aller Härte. Auch die von 1912 bis 1914 in Narva erscheinende Proletarier-Zeitung *Kur* folgte der bolschewistischen Prawda-Linie und

scan & corr by rz 11/2008

veröffentlichte zahlreiche Artikel gegen die Nationalbewegung[6].

Unter diesen Bedingungen war der Konflikt mit den auf die Unabhängigkeit hinarbeitenden Kräften unausweichlich, auch wenn Lenin den Bolschewiken von Estland zunächst einmal den Rat gab, die Unabhängigkeitsbewegung aus taktischen Gründen zu unterstützen. Während der provisorischen Regierung zogen sie sich mehr oder weniger in den Untergrund zurück. In der zweiten Jahreshälfte von 1917 gewannen sie jedoch mit Schlagwörtern wie »Friede, Brot und Land« und demagogischen Versprechungen wieder deutlich stärkeren Einfluß. Davon zeugen auch die Ergebnisse der russischen Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung: Rußland weit erreichten die Bolschewiken 24% und die revolutionären Sozialisten mehr als 40% der Stimmen. In Estland kamen die Bolschewiken sogar auf mehr als 40% der Stimmen. Im Oktober nutzten Lenin und die Bolschewiken die Schwäche der provisorischen Regierung und rissen die Macht mit Waffengewalt an sich. Dabei spielten die Bolschewiken von Estland eine entscheidende Rolle[7].

Am 5. November 1917 bekamen sie aus Petrograd eine verschlüsselte Nachricht mit dem Befehl der Machtergreifung. Der Staatsstreich war gut vorbereitet und verlief deshalb wie geplant. Am 9. November übernahm Viktor Kingissepp, der Vizepräsident des revolutionären Militärkomitees von Estland, in Tallinn offiziell die Macht. Anschließend traten in ganz Estland die Bolschewiken auf den Plan. Dies nahm allerdings mehr Zeit in Anspruch, als ursprünglich vorgesehen war. Ein von Jaan Anvelt geleitetes Exekutiv-Komitee des Arbeiter- und Soldatensowjets von Estland verstand sich als die bolschewistische Zivilmacht. Am 28. November trat jedoch in Tallinn der estnische Nationalrat[8] zusammen und nahm ohne Rücksicht auf den Staatsstreich die Macht für sich in Anspruch. Er wurde von den Bolschewiken gewaltsam auf-

scan & corr by rz 11/2008

gelöst. Bewaffnete Einheiten, die den Bolschewiken gegenüber loyal eingestellt waren, erstickten die sich daran anschließenden Protestkundgebungen und nahmen deren Organisatoren fest. Zu Beginn des Jahres 1918 hatte der Arbeiter- und Soldatensowjet ganz Estland unter seiner Kontrolle. Doch der Beliebtheitsgrad der Bolschewiken nahm bereits ab[9].

Am 21. und 22. Januar 1918 führten die Bolschewiken Neuwahlen für eine provisorische estnische Volksversammlung durch. Doch das Ergebnis war für sie enttäuschend, denn die die estnische Unabhängigkeit unterstützenden Parteien konnten diese Wahl für sich entscheiden. Folge: Die Bolschewiken annullierten die Wahl und riefen in der Nacht vom 27. zum 28. Januar 1918 wegen einer angeblichen Verschwörung des baltendeutschen Adels den Kriegszustand aus. Dem gesamten Adel wurde der Gesetzesschutz entzogen: Sämtliche adlige Männer und Frauen sollten verhaftet und in Konzentrationslagern interniert werden. Zwischen 500 und 800 Männer - je nach Quelle - wurden tatsächlich deportiert[10]. Mit der deutschen Offensive vom 18. Februar 1918 kamen die Repressionen zum Stillstand. Ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, besetzte die deutsche Armee ganz Estland. Am 24. Februar nutzte der Ältestenrat[11] das Machtvakuum für die Unabhängigkeitserklärung Estlands und setzte einen Wohlfahrtsausschuß ein. Die Deutschen erkannten die Unabhängigkeitserklärung jedoch nicht an und reagierten mit der Bildung eines Besatzungsregimes, das den deutschen Einfluß auf Estland stärken sollte. Der Wohlfahrtsausschuß hingegen ernannte eine provisorische Regierung, die einen Konsens mit allen politischen Kräften anstrebte. Ziel: Die friedliche Gründung des neuen Estlands.

scan & corr by rz 11/2008

Die estnischen Kommunisten während der Weltrevolution

Den Bolschewiken lag jedoch nicht viel an einem solchen Konsens. Lenin machte keinen Hehl daraus, daß die Ereignisse vom November 1917 für ihn nur der erste Akt der Weltrevolution waren. Deshalb zielte sein Handeln vor allem darauf ab, im Ausland »die Flamme der Revolution zu nähren«. Das allgemeine Kriegschaos und die sich auf der ganzen Linie im Vormarsch befindenden linken Ideen sollten ihm dabei zugute kommen. Lenin wolle die Revolution nach Mittel- und Westeuropa ausdehnen. Einem russischen Angriff auf Westeuropa standen allerdings die an der russischen Westgrenze liegenden Staaten im Wege. Ihre Vernichtung war folglich das erste Ziel. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im November 1918 rückte die Rote Armee schnell nach Westen vor, stürzte die nationalen Regierungen und ersetzte sie durch moskauhörige Bolschewistenregimes.

Am 28. November 1918 griff die Rote Armee Narva an. Wenig später war die Stadt besetzt. Unter den sowjetischen Truppen, die gegen die noch in den Kinderschuhen steckende estnische Nationalarmee vorging, befand sich auch das rote estnische Füsilierregiment. Um dieser Offensive gegen Narva den Anschein eines Bürgerkriegs zu geben, proklamierten die Kommunisten am nächsten Tag eine Arbeiterkommune von Estland und unterstellten sie Jaan Anvelt. Am 23. Dezember bestätigte die Regierung des kommunistischen Rußlands die Unabhängigkeit der Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen. In Wirklichkeit waren die ortsansässigen Bolschewiken in jeder Beziehung an die Weisungen aus Moskau gebunden. Auch die von der Kommune kontrollierten und in den Baltenländern äußerst aktiven Partisanengruppen unterstanden direkt der Kommunistischen (Bolschewistischen) Partei Rußlands[12].

scan & corr by rz 11/2008

Die Kommune führte verschiedene »linke« Reformen durch: Verstaatlichung der Betriebe und Enteignung der Großgrundbesitzer. Das Land wurde jedoch nicht unter den Bauern aufgeteilt. Den Machthabern schwebte eine kollektive Bewirtschaftung vor. Damit machten sich die Bolschewiken bei den Bauern unbeliebt.

In den von den Bolschewiken kontrollierten Regionen Estlands regierte der Terror. Am 29. November 1918 erließ die Arbeiterkommune von Estland ein Manifest: »Alle Agenten und Handlanger der provisorischen Regierung, alle Großgrundbesitzer und Pastoren, deren Hände vom Blut der estnischen Arbeiter triefen, stehen ab sofort außerhalb des Gesetzes.« Von Anfang an machten die Bolschewiken die rohe Gewalt zu einem ihrer bevorzugten Handlungsinstrumente[13]. Ähnlich äußerte sich auch Jaan Anvelt am 3. Dezember in der *Eesti kütiväe teataja:* »Für jedes Haar, das einem unserer Genossen vom Kopf gerissen wird, müssen zehn Weißgardisten mit ihren Frauen und Kindern, ihrem Leben und Besitz bezahlen.« Lokale antireaktionäre Kampfausschüsse setzten die terroristische Politik der Kommune in die Tat um. Innerhalb kürzester Zeit wurden mindestens 2500 Personen verhaftet. Die Bolschewiken legten Konzentrationslager an[14]. Man schätzt, daß die erste rote Terrorwelle in Estland mindestens 500 Menschen das Leben gekostet hat. Die Gesamtbevölkerungszahl lag bei einer Million. Vor allem dieser rote Terror und die fatale Agrarpolitik führten zu einer deutlichen Schwächung der bolschewistischen Autorität und zu einem starken Rückgang der den Bolschewisten anfänglich entgegengebrachten Sympathie.

Trotzdem erlebten die bolschewistischen Truppen zunächst einmal einen Erfolg nach dem anderen. Der junge estnische Staat war schwach, und so rückte die Rote Armee in Windeseile vor. Ende 1918 hatte sie den größten Teil Estlands erobert und stand 40 Kilometer vor Tallinn. Zwischen dem 2. und

scan & corr by rz 11/2008

6. Januar brachte die estnische Armee den sowjetischen Vormarsch zum Stehen und ging zum Gegenangriff über. Dies war der Wendepunkt des Befreiungskrieges: Ende Januar mußte die Rote Armee Estland räumen. Die Arbeiterkommune Estlands, Moskaus kommunistische Komplizin, folgte ihr umgehend. Sie setzte ihre Aktivitäten in Rußland fort und startete mit Hilfe der Roten Armee noch mehrere Angriffe auf Estland. Doch ihre Zeit war abgelaufen. Als das sowjetische Rußland und Estland im Februar 1920 in Tartu den Friedensvertrag unterzeichneten, war ihr Schicksal besiegelt.

Die in Estland wohnenden Esten waren für den Augenblick dem Kommunismus entkommen. Auf die im sowjetischen Rußland verbliebenen Esten - 1918 waren es über 200000 - wartete jedoch ein anderes Schicksal. In den frühen zwanziger Jahren stellten 106000 von ihnen einen Antrag auf Repatriierung, der von den sowjetischen Behörden allerdings nur in 37578 Fällen bewilligt wurde. Die übrigen Antragsteller wurden registriert und 1929 zum großen Teil verhaftet und zu einer drei- bis fünfjährigen Lagerhaft in Nordrußland verurteilt, und zwar auf Grund der 1926 in Kraft getretenen Strafrechtsversion der sozialistisch-föderativen Sowjetrepublik Rußland. Auch die Kampagne gegen die Kulaken forderte in der estnischen Minderheit Tausende von Opfern. Ausgeführt wurde die staatliche Gewalt von den »Organen der Staatssicherheit«. Sie wurden 1934 unter dem Volkskommissariat des Inneren - dem NKWD - zusammengefaßt[15].

Zu den ersten Massakern im großen Stil kam es in den Jahren 1937/38, als die KPdSU eine Kampagne gegen die nationalen Minderheiten der UdSSR startete. Eine ganze Reihe nationaler Verwaltungseinheiten wurde geschlossen. Es kam zu Massenverhaftungen, denen ganze Dörfer zum Opfer fielen. Ein großer Teil der Verhafteten wurde erschossen. Von denen, die diesen Erschießungen entgingen, kamen viele in den Konzentrationslagern um.

scan & corr by rz 11/2008

Das Ende der estnischen Unabhängigkeit

Der Vorabend des Zweiten Weltkriegs war für die Kommunisten ein günstiger Moment für die Umsetzung ihrer Pläne. Die ungeschickte und politisch kurzsichtige Politik der westlichen Demokratien verhalf den totalitären Mächten zu einer beträchtlichen Stärkung ihres Einflusses in Europa. Anfänglich hatten sich Deutschland und die UdSSR als Konkurrenten und Gegner betrachtet. Doch bald stellte sich heraus, daß die Diktatoren durchaus in der Lage waren, sich über die Aufteilung der Welt zu verständigen.

Im Sommer 1939 nahm die Spannung in Europa merklich zu: Der Ausbruch eines neuen Weltkriegs wurde immer wahrscheinlicher. In der Hoffnung, Europa und der Welt gewaltsam ihre Vorherrschaft aufzwingen zu können, trafen die totalitären Systeme in aller Eile die notwendigen militärischen Vorbereitungen. Die geschwächten Demokratien konnten die Gefahren nicht mehr bannnen. Das kollektive Sicherheitssystem erwies sich als wirkungslos.

Die deutsche Regierung zögerte allerdings. Es lag ihr nicht viel daran, einen Zwei-Fronten-Krieg vom Zaun zu brechen und gleichzeitig gegen Ost und West kämpfen zu müssen. Durch die Verständigung zwischen Hitler und Stalin waren diese Befürchtungen jedoch aus dem Wege geräumt. Dies war eine der Grundvoraussetzungen für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Es ist schwierig, im nachhinein festzustellen, ob der Vorschlag für das Übereinkommen zwischen den beiden Ländern von deutscher oder russischer Seite gekommen ist. Nach letzten Forschungsergebnissen scheint die Initiative von Moskau ausgegangen zu sein. Im Frühjahr 1939 gab das kommunistische Rußland über verschiedene Kanäle sein Interesse an einem Vertrag mit Deutschland zu erkennen. Zur Stärkung seiner Position führten die Unterhändler des russischen Dik-

scan & corr by rz 11/2008

tators zur gleichen Zeit Gespräche mit Großbritannien und Frankreich, wohl wissend, daß diese zu keinem Ergebnis führen konnten. Denn die westlichen Demokratien mißtrauten Stalin. Sie fürchteten - was der Fortgang der Geschichte auch bestätigt -, daß das kommunistische Rußland seine Macht mit einem Schlag erweitern und die Grenzen des alten Zarenreichs ansteuern würde.

Am 23. August 1939 unterzeichneten das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nicht-Angriffspakt und einen Kooperationsvertrag. Deutschlands Weg für einen Krieg gegen Polen war frei. Am 1. September - nur wenige Tage später - marschierten Hitlers Truppen bereits in Polen ein. Die Streitkräfte des kommunistischen Rußlands treten am 17. September von Osten her auf den Plan und lösen - wie im Hitler-Stalin-Pakt vorgesehen - den polnischen Staat auf. Mit einer gemeinsamen Militärparade im besetzten Lemberg besiegeln die beiden totalitären Mächte ihren Triumph.

Am 24. September 1939 fordert Moskau unter Kriegsandrohung die Baltenstaaten ultimativ auf, Basislager für die Rote Armee einzurichten[16]. In Wirklichkeit hatte die UdSSR jedoch bereits vor der Unterzeichnung des Paktes mit Hitler begonnen, ihre Streitkräfte gegen Estland und Lettland zu sammeln. In der Hoffnung auf Garantiezugeständnisse nahm die estnische Regierung das Ultimatum an und unterzeichnete am 28. September einen Vertrag mit der UdSSR, die sich verpflichtete, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Estlands einzumischen und die estnischen Institutionen zu respektieren. Am 18. Oktober überschritten 25000 Sowjetsoldaten die estnische Grenze und bauten die im Vertrag vorgesehenen Militärlager auf. Estland verlor jedoch recht bald jegliche Kontrolle über das, was die Rote Armee in diesen Militärbasen wirklich tat. Bereits Ende des Jahres 1939 setzte sich die UdSSR nämlich über den Vertrag hinweg und benutzte Estland als Stützpunkt für einen geplanten Angriffskrieg gegen

scan & corr by rz 11/2008

Finnland. Im April 1940 hielten sich in den auf estnischem Boden errichteten sowjetischen Militärlagern bereits 30000 Soldaten und 10000 Mitglieder der Arbeitsbataillone auf. Dieser Zustrom hielt weiterhin an[17].

Im Frühjahr 1940 begannen die sowjetischen Behörden mit den letzten Vorbereitungen für die endgültige Besetzung Estlands und der anderen baltischen Staaten. Die politischen Aktivitäten Moskaus liefen jedoch bereits seit der Unterzeichnung des »Vertrags über gegenseitigen Beistand« im September 1939 auf eine Annexion hinaus. Am 12. Juni 1940 begann mit der Besetzung der Insel Naissaar am Eingang des Golfs von Tallinn der eigentliche Militärangriff. Am 14. folgte eine Luft- und Seeblockade. Gleichzeitig wurden die in den sowjetischen Basislagern Estlands stationierten Einheiten der Roten Armee in höchste Alarmbereitschaft versetzt, und an den Grenzen marschierten zusätzliche Armee-Einheiten auf.

Am 16. Juni trafen weitere ultimative Forderungen aus Moskau ein. Auch diesmal fehlte die Kriegsandrohung nicht. Gefordert wurden die Bildung einer neuen - nämlich moskauhörigen - estnischen Regierung und die Bewilligung einer noch stärkeren sowjetischen Militärpräsenz. In dieser ausweglosen Situation entschieden sich die Regierung und der Präsident nachzugeben. Die Besetzung begann in den frühen Morgenstundendes 17. Juni.

Der Verlust der Unabhängigkeit hatte schwerwiegende Folgen, denn durch die 50 lange Jahre währende Besetzung war die Existenz des estnischen Volkes ernsthaft bedroht. Die Zerstörung der Republik und die Besetzung des Landes sind die schlimmsten Verbrechen, die der Kommunismus und die Kommunisten am estnischen Volk verübt haben. Deshalb werden die sowjetische Besetzung und deren Folgen in den folgenden Kapiteln besonders ausführlich erörtert.

scan & corr by rz 11/2008

Der rote Terror und die Genozid-Politik

Dank präziser Volkszählungsdaten können die Verluste der estnischen Bevölkerung unter der sowjetischen Besatzung ziemlich genau ermittelt werden, doch über die genaue Zusammensetzung der Verlustzahlen wissen wir immer noch relativ wenig. Wichtig ist, daß man den Proporz im Auge behält: 10000 Esten machen ein Prozent der estnischen Vorkriegsbevölkerung aus. Auf den gleichen Bevölkerungsanteil kommen 1300000 US-Amerikaner, 800000 Deutsche, 470000 Briten, 420000 Franzosen oder Italiener und 60000 Schweden[18]. Im globalen Vergleich sind die Verluste Estlands gering. Betrachtet man die Verlustzahlen jedoch im Verhältnis zur Größe des Volkes, so sind sie enorm. Dies zeigt deutlich, wie sehr die kleinen Völker in unserer modernen Welt bedroht sind.

Zunächst einmal war es die starke baltendeutsche Minderheit, die als Folge des Hitler-Stalin-Paktes in den Jahren 1939/40 abwanderte. Bei den Paktverhandlungen hatte sich Deutschland das Recht ausbedungen, die Volksdeutschen der Länder, die nun im Interessensbereich der Sowjetunion lagen, umzusiedeln. Ohne den wahren Grund für die Rückkehr der Baltendeutschen »in ihre historische Heimat« zu nennen, schloß Deutschland mit Estland ein Umsiedlungsabkommen: Zwischen Oktober 1939 und Mai 1940 wanderten 12788 Baltendeutsche aus Estland ab. Nach dem Beginn der sowjetischen Besetzung schlössen Deutschland und die UdSSR am 10. Januar 1941 erneut einen Vertrag, der die Abwanderung von weiteren 7000 bis 8000 Menschen aus Estland regelte. Die Hälfte dieser Emigranten war in Wirklichkeit estnischer Herkunft. Nach deutschen Angaben verließen insgesamt 21400 Menschen mit dieser Auswanderungswelle das Land[19].

Im Sommer 1940 ergoß sich eine Welle des Terrors über

scan & corr by rz 11/2008

das besetzte Estland. Ziel war die systematische Vernichtung der nationalen Elite. Betroffen waren vor allem politische, militärische und intellektuelle Kreise, aber auch Beamte, Grundbesitzer und Geschäftsleute. Offenbar waren die Listen mit den Namen der Unglücklichen bereits im voraus erstellt worden, vermutlich schon im Herbst 1939, denn mit den Verhaftungen und Hinrichtungen begann man unmittelbar nach Beginn der Besetzung. Nach Forschungen in den Archiven des NKWD deutet sogar vieles darauf hin, daß die Listen mit den Namen der späteren Opfer bereits in den frühen dreißiger Jahren zusamengestellt worden waren.

Ab Juni 1940 ging der NKWD in Estland völlig offen gegen seine Opfer vor. Die Verhaftungen wurden mit einer solchen Eile durchgeführt, daß es den Sowjets oft nicht einmal mehr gelang, ihnen den entsprechenden formellen Rahmen zu geben. Julius Edesalu beispielsweise, der Kommissar der Politpolizei, war am 23. Juni verhaftet worden, der entsprechende Haftbefehl wurde jedoch erst am 2. Juli unterzeichnet[20]. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1944 kam es zwischen Juni 1940 und Oktober 1941 zu 7691 Verhaftungen[21]. Nur wenige der Verhafteten kamen mit dem Leben davon. Zum Teil starben sie während der Lagerhaft an Hunger und Kälte, zum Teil wurden sie in Estland oder in Sibirien hingerichtet.

Die ersten Berichte über Massaker an ganzen Gruppen stammen vom April 1941: Sie fanden in den sogenannten »Scheel-Bungalows« in Pirita-Kose statt, auf einem Gelände, das dem ehemaligen Bankier Klaus Scheel gehörte[22]. Entgegen manchen Behauptungen haben dort unter der deutschen Besatzung wahrscheinlich nie Gerichtsverhandlungen stattgefunden. Aus den Akten mehrerer Leute, die in diesen Baracken hingerichtet wurden, geht jedoch hervor, daß das Militärgericht des in der Langen Straße Nr. 11 (Ecke Bäckerstraße) residierenden NKWD die unglücklichen Verurteilten dorthin bringen ließ. Die Scheel-Bungalows dienten offen-

scan & corr by rz 11/2008

sichtlich ausschließlich als Hinrichtungs- und Begräbnisstätte. An dieser Stelle ist festzuhalten, daß das Innenministerium (NKWD) im Februar 1941 sowohl auf der Unionsebene als auch in den einzelnen Sowjetrepubliken seine Kompetenzen an selbständige Ministerien, die sogenannten Volkskommissariate der Staatssicherheit (mit der russischen Abkürzung NKGB), abtrat. Diese Volkskommissariate setzten die repressive Politik in Absprache mit dem NKWD fort. Im März 1941 wurde Boris Kumm zum Volkskommissar der Staatssicherheit in der Sowjetrepublik Estland ernannt.

Zwischen April und Juni 1941 wurden in den Scheel-Bungalows 78 Menschen hingerichtet. Es handelt sich vor allem um ehemalige Polizeibeamte, aber auch um ehemalige Minister, beispielsweise Ado Anderkopp, sowie um die Generäle Alexander Tönisson und Otto Strenbeck und um Helden des estnischen Befreiungskampfes, etwa den Oberst Eduard Kubbo oder den Oberstleutnant Oscar Luiga.

Im Juni/Juli 1941 waren die sowjetischen Militärgerichte in Estland so gut eingearbeitet, daß sich die Dauer der Prozesse deutlich verkürzte. Mehrere seit Ende 1940 oder Anfang 1941 anhängige Verfahren wurden zügig bearbeitet und endeten meist mit der Verurteilung zum Tode. Zusätzlich zu den Scheel-Bungalows wurden neue Hinrichtungs statten eingerichtet, vor allem in Liiva und im Batterie-Gefängnis. Am Anfang traf es vor allem Beamte, Politiker und Militärangehörige, denen man Taten vorwarf, die diese während der Unabhängigkeit Estlands begangen hatten. Inzwischen ging man jedoch auch gegen estnische Widerstandskämpfer vor. Anfang Juli 1941 stieg die Zahl der Todesurteile deutlich an. In der Bäckerstraße regierte das Chaos: Leute, die bis dahin nichts mit der Rechtsprechung zu tun gehabt hatten, mischten sich nun in die Prozesse ein und fällten Urteile. In dem Gebäude der Politpolizei waren gleich mehrere Gerichte untergebracht.

scan & corr by rz 11/2008

Zu den schlimmsten Grausamkeiten des Jahres 1941 zählte die Deportation ganzer Familien. Die ersten Transporte setzten sich am 14. Juni in Bewegung. Sie waren jedoch bereits sehr viel früher in die Wege geleitet worden. Diese Deportationen waren allerdings nur ein Aspekt der im Mai/Juni 1941 in geballter Form über die im Jahre zuvor der Sowjetunion einverleibten Gebiete hereinbrechenden Gewalt. Zu diesen annektierten Gebieten zählten neben den Baltenländern auch Bessarabien und die nördliche Bukowina. Aber auch in Weißrußland und der westlichen Ukraine - beides Länder, die bereits 1939 der Sowjetunion angegliedert worden waren und bereits drei Deportationswellen erlebt hatten -, kam es 1941 erneut zu Deportationen. Für Moskau waren diese Deportationen ein reguläres Mittel, um den Widerstand in den frisch annektierten Gebieten zu brechen und die Sowjetisierung zu fördern. Außerdem wollte der Kreml in Anbetracht der Kriegsvorbereitungen, die die Rote Armee damals traf, die zukünftigen Schlachtfelder von »feindlichen Elementen« freiräumen.

Die sowjetischen Machthaber hatten schon seit einiger Zeit an die Durchführung von Deportationen gedacht. Im Archiv von Jdanow liegt eine handgeschriebene Notiz aus dem Jahre 1940, die bereits die Deportation der Esten nach Sibirien empfiehlt. Auch Botschkarew forderte in einem Brief vom Herbst 1940 an das Sekretariat der KPdSU im Zusammenhang mit den für die Sowjets in Estland bevorstehenden Aufgaben die Ausweisung der antisowjetischen Elemente und der Grundbesitzer[23]. Auch A. Andrejew, der Vorsitzende der Kontrollkommission der KPdSU, schrieb nach einer Besichtigung der drei baltischen Sowjetrepubliken in einem langen Bericht an Stalin, daß man wahrscheinlich auf den Vorschlag der lokalen Verwaltung eingehen und die »Besitzer der Villen« deportieren müsse.

Im Winter 1940/41 nahmen die Vorbereitungen konkrete

scan & corr by rz 11/2008

Formen an. Die Politpolizei teilte Estland in mehrere Regionen ein und stellte für jede dieser Regionen eine Liste »antisowjetischer Elemente« auf. Auf diese Liste konnte man kommen, wenn man einer »weißen oder nationalistischen« Organisation angehört hatte, wenn man Polizist, Beamter des Strafvollzugs usw. gewesen war, oder einfach auf Grund einer banalen Denunzierung, denn natürlich hat sich keiner die Mühe gemacht, solche Angaben zu überprüfen. Diese Entscheidungen wurden im allgemeinen nicht mit der notwendigen Sorgfalt getroffen. Ein von Iwan Serow, dem stellvertretenden Volkskommissar des sowjetischen Innenministeriums, verfaßtes Rundschreiben über den Beginn der Deportationen in den Baltenländern stammt vermutlich auch vom Frühjahr 1941. Das Schriftstück befand sich unter den von den Deutschen beschlagnahmten Sowjetakten. Bisher ging man allgemein davon aus, daß das Schreiben am 11. Oktober 1939 verfaßt wurde, doch in jüngeren Forschungsarbeiten wird dieses Datum widerlegt[24].

Die Durchführung der Deportationen lag in den Händen einer von Moskau ernannten dreiköpfigen Kommission. In Estland bestand diese Kommission aus dem Volkskommissar der Staatssicherheit, aus dem Volkskommissar des Inneren und aus dem Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Estlands (KPE). Auch die in den einzelnen Regionen eingesetzten Unterkommissionen hatten diese Dreierstruktur und setzten sich meistens auch aus Vertretern dieser Organe zusammen. Anfang Juni 1941 traten diese Unterkommissionen zusammen und bestimmten gemeinsam mit der Politpolizei an Hand der bereitliegenden Akten die endgültigen Deportationslisten. Die Kommunistische Partei spielte in dieser den Deportationen vorausgehenden Vorbereitungsphase eine führende Rolle. Sie bestimmte auch den Zeitpunkt der Ausführung.

Laut westlichen Angaben kamen in den besetzten Gebie-

scan & corr by rz 11/2008

ten 23 Prozent der Bevölkerung auf die Deportationslisten[25]. Der tatsächliche Prozentsatz war sicherlich höher, denn die Repression traf auch viele Leute, die nicht unter die eben genannten Kategorien fielen. Oft stellten diese Dreier-Kommissionen die Deportationslisten nach eigenem Gutdünken auf.

Der Befehl zur Verhaftung und Deportation kam durch eine streng geheime Anweisung der KPdSU und der sowjetischen Regierung. Sie war am 14. Mai 1941 erlassen worden und »betraf die Ausweisung der sozial fremden Elemente aus den baltischen Sowjetrepubliken, aus der Ukraine, aus dem westlichen Weißrußland und aus Moldawien«. Am 14. Juni bestätigte Berija diese Anweisung telephonisch. Mehrere die technischen Einzelheiten der Deportationen regelnden Dokumente wurden am 11. Juni geprüft und unterzeichnet[26].

Die eigentliche Deportation - oder laut offiziellem Sprachgebrauch die »Zwangsevakuierung« - fand in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni statt. Man weckte die für die Deportation bestimmten Familien mitten in der Nacht und las ihnen einen Erlaß vor, der ihnen mitteilte, daß sie ohne jegliches Prozeßverfahren entweder verhaftet oder ihres Landes verwiesen seien. Wenige Stunden später trafen die ersten Fahrzeuge mit den Deportierten bei den bereitstehenden Eisenbahnwaggons ein. Insgesamt wurden 490 Waggons für die Deportationen bereitgestellt[27]. In Tallinn wurden die Leute am Hafen, am Kopli-Bahnhof und in Pääsküla zusammengetrieben. Weitere wichtige Sammelstellen waren Haapsalu, Keila, Tamsalu, Narva, Petseri, Valga, Tartu und Jögeva.

Die Waggons füllten sich rasch. Diejenigen, die mit dem Buchstaben A (estnische Abkürzung für »Verhaftete«) gekennzeichnet waren, waren in erster Linie für die erwachsenen Männer bestimmt. Die B-Waggons nahmen die Frauen und Kinder auf. Die meisten deportierten Frauen haben seitdem ihren Mann nicht wiedergesehen. Auch die meisten Kin-

scan & corr by rz 11/2008

der sahen bei dieser Gelegenheit ihren Vater das letzte Mal. Der Menschenfang dauerte bis zum Nachmittag des 16. Juni an. Nach den Anweisungen aus Moskau vom 13. Juni sollten 11102 Personen deportiert werden[28]. Aber nicht alle konnten rechtzeitig verhaftet werden.

Am 17. Juni setzten sich die Züge in Bewegung und verließen Estland über Narva im Nordosten oder über Irboska im Südosten[29]. Den Anweisungen zufolge sollten höchstens 30 Personen einem Waggon zugewiesen werden, in Wirklichkeit waren es manchmal über 50 Personen. Die meisten Deportierten kamen zunächst einmal in die Lager von Starobelski und Babino. Nur ein kleiner Teil landete direkt in den Lagern der Kirow-Oblast, die bereits jenseits der europäischen Ostgrenze liegt. Wegen des raschen Vormarsches der deutschen Truppen wurden die Häftlinge von Starobelski und Babino wenig später auf die sibirischen Lager verteilt. Die meisten von ihnen starben bereits im ersten Winter an Hunger, Kälte und den harten Arbeitsbedingungen. Von den rund 3500 estnischen Deportierten waren im Frühjahr 1942 nur noch wenige hundert am Leben. Außerdem nahmen Ende 1941 eine Reihe von Untersuchungskommissionen ihre Arbeit auf: Sie führten Verhöre durch und verurteilten zahlreiche Gefangene zu körperlichen Züchtigungen. Das Schicksal der Frauen und Kinder in den Lagern der Oblaste von Kirow und Nowosibirsk war nicht besser. Auch von ihnen starben viele an Hunger, Kälte und Erschöpfung.

Nach dem Eintreffen der ersten Konvois in den Lagern traf man vermutlich Vorbereitungen für eine zweite Deportationswelle. Sie kam jedoch dank des deutschen Angriffs nur noch bedingt zur Ausführung. Die Front näherte sich so schnell, daß die zweite Deportationswelle in den ersten Julitagen nur noch auf der Insel Saaremaa durchgeführt wurde. Von diesen Konvois kamen lediglich die Männer in Sibirien an. Die auf dem Landweg deportierten Frauen und Kinder wurden bei

scan & corr by rz 11/2008

Pöllküla in der Region Läänemaa von deutschen Einheiten und estnischen Partisanen befreit.

Eine exakte Zahlenbilanz der im Juni und Juli 1941 durchgeführten Deportationen konnte noch nicht ermittelt werden. Ende 1941 schickte Merkulow, der Volkskommissar der Staatssicherheit, an Stalin, Berija und Molotow einen »Abschlußbericht« mit folgenden Zahlen: 3173 Personen wurden verhaftet und mit ihren Familienangehörigen, d. h. insgesamt 9146 Personen, deportiert. Außerdem wurden mehr als 12422 estnische Soldaten festgenommen[30]. Unter der deutschen Besatzung wurde ein Ermittlungs- und Repatriierungszentrum (ZEV) eingerichtet, das am 4. September 1941 seine Arbeit aufnahm und sich um die Identifizierung der Opfer der sowjetischen Besetzung bemühte. Nach Abschluß der Ermittlungen veröffentlichte das ZEV 1943 eine Liste mit 9632 Deportierten. Mehrere Forschungsarbeiten jüngeren Datums kamen auf über 10000 Deportationsopfer[31].

Zum Zeitpunkt der Deportationen gingen viele in den Untergrund. Es entstanden die ersten bewaffneten Partisanengruppen, die in Estland auch die »Waldbrüder« genannt wurden. Eine Woche später nährten sich mit dem Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen die Hoffnungen auf ein Ende des roten Terrors. Sie führten jedoch zu einer Intensivierung der kommunistischen Gewalt. Als Folge neuer Anweisungen und Befehle von Seiten der sowjetischen Militärleitung und der Partei nahmen die willkürlichen Repressionsmaßnahmen im Sommer 1941 massiv zu. Am 24. Juni 1941 befahl die Parteileitung der Sektion Tartu dem NKWD-Chef der gleichen Sektion, »mit der Verhaftung der aktiven Oppositionellen die Säuberung zum Ende zu bringen«. Am 5. Juli befahl General Ljubowzew, Chefkommandant der in Estland stationierten Einheiten der Roten Armee, über ein Rundschreiben die sofortige Hinrichtung der Deserteure und aller des »Banditen-

scan & corr by rz 11/2008

tums« überführten Personen[32]. Ihre Familien sollten verhaftet werden. Ein noch am gleichen Tag von den zivilen und militärischen Behörden der Stadt Tartu gemeinsam veröffentlichter Text gab diesen Befehl in einer noch härteren Version wieder[33].

Damit waren dem Terror Tür und Tor geöffnet. In aller Eile organisierten die Kommunisten »Zerstörungsbataillone«, die bei jedem, der ihnen in die Hände fiel, das Recht über Leben und Tod hatten. In Anbetracht der sozialen Herkunft dieser »Zerstörer« war klar, daß sie diese Gelegenheit für persönliche Abrechnungen nutzen würden. Es herrschten der Terror und die Lynchjustiz. An diesen Gewaltexzessen beteiligten sich Einheiten der Roten Armee.

Kurz vor dem Eintreffen der deutschen Truppen kam es zu Massenerschießungen: Aus Angst, daß die Deutschen die Inhaftierten freilassen könnten, ließ die Politpolizei die Gefangenen - unabhängig von den über sie verhängten Strafen - aus Sicherheitsgründen kurzerhand erschießen. Das größte Massaker dieser Art fand in der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1941 in Tartu statt. Am 2. des Monats waren alle Häftlinge des Gefängnisses nach Sibirien abtransportiert worden. Doch innerhalb einer Woche hatte sich das Gefängnis wieder gefüllt. Die Gefangenen kamen aus unterschiedlichen Haftanstalten Südestlands, zum Teil waren sie von den Zerstörungsbataillonen festgenommen worden. Einem Untersuchungsrichter waren sie nicht vorgeführt worden, geschweige denn, daß ein Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet worden wäre. Statt dessen beschloß das Regionalkomitee der Kommunistischen Partei wenige Tage vor dem Verlassen der Stadt, der Aufforderung von P. Afanasjew, dem Chef der lokalen NKWD-Sektion, und von Abronow, dem Sekretär des Zentralkomitees der KPE, nachzukommen und die Gefangenen umzubringen. Die Exekution wurde von Afanasjew überwacht. Nach Zeugenberichten waren die NKWD-Agenten

scan & corr by rz 11/2008

N. Belokurow, N. Morosichin, V. Täht, R. Virza und die Gefängniswärter J. Salmolainen, A. Stepanow, A. Masing, I. Baskakow, E. Salu, V. Väinoja und A. Suuressaar die Ausführenden dieses Massakers. 192 der 223 Häftlinge - nämlich 172 Männer und 20 Frauen - wurden erschossen. Unter den Opfern waren auch der Schriftsteller Juri Parijögi, die Schauspielerin Ida Surevo und Aksel Vooremaa, der Pastor der St.-Marien-Gemeinde von Tartu. Die Toten kamen in zwei Massengräber, die man im Gefängnishof hatte graben lassen. Zum Teil warf man sie auch in den Brunnen, der sich ebenfalls im Gefängnishof befand[34].

Trotz des Massakers von Tartu war die Zahl der Terroropfer im südlichen Estland dank des schnellen Vorrückens der deutschen Truppen und gezielter Aktionen der Partisanen relativ gering. Den Kommunisten blieb nicht die Zeit, die Tötungsmaschinerie voll in Gang zu setzen. Leider kam der Vormarsch der deutschen Streitkräfte Mitte Juli 1941 zum Stehen, und so konnten die Zerstörungsbataillone in Nordestland vorerst noch ihren Terror verbreiten. Ende Juli gelang es den Deutschen jedoch, die Front zu durchbrechen und schneller vorzurücken. Dies zwang die Rote Armee zum Rückzug. Sie hinterließ eine von Mord, Brandschatzung und Vergewaltigung gekennzeichnete Blutspur. Am 28. August nahmen die Deutschen Tallinn ein und hatten damit innerhalb kürzester Zeit das gesamte estnische Festland unter ihrer Kontrolle. Bis zum letzten Moment hatte es in Tallinn Hinrichtungen gegeben. Das NKWD-Hauptquartier in der Bäckerstraße bot ein Bild des Grauens: An den Wänden waren Kugeleinschläge zu sehen und auf dem Boden Blutspuren.

Es gab mehrere Versuche, die Repressionen des Sommers 1941 in Zahlen zusammenzufassen: Die von den Deutschen zwischen 1941 und 1944 gesammelten Daten bestätigen den Mord an 1950 estnischen Staatsbürgern. Die Identität weiterer 235 Opfer konnte von den Deutschen nicht ermittelt wer-

scan & corr by rz 11/2008

den. 1996 veröffentlichte die Historiker-Kommission der *Gesellschaft zur Wahrung des Kulturerbes* eine Liste mit den Namen von 2199 Mordopfern. Aber auch diese Liste ist wahrscheinlich unvollständig[35].

Unter diesen 2199 Opfern befanden sich 1900 Männer (86,4%) und 264 Frauen (12%). In den übrigen Fällen ließ sich das Geschlecht nicht ermitteln. Bei 1427 Opfern ist das Alter bekannt: Mit über zehn Prozent ist der Anteil der älteren Personen erstaunlich hoch. Unter den Opfern befanden sich auch 82 minderjährige Jugendliche und drei Säuglinge. Die aktiven Widerstandskämpfer - beispielsweise verhaftete und später erschossene Partisanen - machen rund zehn Prozent der Opfer aus. In den meisten Fällen handelte es sich um Zivilisten, deren einziges Verbrechen es war, Esten zu sein[36].

Die eben erwähnten Opfer machen jedoch nur einen geringen Teil der den Esten 1940/41 zugefügten Verluste aus. Nach einer Studie der Forschungskommission von 1989 wurden nach dem Kriegsausbruch mehr als 33000 Männer im Rahmen der Zwangsmobilisierung nach Rußland einberufen, weitere 1858 Männer wurden zur Zwangsarbeit eingezogen[37]. 10000 dieser für die Arbeitsbataillone mobilisierten Männer verhungerten oder erlagen einer Krankheit, weitere 7800 fielen an der Front[38]. Allein nach der Schlacht von Velikii'e Luki hatte das 8. Estnische Infanteriekorps 27000 Tote und 13000 Verwundete zu beklagen, diese Zahlen berücksichtigen auch die Nicht-Esten und die in Rußland lebenden Esten, die etwa die Hälfte des Bestandes ausmachten[39].

Estnische Soldaten und Offiziere zählten auch zu den Opfern der sowjetischen Besetzung. Vor Ausbruch des Krieges wurde jeder zweite estnische Offizier ermordet oder verhaftet, insgesamt waren es rund 800 Männer. Das 22. Infanteriekorps, in dem ursprünglich nur Esten dienten, wurde russifiziert: Den 9000 estnischen Soldaten wurden 20000 Russen zugeteilt[40].

scan & corr by rz 11/2008

Tausende desertierten, als das Korps zu Beginn des Krieges nach Rußland verlegt wurde. Bei den ersten Kampfhandlungen zählte es noch 5573 estnische Soldaten, von denen 4500 auf die deutsche Seite wechselten oder gefangengenommen wurden[41]. Als das Korps im September 1941 aufgelöst wurde, blieben nur noch rund 500 estnische Soldaten übrig, von denen die meisten verwundet waren. Höchstens 900 Esten blieben auf sowjetischer Seite[42]. 1940/41 haben die Esten also insgesamt rund 60000 Menschen verloren[43]. Weitere 25 000 Personen wurden im Hinblick auf die sich nähernden deutschen Truppen evakuiert oder flohen auf eigene Faust nach Rußland[44]. 20% von ihnen kamen um: Sie ertranken auf der Flucht, wurden Opfer von Fliegerangriffen oder starben im russischen Hinterland.

Dann wurde Estland von den Deutschen besetzt. Nach dem Krieg präsentierten die Kommunisten dem internationalen Gerichtshof in Nürnberg eine astronomische Zahl von 125037 Opfern, davon 61000 Zivilisten und 64000 sowjetische Kriegsgefangene. Diese Zahlenangaben wurden in jüngeren Forschungsarbeiten mit Hilfe von Namenslisten, deutschen Dokumenten und anderen schriftlichen Quellen sorgsam überprüft. Es stellte sich heraus, daß die Zahl der zivilen Opfer nicht über 6600 gelegen haben kann. Zu diesem endgültigen Ergebnis kam die Forschungskommission im Jahre 1989. Berücksichtigt wurden auch die 929 Juden und 243 Zigeuner, die auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ermordet wurden[45]. In anderen Studien beläuft sich die Zahl der ermordeten Zigeuner auf 600[46]. Bei den anderen Opfern handelt es sich vor allem um Mitglieder der von den Deutschen gefangengenommenen Zerstörungsbataillone, um Personen, die an den Deportationen und kommunistischen Verhaftungen beteiligt gewesen waren, und um Mitglieder der Kommunistischen Partei. Manche von ihnen wurden standrechtlich erschossen.

scan & corr by rz 11/2008

Auf estnischem Boden kamen die Deutschen zu 36200 Kriegsgefangenen, von denen 12600 mit dem Leben büßten. Außerdem war Estland die Endstation für zwei Deportationskonvois aus Mitteleuropa, die Deportierten wurden umgebracht, ebenso rund 2000 aus Lettland verschleppte Juden. Hinzu kommt noch eine unbestimmte Zahl von Häftlingen aus Konzentrationslagern, die von den Deutschen im Nordosten Estlands angelegt worden waren. Die Gesamtzahl der estnischen und nicht-estnischen Opfer kann die Bandbreite von 25000 bis 30000 nicht überschritten haben[47].

Auch bei den Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion gab es Opfer. Die ersten waren im Sommer 1941 zu beklagen. Nach den heute einsehbaren Akten beläuft sich die Zahl der im Kampf gefallenen Partisanen, der hingerichteten Gefangenen und der Vermißten auf rund 800 Männer. Weitere 600 Zivilisten verloren ihr Leben, weil sie sich während der Kampfhandlungen und Plünderungsaktionen zu verteidigen versuchten[48]. Zwischen 14 300 und 15 000 Esten fielen in deutscher oder finnischer Uniform im Kampf gegen das sowjetische Rußland[49]. Von diesen Männern konnten bis heute 6666 namentlich ermittelt werden. Bei den estnischen Soldaten, die im Kampf gegen die Sowjetunion von der Roten Armee gefangengenommen wurden, sind - ja nach Quelle - zwischen 6000 und 12000 Tote zu beklagen. Als im Herbst 1944 die Front ein zweites Mal über Estland hinwegzog, kamen noch einmal zwischen 3000 und 4000 Menschen ums Leben, rund 1200 bis 1500 von ihnen - die Angaben sind leider ungenau - fanden in den sowjetischen Gefangenenlagern den Tod. Im Mai 1945 kamen außerdem in der Tschechoslowakei 1300 estnische Kriegsgefangene um. Sie wurden von den Deutschen vor der Ankunft der Roten Armee erschossen[50].

Während der sowjetischen Offensive im Herbst 1944 flohen die Esten massenweise vor dem sich ankündigenden Terror über die Ostsee. Nach Angaben der Forschungskommission

scan & corr by rz 11/2008

aus dem Jahre 1989 gelang 72000 Menschen die Flucht[51]. Andere Quellen sprechen von 75 000 Menschen[52]. Praktisch die ganze schwedische Minderheit, die damals in Estland lebte, ging auf die Flucht. Mindestens 4000 Menschen ertranken, weil ihre Schiffe nach Angriffen durch die Rote Armee untergingen[53]. Andere Quellen schätzen die Zahl derer, die auf der Flucht zu Tode kamen, auf 7000[54]. 42000 der flüchtenden Esten trafen in Deutschland ein, 25 000 in Schweden. 7000 schwedischstämmige Esten und deren Verwandte - nach manchen Quellen auch 8000 - hatten sich bereits in den ersten Kriegsjahren in Schweden niedergelassen[55].

Mit der Rückkehr der sowjetischen Besatzung im Herbst 1944 nahm die Zahl der Kriegsverbrechen und Massaker wieder zu. Schon beim Einmarsch der Roten Armee wurden an verschiedenen Orten Gefangene und Personen, die im Verdacht standen, in der Deutschen Armee gedient zu haben, kurzerhand erschossen. Der sowjetische Terror gegen die Zivilisten, die Plünderungen und Vergewaltigungen hielten mindestens bis zum Sommer 1945 an, in geringerer Intensität sogar bis 1950.

Im Winter 1944/45 wurde Estland von einer Verhaftungswelle erfaßt, die mit ihren Dimensionen alle bisherigen Aktionen dieser Art sprengte. Die in dieser Periode Verhafteten gehörten als »antisowjetische Elemente« zu der Bevölkerung skategorie, die der Repression am meisten ausgesetzt war. Man geht davon aus, daß 75000 Menschen - das sind neun Prozent der in Estland verbliebenen Bevölkerung - verhaftet worden sind. Davon wurden 35% bis 38% sofort erschossen, oder sie kamen in den Lagern um[56]. Auf diejenigen, die diese Todeslager überlebten, wartete eine andere Strafe: Sie wurden ohne Gerichtsverfahren in entlegene Regionen deportiert und durften ihren neuen Aufenthaltsort nicht verlassen.

Ende März 1949 kam es nicht nur in Estland, sondern auch in Lettland und Litauen erneut zu Massendeportationen. Der

scan & corr by rz 11/2008

Plan sah für Estland 19 Verladestationen und genauso viele Deportationen vor. 7540 Familien, d.h. 22328 Menschen, sollten deportiert werden. Am 21. März war die Mannschaft, die diese Deportationen zu begleiten hatte, vollständig: Insgesamt 589 Personen. Für jede Verladestation waren vom Innenministerium der Sozialistischen Sowjetrepublik Estland (SSRE) ein verantwortlicher Leiter und ein Begleitoffizier ernannt worden. Sie wurden von den Generälen Rogatin und Kemerow am 22. und 23. März in Tallinn eingewiesen. Man teilte ihnen die Anweisungen des Moskauer Innenministeriums mit und überreichte ihnen die notwendigen Dokumente, die Behälter mit den Dienstsiegeln, Taschenlampen und Geld - insgesamt 2818000 Rubel. Dann wurden sie zum vorgesehenen Zeitpunkt mit 40 Fahrzeugen an die über ganz Estland verteilten Verladestationen gebracht. In der Nacht zum 25. März trafen zwischen 21 Uhr abends und 5 Uhr morgens die mit dem Transport beauftragten Eisenbahner an den Verladestellen ein und wurden von den Vertretern der Politpolizei an das Innenministerium weitergeleitet.

Innerhalb weniger Tage wurden mehr als 20000 Menschen - das waren rund drei Prozent der Anfang 1945 in Estland lebenden Bevölkerung - nach Sibirien deportiert und dort auf verschiedene Regionen verteilt[57]. Nach Absprache mit der Politpolizei und dem Innenministerium beauftragte man die Partei mit der Durchführung der Deportationen. Parteiführer Karotamm war es auch, der - um »die Kulaken als Klasse liquidieren« zu können - die Deportationen gefordert hatte[58]. Zunächst wollten die lokalen Parteigrößen die vertriebenen »Kulaken« in den estnischen Ölschieferbergwerken einsetzen, doch dann erkannten sie ihren »Irrtum« und forderten im Interesse einer erfolgreichen Kollektivierung deren Ausweisung aus der SSRE.

Etwa ein Drittel der angeblichen Kulaken konnte den die Deportationen einleitenden Festnahmen entkommen. Des-

scan & corr by rz 11/2008

halb wurden die meisten Urteilssprüche erst nach und nach ausgeführt, teilweise sogar erst Monate oder sogar ein ganzes Jahr nach dem für die Deportation festgesetzten Termin. Der Jüngste unter den Deportierten war gerade einen Monat alt, der Älteste 95 Jahre. Mindestens zwei Kinder kamen unterwegs in den Waggons zur Welt. Man hat außerdem eine Akte aufbewahrt, die von vier Kindern aus Rakvere berichtet, die ganz allein nach Sibirien verschleppt wurden. Zuvor hatte man sie in der Absicht, ihrer Eltern habhaft zu werden, zwei Tage lang als Geiseln benutzt.

Andere Deportationen hatten nicht das gleiche Ausmaß wie jene vom März 1949. Im August 1945 beispielsweise wurden alle noch in Estland wohnenden deutschstämmigen Personen in die Oblast von Perm gebracht: Die Sowjets konnten immerhin noch 342 Baltendeutsche ausfindig machen. In ihrer Unmenschlichkeit deportierten die Kommunisten selbst Kinder, die sie 1941 schon einmal deportiert hatten, die aber nach Kriegsende die Erlaubnis bekommen hatten, nach Estland zu Angehörigen ihrer Familie zurückzukehren. 5000 deportierte Esten landeten in unmittelbarer Nachbarschaft des Atomforschungszentrums Semipalatinsk in der Oblast von Omsk, wo zwischen 1949 und 1951 rund 260 Atom- und Wasserstoffbomben gezündet wurden. Die Verstrahlten konnten jahrzehntelang keinerlei medizinische Versorgung in Anspruch nehmen. Man erklärte den Kranken und den Eltern mißgebildeter und totgeborener Kinder, daß Tiere sie mit Brucellose infiziert hätten[59].

Es gab auch Leute, die ihren im Exil lebenden Familien freiwillig nachfolgten, um ihnen Beistand zu leisten. Sie wurden der gleichen Kategorie zugeordnet, d.h. sie verloren sämtliche Rechte. Auch die sogenannten »Steuerschuldner« wurden nach Verbüßung ihrer Haftstrafen deportiert. Dabei handelte es sich um Bauern, denen vorgeworfen wurde, sich »wie Kulaken betragen« zu haben. Der Sowjet der SSR Est-

scan & corr by rz 11/2008

land verordnete ihnen zusätzliche Steuerzahlungen (Erlaß Nr. 654 vom 30. August 1947), die in vielen Fällen deren Einkünfte überstiegen. Wenn sie ihre Steuern nicht bezahlen konnten, wurden sie vor Gericht gestellt. Zu Beginn des Jahres 1949 saßen deswegen 2652 Bauern im Gefängnis[60].

Das Volk reagierte auf diesen Terror mit bewaffnetem Widerstand. In der Nachkriegszeit war der Guerillakampf in Estland weit verbreitet. Die Zahl der Freiheitskämpfer wird auf 30000 geschätzt, das waren Anfang 1945 vier Prozent der Gesamtbevölkerung[61].

Nach Angaben der Politpolizei gelang den Agenten zwischen 1944 und 1953 die Zerschlagung von 662 Partisanengruppen und 336 Geheimorganisationen. Dabei kamen 1495 Partisanen und Untergrundkämpfer ums Leben. Weitere 9870 Partisanen, Mitglieder geheimer Organisationen und angebliche Komplizen wurden festgenommen.

Die Zerschlagung des bewaffneten Widerstands bedeutete jedoch nicht das Ende der politischen Opposition. Mitte der fünfziger Jahre lebte sie in den Untergrundorganisationen der Gymnasiasten weiter. Zuvor hatten diese Gruppen mit den Partisanen zusammengearbeitet. Inzwischen kämpften sie alleine. Ihr Augenmerk war vor allem auf antisowjetische Agitationen gerichtet: Beispielsweise das Verfassen von Flugblättern, das Hissen der estnischen Fahne an den Nationalfeiertagen, das Sammeln von Waffen und das Organisieren von Attentaten gegen Denkmäler und Gedenktafeln der sowjetischen Besatzung. In den Akten des KGB ist von mehr als 30 Organisationen dieser Art die Rede. Der letzte uns bekannte Prozeß gegen eine Gruppe von jungen Leuten fand 1962 statt. Sowohl die Repression als auch der Widerstand hatten jedoch in den frühen sechziger Jahren etwas nachgelassen.

Die Verluste in der estnischen Bevölkerung waren hoch: 196000 Personen waren seit Beginn der Besatzungszeit ums

scan & corr by rz 11/2008

Leben gekommen, das waren 17,5 Prozent gemessen an der Bevölkerungszahl aus der Vorkriegszeit. Diejenigen, die lebend aus den Konzentrationslagern und aus dem Exil zurückkamen, sind dabei nicht berücksichtigt. Die unmittelbaren Opfer der Genozidpolitik und der Kriegsverbrechen machen 40 Prozent aus. In Zahlen: 74000 Menschen. 90 Prozent davon gehen auf das Konto der Sowjetmacht, 10 Prozent auf das der deutschen Besatzungsmacht. Die Zahl der zivilen Opfer der Genozidpolitik ist dreimal so hoch wie die der militärischen Kampfhandlungen[62].

Nach Stalins Tod ließ die Repression etwas nach. Die Verurteilten wurden zu Bürgern zweiter Klasse. Ein geheimer Präsidiumserlaß des obersten Sowjets der SSR Estland vom 12. Oktober 1957 untersagte Personen, die wegen besonders schwerer politischer Verbrechen verurteilt worden waren, die Rückkehr in ihre Heimat. Dieses Verbot betraf auch alle Personen, die den ehemaligen »bürgerlichen« Regierungen Estlands angehört hatten oder die bei den »bürgerlichen« Parteien, den nationalistischen Organisationen, der Polizei oder der Verwaltung eine Führungsposition gehabt hatten, außerdem alle, die an den nationalistischen Untergrundaktionen beteiligt waren. Wer illegal nach Estland zurückkehrte, mußte mit einer ein- bis dreijährigen Haftstrafe rechnen und wurde erneut aus der SSR Estland ausgewiesen[63].

Die Machthaber bekämpften die Aktivitäten des Widerstands nach wie vor, auch wenn sie inzwischen im Normalfall von der Anwendung offener Gewalt absahen. Im schlimmsten Fall wurden die Dissidenten nun in psychiatrische Anstalten eingewiesen. Auch den offenen Völkermord wagte die Sowjetmacht inzwischen nicht mehr, auch wenn sie mit anderen, den neuen Umständen angepaßten Mitteln weiterhin an der Genozidpolitik festhielt. Denn das Ziel blieb das gleiche: Man wollte die Esten in ihrem eigenen Land zu einer Minderheit machen.

scan & corr by rz 11/2008

Die Kommunisten im Dienste der Besatzungsmacht

Als die Kommunisten 1940 mit Hilfe der sowjetischen Streitkräfte an die Macht kamen, waren sie zahlen- und kräftemäßig nicht auf die Regierungsverantwortung vorbereitet. Exakte Mitgliederzahlen liegen für die KPE nicht vor. Zu Beginn des Krieges wird die Partei jedoch zwischen 130 und 150 Mitglieder gehabt haben[64]. Außerdem gab es noch eine kleine, vom Komintern unterstützte marxistische Arbeiterpartei, die eng mit den Kommunisten zusammenarbeitete. Zur Unterstützung dieser der Sowjetunion und der Komintern ergebenen Helfer brachte die Besatzungsmacht zahlreiche ursprünglich aus Estland stammende und in der KPdSU eingeschriebene Sowjetbürger mit. E. Päll, später einer der führenden Köpfe der SSR Estland, berichtet in seinen Memoiren, wie die 50 Mann starke Reservistengruppe der Roten Armee, mit der er nach Estland kam, ihre Uniformen gegen Zivilkleider eintauschten und sich an der sogenannten »Revolution« vom Juni 1940 - sprich an der Machtergreifung - beteiligten[65]. Karl Säre, der für Estland zuständige Kominternvertreter, wurde zum Ersten Sekretär der KPE ernannt. Nikolai Karotamm, ebenfalls ein als Reservist nach Estland zurückkehrender Exil-Este, wurde zum Zweiten Sekretär und hatte in dieser Position traditionell die Interessen Moskaus zu vertreten.

Die UdSSR war eine Parteidiktatur. Folglich war die KPdSU auch das wichtigste Organ der Besatzungsmacht. 1940 wurde ihr die Kommunistische Partei Estlands (KPE) angegliedert. Im ersten Jahr der sowjetischen Besatzung stieg die Zahl der KPE-Mitglieder von 133 auf 3751[66], darunter befanden sich rund 1000 aus Rußland importierte »Spezialisten«.

Es war die Partei, die den Terror der Jahre 1940/41 steuerte: Sie beteiligte sich im Juni 1941 aktiv an den von Moskau angeordneten Deportationen. Während der deutschen Besetzung

scan & corr by rz 11/2008

brachten sich die militanten Kommunisten zum Teil in der UdSSR in Sicherheit. Einige blieben jedoch in Estland, um eine Guerilla aufzubauen und Untergrundaktivitäten zu organisieren. Die Wut in der Bevölkerung auf die Kommunisten war jedoch so groß, daß innerhalb weniger Monate so gut wie alle führenden Köpfe verhaftet waren. In der Hand der Deutschen entpuppte sich Säre als Verräter: Um sein Leben zu retten, verriet er die meisten seiner Genossen. Sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt. Möglicherweise haben die Deutschen ihm einem neuen Namen gegeben und ihm so zu einer neuen Identität verholfen. Mit dem Ausfall der Führungskräfte funktionierten die Partisanenverbände des Hinterlandes nur noch bedingt.

1944 kamen die Kommunisten jedoch im Schlepptau der Roten Armee nach Estland zurück und stellten den politischen Zustand der unmittelbaren Vorkriegszeit wieder her. Karotamm, dessen Einfluß mit den Kriegsjahren deutlich gewachsen war, avancierte zum Ersten Sekretär der KPE. Innerhalb Estlands kannte seine Macht keine Grenzen. An die Anweisungen aus Moskau mußte er sich allerdings streng halten. Zur stärkeren Kontrolle besetzte Moskau den Zweiten Parteisekretär grundsätzlich mit einem Russen, der seine Anweisungen direkt vom Zentralkomitee der KPdSU bekam.

Die Zahl der KPE-Mitglieder nahm nach dem Kriege rasant zu. 1945 waren es noch 2409 Parteiangehörige gewesen, 1951 waren es bereits 18897, 1966 immerhin 59094 und zu Beginn des Jahres 1989 sogar 111799[67]. Die von der Sowjetmacht nach Estland versetzten oder freiwillig zugereisten Nicht-Esten nahmen zahlenmäßig gegenüber den Esten ständig zu. Vor 1970 war dieses Mißverhältnis besonders auffällig. Die einheimischen Kommunisten sollten in ihren Aktivitäten streng überwacht werden. Laut den damaligen Sitzungsprotokollen sprachen sich die aus Rußland eingewanderten Kommunisten gegen die zur Zeit der estnischen

scan & corr by rz 11/2008

Unabhängigkeit ausgebildeten Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte und Ingenieure aus. In einem Bericht Karotamms an Stalin über die Konferenz des KPE-Ortsverbands Tallinn vom 27. bis 29. März 1948 findet sich folgende Passage: »Mit der Kontrolle der estnischen Lehrer ist es nicht getan! Sie müssen alle aus der SSR ausgewiesen werden. Wenn wir einen Lehrermangel hätten, wäre das etwas anderes. Doch jetzt haben wir genügend Lehrer. Wir müssen geeignete Kommunisten finden und sie an die Stelle der estnischen Lehrer setzen!«

Ende der vierziger Jahre nahm die Repression gegen die republikanischen Intellektuellen, die unter dem sowjetischen System weitergearbeitet hatten, schwere Formen an. Dies führte sogar zu innerparteilichen Konflikten innerhalb der KPE. Bereits auf dem VII. Parteitag, der vom 20. Juni bis 7. Juli 1945 stattfand, war die verstärkte politische Wachsamkeit der Kommunisten ein Hauptanliegen Karotamms gewesen. 1948 teilte Kumm seinen Parteikollegen mit, daß sich der Klassenkampf mit der nun anstehenden Kollektivierung verschärfen werde und deshalb gegenüber den nationalistischen Kräften äußerste Wachsamkeit geboten sei. Vermutlich hatte ein Teil der Elite zunächst einmal gehofft, daß Moskau nach dem Krieg den einzelnen Sowjetrepubliken eine größere Autonomie zugestehen würde. Doch in dieser Hinsicht konnte man sich bald keinen Illusionen mehr hingeben. Die für Estland nachteilige Veränderung der Grenzen, die zunehmende Sowjetisierung und andere vergleichbare Entwicklungen ließen an Moskaus Zentralisierungsabsichten keinen Zweifel. In Anbetracht des anhaltenden Terrors machte sich selbst bei Leuten, die das neue Regime zunächst einmal unterstützt hatten, eine Enttäuschung breit. Vielleicht erklärt dies, warum Vares-Barbarus, der Präsidiumsvorsitzende des Obersten Sowjets der SSR Estland, und seine engsten Vertrauten 1946 Selbstmord verübten.

scan & corr by rz 11/2008

Nach Stalins Tod ließ der Terror nach. Malenkow und Berija, die für wenige Wochen das Sagen hatten, versuchten in den Außenbezirken des Sowjetimperiums, eine »neue Nationalpolitik« durchzusetzen. Dies kam vor allem dadurch zum Ausdruck, daß sie die vom Kreml eingesetzten russischen Beamten nach Moskau zurückbeorderten und an deren Stelle Kräfte aus dem lokalen Parteikader einsetzten. Im Mai und Juni 1953 wurden in der Ukraine, in Weißrußland, in Litauen und Lettland entsprechende Anordnungen aus Moskau in die Tat umgesetzt. Ähnliche Pläne für die SSR Estland wurden allerdings nicht mehr verwirklicht, denn im Kampf um die Macht unterlag Berija. Er wurde verhaftet, zum Volksfeind erklärt und im Dezember des gleichen Jahres erschossen. Berijas »neue Nationalpolitik« galt ab sofort als kriminell. In der Neuordnung seiner Beziehung zu den Sowjetrepubliken kehrte der Kreml jedoch nur bedingt zu seinen alten Grundsätzen zurück[68]. Moskau besetzte den zweiten Parteisekretärsposten in den Sowjetrepubliken nicht mehr prinzipiell mit Russen. Kossow, der 1950 zum Zweiten Sekretär der KPE berufen worden war, verließ Estland im Juni 1953 auf Anweisung des Kremls. Kurz darauf trat der Este Leonid Lentsman an seine Stelle. Auch in Litauen und Estland wurde die Stelle des Zweiten Sekretärs mit ortsansässigen Kommunisten besetzt. In den sechziger Jahren erinnerte sich Moskau allerdings wieder an seine alten Grundsätze.

Die großen Säuberungsmaßnahmen der frühen fünfziger Jahre stellten die Führungsrolle der KPE nicht in Frage. Über sie lenkte und kontrollierte die sowjetische Besatzungsmacht sämtliche Angelegenheiten der SSR Estland. Die Führungsrolle der Partei kam in drei konkreten Punkten zum Ausdruck: Zum einen lagen die wichtigsten Regierungskompetenzen fest bei den ständigen Institutionen der Partei, d. h. beim Zentralkomitee, bei den Sonderabteilungen und den ihnen unter-

scan & corr by rz 11/2008

geordneten Lokalkomitees. Diese Organe erteilten ihre Befehle über »Parteianweisungen« und über die sogenannten »telefonischen Gesetze«, d.h. mündliche Anweisungen. Zum andern waren sämtliche Verwaltungsstellen der KPE zugeordnet und wurden ausschließlich mit Parteimitgliedern besetzt. Außerdem stand der KPE zur besseren Kontrolle der Bevölkerung das Staatssicherheitskomitee (KGB) zur Verfügung. Es war 1945 gegründet worden und unterstand direkt der KPdSU, mit der sich die KPE die Macht teilte. Der KGB führte seine kriminellen Aktivitäten auf Anweisung der Partei durch und war ihr gegenüber zu Rechenschaft verpflichtet.

In der Spätphase des Sowjetregimes standen dem KGB in Estland vermutlich rund 4000 offizielle Agenten zur Verfügung. Sie wurden von 15000 bis 16000 weiteren Mitarbeitern unterstützt[69]. Innerhalb des KGB-Kaders machten die Esten rund 15 Prozent aus. Im Bereich der Agenten und Mitarbeiter stellten sie jedoch vermutlich die Mehrheit. Auch die Staatsanwaltschaft und die Zensur, die beide direkt Moskau unterstanden, zählten zu den Machtinstrumenten der Kommunistischen Partei. Das gesamte Justizsystem war weitgehend von der KPE bestimmt. Auf diese Weise war sichergestellt, daß die Anweisungen der Partei in der Rechtsprechung berücksichtigt wurden. Nach der Fusion von KPE und KPdSU im August 1940 waren die juristischen Institutionen die ersten, die man auf Parteilinie brachte.

Natürlich mischte sich die Partei auch in die Angelegenheiten der Armee. Das Baltikum war überfüllt mit militärischen Streitkräften. Inoffizielle Angaben lassen vermuten, daß in Estland zwischen 100000 und 300000 Soldaten standen, d.h. auf 100 Esten kamen bis zu 15 Soldaten[70]. Die Forderungen der Armee wurden immer erfüllt, insbesondere wenn es um Land oder Wohnungen ging. Zahlreiche Dörfer und Häuser wurden zwangsgeräumt. Die sowjetischen Militärbasen und -zonen machten 89899 Hektar aus. Davon waren allein 3600

scan & corr by rz 11/2008

Hektar den fünf sowjetischen Militärflugplätzen vorbehalten. Die Armee respektierte in diesen Zonen keinerlei Sicherheits- oder Umweltvorschriften. Mehrere Umweltkatastrophen waren eine direkte Folge davon. In der für militärische Zwecke gesperrten Stadt Paldiski errichtete die Armee gegen den Willen der estnischen Bevölkerung zwei Kernkraftwerke.

Mit der in den sechziger Jahren einsetzenden »Entspannung« änderte sich die Situation: Es sah so aus, als ob die Besetzung ewig dauern würde. Also mußte man sich wohl oder übel arrangieren. Die Esten traten in die Partei ein, allerdings weniger zur Unterstützung der Weltrevolution als vielmehr der materiellen Vorteile und der besseren Karriereaussichten wegen. Die Parteimitgliedschaft war für den sozialen Aufstieg innerhalb der Gesellschaft oft eine zwingende Voraussetzung.

Aus diesem Grund nahm der Anteil der Esten innerhalb der Partei stetig zu. Ab Mitte der sechziger Jahre traten die Esten auch im Komsomol stärker in Erscheinung. Über die Opposition des Komsomol versuchten sie den »nationalen« Flügel der KPE zu unterstützen. Oder anders formuliert: Durch eine Karriere innerhalb der Partei versuchten sie, diese unter Kontrolle zu bekommen. Zumindest ein Teil dieser beim oppositionellen Komsomol engagierten Jugendlichen orientierte sich auch an dem von den tschechoslowakischen Kommunisten propagierten »Sozialismus mit menschlichem Gesicht«. Doch auch die Opposition in den Reihen des Komsomol hat den Prager Frühling nicht lange überlebt. Einige Vertreter dieser Jugendbewegung entschieden sich anschließend jedoch für eine Karriere innerhalb des Parteiapparats der KPE.

Die kommunistischen Parteien der baltischen Sowjetrepubliken waren trotz allem relativ autonom und konnten in einem gewissen Rahmen die Interessen ihrer Völker effizient vertreten. Viele Historiker, die sich mit der Breschnew-Ära befaßten, waren überzeugt, daß Breschnew den Parteiverbänden der einzelnen Republiken ganz bewußt mehr Autonomie

scan & corr by rz 11/2008

zugestanden hat und den lokalen Parteigrößen auch gerne mehr Spielraum für die in erster Linie finanziellen Interessen ihrer Republiken ließ[71]. Auf diese Weise^bekam er ihre Unterstützung für seine Politik und konnte auch bei den internen Machtkämpfen, die ja im Kreml an der Tagesordnung waren, mit deren Beistand rechnen. Mit dieser Strategie brauchte Breschnew keine starke Opposition zu fürchten. Im Gegenteil: Diese Taktik band die lokalen Parteigrößen eher stärker an Moskau.

Zu Beginn der achtziger Jahre waren in Estland sämtliche Illusionen im Bezug auf den Kommunismus und die kommunistische Partei verflogen. Es gab kaum noch jemanden, der an die kommunistischen Ideale glaubte. Und die wenigen, die noch an sie glaubten, waren entweder nicht mehr in der Partei oder wurden - wenn sie noch in der Partei waren - von sämtlichen Führungspositionen ferngehalten. Auch die Hoffnung, die Partei und das Sowjetsystem von innen heraus erneuern zu können, war zunichte. Wer in die Partei eintrat, tat dies inzwischen nur noch aus Karriere-Gründen und machte aus seiner Geringschätzung gegenüber den kommunistischen Ideen keinen Hehl. Keiner von diesen »Radieschen« - außen rot und innen weiß - stellte jedoch das System an sich in Frage.

Dadurch wurde die Autorität der KPE jedoch schwer untergraben. Man empfand keine Angst mehr vor der Kommunistischen Partei, dafür jedoch mehr und mehr Verachtung. Und was für die Behörden noch eine viel größere Gefahr war: Sie wurden ausgelacht. Von den Begabteren der jungen Generation entschieden sich immer mehr gegen einen Eintritt in die Partei. Dies führte zu einem Nachlassen des intellektuellen Niveaus innerhalb der Partei. Trotzdem kam der Zusammenbruch der Kommunistischen Partei in den Jahren 1989/90 relativ unerwartet. Er führte deutlich vor Augen, wie wenig die kommunistischen Ideen in der estnischen Gesellschaft verwurzelt waren.

scan & corr by rz 11/2008

Die Russifizierung

Auch in Estland verfolgte das kommunistische Regime - ähnlich wie in den beiden andern besetzten Baltenländern - eine intensive Siedlungs- und Russifizierungspolitik. Man wollte die drei baltischen Völker in ihrem eigenen Land zu Minderheiten machen und schuf zur Unterstützung der militärischen Besatzung regelrechte »Zivilgarnisonen«. Um das zur estnischen Nation gehörige Gebiet besser zerstückeln zu können, besiedelten es die Sowjets mit ganzen Gruppen oder - besser gesagt - ganzen Kolonien von Fremden aus anderen Regionen der UdSSR. Manche Städte waren den einheimischen Esten sogar untersagt. Eine regelrechte Segregationspolitik. Auch die Wirtschaft wurde von Moskau reorganisiert: Ziel war Estlands wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die Gründung neuer Industriebetriebe war eine willkommene Gelegenheit, die russische Siedlungspolitik weiter voranzutreiben.

Auch der Terror und die Genozidpolitik zielten in diese Richtung. Nach offizieller Zählung und anderen Statistikwerten von 1939 lebten in jenem Jahr 1000360 Esten in Estland. Ende 1941 waren es lediglich 907222, und Ende 1944 lebten im gleichen Gebiet sogar nur noch 806000 Menschen. Zu den Faktoren, die zu einer Abnahme der estnischen Bevölkerung führten, zählte in den späteren Jahren natürlich auch die Zwangseinberufung junger Esten in die sowjetische Armee. Denn viele von ihnen kamen bei Unfällen oder bei absurden Kriegsabenteuern ums Leben. Im Afghanistan-Krieg zahlte die estnische Jugend einen besonders hohen Blutzoll. Eine der letzten gegen das estnische Volk gerichteten Maßnahmen war die Entsendung von zwei estnischen Regimentern nach Tschernobyl, wo sie unter extrem gefährlichen Bedingungen die Atomkatastrophe zu bekämpfen hatten. Moskau schickte - proportioneil gesehen - deutlich mehr

scan & corr by rz 11/2008

Esten als Angehörige anderer Völker der UdSSR, insbesondere Russen, in das Katastrophengebiet. Der Verdacht liegt nahe, daß man den radioaktiven Strahlen lieber Balten als Russen aussetzen wollte.

Bereits 1940 gab es erste Zeichen einer intensiven Russifizierung, denn die Kommunisten holten bereits kurz nach der Machtübernahme Heerscharen von russischen »Spezialisten« ins Land. Noch im gleichen Jahr teilte Moskau den Regierungsverantwortlichen in Tallinn mit, daß die Bevölkerungszahl der Hauptstadt innerhalb der nächsten fünf Jahre von 160000 auf 500000 steigen müsse[72].

Der Krieg verhinderte zunächst einmal die Ausführung dieses grandiosen Plans. Die meisten »Spezialisten« verschwanden mit der Roten Armee in Richtung Rußland. Nach dem Wiederaufbau der sowjetischen Besatzung im Jahre 1944 wurde eine noch stärkere Russifizierung in die Wege geleitet. Am 10. Juli 1945 ordnete die Verteidigungskommission der UdSSR die Wiedereröffnung eines estnischen Ölschieferbergwerks für die Gasversorgung Leningrads an. Damit waren der massiven russischen Besiedlung der betroffenen Region Tür und Tor geöffnet[73].

Bis 1959 wanderten rund 282000 Menschen in Estland ein. Bei den Einwanderern handelte es sich in erster Linie um Russen. Zwischen 1959 und 1989 kamen weitere 298000 Immigranten nach Estland. Damit sank der Anteil der Esten innerhalb der Bevölkerung Estlands auf 61,5 Prozent[74]. Der Prozentsatz hätte eigentlich noch niedriger ausfallen können, doch lediglich 10 bis 15 Prozent der Einwanderer ließen sich definitiv in Estland nieder.

Um ein Aufgehen der in kleinen Gruppen eintreffenden Immigranten in der estnischen Bevölkerung zu verhindern, gründete die Regierung rein russische Ortschaften. In den Städten Rußlands wurden verstärkt Arbeitskräfte für Estland geworben. Vor allem die über diese Werbekampagnen rekru-

scan & corr by rz 11/2008

tierten Immigranten wurden bei der Wohnungsvergabe systematisch bevorzugt.

In Tallinn und in den anderen Städten Estlands entstanden große Neubauviertel, in denen hauptsächlich russische Einwanderer lebten. Vor allem in Narva und Umgebung verfolgte man eine rigide Segregationspolitik. 1941 und in den Jahren 1944-1950 hatte diese Region ganz besonders unter den Ausschreitungen der Zerstörungsbataillone bzw. der Roten Armee gelitten. Die Bevölkerung von Narva und Umgebung hatte die meisten Verluste zu beklagen. In der Nachkriegszeit erließ die Partei ein Verbot, das den Kriegsflüchtlingen der Region Narva die Rückkehr in ihre Heimat verwehrte.

1946 hatte eine estnische Architekten-Kommission Vorschläge zum Wiederaufbau der Altstadt vorbereitet. Das außergewöhnliche städtebauliche Ensemble war nämlich nicht so zerstört, daß man es nicht hätte wiederaufbauen können. Trotzdem befahl der neue, aus Rußland stammende Bürgermeister »im Interesse eines schnellen Wiederaufbaus« die völlige Beseitigung der Ruinen und gab Anweisung, »nur ehrlichen sowjetischen Patrioten aus Pskow, Leningrad und Nowgorod« eine Genehmigung zu erteilen, sich in dieser Stadt niederzulassen. Deshalb wird in der Stadt Narva seit ihrem Wiederaufbau fast ausschließlich russisch gesprochen[75].

Neben dieser stark gegen die Esten gerichteten Siedlungspolitik entwickelte die Regierung noch andere, allerdings nicht weniger wirksame Methoden: Die Esten hatten nur ein eingeschränktes Recht auf Arbeit und Ausbildung. Bei der Besetzung von Stellen in der Fischerei, in der Schiff- und Luftfahrt und der Vergabe der darauf hinführenden Ausbildungsplätze wurden die Esten stark benachteiligt. Das gleiche galt für den Bereich der Rüstungs- und Schwerindustrie, des Eisenbahnwesens und der Telekommunikation. Sie waren ausschließlich den Einwanderern vorbehalten. In den Bran-

scan & corr by rz 11/2008

chen, zu denen die Esten keinen oder nur einen beschränkten Zugang hatten, wurden deutlich höhere Gehälter bezahlt. Auch bei der Wohnungsvergabe und bei der Verteilung der Lebensmittel und wichtigsten Konsumgüter genossen die Arbeitnehmer dieser Branchen immer Priorität. Am begehrtesten waren die Stellen, über die man Visa für das Ausland bekommen konnte. Diese Segregation im Wirtschaftsbereich sorgte für eine hohe Einwanderungsquote. Da die materiellen Bedingungen für die Einwanderer in Estland deutlich besser waren als anderswo in der UdSSR, zogen die Menschen zu Tausenden in die kleine baltische Sowjetrepublik.

Die KPdSU machte aus ihren Absichten keinen Hehl: Sie betrachtete die Russifizierung ganz offiziell als eine ehrenvolle Aufgabe. Zu Breschnews Zeiten verkündete das Regime, daß die Beziehungen zwischen den Völkern in eine »neue Phase« getreten seien und in der »Annäherung zwischen den Völkern und in der vollkommenen Einheit zwischen ihnen« ihren sichtbaren Ausdruck fänden; man erlebe außerdem die Entwicklung einer »vereinheitlichten internationalen Kultur«, deren Fundament die russische Sprache sei. In seinem Bericht vor dem XXIV. Kongreß des Zentralkomitees der KPdSU (1971) und in seiner Ansprache zu den Jubiläumsfeierlichkeiten in Erinnerung an die Gründung der UdSSR (1972) bezeichnete Breschnew das sowjetische Volk als den »neuen Typus der menschlichen Gemeinschaft«. Damit war die theoretische Grundlage für die Russifizierung und die allgemeine Assimilierung geschaffen. In Ergänzung dazu betonte das Re gime den »proletarischen Internationalismus und die Freundschaft zwischen den Völkern«, »die unausweichliche gegenseitige Annäherung zwischen den Völkern und Volksgruppen« und die spezifische Rolle des russischen Volkes, des »großen Bruders«, und der russischen Sprache, die für jeden zur »zweiten Muttersprache« werden müsse. Man arbeitete

scan & corr by rz 11/2008

an einer neuen kommunistischen Kultur, frei von allen »interethnischen Barrieren«, und sagte sämtlichen Formen von »Engstirnigkeit und nationalistischem Egoismus« den Kampf an[76].

Am 19. Dezember des gleichen Jahres verabschiedete das Zentralkomitee der KPE einen geheimen Erlaß, der Estnisch als offizielle Sprache einschränken und die Zweisprachigkeit der Esten fördern sollte[77]. Der schriftliche Erlaß war so geheim, daß nur wenige Parteimitglieder ihn einsehen durften. Trotzdem sickerte der Inhalt des Erlasses durch und löste in Estland und in der freien Welt eine heftige Protestwelle aus.

Bei offiziellen Angelegenheiten nahm der Gebrauch der russischen Sprache permanent zu. Auch im Bereich der Wirtschaft, des Transportwesens, der medizinischen Versorgung, der Telekommunikation und der Sparkassen gingen die Machthaber dazu über, die entsprechenden Formulare in Russisch zu verfassen. Zumal für die Dienstleistungen dieser Bereiche Russen eingestellt wurden, die kein Estnisch sprachen. Vor allem in der Hauptstadt Tallinn waren die Esten selbst im einfachsten Alltagsleben ohne Russischkenntnisse aufgeschmissen. Auch im kulturellen Bereich war das Russische im Vormarsch, ebenso im Bereich der Wissenschaft: Examens- und Promotionsarbeiten mußten in russisch verfaßt werden, auch wenn es um die estnische Sprache oder Literatur ging. Der Russisch-Unterricht begann bereits im Kindergarten.

Starke interethnische Spannungen waren die Folge dieser Russifizierung. In den späten siebziger Jahren nahmen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen estnischen und russischen Jugendlichen deutlich zu. In den achtziger Jahren mußte die Miliz im Kampf gegen diese rivalisierenden Jugendbanden stärkere Einheiten einsetzen. Eine in den Jahren 1984/85 durchgeführte Befragung ergab, daß nur vier Prozent der Esten normale Beziehungen zu den Russen für möglich

scan & corr by rz 11/2008

hielten. Bei den Russen wurde die umgekehrte Frage von etwas mehr als zehn Prozent bejaht. All dies deutet daraufhin, daß die Situation in Estland nicht viel anders war als in anderen Regionen, die mit gewaltsamen interethnischen Konflikten zu kämpfen hatten. Glücklicherweise ließen mit dem Demokratisierungsprozeß der späten achtziger Jahre die Spannungen dieses Konfliktes spürbar nach. Die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit verlief friedlich, und im souveränen Estland haben sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern rapide verbessert. 1994 hielten bereits 60 Prozent der Esten gute interethnische Beziehungen für möglich, bei den Russen waren es sogar 70 Prozent. Dies ist ohne Zweifel eine der größten Errungenschaften der wiedererlangten Unabhängigkeit. Trotzdem sind für die Integrierung der in Estland verbliebenen Fremden in die estnische Gesellschaft noch viel Zeit und Ressourcen notwendig. Erst nach mehreren Generationen wird das Problem wahrscheinlich endgültig gelöst sein.

Die Kolonialwirtschaft

Die sowjetische Besetzung hatte schwere wirtschaftliche Folgen. Das Selbstbestimmungsrecht beinhaltet für jedes Volk auch das Recht, über die Verwendung seiner natürlichen und anderweitigen Ressourcen selbst zu entscheiden. Man darf keinem Volk seine Versorgungsmittel wegnehmen. Über die eigenen Ressourcen allein zu bestimmen ist das unbestreitbare Recht eines jeden Volkes.

Das kommunistische System erkannte dieses Recht nicht an. Während der gesamten Besatzungszeit war die Wirtschaftspolitik der Besatzungsmacht auf eine brutale Ausbeutung ausgerichtet: Estlands natürliche Ressourcen sollten möglichst schnell verbraucht werden. Vor allem beim Ölschiefer war diese Absicht unverkennbar. Vor der Besatzungs-

scan & corr by rz 11/2008

zeit ging man davon aus, daß der Abbau der estnischen Ölschiefervorkommen sich über mehrere Jahrhunderte hinzieht. Inzwischen hat sich dieser Zeitraum auf wenige Jahrzehnte verkürzt. 98,6 Prozent aller jemals in Estland geförderten Ölschiefermengen sind in den Jahren 1940 bis 1989 abgebaut worden. In jenen Jahren wurde fast ein Drittel der estnischen Ölschiefervorkommen verbraucht[78].

Der zweite natürliche Rohstoff, der in großen Mengen abgebaut wurde, ist der Phosphorit. 99 Prozent aller jemals in Estland abgebauten Phosphorit-Mineralien wurden zwischen 1945 und 1989 gefördert[79]. Alle interessanten Bestände sind bereits aufgebraucht. Die unter der sowjetischen Besatzung angewandte Fördertechnik arbeitete mit hohen Materialverlusten: 1989 schätzte man diese Verluste auf 1000 Milliarden Rubel. Die übrigen in Estland geförderten Rohstoffe werden hauptsächlich in der Bauindustrie verwendet. Die Staubabgase der Zementfabrik von Kunda färbten den Ort einheitlich grau und machten ihn unbewohnbar.

Die Raubwirtschaft der Sowjetunion führte zu schweren Umweltschäden. Nur 61 Prozent des Brauchwassers wurden mehr oder weniger normgerecht aufbereitet, 30 Prozent nur ungenügend und die restlichen 9 Prozent, d.h. 130000 m^3 pro Tag, überhaupt nicht. 1987 entsprachen nur 62 Prozent der für die Speicherung der Agrar-Düngemittel vorgesehenen Behälter (Silos usw.) den Normvorschriften. Die Mißachtung der Umweltnormen ging vor allem auf Kosten der Wasserqualität. 150 estnische Seen und die meisten Flüsse waren 1987 stark verseucht. Der Phenolgehalt des Flusses Purtse erreichte das 780fache des zulässigen Höchstwertes. Auch der Nitratgehalt in den estnischen Flüssen war 20mal so hoch wie der gesetzliche Höchstwert. Die Küsten waren ebenfalls stark belastet. Über viele bis dahin beliebte Seebäder mußte man ein Badeverbot verhängen. Die Menge der Kolibakterien am Strand von Pärnu erreichte das 5000fache des zulässigen Höchstwer-

scan & corr by rz 11/2008

tes. Auch das Grundwasser war betroffen: rund zehn Prozent waren hochgradig verseucht, und weitere 30 Prozent waren schwer belastet[80].

Die im September 1989 in Estland zu Besuch weilende schwedische Umweltministerin Birgitta Dahl war in Anbetracht der »Systematik und Maßlosigkeit«, mit denen die Natur und die Menschen ausgebeutet worden waren, völlig fassungslos. Die schwedische Delegation stellte sich die Frage, ob die Umweltschäden in Estland jemals wieder zu beheben seien. Den schwedischen Besuchern war auf Anhieb klar, daß das kommunistische Regime diese Barbarei verursacht hatte. D. S. Ahlander, der für Leningrad und die baltischen Republiken zuständige schwedische Generalkonsul, schrieb an seine Regierung folgenden Bericht: »Das Maß der Umweltzerstörung ist hier so groß, daß man ohne weiteres von einem Verbrechen gegen die Natur sprechen kann. Die Art und Weise, wie hier die Natur nach Plan zerstört wurde, ist für uns unvorstellbar. Auf Beschluß Moskaus wurde der gesamte Nordosten Estlands in eine einzige Grubenlandschaft verwandelt. Sie lieferte den für die Wärmeversorgung Leningrads notwendigen Ölschiefer und den Phosphorit für die chemische Düngung. Die ganze Region ist mit einer Staubschicht überzogen. Am Himmel stehen Rauchwolken, und die Bäume sind halbtot. Die Gesichter der Menschen sind aschgrau, und das verseuchte Wasser der Flüsse und Bäche ist gelb, violett oder schwarz«[81].

Das Sowjetregime versuchte den Raubbau, den es mit der estnischen Landschaft trieb, als notwendiges Übel hinzustellen, das Estland für seine Industrialisierung und für ein starkes Produktionspotential in Kauf nehmen müsse. Die wirtschaftliche Entwicklung war vor allem auf die Schwer- und Rüstungsindustrie ausgerichtet. Man wollte Estland in ein so starkes Abhängigkeitsverhältnis zur UdSSR bringen, daß sämtliche

scan & corr by rz 11/2008

Hoffnungen auf ein freies und unabhängiges Estland schwanden.

1948 wurde in Kohtla-Järve die weltweit größte Ölschieferfabrik eröffnet. Das produzierte Gas war in erster Linie für Leningrad bestimmt. 1949 ging auch ein großes Elektrizitätswerk ans Netz. 1951 wurde in Ahtme ein zweites Elektrizitätswerk errichtet. In den sowjetischen Statistiken galten diese Zahlen als Beweis für Estlands beispiellose industrielle Entwicklung. Die jährliche Wachstumsrate im Industriebereich lag bei 66 Prozent. Diese Industrialisierung ging jedoch nicht mit einer zunehmenden Produktivität einher. Was zunahm, war lediglich die Anzahl der Produktions statten. In der estnischen Ölschieferförderung produzierte 1939 jeder Arbeiter 494 Tonnen von dieser wertvollen Gesteinsart. 1950 kamen auf einen Arbeiter lediglich 482 Tonnen[82].

Auch die Landwirtschaft wurde nach den Grundprinzipien der sowjetischen Wirtschaft umgestaltet. Ziel war die Abschaffung der freien Unternehmerschaft und des Privateigentums. Die Bevölkerung sollte in einer völligen Abhängigkeit von der Zentralmacht leben. Die Zwangskollektivierung hatte schwere Auswirkungen auf die Entwicklung der estnischen Landwirtschaft. Zwischen 1951 und 1955 ging die Agrarproduktion im Vergleich zu den an sich schon bescheidenen Erträgen der Jahre 1946 bis 1950 um 9,3 Prozent zurück. Erst Mitte der sechziger Jahre erreichte die estnische Viehzucht wieder ihren Vorkriegsstand, und auch das nur dank des starken Einsatzes industrieller Futtermittel.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre kam es in der sowjetischen Wirtschaftspolitik zu einer spürbaren Liberalisierung. 1957 ließ Moskau sogar Regionalisierungstendenzen erkennen. Noch im gleichen Jahr nahm ein nationaler Wirtschaftsrat (Sownarchose) in Estland seine Arbeit auf und trug für mehrere Jahre die Verantwortung für die meisten Industriebereiche der estnischen Sowjetrepublik. Zwischen

scan & corr by rz 11/2008

1958 und 1961 nahm die industrielle Produktion um 70 Prozent zu[83]. Es gab auch Modernisierungsansätze: Gefragt waren nicht mehr gigantische Großprojekte, sondern Neuentwicklungen im Bereich der Elektrotechnik und Mechanik. Zwei Bereiche, die zusätzliche Qualifikationen erforderten. Auch die Lebensmittelindustrie entwickelte sich, und dank des Einsatzes mineralischer Düngemittel und einer besseren Technik erlebte auch die Landwirtschaft mit Hilfe der Sownarchosen eine deutliche Renaissance. 1965 wurden die Sownarchosen allerdings wieder in Frage gestellt, und so wurden fast 30 Prozent der estnischen Industriebetriebe wieder direkt den Moskauer Ministerien untergeordnet. In der Folgezeit nahm der Anteil der direkt von Moskau aus gesteuerten Betriebe noch zu.

Bei der industriellen Entwicklung ergaben sich dadurch jedoch vorerst noch keine einschneidenden Veränderungen: In den sechziger und frühen siebziger Jahren verzeichnete die estnische Wirtschaft eine relativ hohe Wachstumsrate, die jedoch weniger auf eine bessere Qualität oder Arbeitsproduktivität als vielmehr auf die extrem niedrigen Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen war.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre trat in der Wirtschaft der Sowjetunion und des Estlands eine Stagnation ein. Nach Auskunft der Weltbank fiel die jährliche Wachstumsrate auf ein Prozent zurück. Die Investitionen machten jedoch nach wie vor 20 bis 30 Prozent des Bruttosozialproduktes aus[84]. Der technologische Rückstand war immer deutlicher zu spüren. Die Annexion hatte noch andere negative Auswirkungen: Nur drei Prozent der estnischen Exporte gingen in Länder mit einer konvertierbaren Währung. Nach Informationen der Weltbank lag die Wachstumsrate in den drei baltischen Sowjetrepubliken trotzdem mehr als 40 Prozent über dem UdSSR-Durchschnitt.

scan & corr by rz 11/2008

Im Vergleich zur übrigen Welt lag Estland allerdings deutlich im Rückstand. Zu diesem Ergebnis kommen mehrere wissenschaftliche Vergleichs Studien zwischen Estland und Finnland. In geographischer, linguistischer und kultureller Hinsicht stehen sich die beiden Länder sehr nahe und unterschieden sich deshalb in den dreißiger Jahren im Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Lebensstandard nur geringfügig voneinander. Dann wurde Estland von den Sowjets unterjocht. Finnland hat zwar auch schwer unter dem Krieg gelitten, konnte aber seine Unabhängigkeit bewahren. Die Kommunisten zwangen Estland eine Planwirtschaft auf, Finnland hingegen konnte seinen Kurs in Richtung Marktwirtschaft beibehalten. Bei den beiden Ländern bietet sich der Vergleich zwischen diesen beiden Wirtschaftssystemen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer konkreten Ergebnisse geradezu an: Bis in die frühen sechziger Jahre entwickelten sich Estland und Finnland in einem vergleichbaren Rhythmus. Die Kriegszerstörungen und die 1952 deutlich zu Buche schlagenden Reparationsleistungen an die UdSSR hatten in Finnland einen Rückgang des Lebensstandards zur Folge. Estland hingegen wurde auf Anweisung Moskaus stark industrialisiert. Erst ab den frühen sechziger Jahren liefen die Entwicklungskurven der beiden Länder zusehends auseinander: Während in Estland das Wirtschaftswachstum konstant blieb, stieg die finnische Wachstumskurve dank neuer Technologien und einer stärkeren Produktivität sprunghaft an. In den siebziger und frühen achtziger Jahren war der Abstand zwischen den beiden Ländern enorm.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß Estland - trotz seiner im Vergleich zu den anderen UdSSR-Regionen relativ guten Entwicklung - den westlichen Nachbarn deutlich hinterherhinkte. Dieser Abstand nahm rapide zu. Schuld daran war weder die schlechte Arbeitsqualität der Esten noch irgendwelche vor Ort getroffenen Fehlentscheidungen. Der

scan & corr by rz 11/2008

Grund ist in der kommunistischen Planwirtschaft zu suchen, die jede Form freien Unternehmergeistes und den Einsatz neuer Technologien verhindert hat. Es wird mehrere Jahrzehnte und länger dauern, bis Estland diesen während der Sowjetzeit eingetretenen Rückstand wieder aufgeholt haben wird.

Die Beschneidung der Zivilgesellschaft

Eines der wichtigsten Ziele des kommunistischen Systems war die Zerstörung der Sozialordnung und der Zivilgesellschaft. Sämtliche gesellschaftliche Aktivitäten sollten der strengen Kontrolle durch die Partei unterliegen. Dafür mußte zunächst einmal die kollektive Erinnerung ausgeschaltet werden. George Orwells bekannte These, wonach man die Zukunft nur über die Kontrolle der Vergangenheit kontrollieren kann, wurde im sowjetischen System konsequent umgesetzt. All das, was an das unabhängige Estland erinnerte, mußte aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen werden. Die zukünftigen Generationen sollten sich gar keine andere Welt als die sowjetische Realität vorstellen können.

Der Kampf gegen das kollektive Gedächtnis begann mit einem Kampf gegen die Toten. Fast alle Denkmäler wurden gesprengt oder verschrottet. Nahezu alle an den Befreiungskrieg von 1918-1920 erinnernden Gedenkstätten wurden beseitigt. Auch wichtige Denkmäler aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wurden abgetragen. Sie orientierten sich für die Kommunisten allzu stark nach dem Westen oder entsprachen nicht dem sowjetischen Geschichts Verständnis: In Tartu traf dies sämtliche Denkmäler des Schwedenkönigs Gustav Adolf IL, dem die Stadt ihre Universität verdankte. Auch die Monumente zu Ehren von Villem Reiman, einem führenden Kopf der estnischen Nationalbewegung, wurden dem Erdboden

scan & corr by rz 11/2008

gleichgemacht. Das Martin-Luther-Denkmal in Keila fiel ebenfalls dieser Politik zum Opfer.

Im Herbst 1944 befahl die KPE die Schändung und Zerstörung der Gräber, in denen die während des Zweiten Weltkriegs in Estland gefallenen deutschen Soldaten bestattet worden waren. Oft wurden auf den vernichteten Gräbern Gebäude errichtet. An der Stelle des Militärfriedhofs von Maarjamäe, dem größten deutschen Soldatenfriedhof von Tallinn, baute man ein Denkmal zur Erinnerung an die Heldentaten der Roten Armee während der »Schlacht auf dem Eis« von 1918[85]. Die Friedhöfe der in Estland umgekommenen deutschen Kriegsgefangenen erlitten das gleiche Schicksal: Sie wurden in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre dem Erdboden gleichgemacht, weil die Bundesrepublik Deutschland für die Angehörigen der Opfer die Erlaubnis für einen Gräberbesuch aushandeln wollte.

Aber auch die gewöhnlichen Friedhöfe waren dem Regime ein Dorn im Auge: Jahrzehntelang wurden die Eisenkreuze und Gitter der Gräber als Alteisen gesammelt. Zu dieser Arbeit wurden Schüler herangezogen. Mit diesen Friedhöfen verschwanden zahlreiche Kulturdenkmäler. In Tallinn beispielsweise der baltendeutsche Friedhof von Kopli oder der alte Friedhof von Kalamaja, auf dem das estnische Bürgertum seine Angehörigen bestatten ließ. Sämtliche Hinweise auf die Gräber wurden beseitigt und die Erde umgepflügt. Aus den beiden Friedhöfen wurden öffentliche Grünanlagen. Bei der Errichtung von Tallinns Komsomol-Stadion wurden gleich mehrere Friedhöfe überbaut, nämlich die Friedhöfe der katholischen, der jüdischen und der moslemischen Gemeinde und der Friedhof von Vana-Kaarli. Auch auf den estnischen Militärfriedhöfen wurden die meisten Gräber aufgelöst. Über den estnischen Toten wurden Gräber für Soldaten der Roten Armee und KGB-Offiziere angelegt.

Zur Auslöschung des Kollektiv-Gedächtnisses gehörte

scan & corr by rz 11/2008

auch die nahezu vollständige Zerstörung mehrerer Museumsbestände. Das dem Befreiungskrieg gewidmete Museum war bereits in den Jahren 1940/41 zum großen Teil zerstört worden. Nur die von den estnischen Einheiten erbeuteten Fahnen der Roten Armee entgingen der Zerstörung. Die reichen Bestände des Postmuseums mitsamt der beachtenswerten Briefmarkensammlung wurden in das Leningrader Popow-Kommunikationsmuseum verlagert. Aus den anderen Museen ließ man sämtliche Exponate verschwinden, die an die estnische Republik und deren führenden Köpfe erinnerten. Bei dieser Gelegenheit verschwanden auch die Büsten und Porträts der estnischen Staatschefs und fast das gesamte Werk des Malers Maksolly[86].

Mit der Auslöschung des Kollektivgedächtnisses wollten die Kommunisten dem estnischen Volk jegliche Handlungsfreiheit nehmen. Auch die Zivilgesellschaft sollte zerstört werden. Bereits im Sommer 1940 wurde das Recht auf Verbands- oder Vereinsgründungen aufgehoben. Im gleichen Zug wurden alle bestehenden Vereine, Gesellschaften und Clubs aufgelöst und das entsprechende Vereinsvermögen (Gebäude, Spendengelder, Stiftungen usw.) beschlagnahmt oder verstaatlicht. 521 aufgelöste Organisationen sind uns namentlich bekannt. Doch die tatsächliche Zahl war wahrscheinlich bedeutend höher[87].

Das Sowjetregime schränkte auch die Bewegungsfreiheit ein. Die Esten durften ihr Land nicht verlassen, auch innerhalb des Landes durften sie sich nicht mehr frei bewegen, geschweige denn ihren Wohnort selbst bestimmen. Unter Stalin lebten fast alle Landbewohner in einem Zustand der Leibeigenschaft[88], denn der für ein Leben in der Stadt notwendige Inlandpaß wurde ihnen verweigert. Die Bewohner der Küsten traf es am schlimmsten, denn die gesamte Küste und die Inseln wurden zur geschlossenen Grenzzone erklärt und streng

scan & corr by rz 11/2008

kontrolliert. Sämtliche Aktivitäten der Küstenbewohner wurden von der Politpolizei peinlich überwacht. Verdächtige Personen wurden ausgewiesen oder verhaftet. Die übrigen Sowjetbürger benötigten eine militärische Spezialgenehmigung, wenn sie - und sei es auch nur für einen kurzen Aufenthalt - in dieses Grenzgebiet reisen wollten. Das Baden im Meer war nur an wenigen Stränden erlaubt, und auch dort nur während des Tages. An vielen Stellen war der Zugang zum Meer mit Stacheldrahtzäunen abgesperrt. Das Küstengelände war völlig kahl und leergeräumt, um jeden Fluchtversuch sofort entdecken zu können. Die Boote der Anwohner wurden bis auf wenige Ausnahmen von den russischen Grenzwächtern zerstört. Nur wenige Berufsfischer durften weiterhin aufs Meer hinausfahren, wurden jedoch bei ihrer Arbeit von den Grenzsoldaten streng überwacht.

Nicht wenige Regionen wurden zwangsgeräumt und zu geschlossenen Zonen erklärt, zu denen die Zivilisten keinen Zugang hatten. Die sowjetische Besatzung erstellte außerdem für jeden Wohnort ein Personenregister. Damit sollte die Bewegungsfreiheit begrenzt werden, denn wer sich in einer Stadt anmelden wollte, mußte dort eine Arbeit vorweisen können. Umgekehrt fand man jedoch nur dort eine Arbeit, wo man bereits gemeldet war. Wer jedoch aus der übrigen Sowjetunion einwanderte, bekam die Meldebestätigung und den Arbeitsvertrag gleichzeitig, und zwar ohne bürokratischen Aufwand. Auslandsreisen waren ein Privileg, das fast ausschließlich den Parteimitgliedern vorbehalten war. Alle anderen mußten sich einer eingehenden Prüfung durch den KGB stellen. Das System zog alle Register, um den Kontakt mit dem Ausland zu unterbinden oder wenigstens einzuschränken.

Bis in die frühen fünfziger Jahre hinein konnte man auch seinen Arbeitsplatz nicht frei wählen. In Anbetracht all dieser Einschränkungen lebte die gesamte Bevölkerung in einer Form von Leibeigenschaft.

scan & corr by rz 11/2008

Auch die Glaubensfreiheit wurde bekämpft. Für den Kommunismus zählte die Kirche zu den schlimmsten Feinden. Sie war eine der wenigen Institutionen, die sich gegenüber dem Sowjetsystem eine gewisse Unabhängigkeit bewahren konnte. Die Stellungnahmen der Kirche konnte man nicht der Zensur unterwerfen. Man konnte sie auch nicht beeinflussen. Deshalb war die Kirche in Estland während der ganzen sowjetischen Besatzungszeit schweren Repressalien ausgesetzt. Nach der Annexion traten die sowjetischen Gesetze über die Religion und die Kirchen in Kraft; sie waren 1929 verabschiedet worden: Die Kirche als religiöse und nationale Institution sollte aufgelöst werden. Den christlichen Glauben als Gegenpol zum offiziellen Atheismus wollte man auslöschen. Der Kirchenbesitz - das Land, die Gebäude und die gesamte bewegliche Habe - wurde verstaatlicht.

Auch die kirchlichen Würdenträger bekamen die Repressionen zu spüren: Der ehemalige Bischof H. B. Rahamägi wurde verhaftet und in ein Lager verschleppt. Er starb in Sibirien. Auch elf Pastoren der lutherischen Landeskirche und fünf Mitglieder des Ältestenrates wurden 1941 nach Rußland deportiert. Die Repressalien gegenüber den anderen Konfessionen waren nicht weniger hart. Die orthodoxe Kirche Estlands verlor ihre Unabhängigkeit gegenüber Moskau. Somit war der Metropolit Aleksander seiner sämtlichen Funktionen enthoben. Zu den verhafteten und deportierten orthodoxen Priestern gehörten auch der Bischof Johann Bulin, ein Erzpriester, acht Popen und drei Diakone. Auch der katholische Erzbischof Eduard Profittlich und ein weiterer katholischer Priester wurden deportiert. Die beiden machten ein Fünftel der katholischen Priesterschaft Estlands aus.

Nach dem Einmarsch der deutschen Armee wurden alle gegen die Kirchen gerichteten Bestimmungen wieder außer Kraft gesetzt. Als sich im Herbst 1944 erneut die sowjetische Besatzung etablierte, nahm der Kampf gegen die Kirche je-

scan & corr by rz 11/2008

doch noch brutalere Formen an. Deshalb flohen 72 lutherische Priester und 12 Seminaristen bzw. Theologiestudenten nach Schweden oder Deutschland, unter anderem auch Erzbischof Johan Kopp[89].

Der Kampf gegen die Zivilgesellschaft beinhaltete auch die Zerstörung des intellektuellen Lebens. Auch die Erziehung und die Kultur sollten der Kontrolle der Partei unterliegen. Es begann mit der Liquidierung der Leitfiguren des für das unabhängige Estland stehenden kulturellen und wissenschaftlichen Lebens. Viele von ihnen fielen bereits 1940/41 der kommunistischen Repression zum Opfer. Die bekanntesten Überlebenden dieser ersten Repressionswelle flohen 1944 in den Westen. Ein Teil der in Estland verbliebenen Intellektuellen kam ins Gefängnis und beendete sein Leben in den Lagern. Und diejenigen, die das Regime vorläufig duldete, verloren zum großen Teil in den Jahren 1950/51 im Rahmen der Kampagne gegen die »bürgerlichen Nationalisten« ihre Arbeit. In dieser Zeit wurde rund 5000 Lehrern, Kulturschaffenden und Technikern aus politischen Gründen gekündigt. Fast die Hälfte der in Estland verbliebenen Akademiker waren davon betroffen. Ende der fünfziger Jahre hatten die literatur- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Tartu rund 95 Prozent ihrer vor dem Krieg ausgebildeten Lehrkräfte verloren[90].

Das kommunistische Regime ging jedoch nicht nur gegen Menschen, sondern auch gegen Werte vor. Dies war gleich zu Beginn der sowjetischen Besatzung an der repressiven Haltung gegenüber der Presse deutlich zu sehen. Die *Vesti Dnia* war die erste Zeitung, die am 22. Juni 1940 verboten wurde. In den folgenden drei Monaten mußten weitere 212 Presseorgane auf Befehl der Miliz ihren Betrieb einstellen[91].

Am 15. August 1940 befahl das Erziehungsministerium der estnischen Sowjetrepublik den Schuldirektoren, alle reak-

scan & corr by rz 11/2008

tionären Bücher, d.h. Werke, die die kapitalistische, antisowjetische oder antikommunistische Unterdrückung rechtfertigen oder verteidigen, aus den Schulbibliotheken zu entfernen[92]. Darunter fielen sämtliche theologischen Schriften, aber auch alle Werke von Sinowjew, Rykow, Trotzki und Bucharin. Man schätzt, daß im ersten Jahr des sowjetischen Regimes zwischen 150000 und 170000 Bücher verlorengegangen sind[93].

Auch unter der deutschen Besatzung wurden die Bestände der Bibliotheken dezimiert. Im Vergleich zu den Verheerungen durch die Kommunisten waren diese Verluste allerdings bescheiden. Erst mit der Rückkehr der sowjetischen Besatzung im Jahre 1944 nahm die Zerstörung der Bibliotheken wieder erschreckende Ausmaße an. Im November 1944 kam der Befehl: Die Bibliotheken waren von sämtlichen faschistischen und antisowjetischen Büchern zu reinigen. Ein herber Verlust für die estnische Kultur war die zwischen 1946 und 1950 erfolgte Zerstörung der Stadtbibliothek von Tallinn. Es war ein wertvoller Bestand von 150000 Büchern, der den Krieg und die vorausgehenden Besetzungen unbeschadet überstanden hatte.

Auch im Verlagswesen nahmen die Kontrollmechanismen nach dem Krieg deutlich zu. Anfang Juni 1945 wurden alle Schreibmaschinen und sämtliches Druckmaterial erfaßt. 1949 erreichte die Büchervernichtung ihren Höhepunkt. Alle fremdsprachigen Bücher wurden systematisch beseitigt, ebenso die gesamte ausländische Literatur, d.h. »alle Bücher, die seit 1917 außerhalb der UdSSR gedruckt worden sind, ganz gleich ob es sich dabei um Originale oder Übersetzungen handelt, und unabhängig von der Sprache, in der sie verfaßt sind«. Unter diese Definition fiel auch die gesamte estnische Literatur. All das, was in Estland während der Unabhängigkeit erschienen war, mußte zwischen 1945 und 1952 nach und nach eingestampft werden. Die Bibliotheksangestellten mußten

scan & corr by rz 11/2008

ihre Bestände gründlich überprüfen: Wenn ein verbotener Autor im Buch eines anderen Autors erwähnt war, sei es nun als Verfasser oder Übersetzer, mußte der Name geschwärzt oder die betreffende Seite herausgeschnitten werden.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ließ der Terror gegen die Bücher deutlich nach. Die Zensur lockerte sich. Ab 1955 wurden die Werke der estnischen Autoren innerhalb der Bibliotheken in »Spezialabteilungen« untergebracht. Die große und kleine *Estnische Enzyklopädie* und das *Estnische Biographielexikon* standen mitsamt ihren Zusatzbänden wieder zur Verfügung. Zu jener Zeit waren auch die politischen Schriften aus der Stalinzeit in den »Spezialabteilungen« zu finden. Bücher aus dem Ausland wurden jedoch nach wie vor streng kontrolliert. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1959 wurden 1228 mit der Post nach Estland verschickte Bücher überprüft. 685 dieser Bücher wurden an den Absender zurückgeschickt. Die restlichen 543 wurden beschlagnahmt: 16 Bücher landeten beim Zentralkomitee der KPE, 81 in der Spezialabteilung der Nationalbibliothek und 27 im Literaturmuseum von Tartu. Eines dieser beschlagnahmten Bücher wurde der estnischen Abteilung des KGB übergeben[94].

Auch bei den Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Deportationen wurden unzählige Bücher konfisziert, ebenso in den Privatbibliotheken der ins Ausland geflohenen oder seit den Bombardierungen vermißten Esten. Die Zahl der durch die Besatzungsmacht direkt oder indirekt vernichteten Bücher beläuft sich auf rund 26 Millionen. Hinzu kommen noch vier Millionen Jahressammlungen von Zeitschriften und Zeitungen. Alles in allem kommen auf einen Esten rund 40 vernichtete Bücher[95].

Die Büchervernichtung war nicht die einzige gegen die Informationsfreiheit gerichtete Maßnahme. Privatpersonen, die anderen verbotene Literatur zu lesen gaben, wurden wie Kriminelle behandelt, auch wenn man nicht genau wissen

scan & corr by rz 11/2008

konnte, welche Bücher verboten waren und welche nicht. Wer Bücher besaß, die den estnischen Nationalismus oder die »bürgerliche Demokratie« unterstützten, mußte mit schweren Gefängnisstrafen rechnen. Gegen *Samisdats* (im Selbstverlag erschienene verbotene Bücher) und Flugschriften gingen die Machthaber besonders rigoros vor. Die Verbreitung nicht offizieller Meinungen galt als eine subversive Handlung, die in den schlimmsten Fällen mit Gefängnis oder einer Zwangseinweisung in die Psychiatrie bestraft wurde.

Auch der Rundfunk unterlag der Zensur. Der Empfang ausländischer Radiosendungen in estnischer oder russischer Sprache wurde durch im ganzen Land verteilte Störsender vereitelt. Auch der Empfang des finnischen Fernsehens sollte durch lokale Störinstallationen verhindert werden. Aus technischen und finanziellen Gründen wurde dieser Plan jedoch nie ausgeführt[96]. Der private Briefverkehr wurde ebenfalls streng überwacht. Eine eigens dafür eingerichtete KGB-Abteilung las die transparenten oder schlicht und einfach geöffneten Briefe. Eine andere Abteilung hörte Telefongespräche ab.

Auch im ErziehungsSystem kam es zu schweren Eingriffen. Die Schule sollte eine marxistisch-leninistische Weltanschauung vermitteln. Die Schulbücher wurden entweder ganz aus dem Verkehr gezogen oder überarbeitet. Die Lehrer mußten die Schüler aushorchen und über deren politische Meinung Bericht erstatten. Jede Form von Nationalismus wurde streng bestraft. Der gesamte Lehrkörper durchlief einen Säuberungsprozeß. Viele wurden Opfer schwerer repressiver Maßnahmen. Andere entzogen sich dem roten Terror durch die Flucht ins Exil. Wieder andere verloren ihren Arbeitsplatz während der Kampagne gegen die »bürgerlichen Nationalisten« in den frühen fünfziger Jahren. Ein paar Zahlen zur Verdeutlichung der Probleme im Erziehungsbereich: 1940 kam in Estland auf 842 Einwohner eine Schule. 1988/89 mußten

scan & corr by rz 11/2008

sich 2854 Einwohner eine Schule teilen[97]. Ende der achtziger Jahre waren die Schulgebäude hoffnungslos veraltet. Etwa die Hälfte war vor 1920 errichtet worden und bot keinerlei Möglichkeiten für einen modernen Unterricht. Nur 37 Prozent der Dorfschulen verfügten über eine Sporthalle[98].

Den Unterricht in estnischer Sprache konnte die Besatzungsmacht jedoch nicht verhindern. Ebensowenig gelang es ihr, der Jugend eine loyale Einstellung gegenüber dem Kommunismus zu vermitteln. Im Gegenteil: Sie provozierte eher eine Anti-Haltung. Trotz aller ideologischen Zwänge war die Schulausbildung mehr oder weniger korrekt.

Zum Schluß bleibt festzuhalten, daß das kommunistische System trotz schwerster Angriffe auf die Kultur seine Ziele nicht erreicht hat. Das Gedächtnis des Volkes konnte nicht ausgelöscht werden. Der intellektuelle und spirituelle Widerstand war stärker als zunächst erwartet. Trotz mehrerer Jahrzehnte unter fremder Besatzung konnten sich die Esten ihre Weltsicht erstaunlich gut bewahren. Sie behielten auch ihre westliche Mentalität, die sich letzten Endes gar nicht so sehr von den in einem demokratischen System lebenden Völkern unterscheidet[99].

Der Zusammenbruch der Besatzungsmacht

Die Esten begriffen schnell, welche Möglichkeiten sich ihnen durch die Perestroika eröffneten. Wie im 19. Jahrhundert machte sich die spirituelle Wiedergeburt zunächst einmal durch ein Wiedererwachen der historischen Erinnerung bemerkbar. Von außen war dies jedoch nicht sofort zu erkennen. Die kommunistische Regierung schien fester im Sattel zu sitzen denn je. Die Russifizierung hatte zwar etwas nachgelassen, doch an der Erschließung neuer Phosphoritminen in Kabala-Toolse wollten die Machthaber nach wie vor festhal-

scan & corr by rz 11/2008

ten. Dies führte 1987 zu heftigen Protesten. Zum ersten Mal seit Beginn der sowjetischen Besetzung griff die Protestwelle auf das ganze Land über. Petitionen gegen neue Phosphoritminen waren im Umlauf. Auf einer von Studenten an der Universität Tartu veranstalteten Protestversammlung kam das Mißtrauen gegenüber der Regierung deutlich zum Ausdruck. Die jungen Leute skandierten verbotene Slogans und trugen gelbe Hemden mit der Aufschrift: »Phosphorit? Nein danke!« Auch die intellektuellen und künstlerischen Kreise schlössen sich der Kampfbewegung an.

Der Protest wurde schnell zu einem Politikum. Eine der Hauptforderungen der Oppositionsbewegung waren die Veröffentlichung des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 und die Annullierung der Folgen dieses Vertrags. Am 15. August 1987 wurde diese Forderung von einer von Tut Madisson angeführten Gruppe ehemaliger politischer Gefangener offiziell vorgetragen[100]. Zur gleichen Zeit traf in Moskau eine von Mitgliedern des amerikanischen Kongresses unterzeichnete Botschaft ein: Am 23. August, dem Jahrestag des Paktes, sollten den Baltenvölkern Kundgebungen gestattet sein.

Die Sowjetregierung mußte nachgeben. Ihr Bedarf an Hilfe aus dem Westen war zu groß. Am Mittag des 23. August versammelten sich Tausende von Demonstranten auf dem Tallinner Rathausplatz und marschierten von dort in den nahe gelegenen Hirschpark. Der 23. August 1987 ist ein historisches Datum für Estland, denn an diesem Tag kam es im Bewußtsein der Esten zu einer entscheidenden Wende. Die Kundgebung im Hirschpark zeigte, daß ein starker Wille auch in einer totalitären Gesellschaft Gehör findet. Außerdem wurde deutlich, daß das geschwächte Sowjetreich sich nur noch schwer einem entschlossenen und organisierten Volk widersetzen konnte.

Wie zu erwarten war, wurde die Demonstration im Hirschpark von der aus Breschnew-Zeiten stammenden Lokalregie-

scan & corr by rz 11/2008

rung und den offiziellen Medien heftig kritisiert. Tut Madisson wurde aus Estland ausgewiesen. Trotzdem lag die historische Neubewertung in der Luft, insbesondere was den estnischen Befreiungskrieg und die 1920 bei den Friedensverhandlungen in Tartu aus der Taufe gehobene unabhängige Republik Estland betraf. Als am 21. Januar 1988 ein Komitee zusammentrat, um die Gründung einer für die nationale Unabhängigkeit Estlands kämpfenden Partei vorzubereiten, spitzte sich die Situation zu. Am 2. Februar 1988, dem 68. Jahrestag des Friedensschlusses zwischen der Republik Estland und dem sowjetischen Rußland, kam es in Tartu wiederum zu einer Kundgebung. Die Regierung setzte Spezialeinheiten mit Schutzhelmen, Stiefeln und Gummi Wurfgeschossen gegen die Demonstranten ein. Am 24. Februar und 25. März kam es erneut zu Demonstrationen. Diesmal reagierte die Regierung zurückhaltender.

Es kam zu einer stärkeren Beteiligung der Intelligenzija: Am 1. und 2. April 1988 veranstalteten die estnischen Kulturverbände in Tallinn einen gemeinsamen Kongreß, auf dem die Unzufriedenheit und Ängste der Bevölkerung deutlich zum Ausdruck kamen. Die Redner wiesen mit Nachdruck auf die katastrophale Lage der Esten hin und unterstrichen die Notwendigkeit radikaler Veränderungen. Gefordert wurden vor allem feste Garantien für die estnische Sprache, eine Begrenzung der Zuwanderung und die Bestrafung früherer Verbrechen. Mehrere politische Bewegungen nahmen anschließend diese Forderungen in ihr Programm auf.

Die KPE reagierte mit vagen Erklärungen. Es war offensichtlich, daß von dieser Regierungsmannschaft nicht viel zu erwarten war. Doch die Zeit war reif. Die Bedingungen für einen stärkeren Weckruf der Gesellschaft waren in jenem Frühjahr des Jahres 1988 besonders günstig. Die neugegründeten Bewegungen hatten bereits ein provisorisches Programm aufgestellt. Was fehlte, war lediglich der auf das Volk

scan & corr by rz 11/2008

überspringende Funke. Am 14. April, dem Tag des Denkmalschutzes, war es soweit: Am historischen Haus der estnischen Studentenschaft in Tartu kamen rund 10000 Menschen zusammen und feierten die Wiedergeburt des estnischen Nationalgefühls, das durch die symbolträchtige Rückkehr der seit 1940 verbotenen Nationalfarben auch optisch in Erscheinung trat.

Im Oktober 1988 stellte Gorbatschow politische Reformen in Aussicht. Sie sollten den Weg ebnen für demokratische Wahlen zu einem neuen Regierungsorgan, dem sogenannten Kongreß der Volksvertreter. Die Rechte der föderierten Republiken sollten jedoch eingegrenzt werden: Das Sezessionsrecht, das die Verfassung von 1977 den Sowjetrepubliken noch formell zugestanden hatte, war nicht mehr vorgesehen. Dies ließ in allen Republiken die Protestrufe lauter werden. Auch in Estland konnten die Oppositionellen mehrere hunderttausend Unterschriften gegen diese Reformvorschläge einreichen. Da die Sowjetregierung nicht darauf einging, mehrten sich die Rufe nach der Unabhängigkeit. Auch die Führung der KPE und der SSR Estland steuerten als Reaktion darauf die Souveränität an: Am 16. November 1988 gab der Oberste Sowjet der SSR Estland die Souveränität des Landes bekannt: Die Gesetze der UdSSR traten auf dem Gebiet der SSR Estland erst in Kraft, wenn sie vom Obersten Sowjet dieser Republik gebilligt worden waren. Zur Regelung der bilateralen Beziehungen zwischen der SSR Estland und der Sowjetunion schlug die estnische Seite einen Unionsvertrag vor.

In Moskau stieß die estnische Souveränitätserklärung auf schwere Kritik. Vor diesem Hintergrund nahmen andere Republiken Abstand von ähnlichen Vorhaben. Die estnische Führung wurde nach Moskau zitiert: Man verlangte die Rücknahme der Souveränitätserklärung. Doch politisch hatte diese Erklärung bereits ihren Zweck erfüllt, denn für das Ausland kam sie einer Unabhängigkeitserklärung gleich und wurde als

scan & corr by rz 11/2008

Indiz für die zunehmende Schwäche des sowjetischen Imperiums gewertet.

In Estland löste die Souveränitätserklärung zunächst einmal keine großen Veränderungen aus. Die KPE verstand sich als vermittelnde Kraft zwischen den extremistischen Strömungen der Nationalisten und der linken Volksfront. Doch ihr Einfluß nahm trotz der Popularität ihrer führenden Köpfe rapide ab, und die Mitglieder liefen ihr in Scharen davon.

Als die KPE am 24. Februar 1989 die rote Fahne durch die estnische Trikolore ersetzen ließ, kam es zu Streikdrohungen, die wenig später auch in die Tat umgesetzt wurden. Zu diesem Zeitpunkt war Estland noch gespalten. Die nationalistische Unabhängigkeitsforderung stieß nicht überall auf Zustimmung.

Bei den Wahlen vom 26. März 1989 zum Kongreß der Volksvertreter der UdSSR ging in Estland die Volksfront als Sieger hervor. Die progressiven estnischen Abgeordneten schlössen sich mit denen der beiden anderen Baltenländer zu einer parlamentarischen Gruppe zusammen. Gemeinsam wollte man sich für die Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes stark machen und für den Übergang zu einer Finanzautonomie kämpfen. Doch Moskau zeigte sich erwartungsgemäß wenig konzessionsbereit. Diese Unnachgiebigkeit war Wasser auf die Mühle der Unabhängigkeitsbewegung.

Im Herbst 1989 kam Bewegung in das politische Kräftespiel. Am 12. November wurden die Ereignisse des Jahres 1940 durch den Obersten Sowjet historisch und juristisch neu bewertet: Man gab zu, daß der »Eintritt« Estlands in die Sowjetunion nicht rechtmäßig war. Noch sechs Monate zuvor hatten viele Esten die Unabhängigkeitsforderungen für gefährlich oder unrealistisch gehalten. Inzwischen war eine breite Mehrheit für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Auch die KPE machte sich diese Position zu eigen.

scan & corr by rz 11/2008

Die Wahl vom 24. Februar 1990 zum estnischen Kongreß kam einem Referendum über die Unabhängigkeitsfrage gleich. Die die Unabhängigkeit befürwortenden Kräfte gingen als Sieger hervor. Die Wahlbeteiligung lag bei 90 Prozent.

Auf seiner ersten Sitzung am 11. und 12. März 1990 stellte der estnische Kongreß trotz der jahrzehntelangen Besetzung den Fortbestand des estnischen Staates fest. In einem Manifest wurde den Staaten und Völkern der Welt mitgeteilt, daß das estnische Volk seine Unabhängigkeit faktisch wiederherzustellen gewillt ist und die republikanische Gesetzgebung zu erneuern gedenkt. Auch der neue, am 18. März von der Gesamtbevölkerung gewählte Oberste Sowjet handelte in diesem Sinne: Am 30. März 1990 erließ er eine Erklärung, daß Estland sich in einer »Übergangsphase« befinde und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit erst mit der Einrichtung verfassungsmäßiger Institutionen abgeschlossen sei.

Anfang 1991 beschloß die Sowjetregierung, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Baltenländer gewaltsam zu unterdrücken. In Vilnius und Riga kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. Auch in den Straßen von Tallinn wurden Barrikaden zur Verteidigung der Regierungsgebäude errichtet. Die Gefahr eines Angriffs auf Tallinn war ernstlich gegeben. Erst nach der Entmachtung der Sowjetregierung durch den russischen Präsidenten Boris Jelzin entspannte sich die Lage. Das Baltenproblem war inzwischen zu einer Frage von internationaler Reichweite geworden und kam nun auch bei den Verhandlungen zwischen den Großmächten zur Sprache.

Das Referendum vom 3. März 1991 fand internationale Beachtung. Es kam Gorbatschow, der für die gesamte UdSSR einen Volksentscheid über den Erhalt der Union organisierte, zuvor. 77 Prozent - also auch ein Teil der nicht-estnischen Wähler - sprachen sich für die Unabhängigkeit Estlands aus. Moskau lehnte eine Anerkennung des Wahlergebnisses ab

scan & corr by rz 11/2008

und wollte statt dessen Estland zur Unterzeichnung eines Unionsvertrages zwingen. Im Falle einer Verweigerung drohte der Kreml mehr oder weniger offen mit Handelssanktionen.

Der gescheiterte Moskauer Staatsstreich orthodox-kommunistischer Kräfte am 19. August 1991 schuf schließlich einen Ausweg aus der Sackgasse. In Anbetracht der Ereignisse kamen die beiden politischen Strömungen in Tallinn schnell zu einer Einigung: Am 20. August rief der Oberste Sowjet mit dem Einverständnis des estnischen Kongresses die Unabhängigkeit Estlands aus. Um den Fortbestand und die Unabhängigkeit der Republik gewährleisten zu können, vereinigten sich die beiden Strömungen und beschlossen die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die sich zu gleichen Teilen aus Abgeordneten des »obersten Sowjets der Republik Estland, des höchsten legislativen Organs des Staates« und aus Abgeordneten des »estnischen Kongresses, des repräsentativen Organs der Bürger der Republik« zusammensetzen sollte.

Nach dem gescheiterten Staatsstreich rang sich Rußland zur Anerkennung der estnischen Unabhängigkeit durch. Kurz darauf folgte auch die UdSSR. Innerhalb eines Monats hatten die wichtigsten westlichen Länder diplomatische Beziehungen zu Estland aufgenommen. Seit dem 17. September 1991 wehen die Fahnen der drei Baltenländer vor dem Sitz der UNO in New York. Estland gehört wieder zur Familie der freien Völker.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Auflösung des kommunistischen Erbes und der Behebung des durch den Kommunismus entstandenen Schadens dauern bis heute an. Das Ausmaß des Schadens ist groß und die Aufgabe dementsprechend schwer. Trotzdem schreitet Estland schnell voran und zählt zu den größten Erfolgen, die Osteuropa auf seinem

scan & corr by rz 11/2008

Weg in die Demokratie für sich verbuchen kann. Die Erinnerung an die kommunistischen Gewaltverbrechen und Ungerechtigkeiten wird jedoch noch lange lebendig bleiben. Sie ist für alle Völker eine Lehre und Warnung vor den Folgen, die die Realisierungsversuche des Kommunismus nach sich ziehen.

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 5

Bulgarien unter dem kommunistischen Joch - Verbrechen, Unterdrückung und Widerstand

von Diniu Charlanow, Liubomir Ognianow und Plamen Zwetkow

Dann werdet ihr die Wahrheit erkennen
Und die Wahrheit wird euch freimachen
Johannes, Kap. 8,32

16. April 1925: Der Platz vor der Kathedrale Sweta Nedelja (St. Dominikus) in Sofia war an jenem Gründonnerstag voller Menschen. Die Schaulustigen warteten auf das Staatsbegräbnis von General Konstantin Georgiew. Der Parlamentsabgeordnete war zwei Tage zuvor auf einem Spaziergang durch die Grünanlagen der bulgarischen Hauptstadt ermordet worden. Viele kamen in der Hoffnung, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Gesicht zu bekommen. Selbst die Minister und Zar Boris III. mußten ja dem Toten die letzte Ehre erweisen. Das geräumige Kirchenschiff war überfüllt. Drinnen wie draußen wartete die Menge ungeduldig auf das

scan & corr by rz 11/2008

Eintreffen des Monarchen. Die Verspätung des bulgarischen Zaren war verständlich, denn auch er war tags zuvor nur knapp einem Attentat entgangen. In dem sich über den ganzen Balkan hinziehenden Arabakonak-Graben war sein Wagen unter Beschuß geraten. Zwei seiner Leibwächter waren dabei zu Tode gekommen.

Um 15.23 Uhr hob sich die Kirchenkuppel unter dem Druck einer gewaltigen Explosion und brach über den Gläubigen in sich zusammen. Teile des schweren Gewölbes wurden auf den Platz geschleudert. Rund 150 unglückliche Opfer, darunter auch der Bürgermeister der bulgarischen Kapitale, konnten in den rauchenden Trümmern nur noch tot geborgen werden. Unter den Toten waren auch 20 Frauen und eine ganze Schulklasse. Von den Verletzten gibt es keine genauen Zahlen. Man geht jedoch davon aus, daß über 500 Menschen mehr oder weniger schwer verwundet wurden, unter anderem auch der Ministerpräsident Zankow, mehrere Minister und sonstige Vertreter der politischen Prominenz. Und Zar Boris III. war ein zweites Mal innerhalb von 48 Stunden knapp mit dem Leben davongekommen.

Dieser Terroranschlag war von den Führungskräften der damals im Untergrund agierenden Kommunistischen Partei Bulgariens (KPB) vorbereitet und ausgeführt worden. In Anbetracht der Ausmaße dieses sinnlosen Blutbades haben sich sowohl die Partei als auch die Komintern jedoch lange geweigert, sich zu dieser Tat zu bekennen. Sie machten die grauenhaften Balkanzustände und sektiererische linke Elemente, die auch die Partei unterwandert hätten, dafür verantwortlich. Erst in jüngerer Vergangenheit kam man wieder auf eine Erklärung zurück, die zur Tatzeit die meisten Befürworter hatte: Danach war die KPB - auf direkten Befehl der Kommunistischen Internationalen - sehr wohl in den Anschlag verwickelt. Dies bestätigt auch eine kürzlich untersuchte Akte des Geheimdienstes der Roten Armee (GRU), in der das At-

scan & corr by rz 11/2008

tentat auf die Kathedrale von Sofia als ein Fehlschlag bezeichnet wird.

Der Abscheu vor dieser Tat hatte jedoch auch einen unerwarteten und in jedem Fall untypischen Effekt: Wladimir Nestorowitsch (auch unter dem Pseudonym Jaroslawski oder Ibrahim bekannt), der für die Koordinierung sämtlicher Balkan-Aktionen zuständige und in Wien ansässige GPU-Mitarbeiter, beschloß, weil ihn deshalb ernste Depressionen überkamen, mit seinen Arbeitgebern zu brechen und zu verschwinden. In einem Brief teilte er mit, daß er sich zurückziehen und seine restlichen Tage als einfacher Arbeiter in Deutschland verbringen wolle. Dies versetzte Trilisser, den Chef der GPU-Auslandsabteilung, in Panik, und er beschloß, den abtrünnigen Mitarbeiter aus dem Wege zu räumen. Am 6. August 1925 wurde Nestorowitsch in einer Mainzer Brauereigaststätte von den Brüdern Holke, beides aktive Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, vergiftet.

Der Anschlag auf die Kathedrale war jedoch nur der Gipfel eines großen Eisbergs. Denn die politischen und sozialen Spannungen hatten seit dem Staatsstreich vom 9. Juni 1923 deutlich zugenommen. Damals hatte eine von dem Juristen Alexandar Zankow angeführte rechte Gruppierung mit Hilfe der Armee der autoritären Regierung der Bulgarischen Bauernpartei ein jähes Ende bereitet: Alexandar Stamboliski (1879-1923), der charismatische Anführer der Bauernpartei und seit der militärischen Niederlage seines Landes an der Seite Deutschlands auch Premierminister, wurde brutal ermordet. Am 24. September 1923 provozierte die KPB einen Aufstand, der sofort blutig niedergeschlagen wurde. Er wurde lange Zeit als Spontanreaktion auf den Staatsstreich vom Juni interpretiert und gilt bis heute als »die erste antifaschistische Erhebung in Europa«, ein Aufstand, der »von den bulgarischen Bauern und Arbeitern gemeinsam getragen« worden sei. Auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internatio-

scan & corr by rz 11/2008

nalen im Jahre 1921 hatte Sinowjew, der damalige Kongreßvorsitzende, die Regierung der Bulgarischen Bauernpartei jedoch als »faschistisch« bezeichnet. Und kurz nach dem Staatsstreich vom Juni 1923 gab Georgi Dimitrow, der prominente Vorsitzende der KPB, seinen kommunistischen Parteikollegen die Anweisung, zu diesem »Richtungswechsel innerhalb der bürgerlichen Kräfte« auf Distanz zu gehen. Es ist schon sonderbar, wenn eben dieser Dimitrow nach seiner Ankunft in Bulgarien im August 1923 die Führung dieser Aufstandsbewegung übernimmt. Doch bereits drei Tage nach diesem Revolutionsaufruf flieht Dimitrow Hals über Kopf nach Wien und überläßt die KPB und die bulgarischen Linken in Anbetracht der schweren Repressionen ihrem Schicksal.

Auch wenn die entscheidenden Köpfe der Komintern damals noch stark vom revolutionären Internationalismus geprägt waren, konnten sie dennoch nicht so naiv gewesen sein, daß sie tatsächlich im September 1923 an den Erfolg des Aufstandes geglaubt haben. Da die kommunistische Internationale dennoch den Befehl zum Aufstand gab, ist eher anzunehmen, daß sie damit von dem - letztendlich ebenfalls erfolglosen - Aufstand, den sie zur gleichen Zeit in Deutschland vorbereitete, ablenken wollte. Vermutlich zwang sie die KPB, sich außerhalb des Gesetzes zu stellen, um ganz bewußt eine repressive Politik auszulösen und dadurch die Kommunisten und bulgarischen Linken zu Märtyrern der großen bolschewistischen Sache hochzustilisieren. Hatte die Zankow-Regierung die Taktik durchschaut? Im April 1924 bemühte sie sich jedenfalls um eine friedliche Lösung: Die KPB wurde zwar verboten, doch im gleichen Augenblick erließ man eine Generalamnestie für die Vorfälle vom September 1923. Doch die meisten der wieder auf freien Fuß gesetzten kämpferischen Aktivisten nahmen im Untergrund sofort wieder ihre subversiven Tätigkeiten auf, und die erstmals illegale KPB

scan & corr by rz 11/2008

konnte sich rasch wieder organisieren. Auf der geheimen Nationaltagung, die am 17. und 18. Mai 1924 im Witoscha-Gebirge stattfand, wurden eine neue Parteileitung bestimmt und die nächsten taktischen Ziele beschlossen. Innerhalb eines Jahres war die Zahl der Parteimitglieder von 38000 auf unter 3000 gefallen. Man teilte das Land in fünf politisch-militärische Regionen auf, die wiederum in Bezirke und Kreise unterteilt waren. Außerdem wurden mit Waffen ausgerüstete Kampfeinheiten aufgestellt und für die Bereiche »Waffen«, »Geheimdienst«, »Minen und Sprengsätze«, »bewaffnete Aktivitäten« und »terroristische Aktionen« spezielle Abteilungen eingerichtet. Von den zehn Mitgliedern des neuen Zentralkomitees der KPB saßen zwei im Gefängnis, einer war schwer krank, und Georgi Dimitrow und Wassil Kolarow befanden sich im Wiener Exil, von wo aus sie die Verbindung zwischen der Komintern, von der sie völlig abhängig waren, und den in Bulgarien verbliebenen militanten Kräften sicherstellten. Unter diesen Bedingungen lagen Entscheidungsgewalt und Verantwortung beim Exekutivbüro der Partei. Es bestand aus einem politischen Sekretär, einem Verwaltungssekretär und einem für die militärische Organisation Verantwortlichen.

Zwischen Mai 1924 und Frühjahr 1925 nahmen die Spannungen und die Attentate unaufhörlich zu. Bewaffnete Gruppen (hauptsächlich aus Serbien) trieben in den Gebirgsregionen ihr Unwesen. Obwohl der Aufstand im September 1923 gescheitert war, hielt die KPB mit Unterstützung der Komintern an ihrem Plan fest, die Macht über einen bewaffneten Aufstand an sich zu reißen.

Folglich arbeitete man an den Vorbereitungen eines Aufstandes, der für Mitte April 1925 geplant war. Der Anschlag auf die Kathedrale Sweta Nedelja war als Startsignal gedacht gewesen. In einem auf den 12. März 1925 datierten Brief mit der Nummer 2960 bekamen die kommunistischen Parteiführer

scan & corr by rz 11/2008

des Bezirks Wraza von der Komintern folgende Anweisungen: »Am 15. April haben sich alle Arbeiter als mobilisiert zu betrachten. [...] Innerhalb der beiden Tage, die auf unseren Aufruf zum Aufstand folgen, ist die ganze Zone unter unserer Kontrolle zu bringen. [...] Die Telefon- und Telegrafeneinrichtungen müssen ausgeschaltet werden, auf den Verbindungswegen, insbesondere den Eisenbahnbrücken und Straßen, sind möglichst schwere Zerstörungen durchzuführen. Die Aufständischen erhalten Unterstützung durch 600 Emigranten aus Jugoslawien.« Der Brief war von der Polizei abgefangen worden. Bereits im August 1924 war der bulgarischen Wasser Schutzpolizei an der Schwarzmeerküste ein Schiff ins Netz gegangen, das eine interessante Ladung mit sich führte: »Ein schweres Maschinengewehr der Marke Quartz-Loze mit 12 Munitionsstreifen, 8 leichte Maschinengewehre der Marke Lewis mit 150 Magazinen, 95 Manliher-Gewehre mit 9120 Patronen, 14 französische Karabiner mit 5760 Patronen, 150 Nagan-Revolver mit 40500 Patronen und 879 in Frankreich hergestellte Granaten.«

Auch Kosta Todorow, der im Exil lebende Führer der Bulgarischen Bauernpartei, berichtet in seinen 1943 in den USA veröffentlichten Memoiren, daß Georgi Dimitrow ihm 1925 in Wien folgenden Vorschlag unterbreitet hat: »In dem Kabinett der nach der Machtergreifung zu bildenden Regierungskoalition wären das Innen- und Kriegsministerium den Kommunisten vorbehalten. Unter dieser Bedingung hätte eine Koalition zwischen den Kommunisten und der Bauernpartei die volle Unterstützung der Sowjets. Man würde in Odessa eine Versorgungsbasis einrichten, die heimlich Waffen nach Bulgarien schaffen würde.« Eine nach dem Attentat vom 16. April 1925 eingesetzte Untersuchungskommission stellte fest, daß man schon im Dezember 1924 begonnen hatte, die entsprechenden Sprengsätze zu sammeln und unter der Kirchenkuppel zu installieren. Der für die militärische Organisa-

scan & corr by rz 11/2008

tion zuständige Parteistab kam mehrmals zusammen, um die Ausführung des Attentats in allen Einzelheiten zu besprechen. Einer dieser Organisatoren hieß Iwan Minkow. Als ehemaliger Sprengmeister besorgte er das notwendige Handbuch und zeigte in seinem Rundbrief an die Kampfgruppen keine Skrupel: »In einem Bürgerkrieg gehört der Sieg denjenigen, die humanitäre Prinzipien und ähnliche Dummheiten ignorieren.« Nikola Pedrow war beauftragt, die fünf Zündschnüre dieser Höllenmaschine anzustecken. Dem für die Kathedrale zuständigen Kirchendiener und mit den Kommunisten sympathisierenden Petar Sadgorski hatte er sich mit dem Namen Wasko vorgestellt. Petar Abadschew, der innerhalb der Partei für die Tscheka verantwortlich war, nahm sogar vor Ort - d. h. unter dem Dach der Kathedrale - eine letzte Überprüfung vor. Er ist sicherlich der Mann, auf den Petar Sadgorski während der späteren Vernehmung zu sprechen kommt: »Er hatte mir 5000 Lewa gegeben. Dafür sollte ich die Sprengsätze unter dem Dach der Kathedrale verstecken. [...] Er sagte mir, daß es eine Revolution geben und die Arbeiterschaft die Macht übernehmen würde. Danach würde ich für diesen Dienst nach Rußland kommen, wo ich mich besser stellen und ein angenehmes Leben führen könnte. Er machte mir noch andere Versprechungen, die ich allesamt für bare Münze hielt. [...] Später sagte er zu mir. >Wir planen den Mord einer wichtigen Persönlichkeit. Bei der anschließenden Trauerfeier werden wir den unter dem Kirchendach gelagerten Sprengstoff zünden, um die Minister und den Zaren zu töten. Sei unbesorgt, wir haben alles vorbereitet. Ein Fahrzeug wird auf uns warten und uns über die serbische Grenze bringen.< [...] Am 14. April stellt er mir einen Mann namens Wasko vor. Er war angeblich sein Vetter und sollte die Zündschnur anstecken. Einen Tag später erfuhr ich vom Anschlag auf General Georgiew, und Wasko bestätigte mir, daß dies die Persönlichkeit war, deren Begräbnisfeier die wichtigen Leute, die Minister

scan & corr by rz 11/2008

und den Zaren in die Kathedrale locken sollte. >Die Trauerzeremonie wird morgen stattfinden. Ich werde mich morgen im Schutz der Menge unter das Kirchendach schleichen, und du wirst, wenn alle Minister und der Zar eingetroffen sind, an die Türe klopfen, damit ich die Zündschnur anstecke [...] zu niemandem ein Wort, sonst bist du ein toter Mann.< [...] Ich klopfte an die Türe, bevor der Zar eintraf. Selbst die Herren Minister waren noch nicht alle da.«

Mit diesem widersinnigen Anschlag haben die Kominternstrategen ihr Ziel erreicht, denn die anschließende Repressionswelle war deutlich stärker als die nach dem Aufstand vom September 1923 und hat so die Kluft innerhalb der bulgarischen Gesellschaft merklich vertieft. Nach einem Bericht des damaligen Innenministeriums wurden 3194 Personen festgenommen, 1182 von ihnen wurden vor Gericht gestellt. Insgesamt wurden 268 Todesurteile ausgesprochen. Jedoch nur wenige dieser Urteile wurden tatsächlich vollstreckt. Lediglich Sadgorski und einige wenige kommunistische Parteifunktionäre wurden gehängt. Bei dieser Gelegenheit kam es jedoch zu zahlreichen Ausschreitungen gegen herausragende Persönlichkeiten der intellektuellen und politischen Szene.

Bereits 20 Jahre vor der eigentlichen Machtübernahme ist die Kommunistische Partei Bulgariens, damals noch die bulgarische Sektion der III. Internationale für den Tod von mehreren hundert unschuldigen bulgarischen Bürgern direkt oder indirekt verantwortlich.

Historische Orientierungspunkte

Um den großen Einfluß, den die Kommunistische Partei im 20. Jahrhundert auf Bulgarien hatte, besser ermessen zu können, sind die Aktionen dieser Partei in einem umfassenderen

scan & corr by rz 11/2008

historischen Zusammenhang zu betrachten. Der erste bulgarische Staat wurde 681 gegründet. Er führte dank der kyrillischen Schrift im neunten Jahrhundert zu einer ersten slawischen Kulturblüte, wurde aber 1396 von den Osmanen unterworfen und aufgelöst.

Im April 1876 kam es zur brutalen Unterdrückung eines Aufstandes. Dies führte zu einer Mobilisierung der europäischen Öffentlichkeit. Besonders stark war die Entrüstung in Rußland: Die panslawistische Bewegung und das traditionelle Interesse des Zaren am Bosporus und an den Dardanellen trieben die russische Regierung im Frühjahr 1877 zu einer Kriegserklärung an das türkische Reich. Am 3. März 1878 wurde mit dem Friedensvertrag von San Stefano ein bulgarisches Fürstentum aus der Taufe gehoben. Seine Grenzen wurden noch im gleichen Jahr auf dem Berliner Kongreß festgeschrieben. Das neue Fürstentum Bulgarien besaß damals eine der liberalsten Verfassungen Europas und wählte sich den deutschen Fürsten Ferdinand von Sachsen-Coburg-Kohäry zum Staatsoberhaupt. Dieser nahm 1908 den Titel »Zar von Bulgarien« an und stellte sein Land im Ersten Weltkrieg auf die Seite der Achsenmächte. Nach der Niederlage von 1918 dankte er zugunsten seines knapp volljährigen Sohnes Boris III. ab.

Nach dem Ersten Weltkrieg suchte Bulgarien nach einer neuen Orientierung. Zwei miteinander konkurrierende ehemalige Oppositionsparteien gewannen zunehmend politisches Gewicht: Die Bauernpartei und die Kommunistische Partei. In den Jahren 1919 bis 1923 bestimmte die Bauernpartei die Politik des Landes. Alexandar Stamboliski, der Chef dieser sich auf die Bauernmassen stützenden Bewegung, führte auf autoritäre Art populistische Reformen durch. Er wurde wenige Tage vor dem Staatsstreich vom 9. Juni 1923 ermordet. In einer zu 80 Prozent bäuerlich geprägten Gesellschaft konnte dieses Attentat nur zu einer Verstärkung des politischen Einflusses der Bauernpartei führen.

scan & corr by rz 11/2008

Die KPB ging aus dem radikalen, marxistischen Flügel der 1891 gegründeten Sozialdemokratischen Partei Bulgariens (SDPB) hervor. Ihre Anhänger kamen hauptsächlich aus den Arbeiterschichten des noch jungen bulgarischen Proletariats und aus gewissen intellektuellen Kreisen. Bei den Parlamentswahlen von 1908 erhielt die KPB ganze 2800 Stimmen, ein Wahlergebnis, das nur wenig über der Zahl der 1661 Mitglieder lag. Bei den Parlaments wählen von 1919 konnte die KPB jedoch 18 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und wurde mit 45 Abgeordneten zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes.

Während des Staatsstreichs von Zankow zeigten sich die Kommunisten nicht sonderlich beunruhigt. Ihre Parteifunktionäre sprachen sich sogar für eine neutrale Haltung aus. Vier Monate später rief die KPB aber dennoch zu einem - letztendlich gescheiterten - Aufstand auf und wurde in der Folge zum ersten Mal verboten. Der Anschlag auf die Kathedrale von Sofia im darauffolgenden Jahr führte zunächst zu brutalen Repressionen, wenig später aber zum Sturz des durch den Putsch an die Macht gekommenen Zankow-Regimes. Man hielt dieses Regime irrtümlicherweise für faschistisch, in Wirklichkeit verfügte es aber weder über eine einheitliche Ideologie noch über eine kohärente Partei und wurde nur in Analogie zur politischen Situation zwischen den beiden Weltkriegen in anderen europäischen Ländern den Faschisten zugeordnet.

1927 verließen die Kommunisten ihr Versteck im Untergrund und gingen als Bulgarische Arbeiterpartei (BAP) wieder in die Öffentlichkeit. In der Folge der Weltwirtschaftskrise nahmen auch in Bulgarien die sozialen Spannungen zu. Nach den Wahlen vom Juni 1931 übernahm eine zentristische Koalition die Regierungsgewalt. Davon profitierte auch die BAP, die besonders bei den Kommunalwahlen ihre Position deutlich ausbauen konnte. Mit dem Staatsstreich der antipar-

scan & corr by rz 11/2008

lamentarischen und monarchiefeindlichen Sweno-Bewegung löste sich diese Koalition am 19. Mai 1934 auf.

Der bulgarische Zar bereitete 1935 diesen Regierungsexperimenten ein jähes Ende: Er übernahm selbst die Regierungsgewalt und errichtete eine monarchische Diktatur, wie sie damals überall auf dem Balkan üblich war. Bereits im Sommer 1936 milderte sich jedoch der diktatorische Regierungsstil, und den kritischen Stimmen wurde mehr Raum zugestanden. Die Bauernpartei, die Kommunisten und drei traditionelle Parteien versuchten mit der *Gruppe der Fünf* eine Opposition auf die Beine zu stellen. Ende 1936 wurde die Pressefreiheit wiederhergestellt, und die Parteien waren erneut zugelassen.

In diesem Kontext befand sich Bulgarien, als der Zweite Weltkrieg ausbrach. Noch im September 1939 erklärte das Land seine Neutralität. Die Regierung wollte dem Konflikt entgehen und richtete deshalb die gesamte Innenpolitik auf die äußere Bedrohung aus. Seit den frühen dreißiger Jahren war jedoch die wirtschaftliche Verflechtung mit Deutschland immer enger geworden. Außerdem konnte die Nachricht, daß Deutschland den Versailler Vertrag mitsamt den Folgeverträgen in Frage stellte, in Bulgarien nur auf ein positives Echo stoßen, denn seit dem Münchner Abkommen war es von den Ländern, die den Zweiten Weltkrieg verloren hatten, das einzige, das keinen territorialen Zuwachs verzeichnen konnte. Der Hitler-Stalin-Pakt konnte diese politische Tendenz nur bestärken, denn von diesem Zeitpunkt an stand ein Bündnis mit Berlin der Annäherung an Moskau nicht mehr im Wege.

Mit der französischen Niederlage im Mai 1940 und dem Rückzug der Briten auf ihre Insel wurde diese Politik jedoch immer unerträglicher. Die Regierung sah sich gezwungen, militärische Vorbereitungen zu treffen, obwohl Bulgarien durch die deutschen Siege wieder in den Besitz der südlichen

scan & corr by rz 11/2008

Dobrudscha gekommen war. Dessenungeachtet stand die bulgarische Regierung einer Interventionspolitik nach wie vor ablehnend gegenüber. Sie lehnte das gegen Griechenland gerichtete Bündnisangebot Mussolinis ab und schickte auch Sobolew mit einem ablehnenden Bescheid nach Moskau zurück (Stalins Botschafter hatte einen sowjetisch-bulgarischen Beistandspakt vorgeschlagen, der allzusehr an die Verträge erinnerte, die die baltischen Republiken vor ihrer Annexion durch die Sowjetunion unterzeichnet hatten).

In den frühen vierziger Jahren wurde der Spielraum für Bulgarien jedoch immer enger. Als Hitler dem in Griechenland in Bedrängnis geratenen italienischen Bündnispartner zu Hilfe eilen mußte, ließ er den Bulgaren keine Wahl: Sie mußten der bereits in Rumänien stehenden Wehrmacht den Marsch durch Bulgarien in Richtung Griechenland genehmigen. Nach dem Abschluß des mit Stalins Zustimmung geschlossenen Dreimächtebündnisses war dies die erste Entscheidung der vom Zaren Boris III. angeführten Regierung. Im Gegenzug versprach Deutschland territoriale Zugewinne: Nach der Zerschlagung Jugoslawiens, das den anderen Weg gewählt hatte, sollte Bulgarien serbische und mazedonische Gebiete bekommen. Auch Teile des zu Griechenland gehörenden südlichen Thrakiens waren in Aussicht gestellt worden.

Nachdem die bulgarischen Bemühungen zur Wahrung der Neutralität gescheitert waren, versuchte die Regierung seine aktive Kriegsbeteiligung auf die territorialen Neuerwerbungen zu beschränken. Während des gesamten deutsch-sowjetischen Konfliktes wurde nicht eine einzige bulgarische Kampfeinheit an die Ostfront geschickt. Auch die diplomatischen Beziehungen zwischen Sofia und Moskau waren nie unterbrochen. Für die Bulgaren hätte ihre nach dem Angriff auf Pearl Harbor gegenüber den Amerikanern und Briten ausgesprochene Kriegserklärung ihren rein symbolischen Wert behalten

scan & corr by rz 11/2008

können, doch zwei Jahre später bombardierten die fliegenden Festungen die Hauptstadt und andere Städte des Landes. Die Deportation von 11300 Juden aus den annektierten Gebieten konnten die bulgarischen Behörden nicht verhindern, mit der ausdrücklichen Unterstützung der Bevölkerung gelang es ihnen jedoch, die alteingesessenen bulgarischen Staatsbürger jüdischer Abstammung - insgesamt 8700 - zu schützen. Am 28. August 1943 starb der von einem Gespräch mit Hitler zurückgekehrte Zar Boris völlig unerwartet. Da der Thronfolger Simeon IL erst sechs Jahre alt war, wechselte die Regierungsgewalt in die Hände des Regenten Bogdan Filoy, dessen Politik eine eindeutig deutschfreundliche Ausrichtung hatte.

Von dieser Situation profitierten die oppositionellen Kräfte. Nach einem ersten gescheiterten Versuch gelang der im Untergrund arbeitenden Opposition im Juli 1942 die Gründung einer *Patriotischen Front (PF),* die folgendes politisches Programm verfolgte: Bulgariens absolute Neutralität während des Krieges, Rückzug der in Serbien gegen die Partisanen eingesetzten bulgarischen Truppen, Ende der Kontrolle über die Armee durch den Zaren. Ausfuhrverbot von Lebensmitteln nach Deutschland, Schaffung akzeptabler Lebensbedingungen für alle Arbeiter in den Städten und auf dem Lande und das Verbot faschistischer Organisationen.

Die Patriotische Front wies ausdrücklich darauf hin, daß sämtliche Programmpunkte unabdingbar seien und nicht zum Gegenstand irgendwelcher Diskussionen gemacht werden könnten. Damit waren Bündnisse mit anderen, weniger radikalen Oppositionskräften von vornherein ausgeschlossen. Die offizielle, d.h. legale Opposition hoffte auf die Landung alliierter Truppen auf dem Balkan und war überzeugt, daß der Zarenpalast sich über kurz oder lang den Anglo-Amerikanern zuwenden würde. Aus diesem Grund und aus Mißtrauen gegenüber den Kommunisten lehnten sie eine Koalition mit der Patriotischen Front ab.

scan & corr by rz 11/2008

Der seit dem Sommer 1941 organisierte bewaffnete Widerstand lag ausschließlich in den Händen der Kommunisten. Die Unterstützung durch andere linke Kräfte, vor allem durch die Bauernpartei, beschränkte sich auf den logistischen Bereich. Man kann diesen Widerstand nicht mit dem in Polen, Jugoslawien oder Griechenland vergleichen, d.h. mit Ländern, die im Gegensatz zu Bulgarien besiegt und besetzt waren. In einem Bericht an Georgi Dimitrow, der im März 1944 über den in Sofia akkreditierten Konsul der UdSSR nach Moskau weitergeleitet wurde, spricht Dobri Terpeschew, einer der führenden Köpfe des bulgarischen Widerstandes, von 2320 Partisanen, die in 26 bewaffnete Gruppen unterteilt waren. Die offizielle Geschichtsschreibung spricht bis jetzt von 18000 Widerstandskämpfern. Diese Zahl stützt sich wahrscheinlich auf die Angaben der Leute, die sich im September 1944, also nach der Machtübernahme durch die Patriotische Front, als »Partisanen« ausgaben. Ähnliches war auch bei der bulgarischen KP zu beobachten: Nach den Polizeiakten zählte die Partei am 9. September 1944 rund 13700 Mitglieder. Innerhalb eines Monats stieg die Mitgliederzahl um ein Vielfaches und lag Ende 1944 bei 250000.

Mit der Landung der Alliierten im Juni 1944 an der normannischen Küste war klar, daß Bulgarien für die Briten und Amerikaner keine strategische Bedeutung mehr hatte. Auf Grund seiner exzentrischen Lage zwischen den Frontlinien der Roten Armee und der Wehrmacht war das bulgarische Gebiet für beide Kampfparteien militärisch zugänglich.

Zu diesem Zeitpunkt versuchte die neugebildete Bagrianow-Regierung ein erstes Mal, an der deutschfreundlichen Orientierung der bulgarischen Politik etwas zu ändern. Doch trotz der Annullierung der antisemitischen Gesetze, dem Angebot an die Kommunisten, sich an der Regierung zu beteiligen, und der Amnestie aller politischen Gefangenen mußte das Kabinett abdanken. Während die Sonderbeauftragten die-

scan & corr by rz 11/2008

ser Regierung noch in Kairo mit den Amerikanern und Briten über die Bedingungen eines Waffenstillstandes verhandelten, nahm am 1. September 1944 eine neue Regierungsmannschaft unter der Führung des rechtsgerichteten Agrariers Konstantin Murawjew ihre Arbeit auf.

In den darauffolgenden Tagen kam es zu einem Wettlauf zwischen dieser Regierung, die möglichst schnell einen Waffenstillstand mit den westlichen Alliierten schließen wollte, und den Sowjets, die zwar offiziell immer noch im friedlichen Einvernehmen mit dem bulgarischen Zarenreich standen, mit der Roten Armee aber inzwischen kurz vor der Donau, d. h. der bulgarischen Landesgrenze, standen. Am 9. September 1944 war jedoch der Wettlauf zugunsten der Sowjets entschieden: Obwohl Bulgarien, nachdem die deutschen Truppen kampflos aus Bulgarien abgezogen waren, am 5. September seine Beziehungen zu Deuschland abgebrochen hatte, traf noch am gleichen Tag die Kriegserklärung der Sowjetunion ein. Zuvor tat Moskau, als ob es die Kairoer Verhandlungen über einen Waffenstillstand unterstützen würde. Am 8. September erklärte die bulgarische Regierung Deutschland den Krieg. Zum gleichen Zeitpunkt setzte die Rote Armee über die Donau über und hatte - ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen - innerhalb von 48 Stunden ganz Bulgarien besetzt. In der Nacht vom 8. zum 9. September kam es durch Armeeangehörige der Sweno-Bewegung zu einem Staatsstreich, an dem unter anderem auch Damian Weltschew und Kimon Georgiew beteiligt waren. Beide hatten bereits die »faschistischen« Staatsstreiche von 1923 und 1934 in die Wege geleitet. Mit Hilfe der bewaffneten Widerstandsbewegung der Kommunisten stürzten diese Armeemitglieder die legale Regierung und setzten an deren Stelle eine Koalitionsregierung der Patriotischen Front.

scan & corr by rz 11/2008

Die Machtübernahme durch eine kleine Partei

Vor dem 9. September 1944 befand sich Bulgarien in einer paradoxen Lage: Es befand sich - ohne Bündnispartner - im Krieg mit sämtlichen kriegführenden Parteien, hatte aber nie eine Kampfhandlung gegen eine dieser Kriegsparteien unternommen. Als die Rote Armee am 8. September in Bulgarien einmarschierte, fand sie ein vom Krieg verschontes und von den deutschen Truppen geräumtes Land vor, das über eine intakte Verwaltung, effiziente Institutionen, stabile soziale Kräfte, eine unversehrte politische und intellektuelle Elite und eine den Alliierten wohlgesinnte legale Regierung verfügte. In der Nacht vom 8. auf den 9. September 1944 belagerten diverse Einheiten der in Sofia stationierten Armee mit einigen wenigen Panzern das Kriegsministerium. Dort hatte sich die Regierung verschanzt. Teile der bis dahin im Untergrund wirkenden Befreiungsarmee hielten sich im benachbarten Park zu Verfügung, mußten aber nicht eingreifen. Denn General Iwan Marinow ließ als Kriegsminister den aufrührerischen Truppen die Tore des Ministeriums öffnen. Daraufhin wurde die Regierung für abgesetzt erklärt und die Patriotische Front mit der Regierungsbildung beauftragt. Es fiel nicht ein einziger Schuß. Dieser Staatsstreich brachte eine Koalition aus vier unterschiedlichen politischen Gruppierungen an die Macht. Die Bauernunion und die (kommunistische) Bulgarische Arbeiterpartei waren die beiden wichtigsten Kräfte innerhalb dieser Koalition.

Nicht nur in Deutschland, auch in allen mit den Nazis verbündeten oder von ihnen besetzten Ländern wurden nach der Niederlage Säuberungsmaßnahmen durchgeführt. Im Falle von Bulgarien sind die schnelle Abwicklung und das Ausmaß dieser Säuberung allerdings erstaunlich, denn das Land war ja nicht sonderlich in den Krieg verwickelt gewesen. Doch schon wenige Stunden nach der Machtübernahme durch die

scan & corr by rz 11/2008

Kommunisten und ihre Verbündeten ging eine erste Säuberungswelle durch das Land.

Den ganzen September über gingen bewaffnete Gruppen systematisch gegen bulgarische Staatsbürger vor: Sie wurden im Schnellverfahren hingerichtet oder wurden in ihren Wohnungen oder auf der Straße aufgegriffen und meistens in Lastwagen an einen unbekannten Ort verschleppt. Genaue Opferzahlen liegen noch nicht vor. Die Schätzungen variieren stark: Nach Angaben der Zarin Joana aus dem Jahr 1946 sind 138000 Menschen ohne Gerichtsverfahren umgebracht worden oder spurlos verschwunden. Georgi Pedrow hingegen, der 1945 vor dem Volksgerichtshof die öffentliche Anklage führte, sprach lediglich von 5000 Opfern. Marc Ethridge, der sich im Oktober 1945 im Auftrag des amerikanischen Staatssekretariats in Sofia aufhielt, berichtet von 10000 den Säuberungsmaßnahmen zum Opfer gefallenen »Faschisten«. Diese Zahl war ihm von einem hohen Parteifunktionär der KPB genannt worden. Ethridge fügte jedoch hinzu: »Meines Erachtens ist diese Angabe ungenau; ich denke, die tatsächliche Opferzahl liegt zwischen 20000 und 30000.« Die historische Wahrheit ist nach wie vor schwer auszumachen. Die offiziellen Akten, die sich mit diesem Zeitraum befassen, werden immer noch als »geheim« eingestuft. Außerdem wurde ein großer Teil der Archivbestände bewußt zerstört, als das kommunistische Regime 1989 seinen Sturz ahnte. Am glaubwürdigsten ist die Bilanz, die der Innenminister Christo Danow 1991 vor der bulgarischen Nationalversammlung aufgestellt hat: rund 25 000 Tote oder Vermißte (bei einer Gesamtbevölkerung von 7 Millionen).

Diese Terrorwelle erklärt sich unter anderem durch die Rachsucht ehemals politisch Verfolgter, durch das Bedürfnis nach einer - manchmal überhaupt nicht politisch motivierten - persönlichen Abrechnung, durch das zwischenzeitliche Fehlen der Staatsgewalt und durch den Wunsch einer wenig repräsen-

scan & corr by rz 11/2008

tativen kommunistischen Partei nach einer Demonstration ihrer Macht. Ein großer Teil dieser Säuberung war jedoch bewußt organisiert worden. Im Rundschreiben Nr. 5 vom 12. September 1944 befahl die KPB allen Organisationen der Partei »die schnelle Säuberung des gesamten Staatsapparates und die entschlossene, rückhaltlose Liquidierung sämtlicher faschistischer Widerstandsnester«. Im Juni 1945 teilte der Innenminister Anton Jugow auf einer Sekretariatsversammlung des Zentralkomitees der KPB mit, daß »die Dörfer gründlich von ihren Faschisten gereinigt wurden und in jedem Dorf meistens drei, fünf oder sechs von der Sorte saßen«. 1944 gab es in Bulgarien 4419 Dörfer. Wenn man davon ausgeht, daß im Schnitt vier »Faschisten« auf ein Dorf kommen, sind der Säuberung 17678 Menschen zum Opfer gefallen. Die wesentlich höheren Opferzahlen der 237 bulgarischen Städte sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Am 12. September 1944, drei Tage nach der Machtübernahme, ging es im neuen Ministerrat vor allem um die Frage, wer verhaftet werden sollte. Man beschloß »die Verhaftung 1. aller Minister, die zwischen dem 1. Januar 1941 und dem 9. September 1944 den verschiedenen bulgarischen Regierungen angehört haben; 2. aller Abgeordneten, die mit ihrem Votum diese Regierungen unterstützt haben; 3. aller Armeeangehörigen, die mit ihrem Verhalten das Land an den Rand der Katastrophe geführt haben; 4. aller Personen, die unter Berufung auf diese Regierungen Morde, Brandschatzungen, Plünderungen und Folterungen angeordnet, unterstützt und ausgeführt haben«.

Dieser Befehl wurde noch am gleichen Tag in den Rundbrief Nr. 5 des Zentralkomitees der KPB aufgenommen und an alle Zellen der Partei weitergeleitet: »Die revolutionären Aktivitäten der Massen dürfen nicht behindert werden. Sie sind die beste Stütze der neuen Volksmacht.« Traitscho Kostow, ein hoher Parteifunktionär, befahl die Aufstellung von

scan & corr by rz 11/2008

Listen und wollte spätestens Anfang Oktober 1944 die »faschistische« Intelligenzija vernichtet wissen. Er wies auch darauf hin, daß »sämtliche Dokumente und Spuren dieser repressiven Aktionen beseitigt werden müssen. Sonst ist die persönliche Verantwortung der ausführenden Kräfte in Frage gestellt.« Am 9. Oktober 1944, einen Monat nach der Machtübernahme, schickt die Parteileitung der KPB an Georgi Dimitrow folgende Meldung: »Wir haben die revolutionäre Säuberung rigoros beendet.« Ab Oktober 1944 tritt die juristische Säuberung an die Stelle der »revolutionären« Säuberung.

Mit einem Erlaß vom 6. Oktober 1944 wurden Volksgerichte geschaffen, zur Verurteilung »derer, die Bulgarien in einen Krieg gegen die Alliierten hineingezogen haben, sowie derer, die sich im Zusammenhang mit diesem Krieg gewaltsamer Ausschreitungen schuldig gemacht haben«. Wenn man mit dieser gesonderten Rechtsprechung gegen Kriegsverbrecher hätte vorgehen wollen, wäre sie legitim gewesen. In Wirklichkeit war sie jedoch gegen einen Großteil der Bevölkerung gerichtet: Gegen Regenten, Minister, Abgeordnete, persönliche Berater des Zaren, militärische Befehlshaber, Richter, Staatsanwälte, Präfekten, Bürgermeister, Kommunalpolitiker, Vertreter der Kirche, Schriftsteller, Journalisten und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Es war offensichtlich, daß die Kommunisten mit der großzügigen Auslegung des Begriffes »Kriegsverbrecher« die ehemalige politische Klasse schwächen und bestimmte Politiker diskreditieren und isolieren wollten. Denn es war ihnen sehr daran gelegen, die Möglichkeiten eines organisierten Widerstands gegen die neue Macht der Patriotischen Front weitgehend auszuschalten. Meynard Barnes, der amerikanische Vertreter bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit Bulgarien, berichtet, daß Georgi Dimitrow bereits im September 1944 von Moskau aus die Vernichtung der »faschistischen Intelligenzija« angeordnet hatte. Georgi Pedrow, einer der wichtig-

scan & corr by rz 11/2008

sten Vertreter der Anklage, lieferte am 3. Juli 1945 in einem Bericht an das Zentralkomitee über die Arbeit der Volksgerichte die entsprechende Antwort: »Die Eliten der ehemaligen Macht kann man als nahezu vollständig kastriert betrachten.«

Die bulgarischen Volksgerichte waren rasch ans Werk gegangen und hatten ihre Aufgabe bereits im Juni 1945 erfüllt, mehrere Monate, bevor die Vereinten Nationen den Begriff »Kriegsverbrecher« überhaupt definiert hatten. 1946 gab der bulgarische Justizminister bekannt, daß es in seinem Land rund 200 Kriegsverbrecher gegeben habe. Trotzdem sind von den 28630 Personen, die bis einschließlich November 1944 verhaftet worden waren, 11122 vor die 135 Volksgerichte gestellt worden. Das Schicksal der übrigen Verhafteten ist nach wie vor unbekannt. Innerhalb von fünf Monaten verkündeten die Volksgerichte 9155 Urteilssprüche. In 1305 Fällen wurde über die Angeklagten die lebenslängliche Haftstrafe verhängt, in 2730 Fällen die Todesstrafe, die meistens auch vollstreckt wurde. Unter den zum Tode Verurteilten befanden sich drei Regenten, 22 ehemalige Minister, 67 Abgeordnete, acht persönliche Berater des Zaren und 47 höhere Beamte. Am 2. Februar 1945, kurz nach Mitternacht, wurden 91 dieser Verurteilten in fünf Lastwagen zum Zentralfriedhof von Sofia gebracht. Man pferchte sie in einen Bombentrichter und erschoß sie mit vier über Kreuz zielenden Maschinengewehren. Anschließend wurden die Leichen in Massengräbern anonym vergraben.

Man hatte diese hohen Würdenträger verurteilt und hingerichtet, weil sie zu verantworten hatten, daß Bulgarien am 1.März 1941 den Achsenmächten beigetreten war. Dabei fiel jedoch nicht in Betracht, daß es den Regierungen dieser Jahre gelungen war, ihrem Land die aktive Kriegsbeteiligung zu ersparen. Auch die Tatsache, daß die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion immer erhalten geblieben waren, wurde nicht berücksichtigt. Heute wissen wir außerdem, daß die Re-

scan & corr by rz 11/2008

gierungsverantwortlichen sich an die Empfehlungen Stalins gehalten hatten, der damals ein Verbündeter Hitlers war. Am 25. November 1940 schrieb Georgi Dimitrow folgende Notiz in sein Tagebuch: »[Stalin sagt,…] falls der [sowjetisch-bulgarische Beistands-]Pakt [von den Bulgaren] gebilligt wird, müssen wir uns über die konkreten Formen und den Umfang dieses gegenseitigen Beistandes einigen. Bei einer Ratifizierung des Beistandspaktes erheben wir keine Einwände gegen einen Beitritt Bulgariens zum Dreimächtebündnis, im Gegenteil: In diesem Fall würden wir selbst diesem Pakt beitreten.«

Den Kommunisten kamen nicht die geringste Zweifel, ob das Ausmaß dieser Massaker tatsächlich gerechtfertigt war. Sie bekannten sich vielmehr mit größter Begeisterung zu diesen Gewalttaten: Man zog stolz die Bilanz der insgesamt fünf Monate währenden Säuberungskampagne und zeigte sich entrüstet, weil die gegen die »Faschisten« gerichteten Maßnahmen in den unter amerikanischem und britischem Einfluß stehenden Ländern angeblich nur eine lächerliche Farce gewesen wären, »während bei uns das Volksgericht ein im internationalen Vergleich einmaliges Phänomen ist und bleiben wird. Sein Ruhm wird wie eine kostbare Krone weiterhin in der Geschichte unseres heldenhaften Volkes leuchten. [...] Dies ist ohne Zweifel in erster Linie unserer glorreichen Partei zu verdanken. Sie hat es verstanden, dieses Unternehmen fast ausschließlich mit eigenen Kräften zu führen«. Tatsächlich kann sich die KPB rühmen, ein Blutbad realisiert zu haben, das durch seine Ausmaße in der modernen Geschichte des Landes beispiellos ist. Obwohl dieselbe Größenordnung vorliegt, sind die 30000 Bulgaren, die in den ersten Wochen nach der kommunistischen Machtübernahme verschwunden sind oder auf der Stelle hingerichtet wurden, nicht mit den 30000 Bulgaren zu vergleichen, die während des Aufstands vom April 1876 von der osmanischen Armee massakriert

scan & corr by rz 11/2008

worden waren. Im ersten Fall handelte es sich nämlich um Verbrechen der angeblichen »Befreier« an Menschen, die ihnen nicht den geringsten Widerstand entgegengesetzt hatten. Im zweiten Fall handelte es sich um die Armee eines zerfallenden Reiches, die einen Aufstand gewaltsam niederschlug.

Ein Vergleich mit der Zahl jener Bulgaren, die zwischen Juni 1923 und September 1944 den staatlichen Repressionen zum Opfer gefallen sind, ist hingegen höchst aussagekräftig: Laut einer Liste aus dem Jahre 1969, die in dem von der KPB gegründeten und der bulgarischen Revolutionsbewegung gewidmeten Museum einzusehen ist, liegt die Gesamtzahl dieser Opfer bei 5639. Andere Quellen sprechen von 5134 Opfern. Diese Zahl berücksichtigt auch diejenigen Opfer, die inhaftiert oder gefoltert worden waren, aber erst nach ihrer Entlassung aus der Haft gestorben sind, sowie sämtliche Todesfälle innerhalb der Gefängnisse und Internierungslager, außerdem diejenigen, die von der Gestapo ermordet wurden oder in den deutschen Konzentrationslagern umgekommen sind, und alle bulgarischen Staatsbürger, die im Zweiten Weltkrieg als Soldaten der Roten Armee oder im Spanischen Bürgerkrieg den Tod fanden. Rund die Hälfte, d.h. 2740 Menschen (nach anderen Quellenangaben 2320), kamen zwischen 1941 und 1944 ums Leben, darunter 1255 Partisanen, 826 Personen, die diesen Partisanen Unterschlupf gewährt hatten, 85 Freischärler, 40 sowjetische Fallschirmjäger und Mitglieder von sowjetischen U-Boot-Besatzungen. Andere Quellen sprechen von insgesamt 1937 Toten. Die große Mehrheit dieser Opfer fiel mit der Waffe in der Hand. Bei den Ordnungskräften beläuft sich die Zahl der Opfer für den gleichen Zeitraum auf 3000.

Auch bei den Todesurteilen ist ein Vergleich sehr aufschlußreich. Nach den Angaben von Georgi Pedrow, der 1945 hauptsächlich die Anklage vor dem Volksgericht vertrat, sind zwischen 1941 und 1944 exakt 3299 Todesurteile ausgespro-

scan & corr by rz 11/2008

chen worden. In 357 Fällen - das sind rund zehn Prozent - wurde das Urteil vollstreckt. Die Akten des Kriegsministers sprechen von 1590 Todesurteilen, von denen 199 während des Kriegs vollstreckt wurden. Zum Vergleich: Von den 2618 durch die Volksgerichte zum Tode Verurteilten wurden über die Hälfte, nämlich 1576, hingerichtet. Dies bedeutet jedoch nicht, daß den übrigen 1042 Verurteilten die Strafe erlassen worden ist. Der Justizminister gab vielmehr zu, daß mindestens 202 der Angeklagten schon während der Verhandlungen ihr Leben verloren. Mit den posthumen Todesurteilen sollten die während der Säuberungsaktionen durchgeführten Morde nachträglich »legalisiert« werden.

Die Rachsucht des »Volkes« beschränkte sich jedoch nicht auf die richterlichen Urteilssprüche. Sie ereilte auch die Familien der Verurteilten. Am 19. April 1945 richtete der in Moskau agierende Georgi Dimitrow folgendes Schreiben an die Parteileitung der KPB: »Während die Volksgerichte ihre Arbeit machen, sollten wir uns unbedingt mit der Frage beschäftigen, was aus den Familien und Angehörigen dieser verurteilten und hingerichteten Faschisten und Verräter werden soll. Wenn wir diese Leute an ihren Wohnorten lassen, bleiben uns in den Dörfern und Städten Nester der Reaktion erhalten, aus denen feindliche Agenten hervorgehen. Diese Leute sind entschiedene Gegner des neuen Regimes. Sie können schweren Schaden anrichten und sind für das Ausland willkommene Spione. Ergreift sofort die notwendigen Maßnahmen und bringt die Leute an geeigneten Orten unter. Ein Teil von ihnen wird Zwangsarbeit leisten müssen. Humanitäre Überlegungen dürfen in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen.«

Bereits im Herbst 1944 waren Maßnahmen getroffen worden, um die Familien der Verurteilten und kurzerhand Erschossenen zu vertreiben. Dimitrows Schreiben löste lediglich eine neue Welle von Zwangsumsiedlungen aus. Laut

scan & corr by rz 11/2008

einem Bericht des Zentralkomitees der KPB vom 21. Juli 1945 wurde 1382 Familien bzw. 3934 Menschen ein anderer Wohnort zugewiesen. Drei Monate später wurden weitere 4325 Familien bzw. 11875 Personen zwangsumgesiedelt. Nach Angaben des bulgarischen Staatssicherheitsdienstes mußten zwischen September 1944 und Mai 1945 insgesamt 28131 Menschen den Anordnungen zur Zwangsumsiedlung Folge leisten. Im gleichen Zeitraum sind - nach Angaben derselben Quelle - 184360 Menschen durch die Lager geschleust und in »Arbeitsgruppen« eingewiesen worden. Nach Stalins Tod war diese Praxis zwar eingestellt worden, wurde aber nach dem Ungarnaufstand von 1956 wieder reaktiviert. Bis 1967 wurden weitere 3557 Familien zwangsweise umgesiedelt. Erst 1979 wurden Maßnahmen dieser Art endgültig eingestellt.

Der Terror vom September 1944, die Volksgerichte, die Säuberungsaktionen innerhalb des Staatsapparates, die flächendeckende Einrichtung von Niederlassungen der KPB und der Patriotischen Front und nicht zuletzt die Präsenz des sowjetischen Besatzungsheeres... All dies verfehlte seine Wirkung nicht: Die Machtposition der Kommunisten bekam eine immer festere Grundlage. Trotzdem nutzten die neuen Machthaber jede Gelegenheit zur Machtdemonstration. Überall, wo Einzelpersonen oder Gruppen ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck brachten, wurde jeglicher Widerstand sofort im Keime erstickt. Die Idee, Arbeitslager zu errichten, um dort die politischen Gegner gesellschaftlich absondern zu können, wurde am 16. November 1944 auf einer gemeinsamen Sitzung des Zentralkomitees und der Miliz-Leitung zum ersten Mal vorgetragen und diskutiert. Am 6. Dezember unterbreitete der Innenminister Anton Jugow dem Ministerrat einen Gesetzesentwurf, der die Einrichtung von »Gemeinschaften« regelte, die »durch Arbeitsmaßnahmen erzogen werden sollten«. Am

scan & corr by rz 11/2008

20. Dezember bewilligte die Regierung zwei unterschiedliche Lagertypen: Der erste Lagertyp galt für das gemeine Recht, d.h. für asoziale Elemente, Prostituierte, Rückfällige, Spielsüchtige, Arbeits Verweigerer und Bettler. Der zweite Lagertyp war für Menschen reserviert, die als politisch gefährlich eingestuft wurden.

Jeder, der von der Milizleitung benannt worden war, konnte auf Befehl des Innenministers für sechs Monate in ein Lager eingewiesen werden. Nach Ablauf der sechsmonatigen Frist konnte der Lageraufenthalt beliebig oft für weitere sechs Monate verlängert werden. Später konnte die Haft der ohne juristisches Verfahren eingewiesenen Gefangenen sogar bis zu sieben Jahre dauern. In Bulgarien war die Lagerhaft während der gesamten kommunistischen Zeit eine häufig verhängte Strafe. Man schätzt, daß zwischen 1944 und 1962 insgesamt 23 531 Menschen in den Arbeitslagern interniert waren, darunter 2089 Frauen.

Zwischen 1944 und 1949 gab es in Bulgarien 86 Haftanstalten, in denen über 4500 Häftlinge gleichzeitig untergebracht werden konnten. Die Haftbedingungen waren sehr unterschiedlich und richteten sich - wenn sie nicht willkürlich von der Lagerleitung festgesetzt wurden - nach der innenpolitischen oder internationalen Lage. Mit der Festigung des Ein-Parteien-Regimes und des stalinistischen Sowjetmodells wurden die Opfer dieser willkürlichen Freiheitsberaubung in einem Lager zusammengefaßt: Es war das im Sommer 1949 auf der Donau-Insel Per sin gegründete Lager Belene, das bis zu 7000 Häftlingen Platz bot und den traurigen Beinamen »bulgarischer Gulag« trug. Nach Stalins Tod brachen für das Lager ruhige Zeiten an. Nach dem Ungarnaufstand änderte sich dies allerdings wieder schlagartig. Bis zum August 1959 lief das Räderwerk des Belene-Lagers wieder auf Hochtouren. Diejenigen von den bulgarischen Staatsbürgern türkischer Abstammung, die sich hartnäckig weigerten, ihren Na-

scan & corr by rz 11/2008

men zu »bulgarisieren«, wurden im Frühjahr 1945 ebenfalls in das Belene-Lager eingewiesen.

Zu den außerjuristischen Strafmaßnahmen gehört auch das die Arbeitsmobilisierung regelnde Gesetz aus dem Jahre 1946. Damit konnten die lokalen Instanzen des Staates und der Partei Männer im Alter von 16 und 50 Jahren und Frauen zwischen 16 und 45 Jahren unter dem Vorwand, daß diese arbeitslos seien, zur Zwangsarbeit heranziehen. So wurden jedes Jahr zwischen Mai und Oktober etliche tausend Menschen zwangsweise beim Bau von Bewässerungsanlagen, Deichen, Brücken und Straßen eingesetzt. Auch in der Backsteinindustrie und in den staatlichen Landwirtschaftsbetrieben wurden solche Zwangsarbeiter eingesetzt. Wie viele Menschen tatsächlich über dieses Gesetz zur Arbeit gezwungen worden sind, konnte noch nicht ermittelt werden. Nach einer Studie aus dem Jahre 1991 variierte die Zahl zwischen 3000 und 5000 pro Jahr. Im Juni 1946 sprach das Innenministerium in einem Bericht an das Zentralkomitee allerdings von 40000 mobilisierten Arbeitern. Doch höchstwahrscheinlich sind die Zahlen in solchen Berichten stark aufgebauscht, um den Eifer bei der Ausführung der Parteiverordnungen hervorzuheben. Trotzdem vermitteln diese Zahlen eine Vorstellung vom Umfang dieser staatlichen Repressionen.

Über die Volksgerichte konnte das neue Regime auch sämtliche politischen Kräfte neutralisieren, die im Rahmen der Patriotischen Front noch eine gewisse Rolle spielten. Allerdings war diese Rolle in der Zwischenzeit recht bescheiden geworden, denn die außergewöhnliche Aktivität dieser politischen Kräfte konnte sich auf Dauer nicht halten. Mit dem Gesetz zur »Verteidigung der Volksmacht« besaß die Partei ein wirksames juristisches Mittel zur Stabilisierung der sogenannten »Volksdemokratie«. Der Erlaß trat am 17. März 1945 in Kraft und umfaßte sieben Artikel. Drei davon sahen schwere Gefängnisstrafen vor, die restlichen vier die Todesstrafe, und

scan & corr by rz 11/2008

zwar für alle diejenigen, die »mit dem Ziel, die Macht der Patriotischen Front zu untergraben, zu schwächen oder zu stürzen, Organisationen zu bilden versuchen; ebenso für diejenigen, die in diesem Sinne handeln, Sabotagen organisieren, faschistische Ideen verbreiten und falsche Gerüchte in die Welt setzen«. Die ersten, die unter diesem Gesetz zu leiden hatten, waren die Verbündeten der Patriotischen Front, die dem Hegemonieanspruch der Kommunisten entschieden widersprachen und sich ab dem Sommer 1945 als die legale Opposition verstanden. G. M. Dimitrow, zur besseren Unterscheidung von seinem Moskauer Namenskollegen Georgi Dimitrow auch »Gemeto« genannt, war der erste, der diesem schändlichen Gesetz zum Opfer fiel: Der Generalsekretär der Bauernpartei hatte den ganzen Krieg im Kairoer Exil verbracht. Ein knappes Jahr nach seiner Rückkehr wurde er bereits unter Hausarrest gestellt, konnte aber entkommen. Er flüchtete in die amerikanische Niederlassung in Sofia, von wo aus es ihm im Herbst 1945 gelang, Bulgarien zu verlassen. Am 12. Juli 1946 kam es zum Prozeß: Er wurde in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil er Parolen wie »Friede, Brot und Freiheit« oder »Volksmacht bedeutet nicht Gewalt« ausgegeben hatte, was angeblich die Moral der Armee untergraben haben soll.

Aus denselben Gründen wurde am 27. Juni 1946 auch der bekannte Sozialdemokrat Krastiu Pastuchow zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Im August 1949 wurde der Siebzigjährige auf Befehl in seiner Zelle von einem gewöhnlichen Strafgefangenen erdrosselt. Zweti Iwanow, der Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung *Swoboden Narod* (»Das freie Volk«), wurde zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, sieben Monaten und 15 Tagen verurteilt, weil er das über Pastuchow verhängte Urteil kritisiert hatte. Nach Ablauf seiner Haftzeit wurde er jedoch nicht entlassen, sondern kam ins Belene-Lager, wo er im Sommer 1950 ums Leben kam. Der Prozeß gegen den Dichter, Journalisten und Präsidenten des

scan & corr by rz 11/2008

bulgarischen Schriftstellerverbandes Trifon Kunew wurde im Herbst 1946 zunächst einmal eingestellt, weil der Angeklagte zum Abgeordneten der Opposition gewählt worden war. Als man die Opposition jedoch im darauffolgenden Jahr auflöste, wurde Kunew dennoch verurteilt. Als er in den frühen fünfziger Jahren wieder in die Freiheit entlassen wurde, starb er.

Im Namen des Gesetzes zur »Verteidigung der Volksmacht« kam es im Sommer 1946 auch zu einigen Schauprozessen in der bulgarischen Hauptstadt. Sie waren oft gegen kleine Gruppen gerichtet, die meist nur in der Einbildung existierten, beispielsweise die *Militärische Union* oder der *Neutrale Offizier.* Die pseudo-juristischen Verfahren gegen diese beiden Gruppen dienten vor allem zur Vorbereitung auf den Prozeß gegen Nikola Petkow, den unangefochtenen Anführer der demokratischen Opposition. Seine Hinrichtung bedeutete das Ende der zumindest zum Schein noch aufrechterhaltenen pluralistischen Demokratie und öffnete den Weg zum Machtmonopol der KPB und zur Sowjetisierung der bulgarischen Gesellschaft. Petkows Bauernpartei wurde aufgelöst, die ehemaligen Mitglieder mußten sich von ihrem früheren Parteiführer lossagen oder wurden verfolgt. Die wenigen Oppositionellen, die noch am Leben waren, wurden endgültig von der politischen Bühne gestoßen. Der Sozialdemokrat Kosta Lultschew war der letzte Abgeordnete der ehemaligen Opposition. Er wurde im Juni 1948 im Alter von 72 Jahren zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat die Haft nicht überlebt.

Die Stalinisierung des Regimes bedeutete nicht nur das Ende der bulgarischen Zivilgesellschaft, sie machte auch die Kommunisten zu Opfern der Repression. General Dimitar Tomow war das erste Parteimitglied, das daran glauben mußte. Obwohl er der Offizier war, der den Putschisten in der Nacht zum 9. September 1944 die Tore des Kriegsministeriums geöffnet und so der Patriotischen Front zur Macht verholfen hatte, wur-

scan & corr by rz 11/2008

de er am 25. August 1948 trotz entschiedener Dementi und zahlreicher Treuschwüre wegen Verrats und Sabotage gehängt. Andere Parteimitglieder erlitten ein ähnliches Schicksal.

Durch den »Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus« kam es zu einer »Intensivierung des Klassenkampfes«. Deshalb ging es im Jahre 1950 verstärkt um den Kampf gegen den »Feind mit dem Parteibuch«, gegen den »sich als Kommunisten ausgebenden Feind«. Allein in Sofia kam es in diesem Jahr zu 13 Prozessen, in die über hundert ehemalige Parteimitglieder verwickelt waren. Im darauffolgenden Jahr wurde mehreren Mitgliedern des Zentralkomitees der KPB und ehemaligen kommunistischen Ministern der Prozeß gemacht. Im September 1951 fanden sich sogar der Innenminister und hohe Funktionäre des Staatssicherheitsdienstes auf der Anklagebank wieder. In den Jahren 1952/53 kam es wegen »Sabotage« zu zwei großangelegten Prozessen gegen 17 Bau- und 14 Bergwerksingenieure. Drei von ihnen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zahlreiche - zum Teil hohe - Würdenträger der Armee oder der Partei wurden inhaftiert, und nicht wenige von ihnen wurden ohne juristisches Verfahren in die Arbeitslager eingewiesen. Zwischen 1949 und Stalins Tod waren 1080 Personen verhaftet worden. Es kam zu 50 Schuldsprüchen. Drei der Verhafteten verloren ihr Leben bereits während des Verhörs. 19 Personen wurden ins Lager gebracht, und weitere 330 kamen in Präventivhaft.

Das stalinistische Monopol der kommunistischen Partei

Auch den religiösen Minderheiten blieb die Repression nicht erspart. Vom 25. Februar bis zum 8. März 1949 wurde auf Moskaus Anordnung ein Schauprozeß gegen 15 Mitglieder

scan & corr by rz 11/2008

des Rates der vereinten evangelischen Kirchen (Methodisten, Baptisten, Pfingstgemeinde und Kongregationalisten) inszeniert. Die des Verrats und der Spionage für die USA Beschuldigten waren unter der Folter zu einem Geständnis gebracht worden. Sie zeigten Reue und baten die Richter um Nachsicht. Trotzdem wurden vier der protestantischen Würdenträger zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. Drei Jahre später terrorisierte die »Volksmacht« die katholische Kirche, die jedoch in Bulgarien weniger als 100000 Mitglieder zählte.

Am 10. Februar 1953 wurde eine noch radikalere Version dieses Gesetzes verabschiedet: Sie sah im Artikel 72 a die Todesstrafe vor, und zwar für diejenigen, die die Landesgrenzen heimlich überschritten haben oder - falls sie die Erlaubnis zu einer Auslandsreise hatten - nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist zurückgekehrt sind. Noch schlimmer jedoch ist der Abschnitt b des gleichen Artikels: Er fordert für »Personen - einschließlich der Angehörigen des Verräters - die, obwohl sie von Vorbereitungen zu dem in Artikel 72 a beschriebenen Verbrechen Kenntnis hatten, die Behörden nicht rechtzeitig informiert haben, eine Freiheitsstrafe zwischen fünf und zehn Jahren. Die anderen volljährigen Erwachsenen und Familienmitglieder, die zum Zeitpunkt der Tat mit dem Täter oder unter dessen Vormundschaft gelebt haben, verlieren sämtliche Bürgerrechte. Der Besitz wird konfisziert. Außerdem müssen sie mit folgenden Verwaltungsmaßnahmen rechnen: Umerziehung durch Arbeit oder Zwangsumsiedlung in eine andere Landesregion«.

Die Isolierung des Landes und der Bevölkerung hatte besonders tragische Folgen: Ende April 1949 planten rund 15 Gymnasiasten aus der nahe der griechischen Grenze gelegenen Kleinstadt Ljubimez eine heimliche Flucht nach Griechenland. Der für diesen Grenzabschnitt zuständige Offizier der Grenzwache bekam von einem Denunzianten Wind von

scan & corr by rz 11/2008

dem Vorhaben. Doch anstatt die Flüchtlinge abzufangen und dem Schuldirektor oder ihren Eltern zu übergeben, ließ er Maschinengewehre aufstellen und eröffnete das Feuer auf die Jugendlichen. Fünf junge Männer im Alter von 15 und 16 Jahren starben im Kugelhagel. Der verantwortliche Offizier wurde hoch geehrt und zum General befördert. In den frühen neunziger Jahren hat der inzwischen in den Ruhestand getretene General das Zeitliche gesegnet.

Bei den politischen Prozessen, die in der stalinistischen Zeit in Bulgarien über die Bühne gingen, wurden elementare juristische Grundsätze mit Füßen getreten. Wenn es sich um ganz wichtige Prozesse handelte, wurden die Entscheidungen vom Zentralkomitee, vom Politbüro oder vom Parteisekretariat gefällt. Manchmal enthielten diese Anweisungen sogar die Namen der Staatsanwälte und Richter, den Wortlaut der Anklageschrift und die grundsätzliche Orientierung des Urteilsspruches. Der Eifer und die Ergebenheit der Untersuchungsrichter, der Staatsanwälte, der Richter, ja selbst der Anwälte wurde mit einer schnellen Karriere innerhalb des Justizsystems, des Staatsapparates oder der überparteilichen Instanzen reichlich belohnt. 1951 arbeiteten 4181 Agenten und 20418 inoffizielle Mitarbeiter beim Staatssicherheitsdienst. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig dem kommunistischen Staat seine repressiven Institutionen waren. In diesem Zusammenhang ist unbedingt auf die Schlüsselrolle hinzuweisen, die die dem Innenministerium zur Seite gestellten sowjetischen Berater bei der Organisation und Durchführung der bulgarischen Repressionspolitik gespielt haben. Die KGB-Agenten hatten innerhalb des bulgarischen Innenministeriums ein zweites Direktionszentrum aufgebaut, das seine Politik direkt mit Moskau abstimmte. Dies entbindet die in der Repressionspolitik engagierten bulgarischen Parteifunktionäre jedoch nicht von ihrer persönlichen Verantwortung.

scan & corr by rz 11/2008

In Bulgarien waren die Bauern die soziale Schicht, die unter den willkürlichen Schikanen des Regimes am meisten zu leiden hatte, insbesondere im Zusammenhang mit der Kollektivierung. Obwohl das Land vor der kommunistischen Machtübernahme ein monarchisches Regierungssystem kannte, gab es innerhalb der bulgarischen Gesellschaft keine Aristokratie. Ein bulgarischer Adel existierte nicht, auch der Grundbesitz war nicht oligarchisch orientiert. Während der jahrhundertelangen osmanischen Herrschaft hatte sich der soziale Status der einheimischen Bevölkerung nivelliert, zumal die gebirgige Landschaft der Entwicklung von großflächigen landwirtschaftlichen Gütern nicht sonderlich förderlich war. In den späten vierziger Jahren lebten 80 Prozent der sieben Millionen Bulgaren von der Landwirtschaft, vom Handwerk und Kleingewerbe. Es waren in erster Linie Bauern, die mit einer wahren Leidenschaft ihr eigenes Land bestellten.

Im Frühjahr 1948 beschloß das Regime die radikale Umsetzung des Sowjetmodells. Dazu gehörte auch die Kollektivierung. Die in den dreißiger Jahren in der UdSSR durchgeführte Landwirtschaftsreform sollte in Bulgarien möglichst genau kopiert werden. Unter Mißachtung aller historischen, wirtschaftlichen und sozialen Realitäten ging die kommunistische Partei überstürzt und brutal gegen die Bauern vor und erzwang zwischen 1948 und 1958 die Kollektivierung aller bulgarischen Ländereien. Mit der Beschlagnahmung der Felder verloren vier Fünftel der Bevölkerung den Teil ihres Besitzes, der am stärksten in der Tradition verankert war. Damit hatten die kommunistischen Machthaber den größten Teil der Gesellschaft gegen sich.

Da es in der bulgarischen Gesellschaft kein Proletariat und kein kapitalistisches Bürgertum gab, beschloß das Zentralkomitee der KPB im Juli 1948, den Klassenkampf von der Stadt aufs Land zu verlegen, von der Fabrik auf die Felder. Man legte deshalb großen Wert auf eine beschleunigte Kol-

scan & corr by rz 11/2008

lektivierung: Man schuf kollektive Landwirtschaftsbetriebe und definierte den »Kulaken« als reichen Bauern oder Großgrundbesitzer, der als kapitalistischer Feind dieses Entwicklungsprozesses gebrandmarkt wurde. Da präzise und vor allem die bulgarische Realität berücksichtigende Kriterien fehlten, überließ man die Frage, wer nun ein Kulake war und wer nicht, den lokalen Parteigrößen. Diese nutzten die Gelegenheit, um frühere politische Gegner auszuschalten oder persönliche Rechnungen zu ihren Gunsten zu begleichen. Dementsprechend bunt war die Kulaken-Liste: Ehemalige Mitglieder der petkowistischen Bauernpartei, Vertreter der sogenannten »bürgerlichen« Parteien und alle diejenigen, von denen man wußte, daß sie sich gegenüber der Regierung kritisch geäußert hatten. Manchmal fanden sich auf der Liste auch jene Bauern wieder, die sich nicht den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben anschließen wollten. Im Dorf Sotirya beispielsweise wurden alle Bauern, die mehr als drei Hektar Land besaßen, zu Kulaken erklärt. Mit heftigen Propaganda-Kampagnen, die den Kulaken als Ausbeuter, Volksfeind und Saboteur beschimpften, wurde der Haß geschürt oder - wie es im kommunistischen Sprachgebrauch hieß - »das Klassenbewußtsein des armen Bauern gestärkt«.

Damit die Bauern ihre Felder und das Vieh schneller an die Kollektivbetriebe abgaben, setzte das Regime wirtschaftliche Druckmittel ein. Das ehemalige landwirtschaftliche Steuersystem wurde durch sogenannte Staatslieferungen ersetzt: Eine in der Sowjetunion gängige Praxis, bei der festgesetzte Quoten der landwirtschaftlichen Produkte für einen billigen Preis vom Staat aufgekauft werden. Am 23. Juli 1948 wurde dieses System für mehrere Basisprodukte eingeführt, nämlich für Bohnen, Sonnenblumenkerne, Baumwolle, Reis, Hornvieh, Kartoffeln und Schweineschmalz. Alle diese Produkte waren für den Bauern lebensnotwendig. Die Quoten wurden - oft willkürlich - für ein Dorf oder für einen Bezirk festgelegt und

scan & corr by rz 11/2008

bezogen sich nicht auf tatsächliche Erntezahlen. Folglich waren die Bauern meistens nicht in der Lage, diesen steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen. Dies wiederum führte zu staatlichen Sanktionen: Nicht selten verweigerte man den Steuerschuldigen die ihnen zustehende Ration an Mehl oder anderen knappen Lebensmitteln. Der schwerste Schock kam jedoch mit der Bekanntgabe der für den Staat reservierten Getreidequoten, die im Vergleich zum Vorjahr um 70 Prozent heraufgesetzt worden waren.

Diese erste Kollektivierungswelle führte zu einer Verschlechterung der Versorgungslage und folglich zu einer schweren Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Es kam zu Schmierereien regierungsfeindlicher Parolen und zu tätlichen Angriffen auf die Repräsentanten des Regimes und der Partei. Tatsächlich waren die Ergebnisse der Kollektivierungskampagne im Jahre 1949 mehr als mäßig: Nur 11,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren kollektiviert worden. Der Widerstand der Bauern führte zwar nicht zu einem grundsätzlichen Einlenken der Machthaber, aber zumindest zu einer vorübergehenden Unterbrechung der Kollektivierungskampagne.

Im Frühjahr 1950 startete die KPB trotz einer allgemeinen Lebensmittelknappheit eine zweite, noch radikalere Offensive. Es begann mit einer Wiederbelebung der gegen die Kulaken gerichteten Parolen. In den Dörfern wurden neue Namenslisten ausgehängt. Diesmal traf es vor allem die mittleren Bauern. Wer auf der Liste stand, dem war der Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen ab sofort verwehrt. Er durfte keine Tavernen, Geschäfte, Friseursalons, Behörden usw. mehr aufsuchen. Auf den Mauern seines Hauses oder Gartens standen beleidigende Sprüche.

Am 12. April 1950 wurde das Land per Gesetz in sechs Steuerbezirke eingeteilt. Die Getreide produzierenden Bezirke wurden am stärksten besteuert. Die Naturalabgaben

scan & corr by rz 11/2008

richteten sich nicht mehr nach der bewirtschafteten Fläche, sondern neuerdings nach der Besitzfläche, eine fatale Neuerung für alle, die mehr als fünf oder sechs Hektar Land besaßen, d.h. für zwei Drittel der Bauern jener Bezirke. Ihre Unzufriedenheit äußerte sich durch eine massive und organisierte Verweigerung der Naturalabgaben, was die Behörden wiederum in ihrem Entschluß bestärkte, »den Kulaken endgültig den Garaus zu machen«. Im August 1950 gab der Justizminister folgende Erklärung ab: »Heute kann es zu einem Bürgerkrieg kommen, es kann Tote geben. [...] Möglicherweise werfen sich Frauen und Kinder vor die Räder der [die Ernten abfahrenden] Lastwagen, doch an der Eintreibung der Naturalabgaben wird dies nichts ändern.« Ähnlich äußerte sich auch ein Parteisekretär: »Wenn es sein muß, dann bringt auch das Kind im Bauch seiner Kulakenmutter zum Weinen. Doch die Naturalabgaben müßt ihr eintreiben.«

Einmal mehr zogen ganze Brigaden von militanten Aktivisten durch das Land. Wenn sie in einem neuen Dorf eintrafen, stellten sie zuerst mit Hilfe des Bürgermeisters und des Parteisekretärs der lokalen Sektion die Liste der Kulaken auf. Dann wurden die Unglücklichen zusammengetrieben und aufgefordert, ihre Naturalabgaben zu leisten. Wer sich weigerte, wurde verhaftet und dem Staatssicherheitsdienst übergeben. Es gab zahlreiche Mittel, mit denen man versuchte, den Bauern zur Lieferung der vom Staat geforderten Abgaben und zum Beitritt zu den kollektiven Landwirtschaftsbetrieben zu zwingen: Geldstrafen, die von den lokalen Parteigrößen festgesetzt wurden; Einbestellung zum Gespräch, das jedoch oft in eine körperliche Züchtigung ausartete; willkürlicher Arrest im Keller des Rathauses; Aushändigung an die Miliz und Einweisung in ein Arbeitslager; nächtliche Verhöre; regelmäßige Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmung der Ernte. Manchmal wurden ganze Dörfer von den Brigaden umstellt und die Häuser und Scheunen der Kulaken systema-

scan & corr by rz 11/2008

tisch durchsucht. Im August 1950 erreichte die Kampagne ihren Höhepunkt: Mancherorts wurden regelrechte »Kulakenläufe« organisiert. Die auf der Liste aufgeführten Bauern mußten in Lumpen gekleidet und mit demütigenden Schrifttafeln durch das Dorf marschieren und wurden von ihren Mitbürgern beschimpft, verhöhnt und geschlagen.

Auf den ersten Blick waren diese brutalen Aktionen erfolgreich: 90 Prozent der Naturalabgaben wurden tatsächlich geleistet. Außerdem erlebten die Kollektivbetriebe im Sommer 1950 ihren größten Zuwachs. Doch es war ein Pyrrhus-Sieg, denn bereits im April 1951 kam es in den Dörfern zu einer massiven Protestbewegung, die mit Sicherheit die schwerste Krise war, mit der sich das kommunistische Regime seit seiner Machtübernahme in Bulgarien auseinandersetzen mußte. Im ganzen Land gab es Unruhen: Überall ergriffen Redner das Wort, die unter Beifallsstürmen die Kollektivierung und die Regierung verurteilten. Manchmal waren sogar die politischen Forderungen der ehemaligen Bauernpartei wieder zu hören. Die Bauern holten ihr Vieh wieder aus den Ställen der Kollektivbetriebe und fingen wieder an, ihre früheren Felder individuell zu bewirtschaften. Zum Teil geschah dies nach vorheriger Absprache: Mit dem Läuten der Kirchenglocken kam die Bevölkerung auf den Dorfplätzen zusammen und skandierte Parolen wie »Gebt uns die Freiheit!«, »Gebt uns Brot!« oder »Wir wollen keine Kollektivbetriebe mehr!«

Diese spontanen, aber trotzdem äußerst massiven Protestbewegungen konnten sich auf Grund ihrer Impulsivität und mangelnden Organisation nicht über mehrere Wochen halten. Die Anti-Kulaken-Kampagne vom Sommer 1950 hat die traditionelle bulgarische Bauernschaft zerstört, und die Massenkollektivierung wurde eingeführt.

scan & corr by rz 11/2008

Die kommunistische Geschichtsschreibung behauptete schon immer, daß die bulgarische Gesellschaft den sowjetischen Totalitarismus mit offenen Armen empfangen hätte. Auch im Westen wurde diese Geschichtsauslegung von vielen Kommentatoren bereitwillig übernommen. In Wahrheit hatte dieses von außen aufgezwungene System lange Zeit mit den unterschiedlichsten Erscheinungsformen des Widerstandes und der Opposition zu kämpfen. Die bis auf den heutigen Tag mit Sicherheit am wenigsten bekannte Form des Widerstandes war der bewaffnete Untergrundkampf gegen das Regime.

Nach den Berichten des Staatssicherheitsdienstes tauchten bereits im Sommer 1945 die ersten bewaffneten Widerstandsgruppen auf. Die Reichweite ihrer Aktionen war jedoch begrenzt, denn die Koordinierung zwischen den einzelnen Gruppen fehlte. Schon recht bald nannte man sie »Goryani« (dt: Männer des Waldes). Die Berichte des Staatssicherheitsdienstes bestätigen auch, daß die Goryani-Bewegung nach der Zerschlagung der legalen Opposition und der Hinrichtung von Nikola Petkow im Herbst 1947 deutlich zunahm. Zu diesem Zeitpunkt wuchs der Anteil der aus dem bäuerlichen Milieu stammenden Widerstandskämpfer von 45 auf 70 Prozent. Die Hochzeit des bewaffneten Widerstands waren die Jahre 1950 bis 1953. In diesen Gruppen kämpften Menschen jeder politischen Couleur. Der gemeinsame Nenner war der Widerstand gegen die Sowjetisierung des Landes. Neben diesen Gruppen gab es bewaffnete Einheiten, die aus Griechenland oder dem titoistischen Jugoslawien herübergekommen waren.

Mit der politischen Entspannung wurde auch der Ost-West-Krieg unwahrscheinlicher. Vor diesem Hintergrund ging auch die Goryani-Bewegung merklich zurück und verschwand um das Jahr 1958 endgültig von der Bildfläche. Man schätzt die Zahl der aktiven Kämpfer dieser Bewegung auf 1800. Die kommunistische Partisanenbewegung vom Frühjahr 1944 lag

scan & corr by rz 11/2008

etwa bei der gleichen Größenordnung. Nach einem Bericht des Staatssicherheitsdienstes aus dem Jahre 1951 war der größte Teil dieser Goryani zwischen 20 und 30 Jahre alt. In jenem Jahr wurden 2010 Untergrundkämpfer von den Behörden gesucht. Darunter waren angeblich 422 Anhänger der Bauernpartei, 206 Mitglieder oder ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei, 268 Nationalisten, 84 ehemalige Polizisten, 42 Trotzkisten und Anarchisten, 38 ehemalige Offiziere und 34 Mazedonier der ORIM-Bewegung. Von den anderen war die politische Überzeugung nicht bekannt. Ihnen allen wurden insgesamt 3133 Verbrechen und politische Delikte zur Last gelegt. Die Aktivitäten der Goryani-Bewegung reichten von Einzelaktionen bis hin zu regelrechten Schlachten, beispielsweise jene in den Bergen um die Städte Sliwen, Assenowgrad und Blagoewgrad. Da die Goryani-Bewegung keine feste Organisation bzw. Koordinierung kannte, konnte sie auch nicht auf konkretere politische Ziele hinarbeiten oder charismatische Anführer hervorbringen. Die meisten Widerstandskämpfer sind - wenn sie nicht das Land auf illegalem Wege verlassen haben - im Kampf gefallen oder haben lange Jahre in den Lagern und Gefängnissen des kommunistischen Regimes verbracht.

Nach Stalin: Todor Schiwkow

Nach Stalins Tod im Winter 1953 ließ die politische Repression zwar nach, abgeschafft wurde sie jedoch nicht. Walko Tscherwenkow, der Schwager von Georgi Dimitrow, war bis 1956 an der Macht. Unter seiner Regierung wurde der gesamte repressive Apparat beibehalten. Die Innenpolitik des »kleinen Stalin in Bulgarien« erfuhr zwar einige formelle Veränderungen, die grundsätzliche Ausrichtung blieb jedoch unverändert. Erst mit der nach dem XX. Parteitag der KPdSU

scan & corr by rz 11/2008

einsetzenden Entstalinisierung wurde Tscherwenkow abgesetzt. Der neue Star auf der politischen Bühne Bulgariens war damals ein gewisser Todor Schiwkow, ein undurchsichtiger Parteisekretär der KPB, der dieses Amt auf Fürsprache der neuen Kreml-Mannschaft bekommen hatte und sich mit seiner Bauernschläue 35 Jahre lang an der Macht halten konnte. Am 10. November 1989 hat der fast Achtzigjährige seine Ämter zwangsweise abgegeben.

Im April 1956 bestätigte die KPB auf ihrem Parteitag, der nichts weiter als die bulgarische Replik des XX. Parteitags der KPdSU war, Todor Schiwkow in seinem neuen Amt. Doch die politische Entspannung war nur von kurzer Dauer. Der polnische und erst recht der ungarische Aufstand vom Herbst 1956 lösten beim Regime wieder die alten Reflexe aus. Die totalitären Methoden nahmen wieder einen festen Platz im politischen Leben Bulgariens ein. Während des Budapester Aufstands wurden in Bulgarien schätzungsweise 10000 Menschen als Präventivmaßnahme festgenommen. Kaum hatten die sowjetischen Panzer die ungarischen Rebellen zum Schweigen gebracht, da wurde das Konzentrationslager auf der Insel Belene - das Symbol des bulgarischen kommunistischen Regimes schlechthin - wieder in Betrieb genommen. Viele von denen, die man im August 1953 bei der Schließung des Lagers nach Hause geschickt hatte, wurden erneut interniert.

Zur gleichen Zeit wurden mehrere tausend »zweifelhafte Bürger« einmal mehr aus ihren Wohnorten ausgewiesen und mit dem Hinweis auf Artikel 14 des im September 1956 erlassenen Volksmiliz-Gesetzes in einen abgelegenen Landesteil verbannt. Mit diesem Gesetz konnten die Repressionsorgane jeden beliebigen Bürger willkürlich in Verbannung schicken oder zwangsumsiedeln. Die sowjetischen Machthaber und die sich an ihnen orientierenden bulgarischen Kollegen dachten überhaupt nicht daran, in Anbetracht der Aufstände ihre Poli-

scan & corr by rz 11/2008

tik gegenüber der Bevölkerung in Frage zu stellen. Für sie lag der Grund für diese Unruhen in der unzureichenden Kontrolle des kommunistischen Regimes über die Zivilgesellschaft und in dem nach wie vor allzu großen Anteil an - insbesondere landwirtschaftlichem - Privateigentum. Folglich kam es 1958 zu einer letzten Kollektivierungskampagne, die praktisch alle Bauern, die sich noch nicht den Genossenschaftsbetrieben angeschlossen hatten, erfaßte. In diesem Zusammenhang berichtete das britische Foreign Office am 13. Februar 1958, daß in der bulgarischen Hauptstadt innerhalb von knapp drei Wochen 2000 Menschen festgenommen worden waren.

Da in der internationalen Politik jedoch Entspannung angesagt war, sah sich Anton Jugow, der damalige Präsident des bulgarischen Regierungsrates, in einem Interview mit westlichen Journalisten zu der Behauptung gezwungen, daß es in Bulgarien keine Lager mehr gäbe. Dadurch kam das Politbüro der KPB unter Druck: Am 27. Februar 1959 wurde die Schließung des Belene-Lagers beschlossen. 1913 Lagerhäftlinge - darunter 1732 politische Gefangene - wurden innerhalb weniger Tage gruppenweise entlassen. 166 Lagerhäftlinge brachte man jedoch in Lastwagen in einen ehemaligen Steinbruch bei Lowetsch, wo man sie in den leerstehenden Baracken unterbrachte. Es war die Geburtsstunde der sicherlich beeindruckendsten Einrichtung Bulgariens: Das der politischen Umerziehung gewidmete Arbeitslager von Lowetsch.

In einem stenographierten Bericht des Politbüros vom 5. April 1962 erklärt Georgi Zankow, der damalige Innenminister: »1959 haben wir die Situation im Land analysiert und waren zu dem Entschluß gekommen, daß wir das Lager auf Belene nicht mehr halten können. Gemeinsam mit dem Genossen Schiwkow stellten wir uns der Frage, ob es nicht vernünftiger sei, das Lager zu schließen und die nicht korrigierbaren Leute in die Gefängnisse zu bringen. Belene sollte nur noch im Bedarfsfall zur Verfügung stehen. Es ging um 500

scan & corr by rz 11/2008

bis 600 Leute, von denen wir nicht wußten, was wir mit ihnen machen sollten: Sie laufen lassen, um sie anschließend wieder zu verfolgen, oder sie lieber gleich irgendwo isolieren? Schließlich entschieden wir uns für die Reaktivierung eines Steinbruchs in Lowetsch. Dort sollten die Leute überwacht und durch intensive Zwangsarbeit korrigiert werden.« Die Schließung des Lagers auf Belene und die Öffnung des Lagers in Lowetsch gingen also auf ein und dieselbe politische Entscheidung zurück.

Innerhalb weniger Monate kamen zu den 166 Häftlingen aus Belene 1000 weitere - darunter auch 300 Frauen - hinzu. Sie wurden von 83 Aufsehern und 7 Offizieren überwacht. Sommers wie winters galt im Lager die 6M-Tage-Woche. Für die Lagerhäftlinge begann der Tag zwischen 4 und 5 Uhr morgens und endete in Anbetracht der festgesetzten Arbeitsnormen zwischen 21 und 22 Uhr abends. Die Männer mußten Steine klopfen und in bereitstehende Waggons laden. Je nach Größe der Steine lag die Tagesnorm pro Person bei 8 m^3 bis 20 m^3. Die Frauen mußten Erde ausheben - die Tagesnorm war 5 m^3 - und in einem Schubkarren rund 100 m weit transportieren. Eine Arbeitsleistung, die für die Frauen fast nicht zu erbringen war. Der morgendliche Appell, der Marsch in den 1100 m von den Baracken entfernten Steinbruch, die Arbeit und die Rückkehr wurden stets mit Stockschlägen durch die Aufseher begleitet. Die tägliche Brotration war auf 700 g beschränkt. Mittags und abends gab es eine Gemüsebrühe. Bis 1961 gab es keinerlei medizinische Versorgung. Die Häftlinge waren permanent von Flöhen und Läusen befallen. Aus jeder noch so kleinen Wunde wurde eine eitrige Infektion. Die Lagerleitung wurde auch »die 3 G's« genannt: Major Petar Gogow war der Lagerkommandant, Nikolai Gasdow vertrat den Staatssicherheitsdienst, und Zwjatko Goranow hatte die Leitung über den Steinbruch. Alle drei waren im ständigen Kontakt mit dem Miliz-General Mirtscho Spassow, der auch im

scan & corr by rz 11/2008

Zentral-Komitee saß und stellvertretender Innenminister war. Bei seinen häufigen Besuchen im Lager pflegte Spassow regelmäßig zu sagen: »Diese unverbesserlichen Wiederholungstäter müssen arbeiten, von morgens bis abends, ohne Unterlaß, bis zu ihrem Tod.« Es kam auch vor, daß er selbst Prügel austeilte.

Nicht ein einziger Häftling kam auf Grund einer richterlichen Verfügung in das Lager von Lowetsch. Alle Gefangenen waren infolge einer willkürlichen Entscheidung der Miliz oder anderer staatlicher oder parteilicher Instanzen in Lowetsch. Dies galt auch für den jungen, noch minderjährigen Losan Losanow, der 1961 ins das Lager eingewiesen wurde, weil er für seine Zugreise von Sofia nach Jambol keinen Grund angeben konnte. Ebenso der junge, wegen nächtlicher Ruhestörung verhaftete Nikola Dafinow: Er landete in Lowetsch wegen seiner allzu guten Fremdsprachenkenntnisse und wegen seiner Kontakte zu westlichen Touristen. lordanka Dimitrowa hingegen wurde 1959 nach Lowetsch gebracht, weil sie durch allzu kurze Röcke und übertrieben häufigen Besuch von Tanzabenden aufgefallen war.

Im April 1962 wurde das Lager in Lowetsch geschlossen. Damit war die schlimmste Phase der gegen die Bevölkerung gerichteten Repressionen vorbei; mit der kommunistischen Machtübernahme hatte sie begonnen und endete nun mit der Konsolidierung dieser Macht. Am 9. September 1964 wurde aus Anlaß des 20. Jahrestages dieser Machtübernahme eine Generalamnestie erlassen. Die Gefängnisse leerten sich, denn die politischen Gefangenen und Opfer der stalinistischen Prozesse wurden entlassen. Es war die einzige Generalamnestie, die jemals von den Kommunisten in Bulgarien bewilligt wurde. Ein Ende der Repression bedeutete dies allerdings nicht. Der Terror normalisierte sich lediglich und begleitete das Regime auf seinem Weg vom Triumph bis zum Niedergang und Zerfall.

scan & corr by rz 11/2008

Es folgten die Jahre der friedlichen Koexistenz. Die inzwischen gut eingespielte kommunistische Maschinerie brauchte ihre Opfer nicht mehr reihenweise zu verschlingen. In Anbetracht eines immer schwächeren gesellschaftlichen Widerstandes genügte es, wenn das Regime je nach Bedarf einen korrigierenden »chirurgischen Eingriff« vornahm. Der Staats Sicherheitsdienst behielt die Oberhand über das inzwischen zur festen Institution gewordene Repressionssystem. Die Methoden verfeinerten und »legalisierten« sich, besonders nach der Gründung des mit der Überwachung der Intellektuellen und mit dem Kampf gegen die »ideologische Subversion« beauftragten 6. Direktorats im Jahre 1966.

Beim Staatssicherheitsdienst übernahm eine neue Generation von Vernehmungsagenten die Arbeit. Sie war an den Universitäten und Geheimdienstschulen ausgebildet worden. Die Mitglieder dieser neuen »Elite« waren so langsam selbst davon überzeugt, daß sie »die Ingenieure der Seele« waren. Nicht selten erwarteten sie von denen, deren Verurteilung sie veranlaßten hatten, auch noch Gefühle von Dankbarkeit, denn schließlich hätten sie diese ja vor dem Abgrund bewahrt, in den sie durch ihre Verbrechen hineingestürzt wären. Völlig erstaunt nahm der Beschuldigte zur Kenntnis, daß er sich der Verschwörung und der Spionage schuldig gemacht haben sollte, und ließ sich mit der Erklärung beruhigen, daß es völlig normal sei, diese Verbrechen unbewußt zu begehen, und daß es deshalb die ehrenvolle Aufgabe des Vernehmungsagenten sei, ihm seine eigenen Schandtaten aufzudecken. Letzten Endes sei der Staatssicherheitsdienst eine wohltätige Einrichtung, die die Gesellschaft auf eine harte, aber heilsame Weise therapiere.

In den Anklageschriften, nach denen angebliche Spione gemäß Artikel 104 zu zehn bis zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, kann man folgende Motive finden: Weiterleitung des Kursbuches der Bahn (das in allen Buchhand-

scan & corr by rz 11/2008

lungen erhältlich ist) an das Ausland, Verrat der Preise gängiger Konsumgüter oder des Namens eines schon lange im Ruhestand lebenden Bataillons Vorstehers, persönlicher Kommentar zu offiziellen Stellungnahmen der Partei oder des bulgarischen Staates. In den folgenden Jahren wurde die psychische Folter zur Regel, die Anwendung körperlicher Gewalt blieb die Ausnahme. Im folgenden ein paar Beispiele für diese neuen Bestrafungsmethoden: Vortäuschung einer Erschießung; monatelanges Duschverbot, dann eine Dusche mit kochendheißem Wasserdampf; eine Lungenentzündung in Folge völlig nasser Matratzen und Decken; ein Glas Coca-Cola, das mit aller Liebenswürdigkeit angeboten wird, aber Drogen enthält; angebliche schlechte Nachrichten von nahen Angehörigen; tagelanges »Vergessen« von Nahrung oder Wasser.

1969 bezog das Untersuchungsgefängnis für politisch Verdächtige, das bisher im 3. Stock eines Seitenflügels des Zentralgefängnisses von Sofia untergebracht war, ein eigens dafür gebautes stattliches Haus: Raswigor-Straße Nr. 1. Die Zellen für die Häftlinge befanden sich auf der obersten Etage. In den 9 m^3 großen Einheiten waren bis zu drei Personen untergebracht. Jeder besaß eine Matratze, ein Leintuch und eine Decke. Den Toiletteneimer mußten sich die Zellengenossen teilen. Die 40-Watt-Lampe brannte Tag und Nacht. Eine vergitterte Öffnung zum Gang hin war die einzige Luftzufuhr. Für den Winter war keine Heizung vorgesehen, und im Sommer war die Luft zwischen den heißen Betonplatten zum Ersticken. Nach einer kurzen Morgentoilette mußte der Häftling den ganzen Tag auf seiner Strohmatte sitzen, er durfte weder stehen noch liegen. Die Nahrung: Morgens ein Löffel Marmelade, mittags und abends je ein Teller fade Brühe. Von den Gefangenen der Raswigor-Straße wurden nur wenige dem Richter vorgeführt, und keiner von den aus politischen Gründen Angeklagten wurde freigesprochen.

scan & corr by rz 11/2008

Ab Mitte der sechziger Jahre waren die politischen Gefangenen bis zum Sturz des Regimes hauptsächlich im Gefängnis der Stadt Stara Sagora untergebracht. Innerhalb von 20 Jahren saßen dort über 1000 Menschen ein. 1974 besaß diese Haftanstalt eine einzige Abteilung für politische Gefangene, 1984 waren daraus drei Abteilungen geworden: Ein Zeichen für die rapide Zunahme dieser normalisierten Repression. Zwischen 1968 und 1984 setzten sich die Häftlinge von Stara Sagora folgendermaßen zusammen: 45 Prozent waren wegen Spionage nach Artikel 104 verurteilt worden, 32,6 Prozent wegen regierungsfeindlicher Propaganda nach Artikel 108, 20,1 Prozent wegen einer Verschwörung gegen das Regime nach Artikel 109 und 2,3 Prozent wegen terroristischer Aktivitäten. Drei Viertel der Gefangenen saßen eine Haftstrafe zwischen fünf und zwanzig Jahren ab. Die wegen Fluchtversuchs verurteilten Strafgefangenen werden bei dieser Statistik deshalb nicht berücksichtigt, weil sie seit den späten sechziger Jahren nicht mehr zu den politischen Gefangenen zählten, sondern als »Abenteurer« eine eigene Kategorie bildeten. Dies betraf mehrere tausend - vor allem junge - Menschen, die zu Haftstrafen von weniger als fünf Jahren verurteilt waren. Wie viele Fälle zerstörten Lebens verbergen sich hinter diesen Zahlen! Im Oktober 1969 kam es im Gefängnis von Stara Sagora zu einem blutig unterdrückten Aufstand, hinter dem in erster Linie junge Häftlinge standen, die vergeblich auf eine Amnestie nach dem Vorbild von 1964 gehofft hatten.

Was die juristische Repression angeht, finden sich im Archiv des Innenministeriums ausführliche Berichte über die politischen Prozesse der Jahre 1945 bis 1988. Eine gründliche Untersuchung dieser Quellen steht allerdings noch aus. Was man jedoch jetzt schon sagen kann: Allein im Bezirk Sofia waren 4995 politische Prozesse über die Bühne gegangen. In ganz Bulgarien war in 478 Fällen wegen »Aktivitäten gegen

scan & corr by rz 11/2008

die Volksmacht« das Todesurteil ausgesprochen worden. Aber auch im außerjuristischen Bereich wurden Menschen getötet. Für solche Aufgaben war im In- und Ausland der allmächtige Staatssicherheitsdienst zuständig. Der Journalist Georgi Sarkin war ein solcher Fall: Bereits 1968 war er wegen seiner Protestgedichte gegen den sowjetischen Einmarsch in Prag erstmals verurteilt worden. 1972 war er kurz vor der Beendigung seiner ersten Haftstrafe ein weiteres Mal verurteilt worden. Ein Jahr später wurde er in seiner Gefängniszelle ermordet. Boris Arsow erlitt ein ähnliches Schicksal: 1949 wurde der 35jährige zunächst in das Lager von Bogdanowdol eingewiesen. Ein Jahr später kam er in das Lager von Belene. Weil er zwischen 1960 und 1962 in Sofia handgeschriebene Flugblätter gegen die Regierung verbreitet hatte, wurde er ein zweites Mal festgenommen und zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Im September 1964 kam er in den Genuß der Generalamnestie. 1970 siedelte er in den Westen über und fand in Dänemark politisches Asyl. Dort veröffentlichte er mit anderen Flüchtlingen eine bulgarischsprachige Oppositionszeitschrift, die mit dem Regime in Sofia hart ins Gericht ging. Doch den Agenten des bulgarischen Staatssicherheitsdienstes war es gelungen, den naiven, vom Idealismus beseelten Arsow in der dänischen Stadt Arhus gefangenzunehmen und nach Bulgarien zu entführen. Am 11. Dezember 1974 wurde er zu 15 Jahren Haft verurteilt und in die streng bewachte Zelle 102 des Gefängnisses von Pasardschik überführt, wo man ihn neun Tage später tot auffand: erhängt mit fünf aneinandergeknüpften Krawatten. Obwohl die Archive des Staatssicherheitsdienstes Anfang 1990 ganz bewußt geräumt und frisiert worden waren, fand man die Akte Arsow in einem wunderbar intakten Zustand und konnte deshalb die Odyssee dieses idealistischen Kämpfers in allen Einzelheiten rekonstruieren.

scan & corr by rz 11/2008

Bei dem durch die Affäre mit dem »bulgarischen Regenschirm« weltberühmt gewordenen Georgi Markow ist dies leider nicht der Fall. Der talentierte und erfolgreiche Schriftsteller und Drehbuchautor war in der Frühphase seines Schaffens vom Regime unterstützt worden. Dies änderte sich erst, als Markow in den frühen siebziger Jahren auf einer Reise nach London die Rückkehr »vergaß«. Er bekam politisches Asyl, heiratete eine Engländerin und beteiligte sich an den bulgarischsprachigen BBC-Sendungen. Seine Radiosendung »Berichte eines Abwesenden« war bei der bulgarischen Hörerschaft außerordentlich beliebt. 1978 kursierten Gerüchte, daß Markow an einer Serie über Todor Schiwkow arbeite, den er aus früheren Zeiten, d.h. bevor er in Ungnade fiel, recht gut kannte. Nach mehreren Morddrohungen befiel den Schriftsteller plötzlich ein rätselhaftes Fieber, dem er vier Tage später, am 11. September 1978, im Londoner Saint-James-Hospital erlag. Bereits im Sterben sprach er von einem Unbekannten, der ihn in der Metro mit einem Regenschirm verwundet hatte. Bei der Autopsie entdeckte man im rechten Schenkel ein Kügelchen aus Platin und Iridium mit einem Durchmesser von 1,7 mm und vier Öffnungen, über die wohl ein tödliches Gift - wahrscheinlich auf der Basis von Rizinus - in den Körper geströmt ist. Im Rücken eines anderen bulgarischen Flüchtlings fand man ebenfalls ein solches Kügelchen: Der Journalist Wladimir Kostow hatte einen heftigen Stich verspürt, als er am 26. August 1978 zu Fuß auf den Pariser Champs-Elysees unterwegs war. Er hat den Angriff jedoch überlebt.

Nach den Angaben des ehemaligen KGB-Generals Oleg Kalugin vom Februar 1992 war es Dimitar Stojanow, der damalige Innenminister, der den KGB-Chef Juri Andropow um die notwendigen technischen Hilfsmittel zur Beseitigung des Dissidenten gebeten haben soll. Die Waffe und das Gift sollen im Laboratorium Nr. 12 des KGB-Forschungsinstituts herge-

scan & corr by rz 11/2008

stellt und von Sergui Golubow und Juri Surow nach Sofia gebracht worden sein. Auf bulgarischer Seite war Wladimir Todorow mit der Mission beauftragt worden. Es ist seltsamerweise derselbe Mann, der Anfang 1990 die Zerstörung der bulgarischen Staatssicherheitsarchive in die Wege leitete. Formelle Beweise für den Mord an Georgi Markow gibt es also nicht mehr, oder sie wurden noch nicht entdeckt.

Die kriminellen Aktionen stehen sicherlich im Zusammenhang mit der Konferenz, die im Sommer 1977 in Sofia von den Vertretern der Staats Sicherheitsdienste der »Volksdemokratien« abgehalten wurde. Dabei war ein stärkeres Vorgehen gegen das Dissidententum beschlossen worden. Am 15. August 1978 flog Todor Schiwkow nach Moskau und sprach dort mit Breschnew. Der sowjetische Generalsekretär war der einzige, der bei solchen Operationen grünes Licht geben konnte. Und schließlich eine weitere sonderbare Koinzidenz: Der Mörder Georgi Markows schlug am 7. September - dem Geburtstag von Todor Schiwkow - zu. Es ist nicht auszuschließen, daß die Agenten des bulgarischen Staatssicherheitsdienstes mit dem Mord an diesem Dissidenten ihrem Staatschef ein Geburtstagsgeschenk präsentieren wollten.

Parallel zu diesen gegen bestimmte Personen gerichteten kriminellen Attacken hat sich das kommunistische Regime in der späten Schiwkow-Ära auch eines Verbrechens gegen ganze Bevölkerungsschichten schuldig gemacht. Ja selbst ein ethnisch begründetes Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde versucht. Glücklicherweise fanden die auf den Machterhalt abzielenden Aktionen der bulgarischen Nomenklatura in der Bevölkerung nicht die notwendige Unterstützung. In den achtziger Jahren bekannten sich zehn Prozent der bulgarischen Bevölkerung - das waren rund 800000 Menschen - zum muslimischen Glauben. 200000 dieser Muslime sprachen bulgarisch, die übrigen türkisch. Bereits 1972 hatte

scan & corr by rz 11/2008

es erste Aktionen zur »Deislamisierung« der bulgarischen Staatsbürger gegeben. Im Dezember 1984 startete das Regime eine großangelegte »Türken«-Kampagne, die offiziell »Regenerationskampagne« genannt wurde. Sie stützte sich auf pseudowissenschaftliche Studien, die angeblich beweisen, daß die türkischstämmigen bulgarischen Staatsbürger in Wirklichkeit bulgarische Vorfahren gehabt haben, die unter der osmanischen Herrschaft türkisiert worden sind. Es war das vorgebliche Ziel der Machthaber, diese Menschen wieder ihren ursprünglichen Wurzeln zuzuführen. Sie sollten ihre arabisch klingenden Namen der bulgarischen Tradition angleichen: Auf dem Identitätsausweis, der Geburtsurkunde und anderen offiziellen Dokumenten wurde Hassan durch Iwan und Jussuf durch Iossif ersetzt. Wer diese neue Identität nicht annehmen wollte, verlor seinen gesetzlichen Status und Arbeitsplatz und konnte keine administrativen und medizinischen Dienstleistungen mehr in Anspruch nehmen. Die türkische Sprache war in der Öffentlichkeit verboten, Zuwiderhandlungen wurden bestraft. In manchen Dörfern konnte die Bevölkerung nur mit militärischer Hilfe auf dem Dorfplatz zusammengetrieben werden, damit sie die neuen Papiere ausgehändigt bekamen. Um dieser Prozedur zu entgehen, versteckten sich ganze Menschenmassen mitten im Winter im Wald. Andere wurden zwangsumgesiedelt. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die für manchen tödlich endeten, und die Widerspenstigsten wurden festgenommen. 1500 dieser »Rebellen« kamen in das für mehrere Monate wiedereröffnete Belene-Lager, wo sie allerdings nicht wie die früheren Häftlinge Zwangsarbeit leisten mußten.

Die kommunistische Regierung konnte ihr Ziel jedoch nicht erreichen. Mit der Unterstützung zahlreicher bulgarischer Mitbürger leisteten die muslimischen Minderheiten heftigen Widerstand. Und in Anbetracht des Zerfalls der kommunistischen Ideologie, der prekären wirtschaftlichen Lage und

scan & corr by rz 11/2008

der internationalen Proteststürme mußte Todor Schiwkow im Mai 1989 nachgeben und diejenigen, die es wollten, »als Touristen« in die Türkei ausreisen lassen. Dies führte zu dem sogenannten »großen Touristenstrom«, der den von allen Medien verfolgten Auszug der Kosovo-Albaner um zehn Jahre vorwegnahm. Innerhalb eines Monats verließen über 300000 türkischsprachige Bulgaren das Land. An den Grenzübergängen kam es zu endlosen Wartezeiten. Die unvorbereiteten türkischen Behörden waren überfordert. Das bulgarische Regime versuchte, allerdings ohne Erfolg, mit ethnisch begründeten Haßtiraden die Menge zu mobilisieren, und wollte bei dieser Gelegenheit auch den einen oder anderen Dissidenten ausweisen. Da in der bulgarischen Geschichte ethnische und religiöse Auseinandersetzungen keine Tradition haben, ist dem Land sicherlich ein Szenario wie in Jugoslawien erspart geblieben. Denn ähnlich wie in Belgrad hatten auch in Sofia die Kommunisten versucht, den Klassenkampf durch einen ethnischen Krieg zu ersetzen, um so an der Macht bleiben zu können. Solange die Kommunisten an der Macht waren - insgesamt 45 Jahre -, betonten sie immer wieder mit Nachdruck, daß sie, »mit Blut an die Macht gekommen, diese auch nur mit Blut wieder abgeben« würden. Die Anfänge des kommunistischen Regimes in Bulgarien standen tatsächlich im Zeichen des Blutes. Glücklicherweise vollzog sich der Ausstieg aus dem Kommunismus nicht nach dem jugoslawischen Modell.

Auch das chinesische Modell war nicht ausschlaggebend, auch wenn der »Reflex von Tian-an-men« das kommunistische Regime in Bulgarien ein letztes Mal zum Brodeln brachte. Am Abend des 14. Dezembers 1989, einen Monat nachdem der ehemalige Diktator Todor Schiwkow von einem Perestroika-Triumvirat abgelöst worden war, versammelte sich eine riesige Menschenmenge vor dem Parlamentsgebäude. Sie forderte die Abdankung der neuen kommunistischen Regierung und die Abschaffung von Artikel 1 der bul-

scan & corr by rz 11/2008

garischen Verfassung (Führungsrolle der Kommunistischen Partei). Trotz Kälte, Dunkelheit und der wiederholten Aufforderung, sich aufzulösen, wuchs die Menge unaufhörlich, und die Spannung stieg von Stunde zu Stunde. Als Petar Mladenow, einer der drei neuen Regierungschefs, das Parlamentsgebäude verlassen wollte, um die Menge zu besänftigen, wurde er niedergebrüllt und mußte den Rückzug antreten. Im gleichen Moment konnte ein Mikrophon den Abgesang von einem der letzten kommunistischen Regierungschefs Bulgariens aufzeichnen: »Laßt die Panzer kommen!« Offensichtlich litt dieser Parteifunktionär schon an einem starken Realitätsverlust, denn es rollten keine Panzer mehr an. Statt dessen zog das kommunistische Regime von dannen. Der Überblick über die kriminellen Aktivitäten der Kommunisten in Bulgarien ist natürlich alles andere als vollständig. Was beispielsweise noch fehlt, sind die Verbrechen, die die Kommunisten im Ausland an den Bulgaren begangen haben: Rund die Hälfte der 5000 in der UdSSR arbeitenden bulgarischen Komintern-Mitglieder sind im Rahmen der großen Säuberung von 1937 während der Moskauer Prozesse verschwunden oder fanden sich in den sibirischen Arbeitslagern wieder. Darunter befanden sich auch Leute wie Krastiu Rakowski, einer der führenden Köpfe der internationalistischen Bewegung, oder Nikola Petrow alias »Wasko«, der 1925 in der Sweta-Nedelja-Kathedrale den Sprengstoff gezündet hatte. Andere hatten mehr Glück: Beispielsweise Balgoi Popow, der im Prozeß um den Berliner Reichstagsbrand neben Georgi Dimitrow auf der Anklagebank saß. Er war 1937 verhaftet worden und sah sein Heimatland erst 15 Jahre später wieder. Auch die »blutige Weihnacht« vom 7. Januar 1945 könnte man hinzufügen: Damals trieb der titoistische Staatssicherheitsdienst 1260 Menschen in einen Gefängnishof und ließ sie mit Maschinengewehren erschießen, weil sie an ihrer bulgarischen Herkunft festzuhalten gesinnt waren.

scan & corr by rz 11/2008

Natürlich gibt es nicht nur Blutsverbrechen, sondern auch Verbrechen gegen die Nation: Zweimal - nämlich 1963 und 1975 - wäre aus Bulgarien beinahe die 16. Sowjetrepublik geworden. Ein entsprechender Vorschlag war dem Kreml vom Schiwkow'sehen Politbüro unterbreitet worden. Die sowjetischen Machthaber waren jedoch in beiden Fällen der Meinung, daß der Zeitpunkt nicht günstig sei.

Und warum sollte man nicht auch den Finanzbetrug am Volk erwähnen? Die kommunistische Nomenklatura hat es durchaus verstanden, ihren unausweichlichen politischen Abgang so vorzubereiten, daß ihnen die Kontrolle über die Finanzen erhalten blieb. 1985 nahmen die bulgarischen Parteifunktionäre bei westlichen Privatbanken rund elf Milliarden Dollar auf. Dieses Geld wurde größtenteils »privatisiert«, d.h. auf die Auslandskonten des Geheimdienstes und der entsprechenden Tochtergesellschaften überwiesen. Als aus der Kommunistischen Partei Bulgariens (KPB) nach 1989 eine Sozialistische Partei Bulgariens (SPB) wurde und man den Staatssicherheitsdienst auflöste, wurde mit den Geldern, die nicht in irgendwelchen Steueroasen angelegt worden waren, die noch rentablen bulgarischen Unternehmen und strategisch günstige Kontrollstellen über die Presse aufgekauft und Medienbetriebe und - vor allem - Banken gegründet. Zwischen 1990 und 1996 haben diese neuen Bankiers die Ersparnisse der Bevölkerung zusammengelegt und ihren Strohmännern Kredite für lukrative Export- und Investitionsgeschäfte gewährt. Im Frühjahr 1996 trieben sie dann bewußt die Inflation an, erließen diesen Strohmännern die Rückerstattung dieser symbolischen Anleihen und organisierten gleichzeitig ihren Bankrott. Mit dieser vorgetäuschten Zahlungsunfähigkeit der Banken kassierten die Kommunisten die Ersparnisse von Millionen von Kleinsparern, was die Inlandsverschuldung von 670 Milliarden bulgarischer Lewa um weitere 80 Milliarden erhöhte. Hinzu kommen die jährlichen Rückzahlungen

scan & corr by rz 11/2008

von 1,3 Milliarden US-Dollar für in der Mitte der achtziger Jahre eingegangene Auslandsschulden. Kurz: Der bulgarischer Steuerzahler wird noch über mehrere Generationen für diesen bewußt herbeigeführten Aderlaß des Landes bluten müssen.

Die Forschungen über Bulgariens kommunistische Periode stehen noch am Anfang. Memoiren und Aufzeichnungen wurden zwar in großen Mengen gesammelt, doch deren Entzifferung und die Analyse durch Historiker stehen noch aus. Einige Forscher machen sich bereits an die Arbeit und erhalten offensichtlich zunehmend Verstärkung, trotz der geringen Mittel und der fehlenden moralischen Unterstützung. Denn nicht nur in Bulgarien, auch im Westen trifft die Aufklärungsarbeit über den Kommunismus immer noch auf eine geringe Akzeptanz. Im praktischen Überlebenskampf mußten viele Bulgaren mit dem Regime Kompromisse eingehen. Mit dem vom neuen Parlament im April 2002 verabschiedeten Gesetz, das dem bulgarischen Staatsbürger den Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst über ihn angelegten Akten erneut verwehrt, erleben wir sogar eine Rückwärtsentwicklung. Doch die Gesellschaft reagiert darauf nicht sonderlich.

Im Westen gibt es bestimmte elitäre Kreise, die wegen ihrer intellektuellen Nähe zum Kommunismus inzwischen zur Rede gestellt wurden. Aus ihrem militanten Negationismus wurde ein skeptischer Relativismus, und neuerdings wollen sie die ganze Angelegenheit vergessen und unter die Vergangenheit einen Schlußstrich ziehen. Es ist nur allzu verständlich, daß diese Leute sich nicht gerade danach sehnen, über die Regimes, die auch sie lange Zeit als die glänzende Zukunft der Menschheit hingestellt haben, die ganze Wahrheit zu erfahren.

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 6

Das repressive kommunistische System in Rumänien

Leitung: Romulus Rusan
Wissenschaftliche Mitarbeit: Dennis Deletant, Stefan Maritiu, Gheorghe Onisoru, Marius Oprea und Stelian Tanase

Rumänien zwischen den beiden Weltkriegen

Am Ende des Ersten Weltkriegs erfüllte sich Rumäniens lange ersehnter Traum: Alle historischen Provinzen waren in einem Staat vereint. Am 28. März 1918 stimmte Bessarabien für seine Wiedereingliederung in das rumänische Staatsgebilde. Die Region an der rumänischen Ostgrenze war seit 1812 von den Russen besetzt gewesen und hatte 1917 während des bolschewistischen Staatsstreichs die Gunst der Stunde für eine Unabhängigkeitserklärung genutzt. Die sich nördlich an Bessarabien anschließende Bukowina zog am 27. November nach. Am 1. Dezember stimmten auch die rumänischen Volksvertretungen von Siebenbürgen, dem Banat und dem Crisana-Gebiet für die Wiedervereinigung mit dem rumänischen Mutterland. Diese Provinzen standen lange Zeit unter österreichisch-ungarischer Herrschaft. Der Trianon-Vertrag vom 4. Juni 1920 bestätigte diese Entscheidung. Da-

scan & corr by rz 11/2008

durch vergrößerte sich das rumänische Territorium von 137000 km^2 auf 295000 km^2, und die Bevölkerung war von 8 Millionen auf 18 Millionen angewachsen. Innerhalb weniger Monate bekam das Land seine sehnlichst erwartete territoriale Einheit, die allerdings sehr viel Geld kostete und nur von kurzer Dauer war. Denn das sozusagen über Nacht so stark gewachsene Rumänien war den Nachbarn unweigerlich ein Dorn im Auge. Die erste Reaktion kam aus dem Westen: Im Juli 1919 befahl die kommunistische ungarische Regierung von Bela Kun ihren Truppen die Rückeroberung Siebenbürgens. Der Gegenschlag der rumänischen Armee beendete nicht nur den ungarischen Eroberungsversuch, sondern auch die Existenz der kommunistischen Kun-Regierung. Drei Monate lang war Budapest von der rumänischen Armee besetzt. Aber auch im Osten gab es keine Ruhe: Das bolschewistische Rußland wollte den Verlust von Bessarabien und der Bukowina nicht hinnehmen und verlegte sich deshalb auf eine heimliche Unterwanderung, die auf lange Sicht auch den erwünschten Erfolg brachte.

In diesem Kontext - und vielleicht auch als Reaktion darauf - wurde am 9. Mai 1921 die Rumänische Kommunistische Partei ins Leben gerufen. Sie verstand sich als Unterorganisation der III. Kommunistischen Internationale (Komintern) und war numerisch gesehen relativ unbedeutend: 1923 lag die Mitgliederzahl bei 2000, fiel aber während des Zweiten Weltkriegs auf 1000 ab. Da diese kommunistische Partei sich schon recht schnell die sowjetischen Interessen zu eigen gemacht hatte, vertrat sie auch eine dementsprechend »laute antirumänische Politik«[1]. Ab 1924 kamen alle Ersten Parteisekretäre entweder aus der Ukraine, aus Bulgarien oder aus Ungarn, wurden in der Regel direkt von Moskau ernannt und anschließend von den meist im Ausland abgehaltenen Kongreßversammlungen im Amt bestätigt[2].

Die erste aufsehenerregende Aktion der Kommunisten

scan & corr by rz 11/2008

fand sogar vor der offiziellen Parteigründung statt: Am 8. Dezember 1920 verübte Max Goldstein im Sitzungssaal des Bukarester Senats ein Attentat, das mehrere Opfer forderte. Diese »Heldentat« wurde jedoch von der offiziellen Parteipropaganda nie erwähnt. Sie rühmte lieber die großen Streikbewegungen der Bergarbeiter aus dem Jiu-Tal (1929) und der Bukarester Eisenbahner (1933), die die Rumänische Kommunistische Partei angeblich organisiert haben soll. In Wahrheit war es jedoch die Komintern, die diese Protestbewegungen ausgelöst hatte, die RKP hatte lediglich vermittelt.

Auf Grund ihrer offen antirumänischen Haltung und ihres energischen Eintretens für die Zerstückelung des Landes wurde die RKP bereits 1924 verboten. Erst am 23. August 1944 sollte die Partei wieder eine legale Existenz bekommen. Bis dahin spielte sie wegen innerparteilicher Streitigkeiten und der Säuberungen, die Stalin in den dreißiger Jahren durchführen ließ, eine unbedeutende Rolle.

Rumänien hingegen stand am Anfang einer fruchtbaren Zeit. 1918 wurde das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Im Juli 1921 folgte eine große Agrarreform: Über sechs Millionen Hektar Ackerland wurden neu verteilt. 1923 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Sie orientierte sich stark an der belgischen Verfassung und stärkte die konstitutionelle Monarchie und die demokratischen Institutionen. Die Wirtschaft und die Kultur erlebten einen enormen Aufschwung.

Im politischen Bereich ergab sich jedoch keine Stabilisierung. Die beiden wichtigsten Kräfte - die Nationalliberale Partei und die Nationale Bauernpartei - lösten sich permanent in der Regierungsverantwortung ab. Keiner von den beiden Parteien ist es jemals gelungen, eine Regierungsamtsperiode zu Ende zu bringen. 1926 verzichtete Kronprinz Karl auf die Thronfolge zugunsten seines Sohnes Michael, der ein Jahr später im Alter von sechs Jahren zum König von Rumänien gekrönt wurde. Drei Jahre später kehrte der Vater Karl aus

scan & corr by rz 11/2008

dem Exil zurück und bestieg als Karl IL den Thron. Ein Ereignis von 1927 sollte die rumänische Politik für viele Jahre stark bestimmen: Die Gründung der *Legion des Erzengels Michael*[3], eine nationalistische Organisation, die sich in gewisser Weise mit dem italienischen Faschismus verwandt fühlte und sich ab 1930 auch die *Eiserne Garde* nannte.

Angesichts der mangelnden innenpolitischen Stabilität und der immer undurchsichtigeren internationalen Lage schuf König Karl IL am 10. Februar 1938 eine »Königsdiktatur« und verkündete eine neue Verfassung: Ein großer Teil der demokratischen Institutionen und die politischen Parteien wurden abgeschafft. Wenige Monate später wollte der König sich auch das Problem mit der *Eisernen Garde* vom Hals schaffen und befahl die Ermordung ihres Anführers Corneliu Zelea-Codreanu und von 13 weiteren Legionären. Damit begab sich Rumänien in einen Teufelskreis der Gewalt. Wenig später kam es auch zur ersten Zerstückelung des Landes.

Am 23. August war in Moskau der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet worden. Punkt drei des geheimen Zusatzprotokolls lautete: »Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt«[4]. Mit diesen wenigen Zeilen ist alles gesagt. Die sowjetische - ab Dezember 1991 russische - Seite bestreitet diesen Punkt bis auf den heutigen Tag! Durch Hitlers »Desinteressement« bestärkt, stellte Stalin am 26. Juni 1940 Rumänien ein Ultimatum und verlangte die Abtretung Bessarabiens und der nördlichen Bukowina. Da der König auch von deutscher Seite unter Druck gesetzt wurde, hatte er gar keine andere Wahl und ging auf die sowjetische Forderung ein. Rumänien, das im Kriegsfalle eigentlich seine Neutralität bewahren wollte, wäre einer Auseinandersetzung mit der Roten Armee nicht gewachsen gewesen und hätte die 650 km lange Grenze nicht ohne fremde

scan & corr by rz 11/2008

Hilfe verteidigen können. Am 30. August, also nur wenige Wochen später, brachte auch Deutschland mit dem sogenannten Diktat von Wien gegenüber Rumänien territoriale Forderungen vor: Das nördliche Siebenbürgen mußte an Ungarn abgetreten werden. Am 7. September mußte Rumänien im ebenfalls unter der Hitlerschen Vormundschaft abgeschlossenen Vertrag von Craiova einen weiteren Gebietsverlust hinnehmen: Die südliche Dobrudscha kam an Bulgarien. Innerhalb von zwei Monaten verlor Rumänien 36000 km^2 und über sechs Millionen Einwohner. Die einzige politische Gruppierung, die diese territoriale Zerstückelung Rumäniens begrüßte, war die Kommunistische Partei; mit Begeisterung hatten sie das sowjetische Ultimatum aufgenommen und schickten »den vom Joch des rumänischen Imperialismus befreiten Völkern Bessarabiens und der nördlichen Bukowina einen freundlichen Gruß«[5].

Am 4. September 1940 hatte der König angesichts einer allgemeinen Feindseligkeit und aus Angst vor einer Legionärsrevolte General Ion Antonescu mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Bereits am darauffolgenden Tag forderte und erhielt Antonescu diktatorische Vollmachten: Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, und der König mußte eine starke Beschneidung seiner Vorrechte hinnehmen. Am 6. September war es dann soweit: König Karl IL mußte abdanken, und Antonescu gab sich den Titel »Rumänischer Staatschef und Präsident des Ministerrats«. König Michael I. folgte seinem Vater auf dem rumänischen Königsthron.

Eigentlich wollte Antonescu die alteingesessenen Parteien bei der Regierungsbildung berücksichtigen. Da diese sich jedoch nicht an einer Diktatur beteiligen wollten, berief er einige Mitglieder der Eisernen Garde in die Regierung. Das Bündnis war jedoch von Anfang an schwierig und hat auch nicht lange gehalten. Am 21. Januar 1941 löste die vom Machthunger getriebene Eiserne Garde, die selbst mit den

scan & corr by rz 11/2008

Kommunisten wegen einer eventuellen Zusammenarbeit in Verhandlung stand[6], einen Aufstand aus. Doch innerhalb von 24 Stunden hatte Antonescu den Putschversuch vereitelt. Rund 8000 Legionäre wurden verhaftet. Die meisten von ihnen kamen erst 1964 wieder auf freien Fuß. Andere schlössen sich kurzerhand den Kommunisten an[7].

Dann faßte Antonescu die Rückeroberung Bessarabiens und der nördlichen Bukowina ins Auge und versuchte Hitler zur Annullierung des Diktats von Wien zu überreden. Am 22. Juni 1941 trat Rumänien auf deutscher Seite in den Krieg gegen die Sowjetunion. Bereits am 27. Juni waren die ein Jahr zuvor von der UdSSR annektierten rumänischen Gebiete wieder befreit. Als Antonescu sich jedoch für die Fortsetzung des Krieges entschied, verlor er jeglichen Rückhalt in der Bevölkerung und nahm alle politischen Kräfte gegen sich ein. Mit den zunehmend größeren Verlusten der rumänischen Armee wuchs auch die allgemeine Feindseligkeit gegenüber Antonescu. Bereits im Herbst 1942 begann der rumänische Diktator jedoch zu ahnen, daß Deutschland den Krieg verlieren würde. Da er allerdings die territoriale Integrität Rumäniens um jeden Preis verteidigen wollte, hielt er am Kampf gegen die Rote Armee fest. Außerdem wollte er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften verhindern, daß der sowjetische Kommunismus in Rumänien Fuß faßte. Weder das eine noch das andere Ziel hat er erreicht: Die UdSSR annektierte Bessarabien, und die kommunistische Eroberung des Landes war durch nichts aufzuhalten.

Auch die alteingesessenen Parteien waren in der Zwischenzeit tätig geworden: Bereits Ende 1941 hatten sie mit den Alliierten Kontakt aufgenommen. Ziel war ein Waffenstillstand und Rumäniens Ausstieg aus dem Krieg gewesen. 1943 begann Antonescu, sich ebenfalls in diese Richtung zu bewegen. Am 10. Juni 1944 akzeptierte die Opposition nahezu geschlossen die für einen Waffenstillstand zwingenden

scan & corr by rz 11/2008

oder unvermeidlichen Bedingungen. Damit hatte Antonescu beträchtlich an Boden verloren. Sein Schicksal war besiegelt. Das von Rumänien allerdings ebenso, auch wenn das zu diesem Zeitpunkt noch keiner ahnte.

Mit der Unterstützung eines nationaldemokratischen Blocks, zu dem neben den Nationalliberalen, den Sozialdemokraten und der Nationalen Bauernpartei - auf britische Forderung - auch die Kommunistische Partei gehörte, ließ der König am 23. August 1944 Ion Antonescu festnehmen. Er wurde an die Kommunisten ausgeliefert und in die UdSSR gebracht. 1946 wurde er allerdings wieder nach Rumänien überstellt, wo er sofort vor Gericht gebracht, zum Tode verurteilt und mit den wichtigsten Ministern seiner Regierung hingerichtet wurde.

Am 23. August 1944 um 22 Uhr abends verkündete der König offiziell den Regierungswechsel und kündigte das Bündnis mit dem Deutschen Reich. Die rumänischen Truppen bekamen die Anweisung, ihren Kampf gegen die Rote Armee einzustellen: »Bringt den Soldaten der sowjetischen Armee Vertrauen entgegen. Die Vereinten Nationen haben eine Garantieerklärung für unsere Unabhängigkeit abgegeben und versicherten uns, sich nicht in unsere innere Angelegenheit einzumischen.« Mit diesen Worten endete die Botschaft des Königs. Es begann eine 45jährige Leidenszeit.

Am 6. März 1945 befahl der von Stalin geschickte Andrei I. Wyschinski dem König die Bildung einer überwiegend mit Kommunisten besetzten und von Petru Groza angeführten Regierung. Die am 19. November 1946 auf Wunsch der westlichen Alliierten durchgeführten Wahlen konnten die Nationale Bauernpartei und die Nationalliberale Partei souverän für sich entscheiden. Nach Aussagen der ausländischen Beobachter kamen die beiden Parteien zusammen auf 75 Prozent der Stimmen. Stalins Entschluß stand jedoch fest: Er ignorierte das Wahlergebnis und erklärte die Kommunisten zu den

scan & corr by rz 11/2008

Wahlsiegern. Am 30. Juli 1947 verbot der Ministerrat mit der Nationalen Bauernpartei das letzte Überbleibsel der oppositionellen Kräfte. Zur gleichen Zeit führte die neue Regierung die ersten Verhaftungen ehemaliger Politiker durch. Am 30. Dezember 1947 zwang man König Michael I. zur Abdankung. Es war die Geburtsstunde der Volksrepublik Rumänien.

Verbündete oder Besatzungsmacht?

Als am 23. August 1944 die Botschaft des Königs vom nationalen Rundfunksender ausgestrahlt wurde, ging für wenige Stunden eine Welle der Hoffnung durch das Land. Die Rückkehr zu einer demokratischen Regierungsform und der Frieden schienen in greifbare Nähe gerückt. Doch gerade zu jenem Zeitpunkt begann in Rumänien die kommunistische Repression. Mit der Ankunft der sowjetischen Truppen - offiziell die Streitkräfte des Bündnispartners, in Wirklichkeit jedoch ein Besatzungsheer - kam alles anders. Innerhalb von drei Jahren war der Boden für die Errichtung der »Diktatur des Proletariats« vorbereitet.

Offensichtlich waren die Sowjets von der Rede des Königs überrascht. Da die gewaltsame Besetzung Rumäniens bereits eine beschlossene Sache war, taten sie, als ob sich nichts geändert hätte, und hielten an ihrem ursprünglichen Plan fest. Obwohl der König die Kampfhandlungen für beendet erklärt hatte und in Moskau bereits das Waffenstillstands abkommen unterzeichnet worden war, wurden die rumänischen Soldaten, die in Bessarabien und Moldawien an der Front standen, gefangengenommen und in die Arbeitslager von Kasachstan, Sibirien und später auch Workuta verschleppt. Zur gleichen Zeit kämpften die an der Westfront stehenden rumänischen Einheiten auf Seiten der Roten Armee[8] für die Befreiung von

scan & corr by rz 11/2008

Nord-Siebenbürgen und anschließend von Ungarn, Österreich und der Tschechoslowakei.

Zwischen 1944 und 1947 standen rund eine Million Sowjetsoldaten auf rumänischem Boden. Es war die Zeit, in der sich das kommunistische Regime in den Bukarester Regierungsgebäuden einrichtete. In Moldawien verlegte man breitere, der sowjetischen Norm entsprechende Bahngleise. Sie waren für den Transport der Kriegsbeute und der als Kriegsentschädigung von den Rumänen gelieferten Waren gedacht. Auch die Deportationen der für die sowjetischen Lager rekrutierten Zwangsarbeiter wurden über dieses Schienennetz abgewickelt. In diesem Zusammenhang darf man das Drama der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben nicht verschweigen. Gegen die seit Jahrhunderten in Rumänien lebenden deutschen Minderheiten gingen die Sowjets schon kurz nach dem 23. August vor. Auf Anordnung der für Rumänien zuständigen alliierten (sowjetischen) Kontrollkommission (sie war Moskau direkt unterstellt und fungierte bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags als oberste Entscheidungsbehörde in Rumänien) mußte der rumänische Staat die Angehörigen dieser deutschsprachigen Minderheiten nach Kategorien getrennt in verschiedenen Lagern unterbringen. Am 16. Januar 1945 mußte der Vorsitz des Ministerrats folgende Erklärung abgeben: »Auf Anordnung des sowjetischen Oberkommandos werden folgende Kategorien rumänischer Staatsbürger deutscher Abstammung dienstverpflichtet: alle Männer zwischen 17 und 45 Jahren und alle Frauen zwischen 18 und 30 Jahren, ausgenommen sind jene Frauen, deren Kinder das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben«[9]. Allein im Januar 1945 wurden im Rahmen dieser Maßnahme 80000 Menschen in die Kohlebergwerke des Donbassbeckens und in andere Regionen der UdSSR deportiert. Über 20 Prozent fanden dabei den Tod. Wer nicht den Krankheiten, der Erschöpfung und dem Hunger erlag, konnte mit etwas Glück nach sie-

scan & corr by rz 11/2008

ben Jahren in die Heimat zurückkehren. Andere verbrachten bis zu zwölf Jahren in den sowjetischen Arbeitslagern.

Die Jahre, die dem Friedensvertrag zwischen Rumänien und der UdSSR vorausgingen, waren durch die unzähligen Verbrechen der sowjetischen Truppen geprägt: Plünderungen, Vergewaltigungen, bewaffnete Überfälle, Mordanschläge auf offener Straße, vor denen auch die Zivilbevölkerung und die offiziellen Vertreter des Staates nicht sicher waren. Das Bild, das sich das rumänische Kollektivgedächtnis aus jener Zeit bewahrt hat, ist das eines »Befreiers« mit brutalen Besatzungsmethoden. Dafür stehen auch die zu einem geflügelten Wort gewordenen bitter-ironischen Worte *Davai ceas, davai palton* (dt: »Gib die Uhr, gib den Mantel!«), mit denen der Sowjetsoldat sich an den Passanten zu bereichern pflegte. Nach 1990 wurden diese Vergehen eingehend erforscht[10]. Der Umfang der Akten aus den verschiedenen Archiven ist beeindruckend. Der sowjetische Geheimdienst unterwarf die rumänischen Bürger ganz unverblümt einem strengen Überwachungssystem. Er mischte sich in die politischen Versammlungen ein und nahm auf eigene Faust Verhaftungen vor. Obwohl Rumänien offziell kein besetztes Land, sondern ein Bündnispartner war, stand die alliierte (sowjetische) Kontrollkommission de facto über der Regierung und diktierte den rumänischen Behörden ihren Willen, meistens mit dem Hinweis, daß die Vereinbarungen des Waffenstillstandes eingehalten werden müßten. Die Sowjets stellten sich gegen alles, was ihnen zuwiderlief, und erklärten dies gegenüber den Amerikanern und Briten, die ja innerhalb der Kommission eher als Beobachter fungierten, mit den unvermeidlichen Sachzwängen, die sich bei der Umsetzung des Waffenstillstands oder bei der Beseitigung der durch Diktatur und Krieg entstandenen Schäden ergeben hätten. Am 6. März 1945 erzwangen die Sowjets mit dieser Politik die Bildung einer prokommunistischen Regierung unter Petru Groza. Weitere Fol-

scan & corr by rz 11/2008

gen waren die Supprimierung der freien Presse und die Etablierung des Terrors. Im November 1946 wurden die Wahlen gefälscht. Schließlich wurde die Monarchie abgeschafft, die Einheitspartei eingeführt und der Kommunismus institutionalisiert.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags am 10. Februar 1947 in Paris wurde die alliierte (sowjetische) Kontrollkommission abgeschafft. Damit war der Zeitpunkt zum Abzug der sowjetischen Truppen eigentlich gekommen. Unter dem Vorwand, daß man einen Korridor nach Österreich aufrechterhalten müsse, blieb die Rote Armee jedoch weiterhin auf rumänischem Boden. Erst elf Jahre später, im Juni 1958, konnte der rumänische Parteifunktionär Emil Bodnaras, der für die Sowjets ein Mann des Vertrauens war, mit Chruschtschow den Abzug der Sowjetarmee aushandeln. Bis dahin hatten die sowjetischen Berater dem gesamten rumänischen Leben ihren unverwechselbaren Stempel aufgedrückt: Von der Planwirtschaft bis zur kollektiven Landwirtschaft, vom sozialistischen Realismus in der Kunst bis hin zum Staatssicherheitsdienst.

In den Jahren 1944 bis 1947 wurden unter dem Deckmantel der Demokratie die Grundlagen für die zukünftige Diktatur gelegt. Vom 23. August 1944 bis zum 6. März 1945 lösten insgesamt drei Koalitionsregierungen einander ab[11]: In der ersten stellten die Kommunisten den Justizminister. In der zweiten, die am 4. November zum ersten Mal zusammentrat, befand sich auch das Innenministerium in kommunistischer Hand. Damit saß die Kommunistische Partei, die zu diesem Zeitpunkt keine 900 Mitglieder zählte, an den wichtigsten Schaltstellen der Macht und konnte die für die dauerhafte Etablierung des Systems notwendigen Gewaltstrukturen in die Tat umsetzen.

scan & corr by rz 11/2008

Die entgleiste Justiz

Getreu der marxistisch-leninistischen Doktrin mußten die Kommunisten den Klassenkampf zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Politik machen. Dies führte innerhalb weniger Monate zu einer unbarmherzigen, systematischen Repression, bei der die dafür verantwortlichen Kräfte sehr viel Geschick im Umgang mit dem Terror bewiesen. Die rumänischen Kommunisten, von denen die meisten in der Sowjetunion ausgebildet worden waren, wollten mit allen Mitteln beweisen, daß sie ihren Lehrmeistern in nichts nachstanden. Daß sie bei der Koalitionsregierung, die am 23. August 1944 ihre Arbeit aufnahm, das Justizministerium für sich in Ansruch nahmen, war keinesfalls ein Zufall. Der Rechtsanwalt und langjährige Kommunist Lucretiu Patrascanu wurde zum Justizminister ernannt.

Bereits am 26. September 1944 war die politische Marschrichtung klar: Die kommunistische Tageszeitung *Scinteia* (dt. »Der Funke«) forderte die Bestrafung der »Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler«. Unter diese Kategorie fielen in erster Linie die führenden Köpfe der rumänischen Wirtschaft, und zwar aus dem einfachen Grund, weil man bereits vor der gesetzlich bewilligten Verstaatlichung möglichst schnell an ihren Besitz kommen wollte. Noch vor dem 31. Dezember waren rund 2400 Menschen[12] verhaftet worden. Bereits einen Monat nach seiner Amtseinführung begann der Justizminister, die nicht-kommunistischen Elemente aus der Armee und dem Staatsapparat auszusondern. Gleichzeitig beschloß er die Einführung von »Volksgerichten«, von denen jedes aus zwei Berufsrichtern und sieben »Volksrichtern« bestand und deren Aufgabe es war, die ersten politischen Prozesse zu organisieren. Hunderte von Industriellen, Bankiers, Großunternehmern und Geschäftsleuten wurden wegen angeblichen Verrats und Mitschuld am »Desaster des Landes« zu schweren Ge-

scan & corr by rz 11/2008

fängnisstrafen verurteilt[13]. Selbstverständlich wurde der ganze Besitz beschlagnahmt. In der *Scinteia* erschienen triumphierende Berichte über diese im Schnellverfahren abgehandelten Prozesse, und dem Leser wurde versichert, daß der beschlagnahmte Besitz unter dem Volk verteilt werden würde, was natürlich in Wirklichkeit nicht der Fall war.

Nachdem die kommunistische Regierung unter dem Premierminister Petru Groza ihre Arbeit aufgenommen hatte, unterzog Patrascanu die Strafgesetze einer radikalen Änderung und gab dem rumänischen Strafrecht eine stark politische Ausrichtung. Parallel dazu wurde die Rechtsprechung den Zielen des Klassenkampfes untergeordnet: Neben den »Volksgerichten« führte Patrascanu die sogenannten »öffentlichen Ankläger« ein. Sie übernahmen bei diesen sondergerichtlichen Verfahren die Funktion des Staatsanwalts. Natürlich konnte man gegen ein Urteil des »Volksgerichts« keine Berufung einlegen. Die von Patrascanu vorgeschlagenen Reformen wurden am 31. März 1945 vom Ministerrat bewilligt. Zwei Tage zuvor wurde ebenfalls auf Initiative Patrascanus ein Gesetz zur »Säuberung (sie) der Öffentlichen Verwaltung« erlassen: Ausgesondert werden sollten alle diejenigen, »die mit ihrem Handeln - in welcher Form auch immer - diktatorische Regimes in Rumänien errichten oder unterstützen wollten«. Eine vage Definition, die im Bedarfsfall gegen jeden beliebigen Bürger eingesetzt werden konnte. Bemerkenswert ist die Eile, mit der das Regime diese Verfügungen erließ und so alle zukünftigen Schandtaten schon im voraus legitimierte.

Lucretiu Patrascanu hat auch den ehemaligen Juristenverband aufgelöst und die Richter und Staatsanwälte den Interessen der Kommunistischen Partei untergeordnet. Als am 15. September 1945 die Gerichtsverfahren nach der Sommerpause wiederaufgenommen wurden, gab der Justizminister eine Erklärung ab: »Die Säuberungsmaßnahmen gehen natür-

scan & corr by rz 11/2008

lieh weiter, aber wir wollen mehr als eine Säuberung. Wir wollen, daß die gesamte Richterschaft sowohl als Verband als auch als Instrument des Staates eine andere Mentalität und Geisteshaltung an den Tag legt als in der Vergangenheit.« Diese Erklärung schwebte als ständige Bedrohung über der Richterschaft. Außerdem ließ Lucretiu Patrascanu wissen: »Da in den Gerichtsprozessen und Justizverfahren gewählte Vertreter der städtischen und ländlichen Arbeitermassen sitzen, die als Richter ein entscheidendes Stimmrecht haben, ist die Justiz wirklich zu einer Justiz des Volkes geworden.« Dies wurde übrigens auch im Gesetz ausdrücklich festgehalten: »Die Richter sind gehalten, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, die neue Demokratie zu schützen und die Feinde des Volkes zu bestrafen.« Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gehörte der Vergangenheit an.

Im Frühjahr 1948 wurden alle Rechtsanwälte aus der Anwaltskammer ausgeschlossen. Nur diejenigen, die eine Empfehlung der von den Kommunisten dominierten Kommissionen vorweisen konnten, wurden wieder reintegriert. Die Anwaltskammer selbst wurde auch aufgelöst und durch Berufsverbände ersetzt, in denen die Leitung in den Händen von Parteimitgliedern lag. Die Zahl der zugelassenen Anwälte ging drastisch zurück: Allein in Bukarest sank sie von 12000 auf 2000[14]. Auch den privaten Anwaltskanzleien wurde selbstverständlich die Zulassung entzogen.

Am 27. Februar 1948 wurde ein neues Strafgesetzbuch bekanntgegeben[15]. Die gegenüber der früheren Fassung stark veränderten Texte wurden zur legislativen Grundlage, auf welcher die Justiz im Sinne des »Klassenbewußtseins« dieses neuen »volksdemokratischen« Regimes gegen die oppositionellen Kräfte vorging. Das neue Strafrecht wurde im Hinblick auf die Vorgaben des repressiven Apparats in der Folge mehrmals abgeändert, und zwar meist unter Mißachtung fundamentaler Rechtsgrundsätze. Zum Beispiel: Die neuen Gesetze gal-

scan & corr by rz 11/2008

ten rückwirkend. Auf diese Weise konnte die politische Polizei - die berühmt-berüchtigte Securitate - die Zahl der Verhaftungen drastisch erhöhen. Außerdem legte das Regime großen Wert darauf, daß die neue Strafgesetzgebung dem Klassenbewußtsein Rechnung trug. Im Artikel 1 Paragraph 2 des Strafgesetzbuchs von 1948 werden »sozial gefährliche« Tatbestände mit Strafen belegt. Es sind »Tatbestände, die von vornherein oder durch die Art, in der sie begangen wurden, die Sicherheit des Staates oder der Sozialordnung beeinträchtigen oder gefährden«. Ziel dieser »Klassenjustiz« war es, die Vertreter der ehemaligen Regierung zu eliminieren, wenn nicht gar zu vernichten. Außerdem sollte jede gegen die kommunistische Macht gerichtete Handlung bestraft werden. Die Definition dieser unter der Rubrik »Verbrechen gegen den Staat« zusammengefaßten Handlungen ist in allen Versionen des Strafgesetzbuchs über 20 Jahre lang unverändert geblieben.

Die Verbrechen gegen die Volkswirtschaft waren in Artikel 209 Paragraph 1 bis 3 definiert. Sie wurden mit der Todesstrafe oder mit Zwangsarbeit zwischen 5 und 25 Jahren bestraft. Die gleichen Strafen galten auch für diejenigen, die »durch bewußtes Nichterfüllen bestimmter Aufgaben oder durch absichtliche Fahrlässigkeit« Zerstörungen oder Schaden verursacht haben[16]. Die Revolte bzw. die Anstiftung zur Revolte war in den Artikeln 210 bis 212 und 258 bis 262 mit ähnlich schweren Strafen belegt[17].

Im Jahre 1958 kam es zu einer Verschärfung des Strafrechts. Dies war kein Zufall: In jenem Jahr hatten die sowjetischen Truppen Rumänien verlassen, und die Bukarester Regierung wollte um jeden Preis zeigen, daß sie die Situation im Lande im Griff hatte und das Vertrauen, das Moskau ihr entgegengebracht hatte, verdiente.

Auch die in einem solchen System besonders wichtige Denunzierung war gesetzlich geregelt. Im Artikel 228 war festgelegt, daß »derjenige, der von der Erfüllung eines der

scan & corr by rz 11/2008

Straftatbestände«, wie sie in den Artikeln des Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs definiert sind, »Kenntnis hat«, den oder die Schuldigen aber nicht denunziert, »sich der unterlassenen Denunzierung schuldig macht und mit ein bis fünf Jahren Zuchthaus bestraft wird«. Der gleiche Artikel enthielt eine regelrechte Aufforderung zur Denunzierung: »Nicht bestraft werden jedoch diejenigen, die vor Beginn der Strafverfolgung den zuständigen Behörden das Delikt mitgeteilt haben oder die nach Beginn der Strafverfolgung oder nach Bekanntwerden der Schuldigen zu deren Verhaftung beigetragen haben.« Der Artikel 231 sicherte auch denjenigen Straffreiheit zu, die den Behörden jeglichen Verstoß gegen die innere Sicherheit des Staates mitgeteilt haben, »und zwar rechtzeitig, damit seine Ausführung verhindert wird«[18].

Die Strafgesetzgebung - dazu zählte nicht nur das Strafgesetzbuch, sondern auch eine ganze Sammlung von Spezialgesetzen und Erlassen, die in den ersten beiden Jahrzehnten der kommunistischen Regierung laufend abgeändert und ergänzt wurden - stützte sich auch auf eine ganze Reihe legislativer Maßnahmen, mit denen der Handlungsspielraum der Repressionsorgane genauer definiert und deren Effizienz erhöht werden sollte. Dabei handelte es sich um vom Innenministerium angeordnete Verwaltungsmaßnahmen wie Inhaftierung, Deportation, Zwangsumsiedlung oder Internierung in ein Arbeitslager. Mit diesen von der Großen Nationalversammlung oder vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen konnte man auch gegen Personen vorgehen, die nicht gegen das Strafrecht verstoßen hatten.

Die 1952 verabschiedete Verfassung liefert uns im Artikel 65 die kommunistische Vorstellung von Justiz: Sie sollte »die Regierung der Volksdemokratie und die Errungenschaften der Arbeiter verteidigen, die Einhaltung der Volksgesetze und Bürgerrechte garantieren und das Staatseigentum schützen«. Damit waren die Grundlagen für die Gewalt gelegt.

scan & corr by rz 11/2008

Soweit der grobe Überblick über die Maßnahmen, mit denen die kommunistische Regierung Rumäniens in den ersten 20 Jahren ein Repressionssystem aufbauen und in Gang halten konnte. Diejenigen Maßnahmen, die der Verfassung allzu sehr widersprachen, wurden nach 1967 eingestellt. Die gegen die Opposition gerichteten Strafmaßnahmen wurden jedoch in das von der Großen Nationalversammlung am 21. Juni 1968 verabschiedete Strafrecht integriert: Zu Beginn des Besonderen Teils wurden harte Strafen aufgeführt, die bis 1989 ihre Gültigkeit hatten, und zwar für jegliche gegen das System gerichtete Opposition, für die antikommunistische Propaganda und für die Nicht-Denunzierung oppositioneller Handlungen.

Die Repressionsorgane

Die drei Koalitionsregierungen, die nach dem 23. August 1944 einander in der Regierungsverantwortung abgelöst hatten, waren noch bemüht gewesen, die großen Verhaftungswellen einzudämmen. Mit der Machtübernahme der Groza-Regierung am 6. März 1945 trat jedoch in der Institutionalisierung der Repression und des Terrors eine entscheidende Wende ein. Die Aufmerksamkeit der Machthaber richtete sich zuächst auf die politischen Gegner und auf diejenigen, die einer kommunistischen Entwicklung Rumäniens hinderlich werden konnten. Nach der Übernahme des Justiz- und Innenministeriums griff die Regierung folgerichtig nach den auf Repression und Kontrolle ausgerichteten Institutionen. Bei der Generaldirektion der Polizei und dem Generalinspektorat der Gendarmerie kam es zu massiven Säuberungsmaßnahmen. Anschließend wurden zahlreiche Getreue der Kommunistischen Partei befördert. Am 24. März 1945 wurde der Geheimdienst, der bis dahin dem Kriegsministerium unterstellt war, dem Vorsitz des Ministerrats zugeordnet[19].

scan & corr by rz 11/2008

Die Kriterien, nach denen die neuen Repressionskräfte gegen die Opposition vorgingen, waren rein subjektiv. Die politischen Gegner wurden willkürlich auf die Liste der »Kriegsverbrecher« oder derer, die »schuld am Desaster des Landes« waren, gesetzt und unter diesem Vorwand festgenommen. Die lokalen Organisationen der die prokommunistische Regierungskoalition stellenden Nationaldemokratischen Front (NDF) beteiligten sich auch an diesen massiven Verhaftungswellen.

Eine Vorstellung vom Umfang der Maßnahmen, die von der Generaldirektion der Polizei in den ersten Monaten der Groza-Regierung in die Wege geleitet worden sind, gibt der zusammenfassende Bericht vom 27. August 1945[20]: 10085 Verhaftungen, ständige Überwachung von 1046 Personen und 3560 Internierungen. Bei diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt sind die Bürger, die den Säuberungsmaßnahmen, den Zwangsverpflichtungen, den Personalumstrukturierungen und Entlassungen zum Opfer gefallen sind. Alles Maßnahmen, mit denen die Beamten des Staates, der Armee, der Polizei und der Justiz, die Lehrerschaft und der Klerus von beeindruckend vielen »unerwünschten Elementen gereinigt« wurden, um für die Vertrauensleute der NDF Platz zu schaffen.

Kurze Zeit nach der Ausrufung der Volksrepublik und dem Inkrafttreten der wichtigsten Repressionsbestimmungen gaben die Machthaber den Terror-Institutionen ihre endgültige Form.

Mit dem Erlaß 1512 vom 28. August 1948 schuf man die Generaldirektion der Volks Sicherheit, die bereits am 30. August in das Innenministerium integriert wurde. Jahrzehntelang war diese Institution vor allem unter dem negativ belegten Namen *Securitate* bekannt. Ihre Hauptaufgabe war im Artikel 2 beschrieben: »Verteidigung der demokratischen Errungenschaften und Schutz der Rumänischen Volksrepublik gegen die Machenschaften innerer und äußerer Feinde.« Die

scan & corr by rz 11/2008

»Verteidigung demokratischer Errungenschaften« bedeutete jedoch nichts anderes als die Aufrechterhaltung der kommunistischen Machtposition. Auf diese Weise bekannte sich die junge Volksrepublik indirekt zum Polizeistaat.

An der Spitze dieser Repressionspyramide stand Teohari Georgescu, der seit dem 4. November 1944 Innenminister war und gemeinsam mit Ana Pauker und Vasile Luca in der rumänischen Regierungstroika saß. Sein Stellvertreter Marin Jianu war sehr oft in die gewaltsamen Repressionen verwickelt. Der erste Generaldirektor der Securitate hieß Gheorghe Pintilie, auch Pantiuscha genannt. Der eigentliche Name des aus der Ukraine stammenden sowjetischen NKWD-Beamten war Pintilije Bodnarenko. Noch am Gründungstag der Securitate war er zum Generalleutnant ernannt worden. Einer seiner engsten Mitarbeiter war Alexandru Nicolski: Der aus Bessarabien stammende Mechaniker und langjährige Kommunist hieß eigentlich Boris Grünberg und war 1940 vom NKWD engagiert worden. Nach einer einjährigen Ausbildung beim sowjetischen Informationsdienst (INU) schickte man ihn unter falschem Namen nach Rumänien, wo er militärische Informationen auskundschaften sollte, aber verhaftet und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden war. Nach seiner Befreiung 1944 übernahm er wichtige Führungspositionen innerhalb des Geheimdienstes. 1948 wurde er zum Generalmajor befördert und zum stellvertretenden Generaldirektor der Securitate ernannt[21]. Pintilies zweiter Stellvertreter, der aus der Ukraine stammende Wladimir Mazuru, wurde ebenfalls zum Generalmajor befördert.

Hervorstechendes Merkmal der von Moskau für die Securitate-Leitung ausgewählten Männer war die Brutalität. In diesem Punkt haben sich sowohl Pintilie als auch Nicolski in tragischer Weise hervorgetan. Als Chef der politischen und administrativen Abteilung des Zentralkomitees war Pintilie auch für die Sicherheit der Partei zuständig. In dieser Eigen-

scan & corr by rz 11/2008

schaft hat er den zum Tode verurteilten Stefan Foris, den ehemaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens, mit eigenen Händen auf brutale Weise hingerichtet. Nicolskis Brutalität war trotz der bei der Securitate üblichen Diskretion weit über Rumäniens Grenzen hinaus bekannt.

Die Aktivitäten der jungen Securitate wurden von einem ganzen Stab sowjetischer Geheimdienstmitarbeiter überwacht. Alexandr Sacharowski, der von 1949 bis 1953 Chef der vom Moskauer Staatssicherheitsministerium nach Bukarest abkommandierten Berater war, wurde 1956 zum Leiter des ersten KGB-Direktorats ernannt. Sergei Kaftaradse, der sowjetische Botschafter in Bukarest, arbeitete auch für Molotows Spionagedienst und mußte in dieser Funktion sowohl die sowjetischen Zivilisten als auch die sowjetischen Armeeangehörigen in Rumänien überwachen.

Die Securitate hatte Rumänien in zehn Verwaltungsbezirke, die sogenannten Nationaldirektionen, eingeteilt und besaß auf allen Ebenen ihre Niederlassungen: in den Regionen, Bezirken, Städten und Gemeinden. Jeder Nationaldirektion standen sowjetische Berater zur Seite, die die Ausbildung der rekrutierten Rumänen und deren Aktivitäten zu überwachen hatten. Die Kommunikation funktionierte mit Hilfe von Dolmetschern, die meistens aus Bessarabien kamen. Die so ausgebildeten Rumänen waren für die sowjetischen Berater wegen des politischen Bündnisses zwischen der ehemaligen Antonescu-Regierung und Hitlerdeutschland wenig vertrauenswürdig. Von den Rumänen, die über eine bessere Ausbildung verfügten, zeigten allerdings vor der kommunistischen Machtübernahme nur wenige ein Interesse an der Partei. Deshalb ist es nicht weiter verwunderlich, wenn in den oberen Hierarchie-Ebenen der Securitate vor allem Leute aus dem Ausland oder aus den Arbeiterschichten saßen.

Laut Quellen, die im Archiv des Innenministeriums aufbewahrt werden, arbeiteten kurz nach der Securitate-Gründung

scan & corr by rz 11/2008

1148 Beamte in den insgesamt zehn Nationaldirektionen. Davon waren 848 im Sekretariat oder im Handwerksbereich eingesetzt und hatten alle einen Dienstgrad, auch wenn sie als Sekretärinnen, Heizungsmonteure, Klempner oder Kellnerinnen arbeiteten. In den 13 Regionaldirektionen arbeiteten weitere 2822 Beamte, von denen rund zwei Drittel mit handwerklichen Aufgaben oder Dienstleistungen betraut waren. 1956 stieg die Zahl auf 13155 Beamte und weitere 5649 zivile Mitarbeiter an. Bei diesen Zahlen sind die zahlreichen Informanten, auf die sich die Securitate bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ebenso stützte, noch nicht berücksichtigt. Sicherlich: Die Informanten sind keine Erfindung der Kommunisten. Die Geheimdienste der ganzen Welt greifen hin und wieder auf sie zurück. In den »Volksdemokratien« wurde jedoch die ganze Nation permanent mit deren Hilfe überwacht. Dabei ging es nicht nur darum, Informationen über Fakten und Bewegungen eines jeden einzelnen Bürgers einzuziehen, sondern die Bevölkerung einzuschüchtern, eine Atmosphäre des Mißtrauens zu schaffen und jegliche Form von Eigeninitiative und normaler zwischenmenschlicher Beziehung zu unterbinden. Dieses System entstand mit der kommunistischen Machtübernahme. Seine schlimmsten Ausprägungen entwickelte es allerdings erst unter Nicolae Ceausescu.

Um die Arbeit der Securitate zu optimieren und ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, wurden am 7. Februar 1949 dem Innenministerium neu eingerichtete Spezialtruppen zur Verfügung gestellt. Sie sollten vor allem in den großen Industriezentren die öffentliche Ordnung sichern und jeglichen Widerstand gegen die Entscheidungen der Regierung im Keime ersticken. Außerdem wurden sie bei der Kollektivierung der Landwirtschaft und bei Beschlagnahmungsaktionen eingesetzt. In den fünfziger Jahren wurden sie auch zum Kampf gegen die bewaffneten Widerstandsgruppen in den Bergen oder zur Überwachung der Arbeitslager herangezo-

scan & corr by rz 11/2008

gen. 1953 umfaßten die Securitate-Truppen 50000 Offiziere und Soldaten. Sie waren in Brigaden eingeteilt und verfügten über eine Artillerie und eine ganze Reihe von Panzern.

Als Ersatz für die Polizei und die Gendarmerie wurde am 23. Januar 1949 mit der Generaldirektion der Miliz ein weiteres Repressionsorgan ins Leben gerufen. Auch sie war dem Innenministerium unterstellt. Ihre Hauptaufgabe war die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen. Auf diese Weise hatte die Miliz einen genauen Überblick über sämtliche Bewegungen innerhalb der Bevölkerung. Sie war außerdem für die Überwachung verdächtiger Personen und die Vorbereitung von Deportationen zuständig. 1953 waren bei der Miliz rund 40000 Personen beschäftigt.

Am 2. Juni 1952 verabschiedete die Große Nationalversammlung ein Gesetz, das den Aufbau der Prokuratur der Volksrepublik Rumänien regelte. Es handelte sich um die im Sinne der kommunistischen Ideologie reorganisierte Staatsanwaltschaft, die den Auftrag hatte, »die soziale Ordnung und die staatliche Organisation zu verteidigen«. Diese Institution sollte möglichst viele Anklagen erheben, war jedoch im Vergleich zu den anderen repressiven Kräften nur eine Nebenerscheinung.

Die Strafen

Bereits der kurze Zahlenüberblick der bisher veröffentlichten Forschungsergebnisse bestätigt die beeindruckenden Dimensionen des rumänischen Konzentrationslagersystems. Gheorghe Boldur-Latescu kommt für den Zeitraum von 1948 bis 1964 auf 600000 politische Gefangene. Er selbst geht davon aus, daß weitere 500000 Menschen festgenommen worden sind: Soldaten der rumänischen Armee, die nach dem 23. August 1944 in sowjetische Gefangenschaft kamen, Angehörige

scan & corr by rz 11/2008

der deuschen Minderheiten, die im Januar 1945 deportiert wurden, Titoisten usw.[22] Zum Vergleich: Rumänien zählte damals rund 16 Millionen Einwohner. Die Zahlen von Boldur-Latescu werden durch die Forschungsarbeiten von Cornel Nicoara bestätigt: Er kommt für die Jahre 1949 bis 1960 auf 549000 Strafgefangene[23]. Hier fehlen die Gefangenen aus den Jahren davor und danach und die Hunderttausende von Menschen, die ohne Haftbefehl und Gerichtsverfahren festgenommen worden sind. Cicerone Ionitoiu wiederum kommt zu dem Ergebnis, daß in den Lagern und Gefängnissen 200000 Gefangene ums Leben gekommen sind. All diese Zahlen bestätigen das gewaltige Ausmaß der Repression. Im übrigen sollte man die Periode nach 1965 mit den für Ceausescu typischen Repressionsformen nicht außer acht lassen. Auch dort sind die großen Linien durchaus miteinander vergleichbar. Die Repression und das Lagersystem hatten in Rumänien erschreckende Ausmaße angenommen.

Bereits im Oktober 1944 war es zu den ersten Verhaftungen gekommen. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags am 10. Februar 1947 nahm die Zahl der Festnahmen jedoch drastisch zu. Die Behörden versuchten, die politische Opposition und insbesondere die Nationale Bauernpartei, die große Gewinnerin der Wahlen von 1946, einzuschüchtern. Später ging man zu Wahlfälschungen über, und Moskau kam den rumänischen Kommunisten ein weiteres Mal zu Hilfe. Den Oppositionsführern war dies nicht entgangen. Einer Nachricht des Detektiv-Verbands vom 19. Mai 1947 zu Folge war Iuliu Maniu, der Vorsitzende der Nationalen Bauernpartei, sehr wohl darüber informiert, daß eine ganze Invasion von NKWD-Agenten »in Zivilkleidung die Ausführung der Regierungsverordnungen überwacht«[24].

Im Sommer 1947 konnten die kommunistischen Machthaber zum entscheidenden Schlag gegen die Opposition ausho-

scan & corr by rz 11/2008

len. Die Führung der Nationalen Bauernpartei hatte eine ihr gestellte Falle nicht rechtzeitig erkannt und konnte deshalb von der Regierung heimlicher Fluchtpläne beschuldigt werden. Am 30. Juli wurde die Partei verboten, und die führenden Köpfe kamen ins Gefängnis. Das Ermittlungsverfahren und der Prozeß verliefen ganz nach den Plänen der Kommunisten. Mangels Informationen kam es in der Bevölkerung auch nicht zu nennenswerten Reaktionen[25]. Kurze Zeit darauf beschlossen die beiden anderen Oppositionsparteien - die Nationalliberale Partei und die unabhängige Sozialdemokratische Partei -, sich selbst aufzulösen. In den beiden darauffolgenden Jahren ließ die kommunistische Regierung die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Politiker ins Gefängnis bringen.

Auf Grund seiner Lage nahe der sowjetischen Grenze wurde das Gefängnis von Sighet zum Haftort für die Gefangenen bestimmt, die die Regierung als ihre schlimmsten Gegner betrachtete, nämlich die ehemalige politische Elite. Am 22. August 1948 kam der erste politische Gefangene nach Sighet. Bis 1955 waren in den 72 Zellen dieses Gefängnisses namhafte Rumänen eingesperrt, darunter vier ehemalige Premierminister - auch Iuliu Maniu und Constantin I. C. Brătianu, der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei - und neun Bischöfe der römisch-katholischen und der unierten Kirche. Rund 140 Persönlichkeiten des politischen Lebens der rumänischen Vorkriegszeit wurden in Sighet festgehalten. Mehr als zwei Drittel der Gefangenen waren über 60 Jahre alt, einige - beispielsweise Maniu und Brătianu - waren sogar 75 und älter. Die meisten von ihnen waren auf Befehl des Innenministeriums verhaftet und - ohne einem Richter vorgeführt worden zu sein - direkt nach Sighet gebracht worden. Der kleinste Verstoß gegen die Gefängnisregeln - beispielsweise das Redeverbot während der Rundgänge im Hof - wurde schwer bestraft, etwa mit langer Einzelhaft oder mit brutalen Prügeln. Da jegliche medizinische Versorgung fehlte, sind viele von

scan & corr by rz 11/2008

ihnen unter unmenschlichen Bedingungen gestorben. Über 50 der in Sighet inhaftierten Gefangenen starben aus Gram, an Entkräftung oder durch die ihnen zugefügten Erniedrigungen. Ihre Leichen wurden heimlich in anonyme Massengräber geworfen. 1955 wurden die letzten »Politischen« in andere Gefängnisse verlegt, und 1974 wurde das Gefängnis von Sighet aufgelöst[26].

Sighet war wegen der zahlreichen Häftlinge aus der rumänischen Elite sicherlich das bekannteste Gefängnis. Es zählte jedoch weder zu den größten noch zu den gefürchtetsten des Landes. Mehrere Dutzend Haftanstalten erlangten traurige Berühmtheit, entweder wegen der zahlreichen Häftlinge, die dort durchgeschleust worden waren, oder wegen der dort praktizierten Liquidierungsmethoden. Jedes dieser Gefängnisse hatte seine »Spezialität«. Jilava war ein Transitgefängnis, in dem die Gefangenen sortiert wurden. Es war aber auch ein strenges Zuchthaus. Das angrenzende Fort 13 war eines der brutalsten Liquidierungszentren. Die Bleiminen von Cavnic, Baia Sprie und Valea Nistrului im nordwestlichen Siebenbürgen waren die reinste Hölle. Tausende von Lehrern, Professoren, Rechtsanwälten, Arbeitern, Bauern und Studenten saßen ihre Strafen in Gherla ab. Die Vorsitzenden der drei großen demokratischen Parteien wurden in den Gefängnissen von Galaji und Romnicu Sarat zu Opfern eines regelrechten Liquidierungsprozesses. Im Gefängnis von Aiud saßen nicht nur zahlreiche Legionäre, die zum Teil schon 1941 wegen ihrer Beteiligung am Aufstand verurteilt worden waren, sondern auch viele Mitglieder anderer Parteien, auch Kommunisten, beispielsweise Vasile Luca. Die Haftanstalten von Mislea, Miercurea Ciuc und Dumbräveni waren den Frauen vorbehalten, und in Targu Ocna existierte eine Klinik hinter Gefängnismauern. In Fägäras. saßen die ehemaligen Polizisten und in Targsor-Prahova die aus politischen Gründen verurteilten Studenten und Minderjährigen.

scan & corr by rz 11/2008

Bis einschließlich 1953 kam es zu zahlreichen Festnahmen. 1947 hatten die ehemaligen Parteien bereits ihre Führungskräfte verloren. Im darauffolgenden Jahr veranlaßte die kommunistische Regierung die Verhaftung zahlreicher wichtiger Mitglieder dieser Parteien. Am 27. Juli 1948 wurde auch gegen Tausende von ehemaligen Polizisten der Haftbefehl erlassen. Später waren es die Intellektuellen und Selbständigen, die in großer Zahl verhaftet wurden.

Mit dem Beginn der Bauarbeiten am Donau-Schwarzmeer-Kanal im März 1950 endeten die Deportationen von Zehntausenden von politischen Häftlingen an die als vordringlich eingestuften Baustellen. Am 23. Juli 1950 begannen die Probleme mit dem Titoismus. Für die Repressionsorgane ein neuer Anlaß für weitere Verhaftungswellen, mit dem Unterschied jedoch, daß die Securitate und die Miliz sich neuerdings auch für die Familienangehörigen und Freunde der politischen Gefangenen interessierten[27]. So wurden ab 1950, nachdem fast alle Würdenträger der ehemaligen Regierung hinter Gittern waren, auch einige von ihren Ehefrauen festgenommen. 1952 schickte man eine Gruppe von »Söhnen und Töchtern ehemaliger Würdenträger« in die Arbeitslager. Die Verhaftungen gehörten inzwischen zum Alltag. Es war eine Mühle, in die jeder hineingeraten konnte, der an der »Politik der Partei« etwas auszusetzen hatte oder auf dessen Besitz die Kommunisten ein Auge geworfen hatten. Ganz gleich ob einfacher Bürger oder Vorsitzender einer früheren Partei, Gründe für eine Verhaftung ließen sich immer finden. In der Zwischenzeit waren in den Gefängnissen alle sozialen Schichten und Berufsstände vertreten: Bauern, Künstler, Studenten, Arbeiter, Schüler, orthodoxe und katholische Priester, jüdische Journalisten, Zionisten, ungarische und serbische Handwerker. Am 15. August 1952 ging die Securitate auch gezielt gegen die einfachen Mitglieder der demokratischen Parteien vor.

scan & corr by rz 11/2008

Nach diesen großen Verhaftungswellen wurde es eng in den Gefängnissen. Ein Problem, das auch die Behörden zur Kenntnis nehmen mußten, denn viele Häftlinge waren in den Gefängnissen ohne die entsprechenden Formalitäten gestorben; weder das Standesamt noch die Familienangehörigen waren davon in Kenntnis gesetzt worden.

Chruschtschows »Geheimbericht« über die stalinistischen Verbrechen und der Ungarnaufstand von 1956 mitsamt seinen Auswirkungen auf Rumänien, wo sich eine Solidaritätsbewegung herausgebildet hatte, führten zu einer neuen Welle von Repressionen. Dies lag sicherlich auch am Ehrgeiz von Gheorghe Gheorghiu-Dej, dem damaligen Ersten Parteisekretär, der Moskau zeigen wollte, daß er die innenpolitische Lage im Griff habe und deshalb in glaubwürdiger Position über den endgültigen Abzug der in Rumänien stationierten Sowjettruppen diskutieren könne. Aber auch der Standpunkt von Nicolae Steinhardt, der selbst ein ehemaliger politischer Häftling war, verdient Beachtung: »Mit den Verhaftungen zwischen 1947 und 1950 beabsichtigte man möglicherweise auch einen politischen Terror. Die der Jahre 1958/59 waren jedoch nur noch reiner Wahnsinn. Das Regime war in sich gefestigt, eines politischen Berechtigungsnachweises bedurfte es nicht mehr.[28]« Nach den Schätzungen eines Überlebenden waren zwischen 1957 und 1964 rund 50000 Personen verhaftet worden[29]. Eine andere Zeugenaussage bestätigt, daß 1961 allein im Gefängnis von Gherla über 4000 Häftlinge saßen[30].

Nachdem Gheorghiu-Dej in seiner berühmten »April-Erklärung«[31] Rumäniens Unabhängigkeit gegenüber der UdSSR unterstrichen hatte, wollte er auch die politischen Gefangenen erlösen. Bereits 1962 und 1963 war ein Teil der »Politischen« begnadigt worden. Mit den Erlassen 176 und 411 vom April und Juli 1964 kamen die letzten 10014 politischen Häftlinge wieder frei. Damit gestand das Regime ein, daß es in Rumänien sehr wohl politische Gefangene gegeben

scan & corr by rz 11/2008

hatte. Viele von ihnen wurden auch nach der Freilassung weiterhin streng überwacht und durften zunächst ihren Aufenthaltsort nicht frei wählen. Manche mußten sich regelmäßig an bestimmten Kontrollstellen melden und wurden erpreßt, denn das Regime wollte einige von ihnen als Informanten gewinnen. Wer sich völlig unbeugsam zeigte, mußte mit irgendwelchen Kompromittierungen rechnen oder wurde ein weiteres Mal vor Gericht gestellt.

Als Nicolae Ceau§escu im März 1965 an die Macht kam, lag ihm sehr viel daran, die »Irrtümer« seines Vorgängers Gheorghiu-Dej aufzudecken, so wie das 1956 auch Chruschtschow mit Stalin gemacht hatte. Die früheren Repressionsmaßnahmen wurden mehrmals untersucht. Man tat jedoch alles, um sie zu verharmlosen. Konkrete Konsequenzen ergaben sich nicht aus diesen Untersuchungen. Sie liefern jedoch von der Regierung anerkannte Minimalziffern, die als Grundlage für spätere Schätzungen dienen können.

Ein Bericht der C-Abteilung des Innenministeriums über »die verurteilten und durch Verwaltungsmaßnahmen festgehaltenen konterrevolutionären Individuen« nennt für die Zeit von 1944 bis 1949 eine Gesamtzahl von 12915 Personen[32]. Nach einer Statistik des Staatssicherheitsrates vom 17. April 1968 waren zwischen 1950 und dem 31. März 1968 insgesamt 91333 Menschen verhaftet worden[33]. Bei den von der Securitate vorgenommenen Festnahmen stellte man eine gewisse »Dynamik« fest: 1949 war es zu 8539 Festnahmen gekommen[34], zum Höhepunkt kam es jedoch 1951 mit 19236 Verhaftungen und 1952 mit 24826 Verhaftungen[35]. In den Jahren 1957/59 stieg die Entwicklung mit 18529 Verhaftungen erneut an[36].

Jeder, der zwischen den beiden Weltkriegen politisch aktiv war, zählte zu der umfangreichen Gruppe der »Konter-Revolutionäre«. Dazu gehörten auch die ehemaligen Mitglieder der Nationalen Bauernpartei, der Nationalliberalen Partei

scan & corr by rz 11/2008

und die Legionäre. Doch der Großteil der Verhafteten war nie Mitglied einer politischen Gruppierung gewesen. Am Schlimmsten war die Lage für die Bauern, die sich gegen die Zwangskollektivierung gestellt hatten. Nach einem Bericht des Innenministeriums vom 1. Dezember 1961 waren in den Jahren 1951/52 insgesamt 34738 Bauern festgenommen worden: nämlich 22008 »Kulaken«, 7226 Bauern mit Höfen mittlerer Größe und 5504 arme Bauern[37].

Was den Inhaftierten widerfuhr, war entsetzlich: Die Palette reichte von brutalen Prügelstrafen bis zu Elektroschocks. Nichts blieb ihnen erspart, und jegliche Form »ärztlicher Versorgung« war ihnen verwehrt. In manchen Gefängnissen - beispielsweise in Jilava oder Aiud - wurde auch »medizinisch« gefoltert: Man verabreichte den Gefangenen Substanzen, die unerträgliche Schmerzen auslösten. Oder aber man versagte ihnen die für das Überleben notwendige medizinische Behandlung. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurden die Verhafteten zum Teil auch in die Psychiatrie eingewiesen, wo man ihnen mit Überdosen von Medikamenten schwere Schäden zufügte. Noch in den achtziger Jahren war dies eine gängige Strafpraxis für die Gegner des Ceausescu-Regimes.

Heute sind die wahren Dimensionen des rumänischen Lagersystems nur noch schwer zu erfassen. Die zahlreichen Memoiren können das Fehlen glaubwürdiger offizieller Zahlen nur bedingt kompensieren. Für manche Forscher liegt die Zahl derer, die zwischen 1948 und 1964 die Gefängnisse und Arbeitslager von innen gesehen haben, bei knapp zwei Millionen[38]. Ion Gheorghe Maurer, der von 1961 bis 1974 rumänischer Premierminister war, erklärte in einem Interview[39] von 1995, daß er von den Haftbedingungen in den kommunistischen Gefängnissen keine Ahnung gehabt habe: »Die Leitung lag in den Händen von NKWD-Mitarbeitern, die die Anordnungen des Kremls ausführten und ihre Berichte auch

scan & corr by rz 11/2008

wieder dorthin schickten.« Auf die Frage nach der Gesamtzahl der politischen Häftlinge antwortete er mit einer Gegenfrage: »Wer wäre denn - Ihrer Meinung nach - heute noch in der Lage, ihre genaue Zahl zu ermitteln?«

Die totalitäre Politik der rumänischen Kommunisten kommt in deren umfangreichen Zwangsarbeitsmaßnahmen besonders drastisch zum Ausdruck. Das Zwangsarbeitssystem war 1949 eingeführt und durch die am 30. Mai 1950 verabschiedeten Arbeitsgesetze institutionalisiert worden. Es unterstand dem Innenministerium und umfaßte einen beträchtlichen Teil der nationalen Wirtschaft. Auch in dieser Hinsicht folgte Rumänien dem Vorbild der UdSSR, wo die Politpolizei unter Lawrenti Berija in der späten Stalinzeit im Hinblick auf die Verwertung der sowjetischen Arbeitskraft auf Platz zwei vorgerückt war.

Die »administrativen Internierungen«, mit anderen Worten die Festnahme ohne Haftbefehl und die Gefängniseinweisung ohne richterlichen Urteilsspruch, gehen auch auf das sowjetische Vorbild zurück. Auf diese Weise landeten zahlreiche politische Gefangene auf den staatlichen Großbaustellen, wo das Regime vorzugsweise Zwangsarbeiter einsetzte. Allein im Jahre 1952 waren zu diesem Zweck 11913 Personen verhaftet worden[40]. Ähnlich wie die amtliche Zuweisung des Aufenthaltsortes waren auch die Internierungsmaßnahme und die damit einhergehende Einweisung in Arbeitskolonien und Arbeitslager durch extrem weit gefaßte gesetzliche Erlasse geregelt. Welche Personen mit ihren Aktionen eine wirkliche Gefahr für die Sicherheit des Staates darstellten, war nicht näher festgelegt. Die Securitate und die Miliz hatten unbeschränkte Vollmachten[41].

Im Innenministerium wurde eine Abteilung für die Zwangsarbeitseinheiten eingerichtet. Ihre Aufgabe war es, »die der Volksrepublik Rumänien feindlich gesinnten Ele-

scan & corr by rz 11/2008

mente durch Arbeit umzuerziehen«. Der Euphemismus »temporärer Arbeitsdienst«, den der Ministerrat von allen Bürgern fordern konnte, stand für die Zwangsarbeit, die als Strafmaßnahme über Hunderttausende von Rumänen verhängt wurde. Einige von ihnen hatte man der Wirtschaftssabotage beschuldigt, anderen hatte man schlicht und einfach ein allzu häufiges Fehlen am Arbeitsplatz vorgeworfen. Auch die Zehntausende von Bauern, die sich der Zwangskollektivierung widersetzt hatten, waren in die Lager gebracht worden. Am 22. August 1952 wurden die »Zwangsarbeitseinheiten« auf Beschluß des Ministerrates in »Arbeitskolonien« umbenannt. Ihre Verwaltung erinnerte mehr und mehr an die eines Gefängnisses.

Das kommunistische Regime arbeitete von Anfang an auf einen beschleunigten Industrialisierungsprozeß hin. Dies führte in den großen Städten zu einer massiven Zuwanderung von Arbeitern und folglich zu einem immer dringlicheren Wohnungsproblem. Als Reaktion darauf hatte die Miliz auf behördlichen Befehl die als unerwünscht eingestuften Städter in die Arbeitskolonien zu deportieren. Dies führte nicht nur zu zahlreichen freien Wohnungen, sondern auch - als willkommener Nebeneffekt - zu einer Verstärkung der Repressionspolitik. Mehrere Kategorien von Menschen wurden allein deshalb aus Bukarest und den anderen großen Städten des Landes ausgewiesen, weil man ihre Wohnungen anderweitig nutzen wollte.

Da der freie Zugang zu den Archiven zur Zeit sehr zu wünschen übrig läßt, kann man für die Gesamtzahl aller in die Arbeitskolonien deportierten Zwangsarbeiter nur Schätzwerte angeben[42]. In den frühen fünfziger Jahren waren es rund 80000. Allein 40000 befanden sich in den acht Lagern an der Baustelle des Donau-Schwarzmeer-Kanals. Weitere 20000 Arbeiter liefen unter der irreführenden Rubrik »freiwillige Helfer«.

scan & corr by rz 11/2008

Der Kanalbau geht auf ein Comecon-Projekt zurück. Hinsichtlich der Frage, welche Absicht hinter dem Bau stand, werden vor allem zwei Antworten von den Forschern unterstützt: Die einen betrachten den Kanalbau als Teil eines umfangreichen Großprojektes, das aus dem Donauunterlauf ein »Ruhrgebiet des Ostens« machen wollte. Das abgebaute Eisen sollte über zwei Kanäle transportiert werden: Über den Donau-Schwarzmeer-Kanal und anschließend über den Donau-Oder-Rhein-Kanal. Andere Forscher vermuten hinter dem Kanalbau militärische Motive. Stalin wollte offensichtlich in Anbetracht der Spannungen mit Jugoslawien die Möglichkeit haben, kleinere sowjetische Flottenverbände über die Donau zu verschicken. Für diese These spricht die Tatsache, daß der Kreml, der gewöhnlich jegliche Hilfen für die rumänische Wirtschaft strikt ablehnte, sich für eine Finanzhilfe im Falle des Kanalprojekts entschließen konnte[43]. Welche Absichten auch immer hinter dem Projekt standen, der Kanalbau entwickelte sich zu einem riesigen Zwangs arbeitslager, in welchem unzählige Häftlinge aus allen sozialen Schichten ihre Arbeitskraft einbringen mußten. Intellektuelle arbeiteten neben enteigneten Bauern, orthodoxe Priester neben Zionisten und Serben aus dem Banat neben Siebenbürger Sachsen - alle Opfer einer durch die politische und wirtschaftliche Revolution bedingten Menschenrechts Verletzung.

In seiner Erklärung vom 15. März 1968 verriet Oberst Ilie Badica, der zu einem früheren Zeitpunkt der Stellvertreter des für die Gefängnisse und Arbeitskolonien zuständigen Generaldirektors gewesen war, den willkürlichen Mechanismus, der im Hinblick auf diese Internierungen in Gang gesetzt worden war: »Wenn Gheorghe Hosu, der Generaldirektor des Donau-Schwarzmeer-Kanals, neue Arbeitskräfte benötigte, wandte er sich an den Innenminister und bat ihn um eine bestimmte Anzahl von Personen. Dieser wiederum befahl der Polizeidirektion, die gewünschte Anzahl von Personen aufzu-

scan & corr by rz 11/2008

treiben. Die Polizeidirektion legte fest, wie viele Personen die einzelnen Regionen zu liefern hatten. Dann machte jede Region an Hand von Namenslisten Vorschläge. Schließlich wurden die betreffenden Personen mit der Einwilligung des Ministers verhaftet und interniert«[44].

Vom Freiheitsentzug einmal abgesehen, mußten die in den Arbeitskolonien internierten Menschen systematisch die Mißhandlungen des gesamten Wachpersonals erdulden. Der Häftling Stefan Nitescu, der ehemalige Arzt der Capul-Midia-Kolonie (Kanal), erstellte bereits am 10. Dezember 1955 folgenden Bericht: »Völlig abgemagerte und erschöpfte Kranke mit schweren Verletzungen wurden mit Hilfe von Krücken zur Arbeit geschickt. Es gab Fälle, in denen die Häftlinge sterbend oder erfroren von der Baustelle weggetragen wurden«[45].

Um den Kanal gruppierten sich die wichtigsten Zwangsarbeitslager. Ansonsten konzentrierten sich die Lager in der Baragan-Steppe - auf halbem Wege zwischen Bukarest und dem Schwarzen Meer - und im Donaudelta. Nicht nur die Gefängnisse, auch die Arbeitskolonien waren regelrechte Liquidierungszentren. Zu den extrem schweren Haftbedingungen kamen die Grausamkeiten der Verwaltung und des Wachpersonals. All dies geschah unter der direkten Kontrolle der Direktion des Innenministeriums.

Die Arbeitskolonie von Salcia ist ein drastisches Beispiel: Bei ihrer Gründung im Jahre 1952 war die Kolonie für 200 Häftlinge gedacht. In Wirklichkeit waren dort jedoch bis zu 4000 Menschen untergebracht[46]. Die Haftbedingungen waren extrem hart: Überbelegung, schlechte medizinische Versorgung, Unterernährung und brutale Mißhandlung durch die Lagerleitung.

Im August 1953 ließ die Procuratura die Vorgehensweise bei diesen Internierungen überprüfen[47]: Es stellte sich heraus, daß die Akten mit mangelnder Sorgfalt und häufig auf Grund ungenauer Angaben erstellt worden waren. Manche Leute

scan & corr by rz 11/2008

wurden nur deshalb verhaftet, weil sie den gleichen Namen trugen. Der Fall von Ioan Ghermani, einem armseligen Bauern, ist in dieser Hinsicht besonders aufschlußreich: Im Sommer 1952 wurde er beschuldigt, nach dem 23. August 1944 Mitglied einer Bezirkskommission der Nationalen Bauernpartei gewesen zu sein, und für fünf Jahre in ein Lager eingewiesen. Später konnte er nachweisen, daß er zu jener Zeit in sowjetischer Gefangenschaft war[48]. Die gleiche Untersuchung ergab, daß es in fast allen Gefängnissen und Lagern Häftlinge gab, die illegal festgehalten wurden, nämlich auf Grund eines einfachen Hinweises oder auf Grund von Namenslisten. Im Lager Peninsula beispielsweise befanden sich am 1. März 1953 insgesamt 2293 politische Gefangene, von denen die Lagerleitung keine individuellen Akten besaß[49]. Sie waren einzig und allein auf Grund von Namenslisten eingewiesen worden.

Nach einer weiteren diesmal von der Securitate im Juli 1954 durchgeführten Untersuchung war klar, daß die Procuratura bei den rund 22000 Häftlingen nur in 1600 Fällen einen Haftbefehl erlassen hatte. Im Februar 1956 kamen weitere Untersuchungen zum Abschluß. Folge: Nur 509 Häftlinge wurden vor ein Gericht gestellt, alle übrigen wurden in die Freiheit entlassen und ihre Angelegenheiten - nachdem sie mehrere Jahre in den Arbeitslagern verbrachte hatten - ad acta gelegt[50]. All dies erklärt, warum es schwierig ist, bei den politischen Häftlingen genaue Zahlen anzugeben.

Der »vorgeschriebene Aufenthaltsort« verstand sich seit der kommunistischen Machtübernahme als eine Alternative zur Gefängnisstrafe oder als Verlängerung der Haft. Auf diese Weise wurden die »Unerwünschten« von den Städten ferngehalten, denn die obligatorischen Aufenthaltsorte befanden sich fast ausschließlich in isolierten ländlichen Gegenden. Mit dieser Maßnahme wurden die »Unerwünschten« auch ih-

scan & corr by rz 11/2008

rer familiären und sozialen Umgebung entrissen. Sie wurden permanent von den lokalen Vertretern der Macht überwacht und konnten mit den kleinen Arbeiten, die sie verrichten durften, nur mit Mühe überleben. Selbst die elementarste medizinische Versorgung war ihnen verwehrt, und wenn sie den vorgeschriebenen Aufenthaltsort unerlaubt verließen, wurden sie mit einer Gefängnisstrafe zwischen 15 und 20 Jahren bestraft.

Der Erlaß Nr. 83 vom 2. März 1949 löste die erste Deportationswelle aus: Die »Großgrundbesitzer«, deren Besitz verstaatlicht wurde, bekamen mitsamt ihren Familien für eine unbegrenzte Zeit Aufenthaltsorte an verschiedenen Stellen des Landes zugewiesen. Auf diese Weise wurden 2000 Familien zwangsumgesiedelt. Da die Zwangsumsiedlung unerwünschter und »feindlicher Aktivitäten verdächtigter« Personen im Erlaß Nr. 83 nicht berücksichtigt war, wurden Maßnahmen dieser Art durch einen Ministerratsbeschluß vom 26. Oktober 1950 nachträglich legalisiert. Der Beschluß legte fest, daß das Innenministerium »jede Person, deren Aufenthalt in den städtischen Zentren nicht gerechtfertigt ist, evakuieren kann, ebenso diejenigen, die mit ihren Aktivitäten gegen die arbeitende Bevölkerung dem Aufbau des Sozialismus schaden[51]«. Das Innenministerium konnte diese unerwünschten Elemente von jedem beliebigen Ort an jeden anderen Ort umsiedeln. Die vagen Formulierungen erlaubten die unterschiedlichsten Interpretationen. Dem Mißbrauch waren Tür und Tor geöffnet.

In der Pfingstnacht des Jahres 1951 wurden 43899 Personen aus westrumänischen Gebieten in die unwirtliche und nur dünn besiedelte Baragan-Steppe umgesiedelt. Auf Grund einer Entscheidung des Innenministeriums wurden Rumänen, Aromunen[52], Serben, Bessarabier und Deutsche von ihren Besitzungen in der Nähe der jugoslawischen Grenze verjagt. Ihre Gegenwart galt als gefährlich, denn das Verhältnis zwischen den beiden Ländern war gespannt. Vordergründig han-

scan & corr by rz 11/2008

delte es sich sicherlich um eine politische Bestrafung. Trotzdem ist auffällig, daß ein Großteil dieser Zwangsumsiedler zu den wohlhabenderen Bauern gehörte, auf deren Besitz die Machthaber ja ein Auge geworfen hatten. Wie die Akten der Securitate beweisen, haben viele der von den Maßnahmen bedrohten Menschen bereits nach dem Aufkommen der ersten Gerüchte über die bevorstehenden Deportationen versucht, die Grenze nach Jugoslawien heimlich zu überqueren, und wurden dabei von den Grenzsoldaten aufgegriffen. Andere brachten ihre Kinder bei Freunden und Verwandten außerhalb der betroffenen Zone unter.

Am 16. Juni 1951 begann man mit den ersten Deportationen. Unter der strengen Aufsicht von Generalmajor Mihail Burca, dem stellvertretenden Innenminister, und Generalmajor Eremia Popescu, dem Oberbefehlshaber der dem Innenministerium unterstehenden Truppen, waren über 10000 Armeeangehörige an der Durchführung beteiligt. Für den Transport der Deportierten brauchte man 2656 Eisenbahnwaggons und 6211 Lastwagen. Die ersten Züge wurden am 18. Juni 1951 in Bewegung gesetzt. Von seiner persönlichen Habe durfte jeder nur das mitnehmen, was in einer kleinen Tasche Platz hatte. Der restliche Besitz war von eigens dafür eingerichteten Kommissionen zu Preisen, die weit unter dem reellen Wert lagen, aufgekauft worden. Da nicht genügend Züge zur Verfügung standen, kam es zu Verzögerungen. Die Deportierten mußten zwei bis drei Tage bei glühender Sommerhitze auf freiem Feld warten. Die Sonderzüge wurden vom Militär überwacht. Um jede Kommunikationsmöglichkeit mit anderen Bürgern zu vermeiden, hielten die Züge auf den größeren Bahnhöfen nicht an. Wer Glück hatte, kam nach der Ankunft in der Baragan-Steppe in einer mit Stroh überdachten Lehmhütte unter. Mit solchen Lehmhütten hatte man mehrere abgelegene kleine Dörfer errichtet, die zum Teil sowjetische Namen trugen. Wer weniger Glück hatte, wurde -

scan & corr by rz 11/2008

wie die Securitate selbst zugab - »buchstäblich in der Wildnis ausgesetzt, ohne irgendwelchen Schutz gegen die unbarmherzig brennende Sonne«[53]. Dieselben Quellen berichten auch vom fehlenden Trinkwasser und der nur unregelmäßigen Brotversorgung. Außerdem bekamen viele Kinder einen Sonnenstich. Trotz dieser und vieler anderer Probleme - so gut wie keine medizinische Versorgung, permanente Unterernährung, völlige Abgeschiedenheit und unzureichender Schulunterricht - konnten die Deportierten dank ihres Wissens und ihrer Ausdauer nach und nach neue Dörfer gründen. Als die Deportierten nach 1956 wieder in ihre Heimat zurückkehren durften, wurden diese Dörfer den ehemaligen politischen Häftlingen als Aufenthaltsorte zugewiesen.

1952 gingen die Deportationen weiter. Auf Befehl des Innenministeriums mußten rund 6000 Familien von »ehemaligen Ausbeutern« und politischen Häftlingen die großen Städte des Landes verlassen. Die Betroffenen wurden 12 bis 24 Stunden vor Beginn der Deportation schriftlich informiert und durften 50 Kilo von ihrer persönlichen Habe mitnehmen. Auch die ehemaligen Offiziere, die ehemaligen Richter und Rechtsanwälte, die Industriellen und alle diejenigen, die mehr als zehn Hektar Land besessen hatten, mußten umgesiedelt werden, durften aber ihren ganzen Besitz mitnehmen.

Auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 22. August 1952 mußte eine aus Direktionsmitgliedern des Innenministeriums zusammengesetzte Kommission die von den Oberbefehlshabern der einzelnen Regionen aufgestellten Deportationslisten unterzeichnen. Auf diesen Listen standen »alle ehemaligen Ausbeuter, deren Besitz verstaatlicht worden ist«, außerdem die Familienangehörigen der »Vaterlandsverräter und Spione, die nach 1945 aus dem Land geflohen sind«, und »die Familien derer, die wegen Vaterlandsverrats und Spionage verurteilt worden sind«. Noch im gleichen Jahr billigte

scan & corr by rz 11/2008

das neugegründete Staatssicherheitsministerium auch die von der Miliz 1951/52 durchgeführten Deportationen.

Seit Ende 1952 war auch die gesamte städtische Bevölkerung regelrecht an ihren Wohnort gefesselt. Ohne die Genehmigung der Miliz war kein Umzug möglich. Nur aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen durfte man seinen Wohnsitz wechseln. Wer sich mehr als 24 Stunden an einem Ort, an dem er nicht gemeldet war, aufhalten wollte, mußte der Miliz eine entsprechende Mitteilung machen; dies galt auch für den Aufenthalt in einem Hotel oder bei den Eltern. Ab den sechziger Jahren wurden diese Vorschriften nach und nach abgeschafft. An anderen Kontrollmöglichkeiten über die Bewegungen der Bürger hielt man jedoch bis zum Sturz Ceausescus fest.

Der Ministerratsbeschluß vom 11. März 1954 brachte mehr Klarheit in die früheren Verfügungen zum Thema Deportation. Zur gleichen Zeit wurde auch beschlossen, den freigelassenen Häftlingen, die sich während ihrer Haftzeit »nicht umerziehen ließen und nach wie vor eine Gefahr für die Sicherheit des Staates darstellen«, einen festen Aufenthaltsort zuzuweisen, den sie nicht verlassen durften. Oft gingen diese Zusatzstrafen weit über das ursprünglich vorgesehene Höchstmaß von fünf Jahren hinaus. Am 12. Februar 1957 erging ein weiterer Ministerratsbeschluß, der auch denjenigen einen festen Aufenthaltsort vorschrieb, »die über gewisse Aktivitäten oder Verhaltensweisen die Regierung der Volksdemokratie in Gefahr zu bringen versuchen«.

1964 wurden die letzten politischen Häftlinge freigelassen. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch sämtliche Aufenthaltsvorschriften aufgehoben.

In den Akten der Securitate finden sich für die Zeit zwischen 1949 und 1964 nur von 60000 Zwangsumsiedlern genaue Angaben. Wenn man jedoch weiß, daß selbst gewisse Entscheidungen des Innenministeriums aus den Archiven

scan & corr by rz 11/2008

verschwunden sind, weil die Texte auf Befehl der Securitate-Leitung verbrannt wurden (dies hat Oberstleutnant Iordache Breahna, der seinerzeit den Untersuchungsbericht 00880015 vom 14. Dezember 1967 unterschrieben hatte[54], durchaus zugegeben), kann man davon ausgehen, daß die tatsächliche Anzahl der Zwangsumsiedler wohl eher bei 100000 liegt.

Die letzte willkürliche Repressionsmaßnahme der Securitate und Procuratura vor der Amnestie von 1964 wurde durch den Erlaß Nr. 89 »gesetzlich« gedeckt. Er war am 17. Februar 1958 vom Präsidium der Großen Nationalversammlung verabschiedet worden: »Personen, die durch ihr Handeln die Staatsordnung in Gefahr bringen oder in Gefahr zu bringen versuchen, können auch dann, wenn dieses Handeln kein Vergehen darstellt, an einem Arbeitsort festgehalten werden.« Unter Hinweis auf diesen Erlaß bekamen von 1958 bis 1963 insgesamt 3658 Menschen einen Aufenthaltsort zugewiesen, wo sie zwischen zwei und sechs Jahre lang Zwangsarbeit verrichten mußten[55].

Methoden der »Umerziehung« - Der Fall Pitegti

Das Gefängnis der Stadt Pitesti - 110 km nordwestlich von Bukarest - erlangte traurige Berühmtheit: Die Umerziehungspraktiken, die dort durchgeführt wurden, waren von beispielloser Grausamkeit. Nach einem ersten Versuch im Gefängnis von Suceava wurden diese Methoden vom 6. Dezember 1949 bis zum August 1952 bei den Gefangenen von Pitesti eingesetzt. Sicherlich hatte man auch in anderen Gefängnissen, beispielsweise in Gherla, Erfahrungen mit der »Umerziehung« gemacht, allerdings in einem wesentlich bescheideneren Umfang. Folglich wird diese Methode vor allem mit dem Pitesti-Gefängnis in Verbindung gebracht, auch wenn sie zu einem anderen Zeitpunkt ebenso in den Zwangs-

scan & corr by rz 11/2008

arbeitslagern und später bei der psychiatrischen Behandlung der Häftlinge zum Einsatz kam.

Von allen Verbrechen, die in den kommunistischen Gefängnissen Rumäniens verübt worden sind, wird dieses Umerziehungsverfahren am ehesten verschwiegen. Der Hauptgrund liegt in der Natur der Sache: Die Opfer, bei denen nach den schlimmsten Mißhandlungen die Gehirnwäsche vollzogen war, mußten sich selbst in blutrünstige Peiniger verwandeln und an ihren Mithäftlingen eigenhändig die grausamsten Foltermethoden anwenden. Wer von diesen improvisierten Henkern dies überlebt hat, wird es nach seiner Freilassung tunlichst vermeiden, von diesen Missetaten zu berichten. Trotzdem kamen in den fünfziger Jahren in den anderen Gefängnissen Rumäniens inoffizielle Informationen über Pitesti in Umlauf. Ein Teil dieser mündlich tradierten, lückenhaften Pitesti-Geschichte hat der ehemalige politische Gefangene Dumitru Bacu 1963 zu einem Buch zusammengefaßt, das in den USA auf rumänisch veröffentlicht und erst später ins Englische übersetzt wurde[56]. Dieses Buch hat Virgil Ierunca zu einer Studie inspiriert, die im Radio Free Europe ausgestrahlt wurde[57]. Auf diese Weise konnten auch die Rumänen etwas über das Grauen von Pitesti erfahren. In einer in Frankreich veröffentlichten Arbeit untersuchte Irena Talaban das Phänomen Pitesti unter dem Gesichtspunkt der Psychoanalyse[58]. Nach dem Sturz Ceausescus sind mehrere Zeugenberichte über diese Umerziehungshölle erschienen[59].

Die Umerziehungsmethode von Pitesti stützt sich auf die Theorien des sowjetischen Soziologen und Pädagogen Anton Makarenko (1888-1939). Nach diesen Theorien, die sich jedoch alle auf den gemeinen Verbrecher beziehen, sollte man dem Übeltäter seinen sozialen Abstieg begreiflich machen und ihn darüber aufklären, daß für ihn nur noch mit Hilfe der Kommunistischen Partei eine Aussicht auf Rettung bestünde, nämlich indem er den Mithäftlingen den Weg der Rechtschaf-

scan & corr by rz 11/2008

fenheit weisen würde. Für Makarenko ist die »Umerziehung« das Ergebnis einer Kollektivarbeit. In der rumänischen Version ist sie jedoch das Ergebnis endloser, grausamer Folterungen und einer völligen Vernichtung der Persönlichkeit.

Virgil Ierunca beschreibt die vier Phasen der »Umerziehung«[60]: »In der ersten Phase, der sogenannten *Äußeren Demaskierung,* mußte der Gefangene seine Loyalität gegenüber der Partei unter Beweis stellen. [...] Dies tat er, indem er all das gestand, was er beim Verhör durch die Securitate noch verschwiegen hatte, insbesondere die Namen seiner noch in Freiheit lebenden Gesinnungsgenossen und Mitkämpfer.« In der zweiten Phase, der sogenannten *Inneren Demaskierung,* mußte derjenige, den man folterte, »diejenigen denunzieren, die ihm innerhalb der Gefängnismauern zum Widerstand verholfen haben: Seien es Mitgefangene, die ihn moralisch unterstützt oder ihm zur Vorsicht geraten haben, oder Leute vom Gefängnispersonal, die ihn weniger brutal verhört haben als andere oder ihm den einen oder anderen Gefallen getan haben«. Und dann die dritte Phase, »die öffentliche moralische Demaskierung: Der Gefangene mußte alles, was ihm lieb und teuer war, verspotten, seine Familie, falls er gläubig war, auch Gott, die Frau, die er liebte, seine Freunde und sich selbst. Die Vergangenheit eines jeden wurde Punkt für Punkt analysiert. Auf dieser Grundlage mußte jeder die schlimmsten Geschichten erfinden«. Und schließlich, wenn der Häftling völlig aus dem Gleichgewicht war, ging man zur letzten Phase über. »Es war eine letzte Prüfung, die dem Häftling jede Hoffnung auf eine spätere Vergebung nahm: Der >Umerzogene< wurde mit der >Umerziehung< seines besten Freundes beauftragt und mußte diesen eigenhändig foltern [...]«.

Während dieser »Umerziehung« blieb den Häftlingen nichts erspart. Über mehrere Wochen wurden sie jeden Tag stundenlang verprügelt, bis das Fleisch der Gefolterten sich in Fetzen löste. Man setzte sie sexuellen Mißhandlungen aus

scan & corr by rz 11/2008

und zwang sie, sich wie Tiere zu ernähren: sie mußten auf dem Boden kriechen und aus einem Napf fressen. Man zwang den Gefangenen, seine eigenen Exkremente zu essen, und wenn er sich erbrach, mußte er noch einmal von vorne anfangen. Man zwängte seinen Kopf in den Toiletteneimer und wartete, bis er kurz vor dem Ersticken war. Anschließend war es ihm verwehrt, sich zu waschen. Man verbrannte ihn mit Zigaretten an den empfindlichsten Körperstellen und quälte ihn mit Elektroschocks.

Für die Securitate lieferte das Umerziehungsprogramm zufriedenstellende Ergebnisse. Es ist deshalb schwer zu erklären, warum es 1952 aufgegeben wurde. Möglicherweise hängt es damit zusammen, daß Ana Pauker, Vasile Luca und Teohari Georgescu - das kommunistische Trio, das seit 1945 die Geschicke Rumäniens gelenkt hatte - mittlerweile in Ungnade gefallen waren und der Nachfolger Gheorghe Gheorghiu-Dej beweisen wollte, daß er in der Lage war, diesem Terror-Regime ein Ende zu bereiten. Die Tatsache, daß Oberst Zeller, der als Mitarbeiter der für die Gefängnisse zuständigen Generaldirektion, direkt an der Durchführung des Umerziehungsprogramms beteiligt war, kurz nach der Absetzung von Ana Pauker Selbstmord beging, spricht für diese These. Doch ähnlich wie Ana Pauker, der auf Grund ihrer Freundschaft zu Stalin und Molotow der Prozeß erspart blieb, entging auch Nicolski wegen seiner Beziehungen zum NKWD der Strafverfolgung. Trotzdem brauchte man einen Sündenbock, auf den das Regime die ganze Verantwortung für die Umerziehungsmaßnahmen abwälzen konnte. Also organisierte man einen Prozeß gegen die Folterknechte, die nun nicht mehr als Handlanger der Securitate präsentiert wurden, sondern als Handlanger von Horia Sima, dem ehemaligen Chef der Eisernen Garde. Zweifellos waren mehrere von den Angeklagten ursprünglich Mitglieder dieser Organisation gewesen. Diese wurden in einem gemeinsamen Verfahren ver-

scan & corr by rz 11/2008

urteilt. An ihrer Spitze stand Eugen Turcanu, der als rechter Arm von Nicolski für die schlimmsten Greueltaten verantwortlich war. Man erwähnte allerdings nicht, daß Turcanu nach einer kurzen Mitgliedschaft in der Jugendorganisation der Eisernen Garde eine glänzende Karriere bei den Kommunisten absolviert hatte und eigentlich für den diplomatischen Dienst vorgesehen war. Die anderen, die keine Beziehung zur Eisernen Garde gehabt hatten, wurden in einem separaten Verfahren verurteilt.

Der Prozeß gegen Turcanu fand im Oktober 1954 unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Behauptung laut, daß Horia Sima 1949 von seinem spanischen Exil aus Turcanu beauftragt hätte, zur Kompromittierung der kommunistischen Regierung das Folterprogramm von Pitesti auf die Beine zu stellen[61].

Das Militärgericht unter dem Vorsitz von Oberst Alexandru Petrescu machte bei den Angeklagten keinen Unterschied zwischen denjenigen, die früher selbst gefoltert worden waren - Gheorghe Popescu, Cornel Pop, Dan Dumitrescu und Octavian Voinea -, und denjenigen, die folterten, ohne vorher eine »Umerziehung« durchgemacht zu haben - Turcanu, Popa, Nuti Patrascanu und Livinski. Am 10. November 1954 wurden alle für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Turcanu und 15 seiner Helfershelfer wurden am 17. Dezember 1954 hingerichtet. Popa und Voinea wurden im Rahmen einer anderen Untersuchung noch als Zeugen gebraucht und entgingen deshalb der Hinrichtung. Denn 1955 profitierten sie von einer allgemeinen Begnadigung, die alle zum Tode Verurteilten zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verpflichtete. Mit der Generalamnestie von 1964 wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Mit dem Ende der »Umerziehung« war für die Opfer nicht unbedingt die Zeit der Leiden vorbei, denn viele waren von den Folgen der Folter und Gehirnwäsche für den Rest ihres Lebens geprägt.

scan & corr by rz 11/2008

Der bewaffnete Widerstand

Die ältesten Widerstandsgruppen, die gleichzeitig auch die strukturiertesten und langlebigsten waren, sind in Rumänien erst nach dem Sturz Ceau^escus allgemein bekannt geworden. Erst zu diesem Zeitpunkt erfuhr man Einzelheiten über die verschiedenen kleinen »Partisanen«-Gruppen, die sich 1945 in die Karpaten zurückgezogen hatten, wo sie den Securitate-Truppen erbitterten Widerstand leisteten[62]. Der letzte Widerstandskämpfer wurde 1962 in den Bergen des Banats getötet.

Die verschiedenen Gruppen dieses bewaffneten antikommunistischen Widerstands hatten untereinander keine Verbindung, dafür jedoch ein gemeinsames Ziel: Man wollte sich um keinen Preis den Folgen der kommunistischen Entwicklung Rumäniens unterwerfen. Die einzelnen Verbände bestanden aus 10 bis 40 Mitgliedern und waren folglich für eine ernsthafte Gefährdung der kommunistischen Machthaber viel zu klein. Solange sie sich jedoch in Freiheit bewegten, war die Regierung, die ja angeblich das ganze Land unter Kontrolle hatte, der Unwahrheit überführt. Nach einem Securitate-Bericht vom September 1949 waren die »Terroristen-Banden« so ziemlich im ganzen Lande aktiv, keine dieser Banden zählte jedoch mehr als 25 Mitglieder, die meisten nicht einmal zehn[63].

Die Gruppen entstanden in den Dörfern am Fuße der Berge und setzten sich aus den unterschiedlichsten Leuten zusammen: Bauern, ehemalige Offiziere der Armee, Rechtsanwälte, Ärzte, Studenten und Arbeiter. An Waffen verfügten sie über die bunten Restbestände des noch aus den Kriegszeiten stammenden Munitionsmaterials - Gewehre, Revolver und automatische Pistolen - und hatten ständig Probleme mit dem Munitionsnachschub. Dank der hilfsbereiten Bauern war die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidern weni-

scan & corr by rz 11/2008

ger schwierig. Oft fanden die Widerstandskämpfer auf den Bauernhöfen auch eine Unterkunft. Für die offizielle Propaganda dieser Jahre waren die antikommunistischen Widerstandskämpfer »Legionäre«, d.h. ehemalige Mitglieder der inzwischen verbotenen rechtsradikalen Partei, die ja - bevor sie den Namen »Eiserne Garde« annahm - sich als »Legion des Erzengels Michael« bezeichnet hatte. Dies traf allerdings nur für einige dieser Widerstandskämpfer zu. Selbst die Securitate-Statistiken beweisen, daß der bewaffnete Widerstand alles andere als eine spezifische Legionärsbewegung war.

Die sogenannten »Haidouks von Muscel« waren von allen Widerstandsgruppen diejenigen, die sich am längsten halten konnten. Elisabeta Rizea, eine der wenigen Überlebenden, die die Aktivitäten dieser Gruppe weitgehend mitgetragen hatte, hat die ersten Kampfmonate in allen Einzelheiten beschrieben. Sie wurde allerdings sehr früh verhaftet. Folglich kennen wir den Fortgang des Kampfes nur aus Berichten aus zweiter Hand, nämlich von Angehörigen der Widerstandskämpfer. Viele Daten und Vorfälle werden aber auch durch die Akten der Securitate bestätigt, auch wenn sie dort natürlich anders dargestellt werden als bei den Mitgliedern dieser Widerstandsgruppen. Nach diesen Quellen sollen die »faschistischen Terroristen« auch unschuldige Zivilisten getötet haben. Was aus all diesen Quellen klar hervorgeht: Die Gruppe hatte nie mehr als 30 oder 40 Mitglieder und war von zwei früheren Offizieren - Gheorghe Arsenescu und Toma Arnautoiu - in deren Heimatprovinz Muscel am Fuße der Karpaten ins Leben gerufen worden. Jüngeren Zeitzeugenberichten zufolge hatte Arsenescu mit einem allgemeinen, von ehemaligen Offizieren der rumänischen Armee geleiteten bewaffneten Aufstand im Westen des Landes gerechnet. Diese Hoffnung hatte sich jedoch nicht erfüllt.

Aus Angst, daß der Widerstand dieser Gruppe Schule ma-

scan & corr by rz 11/2008

chen könnte, ließ das Innenministerium die gesamte Gegend von Securitate-Offizieren und deren Truppen durchkämmen. Doch dank der hervorragenden Kenntnis dieser schwierigen Gebirgsregion und der Hilfe mehrerer Familien konnten Gheorghe und Elisabeta Rizea, Ion Sandoiu und Ion Sorescu, die alle zu dieser Gruppe gehörten, sich regelmäßig mit Lebensmitteln versorgen und der Verhaftung entgehen. Als sie sich jedoch in der Nacht zum 18. Juni 1949 erneut mit Naturalien eindecken wollten, gerieten sie in einen Hinterhalt. Bei dem darauffolgenden Schußwechsel kamen zwei Securitate-Mitarbeiter ums Leben. Im Schutze der Dunkelheit konnte die Gruppe die Umzingelung durchbrechen und löste damit eine umfangreiche Suchaktion aus, an der sich zwei Bataillone der Armee und mehrere Securitate-Truppen beteiligten. Gleichzeitig verhaftete man alle Familien, die im Verdacht standen, den Widerstandskämpfern geholfen zu haben.

Unter den Festgenommenen befand sich auch Elisabeta Rizea: Sie wurde auf das Rathaus von Nucsoara gebracht, wo sie der Securitate-Leutnant Constantinescu wiederholt mit einem Stock schlug[64]. Im anschließenden Verhör wollte man um jeden Preis das Versteck der Widerstandskämpfer erfahren. Elisabeta Rizea mußte viele Folterungen ertragen. Das Schlimmste war sicherlich, daß man sie an ihren Haaren aufhängte. Nachdem sie vier Tage im Keller eines Bauernhauses verbracht hatte, lieferte man sie in das Gefängnis von Pitesti ein. Dort wartete sie 18 Monate auf ihren Prozeß und wurde in dieser Zeit mehrmals von den Unteroffizieren Zamflrescu und Mecu zusammengeschlagen. Im Dezember 1950 wurde sie wegen Unterstützung der Widerstandsgruppe zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt[65].

Am 20. Mai 1958 wurden die Brüder Arnautoiu in Folge eines Verrats gefangengenommen. Sie wurden zum Tode verurteilt und im Gefängnis des Bukarester Vororts Jilava hingerichtet. Das gleiche Schicksal erlitten auch diejenigen, die

scan & corr by rz 11/2008

den Brüdern geholfen haben sollen[66]. Gleichzeitig wurden mehrere Dutzend Familien festgenommen und viele der Verhafteten zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt[67].

Gheorghe Arsenescu wurde 1960 gefangengenommen und zwei Jahre später zum Tode verurteilt. Am 29. Mai 1962 wurde er - ebenfalls im Jilava-Gefängnis - hingerichtet. Wegen verbotener Hilfeleistungen verurteilte man seine Frau zu zehn Jahren Gefängnis und seinen Vater zu 15 Jahren Gefängnis[68].

Aus der gemeinsamen Zeit im Untergrund hatten Toma Arnautoiu und Maria Plop eine Tochter namens Ioana-Raluca. Nach der Verhaftung von Toma Arnantoiu stellte sich auch Maria Plop. Sie wurde zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt und starb im Gefängnis. Die gemeinsame Tochter wurde in ein Waisenhaus gebracht. Erst nach dem Sturz Ceausescus konnte sie die Namen ihrer Eltern in Erfahrung bringen und darf seit 1997 den Namen Arnautoiu tragen[69]. In den meisten Fällen lehnten es die rumänischen Behörden allerdings auch nach 1989 ab, die Widerstandskämpfer als Opfer politischer Morde anzuerkennen. Der Fall von Traian Murariu ist ein typisches Beispiel: Der Bauer aus Padureni (Bezirk Timis) war 1951 beschuldigt worden, den beiden Widerstandskämpfern Nicolae Mazilu und Ion Mogos aus dem Fägäras-Gebirge geholfen zu haben. Er wurde zum Tode verurteilt und ein Jahr später wegen »Störung gegen die Sozialordnung« im Jilava-Gefängnis hingerichtet. 1992 legte seine Tochter beim obersten rumänischen Gericht Berufung ein. Nach einem dreijährigen Verfahren teilte das Gericht ihr mit, daß der Urteilsspruch »begründet und legal« gewesen sei[70].

scan & corr by rz 11/2008

Die Kollektivierung

Die Marxisten betrachten die Bauern mit sehr viel Mißtrauen. Für sie sind es trotz der viel beschworenen »engen Verbindung« zwischen den Arbeitern und Bauern keine revolutionären, sondern konservative, wenn nicht gar reaktionäre Elemente[71].

Die am 23. März 1945 von der Groza-Regierung beschlossene Agrar-Reform sah für die landwirtschaftlichen Güter eine Maximalgröße von 50 Hektar vor. Am 2. März 1949 wurden diese Güter zugunsten der Bauern enteignet. Drei Tage darauf beschloß die Vollversammlung des Zentralkomitees »die sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft«: Es war der Anfang eines umfangreichen Verstaatlichungsprozesses. Nach dem Vorbild der sowjetischen Kolchosen wurden am 24. Juni 1949 die ersten fünf »kollektiven Agrarbetriebe« eröffnet.

Für die Bauern, die größtenteils entschiedene Gegner der Kollektivierung waren, begann eine 13jährige Leidenszeit, die nicht nur zu unzähligen Verhaftungen, Verurteilungen und Deportationen, sondern auch zu zahlreichen Verletzten und Toten führte. Um die Bauern zur Abgabe von horrenden Produktionsquoten zu zwingen, war dem Staat jedes Mittel recht: Hausarrest, Beschlagnahmung der Ernte oder Verhaftung. Das Regime schreckte bei der Eintreibung der geforderten Abgaben vor nichts zurück. Dieses System funktionierte von 1945 bis 1957. Das Gesetz 16/1949 sah für »Verbrechen, die die Staatssicherheit oder die Entwicklung der Volkswirtschaft gefährden«, sogar die Todesstrafe vor; dazu zählte beispielsweise auch die Absicht, »die industriellen, land- oder forstwirtschaftlichen Produkte auf welche Weise auch immer zu zerstören«.

Neben der Bestellung der Felder mußten die Bauern auch für das »Allgemeinwohl« unentgeltliche Arbeiten überneh-

scan & corr by rz 11/2008

men. Als Vorstufe zur sozialistischen Landwirtschaft zwang man die Bauern zunächst einmal, den »landwirtschaftlichen Kameradschaften« beizutreten. Der Zwangsbeitritt zu den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben kam später. Wer sich weigerte, wurde schikaniert, verhöhnt und eingeschüchtert. Man verhaftete die Bauern mitten in der Nacht und ließ sie in Fahrzeugen mit schwarz übermalten Scheiben umherfahren. Ihre Kinder durften keine Schule mehr besuchen und erhielten vom Staat keine finanzielle Unterstützung mehr.

Um jeglichen Widerstand zu brechen, schickte die Securitate ihre Truppen aufs Land. In mehreren Regionen kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen diesen Soldaten und den Bauern, die teilweise bei den in den Bergen kämpfenden antikommunistischen Widerstandskämpfern Unterstützung fanden. Anderswo verbrannte man die Akten der neugegründeten landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe. Laut Quellen, die die Securitate 1993 veröffentlichte, haben die Bauern des Bezirks Arad am 31. Juli 1949 einen landwirtschaftlichen Staatsbetrieb zerstört. Die Truppen der Grenzwache, die wie die Securitate dem Innenministerium unterstellt waren, nahmen 98 Personen fest. Zwölf von ihnen wurden erschossen.

Praktisch in allen Landesteilen kam es zu Bauernaufständen, die 1949 insgesamt 28 und 1950 zehn Menschenleben forderten. Nicolae Ceau§escu, der damals als General in der Armee diente, war mehrmals an diesen blutigen Repressionen beteiligt, insbesondere in Vadu Rosca, wo acht Bauern ums Leben kamen. Trotzdem erklärte das Zentralkomitee in einem Rundschreiben aus dem Jahre 1951: »Jeder wirtschaftliche oder administrative Druck gegen die arbeitenden Bauern[72] wird streng geahndet.«

Am 30. November 1961 gab Gheorghiu-Dej auf einer Vollversammlung des Zentralkomitees zu, daß »im Namen des Kampfes gegen die neureichen Bauern[73] mehr als 80000

scan & corr by rz 11/2008

Bauern - und zwar größtenteils arbeitende Bauern - vor das Gericht« gestellt worden waren. »Über 30000 dieser Bauern mußten sich einem öffentlichen Prozeß stellen.« Für Gheorghiu-Dej lag jedoch die Verantwortung für diese repressiven Aktionen einzig und allein bei Ana Pauker und Teohari Georgescu. Und da beide im Juni 1952 die Parteileitung aufgeben mußten, hört die von Gheorghiu-Dej präsentierte Statistik auch mit diesem Datum auf. Die Repressionen gegen die Bauern gingen jedoch bis zum Abschluß der Kollektivierung im Jahre 1962 weiter. Es ist also anzunehmen, daß die tatsächliche Zahl der festgenommenen und verurteilten Bauern wesentlich höher war.

Vom 23. bis 25. April 1962 fanden eine Vollversammlung des Zentralkomitees und eine außerordentliche Sitzung der Großen Nationalversammlung statt, an der in Erinnerung an die laut kommunistischer Propaganda ebenso zahlreichen Opfer einer großen Bauernrevolte von 1907 insgesamt 11000 Bauern teilnahmen. In diesem feierlichen Moment wurde die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft proklamiert: Gheorghiu-Dej gab bekannt, daß 3,2 Millionen Bauernfamilien innerhalb der Kollektivbetriebe 96 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Rumäniens bewirtschafteten. Für die Partei war dies sicherlich ein Erfolg. Für nahezu die Hälfte der rumänischen Bevölkerung waren diese 13 Jahre jedoch eine traumatische Zeit der Entfremdung und des Identitätsverlustes. Viele Bauern gaben ihre bisherige Lebensform auf und verdingten sich als einfache Arbeiter auf dem Bau.

Aus den Kollektivbauern wurden allmählich Staatsangestellte, die jedoch mit den erbärmlichen Gehaltsbezügen kaum überleben konnten. Auf Grund der miserablen Leitung durch politisierte Beamte erbrachte die Landwirtschaft immer schwächere Erträge. Mit der Zeit war die Landbevölkerung mehr und mehr gezwungen, sich in den Städten mit dem Allernotwendigsten einzudecken. Schließlich ließ sie sich end-

scan & corr by rz 11/2008

gültig am Rande der großen Industriezentren nieder und verwandelte sich in ein sozial nicht einzuordnendes Unterproletariat.

Ende der achtziger Jahre hätte Ceausescu mit einem umfassenden »Systematisierungsplan« den ländlichen Strukturen beinahe endgültig den Todesstoß versetzt: Er wollte die Dorfgemeinden in pseudostädtische Einheiten umwandeln. Der Sturz des Diktators im Dezember 1989 bedeutete jedoch auch das Ende dieses Zerstörungswahns.

Die Abhängigkeit der Kirchen

Jahrhundertelang streckte das Osmanische Reich seine gierige Hand nach dem christlichen Rumänien, das sich in Dutzenden von Kriegen gegen die islamische Großmacht zur Wehr setzen mußte. Doch schließlich verwarf der Sultan den Plan der tatsächlichen Besetzung des Landes und gab sich mit regelmäßigen Tributzahlungen zufrieden. Über die Ernennung von stellvertretenden Regenten sicherte er sich die Kontrolle über das Land. Diesen ungebrochenen Verteidigungswillen verdankt Rumänien in erster Linie seiner Zugehörigkeit zur christlichen Welt, und es wurde von der Kirche auch stets in diesem Sinne bestärkt.

Im 18. und 19. Jahrhundert spielten die rumänisch-orthodoxe Kirche und die griechisch-katholische (unierte) Kirche eine entscheidende Rolle in der Stärkung der nationalen Indentität und des Zusammengehörigkeitsgefühls. Nach 1945 war die Kirche das letzte große Bollwerk, das sich der kommunistischen Entwicklung des Landes widersetzte. In dieser Hinsicht orientierten sich die rumänischen Machthaber nicht am sowjetischen Modell.

In der Verfassung von 1923 war die Vormachtstellung der orthodoxen Kirche festgeschrieben. Sie genoß bestimmte Pri-

scan & corr by rz 11/2008

vilegien, beispielsweise die Entlohnung der Piester durch den Staat. Diese Abhängigkeit nahm die kommunistische Partei zum Anlaß, die orthodoxe Hierarchie unter ihre Kontrolle zu bringen. Obwohl die offizielle Doktrin den religiösen Glauben verurteilte, entschloß sich das rumänische Regime, ihn innerhalb gesetzlich definierter Grenzen zu tolerieren. In dieser Hinsicht zeigte Bukarest mehr Offenheit als Moskau. Als Gegenleistung für diese Toleranz mußten die Kirchen ihre Ergebenheit gegenüber der Kommunistischen Partei bekunden und die Innen- und Außenpolitk offiziell unterstützen. Die orthodoxe Kirche hatte sich der offiziellen Propaganda unterzuordnen. Dies galt erst recht nach dem Tod des Patriarchen Nicodim, der am 28. Februar 1948 unter mysteriösen Umständen gestorben war. Sein Nachfolger - der Patriarch Justinian - war ein Mann der Partei. Am 4. August 1948 wurden sämtliche Aktivitäten der gesetzlich anerkannten Glaubensgemeinschaften der Kontrolle eines eigens für die Kirchen zuständigen Ministeriums unterstellt. Obwohl die Gewissens- und Religionsfreiheit durch den Verfassungsartikel Nr. 1 garantiert war, gab es zweideutige Bestimmungen, die ebendiese Freiheit rigoros beschränkten: Artikel 6 und 7 schrieben vor, daß die ausgeübte Religion nicht gegen die Verfassung, die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und die allgemeine Moral verstoßen dürfe. Nach Artikel 13 konnte die gesetzliche Anerkennung einer Religion im Bedarfsfall jederzeit widerrufen werden. Ähnliche Einschränkungen machte der Artikel 32: »Bei Priestern, die antidemokratische Haltungen zum Ausdruck bringen, kann der vom Staat gezahlte Lohn vorübergehend oder für immer entzogen werden.« Unter Ceausescu ging man mit diesem Artikel regelmäßig gegen die Priester von Baptistengemeinden vor. Man wollte deren Aktivitäten verhindern. Jede Konfession mußte dem Ministerium einen Tätigkeitsbericht zur Beglaubigung vorlegen, erst dann wurde den Priestern der Lohn ausbezahlt.

scan & corr by rz 11/2008

Die Wahl der Bischöfe unterstand der staatlichen Kontrolle. Die orthodoxe Kirche - mit rund 10,5 Millionen Gläubigen die wichtigste Konfession des Landes (Gesamtbevölkerung im Jahre 1948: 15,9 Millionen) - bekam per Gesetz einen neuen Status, der dem Regime eine deutlich stärkere Einflußnahme erlaubte. Gleichzeitig wurde der gesamte Kirchenbesitz verstaatlicht. Der Staat übernahm oder schloß die kirchlichen Lehranstalten. Zahlreiche Klöster wurden aufgelöst, und die Priester mußten sich der strengen Kontrolle der staatlichen Behörden fügen. Bestimmte religiöse Praktiken - beispielsweise öffentliche Weihnachts- und Osterfeiern - wurden verboten. Die Entscheidungsträger der orthodoxen Kirche mußten diesen Kompromiß mit dem Regime wohl oder übel akzeptieren. Denn nur so konnte die Kirche trotz ihrer angeschlagenen moralischen Autorität überleben. Trotzdem stellten die Priester die größte Gruppe innerhalb der politischen Gefangenen: Mehr als 2000 orthodoxe Geistliche wurden nach dem Verhör in ein Gefängnis oder Arbeitslager eingeliefert.

Bei den Vertretern der anderen Konfessionen wurde die Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Regime wesentlich härter bestraft. Sowohl die römisch-katholische Kirche als auch die griechisch-katholische (unierte) Kirche hatten zwar durch ihre enge Verbindung zum Westen eine gewisse Rückendeckung, ansonsten war der politische Status dieser beiden Glaubensgemeinschaften jedoch sehr unterschiedlich.

Am 17. Juli 1948 war das Konkordat mit dem Vatikan aufgelöst worden[74]. Die katholische Kirche wurde zwar nicht verboten, bekam aber auch keinen legalen Status. Sie wurde lediglich geduldet. Die Mehrheit der katholischen Gläubigen gehörte nämlich zur ungarischen Minderheit, und die Machthaber von Bukarest vermieden alles, was der kommunistische Nachbar und »Bruder« in Budapest als Aktion gegen diese Minderheit hätte interpretieren können.

scan & corr by rz 11/2008

Für die unierte Kirche war die Situation jedoch entschieden prekärer: Die Glaubensgemeinschaft entstand 1699 in Siebenbürgen, wo zahlreiche orthodoxe Rumänen sich von den Jesuiten bekehren ließen und vier entscheidende Punkte der katholischen Glaubenslehre übernahmen, so auch die Oberhoheit des Papstes. Sie zählte 1,5 Millionen Gläubige und verfügte über 1725 Kirchen. Da die griechisch-katholischen Priester trotz ihrer Zugehörigkeit zu Rom nach dem griechischen Ritus zelebrierten, fühlten sich die Orthodoxen irritiert. Außerdem waren sie für die Kommunisten schwerer zu kontrollieren: In offiziellen Stellungnahmen geißelten die Machthaber deren Bindung an Rom und bezeichneten sie - weil sie angeblich die Einheit des rumänischen Volkes zerstört hätten - als »antinational und ahistorisch«. Im Herbst 1948 beschloß das Regime, die unierte Kirche zu verbieten, und folgte damit dem Vorbild Stalins, der in der Ukraine in derselben Weise gegen die Unierten vorgegangen war. Mit Unterstützung der orthodoxen Kirchenleitung erreichte das Regime innerhalb kürzester Zeit die Fusion der beiden Kirchen. Ein Verfahren, das mit Hilfe der Securitate schnell abgewickelt werden konnte: Dem unierten Klerus wurde die Zustimmung zur Fusion aufgezwungen. Wer sich weigerte - d.h. alle Bischöfe und ein großer Teil der Priester -, kam für viele Jahre ins Gefängnis. Die orthodoxe Kirche übernahm sämtliche Kultstätten und Gebäude, die die unierte Kirche besessen hatte, und die griechisch-katholischen Klöster wurden aufgelöst. Am 1. Dezember 1948 endete die legale Existenz der unierten Kirche, die trotz der Androhung zahlreicher Repressalien und einer lautstarken Propaganda im Untergrund weiterlebte. Bis zum Sturz Ceausescus bekämpfte man sie mit historischen »Argumenten«. Denn das ultranationalistische Regime wollte, daß hinter der Partei und dem »besten Sohn des Volkes« eine ungeteilte, einheitliche Nation stand.

Was die jüdische Gemeinde angeht, so mußte der Großrab-

scan & corr by rz 11/2008

biner Alexandru Safran bereits 1948 Rumänien verlassen. Nur so konnte er seiner Verhaftung entgehen. Sein Nachfolger Moses Rosen war am 17. Juni des gleichen Jahres in sein Amt eingeführt worden und konnte sich bis zu seinem Tod im Jahre 1993 in dieser Funktion behaupten.

Die gefesselte Kultur

Die Auflösung der Oppositionsparteien im Jahre 1947 hatte auch das Verbot ihrer Presseorgane zur Folge. Sämtliche Medien kamen unter die Kontrolle des Staates, und alle politisch mißliebigen Werke wurden aus den Bibliotheken und Buchhandlungen verbannt. Für die Aktivitäten der Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Musiker war ab sofort die Abteilung Agitation und Propaganda (Agtiprop) des Zentralkomitees zuständig. Ohne die Zustimmung der Zensurbehörde konnte nichts mehr veröffentlicht, dargestellt oder aufgeführt werden.

Mit dem Unterricht verhielt es sich ähnlich. Im August 1948 wurden Reformgesetze erlassen, die sämtliche ausländischen oder von religiösen Gemeinschaften getragenen Schulen untersagten. Auch unter den Hochschullehrern und Studenten wurden Säuberungskampagnen durchgeführt. Vor allem an den ideologischen, d. h. philosophischen und historischen Fakultäten wurden hervorragende Spezialisten durch Propagandisten der kommunistischen Doktrin ersetzt. Das Bildungsministerium verbot die ehemaligen Schulbücher und ließ auf der leninistisch-marxistischen Grundlage neue erstellen. Das Russische wurde ab der Sekundarstufe zu einem obligatorischen Unterrichtsfach mit genauso vielen Wochenstunden wie das Rumänische. Außerdem wurden die Geschichte der kommunistischen Bolschewistenpartei und die Geographie der UdSSR zu eigenständigen Unterrichtsfächern erklärt.

scan & corr by rz 11/2008

Am 9. Juni 1948 wurde mit dem Erlaß 1091 die Akademie der Rumänischen Volksrepublik gegründet[75], eine Institution, die weniger den wissenschaftlichen Kriterien als vielmehr den Interessen des Regimes folgte. Ihre Mitglieder waren Pseudo-Intellektuelle, die ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt wurden, oder Parteifunktionäre, die nicht eine einzige literarische Zeile gechrieben haben. Von den ehemaligen Akademiemitgliedern lernte hingegen ein Großteil die Härten des kommunistischen Gefängnissystems kennen.

Mit Ausnahme derer, die direkt in die Politik involviert oder zwischen 1938 und 1944 an einer Regierung beteiligt waren, blieben den Intellektuellen jedoch die härtesten Repressionsformen erspart. Sie wurden mit subtileren Methoden bekämpft: Verstaatlichung der Verlagshäuser und Druckereien, Verbot von Kulturzeitungen und -Zeitschriften, Säuberungsmaßnahmen und Einrichtung einer Zensurbehörde. Mit diesen Maßnahmen wurde der größte Teil der bekannteren Schriftsteller und Intellektuellen aus dem von der Propagandaabteilung des kommunistischen Apparates streng überwachten Kulturbereich verdrängt. Es gab jedoch auch Persönlichkeiten des rumänischen Kulturlebens, die sich für eine Zusammenarbeit mit dem Regime der »Diktatur des Proletariats« entschieden: Mihail Sadoveanu, George Cälinescu, Cezar Petrescu und Mihai Ralea.

Das mit Stalins Tod im März 1953 einsetzende ideologische Tauwetter war nur von kurzer Dauer. Bereits 1956 kam es in Rumänien zu Folgeerscheinungen, die heute noch heftig diskutiert werden: Nach dem XX. Moskauer Parteikongreß und Chruschtschows berühmtem »Geheimbericht« forderte der Kreml auch die osteuropäischen Regimes auf, in ihren Ländern eine Entstalinisierung durchzuführen. Doch nur wenige Monate später marschierten die Truppen der UdSSR in Ungarn ein und schlugen den dort grassierenden Aufstand

scan & corr by rz 11/2008

nieder. Als Reaktion darauf forderte Gheorghe Gheorghiu-Dej den Abzug aller in Rumänien stationierten Truppen der Roten Armee und steuerte mit seiner Politik auf ein ausgeglichenes Verhältnis zu Moskau, Peking und Belgrad hin. Im Juli und August 1958 ging Chruschtschow auf die Wünsche Bukarests ein und zog seine Truppen aus Rumänien ab. Damit wollte Moskau den negativen Folgen seiner Ungarninvasion entgegentreten und der Welt zeigen, daß die Länder des Warschauer Paktes sich auch alleine halten und dabei auf die Unterstützung durch ihre Staatsbürger zählen konnten. Außerdem war das Risiko nicht sonderlich groß, denn Rumänien war ausschließlich von kommunistischen Ländern umgeben und hatte sich bis dahin als der folgsamste Bündnispartner Moskaus erwiesen. Trotz dieses Truppenabzugs waren die antikommunistischen und antisowjetischen Gefühle der Rumänen nach wie vor stark ausgeprägt, und das Regime von Gheorghiu-Dej nahm an Beliebtheit nicht zu. Mit dem sowjetischen Besatzungsheer verschwand für Gheorghiu-Dej auch der Garant seiner Macht. Ihm fehlte jeder gesellschaftliche und politische Rückhalt. Deshalb startete er eine neue, gegen die Bevölkerung gerichtete Repressionswelle. Nicht nur der Partei Vorsitzende, sondern das gesamte Politbüro fürchtete, daß der Abzug der Roten Armee bei der Opposition für Aufwind sorgen würde. In den Bergen gab es nämlich nach wie vor bewaffnete Widerstandsgruppen, und in den Städten, wo nach der Genfer Konferenz ein politisches Tauwetter eingesetzt hatte, waren wieder Ansätze einer Zivilgesellschaft erkennbar. Hauptsächlich im kulturellen Bereich entstanden neue - mehr oder weniger formelle - Gruppen. In Anbetracht der Ereignisse in Polen und Ungarn war Gheorghiu-Dej klar geworden, welchen Einfluß die Intellektuellen haben konnten, zumal eine echte politische Klasse fehlte. Es war deutlich geworden, daß dem Regime von seiten der Intellektuellen, Schriftsteller und Künstler Gefahr drohte. Deshalb

scan & corr by rz 11/2008

entschied sich Gheorghiu-Dej noch im Sommer 1958 - die sowjetischen Truppen organisierten gerade ihren Abzug - für eine neue Repressionskampagne. Der Angriff auf die Intelligenzija war eine Präventivmaßnahme: Sie sollte vom Rückzug der sowjetischen Truppen nicht profitieren können. Die Intelligenzija vertrat zum großen Teil einen nationalen, antikommunistischen Standpunkt. Diesen Wind versuchte ihnen Gheorghiu-Dej aus den Segeln zu nehmen, indem er den kommunistischen Parteikader zusehends mit Rumänen besetzte und sich mehr und mehr von der Moskauer Bevormundung emanzipierte. Der »proletarische Internationalismus«, das politische Schlagwort der ersten zehn Jahre nach der kommunistischen Machtübernahme, wich einer »patriotischen«, ja nationalistischen Grundhaltung. Auf diese Weise verschaffte sich das Regime eine eigene ideologische Basis und gewann die Unterstützung der Bevölkerungsteile, die sich in ihren antisowjetischen Gefühlen geschmeichelt fühlten.

Die neue Repressionswelle begann am 27. Juli 1958 mit der Veröffentlichung des Erlasses 318, der das Strafverfahrensrecht änderte. Die neuen Strafmaße waren deutlich höher und galten auch für Tatbestände, die bis dahin nicht geahndet worden waren: »Feindselige Diskussionen« oder »Versuch die Regierungsform oder Bündnisse der Volksrepublik Rumänien zu verändern«. Diese neuen juristischen Bestimmungen führten zur Verhaftung von mehreren hunderttausend Personen; sie wurden verhört, verurteilt und in die Gefängnisse gebracht. Allein in der zweiten Jahreshälfte von 1958 verhörte die Strafermittlungsabteilung des Innenministeriums 47643 »Verdächtige«. Bis 1960 wurde gegen weitere 50000 Menschen ein Verfahren eingeleitet. Laut bestimmten Statistiken lag für 323207 »feindliche Elemente« beim Innenministerium eine Akte vor. Die entsprechenden Personen wurden überwacht und sollten »zunichte gemacht« werden. Zwischen

scan & corr by rz 11/2008

1958 und 1962 wurden viele von ihnen vor Gericht gestellt und verurteilt. Ihnen wurden die unterschiedlichsten Dinge vorgeworfen: Bridgespielen oder das Sammeln irgendwelcher Artikel; man gab vor, sie würden feindliche Gruppen bilden. Zur Zielscheibe wurden auch die Beamten von unterschiedlichen Ministerien, die »Zionisten«, die Legionäre, die Homosexuellen, die Priester der verschiedenen Konfessionen, diejenigen, die Gold besaßen oder deren Eltern sich im Ausland niedergelassen hatten, und natürlich alle Überlebenden der früheren Parteien. In Wahrheit handelte es sich um politische Prozesse, die jedoch in allen möglichen Tarnungen präsentiert wurden. Mit ihnen gingen die Machthaber brutal gegen sich wieder neu entwickelnde soziale Schichten und gegen Überbleibsel der rumänischen Gesellschaft aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen vor. Die Hauptleidtragenden dieser neuen Gewalt waren jedoch die Intellektuellen, denn für Gheorghiu-Dej waren sie zu einer offenen Revolte imstande.

Neben diesen verschleierten politischen Prozessen organisierte die Securitate in Zusammenarbeit mit bestimmten Parteiorganen in Tausenden von Fällen sogenannte »öffentliche Prozesse«. Auch sie waren hauptsächlich gegen Intellektuelle gerichtet. Die Absicht war es, diejenigen, die es gewagt hatten, das Regime zu kritisieren, oder die auf Grund ihres Einflusses auf die öffentliche Meinung gefährlich werden konnten, nach einem strengen Ritual zu »demaskieren«. Beim Ablauf dieser »Prozesse« orientierte man sich an den Gerichtsverhandlungen, allerdings mit dem Unterschied, daß sie keiner richterlichen Gewalt unterstanden und nicht zu Gefängnisstrafen führten. Die »Demaskierten« sollten in aller Öffentlichkeit, d.h. in vollbesetzten Sälen, an den Pranger gestellt werden. Das Publikum bestand aus zwei Kategorien: Die eine sollte die Opfer ausbuhen und »exemplarische Bestrafungen« fordern; sie setzte sich aus Parteimitgliedern und

scan & corr by rz 11/2008

eigens dafür ausgewählten Arbeitern zusammen. Die andere Kategorie bestand aus den Eliten der unterschiedlichsten Berufszweige; sie sollten durch diese Schauprozesse, die eine Vorwegnahme ihres eigenen Schicksals sein konnten, eingeschüchtert werden. Die meisten dieser Vorgewarnten und anschließend »Demaskierten« verloren ihren Arbeitsplatz. Diejenigen, die als besonders gefährlich galten, wurden anschließend vor Gericht gestellt und ins Gefängnis gesteckt. Diese »öffentlichen Prozesse« fanden in den verschiedensten Institutionen statt: In den Universitäten, den Forschungsinstituten, den Zeitungsredaktionen, den Ministerien. Sie sollten die politischen Säuberungen rechtfertigen und die Bevölkerung einschüchtern. Diese Maßnahmen richteten sich auch gegen die Vertreter des kulturellen und politischen Lebens und endeten erst im Winter 1961. Auf dem XXII. Moskauer Parteikongreß kritisierte Nikita Chruschtschow erneut den früheren Stalinkult und startete eine sowjetische Reformpolitik. Gheorghiu-Dej hingegen lehnte einen stärkeren Reformkurs und die Entstalinisierung seines Regimes ab. Die Vollversammlung des rumänischen Zentralkomitees vom Dezember 1961 gab in ihrer Abschlußerklärung bekannt, daß in Rumänien die Entstalinisierung bereits 1952 mit der Entmachtung der Gruppe Ana Pauker - Vasile Luca - Teohari Georgescu eingesetzt hätte und mit dem Sturz der Gruppe Iosif Chisinevski - Miron Constantinescu im Juni 1957 fortgeführt worden sei. Diese Erklärung zeigt deutlich, daß Bukarest gegenüber Moskau mehr und mehr auf Distanz ging. Gheorghiu-Dej suchte nach einer neuen Taktik, um sich an der Spitze des Landes halten zu können. Er bemühte sich um eine politische und wirtschaftliche Unterstützung durch den Westen und nutzte den chinesisch-albanisch-sowjetischen Konflikt und den zunehmenden AutoritätsSchwund Chruschtschows, um sich von der UdSSR abzusetzen. In diesem Kontext wurden 1964 mehrere Amnestiegesetze erlassen, die

scan & corr by rz 11/2008

zur Freilassung aller politischen Häftlinge führten. Mit den Prozessen der Jahre 1958 bis 1961 gegen die Intellektuellen sollten die Gesellschaft politisch manipuliert und die Macht von Gheorghiu-Dej gefestigt werden. Die Intellektuellen dienten als Mittel zum Zweck. Mit der Amnestie von 1964 verfolgten die Machthaber das gleiche Ziel: Das politische Überleben. Nur der Kontext hatte sich geändert. Um nicht einem von den Sowjets angeordneten »Rotationsprinzip« zum Opfer zu fallen, ging Gheorghiu-Dej gegenüber dem Kreml auf Distanz. Der sowjetische Einmarsch in Budapest war vom rumänischen Regime noch unterstützt worden. Damit hatte es das Vertrauen Chruschtschows wiedergewonnen. Doch nach dem Oktober 1961 verschlechterte sich die Beziehung zwischen den beiden Staatschefs und den beiden kommunistischen Parteien, und Gheorghiu-Dej war auf einen stärkeren Rückhalt innerhalb des Landes angewiesen. Mit der Freilassung der politischen Gefangenen sollten zwei Ziele erreicht werden: Innenpolitisch suchte man die Unterstützung der Intellektuellen und anderer Gruppen der ehemaligen Elite, die im Gefängnis überlebt hatten, und außenpolitisch erfüllte man die Bedingungen, die der Westen an die von Bukarest geforderte politische und wirtschaftliche Hilfe geknüpft hatte. Einmal mehr dienten die Intellektuellen als Mittel zum Zweck.

Vier Jahre später - im August 1968 - erzielte Nicolae Ceau§escu einen noch achtenswerteren Erfolg: Er lehnte es ab, an der Invasion der Tschechoslowakei teilzunehmen, und verurteilte die sowjetische Interventionspolitik. Damit gewann er die Unterstützung eines beachtlichen Teils der rumänischen Bevölkerung und legte so die Grundlagen seiner zwei Jahrzehnte währenden Diktatur.

scan & corr by rz 11/2008

Der wiederauflebende Protest

Die repressiven Maßnahmen hatten schon zu Beginn des kommunistischen Regimes das Aufkommen einer Oppositions- und Widerstandsbewegung zur Folge. Natürlich waren alle Mittel recht, um diejenigen, die es wagten, ihre Unzufriedenheit zu äußern, zum Stillschweigen zu bringen. Am 12. Juli 1948 brach in der Ziegelbrennerei Bohn in Jimbolia ein Streik aus. Emil Stanciu, der für den Bezirk Timis. zuständige Parteisekretär, rückte sofort mit drei Lastwagen und 30 Arbeitern aus Temeswar (Timisoara) an und beendete den Streik auf der Stelle. 247 Arbeiter wurden entlassen und die sechs Anführer der Streikbewegung von der Securitate verhaftet[76].

Das umfangreiche Netz der Spitzel und Agenten, die Allgegenwart der Securitate und die unerbittliche Repression brachten recht schnell jeglichen Oppositionsansatz zum Erliegen. Der Ungarnaufstand von 1956 löste natürlich auch in Rumänien eine Solidaritätsbewegung aus, vor allem bei den Studenten; doch die abertausend Verhaftungen hatten eine stark abschreckende Wirkung.

Als Ceau§escu 1968 eine rumänische Beteiligung an der Invasion der Tschechoslowakei ablehnte, kam für einen kurzen Moment eine Euphoriestimmung auf. Im Juli 1971 wurde Rumänien jedoch endgültig in Ketten gelegt. Nach seiner Rückkehr aus China und Nordkorea startete der Diktator eine Kulturrevolution im Kleinen, die sich am kommunistischen Asien orientierte. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das den Intellektuellen eben erst wieder zugestanden worden war, wurde erneut abgeschafft. Zum zweiten Mal seit der kommunistischen Machtübernahme sollten die Eliten - die sich gerade wieder zu regenerieren anfingen - zerstört werden und einem »neuen Menschen« Platz machen, d.h. einer Kreatur ohne aktives Bewußtsein und staatsbürgerliche Verantwor-

scan & corr by rz 11/2008

tung. Innerhalb kürzester Zeit war die Zivilgesellschaft vernichtet. Die Ideologie bemächtigte sich wieder der Kultur und ein neuer Personenkult kam auf. Unter diesen Umständen konnte der Widerstand nur bei Einzelpersonen oder kleinen Gruppen zum Ausdruck kommen. Die Securitate griff auf ihre altbewährten Handlungsmuster zurück: Verhaftung, Verurteilung, Ausweisung, Zuweisung des Aufenthaltsortes und die Entfernung aus dem gewohnten Umfeld. Dies war der Anfang der dunklen Ceau^escu-Periode, die der Diktator selbst als »Goldenes Zeitalter« bezeichnete. Ein Ausdruck, den seine zahlreichen Helfershelfer in ihrer Unterwürfigkeit sofort geflissentlich übernahmen.

Zu den ersten Reaktionen auf Ceau§escus neue politische Linie gehörte die offene Kritik an seiner Kulturrevolution. Sie wurde 1972 von Künstlern wie dem Schriftsteller Anatol Baconsky und dem Bildhauer George Apostu während einer offiziellen Begegnung mit dem Diktator vorgetragen. Von linker Seite kam es 1975 zu einer ersten Protestbewegung: Junge deutschstämmige Intellektuelle aus Temeswar (Timisoara) gründeten die *Aktionsgruppe-Banat.* Sie wurden unverzüglich verfolgt, festgenommen und eingeschüchtert. Schließlich trieb das Regime sie in die Emigration. Die meisten von ihnen wanderten nach Deutschland aus und veröffentlichten Bücher, in denen sie die Untaten des rumänischen Regimes bloßstellten (Herta Müller, Richard Wagner, William Totok u.a.). Andere Schriftsteller und Künstler wanderten nach Frankreich aus - Dumitru Tepeneag, Bujov Nedelcovici, Jana Orleag - und unterstützten von dort aus ihre in Rumänien verbliebenen Kollegen. Zwischen 1974 und 1978 verfaßte Victor Frunza seine erste *Geschichte des Stalinismus in Rumänien,* die er zu einem späteren Zeitpunkt im Ausland veröffentlichte. Am 8. September 1978 publizierte er mit Hilfe der Agentur Reuters einen »Offenen Brief an den Generalsekretär der Partei«, in dem er kritisch auf die Verletzungen

scan & corr by rz 11/2008

der Menschenrechte und den Personenkult hinwies. 1980 mußte er Rumänien verlassen. Zwischen 1975 und 1976 gab es auch mehrere Anläufe, den Kern der Nationalen Bauernpartei und damit eine strukturierte politische Opposition wiederzubeleben. Sie schlugen jedoch alle fehl, denn die ehemaligen Parteimitglieder, die die Lagerhaft überlebt hatten, wurden bewußt isoliert. Erst zehn Jahre später - im Jahre 1987 - führte eine ähnliche Initiative zum Erfolg, und die von Corneliu Coposu geführte Partei konnte sich trotz ihres Untergrunddaseins der christdemokratischen Internationale anschließen.

Aus Solidarität mit den demokratischen Oppositionsbewegungen der anderen mittel- und osteuropäischen Länder wurde so manch anderer Gründungs versuch gestartet. Sie wurden jedoch alle durch die sofortige Isolierung der Gründungsmitglieder im Keime erstickt. 1977 mußte auch die Goma-Bewegung diese Erfahrung machen. Sie ging auf eine Initiative des Schriftstellers Paul Goma zurück, der im Ausland mehrere Bücher veröffentlicht hatte. Seine Texte waren auch im Radio Free Europe ausgestrahlt worden.

Paul Goma hatte bereits in den fünfziger Jahren als politischer Gefangener eine Haftstrafe verbüßt. Eines seiner Bücher war von der Ceau§escu-Zensur verboten worden. Am 8. Februar 1977 formulierte er seine Kritik am Regime in einem an Pavel Kohut und seine tschechischen Freunde gerichteten »offenen Beitrittsgesuch zur Charta 77«. Innerhalb kürzester Zeit hatte die Goma-Initiative rund 200 Unterschriften zusammengetragen. Die bekanntesten Mitstreiter - beispielsweise Ion Vianu oder der Schriftsteller Ion Negoitescu - wurden schikaniert, eingeschüchtert und vom sozialen Leben ausgeschlossen. Wer jedoch nicht durch einen hohen Bekanntheitsgrad geschützt war, wurde verhaftet und in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Um seinen Gesinnungs-

scan & corr by rz 11/2008

genossen und der westlichen Presse den Kontakt zu Goma zu unterbinden, wurde er vom 1. April bis zum 7. Mai 1977 in Haft gesetzt. Seine Briefe an Ceau^escu, seine Erklärungen gegenüber der internationalen Presse sowie die moralische Unterstützung eines Großteils der Öffentlichkeit - die Bergarbeiter aus dem Jiu-Tal solidarisierten sich in einem öffentlichen Brief mit ihm -, all dies wurde vor allem dank der regelmäßigen Berichterstattung durch Radio Free Europe allgemein bekannt. Diesem Druck mußten die kommunistischen Behörden schließlich nachgeben. Sie stellten Paul Goma ein Touristenvisum aus, mit dem er am 20. November 1977 Rumänien verlassen durfte. Die Rückkehr in sein Heimatland war ihm untersagt[77].

Die internationale Öffentlichkeit begriff damals sehr wohl, daß der Protest von Paul Goma in Rumänien eine Menschenrechtsbewegung ausgelöst hatte. Dies bewiesen auch die zahlreichen Solidaritätskundgebungen, die damals von den Verbänden der Exilrumänen (Maria Bratianu, Sanda Stolojan) organisiert worden waren, und die vielfältigen westlichen Medienberichte.

Am 4. März 1977 kam es in Bukarest zu einem schweren Erdbeben. Folge: 1500 Tote und ein beträchtlicher Sachschaden. Dies nahm Ceausescu zum Anlaß, um einen schon seit langem gehegten Plan in die Tat umzusetzen. Die »Systematisierung« des Zentrums der rumänischen Hauptstadt. In einer zwölf Jahre währenden Raserei ließ er die ältesten Stadtviertel dem Erdboden gleichmachen und errichtete an deren Stelle ein riesiges Gebäude, das sogenannte »Haus des Volkes«, in dem die wichtigsten staatlichen Institutionen untergebracht werden sollten. Man erreichte den Gebäudekomplex über eine breite Prachtstraße, die Straße des Sieges des Sozialismus, an der auch die Häuser für die Regierungsmitglieder standen. Diesem Bauplan fielen Tausende von Hau-

scan & corr by rz 11/2008

sern und über 20 Kirchen, die zum nationalen oder internationalen Kulturerbe zählten, zum Opfer.

Die immer schwierigeren Lebensbedingungen und erste Versorgungsschwierigkeiten führten am 2. August 1977 zu einem Streik der Bergarbeiter von Lupeni, der bald das ganze Jiu-Tal erfaßt hatte. Eine Woche lang protestierten die streikenden Arbeiter nicht nur gegen eine Gesetzesänderung, mit der die Gehälter und Renten neu geregelt werden sollten, sondern auch gegen die schlechte medizinische Versorgung, den miserablen Rechtsbeistand und die allgemeine prekäre Versorgungslage. Als die Bergarbeiter schließlich Parteifunktionäre, die eigentlich gekommen waren, um die Gemüter zu beruhigen, in Geiselhaft nahmen, konnten sie eine Forderung durchsetzen: Ceausescu erschien vor Ort. Auf diesem »Arbeitsbesuch« wurde der Diktator zum ersten Mal ausgebuht. Dies kam die Streikenden allerdings teuer zu stehen: Die Anführer wurden verhaftet und Hunderte von den Minenarbeitern in andere rumänische Bergwerke zwangsversetzt. Die Regierung ließ sie durch Soldaten ersetzen, von denen allerdings viele desertierten. In der nordwestrumänischen Region Maramures kam es 1983 zu einer weiteren Protestbewegung von Minenarbeitern, allerdings in einem bescheideneren Rahmen.

Im März 1979 gründeten Ion Cana und Gheorghe Brasoveanu in Bukarest eine *Freie Rumänische Arbeitergewerkschaft.* In anderen Städten des Landes wurden entsprechende Filialen eingerichtet. Trotz ihrer kurzen Existenz - die Initiatoren und viele Mitglieder wurden umgehend verhaftet und voneinander isoliert - brachte es diese Gewerkschaft auf über 2000 Beitrittsgesuche. Vermutlich als Reaktion auf diesen Mißerfolg versuchten im August und September 1980 eine Reihe von Leuten, die Solidarnosc-Bewegung zu unterstützen, was Paul Goma ja bereits 1977 getan hatte.

Der Widerstand über die Kultur ist eine altbewährte Form des Protests. Die demokratisch gesinnten Intellektuellen und

scan & corr by rz 11/2008

allen voran die Schriftsteller sprechen ihr Publikum in einer metaphorischen Sprache an, die die Schranken der Zensur überwinden kann. Manche Schriftsteller, Maler (Cornelin Baba) oder Regisseure (Liviu Cinlei, Lucian Pintilie) wurden zu regelrechten Symbolen des Widerstands. Ihre Bücher wurden zum Teil in beeindruckend hohen Auflagenzahlen gedruckt, und die Zeitschriften, in denen sie ihre Texte veröffentlichten, wurden vervielfältigt und oft in ungenehmigten Kopien unter dem Ladentisch an die Leute gebracht. Von Zeit zu Zeit unterlagen die Schriftsteller einem Publikationsverbot und wurden als Verdächtige überwacht. Ihre Werke durften nicht in den Schulbüchern abgedruckt werden und wurden sogar aus den Bibliotheksbeständen entfernt. Die Schauspiele dieser Schriftsteller unterlagen einem Aufführungsverbot.

In den achtziger Jahren wurden von rumänischen Intellektuellen auch offene Protestbriefe verfaßt, die von westlichen Radiosendern in rumänischer Sprache ausgestrahlt oder in westlichen Zeitungen veröffentlicht wurden. Daraufhin gingen die rumänischen Behörden gegen diese Autoren vor. Doina Cornea von der philologischen Fakultät der Universität Cluj schrieb zwischen 1982 und 1989 zahlreiche offene Briefe an Nicolae Ceau§escu und präsentierte so eine kritische Analyse der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik des Diktators. In Anbetracht der brutalen Repression, mit der die Machthaber auf diese Aktion reagierten, solidarisierten sich Dutzende von Intellektuellen und Arbeitern mit dieser Universitätsdozentin. Auch Ion (Oni) Brätianu, der Sohn von Constantin I. C. Brätianu, dem letzten Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei, richtete mehrere kritische Briefe an Ceau§escu und zog so den Zorn der Regierung auf sich. Mehrere orthodoxe Priester und Kulturschaffende protestierten in ihren Briefen an den Diktator gegen den Abriß von Kirchenbauten.

scan & corr by rz 11/2008

In den achtziger Jahren faßte die Protestbewegung auch im Arbeitermilieu Fuß. Dazu gehörte auch die 1983 von Dumitru luga, einem Techniker des Rumänischen Fernsehens, und sechs anderen jungen Leuten gegründete *Bewegung für Freiheit und soziale Gerechtigkeit.* Sie wurden alle verhaftet und wegen »Störung der sozialen Ordnung« zu Freiheitsstrafen von bis zu 12 Jahren verurteilt. Am 1. Februar 1987 wurde im Bahnbetriebswerk Nicolina in Iasl eine Protestkundgebung organisiert. Im Anschluß daran kam es in den Straßen der Stadt zu Studentenunruhen. Am 15. November des gleichen Jahres fand in Brasov eine große Arbeiterkundgebung statt. Tausende von Arbeitern des Betriebs Steagul rosu (Rote Fahne) marschierten durch die Stadt und skandierten Parolen gegen Ceausescu und das kommunistische Regime. Anschließend stürmten und verwüsteten sie das Gebäude des Bezirkskomitees der Partei. Das Porträt des Diktators wurde vor dem Parteigebäude verbrannt. Folge: 62 Arbeiter wurden verhaftet und in andere Städte des Landes zwangsversetzt.

Für die Verteilung von Flugblättern ließ man sich damals einiges einfallen: Man klebte sie an die Scheiben von Telefonzellen oder warf sie von den Terrassen geeigneter Wohngebäude, man zeichnete Graffiti politischen Inhalts, oder man präparierte Reisekoffer mit Calciumkarbid, die bei der anschließenden Explosion Flugblätter freisetzten. Auch Hunde, die auf ihrem Fell politische Parolen trugen, wurden gesichtet. Mehrere Menschen wurden verhaftet, weil sie auf solche Weise ihre oppositionelle Haltung zum Ausdruck brachten. Man verurteilte sie zu Freiheitsstrafen zwischen sechs und zehn Jahren. Zu ihnen gehörte auch Radu Filipu, der die Briefkästen von Bukarest mit Tausenden von Flugblättern gegen Nicolae Ceausescu gefüllt hatte. Er hatte zu einer offenen Solidarität gegen den Diktator aufgerufen.

Man sollte übrigens nicht vergessen, daß im kommunistisch regierten Rumänien nur die in rumänischer Sprache

scan & corr by rz 11/2008

sendenden westlichen Radiogesellschaften unverfälschte Informationen lieferten: Radio Free Europe, BBC, Deutsche Welle und die Stimme Amerikas. Die Sendungen von Noel Bernard und Vlad Georgescu, die beide nacheinander Radio Free Europe leiteten und unter mysteriösen, wahrscheinlich von der Securitate ferngesteuerten Umständen ums Leben kamen, oder die Kommentare von Monica Lovinescu und Virgil Ierunca mit ihren brillanten Stellungnahmen zu kulturellen und politischen Fragen sowie die Beiträge unzähliger Exilrumänen, die im Westen bei den internationalen Medien arbeiteten, … mit alldem konnte man sich in Rumänien trotz der fehlenden Informationen auf dem laufenden halten, in Anbetracht des Terrors und der Lüge des Regimes einen selbstkritischen Geist entwickeln und auf die Kraft der intellektuellen Solidarität hoffen.

Als am 14. September 1989 in Iasi eine erste Demonstration gegen das Regime stattfand, wurde sie von den Ordnungskräften unverzüglich aufgelöst. Zwei Tage später kam es auch in Temeswar (Timisoara) zu einer Revolte. Fazit: Mehrere Dutzend Tote, Hunderte von Verletzten und zahlreiche Verhaftungen. Am 21. Dezember sprang der Revolutionsfunke auf Bukarest und andere rumänische Städte über. Am 22. Dezember brach die Diktatur von Ceausescu in sich zusammen. Die *Nationale Heilsfront* übernahm die Regierungsgewalt und leitete einen neokommunistischen Übergang ein. Diese Veränderung kostete rund 1100 Menschen das Leben.

Der Sturz von Nicolae Ceausescu bedeutete für Rumänien das Ende eines langen Alptraums. Mit dem Diktator verschwand auch das kommunistische Regime. Es hatte 45 Jahre lang in Rumänien gewütet. Dementsprechend tief sind die Spuren, die es in der rumänischen Gesellschaft hinterlassen hat. Die kommunistische Partei und die Securitate wurden zwar aufgelöst, in den Köpfen der Menschen leben die beiden

scan & corr by rz 11/2008

Institutionen jedoch fort. Die Funktionäre und Beamten von gestern bildeten sich politisch weiter, und zwar sowohl im linken als auch im rechten Spektrum. Sie sicherten sich die Wirtschaftsmacht und reüssieren nun in den acht (sie) Geheimdiensten des Landes.

Die demokratischen Errungenschaften der letzten elf Jahre sind nicht zu bestreiten. Endlich können sich die Rumänen in der Politik engagieren, frei reisen und ihre Meinung äußern - auch wenn mehrere Fälle bekannt sind, in denen Journalisten verurteilt wurden, weil sie sich in ihren Artikeln zu weit vorgewagt hatten. Es ist jedoch zweifellos schwierig, mit der alten Mannschaft neue politische Wege zu gehen. Dies ist sicherlich auch der Grund, warum manche Ausführungen der amtierenden Politiker, angefangen beim Präsidenten Ion Iliescu - ganz gleich ob es nun um das Privateigentum, die liberale Wirtschaft, die kritische Haltung zur kommunistischen Vergangenheit oder um die Beziehungen zum Westen geht -, zum Teil in ärgerlicher Weise an die offiziellen Reden der fünfziger Jahre erinnern.

Rumänien ist zwar kein kommunistisches Land mehr, aber die Kommunisten regieren es immer noch. Seit elf Jahren verhindern sie, daß die Verantwortlichen der Securitate, die Folterknechte und Mörder des ehemaligen Konzentrationslagersystems namentlich bekanntgegeben und vor Gericht gestellt werden. Sie verzögern die Öffnung der Archive und setzen für sich und ihre ehemaligen Komplizen eine definitive Straffreiheit durch. Ihr Regime erinnert einerseits an die leninistische NEP, andererseits an den »am Markt orientierten Sozialismus« chinesischen Zuschnitts und ist geprägt von einem eisernen Willen, die Altlasten zu vergessen. Das so an seine Vergangenheit gefesselte Rumänien bewegt sich nur schwerfällig in Richtung Zukunft, eine Zukunft, die einmal mehr als »glänzend« verherrlicht wird.

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 7

Die griechischen Opfer des Kommunismus

von Ilios Yannakakis

In der Verbrechens-, Terror- und Repressionsgeschichte des Kommunismus nehmen die griechischen Opfer einen besonderen Platz ein: Sie haben zu Zehntausenden die kriminelle Gewalt dieses totalitären Systems an Leib und Seele erlitten, und zwar sowohl in Griechenland, wo es der Griechischen Kommunistischen Partei (KPG) trotz eines schweren Bürgerkriegs nie gelang, sich des Staates zu bemächtigen, als auch im osteuropäischen Exil (einschließlich der UdSSR). Die kommunistische Unterdrückung forderte von den schon lange in der russischen Diaspora lebenden Griechen einen hohen Tribut[1]. Sie teilten das Leid mit der übrigen Bevölkerung der UdSSR. Alle Schichten waren betroffen: Bauern, Arbeiter, Geschäftsleute, Angestellte, Intellektuelle, Mitglieder der kommunistischen Partei oder »Parteilose« … Sie alle erlitten das gleiche Schicksal. Zu Zehntausenden wurden die Menschen in das hinterste Zentralasien oder nach Sibirien deportiert. Andere wurden inhaftiert oder erschossen. Bis heute ist die genaue Zahl der Opfer nicht bekannt.

Die Tragödie der in der UdSSR lebenden Griechen zeigt lediglich eine Seite des kriminellen Charakters des totalitären

scan & corr by rz 11/2008

kommunistischen Systems. Die andere betrifft die Unterdrückung, die direkt von der KPG ausging. Über Jahre hinweg führte diese Partei einen blutigen Machtkampf, mußte jedoch stets Niederlagen hinnehmen. Ungeachtet dieser Rückschläge konnte sie in den Gebieten, in denen ihr aus historischen Gründen die Vorreiterrolle sicher war, ihre totalitäre Macht entfalten.

Zwischen 1936 und 1940, unter der Diktatur von Metaxas, setzte die KPG ihre Terrorpolitik auch gegen nonkonforme Parteimitglieder und Sympathisanten ein. Zahlreich sind die Zeugnisse von der Willkür und der Grausamkeit des Parteiapparats. Im Zweiten Weltkrieg, während der dreifachen - nämlich italienischen, deutschen und bulgarischen - Besetzung, herrschte die KPG unangefochten über das weite gebirgige Hinterland: Dieses sogenannte »Freie Griechenland« war eine Vorwegnahme jener Volksdemokratien, die nach Kriegsende in allen Ländern des Ostens eingeführt wurden.

Die Kommunistische Partei setzte sich als herrschende Kraft durch und drängte die anderen Parteien in eine unterlegene Rolle.

Von 1945 bis 1948 besaß die KPG auch die absolute Kontrolle über das in der jugoslawischen Wojwodina gelegene Bulkes. Tausende von Männern und Frauen, die *Andartes* der nationalen Befreiungsarmee (ELAS) und Mitglieder der KPG, flüchteten sich auf Anordnung der Partei nach Bulkes, wo unverhüllt ein totalitäres Regime herrschte. Ein griechisches Gebiet außerhalb Griechenlands, ein fiktiver Kleinstaat, eine Art Versuchsmodell für ein künftiges kommunistisches Griechenland. Die sogenannte »Montagne« erstreckte sich in einem Kreisbogen von Eperi bis nach Thrakien und kannte keine gesetzmäßige Rechtsprechung. Für die KPG und ihren bewaffneten Flügel, die Demokratische Armee (DA), war die von ihr kontrollierte »Montagne« in Anbetracht des totalen Kriegs ein kommunistischer Kleinstaat.

scan & corr by rz 11/2008

Obgleich die KPG den Kampf um die Macht in Griechenland endgültig verloren hatte, war sie nach dem Bürgerkrieg paradoxerweise die führende Gruppe einer von Ostdeutschland bis nach Usbekistan verstreuten griechischen Bevölkerung. Auch hier zwang sie den Flüchtlingsmassen ihr Gesetz auf. Sie betrachtete sich als die allmächtige Partei an der Spitze eines griechischen »Staates«, dessen Mitglieder sich ihr im Alltagsleben und in der Zukunftsgestaltung zu unterwerfen hatten. Der vom Bürgerkrieg traumatisierten Bevölkerung zwang die KPG hemmungslos ihre Politik der Willkür und Unterdrückung auf.

In Anbetracht der tragischen Repression, die die Griechen durch den Kommunismus erfahren haben, stellen diese kurzlebigen Partei-Staaten einen Widerspruch in sich selbst dar. Denn die KPG war innerhalb der kommunistischen Bewegung eine der wenigen Parteien, die trotz ihrer beträchtlichen Macht über einen Teil der Bevölkerung nicht über das geringste legale oder legitime Mittel verfügte. Sie berief sich auf fiktive, angeblich legale Rechte. Diese scheinbare Legitimität machte das Schicksal der Opfer ganz besonders tragisch.

Die Tragödie der griechischen Gemeinschaften in der UdSSR

Nach der Volkszählung von 1919 lebten 593700 Griechen in den Städten Nikolajew, Odessa und Mariupol, am Kuban im Nordkaukasus, an den Küsten des Schwarzen und Asowschen Meeres und in Transkaukasien. Während des Bürgerkrieges von 1914-1921, der im russischen Süden ganz besonders heftig tobte, war die griechische Bevölkerung nicht vor den Gewalttaten der gegen die Weiße Armee kämpfenden Bolschewisten geschützt. Am 10. März 1919 wurden die in Cherson lebenden Griechen wegen ihrer angeblichen Zusammen-

scan & corr by rz 11/2008

arbeit mit den allierten Streitkräften von Einheiten der Roten Armee niedergemetzelt. Als die Rote Armee Odessa verließ, flüchteten Tausende von Griechen aus Furcht vor neuen Massakern nach Griechenland oder Rumänien.

Tausende von Menschen flohen vor der Hungersnot aus der Ukraine in den Kaukasus; trotzdem erlagen viele von ihnen dem Hungertod. 7000 bis 8000 bürgerlichen Griechen wurden die Nahrungsmittel verweigert. Die verwaisten Kinder dieser verhungerten Eltern entwickelten sich zu sogenannten *Bezprisorni:* vagabundierende Kinder, die sich zu wilden Banden zusammenschlössen. Es sind die Jahre der Bürgerkriegswirren, der ersten großen Hungersnöte, der Plünderung des Besitzes durch die kommunistische Macht, der Verhaftung von Dutzenden von Adligen, der Todesurteile. Etwa die Hälfte der griechischen Bevölkerung Rußlands floh. Die Volkszählung von 1926 erfaßte nur noch 213765 Griechen.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre paßten sich die Griechen - so gut es ging - den neuen Lebensbedingungen an. Trotz des Drucks der Behörden, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, behielten viele die griechische Staatszugehörigkeit. Andere wurden Sowjetbürger griechischer Nationalität. Einige tausend wählten den Status »staatenlos«. Die Auswanderungswelle hielt unvermindert an. Tausende griechischer Herkunft bekamen die Erlaubnis, die Sowjetunion zu verlassen. Auch Dutzende von denen, die nach Sibirien verschickt oder aus unterschiedlichen Gründen zu Haftstrafen verurteilt worden waren, wurden nach Griechenland abgeschoben. Im Gegenzug durften rund tausend Armenier sich in der Sowjetrepublik Armenien ansiedeln. In den spätem zwanziger Jahren nahm die griechische Auswanderungswelle allerdings ab. Die Sowjetunion schloß ihre Grenzen mehr und mehr.

Auch die Zwangskollektivierung machte vor den griechi-

scan & corr by rz 11/2008

sehen Bauern nicht halt. Da sie sich der bäuerlichen Tradition verbunden fühlten, widerstrebte es ihnen, den Kolchosen beizutreten. Als »Kulaken« erlitten sie das gleiche Schicksal wie Millionen andere Bauern in der Sowjetunion: Deportation der Familien nach Sibirien und Zentralasien, Plünderung ihrer Habe und Einweisung in die Arbeitslager der Polarregion. Die griechische Bevölkerung der Krim, des Kubangebietes, des südlichen Rußlands und Abchasiens litt ganz besonders unter dem Terror der Kollektivierung.

Die von der KPdSU in den Jahren 1932/33 in der Ukraine organisierte Hungersnot dehnte sich auch auf das südliche Rußland aus. Daher waren davon zahlreiche Griechen mit Hunderten von Kindern betroffen. Ganze Familien suchten Zuflucht bei den griechischen Gemeinden des Kaukasus, wo die Repressionen weniger hart waren. Andere wurden wegen ihrer angeblich von der griechischen Botschaft in Moskau dirigierten konterrevolutionären Aktivitäten verhaftet, zu härtester Zwangsarbeit verurteilt und an unwirtliche Orte in Zentralasien deportiert. Die Griechische Botschaft hatte Hunderte von Verhaftungen registriert und erreichte in einigen Fällen die Freilassung der Opfer[2].

Die Zahl der verhafteten, zu Lagerhaft verurteilten und deportierten Griechen stieg in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre an. Hauptsächlich betroffen waren Bauern, denen vorgeworfen wurde, den Produktionsplan beim Getreideanbau nicht erfüllt zu haben. Zuverlässigen Zeugnissen zufolge handelt es sich um insgesamt mehrere Tausend Opfer, denn ihre ganzen Familien wurden deportiert. An der Glaubwürdigkeit besteht kein Zweifel, denn die diplomatischen Unterlagen wurden bis nach Moskau weitergeleitet. Die Zusammenstellung und Übermittlung von Informationen an die Botschaften war allerdings schwierig, denn die westlichen Diplomaten wurden regelrecht abgeriegelt.

Im Zuge des »Großen Terrors«, der in den Jahren 1937/38

scan & corr by rz 11/2008

die gesamte Sowjetunion erfaßte, sah man in den nationalen Minderheiten Brückenköpfe des äußeren Feindes, die nur dem Umsturz dienten. Man beschuldigte die in der Sowjetunion lebenden Griechen als »antisozialistische Elemente«, die den »Monarcho-Faschisten der Diktatur Metaxas« dienen, Spionage betreiben und den Aufbau einer autonomen griechischen Republik planen. Folge: Erneut wurden Tausende von Griechen verhaftet und verschwanden für immer in den Straflagern. In der Ukraine, im südlichen Rußland, in Abchasien, in Georgien und im Kubangebiet führte der NKWD Massenverhaftungen durch. Allein im Donbassbecken wurden in den Jahren 1937/38 3628 Griechen verhaftet. Davon wurden 3470 getötet und die verbleibenden 158 zu fünf oder zehn Jahren Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern verurteilt. Zahlreiche griechische Familien aus dem Kubangebiet wurden nach Zentralasien und nach Sibirien deportiert[3]. Ab 1937 wurden die Kleinkinder dieser »Volksfeinde« ihren Eltern entrissen und in eigens zu diesem Zweck eingerichtete Waisenhäuser eingewiesen. Die Jugendlichen ab 15 Jahren wurden aufrührerischer Aktivitäten beschuldigt und erschossen. Die Schicht der griechischen Intellektuellen wurde fast völlig ausgelöscht: Journalisten, Akademiker, Lehrer der Grund- und Sekundarstufe, Studenten, Künstler, Schriftsteller und Kleriker wurden umgebracht oder deportiert[4]. 1938 wurden nicht nur die griechischen Schulen, sondern auch die Technische Hochschule von Suchumi und das griechische Pädagogische Institut von den Behörden geschlossen. Auch die Verlagshäuser verschwanden. Sämtliche Aktivitäten wurden eingeschränkt und schließlich ganz unterbunden. Jegliche Verbindung zu Griechenland galt als Verbrechen oder Spionageakt, auch der Briefkontakt.

Eine genaue Zahl der griechischen Opfer des Großen Terrors ist schwer auszumachen. Laut sowjetischen Quellen wurden beispielsweise 70 Prozent der erwachsenen männlichen

scan & corr by rz 11/2008

Bevölkerung der Region Sotschi verhaftet. Die meisten wurden erschossen. Den Schätzungen mehrerer Quellen zufolge sollen es rund 50000 Opfer gewesen sein.

Im Laufe des Jahres 1939 wurden die Massendeportationen der griechischen Bevölkerungsgruppen in die nordischen Gulags und nach Zentralasien vorübergehend eingestellt. Bereits mit dem Kriegseintritt der UdSSR kam es jedoch erneut zu Massenverfolgungen. Zuerst betroffen waren die nationalen Minderheiten, insbesondere diejenigen, die in Südrußland und im Kaukasus lebten. Ab 1941 wurden die Griechen der Region Kerch (Krim) nach Alma-Ata (Kasachstan) deportiert. 1942 wurde ein Teil der griechischen Bevölkerung von Südrußland auch nach Kasachstan und ins sibirische Krasnojarsk deportiert.

Während des Krieges verhielt sich die griechische Bevölkerung trotz der vorausgegangenen Verfolgungen gegenüber der Sowjetmacht loyal. Auf der Krim beteiligten sich die Griechen sogar auf Seiten der Sowjetarmee und in den Reihen der Partisanen an den Kampfhandlungen und fielen zu Tausenden auf dem Schlachtfeld. Die Zivilbevölkerung leistete mit Millionen von Rubeln einen erheblichen Beitrag zur Verteidigung des Landes. Im besetzten Kubangebiet zerstören die Deutschen die landwirtschaftlichen Einrichtungen und Wohnhäuser der griechischen Dörfer und vollenden damit die mit dem Großen Terror begonnene Verwüstung.

Trotzdem setzten mit der Befreiung durch die Sowjetarmee die Verfolgungen erneut ein. 1944 wurden 16373 Griechen aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan deportiert, die meisten ins südliche Kasachstan[5].

Auch nach der Befreiung der Halbinsel Krim begannen die sowjetischen Behörden mit der Deportation der ethnischen Minderheiten. Die griechische Bevölkerung erlitt dasselbe Schicksal wie die Tataren, Türken, Iraner und alle anderen ur-

scan & corr by rz 11/2008

sprünglich in dieser Region ansässigen ethnischen Gruppen. Nach den Unterlagen des KGB wurden 14760 Griechen unter grauenvollen Bedingungen von der Krim nach Usbekistan und Sibirien deportiert[6]. 1946 kam es bei den Griechen der Krimregion zu einer zweiten Welle von Massendeportationen.

Im Juni und Juli 1949 wurden auch die Griechen Georgiens und der Region Krasnodar nach Usbekistan und Kasachstan deportiert. 4000 Personen der Region Batum und 12000 der Gegend Suchumi wurden nach Zentralasien verschleppt. Ungefähr 30000 Griechen des Kaukasus - teils mit griechischer, teils mit sowjetischer Staatsangehörigkeit - wurden in die Dürreregionen des südlichen Kasachstan deportiert. Auch 124 Griechen aus Odessa nahmen diesen Weg[7]. Die genaue Zahl der griechischen Deportationen nach Zentralasien läßt sich nicht bestimmen. Nach den Angaben verschiedener Quellen wurden vermutlich rund 50000 Personen aus Abchasien und 20000 aus Adscharien nach Zentralasien deportiert. Und dennoch findet sich im »Geheimbericht« Nikita Chruschtschows für den XX. Parteitag der KPdSU kein Hinweis auf diese Deportationen. Das gleiche gilt für den Bericht vor dem XXII. Parteitag. Während der mit dem XX. Parteitag einsetzenden Entspannung durften die Griechen jedoch ins Kubangebiet und in das südliche Rußland zurückkehren. Nicht wenige der Deportierten resignierten allerdings und blieben in Zentralasien. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion durften diese Bevölkerungsgruppen jedoch das Land endgültig verlassen und sich in Griechenland ansiedeln. Jedes Jahr kehren Zehntausende von Griechen in das Land ihrer Vorfahren zurück.

Paradoxerweise waren die im Untergrund arbeitenden kommunistischen Parteien die Hauptopfer des Großen Terrors der dreißiger Jahre. Viele von ihren Parteichefs und Funktionären, die bei der Komintern oder den unterschied-

scan & corr by rz 11/2008

lichsten Organen und Institutionen des Sowjetstaates gearbeitet hatten, wurden umgebracht oder deportiert. Auch in den Reihen der KPG gab es Opfer. Es bleibt jedoch schwierig, die genaue Zahl der erschossenen und in den Lagern verschwundenen Kommunisten zu ermitteln. Ihre Identität ist in den meisten Fällen bekannt, aber es gibt keine Auskünfte über die genauen Todesumstände. Nach den Mitteilungen von V. Bardziotas[8] wurden 300 griechische Kommunisten in der UdSSR liquidiert. Über Jahrzehnte hinweg hat die KPG diese Hinrichtungen der eigenen Aktivisten durch die Sowjets verschwiegen.

»Warum tötest du mich, Genosse?«[9]

Wie alle anderen kommunistischen Parteien hatte auch die KPG ihre eigenen Repressionsinstrumente. Die von einem Mitglied des Politbüros geleitete Abteilung der Gegenspionage mit ihren sorgfältig ausgewählten Aktivisten hatte den Auftrag, die des Verrats oder »sektiererischer Umtriebe« verdächtigten Parteimitglieder zu überwachen. Später wurde eine *Politische Organisation der Volkswachsamkeit* ins Leben gerufen. Offiziell handelte es sich um einen Ordnungsdienst, der Kundgebungsteilnehmer schützen sollte. In Wirklichkeit betrieb diese Organisation schmutzige Geschäfte, etwa die Hinrichtung von Oppositionellen, insbesondere von Trotzkisten, und hat schätzungsweise 1200 linksextreme Aktivisten liquidiert. Zahlreiche Massenhinrichtungen während der ersten Phase des Bürgerkrieges 1944-1945 gehen ebenfalls auf das Konto dieser Organisation.

In den Konzentrationslagern hatte die KPG-Führung zu Zeiten Metaxas' eine eigene Polizei, die ein Klima des Schreckens verbreitete und den Parteimitgliedern eine unerbittliche Disziplin aufzwang. Das Gefängnis von Akronauplia

scan & corr by rz 11/2008

beispielsweise war geradezu ein Modell des kommunistischen »Miniatur-Staates«[10].

In dem griechisch-kommunistischen Kleinstaat Bulkes (Jugoslawien) wütete ab 1945 eine Gruppe von Ordnungshütern, die sich nur vor der KPG-Führung zu verantworten hatte. Sie überwachte die Gefängnisse und ein auf einer Donauinsel eingerichtetes berühmt-berüchtigtes Konzentrationslager[11].

Während der zweiten Phase des Bürgerkrieges von 1947 bis 1949 organisierten die kommunistischen Streitkräfte, die sogenannte Demokratische Armee (DA), eine Abteilung der militärischen Sicherheit (YSA). Sie war der KPG-Führung unterstellt und übernahm die Rolle einer Politpolizei. Die YSA tötete Dutzende von Aktivisten. Zahlreiche andere wurden willkürlich verfolgt. Nicht selten wurden Mitglieder der DA auf griechischem Territorium gefangengenommen, nach Bulgarien gebracht und in den Lokalitäten der bulgarischen Politpolizei in Sofia von den Handlangern der YSA gefoltert. Während des Bürgerkrieges vollzog die DA Hunderte von Massenhinrichtungen.

Nach der Niederlage von 1949 verlegte die KPG ihren Hauptsitz nach Bukarest. In den Kellern richtete man Zellen ein, in denen man die verdächtigen Aktivisten strengsten Verhören unterzog. Die KPG verfügte in keinem anderen Land über eigene Inhaftierungseinrichtungen. Wie ein Geheimdokument des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes belegt, wollte die KPG 1950 neue Aktivistengruppen aufbauen. Dies untersagte die tschechoslowakische Obrigkeit.

Im folgenden ein äußerst signifikanter Fall: Hunderte von Offizieren und Soldaten der griechischen Regierungsarmee waren als Gefangene der Demokratischen Armee in die sozialistischen Länder verlegt worden; in der Tschechoslowakei arbeiteten sie auf den Baustellen und in den Fabriken der Regionen Olmütz, Ostrau und Brunn. Ein »streng vertrauliches« Dokument mit dem Stempel des Zentralkomitees der tsche-

scan & corr by rz 11/2008

choslowakischen Kommunistischen Partei belegt dieses Vorgehen. Es ist auf den 4. Juli 1952 datiert und an Karol Bacilek, den Minister der Staatssicherheit, gerichtet: »[…] Die Verantwortlichen für die Emigration der Bürger griechischer Nationalität in die Tschechoslowakei informieren uns darüber, daß die monarcho-faschistischen Gefangenen eine aufrührerische Demonstration vor der griechischen Botschaft vorbereiten, um ihre Rückkehr nach Griechenland zu fordern. Das Zentrum der Vorbereitungen zu dieser Demonstration liegt in Vyry. Die Gefangenen wollen sich in kleinen Gruppen nach Prag begeben und sich an einem noch unbekannten Ort treffen. Mit sozialistischem Gruß. Baramova[12].«

Der Privatsekretär des Ministers für Staatssicherheit informiert im Gegenzug die KPG über die strengen Vorschriften zur Überwachung der gefangenen Angehörigen der Regierungsarmee: »Die Abteilungen der Staatssicherheit in den Gebieten, in denen sich die griechischen Monarcho-Faschisten aufhalten, wurden angewiesen, eine verschärfte Überwachung durchzuführen. Wir haben jedoch keine Anzeichen des Protestes oder der Abreise nach Prag beobachtet. Die Staatssicherheit hat dennoch einen Plan zur Zusammenlegung der Monarcho-Faschisten vorbereitet und als dafür geeigneten Ort den Steinbruch von Jakubcovice in der Nähe von Opava ausgewählt. [...] Die Genossen der KPG sollen als Dolmetscher und Lagerverwalter eingesetzt werden und [...] inmitten der Monarcho-Faschisten Spionageaktivitäten wahrnehmen[13]«. Einige Monate später brachte man die griechischen Gefangenen in ein Gefängnis von Troppau. Von dort sollten sie in ein bei den Uranminen eingerichtetes Straflager verlegt werden. Im Zuge dieser »Aktion« wurden auch drei griechische Frauen verurteilt und in das Gefängnis der Stadt Pardubitz eingewiesen[14].

Zahlreiche politische Flüchtlinge haben auch versucht, mit der griechischen Botschaft in Prag Kontakt aufzunehmen, um

scan & corr by rz 11/2008

Pässe zur Ausreise aus der Tschechoslowakei zu bekommen. Den Akten der Generalprokuratur zufolge standen mehrere griechische Asylanten auch unter dem Verdacht, Kontakte mit ihrem Heimatland zu unterhalten, was streng verboten war. Auf Anweisung der KPG wurden sie verhaftet und zur Sicherheitsverwahrung in eigens dafür eingerichtete Lager in der schlesischen Bergregion gebracht. 82 Personen wurden vor Gericht gestellt und zu harten Strafen verurteilt. Das Parteimitgied Yemenidzis Trasivulas wurde als mutmaßlicher Anführer einer Gruppe von 300 Personen, die ihr Recht auf Rückkehr nach Griechenland einforderten, des Hochverrats und der Spionage beschuldigt und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Andere wurden mit drei- bis dreizehnjähriger Zwangsarbeit bestraft[15].

Die KPG hatte noch andere Repressionsmechanismen gegen die griechischen Emigranten parat: ein ganzes Netz von Parteispitzeln, das unter den Flüchtlingen agierte, informierte die Partei über deren Verhalten und Denkweise. Außerdem hatte die Partei auch Handlanger, die bei Bedarf mit physischen Mitteln die Differenzen mit den Abtrünningen »regelten«. Mit ihren fanatischen Aktivisten, den Spitzeln und Handlangern (den *»bravi«),* den Denunzianten und »Wachsamen« (den *»epagripnites«)* verfügte die KPG in den Mini-Staaten über wirksame Mittel für ihre Terrorpolitik gegenüber der abhängigen Bevölkerung. Das Spektrum der Unterdrückungsmethoden war recht groß. Die am häufigsten eingesetzten Mittel waren die Isolierung des Aktivisten und die politische Lynchjustiz. Es gab auch Sitzungen, auf denen Kritik und Selbstkritik geübt wurden: eine Art Tribunal, bei dem die reine Willkür triumphierte[16].

Mitglieder des Kaders, die sich mit der KPG überworfen hatten, wurden auf Befehl von I. Ioannidis und M. Papariggas grausam mißhandelt, so in Akronauplia, Thanasis Kapenis, Thanasis Gakis und Stamelakos. I. Ioannidis befahl auch die

scan & corr by rz 11/2008

Hinrichtung von Gakis und Kapernis durch die ELAS. Beide waren Widerstandskämpfer der ersten Stunde. Die KPG-Funktionäre Damaskopoulos Pandelis, Skafinas und Tsinieris Pandelis erlitten ein ähnliches Schicksal.

In der Zone des sogenannten »freien Griechenland«, das während der deutschen Besetzung von der KPG und der ELAS kontrolliert wurde, herrschte ebenfalls eine repressive Politik: Plünderung, Inhaftierung von »Verdächtigen« und die Vollstreckung von »Todesurteilen« gehörten zum Alltag. Auch hier ist die genaue Zahl der Opfer nur schwerlich auszumachen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Beziehung zwischen den Bewohnern dieser Regionen von Haß, persönlichen Schuldbegleichungen und blutigen Racheakten geprägt.

Die während dieser Kriegsjahre von der KPG praktizierte Repression war in jeder Hinsicht mit dem Vorgehen der jugoslawischen und albanischen Kommunisten in den jeweiligen freien Zonen vergleichbar. Auch der Widerstand gegen die Besatzer und der Bürgerkrieg waren in all diesen Ländern ähnlich.

Nachdem es 1945 in Karkiza zu einer Einigung zwischen der griechischen Regierung, der KPG und der ELAS gekommen war, flüchteten mehr als viertausend ELAS-Mitglieder mit Frauen und Kindern auf Befehl der kommunistischen Partei in das jugoslawische Bulkes, dem wohlhabenden Marktstädtchen in der Wojwodina, das vor dem Krieg von Deutschen bewohnt war und von daher einen österreichisch-ungarischen Charakter hat: schöne Steinhäuser, breite Straßen, Baumreihen, gepflasterte Bürgersteige. Die Deutschen wurden nach dem Krieg aus der Wojwodina ausgewiesen, und so war die Stadt leer. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens überließ diese Stadt und deren angrenzende Ländereien der KPG, die dort das Modell eines kommunistischen Mini-Staates aufbaute. Es gab sogar eine eigene Währung, die nur in die-

scan & corr by rz 11/2008

sem Territorium Gültigkeit besaß. Die Flüchtlinge arbeiteten dort als Landarbeiter oder in kleinen Manufakturbetrieben und Dienstleistungsunternehmen. Die Lebensbedingungen waren mühsam. Niemand durfte den Bulkes-Staat ohne Erlaubnis des KPG-Komitees verlassen. Die Partei überwachte alles und erstickte jede Form von Aufruhr im Keime.

Die YTO übernahm die Rolle der Politpolizei, die auch die Gefängnisse und das auf einer Donauinsel eingerichtete Lager kontrollierte. Sie folterte die Häftlinge, um Geständnisse zu erzwingen und führte auf Befehl des Parteikomitees Hinrichtungen durch. Tausende von Flüchtlingen kamen in dem Konzentrationslager ums Leben. Da es streng verboten war, die Existenz dieses Lagers anzusprechen, wurde es von den überlebenden Häftlingen zum Schutz vor ungebetenen Zuhörern das »Festival« genannt. Andere Kommunisten fanden in den Steinbrüchen den Tod[17]. In den Gefängnissen von Bulkes wurden die Gefangenen in Isolationshaft gehalten[18].

Michaiis Terzis-Pechtasidis, der maßgeblich für den Terror verantwortliche Sekretär des Parteikomitees von Bulkes, sollte später eine leitende Funktion im DA-Generalstab übernehmen, wurde aber - weil er viel zu viel wußte - auf Befehl der KPG-Führung ermordet.

Gegen Ende des Jahres 1948 wurde Bulkes schrittweise evakuiert. Zunächst wurden die Kinder, Lehrer und das Personal der Kinderheime nach Ungarn und in die Tschechoslowakei verschickt. Dann folgten die Erwachsenen, die auch auf andere sozialistische Länder verteilt wurden. In den Jahren 1950/51 wurden die »Bulkioten« zu Unrecht pauschal stigmatisiert. Die Bezeichnung »Bulkiot« wurde zum politischen Schimpfwort. Im Zuge der »Überprüfung der Karten« *(anakatagraphi,* worauf wir später noch zurückkommen werden) wurden die »Bulkioten« zur bevorzugten Zielscheibe der im Rahmen der Partei durchgeführten Säuberungsaktionen. Die eigentlichen Verantwortlichen für den in Bulkes or-

scan & corr by rz 11/2008

ganisierten Terror wurden von den höheren Parteiinstanzen gedeckt. Yanis Ioannidis und Petros Roussos, die die KPG in Jugoslawien vertraten, waren über die Situation in Bulkes bestens informiert. Menelaos Ypodimatopoulos, einer der Mörder von Michaiis Terzis-Pechtasidis, wurde später zum Leiter einer Gemeinde griechischer Emigranten im ungarischen Beloyannis berufen. Kurze Zeit darauf ernannte man ihn zum Präsidenten des griechischen Emigrantenverbandes in Ungarn, und als solcher war er Mitglied des KPG-Komitees[19].

Auch Offiziere und Kämpfer der Demokratischen Armee wurden während des Bürgerkrieges auf Befehl der KPG hingerichtet. Allein in Bulkes kamen rund 150 DA-Mitglieder ums Leben. Nicht weniger zahlreich sind auch die anonymen Opfer. Bei den blutigen Säuberungen des Bataillons Nikiforos in Thessalien-Rumelien starben mehrere Dutzend Menschen, viele von ihnen nach einer grausamen Folter.

Eine der blutigsten Säuberungen ereignete sich nach der Niederlage von 1949 in den Reihen der in Ost-Mazedonien und Thrakien operierenden siebten Division, die auf Befehl mit Waffen und Gepäck nach Bulgarien flüchtete. In der Annahme, daß die Kämpfe in wenigen Monaten wieder aufleben würden, hatte dieser Rückzug für die KPG-Führung nur einen provisorischen Charakter. Man beschloß deshalb, zur Provokation des Feindes kleine Einheiten in den Grenzgebieten zu belassen. Da man der siebten Division jedoch die Deckung von Spionen zutraute, sollte sie zuvor von »Unruheelementen« und »Defätisten« gesäubert werden. Mehr als dreihundert Mann wurden verhaftet und grauenvoll gefoltert, sowohl in Griechenland als auch in Bulgarien, wohin sie nach der Niederlage verlegt worden waren. Auch bei den Einheiten, die nach der Niederlage auf griechischem Territorium geblieben waren, wurden 30 Kämpfer - darunter drei oder vier Frauen - verhaftet und in den Verstecken der DA barbarisch gefoltert. Sie wurden nach Bulgarien gebracht und in den Lo-

scan & corr by rz 11/2008

kalitäten, welche die Kommunistische Partei Bulgariens der KPG zur Verfügung gestellt hatte, gefangengehalten und zur Erzwingung von Geständnissen brutal gefoltert. Die Verhöre wurden von Griechen und bulgarischen Spezialisten durchgeführt, die zwei Mitgliedern des KPG-Politbüros unterstanden: Dimitris Vlandas und Apostolos Grozos. Mehrere Kämpfer der siebten Division wurden auch ohne Verurteilung in das Konzentrationslager auf der Donauinsel Belene - die sogenannte Teufelsinsel - gebracht.

Wer auf dem Marsch der 1200 DA-Freiwilligen von Rumelien nach Grammos zurückblieb, wurde auf Befehl des KPG-Politbüromitglieds Gousias kaltblütig niedergemacht. Zweiundachtzig junge Freiwillige fielen den Kugeln ihrer Genossen zum Opfer.

In den Dörfern, in die sich die Kämpfer der DA zurückgezogen hatten, herrschte nach zahlreichen Aussagen eine Atmosphäre des Terrors. Die Zwangsrekrutierung der Jugendlichen (auch Mädchen) für die kämpfenden Einheiten oder für den Dienst in der Intendanz, die willkürlichen Beschlagnahmungen, das Entführen von Kindern unter dem Vorwand, sie vor den Bombenangriffen schützen zu wollen, sowie andere Greueltaten sorgten schließlich für einen Sinneswandel. Die Menschen änderten ihre Haltung gegenüber dem Kommunismus[20]. Das Ende des Bürgerkriegs war für die KPG auch eine moralische Niederlage.

Die Unterdrückung der nach Osteuropa ausgewanderten Griechen

Nach der militärischen Niederlage der KPG im September 1949 waren 80000 bis 100000 Menschen in die kommunistischen Länder geflüchtet. Diese kamen überwiegend aus stark benachteiligten Gebieten und waren oft gegen ihren Willen in

scan & corr by rz 11/2008

die Bürgerkriegswirren hineingezogen worden. In allem, was das tägliche Leben betraf, waren sie von der KPG abhängig: Arbeit, Wohnung, Reiseberechtigung innerhalb des Landes usw. In den ersten Jahren wurden sie sogar von ihren Kindern getrennt, deren Erziehung man der Partei überließ und die nur mit Erlaubnis der örtlichen Komitees besucht werden durften. In den Heimen wurden diese Kinder im kommunistischen Sinne erzogen, d. h. man vermittelte ihnen die heroische Rolle der Partei während des Bürgerkriegs. Die Flüchtlinge unterlagen einer strikt ideologischen Kontrolle und waren vom Geschehen in Griechenland abgeschnitten. Sie befanden sich unvermittelt in einer kulturell und sozial fremden Welt und mußten häufig ganz abrupt ihr Bauernleben gegen den Alltag eines Fabrikarbeiters eintauschen. Alternativen und Möglichkeiten der Bewegungsfreiheit fehlten völlig: Die Macht der Partei über die in allen kommunistischen Ländern verstreut lebenden Flüchtlinge kannte keine Grenzen.

In den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren sorgten die herrschenden kommunistischen Parteien in den »Volksdemokratien« für eine blutige Massenunterdrückung. Es war die Zeit der politischen Prozesse, in denen Hunderte von unschuldigen Menschen hart verurteilt wurden.

Im Exil fügte sich die KPG zwanglos in das totalitäre System, aus dem sie historisch ja auch hervorgegangen war. Wie die Bruderparteien führte sie unter ihren Aktivisten eine breitangelegte Säuberung durch. Stichwort: *Anakatagraphi.* Eine Art Partei-Tribunal, bei dem man den Parteimitgliedern abwechselnd Fragen stellte, die von den Verantwortlichen vorbereitet waren. Doch das Schicksal der Aktivisten entschied sich nicht da, sondern in den geheimen Versammlungen des Parteikomitees, das auch die Liste der Auszuschließenden erstellte. Auf diese Weise wurden Hunderte von Aktivisten aus der Partei ausgestoßen, der sie ihr Leben gewidmet hatten. Selbst die »Parteilosen« waren von dieser Hexenjagd nicht

scan & corr by rz 11/2008

ausgenommen. Die tägliche Repression betraf alle. Unter fadenscheinigem Vorwand wurden Hunderte von Personen zur Entwicklung des »Klassenbewußtseins« in die »Produktion« geschickt. Auch die Kriegsversehrten wurden trotz ihrer Schwäche in der Schwerindustrie beschäftigt, wo man ihnen mühevolle Aufgaben zuwies. Im repressiven kommunistischen System war die Fabrikarbeit eine Umerziehungs- und Bestrafungsmaßnahme.

Selbst Parteifunktionäre wurden fortlaufend aus der KPG ausgeschlossen. Wer politisch geächtet war, verlor von einem Tag auf den anderen seine Macht und Privilegien. Die meisten wurden in entlegenen Regionen in die »Produktion« geschickt. Auch ihre Anhänger waren in der Folge Opfer eines Parteiausschlusses. Die KPG und mit ihr alle Emigranten befanden sich in einer ständigen Aufruhrbewegung: Diejenigen, die an die Macht kamen, bekämpften ihre Feinde. Zuvor schlössen sie jedoch auch diejenigen aus, die sie bisher an sich gebunden hatten: die Anhänger von Nikos Zachariadis (früherer Generalsekretär der KPG) gegen die von Markos Vafiadis (Ex-General der Demokratischen Armee, von Zachariadis seinen Ämtern enthoben) und Dimitri Partsalidis (Mitglied des Politbüros, Parteiausschluß 1950), die Anhänger Koliyannis' gegen die von Florakis (zwei Hauptführer der CPG) usw. Die Partei ließ die eifrigsten Aktivisten verschiedener Fraktionen von der örtlichen Polizei verhaften und schickte sie in die entlegensten Winkel in die Verbannung, in die UdSSR, nach Ungarn oder Polen. Wieder andere verloren ihre Arbeit und die damit verbundenen Vorteile. Einige wurden von ihren Feinden sogar körperlich bedroht. Tausende von Emigranten verfingen sich in dem Netz der internen Kämpfe der KPG, und spürten deren Auswirkungen selbst in ihrem Alltagsleben[21].

Die sukzessiven Säuberungen im Führungsbereich der KPG zeigen, wie wenig Brüderlichkeit, Loyalität oder Ver-

scan & corr by rz 11/2008

trauen zwischen den hochrangigen Funktionären herrschte. Sie begegneten einander mit Haß und Eifersucht[22]. Markos Vafiadis, Dimitri Partsalidis, Nikos Zachariadis, Vasilis Baradziotas, Dimitris Vlandas, F. Vonditsios Gousias, Kostas Koliyannis - um nur einige zu nennen - beschuldigten sich gegenseitig der schlimmsten »politisch kriminellen« Abweichungen und bezeichneten sich gegenseitig sogar als »Agenten des Feindes«. Jeder war in den Augen der anderen suspekt. Die »Affären« Siantos, Ploumbidis, Zachariadis zeugen von dieser ewigen Hexenjagd innerhalb der Partei. Auch der Parteifunktionär Kostas Karageorgis (bekannt unter dem Pseudonym Gyftodimos) wurde ihr Opfer: 1950 wurde er von den Sicherheitsorganen der KPG, die zu dieser Zeit von Kostas Koliyannis, dem zukünftigen Generalsekretär der Partei, geleitet wurden, und der Securitate nach Bukarest bestellt, wo er in einer Kellerzelle des Gefängnisses von der KPG-Führung, denen rumänische Agenten zur Seite standen, erbarmunglos verhört wurde. Schließlich brachte man ihn in das Gefängnis von Martzineni, wo er 1954 starb. Der genaue Zeitpunkt und die Umstände seines Todes sind immer noch nicht geklärt[23]. Mario Dimou, eine Redakteurin der Zeitung *Rizospastis* und frühere Mitarbeiterin von Karageorgis, wurde zur selben Zeit verhaftet und in Bukarest gefangengehalten.

30 ehemaligen Kämpfern der DA war es 1950 gelungen, das titoistische Jugoslawien heimlich zu verlassen. Sie flüchteten nach Rumänien, wo sie von der Securitate verhaftet und lange Jahre im Gefängnis von Martzineni festgehalten wurden, ohne daß die KPG sich um ihre Freilassung bemüht hätte.

Auch die Menschen, die über das Meer kamen, hinterließen eine tragische Spur in der Geschichte des Bürgerkriegs und der in die sozialistischen Länder ausgewanderten Griechen. Da die KPG über keine Reservisten mehr verfügte, wandte sie sich an die Griechen in der Diaspora und forderte

scan & corr by rz 11/2008

sie zu einem Engagement in der DA auf. Dutzende von Griechen, die sich in Ägypten, auf Zypern oder in den USA niedergelassen oder sich ihr Brot als Seefahrer auf den Weltmeeren verdient hatten, folgten diesem Appell und kamen, um sich in der DA zu engagieren. Die Seefahrer fanden sich nach dem Bürgerkrieg in Polen, Ungarn und der UdSSR wieder, wo sie von der Partei in die Kolchosen geschickt wurden. Der Wunsch, auf den Schiffen der kommunistischen Länder anheuern zu dürfen, wurde ihnen verweigert. Da sie jedoch hartnäckig blieben, forderte die KPG von den jeweiligen Ländern deren Verhaftung. Neunzehn Seefahrer wurden Ende 1950 in Taschkent festgenommen und zu Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt. Sie verbüßten diese Strafen in den Kerkern von Alexandrow und Wladimir und in den moldawischen und ukrainischen Zwangsarbeitslagern.

Nach ihrer Befreiung wurden fünf von ihnen auf die Insel Muinjak im Aralsee verbannt, wo sie auf griechische Flüchtlingsfamilien trafen, die dort ebenfalls ihre Strafen verbüßten[24].

In Ungarn deportierte man die Seeleute auf einen fernen landwirtschaftlichen Betrieb, um sie von den anderen Emigranten zu trennen. In Polen wurden sie kurzerhand ins Gefängnis geworfen[25].

In Kroscenko, in einer unwirtlichen Region des nordöstlichen Polens, unterhielt die KPG ein Kolchose-Lager, in dem vor allem slavo-mazedonische Oppositionelle gefangengehalten wurden. Die kommunistische Partei hatte eine Sicherheitstruppe zur Überwachung des Lagers aufgebaut. Die Bedingungen waren extrem: Vasilis Panos, der an der Spitze dieser Sicherheitspolizei stand, gab zu, daß zur Hinrichtung der Verurteilten keine Feuerwaffen eingesetzt wurden. Das Opfer wurde mit Stockschlägen schlichtweg zu Tode geprügelt[26].

Verfolgung, Deportation und Verhaftung gehörten für die

scan & corr by rz 11/2008

Emigranten in den kommunistischen Ländern zum Alltag. Dutzende von Lehrern wurden von der Schule gejagt. Auch die Intellektuellen und die Journalisten der Emigrationspresse waren regelmäßig von Säuberungsaktionen betroffen. 1956 brach in Taschkent nach der VI. Vollversammlung des KPG-Zentralkomitees - bei dem es zum Parteiaustritt des Ex-Generalsekretärs Nikos Zachariadis' kam - zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen; die Anhänger Zachariadis wehrten sich sogar körperlich gegen die Gefolgsleute der neuen Parteiführung; Es kam zu schweren Verletzungen. Die sowjetische Miliz intervenierte nicht. Sie schaute zu, wie sich die griechischen Kommunisten in ihren Wohnvierteln untereinander zerfleischten. Seither gilt Taschkent als Symbol für diesen »Bürgerkrieg« und für die bei der KPG vorherrschende Gewaltbereitschaft. Die sowjetischen Behörden haben - der Aufforderung der neuen Parteileitung folgend - Dutzende von griechischen Emigranten in das nördliche Kasachstan deportiert. Andere wurden zu jahrelanger Lagerhaft verurteilt. Auch in Ungarn, Bulgarien und Rumänien wurden griechische Emigranten zu Haftstrafen verurteilt, weil sie sich der KPG-Führung widersetzt hatten.

Wie beim Sowjetregime lösten auch bei der KPG die Phasen der Zuspitzung und Entspannung einander ab. Die Kurven der beiden Parteien verlaufen parallel: Der unbarmherzige Kampf innerhalb der KPdSU-Führung in den zwanziger Jahren findet seine Entsprechung im Kampf der KPG auf dem Weg zur »Bolschewisierung«. Die Verfemungen gegenüber denen, die ihnen Widerstand leisteten, sind auf beiden Seiten identisch. Der Terror unter Stalin in den dreißiger Jahren findet seinen Widerschein im Verhalten und in den mentalen Mustern der KPG-Führung. Die Ausweitung des Terrors in der UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entspricht der Taktik der KPG, die in den Jahren 1944 und 1956 ebenfalls gegen die Bevölkerung vorging. Als die Repression nach 1956 in der

scan & corr by rz 11/2008

UdSSR nachließ, entspannte sich auch die Politik gegenüber den griechischen Emigranten der sozialistischen Länder.

In den sechziger Jahren verlor die Exil-KPG in allen sozialistischen Ländern an Autorität und Prestige. In die Flügelkämpfe innerhalb der KPG griffen die Obrigkeiten dieser Länder jedoch nicht mehr ein. Als im August 1968 die Sowjettruppen in die Tschechoslowakei einfielen, hat die große Mehrheit der griechischen Exil-Kommunisten dies begeistert unterstützt. Nach dem griechischen Militär-Staatsstreich von 1967 spaltete sich die KPG in mehrere Fraktionen. Daraus gingen zwei kommunistische Parteien hervor: Die »Innere« und die »Äußere«. Beide wurden 1974 bei der Wiederherstellung der Demokratie als verfassungsmäßig anerkannt. Heute hat der griechische Kommunismus an Einfluß verloren, auch wenn seine ideologische Kraft den Zusammenbruch der KPG überlebt hat und nach wie vor die griechische Intelligenzija in ihrer Mentalität, ihrem Verhalten und ihrer Sprache prägt. Dies erklärt auch, warum die Geschichtsschreibung die Frage nach den unter der Regierung dieser Partei praktizierten Repressionen nur leise stellt. Die ganze Parteigeschichte ist geprägt von Gewalt und Willkür, von persönlichen und kollektiven Tragödien. Die Verantwortung dafür trägt die KPG. Terror und Unterdrückung sind wesentliche Merkmale der Rolle, welche die KPG als Einheitspartei spielen wollte.

scan & corr by rz 11/2008

KAPITEL 8

Togliatti und das schwere Erbe des italienischen Kommunismus

von Philippe Baillet

> Konzepte wie »rechts«, »links«, »demokratisch« oder »reaktionär« können für uns Marxisten keine Allgemeingültigkeit haben. Die Wahrheit ist immer relativ und hat einen konkreten Bezug. Dies gilt für jede Periode, ganz besonders jedoch für unsere Epoche[1].
>
> Andrei A. Schdanow, *Bericht für die erste Kominformkonferenz* vom 25. September 1947

Unsere Vorstellungen von Italien während des Kalten Krieges reduzieren sich oft auf die Streitereien zwischen Don Camillo und Peppone, getreu dem Stereotyp, daß sich in Italien dank der Vorliebe fürs Palavern letzten Endes alles von alleine regelt. Dabei vergißt man jedoch allzu gerne, daß »der Tendenz, den Antifaschismus zu einem grundsätzlichen Wesenszug der italienischen Gesellschaft zu erklären«, die Tatsache entgegensteht, daß der Kalte Krieg »in Italien zu einer heftigen inneren Auseinandersetzung führte, zu einem Mittelding zwischen ideologischem Streit und Bürgerkrieg«[2].

scan & corr by rz 11/2008

Man will immer noch nicht wahrhaben, daß Italien nach 1945 das einzige westeuropäische Land war, »in dem die stalinistische Linke stärker war als die demokratische Linke«[3]. Offensichtlich will man sich nur an die Zeit ab 1972 erinnern, als Enrico Berlinguer Generalsekretär war und man einen »Eurokommunismus« mit menschlichem, zivilisiertem und kultiviertem Gesicht propagierte. Im übrigen denkt man an Bologna, jene »rote und bürgerliche Stadt«, in der die PCI bereits vor dem endgültigen Niedergang des Faschismus genau dem von Togliatti definierten Parteienmodell der Zukunft entsprach: eine »neue Partei«, die nicht mehr eine Elite von Moskau ergebenen Berufsrevolutionären vertrat, sondern eine nationale und legale Massenpartei und schließlich sogar eine Regierungspartei.

Trotzdem ist die PCI - wie der bedeutende Historiker Renzo De Feiice kurz vor seinem Tod klar bestätigte - bis zum Ableben Togliattis im Jahre 1964 »immer eine stalinistische Partei gewesen, weder revolutionär noch reformistisch, sondern ein gewöhnliches Element des zur UdSSR gehörigen Systems[4]«. Togliatti selbst, der ja - wie wir noch sehen werden - einer der Hauptverantwortlichen für die Stalinisierung der internationalen kommunistischen Bewegung war, hat man schon sehr früh einer »Schönfärberei« unterzogen. Der *Petit Larousse Compact* beispielsweise verliert kein einziges Wort über seine »glanzvolle« Karriere vor 1945, berichtet aber, daß er sich »für eine Entstalinisierung und einen >Polyzentralismus< innerhalb der kommunistischen Bewegung«[5] stark gemacht hatte. Im übrigen verweisen wir auf Togliattis posthume Ehrung: 1964 wurde die Stadt Stawropol - auf halber Strecke zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer - nach ihm umbenannt.

Sich mit Togliatti näher zu beschäftigen lohnt sich schon allein deshalb, weil dieser Mann ohne Zweifel einer der größten

scan & corr by rz 11/2008

Akteure des vergangenen Jahrhunderts war. Am Ende seiner umfangreichen Biographie weist Aldo Agosti zunächst auf Eric Hobsbawm, Ernst Nolte und Francois Füret hin und erklärt dann, daß Togliatti »unbestritten eine der stärksten Persönlichkeiten des internationalen Kommunismus ist. Seine Regierungserfahrung ist zu jedem Zeitpunkt auf fatale Weise mit dem Nebeneinander von Faschismus und Antifaschismus verbunden. In dieser Hinsicht ist er eine der symbolträchtigsten Persönlichkeiten des europäischen Bürgerkriegs<«[6]. Um den gewaltigen Einfluß dessen, den seine Genossen *il Migliori* (dt: den Besten) nannten, deutlich zu machen, betont Agosti, daß trotz des 18 Jahre währenden Exils (davon zehn Jahre in der UdSSR) »seine Autorität als >Parteichef< zu keinem Zeitpunkt in Frage stand. Nie schwand seine entscheidende Einflußnahme auf das Auslandszentrum«[7] (Bezeichnung für die sich im Januar 1927 in Paris niederlassende Parteiführung, in Italien mußte sich die PCI damals nämlich in den Untergrund zurückziehen). Die ungewöhnlich lange Zeit, während der Togliatti - wie Stalin, sein Lehrer und Vorbild - ohne Unterbrechung die Partei führte, ist ebenso bezeichnend. Von 1926/27 bis 1964 stand er an der Spitze der PCI.

Wer war dieser Palmiro Togliatti? Am 26. März 1893 kam er in Genua als drittes von insgesamt vier Kindern zur Welt. Seine Familie lebte in äußerst bescheidenen Verhältnissen und stammte väterlicherseits aus einem Tal in der Nähe von Turin. Sein Vater Antonio kam aus einer armen Bauernfamilie und arbeitete als Lehrer. Er heiratete eine Kollegin - Teresa Viale -, die aus noch ärmlicheren Verhältnissen stammte und im Alter von sechs Jahren von einer reichen Turiner Familie adoptiert worden war. Togliatti war ein echter Sohn des Volkes. Seine Eltern mußten schwer bluten, um allen vier Kindern ein Studium finanzieren zu können. Sein Vorname war schon damals äußerst selten: Er bezieht sich auf die Palme, d.h. auf den Palmsonntag[8]. Auf Grund der häufigen

scan & corr by rz 11/2008

Versetzungen seines Vaters wanderte der junge Palmiro viel umher. 1911 starb der Vater vorzeitig an einem bösartigen Tumor. Noch im Oktober des gleichen Jahres machte Palmiro die Bekanntschaft von Antonio Gramsci und Angelo Tasca. Zur gleichen Zeit schrieb er sich in Turin an der juristischen Fakultät ein. Viel später erst erfahren wir von ihm selbst, daß er 1914 Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) gewesen war. Wegen einer starken Kurzsichtigkeit wurde Togliatti zunächst für wehruntauglich erklärt. Im April 1916 änderten sich jedoch die Musterungskriterien, und Togliatti wurde zum Militärdienst eingezogen. 1917 verbrachte er fünf Monate auf einer Offiziersschule.

Er war ein hervorragender Schüler und Student. Um 1912 »übersetzte er für seinen persönlichen Bedarf 150 Seiten aus Hegels *Phänomenologie des Geistes* vom Deutschen ins Italienische«[9]. Togliatti war kleinwüchsig und hatte feine Gesichtszüge, weshalb man ihn vor allem in der *Kommunistischen Internationalen* gerne voller Ironie den »Ercoli«[10] (dt. Herkules) nannte. Doch hinter dieser schmächtigen Statur steckten eine ungeheure Energie und ein bemerkenswerter Arbeitseifer. Seine Sprachbegabung kam ihm natürlich auch zugute, sowohl bei der Komintern als auch auf seinen vielen Arbeitsreisen. Schon bald gehörte Togliatti zur Redaktionsmannschaft der am 1. Mai 1919 in Turin gegründeten Zeitung *L Ordine Nuovo,* die ab 1921 sogar täglich erschien. Ende 1919 gab er seine Stelle als Rechts- und Wirtschaftslehrer bei einer Privatschule auf und widmete sich ganz der Redaktionsarbeit, und zwar für die Piemonteser Ausgabe der PSI-Tageszeitung *Avanti.* Dies - so Agosti - war der Startpunkt seiner Laufbahn als »Berufsrevolutionär«[11]. Togliatti war damals gerade einmal 26 Jahre alt. Schon sehr früh gab er sich als echter Leninist: Kühl, reserviert, berechnend und zynisch. Das Leben der Revolutionäre sei »eine Berufung und kein Beruf«[12], schreibt er am 8. März 1923. Im Februar 1926 ver-

scan & corr by rz 11/2008

ließ er Italien heimlich und brach alle Kontakte zu seiner Familie ab. Vom Tod seines 1938 verstorbenen Bruders erfuhr er erst nach der Befreiung Italiens von den Faschisten. Auch den Briefkontakt zu seiner Mutter brach er radikal ab. Sie starb 1932. In der Umgebung des Revolutionärs gab es mehrere Freundinnen, doch Togliatti war einzig und allein mit der Weltrevolution verheiratet.

Bereits 1920 - also vor der Gründung der PCI, die am 21. Januar 1921 als »Sektion der Kommunistischen Internationalen« ins Leben gerufen wurde - machte sich Togliatti für ein Parteikonzept stark, das Agosti als »offen jakobinisch« bezeichnet. Man kann es aber auch als unverkennbar bolschewistisch beschreiben. Togliatti selbst erklärt es so: »Zur Zeit verdichtet sich das Eroberungsprogramm der Arbeiterklasse vor allem bei einer Minderheit. Es sind die Leute, die ein stärkeres Bewußtsein und ein präziseres Geschichtsbild besitzen. In den Händen dieser Minderheit liegt die Zukunft der gesamten Klasse. Sie muß die Arbeiterklasse vor allen inneren und äußeren Gefahren bewahren und die historische Bewegung, über die das Proletariat sich die Macht erobert, anführen«[13].

Der unaufhaltsame Aufstieg eines wahren Leninisten-Stalinisten

Bis Ende 1922 entwickelte sich Togliatti zu einer der »einflußreichsten Persönlichkeiten der PCI«[14]. Mit der faschistischen Machtübernahme kamen für den militanten Revolutionär die ersten schweren Prüfungen. Am 29. Oktober 1922 wurden die Redaktionsräume der Zeitung // *Comunista* von Mussolinis Schwarzhemden verwüstet, und Togliatti sollte standrechtlich erschossen werden. Man ließ ihn von einem einzelnen »Squadristen« bewachen, der ihn - so die offizielle Version - über eine Geheimtür entwischen ließ. 1923 warf

scan & corr by rz 11/2008

man ihm die Beteiligung an einem »Komplott gegen die Staatssicherheit« vor und setzte ihn in Mailand drei Monate in Haft. 1925 saß er in Rom für weitere vier Monate hinter Schloß und Riegel, profitierte aber dann von einer allgemeinen Amnestie anläßlich des 25. Regierungsjubiläums von König Viktor Emanuel III.

Es war die Zeit, in der Togliatti seine »differenzierte Analyse« des Faschismus zu entwickeln begann, unter besonderer Beachtung der »wirklichen und objektiven Bedingungen/Situationen«. Dank seines nicht zu bestreitenden politischen Genies erkannte Togliatti schon sehr früh, daß der Faschismus keine x-beliebige Neuauflage der klassischen Reaktion war, sondern eine bis dahin nicht dagewesene Form der Mobilisierung und Beeinflussung der mittelständischen Massen. Er durchschaute sehr schnell den potentiell - und auf lange Sicht zwingend - totalitären Charakter des Faschismus. Bereits 1925 traute er es dem Faschismus zu, »alle bürgerlichen Kräfte zu einem einzigen politischen Organismus zu vereinen, und zwar unter der Kontrolle einer einzigen Zentrale, die alles lenkt: die Partei, die Regierung und den Staat«[15].

Im darauffolgenden Jahr kritisierte Togliatti in der Theorie-Zeitschrift der Komintern »die Gewohnheit, den Ausdruck >Faschismus< in einem so weiten Sinne zu verwenden, daß damit die unterschiedlichsten bürgerlich-reaktionären Bewegungen gemeint sein können«[16]. Die Besonderheit des italienischen Faschismus lag für ihn »im nicht gelösten Widerspruch zwischen der Basis, d.h. der vor allem in bestimmten mittelständischen Schichten verankerten Masse, und der auf wirtschaftliche Stabilität ausgerichteten und damit den Interessen des Großbügertums verpflichteten Politik«[17]. Daraus zog er den Schluß, daß der Faschismus die Versöhnung dieser beiden »Seelen« - der konservativen, kirchlich-reaktionären Seele der »Nationalisten« und der »agitatorischen« Seele der unruhigen Kleinbürgerschichten - nur dann erreicht, wenn er

scan & corr by rz 11/2008

erstere mit einer imperialistischen Politik zufriedenstellt, die neue Absatzmärkte außerhalb Europas ausfindig macht und der Nation die fehlenden Primärgüter liefert, und letztere durch eine - wie Togliatti selbst sagt - »Intensivierung des Terrors« oder - anders ausgedrückt - durch eine verschärfte Unterdrückung der Regimegegner ruhigstellt. Wenn man bedenkt, was wenige Jahre später eintrat - Proklamierung des italienischen »Reiches«, Kolonial-Abenteuer in Abessinien, wachsender Einfluß der Nationalfaschistischen Partei (PNF) auf die zivile Gesellschaft -, so läßt diese Faschismus-Analyse keinen Zweifel aufkommen, daß Togliatti, der sonst vor allem als Organisator und Stratege gepriesen wurde, auch ein hervorragender Theoretiker war. Auch die »Lektionen über den Faschismus«, die vom Januar bis April 1935 an die italienischen Funktionäre der Moskauer Leninistenschule verteilt wurden, bestätigen dies.

Doch zurück zum Berufsrevolutionär: Am 17. Juni 1924 reiste Togliatti nach Moskau. Als Mitglied der italienischen Delegation nahm er am V. Komintern-Kongreß teil. Den Sommer verbrachte er auf einer Datscha in der Nähe der russischen Metropole. Noch stand er unter dem Einfluß von Amedeo Bordiga, einem Gründungsmitglied der PCI, der sich für eine gewisse Unabhängigkeit der Parteien innerhalb der Komintern ausgesprochen hatte und einen Zusammenhang zwischen der russischen Revolution und den Revolutionen in den einzelnen europäischen Ländern sah. Togliatti entsprach damals noch nicht ganz dem perfekten Apparatschik. Am 13. Juli 1924, nach Abschluß des V. Komintern-Kongresses, war er neben Bordiga der einzige vom Exekutivkomitee, der gegen den Parteiausschluß von Boris Suwarin stimmte. Suwarin hatte auf eigene Faust den Trotzki-Text *Cours nouveau* veröffentlicht[18].

1926 arbeitete Togliatti ausschließlich für die Komintern, in den Jahren 1927 und 1929 nur zeitweise. Wie eine

scan & corr by rz 11/2008

Schlange spürte er in den Variationen des Komintern-Jargons jeden noch so kleinen Stimmungs- oder Richtungswechsel und stellte sich ohne Skrupel immer auf die richtige Seite. Eine von der Kaderabteilung der Komintern am 21. September 1940 über ihn verfaßte biographische Notiz - in dieser charmanten Umgebung spioniert jeder und weiß sich jeder von den anderen überwacht - betonte, daß »Togliatti seine Meinung zu einer Frage immer erst dann verriet, wenn sie formell entschieden war«[19].

Nach Trotzkis Ausweisung aus der UdSSR (Januar 1929) begrüßte Togliatti diese Maßnahme in der zwei Jahre zuvor von ihm in Paris gegründeten Theorie-Zeitschrift *La Stato Operaio:* »Wir sind keine unparteiischen Beobachter. Wir sind Akteure der Revolution und müssen uns alle als Bürger des sowjetistischen [sie] Staates und als Verteidiger der sowjetistischen Legalität betrachten, die einzige Legalität, die wir anerkennen«[20]. Laut Massimo Salvadori (1992) sah Togliatti Ende der zwanziger Jahre »im Konformismus [gegenüber dem Kreml] die existentielle Bedingung für den internationalen Kommunismus und richtete sein eigenes Handeln nach stalinistisch-internationalistischen Grundsätzen aus«[21].

Die PCI war damals eine ausgesprochene Kaderpartei, die - laut Togliatti - im August 1930 rund 7000 Mitglieder zählte. Agosti hält diese Zahl für »vermutlich überhöht«[22]. Die Partei vertrat klar die stalinistische Linie: Die als »Sozialfaschismus« beschimpfte Sozialdemokratie galt als der Feind Nr. 1. 1934 wurde die Bewegung *Giustizia e Liberia* (die in den antifaschistischen Kreisen des Exils und im Widerstand eine bedeutende Rolle spielte) als eine »Dissidentenbewegung der Faschisten«[23] bezeichnet.

Auf dem VII. Komintern-Kongreß in Moskau wurde Togliatti für seine eiserne Disziplin und Dienstbeflissenheit belohnt: Auf der Eröffnungssitzung vom 25. Juli 1935 durfte er

scan & corr by rz 11/2008

in einem Klima allgemeiner Hysterie ein Grußwort an Stalin richten. Hier einige Auszüge: »An den Genossen Stalin, Führer und Freund der Proletarier in aller Welt [....] Unter deiner Regierung ist die UdSSR zu einem uneinnehmbaren Bollwerk der sozialistischen Revolution geworden [...] Genosse Stalin, im Kampf gegen die trotzkistisch-sinowjewischen Konterrevolutionäre, gegen die Opportunisten des rechten und >linken< Spektrums hast du uns die marxistisch-leninistische Doktrin in ihrer Reinform bewahrt und zu einer neuen Phase der Weltrevolution weiterentwickelt. Diese Phase wird als Stalin-Epoche in die Geschichte eingehen«[24].

Zu Togliattis Entschuldigung führt Agosti - allerdings ohne es zu beweisen - an, daß die Rede »höchstwahrscheinlich im Kollektiv überarbeitet«[25] worden sei. Als ob dies den italienischen Kommunistenführer entlasten würde. Im Hinblick auf die nach dem Mord an Kirow zu Beginn des Jahres 1935 einsetzende Polizeirepression fügt Agosti noch hinzu, daß Togliatti damit »das Regime auf legitime Weise verteidigen wollte, denn in seinen Augen war nicht Stalin für diese Exzesse verantwortlich, sondern die Organe der Politpolizei«[26]. Als wäre ebendiese Polizei nie der ausführende Arm des Generalsekretärs gewesen. Am Ende des Kongresses wurde Togliattis Aufnahme in das politische Sekretariat beschlossen. Weitere Mitglieder waren Georgi Dimitrow, Dmitri Manuilski, Wilhelm Pieck, Otto Kuusinen, Andre Marty und Klement Gottwald. Zu diesem Sekretariat gehörte auch ein gewisser Moskwin (Pseudonym für den NKWD-Funktionär M. Trilisser). Damit bekam Togliatti wichtige Aufgaben zugewiesen: Er wurde zum »Verantwortlichen für die mitteleuropäischen Länder« (insbesondere Deutschland, Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei) und zum »Stellvertreter des Generalsekretärs« der Komintern ernannt[27].

Wenig später wurde ihm auch die Verantwortung für die Agitations- und Propaganda-Abteilung übertragen. Im Au-

scan & corr by rz 11/2008

gust 1936 beinhaltete dies auch den Auftrag, »eine Kampagne gegen den Trotzkismus zu starten und so den großen Moskauer Prozeß zu unterstützen«[28].

Togliatti war in Moskau sehr aktiv. Trotzdem verlor er die in Paris sitzende PCI-Führung und Italien nicht aus den Augen. Aus dem Jahre 1936 stammt auch ein von 62 hohen Funktionären der PCI unterzeichneter Text, der im allgemeinen stillschweigend übergangen wird. Auch Agosti widmet ihm nur zwei Seiten. Sein geläufiger Titel: »Appell an die Faschisten«. Eigentlich erschien der Text in der Zeitung *Lo Stato Operaio* (Nr. 8, August 1936, S. 513f.) unter der Überschrift: »Zum Wohle Italiens: Die Versöhnung des italienischen Volkes!« Agosti formuliert es deutlich: »Der Text übernimmt kurzerhand das faschistische Programm der Piazza San Sepolcro [d.h. des Faschimus von 1919] und macht aus dessen Forderungen (garantierter Minimallohn, das Land für die Bauern, außerordentliche Kapitalsteuer, allgemeine Verhältniswahl, Abschaffung des Senats und Aufstellung einer nationalen Miliz anstelle der Armee) ein >Programm der Freiheit[29]. Zunächst werden die »großen kapitalistischen Parasiten« und »Haie«, die auf Kosten des Volkes vom Abessinien-Krieg profitiert haben, angeprangert: Conte Giuseppe Volpi, Senator Agnelli, die Gebrüder Pirelli usw. Dann folgen Aufrufe: »Faschisten der alten Garde! Junge Faschisten! Wir sind bereit, mit euch und dem italienischen Volk für das faschistische Programm von 1919 zu kämpfen«[30].

Agosti beruft sich auf den PCI-Funktionär Berti. Nach dessen Zeugenaussage soll Togliatti nicht gewußt haben, daß man auch seinen Namen unter den Text gesetzt hatte, und in diesem Zusammenhang später von einem »üblen Streich« *(coglioneria)* gesprochen haben[31]. Doch diese These ist völlig unplausibel: Zum einen ist es unvorstellbar, daß die Ausarbeitung eines so wichtigen Textes an Togliatti vorbeigegangen

scan & corr by rz 11/2008

sein soll. Zum andern hat Togliatti den Faschismus von Anfang an zwar nüchtern, aber doch mit sehr viel Aufmerksamkeit verfolgt und zu keinem Zeitpunkt unterschätzt. Er war vom Faschismus nicht fasziniert, aber er bewunderte das Organisationstalent und die Fähigkeit der Faschisten, die Massen zu mobilisieren. Im Gegensatz zu anderen italienischen Kommunisten war Togliatti bereits Mitte der dreißiger Jahre davon überzeugt, daß das Mussolini-Regime von einer gemeinsamen Aktion der im Exil arbeitenden Parteien wenig zu befürchten hatte. Für ihn waren die Machthaber in Rom vielmehr vom langsamen Aufbrechen des von ihnen im Laufe der Jahre geschmiedeten Bündnisses bedroht. Laut Togliatti sollte man deshalb alles fördern, was die Verbindungen zwischen der Basis der faschistischen Organisationen und der Regierung lockerte. Vor allem die Berufs verbände und den *Dopolavoro,* die italienische Entsprechung der nationalsozialistischen Kraft-durch-Freude-Bewegung, sollten die Kommunisten unterwandern. Togliatti spürte den herannahenden Krieg und wußte, daß dieser den Lockerungsprozeß beschleunigen würde. Er bemühte sich immer, weit vorausschauend zu denken, und wußte sehr wohl, daß nicht wenige Italiener aus Opportunismus die Faschisten unterstützten. Diese galt es, im richtigen Moment zu umwerben. Dehalb riet er 1936 zu einer »eher antikapitalistischen als antifaschistischen Agitation«[32].

Es war durchaus sinnvoll, Togliattis Faschismus-Definition näher zu betrachten, denn im folgenden wird deutlich, wie sehr sie seine Haltung im Moment der Säuberung beeinflußt hat. Auch in seiner Definition der »neuen Partei« von 1944 bringt Togliatti seine Beobachtungen der faschistischen Massenpolitik ein.

scan & corr by rz 11/2008

Togliattis Liquidierung italienischer und anderer Kommunisten

Togliattis Befürwortung der stalinistischen Säuberungen entsprach einer fatalen, aber konsequenten Logik: Mit der Übernahme der hohen Ämter machte Togliatti trotz Fanatismus und innerer Überzeugung den Eindruck eines unter fremdem Einfluß stehenden, ferngesteuerten Mannes: Denn Stalin »gab sich nicht mit Worten zufrieden; er forderte von seinen Dienern eine bedingungslose Komplizenschaft, die sich auf Taten und die schlimmsten Verbrechen gründete«[33]. Wir haben diese alte, von einem anonymen Schreiber verfaßte Broschüre, die mit Togliatti hart ins Gericht geht, bewußt zitiert. Als sie erschien, galten die Vorwürfe im Hinblick auf die damalige Forschungslage als stark übertrieben. Doch nach verschiedenen, zum Teil recht jungen Untersuchungen erweisen sie sich als berechtigt.

Was die rund tausend italienischen Kommunisten betrifft, die das faschistische Italien verließen, um sich mit Begeisterung am Aufbau des Sozialismus in der UdSSR zu beteiligen, so besitzen wir heute über diejenigen von ihnen, die zwischen 1935 und 1938 verhaftet, verurteilt, gefoltert und hingerichtet wurden, genauere Zahlenangaben. Mit ziemlicher Sicherheit können wir von 108 Opfern sprechen. Ihre Daten wurden von Antonio Roasio, dem italienischen Verantwortlichen der Komintern-Kaderabteilung, festgehalten. Er war ein treuer Anhänger Togliattis und hat den Krieg um viele Jahre überlebt. Die Autorin der jüngsten Studie hat die Geschichte und den Prozeß eines jeden Opfers nachgezeichnet[34]. Dabei stellte sich heraus, daß Togliatti in mehreren Fällen seine Einwilligung zur physischen Liquidierung gegeben hatte. Die Geschichte des jungen Arbeiters Emilio Guarnaschelli aus Turin, der im April 1933 nach Moskau kam, am 1. Januar 1935, d.h. nach dem Mord an Kirow, verhaftet und für fünf Jahre an den

scan & corr by rz 11/2008

Polarkreis verbannt wurde, wo er 1939 auf Grund der mangelhaften Versorgung starb, wurde in Frankreich bereits veröffentlicht[35].

Sein Bruder Mario, der Togliatti noch aus der Zeit, in der beide bei der Zeitung *LOrdine Nuovo* gearbeitet hatten, kannte, bat ihn in einem Brief, sich für Emilio einzusetzen. Doch der Brief - so Agosti - blieb ohne Antwort[36]. Auch in diesem Punkt bemüht sich Agosti, den nicht Entschuldbaren zu verteidigen: »Nach allem, was wir wissen, wurden die Organe der Komintern meistens nicht über die inquisitorischen Prozesse des NKWD informiert«[37]. Die Wahrheit sieht jedoch anders aus: Jeder tat ganz bewußt so, als ob die Entscheidungsgewalt nicht bei ihm läge. Auf der obersten Ebene des politischen Sekretariats der Komintern wurde belastendes Material gegen die Angeklagten »zusammengetragen« und Stalin vorgelegt, der in letzter Instanz entschied. Auf diese Weise konnte jede Seite das Gesicht wahren: Denn angeblich war es ganz allein Stalin, der über die Härte der Strafe entschied, und dieser wiederum gab vor, sich lediglich an die »Empfehlungen« des Komintern-Sekretariats gehalten zu haben.

Agosti führt mehrere Zeugenaussagen an, aus denen hervorgehen soll, daß Togliatti sich im Sommer 1936 für Willi Münzenberg, »den großen Drahtzieher« der Komintern[38], und zwei Jahre später für Jules Humbert-Droz[39] eingesetzt hat. Gleichzeitig teilt er dem Leser jedoch mit: »Wir wissen nicht, ob er sich jemals für einen Beschuldigten ausgesprochen hat, der bereits in den Fängen der NKWD war«[40]. »Ercoli« legt in der Aufspürung des Feindes eine außergewöhnliche Wachsamkeit an den Tag. Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen das als trotzkistisch verschriene »Parallelzentrum« erklärt er Anfang 1937 ohne Skrupel: »Es handelt sich um Agenten des Faschismus. Wir haben aktuelle Beweise für deren Kontakte mit Deutschland und der Gestapo, ja sogar mit

scan & corr by rz 11/2008

Japan«[41]. Noch im gleichen Jahr verschwinden sechs Mitglieder des Politbüros der deutschen KPD. 1938 wurde mit Bela Kun ein weiterer Komintern-Mitarbeiter hingerichtet.

Als Togliatti jedoch im August 1938 für einen kurzen Moskaubesuch seine längere Spanienmission unterbrach (vom 14. Juli 1937 bis zum 25. März 1939 hielt er sich als einziges Sekretariatsmitglied des Komintern-Präsidiums in Spanien auf, wo er als »Alfredo« nur von Stalin abhängig war), tränkte er seine Hände erst recht mit Blut: Mit fünf weiteren Funktionären der höchsten Ebene unterzeichnete er den vom Komintern-Präsidium gefaßten Beschluß, die Kommunistische Partei Polens aufzulösen. Die polnischen Parteiführer wurden unter einem Vorwand nach Moskau zitiert, verhaftet und liquidiert: »Togliatti unterzeichnet das Todesurteil von rund zehn Spitzenfunktionären der Polnischen KP, die zu dem Zeitpunkt mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit bereits hingerichtet worden waren«[42].

In den Augen Stalins, der ja immer mehrere Eisen gleichzeitig im Feuer hatte und längst über einen Vertrag mit Hitlerdeutschland nachdachte, war die Polnische KP zu einem lästigen Hindernis geworden: In Anbetracht des großen Einflusses des polnischen Nationalismus innerhalb der Partei und der starken jüdischen Präsenz im Parteivorstand war bei einem Vertragsabschluß mit Hitler mit einem starken Widerstand von Seiten der Polnischen KP zu rechnen. Zu seiner Rechtfertigung sagte Togliatti 1953 zu seinen ersten Biographen, daß er die Aktivitäten und Veränderungen dieser Partei »aus allernächster Nähe verfolgt« und deren antisowjetische Entwicklung deutlich wahrgenommen habe. Abgesehen davon, daß Togliatti die polnischen Parteiführer seit über zehn Jahren persönlich gekannt und bis zu diesem Zeitpunkt nie kritisiert hatte, ist diese Erklärung auch deshalb mit Vorsicht zu genießen, weil Polen nicht in den Zuständigkeitsbereich seines Sekretariats, sondern in das von Manuilski fiel[43].

scan & corr by rz 11/2008

In Spanien spielte »Alfredo« eine »bedeutende Rolle«[44]. Er beteiligte sich aktiv an den repressiven Maßnahmen gegen die trotzkistische POUM und der Liquidierung ihres Anführers Andres Nin. Den Zweiten Weltkrieg verbrachte Togliatti hauptsächlich in Moskau, wo er ebenfalls in die Liquidierung von Funktionären der Spanischen Kommunistischen Partei und von ehemaligen Angehörigen der internationalen Brigaden verwickelt war. Die Unglücklichen waren in ihrer Entscheidung, im »Heimatland des Sozialismus« Zuflucht zu suchen, schlecht beraten gewesen.

1956 kam Togliatti in einem berühmten Interview mit der Zeitschrift *Nuovi Argomenti* auf sein Verhalten während der stalinistischen Säuberungen zu sprechen: »Für die kommunistischen Machthaber gab es überhaupt keinen Anlaß, an der Legalität dieser Urteile zu zweifeln, zumal sie wußten, daß die politisch besiegten Anführer der früheren Oppositionsgruppen (Trotzkisten oder Rechte) der Idee, den Kampf mit terroristischen Mitteln weiterzuführen, nicht abgeneigt gewesen wären«[45]. Togliatti bereut in diesem Interview lediglich »die Anwendung illegaler, moralisch verwerflicher Verhörmethoden«[46]. Nach einer Zeugenaussage von Davide Lajolo, die der Journalist und Historiker Giorgio Bocca festgehalten hat, soll Togliatti auf die Frage, ob er sich in Moskau dieser wahnsinnigen Repressionsspirale nicht hätte widersetzen können, folgende Antwort gegeben haben: »Wenn ich das getan hätte, hätten sie mich getötet. Die Geschichte wird zeigen, was besser war: zu sterben oder zu leben, um die Partei zu retten«[47]. Eine elegante Art, zu sagen, daß man sich zunächst um seine eigene Haut sorgt und diese für wesentlich wichtiger hält als die der anderen, auch wenn es sich bei den anderen um »Genossen« handelt.

scan & corr by rz 11/2008

Der Krieg und Togliattis Haltung gegenüber den italienischen Gefangenen in der UdSSR

Nach unzähligen Reisen und einer abenteuerlichen Flucht aus Spanien kehrte Togliatti im Juli 1939 nach Paris zurück. In einer am 25. August - zwei Tage nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts - veröffentlichten *Erklärung* wird dieses Abkommen von Togliatti vorbehaltlos begrüßt. Ein Jahr später mahnt »Ercoli« die Funktionäre, Mitarbeiter und Anhänger seiner Partei in einem von ihm selbst verfaßten Geheimschreiben, dem *Lettere di Spartaco,* ruhig Blut zu bewahren: »Diejenigen, die in diesen schweren Zeiten den Kopf verlieren, [...] sind keine Kommunisten. Wer eine gute Orientierungshilfe sucht, hat einen sicheren Kompaß: Denkt an die Interessen und Positionen des Landes, in dem die Revolution bereits gesiegt hat [...] Schaut auf den Stern der sozialen Revolution, auf den Stern der Sowjets, und ihr werdet euch nie verirren«[48].

In der Zwischenzeit konnte »Ercoli« wieder einmal Hafterfahrungen sammeln. Es war lange her, seit er das letzte Mal im Gefängnis gesessen hatte. Doch am 1. September 1939 war es wieder soweit: Mit zwei anderen italienischen Parteifreunden wurde er in einer von der Partei gemieteten Pariser Wohnung von der französischen Polizei verhaftet. Da er keine gültigen Papiere vorweisen konnte, hatte man ihn - zumindest offiziell - nicht erkannt. Er gab sich als Rechtsanwalt aus Genua aus, der auf der Flucht vor seinen faschistischen Verfolgern einen falschen Namen angenommen hatte. Agostis Bericht ist eine weitere Bestätigung für Togliattis Bedeutung innerhalb der kommunistischen Bewegung: »Einflußreiche Kräfte setzten sich diskret, aber wirkungsvoll für ihn ein. Höchstwahrscheinlich war es Clement alias Eugen Fried, der für die französische Partei zuständige Bevollmächtigte, der die Sache in die Hand nahm«[49]. Er hielt sich zu diesem Zeit-

scan & corr by rz 11/2008

punkt als Flüchtling in Brüssel auf, »hatte aber noch gute Verbindungen zu bestimmten Leuten des [französischen] Staatsapparates, die seinerzeit mit der Front populaire positive Erfahrungen gemacht hatten«[50]. Nach einer (durch die Komintern-Akten bestätigten) Aussage von Giulio Cerreti, einem engen Mitarbeiter Frieds, waren bei der Auslösung Togliattis »hohe Geldbeträge im Spiel«[51] gewesen. Auch die Botschaft der UdSSR und der sowjetische Geheimdienst waren mobilisiert worden.

Nach einer Haft von sechs Monaten wurde Togliatti Ende Februar 1940 wegen Führens eines falschen Passes zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Diese Strafe hatte er bereits verbüßt. »Seltsamerweise« wies ihn die französische Polizei nicht in ein Flüchtlingslager ein, sondern bot ihm sofort nach der Urteilsverkündung eine Unterkunft »in einem kleinen Hotel« an. Dort sollte er sich - wie er später selbst angab - den französischen Behörden zur Verfügung halten. Selbstverständlich nutzte Togliatti die Gelegenheit, um sofort unterzutauchen. Die glückliche Wendung dieses Zwischenfalls erklärte er später folgendermaßen: »Die Verhaftung des geheimnisvollen >Ercoli<, über den die großen Pariser Tageszeitungen schon wiederholt die wildesten Gerüchte in die Welt gesetzt hatten, hätte nicht nur für weltweites Aufsehen gesorgt, sondern auch zu einem skandalträchtigen Prozeß geführt, dessen Tragweite und Folgen nicht absehbar gewesen wären«[52]. Am 7. Mai 1940 überquert Togliatti die belgische Grenze, und bereits am 8. schifft er sich in Amsterdam nach der UdSSR ein.

Zwischen Juni 1941 und Januar 1944 kümmerte sich Togliatti in erster Linie um propagandistische Radiosendungen, die auf italienische Zuhörer ausgerichtet waren. Dabei bediente er sich manchmal auch eines oberflächlichen, beleidigenden Tons, der ihm sonst eigentlich nicht eigen war: Er sprach bei-

scan & corr by rz 11/2008

spielsweise - wenn er gegen den Duce wetterte - vom »dickbäuchigen Verräter von Predappio mit seinem fetten Arsch«[53]. In dieser Phase bewies Togliatti erneut, wie sehr die Menschheit sich für ihn auf menschliches Material reduzierte, auf verbündete oder feindliche Kräfte, die voll und ganz für die Weltrevolution zur Verfügung zu stehen hatten. Es geht um die italienischen Kriegsgefangenen, die im Dezember 1942 und Januar 1943 den Sowjets in die Hände gefallen waren. Die Zahlenangaben waren von Anfang an sehr unterschiedlich. Nach Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky, die dieser Frage ein ganzes Kapitel ihres Buches gewidmet haben, sprachen die Nachrichten-Agentur Tass und die sowjetische Presse in der ersten Zeit von 80000 bis 115000 Gefangenen. Diese Zahlen waren unter Umständen zu Propagandazwekken »aufgebauscht«. Die *Alba,* die Zeitung der italienischen Kriegsgefangenen (Togliatti hatte sich zum stellvertretenden Direktor dieses Blattes ernannt), berichtete im Februar 1943 von 83000 gefangengenommenen Italienern. Am 5. März des gleichen Jahres sprach Togliatti im Radio Moskau von »über 40000 Gefangenen«[54]. Nach Kriegsende ließen die sowjetischen Behörden nach wiederholter Aufforderung durch die italienische Regierung wissen, daß die Freilassung aller Gefangenen eine beschlossene Sache sei. Davon ausgeschlossen seien lediglich einige Kriegsverbrecher, die bereits von den Gerichten der UdSSR verurteilt wären. Die bei dieser Gelegenheit veröffentlichte Zahl - 19000 Personen - löste in Italien allgemeines Entsetzen aus. »Als die sowjetische Botschaft in Rom ein Jahr später, Ende Juni 1946, den Repatrierungsprozeß von 21193 ehemaligen Gefangenen für abgeschlossen erklärte, wurde der italienischen Regierung klar, daß diese Zahl nicht wesentlich über den mehr als 12500 Armeeangehörigen lag, die das faschistische Regime in die Sowjetunion geschickt hatte«[55]. Was war aus den ehemaligen italienischen Kriegsgefangenen der Deutschen und aus den

scan & corr by rz 11/2008

italienischen Zwangsarbeitern geworden, die den sowjetischen Truppen in der Schlußphase des Krieges in Deutschland zugefallen waren? Von diesem Zeitpunkt an quälte »die Ungewißheit über das Schicksal mehrerer zehntausend italienischer Soldaten, die der sowjetischen Armee in die Hände gefallen und seitdem spurlos veschwunden waren, nicht nur deren Angehörige, sondern auch zwei ganze Generationen von Italienern«[56].

Die vermißten italienischen Soldaten waren zwar nicht erschossen worden, bezahlten es aber dennoch mit ihrem Leben, daß sie im schlimmsten Augenblick, nämlich während der Gegenoffensive der Roten Armee im Zusammenhang mit der Schlacht von Stalingrad, in Gefangenschaft geraten waren. Die Rote Armee war - laut Aga-Rossi und Zaslavsky - mit den Gefangenen völlig überfordert[57]. »Für den sowjetischen Militärkommandanten bot sich nur eine realistische Lösung: Mit einem Minimum an Wachpersonal und Transportmitteln wurden Zehntausende von Gefangenen so schnell wie möglich in weit hinter der Front liegende Regionen verschickt. Damit war die Gefahr, daß der Feind sie wieder zurückholen würde, mehr oder weniger gebannt«[58]. Die überwiegende Mehrheit der in der UdSSR festgehaltenen italienischen Kriegsgefangenen starb höchstwahrscheinlich an einem Zusammentreffen verschiedener Ursachen: Endlose Fußmärsche, bittere Kälte, Unterernährung und Infektionskrankheiten. Laut Vlado Zilli, einem Spezialisten, der dieser Frage in allen Einzelheiten nachgegangen ist und auf dessen Forschungsergebnisse Aga-Rossi und Zaslavsky zurückgreifen, »hätte das im Winter 1943 durch gewaltige Kriegsanstrengungen belastete Sowjetregime - selbst wenn es gewollt hätte - die Sterblichkeitsrate unter den Gefangenen nicht wesentlich reduzieren können«[59]. Die Angelegenheit hat jedoch noch einen weiteren tragischen Aspekt, denn »man sollte nicht vergessen […], daß die faschistischen Behörden, die

scan & corr by rz 11/2008

den Nazis die ihnen in die Hände gefallenen sowjetischen Kriegsgefangenen ausgeliefert hatten, die Verbrechen an diesen mit zu verantworten haben«[60].

In Anbetracht so vieler ungesicherter Daten sind die geschätzten Opferzahlen bis heute ausschließlich Annäherungswerte und werden es wohl auch immer bleiben. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation die Namen von rund 64400 in den sowjetischen Lagern internierten italienischen Soldaten ausfindig machen können, dabei wurden auch diejenigen italienischen Soldaten berücksichtigt, die ursprünglich in deutschen Lagern interniert waren, sowie diejenigen, die später wieder nach Italien entlassen worden waren. Rund 40000 von ihnen sollen offensichtlich in den sowjetischen Lagern ums Leben gekommen sein. Weitere 20000 ließen sich bis jetzt nicht identifizieren: Vermutlich wurden sie erschossen, oder sie starben vor Entkräftung, bevor sie registriert werden konnten. Auf diese Weise ergibt sich »für die Sowjetunion eine Gesamtzahl von rund 85 000 italienischen Kriegsgefangenen«[61].

Togliattis Einstellung zu dieser Tragödie kennen wir aus seinen Briefen an den Untergebenen Vincenzo Bianco, den Vertreter Italiens beim Exekutiv-Komitee der Komintern. Bereits im Januar 1943 hatte Bianco seinen Vorgesetzten »Ercoli« gebeten, sich bei den sowjetischen Behörden dafür einzusetzen, daß die Gefangenen »nicht - wie bereits geschehen - massenweise sterben. Denn die Überlebenden würden uns nach ihrer Rückkehr nach Italien Unannehmlichkeiten bereiten, und das können wir und unsere Genossen nicht brauchen«[62]. Aga-Rossi und Zaslavsky bezeichnen Togliattis Antwort als »eisig«. Wir geben sie hier in Auszügen wieder:

> »Unsere grundsätzliche Haltung gegenüber Streitkräften, die die Sowjetunion überfallen haben, wurde von Stalin

scan & corr by rz 11/2008

festgelegt. Dazu gibt es nichts weiter zu sagen. Wenn in der Praxis viele dieser Gefangenen auf Grund der harten Bedingungen sterben müssen, habe ich dazu absolut nichts zu sagen. Im Gegenteil, und ich erkläre dir, warum: Es besteht kein Zweifel, daß das italienische Volk von der imperialistischen Ideologie und den Schurken des Faschismus vergiftet ist. Zwar nicht ganz so stark wie das deutsche Volk, aber immerhin in einem beträchtlichen Maße. Das Gift ist überall eingedrungen: Bei den Bauern und Arbeitern, von den Kleinbürgern und Intellektuellen ganz zu schweigen. Es hat das ganze Volk durchdrungen. Wenn Mussolinis Krieg, insbesondere die Expedition gegen Rußland, bei vielen Familien zu einer Tragödie und zu persönlichem Leid führt, so ist dies das beste und wirksamste Gegengift [...] Ich habe es dir bereits gesagt: Ich bin nicht der Ansicht, daß die Gefangenen liquidiert werden müssen, zumal wir mit ihnen auf andere Weise gewisse Ergebnisse erzielen können; doch die objektiven Schwierigkeiten, die für viele von ihnen das Ende bedeuten können, sind für mich nichts anderes als der konkrete Ausdruck jener Gerechtigkeit, die - wie der alte Hegel sagte - der gesamten Geschichte innewohnt«[63].

Die kommunistenfreundliche Geschichtsschreibung tut sich immer noch schwer, im Zusammenhang mit Togliatti die Dinge bei ihrem Namen zu nennen. Die zitierten Zeilen werden in der jüngsten Biographie des italienischen Kommunistenführers, die gleichzeitig auch die größte Autorität und die fundierteste Grundlage besitzt, folgendermaßen kommentiert: »Das sind harte Worte, die man für ein typisches Beispiel des Togliatti oft vorgeworfenen >Zynismus< halten könnte (zumal sie teilweise manipuliert und ihrem Kontext entrissen wurden). Die rationale Kälte, mit der Ercoli eine menschliche Tragödie auf die unbarmherzige Logik der Ge-

scan & corr by rz 11/2008

schichte reduziert, hat etwas Schockierendes«[64]. Die Erklärung von Aga-Rossi und Zaslavsky scheint uns passender: Togliatti »sah in Biancos Vorstoß eine Verirrung, die im stalinistischen Jargon als > abstrakter Humanismus < oder als >Versuch, die nationalen Interessen über die der Klasse zu stellen< gewertet wurde«[65].

Die F<9/fe-Massaker: Eine in Vergessenheit geratene ethnische Säuberung

Am 15. Mai 1943 beschloß die Sowjetregierung die Auflösung der Komintern. Mit der Entscheidung, offiziell auf den »Export« der Revolution zu verzichten, wollte man die Alliierten beruhigen und eine bessere Atmosphäre schaffen. Außerdem sollte jedes Land seinen »nationalen Weg« zum Kommunismus finden. Im Falle von Italien stellte sich Togliatti hinter den Grundsatz von Gramsci: Die Arbeiterklasse sollte sich sozusagen »nationalisieren« und die treibende Kraft eines nationalen Revolutionsprozesses werden. Togliatti verließ Moskau am 4. März 1944 und startete eine lange Reise, die ihn über Baku, Teheran und Kairo nach Algier führte. Am 27. März traf er mit dem Schiff in Neapel ein. Stalin hatte in der Zwischenzeit beschlossen, die seit dem 8. September 1943 gemeinsam mit den Alliierten den südlichen Teil Italiens verwaltende Badoglio-Regierung anzuerkennen. Die offizielle Anerkennung war am 14. März ausgesprochen worden, zu einem Zeitpunkt, als Togliatti, der - wie er später mitteilte - nichts von Stalins Entscheidung gewußt hatte, noch auf Reisen war. Dieser Umschwung der politischen Linie - aus der Opposition gegen den König wird eine Zusammenarbeit mit der Monarchie - ging als die »Wende von Salerno« (nach der Stadt, in der die erste Badoglio-Regierung ihren Sitz hatte) in die Geschichte ein. Die kommunistische Ge-

scan & corr by rz 11/2008

Schichtsschreibung sieht in ihr den Beweis für den »unaufhörlichen, verhängnisvollen Rückgang des sowjetischen Einflusses«[66]. Andere Historiker, die sich ebenfalls mit der Geschichte der PCI befaßt haben, beispielsweise Sergio Bertelli, haben diese »italienische Besonderheit« jedoch bestritten[67].

Die tragische Geschichte der italienischen (Julisch-Venetien und Istrien) oder von einer starken italienischen Minderheit besiedelten Gebiete (Dalmatien) im Osten zeigt jedoch deutlich, daß die Leitung der PCI und allen voran Togliatti trotz der physischen Ausrottung, die den Italienern dieser Regionen drohte, am Internationalismus in seiner strengsten Form und am unversöhnlichen Klassenhaß festhielt. Ein historischer Exkurs ist hier notwendig: Die Gebiete, von denen die Rede ist, bilden den traditionellen Übergangsbereich zwischen der romanisch-venezianischen und slawischen Kultur. Von 830 bis 1797 gehörten sie zur Republik Venedig, von 1797 bis 1918 zu Österreich-Ungarn. Im 19. Jahrhundert machte sich in diesen Gebieten ein italienischer Irredentismus breit. Der soziale und kulturelle Unterschied zwischen den Italienern und Slawen (Slowenen und Kroaten) war beträchtlich. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es unter den Slawen - hauptsächlich Bauern - sehr viele Analphabeten. Die Italiener hingegen arbeiteten als Händler, Reeder, Ärzte, Lehrer oder Beamte und waren ausgesprochen wohlhabend. Nach einer österreichischen Volkszählung aus dem Jahre 1900 lebten in diesen Gebieten 42,8% Italiener und 48,1% Slawen, außerdem einige »andere«, d.h. Leute aus dem Königreich Italien, die sich in diesen Gebieten niedergelassen hatten. Eine italienische Völkszählung aus dem Jahre 1921 kam jedenfalls zu einem ganz anderen Ergebnis: Nach ihr stellten die Italiener 58,2% der Bevölkerung und die Slawen lediglich 37,6 %. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Provinz Trient und Südtirol im Versailler Vertrag Italien zugesprochen. Auch die italienische Annexion von Julisch-Vene-

scan & corr by rz 11/2008

tien wurde durch diesen Vertrag bestimmt. Nach dem am 12. November 1920 unterzeichneten Rapallo-Vertrag kamen auch die dalmatische Stadt Zara (Zadar) und vier der Adriaküste vorgelagerte Inseln zu Italien. Am 27. Januar 1924 wurde durch den Vertrag von Rom auch noch die Stadt Fiume (Rijeka) dem italienischen Staat angegliedert[68].

Die bereits erwähnten sozialen und kulturellen Unterschiede lieferten schon genügend Konfliktstoff. Hinzu kam der VerwaltungsWechsel von 1918. Die Slawen sehnten sich recht schnell nach den früheren österreichischen Behörden, die mit ihrer jahrhundertealten Erfahrung im Zusammenleben der unterschiedlichsten Völkerschaften effizient und ehrlich gearbeitet hatten. Die italienische Verwaltung hingegen erwies sich allzuoft als unzuverlässig, ineffizient und korrupt. Mit der faschistischen Machtübernahme ging eine Zwangsitalienisierung der Ortsnamen einher. Außerdem kam es zu schikanösen Maßnahmen gegenüber den Slawen. Man versuchte ihre Gewohnheiten und Bräuche zu unterdrücken. Als gegen Kriegsende die Stadt Muggia bei Triest von den Alliierten bombardiert worden war, untersagten die Behörden der *Repubblica Sociale Italiana* (RSI) den Angehörigen der slawischen Opfer, während der Heiligen Messe ihre Lieder auf slowenisch zu singen[69].

Doch all das ist kein Rechtfertigungsgrund für die grauenhaften Massaker der titoistischen Partisanen, die damit die italienische Bevölkerung terrorisieren und zum Verlassen der Region zwingen wollten. Ihre Absicht war die ethnische Säuberung. Ein dunkles Kapitel, das auch in Italien lange Zeit verschwiegen wurde. Die Kommunisten sprachen von »sporadischen Vorfällen, in denen die Verzweiflung der Bevölkerung nach 20 Jahren faschistischer Brutalität und Gewalt zum Ausdruck kam«. Wie sich im folgenden zeigt, ist diese Behauptung nicht aufrechtzuerhalten.

Als Badoglio am 8. September 1943 die Kapitulation und

scan & corr by rz 11/2008

den Waffenstillstand unterzeichnet hatte, verkündete die von Tito geführte *Bewegung zur Befreiung Jugoslawiens* die Annexion der slowenischen und kroatischen Küste. Als Reaktion darauf schrieb Togliatti am 24. September 1943 an Dimitrow einen Brief, in dem er die Entscheidung Titos und der jugoslawischen Kommunisten »voreilig« nannte[70]. Dimitrow antwortete erst im März 1944 und schlug vor, die Entscheidung dieses Territorialkonfliktes auf die Zeit nach dem Krieg zu verschieben. »Ein rein taktisches Manöver, denn bereits zu Beginn des Krieges war als Strafmaßnahme gegen Italien eine Grenzverschiebung zugunsten Jugoslawiens beschlossen worden«[71]. Schließlich hatten die Jugoslawen auch allen Grund zur Hoffnung: »Auf einem geheimen Treffen zwischen Togliatti und den jugoslawischen Führungskräften Edvard Kardelj, Milovan Djilas und Hebrang Mitte Oktober 1944 in Rom akzeptierte der PCI-Chef in der Territorialfrage den jugoslawischen Standpunkt. Er erklärte sich außerdem mit der Integrierung der italienischen Partisanen verbände von Julisch-Venetien in die Tito-Armee einverstanden, riet den Jugoslawen allerdings zu einer >Nationalpolitik, die auch die Italiener zufriedenstellen kann<, d.h. um negative Reaktionen zu vermeiden, sollte der Inhalt dieser Vereinbarung nicht veröffentlicht werden«[72].

In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Daten zu achten: Wie bereits erwähnt, kehrte Togliatti am 27. März 1944 nach Italien zurück. Im Oktober des gleichen Jahres akzeptierte er die Territorialforderungen der jugoslawischen Kommunisten. Die ersten Massaker gegen die im Grenzbereich wohnenden Italiener fanden jedoch bereits kurz nach dem Waffenstillstand vom 8. September 1943 statt. 35 Tage lang waren Triest und Istrien den Partisanen Titos ausgeliefert. Nach glaubwürdigen Schätzungen töteten sie zwischen 1000 und 1500 italienische Zivilisten. Dies kann Togliatti nicht entgangen sein. In Italien sind diese Verbrechen als

scan & corr by rz 11/2008

FöZ&e-Massaker bekannt. Das Wort *foibe* ist eine Dialektumwandlung des lateinischen *fovea* (dt: Grube). Unter *foibe* verstehen die Einheimischen einen durch Erosionskräfte entstandenen Naturbrunnen von der Form eines umgekehrten Trichters. Der Geologe bezeichnet diese trichterförmigen, bis zu 300 m tiefen Bodenöffnungen als Dolmen. Sie kommen in Karstgebieten vor. Die dreieckförmige Halbinsel Istrien gegenüber von Venedig gleicht mit ihren zahlreichen Dolinen einem »versteinerten Riesenschwamm«. Exakt in jenen Jahren taucht im Italienischen das Verb *infoihare* auf: Es steht für die Liquidierung einer Gruppe von Menschen, die - mit oder ohne Kopfschuß - in diese Karstöffnungen gestürzt werden.

Alle Zeugenaussagen zu diesen Massakern bestätigen die unglaubliche Barbarei dieser Verbrechen. Der Einmarsch der deutschen Truppen im September/Oktober 1943 sorgte für eine vorübergehende Unterbrechung dieser Greueltaten. Vom 1. Mai bis zum 15. Juni 1945 wurden sie jedoch erneut durchgeführt, und zwar in einem noch stärkeren Umfang. Sie erinnern eher an die Gewalttaten eines Serienkillers als an die mit jedem ideologischen Konflikt verbundenen Scheußlichkeiten. Die Opfer, vorwiegend aus der sozialen Elite und der Mittelschicht, wurden hauptsächlich bei Nacht verhaftet. Man band ihnen die Hände mit Draht und führte sie an den Rand solcher Bodenöffnungen. Zuvor hatte man sie auf schändlichste Weise gequält. Die Frauen wurden zunächst einmal systematisch vergewaltigt. Zum Teil wurden die Männer entmannt, bevor man sie in die Tiefe stieß. In den meisten Fällen wurden die Opfer aneinandergebunden. Dann stieß man den ersten in den Abgrund. Im Sturz riß er die anderen mit in die Tiefe.

Entgegen aller Annahmen ging man nicht nur gegen die Faschisten vor. Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen Anführer oder Mitglieder nichtkommunistischer italienischer Partisanengruppen hingerichtet wurden, weil sie sich gegen eine Angliederung der östlichen Provinzen an Jugoslawien

scan & corr by rz 11/2008

ausgesprochen hatten. Am 7. Februar 1945 beispielsweise hat Mario Toffanin, einer der schlimmsten Folterknechte und Oberbefehlshaber der für das obere Friaulgebiet und die Provinz Gorizia zuständigen bewaffneten Partisanengruppen, in Porzus (Region Udine) mit Hilfe seiner Leute 22 Mitglieder der im Widerstand kämpfenden Osoppo-Brigade erschossen. Diese Brigade bestand aus Mitgliedern der *Giustizia e Libertä-Bewegung* und aus katholischen Widerstandskämpfern. Auch der Bruder von Pier Paolo Pasolini gehörte zu ihnen. 1957 war Toffanin in Abwesenheit zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er versteckte sich zunächst in Jugoslawien, später in der Tschechoslowakei und wurde schließlich 1978 vom damaligen italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini begnadigt. Neben Toffanin wurde von italienischer Seite eine Liste mit weiteren zehn Kriegsverbrechern zusammengestellt. Diese Männer konnten jedoch jenseits der Grenze in Ruhe sterben oder verbringen an der kroatischen Küste oder in Slowenien nach wie vor einen ungestörten Lebensabend.

350000 Italiener aus Misch-Venetien, Istrien und Dalmatien, d.h. 90 Prozent der Betroffenen, entschieden sich zwischen 1945 und 1947 für die Emigration. Doch trotz der Informationskampagnen der Flüchtlingsverbände wurden diese *Foibe-Massaker* und die eher »klassischen« Verbrechen gegen die italienische Bevölkerung dieser Regionen erst 1982 offiziell - wenn auch immer noch sehr vorsichtig - zur Kenntnis genommen. Zwei dieser *Foibe,* diejenige von Basovizza und diejenige von Monrupino (die beiden einzigen, die nach wie vor auf italienischem Staatsgebiet liegen), wurden damals zu »Denkmälern von nationalem Interesse« erklärt. Erst am 3. November 1991 kniete in Basovizza mit Francesco Cossiga ein italienischer Staatspräsident vor einer dieser *Foibe* nieder.

Vor ein paar Jahren änderte sich die Lage: Denn neben den

scan & corr by rz 11/2008

von den Flüchtlingsverbänden herausgegebenen und deshalb immer der Parteilichkeit verdächtigten Bücher sind in der Zwischenzeit mehrere wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema erschienen, zwei davon sogar beim größten italienischen Verlag[73].

Gianni Oliva, der Autor der jüngsten Forschungsarbeit über die anti-italienischen Massaker von 1945, nennt folgende Zahlen: Von 994 Opfern konnten die sterblichen Überreste exhumiert werden. Die Überreste von weiteren 326 namentlich bekannten Betroffenen sind nicht auffindbar. 5643 Opfer konnten anhand der Beschreibung von Einheimischen und anderer Quellen (Standesamt usw.) mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit ermittelt werden, und 3174 Personen wurden deportiert und kamen in den jugoslawischen Lagern ums Leben. Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von 10137 Opfern. In den letzten Jahren wurden in Erinnerung an die Opfer mehrere Gedenktafeln und Erinnerungsstätten eingeweiht. Auch Plätze und Straßen - beispielsweise in Triest - wurden umbenannt.

Togliatti hat über die Opfer der F6>/Z?£-Massaker kein einziges Wort verloren. Als am 1. Mai 1945 Titos Truppen in Triest einmarschierten (bereits einen Tag später zogen auch die alliierten Truppen ein und setzten so ein sichtbares Zeichen ihrer Entschlossenheit), forderte er in einem Artikel der *L'Unitä* die Arbeiter auf, sie als »Befreiungstruppen« willkommen zu heißen und »mit ihnen im Kampf gegen den deutschen und faschistischen Widerstand eng zusammenzuarbeiten«[74]. Nach der Pariser Konferenz vom Juni 1946, auf der die Region Triest zum Freistaat erklärt worden war, bot er Tito einen regelrechten Deal: Italien sollte Triest behalten, aber den Rest von Julisch-Venetien einschließlich der Stadt Gorizia an Jugoslawien abtreten. Dieser Vorschlag scheiterte an Tito, der seine Ansprüche auf Triest unter keinen Umständen aufgeben wollte, aber auch an den Einsprüchen der von Pietro Nenni

scan & corr by rz 11/2008

geführten PSI, die aus entgegengesetzten Gründen gegen diese Empfehlung protestierte. Letzten Endes mußte Tito im Hinblick auf Triest nachgeben. Auch den Anspruch auf Julisch-Venetien konnte er nicht durchsetzen. Istrien und die dalmatinische Küste einschließlich Fiume und Zara (Rijeka und Zadar) wurden jedoch Jugoslawien zugeschlagen. Nach dem Bruch zwischen Tito und dem Kreml im Jahre 1948 hatte die Triest-Frage für die Sowjets - und damit auch für Togliatti - nur noch sekundäre Bedeutung. Trotzdem hat die Angelegenheit ihre Spuren hinterlassen, denn in dieser Frage war Togliatti eindeutig zu weit gegangen. »Die Triest-Frage führte zu einem Bruch zwischen den Kommunisten und den anderen politischen Kräften. Auch innerhalb der PCI kam es deshalb zu einer Auseinandersetzung zwischen der Parteiführung und der Basis«[75]. Togliatti und die PCI-Führung stellten die Interessen der Klasse über die nationalen Interessen. Dies war in den Augen des italienischen Volkes keine gute Voraussetzung, um aus der »neuen Partei« eine große Nationalpartei zu machen.

Die antifaschistische Säuberung und die Nachkriegszeit

Von 1944 bis 1947 war Togliatti Justizminister, zunächst in der aus dem Widerstand hervorgegangenen Regierung von Ferruccio Parri, dem Vorsitzenden der Aktionspartei, und anschließend in der ersten Regierung des Christdemokraten Aleide De Gasperi. Nicht wenige sind nach wie vor der Meinung, daß er sich bei den antifaschistischen Säuberungsmaßnahmen allzu lasch verhalten habe. Hier gilt es zu differenzieren: Während der letzten Monate des Bürgerkriegs und in den ersten Monaten nach der Befreiung hat Togliatti die standrechtlichen Erschießungen, die vor allem im Norden des Lan-

scan & corr by rz 11/2008

des und in der Emilia-Romagna durchgeführt wurden, vorbehaltlos unterstützt. Er hat den Ausschreitungen der *Volante Rossa* (dt: Bewegliche Rote Einheit), die bis heute in keiner Bilanz zusammengefaßt worden sind, nie ernsthaft widersprochen. Dabei handelte es sich um ruhelos umherziehende Partisanen, bei denen sich der politische Kampf mit der Begleichung persönlicher Rechnungen und dem Banditentum mischte. Togliatti war jedoch auf Grund seiner Natur und seiner Überzeugung ein Mann der Ordnung. Die anarchistischen Strömungen der Arbeiterbewegung waren ihm zutiefst zuwider. Auch die *Partizantchina* mit ihren spontanen und unkontrollierbaren Aufständen lehnte er ab. Nach 1945 war Togliatti offensichtlich der Meinung, daß dem bewaffneten Aufstand ein Wahlsieg vorausgehen müsse. Mit den Waffen sollte dem Feind lediglich der Gnadenstoß versetzt werden.

Im übrigen war Togliatti viel zu intelligent, um sich nach mehr als 20 Jahren Faschismus irgendwelche Illusionen hinsichtlich einer politischen Säuberung zu machen. Dazu hätte man einen Großteil der Beamtenschaft liquidieren müssen. Togliatti hatte inzwischen eine eher beschwichtigende Rolle übernommen, allerdings nicht aus Menschenliebe, sondern aus politischem Kalkül: Er wollte aus seiner Kaderpartei eine wahre Massenpartei machen. Schon im Juni 1944 hatte er *Provisorische Organisationsnormen* verfaßt: Die Partei ist offen für »alle Arbeiter und ehrlichen Bürger, die ihr politisches Programm akzeptieren«, auch für diejenigen, die vor dem 25. Juli 1943 der faschistischen Partei angehört haben, es sei denn, »sie tragen die persönliche Verantwortung für faschistische Aktivitäten«[76]. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß die antifaschistischen Säuberungsmaßnahmen in Italien nur bedingt gegriffen haben. Auch die »Aufblähung« der PCI innerhalb weniger Jahre - Togliatti hatte nach seiner Rückkehr nach Italien entgegen aller leninistischen Prinzipien die Probezeit abgeschafft und die Partei vorbehaltlos geöffnet -

scan & corr by rz 11/2008

und das »demokratische Defizit«, an dem Italien nach Ansicht gewisser Leute immer noch leidet, sind sicherlich darauf zurückzuführen.

In einer am 6. Juni 1944 mit »Ercoli« unterzeichneten Anweisung, d.h. zu einer Zeit, als überall die Partisanenbewegungen aufblühten und mit der alliierten Offensive die Befreiung Mittelitaliens einsetzte, wies der Kommunistenführer darauf hin, daß der gegenwärtige Kampf »keine sozialen und politischen Veränderungen im sozialistischen und kommunistischen Sinne durchsetzen« will, sondern »die nationale Befreiung und die Zerstörung des Faschismus«[77]. Allein dies ist schon Beweis genug: Zwischen ihm und den Mitgliedern der »kämpfenden kommunistischen Partei«, den sogenannten roten Brigaden, die teilweise aus dem Mythos des »verratenen Widerstands« hevorgegangen sind, kann man keinen Zusammenhang herstellen.

Trotzdem entwickelt sich Togliatti auch nach 1945 nicht zu einem echten Demokraten. Die in der Nachkriegszeit fast täglichen Begegnungen mit Michail Kostylew, der von 1944 bis 1954 der für Italien zuständige Botschafter der UdSSR war, zeigen dies deutlich. Am 23. März 1948, kurz vor den Wahlen, bei denen man mit einem sicheren Wahlsieg der PCI gerechnet hatte, traf er den sowjetischen Botschafter sogar heimlich in einem Wald nahe Rom. Die beiden Männer diskutierten damals über die Zweckmäßigkeit eines bewaffneten Aufstandes. Die Wahlen brachten den Kommunisten jedoch eine Niederlage.

1951 war es wiederum Togliatti, den Stalin als Chef des Kominform vorschlug. Doch »Ercoli« lehnte ab und gab dafür verschiedene Gründe an. Der wahre Grund seiner Ablehnung: In der allgemeinen Unruhe der letzten Stalinjahre konnte er sich keiner Sache - auch nicht seines eigenen Schicksals - mehr sicher sein. Später, während des Aufstands in Budapest, veröffentlichte Togliatti in der Zeitung *L Unitä*

scan & corr by rz 11/2008

einen Artikel mit dem Titel »Zur Verteidigung der Zivilisation und des Friedens«: »Es hätte einen Aufstand gegen die Sowjetunion geben müssen, wenn diese [...] nicht eingeschritten wäre, um diesmal mit aller Kraft dem weißen Terror den Weg zu versperren und den Faschismus schon in seinen Ansätzen zu ersticken«[78].

Am 21. August 1964 starb Togliatti in der Nähe von Jalta an einem Gehirnschlag. Ein Foto vom Flughafen Jalta, das auch Agosti in seiner Togliatti-Biographie veröffentlicht hat, zeigt seinen Sarg, getragen von seinem langjährigen Freund Luigi Longo, von Nikita Chruschtschow, Leonid Breschnew und Nikolai Podgorny. Damit schließt sich der Kreis sozusagen. Trotz seiner langen und erfolgreichen Karriere hat Togliatti die PCI in der mehr als vierzigjährigen gemeinsamen Geschichte zwar nicht völlig beherrscht, aber doch stark beeinflußt. Was dann folgt, ist sicherlich eine andere Geschichte. Mit Sicherheit jedoch eine Geschichte, die eines Tages ehrlich mit der Vergangenheit abrechnen muß.

scan & corr by rz 11/2008

ANHANG

scan & corr by rz 11/2008

Anmerkungen

Teill

Kapitel 1
»Macht reinen Tisch mit dem Bedränger!«

1 Annie Kriegel, *Le Systeme communiste mondial,* Paris 1984, S.272f.
2 Francois Füret, *Das Ende der Illusion,* München 1996
3 Martin Malia, *Vollstrecker Wahnsinn,* Stuttgart 1994
4 Paul Rincoeur, *La Memoire, Vhistoire, l'oubli,* Paris 2000
5 Dimitri Volkogonov, *Le Vrai Lenine, d apres les archives secretes sovietiques,* Paris 1995
6 Robert Conquest, *Staline,* Paris 1993
7 Oleg Khlevniouk, *Le Cercle du Kremlin,* Paris 1996
8 Niclolas Werth und Gael Moullec, *Les Rapports secrets sovietiques. La societe russe dans les documents confidentiels 1921-1991,* Paris 1994
9 Alla Kirilina, *LAssassinat de Kirov,* Paris 1995
10 Amy Knight, *Beria,* Paris 1994
11 Antonio Elorza und Marta Bizcarrondo, *Queridos camaradas, La Internacional Communista y Espana, 1919-1939,* Barcelona 1999
12 Dimitar Cirkov, Petko Boev, Nikola Averjski, Ekatarina Kabakcieva und Georgi Dimitroff, *Dvernik, 9 mart 1933-6 fevruari 1949,* Sofia 1997
13 Karel Bartosek, *Les Aveux des archives, Prague-Paris-Prague, 1948-1968,* Paris 1996
14 Annie Kriegel und Stephane Courtois, *Eugen Fried, le grand secret du PCF,* Paris 1997
15 Philippe Buton, »L'entretien entre Maurice Thorez et Joseph Sta-

scan & corr by rz 11/2008

line du 19 novembre 1944«, in *Communisme* Nr. 45-46, 1996, S.7-30

16 Stephane Courtois, »Un ete 1940. Les negociations entre le PCF et l'occupant allemand ä la lumiere des archives de 1'Internationale communiste« in *Communisme* Nr. 32-34, 1993, S. 85-128

17 Sophie Coeure, *La Grande Lueur ä l'Est, Les Frangais et V Union sovietique,* Paris 1999

18 Guillaume Bourgeois, »Sur les brisees d'Auguste Lecoeur« in *Communisme* Nr. 55-56, 1998, S. 184-254

19 Pavel und Anatoli Soudoplatov, *Missons speciales. Memoires du maitre espion sovietique Pavel Soudoplatov,* Paris 1994

20 Youri Modine, *Mes camarades de Cambridge,* Paris 1994

21 Sergo Berija, *Beria, mon pere. Chronique des annees sanglantes de Staline,* zusammengestellt und erläutert von Francoise Thom, Paris 1999

22 Felix Tchouev, *Conversations avec Molotov, Cent quarante entretiens avec le bras droit de Staline,* Paris 1995

23 Siehe sein *Manuel du Goulag,* Paris 1997

24 Jacques Rossi und Michele Sarde, *Jacques le Frangais. Pour memoire du Goulag,* Paris 2002

25 Orlando Figes, *A People's Tragedy. The Russian Revolution, 1891-1924.* London 1997, S. 520-536

26 In Stephane Courtois u. a., *Das Schwarzbuch des Kommunismus,* München 1998, S. 681 f.

27 Zum Thema Pitesti s. Virgil Ierunca, *Pitesti, laboratoire concentrationnaire, 1949-1952,* Paris 1996, 152 Seiten, und Irena Talaban, *Terreur communiste et resistance culturelle. Les aracheurs de masques,* Paris 1999

28 S. die Kapitel von Ilios Yannakakis und Philippe Baillet über die Kommunistische Partei Griechenlands bzw. Italiens in diesem Buch

29 Alexandra Viatteau, *Staline assassine la Pologne, 1939-1947,* Paris 1999

30 Barbara Skarga, *Une absurde cruaute,* Paris 2000

31 Victor Zaslavsky, 77 *massacro di Katyn, II crimine e la menzogna,* Rom 1998

32 Ben Kiernan, *Le Genocide au Cambodge, 1975-1979. Race, Ideologie et pouvoir,* Paris 1998 und Henri Locard, »Le goulag khmer rouge (1975-1979)« in *Communisme* Nr. 48, 1996, S. 127-164

scan & corr by rz 11/2008

33 Joe! Kotek und Pierre Rigoulot, *Le Siede des camps,* Paris 2000
34 S. Serge Adamets, »A l'origine de la diversite des mesures de la famine sovietique: la statistique des prix, des recoltes et de la consommation« in *Cahiers du monde russe* Oktober-Dezember 1997, S. 559-586
35 S. Jean-Francois Bourret, »Les Allemands de la Volga, Histoire culturelle d'une minorite 1763-1941«, in *Presse universitaires de Lyon,* 1986, S. 281-296
36 S. Jasper Becker, *La grande famine de Mao,* Paris 1998
37 Georges Sokoloff (Hrsg.), *1933, Vannee noire. Temoignages sur la famine en Ukraine,* Paris 2000
38 Stephane Courtois, »Le genocide de classe: definition, description, comparaison« in *Cahiers de la Shoa* Nr. 6, 2002, S.77-110; s. auch Victor Zaslavsky »The Katyn Massacre: >Class Cleaning< as Totalitarian Praxis« in *Thelos* Nr. 114, 1999, S. 67-107
39 S. die in *LIntranquille* Nr. 2-3, 1994, veröffentlichte Akte über »Die große Hungersnot 1932/33 in der Ukraine« mit einem bestürzenden Text von Leonid Pliouchtch; dort werden auch Lydia Kovalenko und Volodymyr Maniak vorgestellt. Außerdem Francoise Thom, »La >dekoulakisation< et la famine 1928-1933«, in Stephane Courtois (Hrsg.), *Quand tombe la nuit. Origines et emergence des regimes totalitaires en Europe, 1900-1934,* Paris 2001, S. 193-214
40 Laurence Woisard, »La notion de crime de genocide, ä partir de la famine de 1932-1933, en Ukraine« in *LIntranquille* Nr. 2-3, 1994, S. 441-541
41 Sophie Coeure, *La GrandeLueur ä l'Est,* a.a.O., S. 171-184
42 Edouard Herriot, *Orient,* Paris 1934, S. 278
43 A.a.O., S.387
44 Leon Moussinac, *Je reviens d Ukraine,* Paris 1934
45 Alain Besancon, *Le Malheur du siede. Sur le communisme, le nazisme et Vunicite de la Shoa,* Paris 1998
46 Die Beiträge von Nicolas Werth und Philippe Burin finden sich in Henry Rousso (Hrsg.), *Stalinisme et nazisme. Histoire et memoire comparee.* Paris-Brüssel 1999
47 Ernst Nolte, La guerre civile europeenne, Paris 2000 (Vorwort von Stephane Courtois)
48 Alain de Benoist, *Communisme et nazisme. Vingt-dnq reflexions sur le totalitarisme auXX^{e} siede (1917-1989),* Paris 1998

scan & corr by rz 11/2008

49 Bernard Bruneteau, *Les Totalitarismes,* Paris 1999
50 Hannah Arendt, *Les Origines du totalitarisme, Eichmann ä Jerusalem,* Paris 2002
51 Arthur Koestler, *Oeuvres autobiographiques,* Paris 1994
52 Unter der Leitung von Emmanuel Le Roy, *Les Grands Proces politiques. Une pedagogie collective,* Paris 2002
53 *Le Totalitarisme. Le XX^e siede en debat,* Texte ausgewählt und präsentiert von Enzo Traverso, Paris 2001
54 Stephane Courtois (Hrsg.), *Quand la nuit tombe,* a. a. O.
55 Bernard Bruneteau, »Affirmation du principe de comparabilite Bolchevisme-Nazisme-Fascisme, 1923-1940« in Stephane Courtois, *Quand la nuit tombe,* a. a. O., S. 261 -280
56 Enzo Traverso, »De l'anticommunisme. L'histoire du XX^e siecle relue par Nolte, Füret et Courtois«, in *L'Homme et la Societe* Nr. 14, April-September 2001, S. 169
57 Francois Füret und Ernst Nolte, *Fascisme et communisme,* Paris 1999
58 Francois Füret, *Das Ende der Illusion,* a. a. O., S. 45/46
59 Tzvetan Todorov, *Memoire du mal, tentation du bien,* Paris 2000
60 Paul Ricoeur, *La Memoire, l'histoire, Voubli,* a. a. O.
61 »Les crimes du communisme« in *L'Histoire,* Spezialausgabe vom Oktober 2000, S. 36-75
62 Anne Appelbaum, »Quand une memoire en cache un autre«, in *Commentaire* Nr. 78, Sommer 1997, S. 247 [Anmerkung des Übersetzers: Das Zitat wurde von mir übersetzt, in welcher Sprache Frau Appelbaum den Text geschrieben hat, ließ sich nicht ermitteln.]
63 Francois Füret, *L'Enigme de la desagregation communiste,* Mitteilungen der Fondation Saint-Simon vom Oktober 1990, S. 1
64 A.a.O., S. 18
65 S. Doina Cornea, *La Face cachee des choses, 1990-1999,* ein Gespräch mit Rodica Palade, Paris 2000
66 Francois Füret, *L'Enigme de la desagregation communiste,* a.a.O., S. 12
67 Paul Ricoeur, »L'ecriture de l'histoire et la representation du passe« in der *Le Monde-Ausgabe* vom 15. Juni 2000 (nach einem Vortrag an der Sorbonne vom 13. Juni 2000)
68 A.a.O.
69 Jeannette Thorez-Vermeersch, *La vie en rouge,* Paris 1998, S.156

scan & corr by rz 11/2008

70 Ludo Martens, *Un autre regard sur Staune,* Brüssel 1994
71 Jacques Jurquet, *Ä contre-courant, 1963-1986,* Paris 2001, S. 126f.
72 Remi Kauffer und Roger Faligot, *Kang Sheng et les Services secrets chinois, 1927-1987,* Paris 1987
73 Jacques Jurquet, a.a.O., S. 314
74 A.a.O., S.280
75 A.a.O., S.281
76 A.a.O., S. 329
77 A. a. O., Jean-Luc Einaudi, »Une vie de combat«, S. 8
78 *Das Schwarzbuch des Kapitalismus,* Paris 1998
79 Andre Gide, »Retour de l'URSS« in *Souvenirs et voyages,* Paris 2001, S.774. Sehr interessant ist die den Text von Gide ergänzende »Notice« von Martine Sagaert auf S. 1309-1347
80 Georges Waysand, *Estoucha,* Paris 1997
81 Moskauer Komintern-Archiv 495/220/12227
82 Leon Trotzki, »L'attentat du 24 mai et le parti communiste mexicain, le Komintern et le Guepeou« in Gesammelte Werke Bd. 24, Paris 1987
83 *Le Journal officiel* vom 13. November 1997, S. 5667
84 A.a.O.
85 Vgl. Stephane Courtois, »La pedagogie du proces interne dans le Parti communiste francais« in E. Le Roy Ladurie (Hrsg.), a.a.O., S. 99-140
86 Lionel Jospin, *Le Temps de repondre,* Paris 2002
87 Aus der *Le Monde-Ausgäbt* vom 15. September 2000
88 Artikel von Paul Ricoeur in der *Le Monde*-Ausgabe vom 15. Juni 2000
89 Peter Novick, *L'Holocauste dans la vie americaine,* Paris 2001
90 Stephane Courtois, »La tragedie communiste« in der *Le Monde-Ausgabe* vom 20. Dezember 1997. Die gesamtfranzösische Debatte ist nachzulesen bei Pierre Rigoulot und Ilios Yannakakis, *Unpave dans Vhistoire,* Paris 1998
91 Jacques Juillard, *L'Annee desfantömes,* Paris 1998, S. 342
92 Hermann Rauschning, *Hitler m'a dit,* Paris 1939; *La revolution du nihilisme,* Paris 1940
93 Felix Tchouev, a. a.O., S. 300 und S. 309
94 Vgl. Nicolas Werth,. »Repenser la Grande Terror« in *Le Debat,* September 2002

scan & corr by rz 11/2008

95 Das Dokument in seiner vollen Länge zitiert Victor Zaslavsky, a.a.O., S. 109-111
96 Nicolas Werth, »Histoire d'un >pre-Rapport secret<, Audaces et silences de la Commission Pospelov, janvier-fevrier 1956«, in *Communisme* Nr. 67-68, 2001, S. 9-38
97 Nicolas Werth, »Six lettres de Boukharine, 1936-1937« in *Communisme* Nr. 61, 2000, S. 7-40
98 J. Arch Getty und Oleg Naoumov, *The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932-1939,* New Haven-London 1999, S. 561
99 Edwy Plenel, *Secrets dejeunesse,* Paris 2001
100 Vgl. u.a. Boris Mirkine-Guetzevitch, *Les Juifs et la revolution russe,* Paris 1921 oder Isaac Babel, *Cavalerie rouge,* Paris 1928, Neuauflage Lausanne 1972
101 Vgl. Nicolas Werth, »Ein Staat gegen sein Volk« in *Das Schwarzbuch des Kommunismus,* a.a.O., S. 130
102 Pierre Broue, *Trotsky,* Paris 1988
103 Orlando Figes, a. a. O.
104 Im Frühjahr 1936 kommt es in Frankreich zu einer Neuauflage, der Titel ist unmißverständlich: Leon Trotsky, *Defense du terrorisme,* Paris 1936
105 Leon und Natalia Trotsky, *Correspondance, 1933-1938,* Paris 1980, S. 132 und 158
106 Leon Trotsky, *Leur Morale et la nötre,* Paris 1939, S. 15
107 A.a.O., S. 24 und 26
108 A.a.O., S. 36
109 A.a.O., S.74
110 A.a.O., S. 82 und 84
111 A.a.O., S.72
112 A.a.O., S.53
113 Edwy Plenel, a.a.O., S. 238
114 A.a.O., S. 38
115 Vgl. Pierre Rigoulot und Illios Yannakakis, a. a. O.
116 Eric Hobsbawm, *L'Age des extremes,* Paris-Brüssel 1999
117 Eric Hobsbawm, »Commentaires« in *Le Debat* Nr. 93, Januar-Februar 1997, S. 86
118 A.a.O., S. 86, 117
119 Nicolas Werth, »Sur les grands proces en Union sovietique« in Emmanuel Le Roy Ladurie (Hrsg.), a.a.O., S.81-98 und »Repenser la Grande Terreur« in *Le Debat* September 2002

scan & corr by rz 11/2008

120 Stephane Courtois, »Stalin und der Gulag-Staat« in *Der Spiegel* Nr. 30, 1999, S. 116-128
121 J. Arch Getty und Oleg Naoumov, a. a. O., S. 585
122 J. Arch Getty, »The Future did not work« in *The Atlantic Monthly* vom März 2000, S. 113-116
123 J. Arch Getty, a.a.O.
124 Michel Dreyfus und andere, *Le Siede des communismes,* Paris 2000
125 Lynne Viola, *»Les Paysans de 1917 ä nos jours«* in Michel Dreyfus u.a., a.a.O., S. 171
126 Arno Mayer, *Les Furies, 1789,1917,* Paris 2002
127 A.a.O., S. 16
128 Vgl. Dominique Colas, »Lenine et la terreur de masse« und Stephane Courtois, »Le poids de la guerre sur la pensee de Lenine« in Stephane Courtois (Hrsg.), *Quand tombe la nuit,* a.a.O., S. 47-62 und 79-98
129 Arno Mayer, a. a. O., S. 559 und 562
130 Nicolas Werth, »Repenser la Grande Terreur«, a. a. O.
131 Arno Mayer, a.a.O., S. 561
132 Arno Mayer, a.a.O., S. 562
133 Nicolas Werth, »Repenser la Grand Terreur«, a. a. O.
134 A.a.O.
135 Ernst Nolte, *Les Fondements historiques du national-socialisme,* Paris 2002
136 Nicolas Werth, *»Six lettres …«*, a. a. O.
137 Stephen F. Cohen, *Bukharin and the Bolshevik Revolution. Apolitical biography, 1888-1938,* New York 1974
138 Nikolai' Boukharine, *Oeuvres choisies en un volume,* Paris-Moskau 1990
139 Nicolas Werth, »Six lettres …«, a.a.O., S. 32-33
140 A.a.O., S. 33
141 Von besonders nahestehenden Genossen wurde Stalin »Koba« genannt
142 A.a.O., S. 34
143 A.a.O., S.35
144 A.a.O.
145 A.a.O., S. 36
146 Philippe Baillet, »La reception italienne du *Livre noir du communisme«* in *Les Cahiers d'histoire sociale* Nr. 12, Sommer 1999, S. 143-166

scan & corr by rz 11/2008

147 Pascal Quignard, *La Frontiere,* Paris-Lissabon 1992
148 Jose Pacheco Pereira, *Alvaro Cunhal, Una biografia politica,* Bd.I *»Daniel« o Jovem Revolucionario, 1913-1941,* Lissabon 1999, Bd. II *»Duarte« o Dirigente Clandestino,* Lissabon 2001
149 Andres Küng, *Kommunismen och Baltikum,* Stockholm 1999
150 *Devant Vhistoire. Les documents de la controverse sur la singularite de l' extermination des Juifs par le regime nazi,* Paris 1988
151 Ernst Nolte, *La Guerre civile europeenne,* a. a. O.
152 Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und Politische Religionen,* München 1996, Hans Maier und Michael Schäfer (Hrsg.), *ibidem,* Bd. 2, München 1997
153 Horst Möller, *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das Schwarzbuch des Kommunismus,* München - Zürich 1999
154 Ulrike Ackermann, in *ibidem,* S. 226
155 Heinrich August Winkler, in *ibidem,* S. 181
156 Felix Tchouev, a. a. O., S. 323
157 Diese Information teilte mir freundlicherweise Cecile Vaissie mit. Vgl. *Knijo'ie Obozrenie* vom 27. August 2001
158 Drago Jancar (Hrsg.), *Temna stran meseca. Kratka zgodovina totalitarizma v Sloveniji 1945-1990* (dt: Die abgewandte Seite des Mondes. Kurze Geschichte des Totalitarismus in Slowenien, 1945-1990), Ljubljana 1998. Davon gibt es eine stark verkürzte englische Version: *The dark side ofthe moon. A Short History of the Totalitarianism in Slovenia,* Ljubljana 1998.
159 Die Informationen über die Repressionen des titoistischen Regimes in Slowenien hat uns Bostjan Marko Turk freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Die ebenfalls übermittelten zahlreichen bibliographischen Angaben werden hier nicht aufgeführt.
160 Mikhail Narinski, »L'entretien entre MauriceThorez et Joseph Staune du 18Novembre 1947« in *Communisme* Nr. 45-46, 1996, S. 31-54
161 Robert Schumann in *France Forum* Nr. 2 vom November 1963
162 Krzysztof Pomian, »L'impossible proces du communisme« in *UHistoire* Nr. 236, Oktober 1999, S. 72
163 Lydia Tchoukovskaja, *Entretiens avec Anna Akhmatowa,* Paris 1980. S. 333
164 Vladimir Boukovski, *Jugement ä Moscou,* Paris 1995, Pierre

scan & corr by rz 11/2008

Daix, »Le proces de Nuremberg du communisme« in *Le Figaro Litteraire* vom 6. November 1997

165 Henry Rousso, *La Hantise du passe,* Paris 1998. S. 90

166 *Zlociny Komunizmu na Slovensku 1948-1989,* Presov 2001

167 Nicolas Werth, *Histoire de l'Union sovietique,* Paris 1990

168 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, »L'aiguillon. L'administration chargee des documents du Service de la Sürete politique (STASI) de l'ex-RDA« in *Communisme* Nr. 59-60 1999, S. 205-218

169 Diese Informationen hat mir freundlicherweise Bernard Fabre übermittelt. Sie stammen aus zwei Artikeln von Kerstin Decker und Claus Dieter Steyer, die am 7. und 9. Dezember 2001 im *Tagesspiegel* erschienen sind.

170 Jorge Semprun, *L'Ecriture ou la Vie,* Paris 1994

171 A.a.O., S.315

172 A.a.O., S. 316

173 Vgl. Ana Blandiana und Romulus Rusan, »Le memorial de Signet ou la memoire, une forme de justice« in *Communisme* Nr. 59-60 1999, S. 219-228

174 Vgl. John Rogister, »Georges I. Bratianu, historien et homme politique«, a.a.O., S. 229-242

175 Bronislaw Geremek in einer Arte-Sendung vom 27. August 1994

176 Raoul Hilberg, *La Destruction des Juifs d'Europe,* Paris 1991, S.655. Vgl. auch Tzvetan Todorow, *La Fragilite du bien. Le sauvetage des Juifs bulgares,* Paris 1999

177 In diesem Zusammenhang interessant ist auch die bemerkenswerte Arbeit von Carol Iancu, *La Shoah en Roumanie,* Montpellier 1998

178 Joachim Gauck, »Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung« in *Das Schwarzbuch des Kommunismus,* München 1998, S.890

179 »Entretien avec Francois Füret« in *Les Cahiers d! histoire sociale* Nr. 4 Sommer-Herbst 1995, S. 149-154

180 Vgl. Pierre Gremion, *Intelligence de Vanticommunisme, le Congrespour la liberte de la culture, 1950-1970,* Paris 1995

scan & corr by rz 11/2008

Kapitel 2
Der Bolschewismus, die Gesellschaftskrankheit des 20. Jahrhunderts

1 Siehe zum Beispiel A. N. Jakowlew, *Obraschtschenije k obschtschestwennosti* (Moskau, 1996).
2 Der Artikel über die Führungsrolle der KPDSU.

Kapitel 3
Der Einsatz des Terrors in der Politik

1 Eine Zusammenfassung dessen, was amerikanische Historiker zum Thema Rußland und Sowjetunion geschriebenen haben, findet sich bei Martin Malia, »Clio in Tauris: American Historiography on Russia« in Gordon Wood und Anthony Mohlo (Hrsg.), *Contemporary Historiography in America,* Princeton 1998. Für die jüngere amerikanische Forschung über die Sowjetgeschichte s. Stephen Kotkon, »1991 and the Russian Revolution: Sources, Conceptual Categories, Analytical Frameworks« in *Journal of Modern History,* 70 Nr. 2, Juni 1998.
2 Stephen F. Cohen, *Bukharin and the Bolshevik Revolution: A Political Biography, 1888-1938,* New York 1973; und Moshe Lewin, *The Political Undercurrents ofSoviet Economic Debates: From Bukharin to the Modern Reformers,* Princeton 1974.
3 Sheila Fitzpatrick (Hrsg.), *Cultural Revolution in Russia, 1928-1931,* insbesondere die Einführung der Chefredakteurin sowie deren Arbeit *Russian Revolution 1917-1932,* New York 1994.
4 Maurice Merleau-Ponthy, *Humanisme et terreur,* Paris 1947
5 Raymond Aron, *Democratie et totalitarisme,* Paris 1965 und Francois Füret, *Das Ende einer Illusion, Der Kommunismus im 20. Jahrhundert,* München 1996
6 Beispielsweise Alexander Wat, *My Century.The Odissey of a Polish Intellectual,* Berkeley 1988; und Vassili Grossman, *Vie et destin,* Lausanne 1980.
7 Alain Besancon, *Le Malheur du siede: sur le communisme, le nazisme et Vunicite de la Shoah,* Paris 1998
8 Sheila Fitzpatrick und Robert Gellately (Hrsg.), *Accusatory Practices: Denunciation in Modern European History, 1789-1989,* Chicago 1997

scan & corr by rz 11/2008

9 Anmerkung des Übersetzers: Die Arbeiter der Renault-Werke in Boulogne-Billancourt bei Paris waren zur Zeit Sartres das Symbol schlechthin für den linksorientierten, militanten Industrie-Arbeiter.

10 Die damaligen ideologischen Illusionen sind nachzulesen bei Tony Judt, *Un passe imparfait, les intellectuels en France, 1944-1956,* Paris 1992, und bei Olivier Todd, *Albert Camus, une vie,* Paris 1996. Der große Klassiker der politischen Philosophie, der aus dieser Debatte hervorgegangen ist: Raymond Aron, *L Opium des intellectuels,* Paris 1955.

Teil II

Kapitel 4
Estland und der Kommunismus

1 Der Adel der baltischen Provinzen (heute Estland und Lettland) war deutschstämmig. An der im 17. Jahrhundert gegründeten Universität Tartu wurde in deutscher Sprache unterrichtet. Erst in den Jahren 1880-1890 setzte die Russifizierung ein (Anmerkung des Übersetzers aus dem Estnischen).

2 T. Karjahärm und V. Sirk, *Eesti haritlaskonna kujunemine ja ideed 1850-1917,* Tallinn 1997, S. 238-240

3 E. Kaup, *Marxism-leninism Eestis 1880ndad aastad - 1904,* Tallinn 1984

4 E. Kaup, *Leninlikul võitlusteel. Leninlike ideede levik ning võitlus töölisliikumise lihtsuse eest Eestis oktobri-eelsel perioodil,* Tallinn 1967

5 T. Karjahärm und V. Sirk, a.a.O., S. 247-251

6 A.a.O., S.243

7 Ö. Elango, A. Ruusman und K. Siilivask, *Eesti maa ja rahvast. Maailmasöjast maailmasöjani,* Tallinn 1998, S. 81-86

8 Eine nicht bolschewisierte Institution, die aus den Wahlen zwischen März und September 1917 hervorgegangen war (Anmerkung des Übersetzers aus dem Estnischen).

9 A.a.O., S.121f.

10 O. Kuuli, *Sotsialistid ja kommunistid Eestis 1917-1991,* Tallinn 1999, S. 16; Ö. Elango, A. Ruusman und K. Siilivask, a.a.O., S.123

scan & corr by rz 11/2008

11 Institution des Nationalrats, die - wenn der Nationalrat nicht zusammenkommen kann - an dessen Stelle handlungsbefugt ist (Anmerkung des Übersetzers aus dem Estnischen).
12 Ö. Elango, A. Ruusman und K. Siilivask, a.a.O., S. 167-170
13 M. Mihkelson, »Punane terror ja kirik Eestis« in *Looming* 1992, Nr. 11, S. 1545-1552
14 Ders., »Eesti Töörahva Kommuuni koonduslaager« in *Tundmatu Eesti Vabariik,* Tallinn 1993, S. 12-24
15 H. Sabbo, *Vöimatu vaikida,* Bd. 1, Tallinn 1996, S. lOf.
16 *Molotovi-Ribbentropi paktist baaside lepingumi. Dokumente ja materjale,* Tallinn 1989, S. 122-130
17 H. Walter, »Eesti teises maailmasöjas«, www.okupatsioon.ee
18 E. Sarv, *Öiguse vastu ei saa üski. Eesti taotlusedja rahvusvaheline öigus,* Tartu 1991, S. 67-68
19 H. Arumäe, »Umsiedlung - baltisaklaste ümberasumine« in *Rahva hääl,* 20-21 Oktober 1989
20 M. Laar und J. Tross, *Punane terror,* Stockholm 1996, S. 6
21 V. Salo, *Population losses in Estonia, June 1940-August 1941,* Toronto 1989, S. 211
22 M. Laar und J. Tross, a.a.O., S. 7f.
23 H. Sabbo, *Vöimatu vaikida,* Bd. 1, Tallinn 1996, S. 683
24 S. Myllyniemi, *Die baltische Krise 1938-1941,* Stuttgart 1979, S.80f.
25 R. Conquest, *The Great Terror,* Pimlico 1990, S. 257
26 H. Sabbo, a.a.O., S.754
27 V. Salo, a.a.O., S. 189
28 A.a.O., S. 186
29 A.a.O., S. 189
30 H. Sabbo, a.a.O., S.818f.
31 V. Salo, a.a.O., S. 11
32 M. Laar und J. Tross, a.a.O., S.13f.
33 A.a.O., S.14f.
34 H. Lindmäe, *Suvesöda Tartumaal 1941,* Tartu 1999, S. 182-194; M. Laar und J. Tross, a.a.O., S. 18
35 M. Laar und J. Tross, a. a. O., S. 23
36 A.a.O., S. 23f.
37 »Population Losses« zusammengefaßt von Arvo Kuddo, *World War and Soviet Occupation in Estonia: A Damages Report,* Tallinn 1991, S. 34
38 T. Hiio, »Nöukogude terror. Eesti inimkaotused Teise Maail-

scan & corr by rz 11/2008

masöja ajal ja töttu ning pärast seda«, Artikel nach einem Beitrag für den 7. Estnischen Nationalkongress, S. 7-9
39 H. Walter, »Eesti Teises maailmasöjas«, a. a. O.
40 A.a.O.
41 T. Hiio, a.a.O., S.6
42 H. Walter, »Eesti Teises maailmasöjas«, a.a.O.
43 A. Kuddo, a.a.O., S. 34
44 T. Hiio, a.a.O., S.7
45 Für diese Zahlenangaben vgl. E. Sarv, a. a. O., S. 70
46 T. Hiio, a.a.O., S. 8
47 E. Sarv, a.a.O., S.70
48 H.Walter, a.a.O.
49 Nach A. Kuddo und E. Sarv, a. a. O.
50 H.Walter, a.a.O.
51 A. Kuddo, a.a.O., S. 39
52 E. Sarv, a.a.O., S.71
53 T. Hiio, a.a.O.
54 E. Sarv, a.a.O., S.71
55 Vgl.A. Kuddo, a.a.O., S.38f.
56 E. Sarv, a.a.O., S.72
57 A.a.O., S.73
58 A.a.O., S. 72
59 A.a.O., S.73
60 A.a.O.
61 M. Laar, *Suurim armastus,* Stockholm 1994, S. 5
62 E. Sarv. a.a.O., S. 76
63 A.a.O.
64 O.Kuuli,a.a.O.,S.85f.
65 E. Sarv, a.a.O.
66 O.Kuuli, a.a.O., S.85f.
67 E. Sarv, a.a.O., S.50
68 Vgl. T. Tannberg, »Lubjanka marssal. Nöukogude imperiumi äärelasid reformimas. L. Beria rahvuspolitika eesmärkidest ja tagajärjedest 1953. Aastal« in *Tuna* 1999 Nr. 4 und 2000 Nr. 1
69 E. Sarv, a.a.O., S. 52
70 A.a.O., S.53
71 Graham Smith (Hrsg.), *The Baltic States: The National Seif-Determination of Estonia, Latvia an Lithuania,* New York 1996, S.122f.
72 Arvo Kuddo, Aksel Kirch, Marika Kirch (Hrsg.), »Demographic

scan & corr by rz 11/2008

Processes in Estonia«, in *World War II and Soviet Occupation in Estonia: A Damages Report,* a. a. 0., S. 42

73 A.a.O.

74 E.Sarv, a.a.O., S.79

75 A.a.O., S.81f.

76 A.a.O., S.91

77 A.a.O., S.91f.

78 Väino Puura, Enno Reinsalu, Ada Teedumägi, Rein Raudsep, Lehte Savitskaja und Koidu Tenno (Hrsg.), »Damage to Natural Resources« in *World War II and Soviet Occupation in Estonia: A Damages Report,* a. a. O., S. 53

79 A.a.O., S.56

80 Rein Ratas (Hrsg.), »Environment Damages« in *World War II and Soviet Occupation in Estonia: A Damages, Report,* a. a. O., S. 50f.

81 E.Sarv, a.a.O., S.90f.

82 R. J. Misiunas, R. Taagepera, *The Baltic States, Years ofDependance, 1940-1980,* Berkeley und Los Angeles, 1983, S. 109

83 J. Kala, »Tööstus«, *Eesti ajalugu ärkamisajast tänapäevani,* a.a.O., S.280-284

84 Vgl. *Estonia: The Transition to a Market Economy. A World Bank Country Study,* Washington 1993

85 Hier geht es um eine Episode aus dem Befreiungskrieg: Im Februar 1918 flüchteten Einheiten der in Tallinn stationierten Sowjet-Flotte vor dem deutschen Heer über den finnischen Meeresbusen in Richtung Helsinki und später nach Kronstadt. Die Bedingungen waren äußerst schwierig, denn das Eis war bis zu 70 cm dick [Anmerkung des Übersetzers aus dem Estnischen].

86 R. Ruutsoo, »Culture« in *World War and Soviet Occupation in Estonia: A Damages Report,* a. a. O., S. 78

87 E. Sarv, a.a.O., S.89

88 Anmerkung des Übersetzers aus dem Estnischen: Der Ausdruck spielt auf die Situation der russischen Bauernschaft vor den Reformen des 19. Jahrhunderts an (in den baltischen Provinzen wurde die Leibeigenschaft zwischen 1816 und 1819 abgeschafft). Der Leibeigene war an seine Felder gebunden und durfte sie nicht verlassen.

89 K. Veem, *Eesti vaba rahvakirik,* Stockholm 1988, S. 336; T. Paul, »Leeri likvideerimise lugu« in *Looming* Nr. 4, 1996

90 R. Ruutsoo, a.a.O., S.77

scan & corr by rz 11/2008

91 R Lotman und A. Lömus, *Eesti raamatute hävitamine nöukogude vöimu poolt,* Tallinn 1995. S. 5
92 A.a.O.
93 A.a.O., S.7
94 K.-O. Veskimägi, *Nöukogude unelaadne elu. Tsensuur Eesti NSV-sja temaperemehed,* Tallinn 1996, S.206
95 P. Lotman und A. Löhmus, a. a. O., S. 9; E. Sarv, a. a. O., S. 87
96 E. Sarv, a.a.O., S. 88
97 R. Ruutsoo, a.a.O., S.77
98 A.a.O.
99 Vgl. M Lauristin, P. Vihalemm (Hrsg.), *Return to the Western World. Cultural and Political Perspectives on the Estonian Post-Communist Transition,* Tartu 1997, S. 299 f.
100 Anmerkung des Übersetzers aus dem Estnischen: Moskau bestritt nach wie vor die mit dem Pakt abgeschlossenen geheimen Zusatzvereinbarungen über die Baltenländer.

Kapitel 6
Das repressive kommunistische System in Rumänien

1 Vlad Georgescu, *Istoria romanilor de la origini pana in zilele noastre,* Los Angeles, 2. Auflage 1989, S. 231
2 A.a.O.
3 Obwohl die Organisation 1930 den Namen *Eiserne Garde* annahm und sich ab 1935 als »Alles für das Land«-Partei präsentierte, wurden ihre Mitglieder immer als *Legionäre* bezeichnet. Wir halten uns also im vorliegenden Text an diesen Namen.
4 Zitiert in Reuben H. Markham, *Romania subjugul sovietic,* Bukarest 1996
5 Vlad Georgescu, a. a. O., S. 254
6 A.a.O., S.258
7 Virgil Ierunca, *Pitesti, laboratoire concentrationnaire. 1949-1952,* Paris 1996, S. 103-105
8 Vgl. Alexandra Osca und Mircea Chirioiu, »Consideratii privind rezistenta organelor militare ale statului roman fata de ocuparea tarii de catre Armata Rosie (23 august 1944-6 martie 1945)« in *6 martie 1945. Inceputurile comunizarii Romaniei,* Bukarest 1995, S. 262-278

scan & corr by rz 11/2008

9 Nationalarchiv von Bukarest, Bestand des Ministers für nationale Propaganda, Informatii Akte 945, f. 167

10 Vgl. C. Hlihor (Hrsg.), *Armata Rosie in Romania,* Documente, Bd. 1 Sammlung »Revista de istorie militara«, Bukarest 1995

11 Bei der Etablierung der kommunistischen Diktatur gibt es, was die Exekutive angeht, eine regelrechte Taktik: Man beginnt mit tatsächlichen Koalitionsregierungen, aus denen allmählich Scheinkoalitionen und schließlich rein kommunistische Regierungen werden. Vgl. Thomas T. Hammond (Hrsg.), *The Anatomy of Communist Takeover,* Yale 1975; vgl. auch Ioan Chiper und Florin Constantiniu, »Modelul Stalinist de sovietizare a Romaniei«, in *Archivele totalitarismului* Nr. 3 1995, S. 28-42

12 *Dreptatea* vom 31. Dezember 1944

13 So jedenfalls interpretierte man den Befehl Nr. 42265, der am 17. März 1945 von der allgemeinen Polizeidirektion angeordnet worden war. Aktenbestand des rumänischen Geheimdienstes (im folgenden ASRI genannt), Dokument 9343 Bd. I, f. 110

14 Die Daten und Zitate bezüglich der Aktionen von Lucretiu Patrascanu als Justizminister stammen aus dem Titel von S. Radulescu-Zoner, D. Buse und B. Marinescu, *Instaurarea totalitarismului comunist in Romania,* Bukarest 1995.

15 Monitorul Oficial Nr. 48, 27. Februar 1948

16 Codul Penal, *Text oficial cu modificarile pina la data de 1 iunie 1958, urmatde o anexa de legipenale speciale,* Bukarest, S. HOf.

17 A.a.O., S.133f.

18 A.a.O., S. 116

19 Nationalarchiv von Bukarest, Akten zum Vorsitz des Ministerrats, Stenogramme, Dokument 3/1945, f. 390

20 ASRI-Aktenbestand, Dokument 9349, Bd. 7 f. 53

21 Cuvintul Nr. 112-115, März-April 1992

22 Gheorghe Boldur-Latescu, *Genocidul communist in Romania,* Bd. 2, Bukarest 1994, S. 15-20

23 Vgl. *Cu unanimitate de voturi* (politische Sentenzen, zusammengetragen und kommentiert von Marius Lupu, Cornel Nicoara und Gheorghe Onisoru), Bukarest 1997

24 ASRI, Strafakten, Dokument 40001, Bd. 38, f. 371

25 Vgl. Gheorghe Onisoru, »L'Enquete concernant le groupe Maniu« in *Analele Sighet 5,* Bukarest 1997

26 »Memoria si istoria« in *Romania libera* vom 22.-23. Mai 1993

27 Am 29. Dezember 1949 erließ die Securitate beispielsweise den

scan & corr by rz 11/2008

Befehl 113/10080, der die Identifizierung der Verwandten und Freunde von Ion Mihalache, dem Vorsitzenden der Nationalen Bauernpartei, anordnete. (ASRI, Dokumentensammlung, Akte 40001, Bd. 78, f. 388)

28 N. *Stewhardt, Jurrialulfericirii,* Cluj 1991, S.228
29 Gheorghe Mazilu, *In ghearele Securitatii,* 1990, S. 134
30 Dom Novacovici, *In Romania dupa grata,* Buzau 1991, S. 137
31 Veröffentlicht am 23. April 1964 in der KPR-Zeitung *Scinteia*
32 ASRI Aktenbestand, Dokument 7778 Bd. 3 f. 71-74
33 A. a. O., Dokument 9572 Bd. 61 f. 1
34 A.a.O., Dokument 7778 Bd. 3 f. 71-74
35 A. a.O., Dokument 9572 Bd. 61 f. 1
36 A.a.O.
37 A. a. O., Dokument 7778 Bd. 27 f. 1-11
38 Marius Lupu, Cornel Nicoara und Gheorghe Onisoru, *Cu unanimitate de voturi,* Bukarest 1997, S. 22 und Victor Fruanza, *Istoria stalinismului in Romania,* Bukarest 1990, S. 395
39 Lavinia Betea, *Maurer si lumea de ieri, Marturii despre stalinizarea Romaniei,* Arad 1995, S. 129
40 ASRI Aktenbestand, Dokument 9572 Bd. 61 f. 2-3. Vgl. auch Ion Balan, »Internari in lagare de munca« in *Arhivele Totalitarismului* 4. Jahrgang Nr. 1 1996, S. 93-107
41 A.a.O., f. 63-66
42 »Les camps de la mort du Delta du Danube« in *La Nation roumaine* Nr. 215, November 1962-Januar 1963, S.6
43 G. lonescu, *Communism in Rumania, 1944-1962,* London 1962, S.194
44 ASRI Aktenbestand, Dokument 9572 Bd. 62 f. 67
45 A. a. O., Dokument 10844 Bd. 3f. 53
46 A.a.O., f. 4
47 A.a.O., f. 203-222
48 A.a.O., f. 87
49 A.a.O., f. 209
50 A.a.O., f. 72
51 A.a.O., Dokument 9572 Bd. 61 f. 73
52 Wahrscheinlich eine rumänischstämmige Minderheit, die in mehreren Balkanregionen anzutreffen ist.
53 *Romania Libera* vom 2. Juli 1993 S. 11
54 Der Untersuchungsbericht war von Kapitän Dumitran verfaßt und von seinem Vorgesetzten, dem Oberstleutnant Breahna, der

scan & corr by rz 11/2008

damals stellvertretender Archivleiter war, unterzeichnet worden.

55 ASRI Aktenbestand, Dokument 7778 Bd. 36 f. 41 f.

56 Dumitru Bacu, *The Anti-Humans,* Illinois 1977

57 Virgil Ierunca, *Limite,* Paris 1981. Außerdem vom selben Autor, *Pitesti, laboratoire concentrationnaire, 1949-1952,* mit einem Vorwort von Francois Füret, a. a. O.

58 Irena Talaban, *Terreur communiste et resistance culturelle - Les arracheurs de masques,* Paris 2000

59 A. Iionescu, *Daca vine ora H, pe cineputem conta?,* Pitesti 1992, S. 46-55

60 Virgil Ierunca, a. a. O., S. 52-55

61 A.a.O. ,S.80

62 Näheres zu diesen Gruppen findet sich in dem Artikel von Stefan Andreescu, »ALittle Known Issue in the History of Romania: The Armed Anti-Communist Resistance« in *Revue roumaine d'histoire* Bd. 33 Nr. 1-2 1994, S. 191-197, s. auch die dazugehörige Bibliographie. Eine sinnvolle Ergänzung sind die direkten Zeugenaussagen der Überlebenden dieser Gruppen; sie wurden ab 1990 in der Zeitschrift *Memoria* veröffentlicht. Außerdem die *Cartea alba a Securitatii,* Bukarest 1994, Bd. II August 1948-Juli 1958. Informationen über die von dem Waldaufseher Nicolae Pop angeführte Gruppe bei Stefan Bellu, *Padurea razvratita,* Baia Mare 1993. Für die Chronologie und die geographische Verteilung dieser Widerstandsgruppen vgl. die umfassende Studie von Eugen Sahan, »Instalarea comunismului - intre rezistenta si represiune« in *Analele Sighet* 2, Bukarest 1995, S. 213-278.

63 *Cartea alba a Securitatii,* Bd. II Dokument 75, S. 198-204

64 Dennis Deletant konnte sich am 9. Februar 1992 mit Elisabeta Rizea über diese Vorfälle unterhalten.

65 *Povestea Elisabetei Rizea din Nucsoara,* Bukarest 1993, S. 118-125

66 Die orthodoxen Priester Nicolae Andreescu, Ion Constantinescu und Ion Dragoi, die Bauern Nicolae Basoiu, Titu Jubleanu, Constantin Popescu, Ion Sandoiu, Nicolae Sorescu und Gheorghe Tomeci, die Lehrer Alexandru Moldoveanu, Nicolae Nitu und Gheorghe Popescu.

67 ASRI Aktenbestand, Dokument 9585 UM 0336 Pitesti S. 44ff.

68 M. Arsenescu-Buduluca, »Sint sotia >teroristului< Gheorghe Arsenescu« in *Memoria* Nr. 8, 1993, S. 9

scan & corr by rz 11/2008

69 Ioana-Raluca Voicu-Arnautoiu hat eine umfangreiche Dokumentensammlung veröffentlicht.
70 *Ziua,* 18. Juli 1995
71 Vgl. Karl Marx und Friedrich Engels, *Manifeste du parti communiste,* Paris 1962, S. 33
72 Dieser Ausdruck stand für die armen Bauern.
73 Dieser Ausdruck entspricht in der Sowjetunion dem der Kulaken.
74 *Monitorul Oficial,* p. 1, Nr. 164, 19. Juli 1948, f. 5964
75 Vgl. Vlad Georgescu, *Politica si istorie. Cazul comunistilor romani. 1944-1947,* München 1983, S. 13
76 Nationalarchiv von Timisoara, Bestand des PMR-Bezirkskomitees Timis-Torontal, Dokument 3/1948 f. 143-145
77 Nach der in Paris von Virgil Ierunca herausgegebenen Zeitschrift *Limite* Nr. 24-25 und 26-27

Kapitel 7
Die griechischen Opfer des Kommunismus

1 I. K. Chasiotis (Hrsg.), / *Edines stin Rossia kai stin Sovietiki Enausi* (dt: Die Griechen Rußlands und der Sowjetunion), Thessaloniki 1997
2 A.a.O., S.397
3 A.a.O., S.420f.
4 Es gibt zahlreiche Zeugnisse. Bibliographische Hinweise finden sich in I. K. Chaisiotis, a. a. O., S. 243
5 I. K. Chaisiotis a. a.O., S. 437
6 A.a.O., S.438
7 Bericht der britischen Botschaft von Moskau
8 Vgl. Thomas Dritsios, *Pia tichi se perimeni sintrofe* (dt: Welches Schicksal wartet auf dich, Genosse?), Athen 1985
9 Ich benutze den Titel des Buches von Thomas Dritsios, *Lati me skotonis sindrofe (dt: Warum tötest Du mich, Genosse?),* Athen 1983
10 Vgl. Vasilis Yiannogodas, *Akronauplie,* Athen
11 1950 habe ich von der Existenz dieses Lagers auf der Donau erfahren; ein entflohener Häftling berichtete mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit von der erlittenen Folter. In der Prager *Literarni Noviny* publizierte ich 1968 Genaueres über dieses Lager.
12 Geheimarchiv des Zentralkomitees der Tschechoslowakischen

scan & corr by rz 11/2008

Kommunistischen Partei, internationale Abteilung Nr. S. XI-Ba/ Kin-290

13 N: l-3202/9-taj-52-Kcj.: KM-655 K-52, 14. Juli 1952

14 Ministerium der Staatssicherheit: N/3-3327/4 taj, 52, 5. September 1952. Soweit wir wissen, sind die griechischen Gefangenen schließlich nicht in die Uranminen verlegt worden, obwohl dies in anderen Akten des geheimen Staatssicherheitsarchivs nahegelegt wurde.

15 Außenministerium der Tschechoslowakei, Serie TO 1941959, sl 21, Cf. 122.465/53-IV in Paval Hradecny, *Recka komunita v ceskoslovensku* (dt: Die griechische Gemeinde in der Tschechoslowakei, 1948-1954), Prag 2000

16 Georgis Kazakis, *Ai-Strati, Sichroni epochi,* Athen 1978

17 Thomas Dritsios, a. a. O., S. 23

18 A.a.O.

19 A.a.O., S. 33

20 Vgl. Agoria Sideri - Kanellopoulou, *Odiporiko stin omichli* (dt: Die Gipfel im Nebel), Athen; vgl. auch den schon klassischen Roman *Eleni* von Nicholas Gage, Paris, 1984

21 Vgl. Thomas Dritsios, *Pia tichi...,* a.a.O.; Kostas Grizanas, *Meta to Grammo* (dt: Nach Grammos), Athen, 1986. Die Bibliographie über die KPG erlaubt ein differenziertes Urteil über diesen mit der Emigration verbundenen »Bürgerkrieg«.

22 Dieses Phänomen ist allen kommunistischen Parteien eigen. Auch die Schriften ehemaliger griechischer Kommunisten-Führer spiegeln diese Haltung wider. Als Beispiel zitieren wir Dimitri Vlandas, *O Nikos Zachariadis kai 22 sinergates tou* (dt: Nikos Zachariadis und seine 22 Kollaborateure), Athen, 1984.

23 Vgl. Lefteris Mavroidis, *Fakelos Karageorgi* (dt: Die Affäre Karageorgis), Athen, 1990

24 Vgl. Kostas Grizonas, *Meta to Grammo,* a.a.O., S. 54: s. dort die Namen der verurteilten Seeleute

25 Thomas Dritsios, *Lati me skotonis...,* a. a. O., S. 87

26 A.a.O., S. 105

scan & corr by rz 11/2008

Kapitel 8
Togliatti und das schwere Erbe des italienischen Kommunismus

1 Zitat aus Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky, *Togliatti e Stalin, II PCI e la politica estera staliniana negli archivi di Mosca,* Bologna 1997. Diese dem Andenken an den 1996 verstorbenen Renzo De Feiice gewidmete Arbeit ist neben der Biographie von Aldo Agosti (s.u.) unsere Hauptquelle. Im Gegensatz zu den zahlreichen vor 1989 erschienenen italienischen Studien über die PCI und Togliatti stützt sie sich auf die seit 1992 teilweise zugänglichen sowjetischen Archive. Die russische Herkunft von Victor Zaslavsky gibt uns außerdem die Sicherheit, daß die Dokumente glaubwürdig übersetzt sind.
2 Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky, a. a. O., S. 19
3 A.a.O., S. 10
4 Renzo De Feiice, *Les Rouges et les Noirs. Mussolini, la republique de Said et la Resistance, 1943-1945,* Genf 1999, S. 86 (die Originalausgabe erschien 1995).
5 *Le Petit Larousse Compact,* Paris 1993, S. 1715
6 Alod Agosti, *Palmiro Togliatti,* Turin 1996. Obwohl die Biographie oft mildernde Umstände anzuführen sucht und bestimmte Fakten herabspielt oder verschweigt, ist sie doch »die erste, die sein ganzes Leben berücksichtigt und - soweit dies für einen Forscher allein überhaupt möglich ist - die Archivbestände systematisch durchgearbeitet hat« (Seite XIII).
7 A.a.O., S. 172
8 A.a.O., S.563
9 A.a.O., S. 10
10 Diesen Übernamen sollen ihm 1922 seine Genossen von der römischen Tageszeitung // *Comunista* gegeben haben (s. Aldo Agost, a.a.O., S.570)
11 A.a.O., S.22
12 Zitiert durch Aldo Agosti, a. a. O., S. 48
13 Zitiert durch Aldo Agosti, a. a. O., S. 30
14 A.a.O., S.43
15 Zitiert a. a. O., S. 77. Für die erstaunliche Klarsicht dieser Analyse in bezug auf die Integration von Partei-Regierung-Staat vgl. auch Emilio Gentile, »Parti, Etat et monarchie dans l'experience totalitaire fasciste« in Stephane Courtois (Hrsg.), *Quand tombe la nuit, Origines et emergences des regimes totalitaires en Europe.*

scan & corr by rz 11/2008

1900-1934, Lausanne 2001, S. 245-258. Der Artikel ist stellenweise anfechtbar (nämlich dann, wenn er sich als eine Art theoretische Säuberung versteht), hat aber den großen Vorteil, daß er sich auf die neuesten historiographischen Erkenntnisse stützt.

16 Zitiert durch Also Agosti, a. a. O., S. 92
17 A.a.O.
18 S. Aldo Agosti, a.a.O., S. 64
19 Zitiert a.a.O., S.109f.
20 Zitiert a. a. O., S. 121. Im Text unterstrichen.
21 Zitiert a.a.O., S. 129
22 Aldo Agosti, a.a.O., S. 146
23 Zitiert a. a. O., S. 169, im Text unterstrichen.
24 S. »VILCongres mondial de LTnternationale communiste« 25. Juli-25. August 1935, Spezialausgabe von *La Correspondance internationale,* XV, Nr. 64 (7. August 1935), S. 918
25 Also Agosti, a.a.O., S. 191
26 A.a.O., S. 192
27 A.a.O., S.197L
28 A.a.O., S. 198
29 Zitiert a.a.O., S.205
30 Palmiro Togliatti, *Appel auxfascistes,* Paris 1983, S. 53. Diese inzwischen extrem selten gewordene Ausgabe geht dem Vorwort und der Einführung zufolge auf die Initiative einer kleinen Gruppe italienischer Anarchisten zurück, die damals in Paris im Exil saßen. Sie schreiben den Text einzig und allein Togliatti zu.
31 Vgl. Aldo Agosti, a.a.O., S. 206
32 Zitiert a.a.O., S. 204
33 Anomym, *Tolgiatti assassino di comunisti,* Rom 1962, Ergänzung Nr. 35 der *Documenti sul comunismo* S. 19. Das Bulletin ist die italienische Ausgabe des von Boris Souvarine geleiteten Bulletins *Est & Ouest.*
34 S. Elena Dundovich,Traesillioecastigio, Florenz 1998. Unter den zwei oder drei Verurteilten, die überlebten, war auch Dante Corneli: Er verbrachte fünf Jahre im Straflager von Vorkuta und konnte erst 1970 nach Italien zurückkehren. Sein Bericht wurde auch ins Französische übersetzt: *Le Ressuscite de Tivoli,* Paris 1979 (die ital. Originalausgabe ist von 1977). Von den zahlreichen Studien über die italienischen Kommunisten in der UdSSR zwischen den beiden Weltkriegen seien folgende erwähnt: Guelfo Zaccaria, *200 comunisti italiani tra le vittime dello stalinismo,* Mailand 1964;

scan & corr by rz 11/2008

Dante Corneli, *Lo stalinismo in Italia e nelV emigrazione antifascista. Rappresentanti del Comintern. Dirigenti efunzionari dipartito. Persecutori e vittime,* Rom 1979; Romolo Caccavale, *La speranza Stalin. Tragedia delV antifascismo italiano nelV URSS,* Rom 1989; Ders., *Comunisti italiani in Unione sovietica. Proscritti da Mussolini, soppressi da Stalin,* Mailand 1995

35 Vgl. Emilio Guarnaschelli, *Une petite pierre, L'exil, la deportation et la mort d'un ouvrier communiste italien en URSS,* Paris 1979
36 Vgl. Aldo Agosti, a. a. O., S. 220
37 A.a.O., S.218
38 Nach einer Beurteilung von Francis Füret, *Das Ende der Illusion,* München 1998, S. 27'8
39 Vgl. Aldo Agosti, a. a. O., S. 220
40 A.a.O.
41 Zitiert a.a.O., S. 222f.
42 A.a.O., S.244
43 A.a.O., S. 245
44 Francois Füret, a. a. O., S. 663 Anmerkung 10
45 Zitiert durch Aldo Agosti, a. a. O., S. 216 f.
46 A.a.O., S.217
47 Zitiert a.a.O., S. 221
48 Zitiert a.a.O., S. 255
49 A.a.O., S.253
50 A.a.O.
51 Zitiert a.a.O.
52 Zitiert a.a.O.; In diesem Zusammenhang schreibt Agosti außerdem (a. a. O., S. 592): »Die von Annie Kriegel in jüngster Zeit mit viel Akribie in den französischen Archiven durchgeführten Forschungen [vgl. »Arrestation, detention et liberation de Palmiro Togliatti (Paris, septembre 1939-avril 1940)« in *Communisme* Nr. 40/41 1995] brachten keine weiteren Aufschlüsse.«
53 Zitiert a.a.O., S. 261
54 Mehr zu diesen unterschiedlichen Zahlenangaben bei Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky, a.a.O., S. 158
55 A.a.O.
56 A.a.O.
57 A.a.O., S. 159
58 A.a.O.
59 A.a.O.

scan & corr by rz 11/2008

60 A.a.O., S. 160
61 A.a.O., S. 163
62 Zitiert a.a.O., S. 164
63 Zitiert a.a.O., S. 165. Als Beispiel für die historiographische *Omertä:* Der Brief vom 15. Februar 1943 wurde erst am 15. Februar 1992 in der Turiner Tageszeitung *La Stampa* S. 4 veröffentlicht (vgl. Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky, a. a. O., S. 177, Anmerkung 20)
64 Also Agosti, a. a.O., S. 262
65 Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky. a. a. O., S. 165
66 A.a.O., S.57
67 Vgl. Sergio Bertelli, »Compagno Ercoli«, Einführung in *La segretaria di Togliatti, Memorie di Nina Bocenina,* Florenz 1993, S.174
68 Die historischen Daten entnahmen wir aus RFlaminio Rocchi, *L'esodo dei 350 mila giuliani,fumani e dalmati,* 4. Auflage Rom 1998. Was die strittigen Ostgebiete und die von titoistischen Partisanen zwischen 1943 und 1945 verübten Massaker betrifft, bedanken wir uns bei Giovanni Monastra für die uns freundlicherweise überlassene Dokumentation und bei der Journalistin Tiziana Mian für ihre wertvollen bibliographischen Ratschläge.
69 Diese Informationen findet man unter www.foibe.monrif.net/contesto.htm. Eine weitere Webseite zu diesem Thema: www.italia-rsi.org/foibe/foibe.htm
70 S. Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky, a. a. O., S. 135
71 A.a.O.
72 A.a.O., S. 136
73 Vgl. Arrigo Petacco, *L'Esodo. La tragedia negata degli italiani d'Istria, Dalmazia e Venezia Giulia,* Mailand 1999 und Gianni Oliva, *Foibe. Le stragi negate della Venezia Giulia e delVIstria,* Mailand 2002.
74 Zitiert in Elena Aga-Rossi und Victor Zaslavsky, a. a. O., S. 140
75 A.a.O., S. 149
76 Zitiert a.a.O., S. 82
77 Zitiert a.a.O., S. 90
78 Zitiert a.a.O., S. 266

scan & corr by rz 11/2008

Zu den Autoren

Stephane Courtois: Sein Spezialgebiet ist die Geschichte des Kommunismus. Er leitet an der GEODE-Universität Paris X eine CNRS-Forschungsabteilung (Centre Nationale de la Recherche Scientifique) und gibt die Zeitschrift *Communisme* heraus. Seine wichtigsten Veröffentlichungen: *Le PCF dans la guerre* (Ramsay 1980), *Qui savait quoi? Lextermination des Juifs, 1941-1945* (La Decouverte 1987, als Koautor), *Le Communisme* (MA Editions 1987, in Zusammenarbeit mit M. Lazar), *Le Sang de V etranger. Les immigres de la MOI dans la Resistance* (Fayard 1989, als Koautor), *Cinquante ans d'une passion frangaise. De Gaulle et les communistes* (Bailand 1991, in Zusammenarbeit mit M. Lazar), *Rigueur et passion. Hommage ä Annie Kriegel* (Le Cerf/TAge d'homme 1994, als Koautor), *L'Etat du monde en 1945* (La Decouverte 1994, in Zusammenarbeit mit A. Wieviorka), *Histoire du parti communiste francais* (Presses universitaires de France 1995, in Zusammenarbeit mit M. Lazar), *Eugen Fried. Le Grand Secret du PCF* (Le Seuil 1997, in Zusammenarbeit mit A. Kriegel), *Le Livre noir du communisme: crimes, terreur et repression* (Robert Laffont 1997, als Koautor), *Regards sur la crise du syndicalisme* (L'Harmattan 2001, in Zammenarbeit mit D. Labbe), *Quand tombe la nuit: origines et emergence des regimes totalitaires en Europe, 1900-1934* (L'Äge d'homme 2001, als Herausgeber).

Alexander Jakowlew: Innerhalb des Politbüros der KPdSU war er neben Michail Gorbatschow einer der wichtigsten Theoretiker der Perestroika. Nach dem Ausschluß aus dem Politbüro gründete er 1991 die *Bewegung für die demokratische Reform.* Heute leitet er die vom Russischen Präsidenten ins Leben gerufene Kommission zur Rehabilitierung der Opfer der politischen Repression. Jakowlew ist Autor von *Ce que nous voulons faire de V Union sovietique* (Le Seuil 1991) und *Vertige des illusions: reflexions et analyses sur la tragedie communiste* (Lattes 1993).

scan & corr by rz 11/2008

Martin Malia hat einen Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Berkeley (Kalifornien). Seine wichtigsten Veröffentlichungen: *Comprendre la revolution russe* (Le Seuil 1980), *La Lragedie sovietique: histoire du socialisme en Russie, 1917-1991* (Le Seuil 1995) und *Russia under Western Eyes: From the Bronze Horseman to the Lenin Mausoleum* (Harvard University Press 2000).

Mart Laar war in den Jahren 1992 bis 1994 und 1999 bis 2002 Premierminister der Republik Estland. Seit 1992 ist er Parlamentsmitglied und mit einer kurzen Unterbrechung (1997) seit 1995 auch Vorsitzender der Pro-Patria-Partei. Als ausgebildeter Historiker hat er zahlreiche geschichtliche Arbeiten veröffentlicht, insbesondere *War in the Woods: Estoniäs Strugglefor Survival, 1944-1956* (Washington 1992), *Raamat Jakob Hurdcast* (dt: Ein Buch über Jacob Hurdcast, Tallinn 1995) und *Leine Eesti* (dt: Ein anderes Estland, Tallinn 1996).

Diniu Charlanow ist ein emeritierter Professor für Geschichte. Er unterrichtete an der Sveti-Kliment-Ohridski-Universität von Sofia. Seit rund zehn Jahren beschäftigt er sich mit der kommunistischen Periode Bulgariens und hat mehrere Arbeiten zum Thema Repression veröffentlicht.

Liubomir Ognianow hat eine Professur an der Sveti-Kliment-Ohridski-Universität von Sofia. Seine Unterrichtsthemen: Zeitgenössische Geschichte Bulgariens, die Geschichte der bulgarischen Institutionen sowie die Quellen- und Archivbehandlung und die Außenpolitik Bulgariens nach dem Zweiten Weltkrieg. Er hat zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten und Monographien veröffentlicht und sitzt im Wissenschaftlichen Rat der Historischen Fakultät der Universität Sofia. Er ist außerdem Mitglied des für die zeitgenössische Geschichte zuständigen Wissenschaftlichen Rates der Prüfungskommission der Republik Bulgarien.

Plamen Zwetkow hat eine Professur für Geschichte an der Neuen Universität von Sofia. Der polyglotte Wissenschaftler verfaßte zahlreiche Monographien und Presseartikel über die zeitgenössische Geschichte Bulgariens und sitzt in der Prüfungskommission des bulgarischen Bildungsministeriums.

scan & corr by rz 11/2008

Romulus Rusan, Schriftsteller und Essayist, machte seinen Abschluß am Polytechnischen Institut von Cluj. Seit 1990 engagiert er sich vor allem als Staatsbürger und Lehrer. Gemeinsam mit Ana Blaudiane hat er in Sighet eine Gedenkstätte für die Opfer des Widerstands gegen den Kommunismus ins Leben gerufen, eine internationale Forschungsstätte zum Thema Kommunismus. Er gibt außerdem drei wissenschaftliche Reihen heraus: »Analele Sighet«, »Bibliotheca Sighet« und »Documente«.

Dennis Deletant ist Professor für Rumänisch und Dekan des Osteuropäischen Instituts der Universität London. Seine Veröffentlichungen: *Ceau§escu and the Securitate: Coercion and Dissent in Romania, 1965-1989* (Hurst 1995), *Romania sub regimul communist* (Fundatia Academia Civica 1997), *Security Intelligence Services in New Democracies: The Czech Republik, Slovakia and Romania* (St. Martin's Press 2001, in Zusammenarbeit mit K. Williams).

Stefan Maritiu machte seinen Abschluß an der Historischen Fakultät von Bukarest. Sein Spezialgebiet: Die zeitgenössische Geschichte Rumäniens. Thema seiner am Historischen Institut A. D. Xenopol in Iasi eingereichten Promotionsarbeit: »Das Alltagsleben in Rumänien 1944-1947. Die Entwicklung der Mentalität der Bevölkerung«.

Gheorghe Onisoru ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut A. D. Xenopol in Iasi. Seine Veröffentlichungen: *Aliante si confruntari intre partidele politice din Romania, 1944-1947* (Fundatia Academia Civica 1996), und *Cu unanimitate de voturi. Sentinte politice adunate si comentate* (Fundatia Academia Civica 1997, in Zusammenarbeit mit M. Lupu und C. Nicoara). Seit 2000 leitet er den mit der Untersuchung der Securitate-Akten beauftragten Forschungsausschuß.

Marius Oprea ist Historiker und Philosoph. Thema seiner Promotionsarbeit: »Die Rolle und Entwicklung der Securitate von 1948 bis 1964.« Er hat außerdem die Dokumentensammlung *Banalitatea Ranhui* (Polirom 2002) veröffentlicht.

Stelian Tanase ist Professor für Politologie und hat als solcher zahlreiche Analysen und Studien zur zeitgenössischen Geschichte veröffentlicht. Er gibt außerdem die Zeitschrift *Sfera politicii* heraus.

scan & corr by rz 11/2008

Ilios Yannakakis hat sich als Historiker auf die Geschichte der internationalen und osteuropäischen Kommunistenbewegung spezialisiert. 1949 schloß er sich freiwillig den sich als politische Flüchtlinge in den sozialistischen Ländern aufhaltenden Griechen an. Im Auftrag der griechischen KP unterrichtete er in der Tschechoslowakei die in Internaten untergebrachten Kinder der griechischen Flüchtlinge. 1956 gab er dieses Amt auf und wurde rehabilitiert. Nach seinem Abschluß an der Palacky-Universität von Olomuc bekam er einen Lehrauftrag für die französische Sprache und Literatur und unterrichtete wenige Jahre später auch an der Prager Universität. 1968 beteiligte er sich aktiv an den Reformbewegungen des »Prager Frühlings«. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen emigrierte er nach Paris. Er hat zahlreiche Artikel und Studien über die internationale Kommunistenbewegung veröffentlicht.

Philippe Baillet hat als Italien-Spezialist neben den Werken von Julius Evola, Augusto Del Noce und Massimo Introvigne zahlreiche historische und philosophische Texte ins Französische übersetzt. 1999 bekam er vom *Centre national du livre* ein Stipendium für folgende Forschungsarbeit: »Monte Veritä 1900-1920: eine alternative Gemeinschaft zwischen völkischer Bewegung und künstlerischer Avantgarde.« Er hat außerdem in den *Cahiers d'histoire sociale* (Albin Michel, Nr. 12, Sommer 1999, S. 143-166) einen ausführlichen Artikel veröffentlicht: »La reception italienne du *Livre noir du communisme«* (dt: Die italienische Rezeption des *Schwarzbuchs des Kommunismus).*

scan & corr by rz 11/2008

Personenregister

Abadschew, Petar 330
Abakumow, Wiktor 154
Abetz, Otto 22,24
Abronow 279
Abuladse, Tengis 197
Achmatowa, Anna 150
Ackermann, Ulrike 129
Afanasjew, P. 279
Aga-Rossi, Elena 486-488, 490
Agnelli, Giovanni 478
Agosti,Aldo 18,471-473, 476-478,481,484,500
Ahlander, Dag Sebastian 303
Aleksander, Metropolit 311
Alexander L, Kaiser von Rußland 147
Alexander IL, Kaiser von Rußland 180
Alleg, Henri 58
Alves, Nito 122
Anderkopp, Ado 273
Andrejew, Andrei 274
Andrejewa, Nina 198
Andropow, Juri 16,201,370
Antonescu, Ion 169f., 172, 381-383,396
Anvelt,Jaan 263, 265 f.
Apostu, George 439
Appelbaum, Anne 38
Aragon, Louis 243
Arendt, Hannah 35, 89, 174, 248 f.
Arnautoiu, Ioana-Raluca 423
Arnautoiu, Toma 421-423
Aron, Raymond 89, 174, 247
Arsenescu, Gheorghe 421-423
Arsow, Boris 369

Baba, Cornelian 443
Bacilek, Karol 457
Bacon, Francis 222
Baconsky, Anatol 439
Bacu, Dumitru 416
Badica, Ilie 408
Badoglio, Pietro 490, 492
Bagrianow, Iwan 337
Baillet, Philippe 64
Bakunin, Michail 225
Baradziotas, Vasilis 465
Baramova 457
Bardziotas, V. 455
Barnes, Meynard 342
Bartosek, Karel (eigtl. K. Bartosek) 24,132,136L, 156
Baskakow, Iwan 280
Beethoven, Ludwig van 242
Belloin, Gerard 174
Belokurow,N. 280
Benoist, Alain de 35
Berdjajew, Nikolai 229f.
Berghofer, Wolfgang 128

scan & corr by rz 11/2008

Berija, Lawrenti 23, 25f., 63, 83,154,276,278,292,406
Berija, Sergo 26
Berlinguer, Enrico 470
Berlusconi, Silvio 120
Bernard, Noel 445
Bertelli, Sergio 491
Berti, Giuseppe 478
Besancon, Alain 17, 34, 37, 159,248
Bianco, Lucien 19
Bianco, Vincenzo 488, 490
Bizcarrondo, Marta 24
Blandiana, Ana 165
Bloch, Marc 165
Blum, Leon 46, 69, 241
Bocca, Giorgio 483
Bodnaras, Emil 387
Bodnarenko, Pintilije —>Pintilie, Gheorghe
Boldur-Latescu, Gheorghe 398 f.
Bordiga, Amedeo 475
Boris III., Zar von Bulgarien 169, 17 f., 324f., 330-332, 334-336
Botschkarew, Wladimir 274
Brasoveanu, Gheorghe 442
Brätianu, Gheorghe 165
Brätianu, Constantin L C. 400, 443
Brätianu, Ion 443
Brätianu, Maria 441
Breahna, Iordache 415
Breschnew, Leonid 194, 212, 220, 294f., 299, 317, 371, 500
Bronschtein, Leib —»Trotzki, Leo
Broszat, Martin 129
Bruneteau, Bernard 35 f.
Buber-Neumann, Margarete 37
Bucharin, Nikolai 71,84,98, 110f., 113,115f.,238f.,313
Bukowski, Wladimir 150
Bulin, Johann 311
Bunin, Iwan 229f.
Burca, Mihail 412
Burin, Philippe 34

Cälinescu, George 432
Camus, Albert 89,174,251
Cana,Ion 442
Carnogursky, Jan 135
Carr, Edward 108
Casanova, Laurent 59
Castro, Fidel 19
Cavada, Jean-Marie 66
Ceau§escu, Elena 43
Ceau§escu, Nicolae 43,71,94, 397, 399, 404f., 414, 416, 420,423,425,427 f., 430, 437-445
Cerreti, Giulio 485
Charlie (eigtl. Carlotta Garcia) 63
Chisinevski, Iosif 436
Chlewnjuk, Oleg 23, 157
Chruschtschow, Nikita 20f., 41, 52,61,82-84,96,98,100, 150, 154, 194f., 201, 203, 220,244,387,403f.,432f., 436f.,454,500
Churchill, Winston 146
Cinlei, Liviu 443
Claudin, Fernando 18
Clement —»Fried, Eugen
Coeure, Sophie 24,33
Colombani, Jean-Marie 80f., 85 f.
Conquest, Robert 23, 138

scan & corr by rz 11/2008

Constantinescu, Emil 422
Constantinescu, Miron 436
Coposu, Corneliu 440
Cornea, Doina 443
Cossiga, Francesco 495
Cot, Pierre 25
Courtois, Stephane 240, 247, 254, 256
Cseller, Ludovic —>Zeller, Ludwig
Cunhal, Alvaro 120 f.

Dafinow, Nikola 365
Dahl, Birgitta 303
Daix, Pierre 85,150,174
D'Alema, Massimo 117
Dan, Fjodor 114
Danow, Christo 340
De Feiice, Renzo 470
De Gasperi, Aleide 497
Dekanozow, Wladimir 63
DengXiaoping 255
Deutscher, Isaac 108
Dimitrow, Georgi 24, 63, 135, 327-329,337,342, 344, 346, 350,361,374,477,493
Dimitrow, G. M. (gen. Gemeto) 350
Dimitrowa, Iordanka 365
Dimou, Mario 465
Djilas, Milovan 493
Domenach, Jean-Luc 54
Dostojewski, Fjodor 179, 242
Douch 56
Drnovsek, Janez 141
Dserschinski, Felix 158
Dschugaschwili, lossif —»Stalin, Josef
Dubcek, Alexander 152,242
Duclos, Jacques 63
Dudinzew, Wladimir 197
Dumitrescu, Constantin Ticu 166f.
Dumitrescu, Dan 419
Dundovich, S. Elena 480
Durand, Pierre 57

Edesalu, Julius 272
Eichmann, Adolf 35,158
Einaudi, Jean-Luc 56 f.
Ellenstein, Jean 52
Elorza, Antonio 18,24
Engels, Friedrich 109, 193, 214, 234,261
Estoucha (eigtl. Esther Zylberberg) 62-65
Ethridge, Marc 340

Faligot, Roger 54
Faszi, Aniko 132
Ferdinand L, Zar von Bulgarien 332
Feuerbach, Ludwig 182
Figes, Orlando 27
Filipu,Radu 444
Filoy, Bogdan 336
Fitin, Pawel 63
Florakis 464
Foris, Stefan 396
Franco, Francisco 62, 64, 164
Fried, Eugen (Pseud. Clement) 24, 484 f.
Frunza, Victor 439
Füret, Francois 16-18, 21, 34, 36f., 40f., 44, 68,72,100, 173,247,471

Gagarin, Juri 100
Gakis,Tasos 459
Garcia, Carlotta —»Charlie

scan & corr by rz 11/2008

Gary, Romain 37
Gasdow, Nikolai 364
Gauck, Joachim 125-128,148, 161,173
Gaulle, Charles de 46, 57, 67f., 70
Gemeto —>Dimitrow, G. M.
Georgescu, Teohari 395,418, 426, 436
Georgescu, Vlad 445
Georgiew, Kimon 338
Georgiew, Konstantin 324, 330
Geremek, Bronislaw 168
Getty, J. Arch 91, 95-101, 104
Gheorghiu-Dej, Gheorghe 403f., 418,425f., 433-437
Ghermani, Ioan 410
Gide, Andre 58, 85
Goebbels, Joseph 82,185
Goethe, Johann Wolfgang von 242
Gogol, Nikolai 212
Gogow, Petar 364
Goldstein, Max 379
Golubow, Sergui 371
Goma,Paul 440-442
Goranow, Zwjatko 364
Gorbatschow, Michail 15 f., 41 f., 110, 194, 198f., 202, 206,234,236,241,319,321
Gorki, Maxim 230
Gottwald, Klement 133,477
Gousias, F. Vonditsios 462, 465
Gramsci, Antonio 472, 490
Grossman, Wassili 37, 85
Groza, Petru 383, 386, 389, 3931,424
Grozos, Apostolos 462
Grünberg, Boris —>Nicolski, Alexandru
Guarnaschelli, Emilio 480 f.
Guarnaschelli, Mario 481
Guevara, Ernesto (Che) 19
Gussew, Iljitsch 232
Gustav Adolf IL, König von Schweden 307
Gyftodimos —>Karageorgis, Kostas

Habermas, Jürgen 124
Hebrang, Andrija 493
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 182, 472,489
Heidegger, Martin 243
Herriot, Edouard 33
Himmler, Heinrich 82, 158
Hitler, Adolf 35, 52, 57f., 61, 64,69,79-81f.,93,98, 125, 169f., 178, 180f., 191,243, 268f.,271,317,320, 334-336, 344, 380-382, 396, 482, 484
Hobsbawm, Eric 91-95,100, 471
HoChiMinh 19,240,246
Holke 326
Hörn, Gyula 244
Horthy, Miklös 169, 172
Hosu, Gheorghe 408
Hoxha, Enver 56
Hue, Robert 65f., 76
Humbert-Droz, Jules 481

Ibrahim -^Nestorowitsch, Wladimir
Ierunca, Virgil 416f., 445
Iliescu, Ion 43f., 446
Ioannidis, L 458
Ioannidis, Yanis 461
Ionitoiu, Cicerone 399

scan & corr by rz 11/2008

Iuga, Dumitru 444
Iwanow, Zweti 350
Izetbegovic, Alija 136

Jagoda, Genrich 98
Jakes,Milos 152
Jakowlew, Alexandr 157
Jancar, Drago 141, 144
Jaroslawski —>Nestorowitsch, Wladimir
Jaruzelski, Wojciech 138 f., 244
Jejow, Nikolai 84, 98, 108
Jelzin, Boris 15, 23, 202, 234, 236, 321
Jianu, Marin 395
Joana, Zarin von Bulgarien (geb. Giovanna von Italien) 340
Jospin, Lionel 67-69,71-74
Jugow, Anton 341,347,363
Juillard, Jacques 81
Jurquet, Jacques 53-57
Justinian, Patriarch 428

Kaftaradse, Sergei 396
Kaganowitsch, Lasar 31, 84
Kalinin, Michail 34,262
Kalugin,01eg 370
Kamenew, Lew 112
KangSheng 54
Kant, Immanuel 182,242
Kapernis 459
Kappos, Kostas 123
Karageorgis, Kostas (Pseud. Gyftodimos) 465
Karaitidi, Eva 122
Karaitidi, Marina 122
Kardelj, Edvard 144,493
Karl IL, König von Rumänien 379-381
Karotamm, Nikolai 285, 289-291
Kauffer, Remi 54
Kawaldschiew, Todor 135
Kemerow, Jewgeni 285
Kende, Pierre 159
Khlevniouk, Oleg —>Chlewnjuk, Oleg
Kidric, Boris 144
Kiernan, Ben 30
Kim (eigtl. Joaquim Olaso Piera) 63
Kim II Sung 47, 56, 82, 246
Kingissepp, Viktor 263
Kirilina, Alla 23
Kirow, Sergei 23, 477, 480
Kiszczak, Czeslaw 139
Knight,Amy 23
Kocbek, Edvard 143
Kocka, Jürgen 126
Koestler, Arthur 35,85, 116, 174
Kohl, Helmut 125
Kohut, Pavel 440
Kolarow, Wassil 328
Koliyannis, Kostas 464f.
Kolzow, Michail 232f.
KomJongll 82
Kopp,Johan 312
Korolenko, Wladimir 229 f.
Kossow,W. 292
Kossygin, Alexei 202 f.
Kostjuschin, Alexei 163
Kostow, Traitscho 341
Kostow, Wladimir 370
Kostylew, Michail 499
Kotek,Joel 30
Kowalenko, Lidija 31 f.
Krawtschenko, Wiktor 85
Kriegel,Annie 16-18,24

scan & corr by rz 11/2008

Krivitzky, Walter 85
Krupskaja, Nadeschda (verh. Lenin) 179, 181
Kubbo, Eduard 273
Kucan, Milan 141
Kumm, Boris 273,291
Kun, Bela 378, 482
Kunew, Trifon 351
Kuusinen, Otto 477
Kwasniewski, Aleksander 43, 139f.,244

Laar, Mart 137
Laguillier, Arlette 51 f.
Lajolo, Davide 483
Lassalle, Ferdinand 182
Lecoeur, Auguste 25
Lenin, Nadeschda —»Krupskaja, Nadeschda
Lenin, Wladimir (eigtl. W. Uljanow) 23, 27-29, 32,47f., 51f., 61, 66, 71 f., 74, 80-82, 88f., 91-93, 96f., 106, 109f., 114f., 133,140, 145, 176-181,185f., 188f., 193-195, 198f., 201, 228-232, 244, 246, 253 f., 263, 265
Lentsman, Leonid 292
Leroy, Roland 59-61
Levi, Primo 37
Levy, Bernard-Henri 77
Lewin, Moshe 108
Leys, Simon 19
LiPeng 82
Livinski, Mihai 419
Ljubowzew, Ilija 278
Locard, Henri 30
London, Arthur 24
Longo, Luigi 500
Losanow, Losan 365
Lovinescu, Monica 445
Luca,Vasile 395,401,418,436
Ludendorff, Erich 181
Luiga, Oscar 273
Lultschew, Kosta 351
Luther, Martin 242,308

Macchiocci, Maria Antonietta 19,119
Madisson, Tut 317 f.
Maier, Hans 126, 129
Makarenko, Anton 416f.
Maksolly, Maximilian 309
Malenkow, Georgi 292
Malia, Martin 16,21, 106
Man, Paul de 243
Maniu, luliu 399f.
Manjak, Wolodimir 32
Manuilski, Dmitri 71,477,482
Mao Tse-tung 28, 47, 54, 56f., 61,94, 193, 240, 246, 254f.
Marchais, Georges 71,76
Margolin, Jean-Louis 28, 54, 56, 246, 252, 254
Marinow, Iwan 339
Markow, Georgi 3 70 f.
Martelli, Roger 59-61
Martens, Ludo 53
Marty, Andre 477
Marx, Karl 109, 181 f., 184, 188,193,198,214,234,238, 242,254f.,261
Masing, August 280
Maurer, Ion Gheorghe 405
Mayer, Arno 91, 104-108
Mazilu, Nicolae 423
Mazuru, Wladimir 395
McCarthy, Joseph 39, 107, 249

scan & corr by rz 11/2008

Medgyessy, Peter 160
Meri, Georg 123
Meri, Lennart 123, 136f.
Merkulow, Wsewolod 278
Merleau-Ponty, Maurice 246
Metaxas, Ioannis 448, 452, 455
Michael L, König von Rumänien 379, 381, 383 f.
Michnik,Adam 138-140
Milosevic, Slobodan 44, 132
Minkow, Iwan 330
Mitterrand, Francois 18 f., 241
Mladenow, Petar 374
Modin, Juri 25
Mogos, Ion 423
Möller, Horst 126, 129
Molotow, Wjatscheslaw 26,31, 71,82,84,135,138,169,278, 396,418
Mommsen, Hans 124, 126
Morosichin, N. 280
Morosow, Pawel 153
Mosch, Günther 162 f.
Moskwin -^Trilisser, Mejer
Moullec, Gael 23
Moussinac, Leon 34
Mozart, Wolf gang Amadeus 212
Müller, Hertha 439
Münzenberg, Willi 481
Murariu, Traiana 423
Murawjew, Konstantin 338
Mussolini, Benito 118,248, 335, 473, 479,486, 489

Naumow, Oleg 91, 95
Nedelcovici, Bujov 439
Negoitescu, Ion 440
Nenni, Pietro 496
Neruda, Pablo 244
Nestorowitsch, Wladimir (Pseud. Jaroslawski, Ibrahim) 326
Neto, Agostinho 122
Netschajew, Sergei 225
Neubert, Ehrhart 125
Nicoara, Cornel 399
Nicodim, Patriarch 428
Nicolski, Alexandra (eigtl. Boris Grünberg) 45, 395f., 418f.
Nin, Andres 483
Nitescu, Stefan 409
Nolte, Ernst 34, 36f., 124f., 130,471
Novick, Peter 79

Ochotin, Nikita 157
Olaso Piera, Joaquim —>Kim
Oliva, Gianni 496
Orleag, Jana 439
Orwell, George 138,307
Oxman, Julian 150

Pacheco Pereira, Jose 18, 121
Päll, Eduard 289
Pandelis, Damaskopoulos 459
Pandelis, Tsinieris 459
Panne, Jean-Louis 135,156
Panos, Vasilis 466
Papariggas, M. 458
Papon, Maurice 240
Parijögi, Jura 280
Parri, Ferruccio 497
Partsalidis, Dimitri 464f.
Pascal, Pierre 85
Pasolini, Guido 495
Pasolini, Pier Paolo 495
Pastuchow, Krastiu 350
Patrascanu, Lucretiu 388-390

scan & corr by rz 11/2008

Patrascanu, Nuti 419
Pauker, Ana 395,418,426, 436
Pawlow,Iwan 229 f.
Pedrow, Georgi 340, 342, 345
Pedrow, Nikola 330
Pertini, Sandro 495
Petkow, Nikola 351,356,360
Petrakow, Nikolai 197
Petrescu, Alexandra 419
Petrescu, Cezar 432
Petrow, Nikita 157
Petrow, Nikola 374
Peyrefitte, Alain 19
Pieck, Wilhelm 477
Pijaschewa, Larissa 197
Pintilie, Gheorghe (eigtl. Pintilije Bodnarenko) 395
Pintilie, Lucian 443
Pirelli 478
Pivot, Bernard 59,61
Plechanow, Georgi 195
Plenel, Edwy 75, 86f., 89
Plissonnier, Gaston 25
Plop, Maria 423
Ploumbidis, Nikos 465
Podgorny, Nikolai 500
PolPot 31,55-57,82,94,196, 240, 246, 253, 255
Pomian, Krzysztof 150, 154
Pons, Silvio 18
Pop, Cornel 419
Popa,Tanu 419
Popescu, Eremia 412
Popescu, Gheorghe 419
Popow, Balgoi 374
Popow, Gawriil 197
Pospelow, Pawel 83 f.
Pristawkin, Anatoli 197
Profilttlich, Eduard 311
Pugatschow, Jemeljan 225
Putin, Wladimir 42,44, 141, 158

Quignard, Pascal 121

Rahamägi, Hugo Bernhard 311
Rakowski, Krastiu 374
Ralea, Mihai 432
Rasin, Stepan 225
Rauschning, Hermann 81
Reagan, Ronald 241
Reberioux, Madeleine 68, 72 f.
Reiman, Villem 307
Ricoeur, Paul 21, 37, 46, 49, 78, 153
Rigoulot, Pierre 30
Rizea, Elisabeta 421 f.
Roasio, Antonio 480
Robespierre, Maximilien de 48, 92, 106
Rogatin, Wladimir 285
Roginski, Andrei 157
Roosevelt, Theodore 146
Rosen, Moses 431
Rosenberg, Julius 25
Rossi, Jacques 26, 85
Rousset, David 37, 174
Rousso, Henry 152
Roussos, Petros 461
Rusan, Romulus 165 f.
Rybakow, Anatoli 197
Rykow, Alexei 313

Sacharowski, Alexandr 396
Sadgorski, Petar 330f.
Sadoveanu, Mihail 432
Safran, Alexandra 431
Salieri, Antonio 212
Salmolainen, Johan 280

scan & corr by rz 11/2008

Salu, Eduard 280
Salvadori, Massimo 476
Sandoiu, Ion 422
Säre, Karl 289f.
Sarkin, Georgi 369
Sartre, Jean-Paul 173,246, 251
Schdanow, Andrej 469
Scheel, Klaus 272
Scherbakowa, Irina 157
Schiwkow, Todor 71, 134f., 362f.,373f.,373,375
Schmeljow, Nikolai 197
Schmitt, Carl 105
Schuman, Robert 148
Seabra,Zita 120f.
Seljugin, Wassili 197
Semprun, Jorge 163 f.
Serow, Iwan 158,275
Servin, Marcel 59
Siantos, Giorgios 465
Sima,Horia 418f.
Simeon IL, Zar von Bulgarien 336
Sinowjew, Grigori 71, 98, 313, 327, 477
Skafinas 459
Skarga, Barbara 30
Sobolew, Arkadi 335
Sokoloff, Georges 31
Sollers, Philippe 19
Solschenizyn, Alexandr 52, 180, 253
Sorescu, Ion 422
Soudoplatov, Pavel -^Sudoplatow, Pawel
Spassow, Mirtscho 364 f.
Spriano, Paolo 18
Stalin, Josef (eigtl. lossif Dschugaschwili) 22-24, 28f., 31 f., 37,47f., 51 f., 57, 61, 67, 69, 71 f., 78, 80-85, 88, 93f., 96f., 99, 103, 10 f., 110, 114f., 133,135,143, 146f., 154, 158f., 168-170, 178, 180f., 186, 189, 193, 195, 201, 212, 220, 228, 230f., 235, 238, 240, 242-244, 246, 252-255, 268f., 271, 274, 278, 288, 291 f., 309, 314, 317, 320, 334f., 344, 347f., 352, 361, 379f., 383,403f., 406,408,418,430,432,436, 467,471,477,480-482,484, 488,490,499
Stamboliski, Alexandar 326, 332
Stanciu, Emil 438
Steinhardt, Nicolae 403
Stepanow, Alexandr 280
Stojanow, Dimitar 370
Stolojan, Sanda 441
Stolypin, Pjotr 180, 219 f.
Streljany, Anatoli 197
Strenbeck, Otto 273
Strougal, Lubomir 152
Subkowa, Jelena 157
Sudoplatow, Pawel 25
Suret-Canal, Jean 57
Surevo,Ida 280
Surow, Juri 371
Suuressaar, Alexander 280
Suwarin, Boris 82, 85, 138, 475

Täht,V. 280
Talaban, Irena 416
Tasca,Angelo 472
Tchouev, Felix 26
Tepeneag, Dumitru 439

scan & corr by rz 11/2008

Terpeschew, Dobri 337
Terzis-Pechtasidis, Michaiis 460f.
Thom, Franchise 26, 32
Thorez, Jeannette —>Vermeersch, Jeannette
Thorez, Maurice 24, 52, 58, 72, 147
Tichon 181
Titojosip 27, 119, 122, 136f., 141-143,492f., 496 f.
Tocqueville, Alexis de 89
Todorov, Tzvetan 37
Todorow, Kosta 329
Todorow, Wladimir 371
Toffanin, Mario 495
Togliatti, Antonio 471 f.
Togliatti, Palmiro 64,119, 470-486,488-491,493, 496-500
Togliatti, Teresa (geb. Viale) 471,473
Tolstoi, Lew Graf 242
Tomow, Dimitar 351
Tomowa, Ioana 134
Tönisson, Alexander 273
Totok, William 439
Trasivulas, Yemenidzis 458
Traverso, Enzo 36f.
Trilisser, Mejer (Pseud. Moskwin) 326
Trotzki, Leo (eigtl. Leib Bronschtein) 25,29,61, 63,71,74,81,86-89,92, 108, 113f.,239,313, 475-477
Trotzki, Natalija (geb. Sedowa) 87
Tschernenko, Konstantin 16
Tscherwenkow, Walko 361 f.
Tschukowskaja, Lidija 150
Tuchatschewski, Michail 98
Turcanu, Eugen 419
Tutor, Vadim 43

Uljanow, Wladimir —>Lenin, Wladimir

Vafiadis, Markos 464f.
Väinoja,V. 280
Vares-Barbarus, Johannes 291
Vermeersch, Jeannette (verh. Thorez) 52,58
Vianu, Ion 440
Viatteau, Alexandra 30
Viktor Emanuel IIL, König von Italien 474, 490
Viola, Lynne 103
Virza,R. 280
Vlandas, Dimitris 462, 465
Voinea, Octavian 419
Volkogonov, Dimitri -^Wolkogonow, Dmitri
Volpi, Giuseppe Graf 478
Vooremaa, Aksel 280

Wagner, Richard 439
Waldheim, Kurt 245
Wal?sa,Lech 23, 138f.,244
Wasko 330
Waysand, Georges 59, 61 f., 64f.
Weill, Nicolas 76
Weltschew, Damian 338
Wernadski, Wladimir 229 f.
Werth, Nicolas 23, 28, 34, 59f., 75,83,96, 107 f., 110, 140, 157,252
Wiesel, Elie 165

scan & corr by rz 11/2008

Wieviorka, Annette 76-78
Winkler, Heinrich August 126, 130
Wippermann, Wolf gang 126
Woisard, Laurence 32
Wolkogonow, Dmitri 23
Woroschilow, Kliment 84
Wyschinski, Andrei 383

Ypodimatopoulos, Menelaos 461

Zachariadis, Nikos 464f., 467
Zamfirescu 422
Zankow, Alexandar 325-327, 333,363
Zaslavsky, Victor 30, 486-488, 490
Zelea-Codreanu, Corneliu 380
Zeller, Ludwig (auch Ludovic Cseller) 418
Zilli,Vlado 487
Zylberberg, Esther -^Estoucha

scan & corr by rz 11/2008

PIPER

Stephane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panne, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin

Das Schwarzbuch des Kommunismus

Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel »Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR« von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert. Aus dem Französischen von Irmela Arnsperger, Bertold Galli, Enrico Heinemann, Ursel Schäfer, Karin Schulte-Bersch, Thomas Woltermann. 998 Seiten mit 32 Seiten Schwarzweiß-Abbildungen. Gebunden

Dieses Buch wird den Blick auf dieses Jahrhundert verändern. Es zieht die grausige Bilanz des Kommunismus, der prägenden Idee unserer Zeit. 80 Millionen Tote, so rechnen die Autoren vor, hat die Vision der klassenlosen Gesellschaft gekostet, mehr als der Nationalsozialismus zu verantworten hat. Mit dieser These lösten die Autoren eine beispiellose Debatte aus. Es geht den Autoren nicht nur um eine Generalinventur des roten Terrors, sie benennen auch Mitwisser, intellektuelle Mittäter im Westen.

»>Das Schwarzbuch des Kommunismus< ist nicht nur eine Chronik der Verbrechen, sondern auch eine Unglücksgeschichte jener >willigen Helfer< im Westen, die sich 90 Jahre lang blind und taub machten.«
Frankfurter Allgemeine

01/1022/01/L

scan & corr by rz 11/2008

PIPER

Gilles Kepel

Das Schwarzbuch des Dschihad

Aufstieg und Niedergang des Fundamentalismus. Aus dem Französischen von Berthold Galli, Thorsten Schmidt und Reiner Pfleiderer. 532 Seiten. Gebunden

Der Islamismus, den die westliche Welt als religiös-politisches Phänomen erst durch den Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon im Herbst 2001 richtig zur Kenntnis genommen hat, existiert in Wahrheit schon mehr als ein Vierteljahrhundert. Seit dem Ende der sechziger Jahre die ersten Schriften einen erneuerten, radikalen Islam forderten, hat sich die Bewegung weltweit ausgedehnt. Gilles Kepel untersucht in seinem Standardwerk, wie auf den Trümmern des arabischen Nationalismus in Ägypten ein exemplarischer Islamismus entstand, der zur Ermordung Anwar as-Sadats führte. In einem großen Bogen durchmißt Kepel die gesamte islamische Welt, von den arabischen Ländern und dem Sudan über Iran und Irak bis Malaysia und Indonesien und skizziert die Situation zwischen Gewalt und Demokratisierung. Die Expansion des militanten Islamismus hat ihren Höhepunkt überschritten, so sein ermutigendes Fazit. Der Weg zur muslimischen Demokratie ist möglich.

01/1259/02/R

scan & corr by rz 11/2008

PIPER

Brigitte Seebacher

Willy Brandt

446 Seiten. Gebunden

»Wenn du jetzt nicht schreibst, wer dein Vater ist, arbeite ich nicht weiter mit an deinem Text!« Diese Szene beleuchtet, warum Brigitte Seebacher ein einzigartiges Buch über Willy Brandt geschrieben hat: Sie vermag vieles zu sagen, was der oft so verschlossene Mann ihr anvertraut hat. Einfühlsam, wie es nur jemand kann, der jahrelang mit Willy Brandt gelebt und geredet hat, zeichnet sie sein Porträt. Und zugleich wertet sie mit der Kompetenz der ausgewiesenen Historikerin und Journalistin das bislang unbekannte Quellenmaterial aus, zu dem ausschließlich sie Zugang hat. So werden beispielsweise viele der immer weiter wuchernden Legenden rund um den Rücktritt als Bundeskanzler 1974 widerlegt. Unbekannte Zusammenhänge werden sichtbar, die helfen, die politische und menschliche Ausnahmeerscheinung Willy Brandt zu verstehen.

01/1369/01/L

scan & corr by rz 11/2008

Autoren sind u.a.:

STÉPHANE COURTOIS
ist Forschungsdirektor am CNRS (Centre national de la recherche scientifique), dem angesehenen staatlichen Wissenschaftsinstitut in Paris. Er gibt die Zeitschrift »Communisme« heraus und ist Autor zahlreicher Bücher.

ALEXANDER JAKOWLEW
war innerhalb des Politbüros der KPdSU einer der wichtigsten Theoretiker der Perestroika. Heute leitet er die vom russischen Präsidenten ins Leben gerufene Komission zur Rehabilitierung der Opfer der politischen Repression.

MART LAAR
war in den Jahren 1992 bis 1994 und 1999 bis 2002 Premierminister der Republik Estland. Seit 1992 ist er Parlamentsmitglied und mit einer kurzen Unterbrechung seit 1995 auch Vorsitzender der Pro-Patria-Partei.

MARTIN MALIA
hat einen Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Berkeley (Kalifornien) und veröffentlichte zuletzt »Russia under Western Eyes: From the Bronze Horseman to the Lenin Mausoleum«.

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

INHALT

»MACHT REINEN TISCH MIT DEM BEDRÄNGER!«

DER BOLSCHEWISMUS, DIE GESELLSCHAFTSKRANKHEIT DES 20. JAHRHUNDERTS

DER EINSATZ DES TERRORS IN DER POLITIK

ESTLAND UND DER KOMMUNISMUS

BULGARIEN UNTER DEM KOMMUNISTISCHEN JOCH

DAS REPRESSIVE KOMMUNISTISCHE SYSTEM IN RUMÄNIEN

DIE GRIECHISCHEN OPFER DES KOMMUNISMUS

TOGLIATTI UND DAS SCHWERE ERBE DES ITALIENISCHEN KOMMUNISMUS

Das »Schwarzbuch des Kommunismus« ist ein Meilenstein in der politischen Debatte. Jetzt liegt der zweite Band vor, wertvolle Ergänzung und Bilanz der Debatte zugleich.

ISBN 3-492-04552-9